

PAPERS

**BIRGIT DAIBER, CORNELIA HILDEBRANDT,
ANNA STRIETHORST (HRSG.)**

**VON REVOLUTION
BIS KOALITION - LINKE
PARTEIEN IN EUROPA
FÜNFUNDZWANZIG LÄNDERBERICHTE**



Birgit Daiber, Cornelia Hildebrandt, Anna Striethorst (Hrsg.):

Von Revolution bis Koalition - Linke Parteien in Europa.

Fünfundzwanzig Länderberichte

Materialien zur europapolitischen Bildung

Inhalt

Vorwort der Herausgeberinnen	3
Gesamtverzeichnis der Länderberichte	5
Länderberichte 1-25 / Inhaltsverzeichnis	7
Autorenverzeichnis	287

Vorwort der Herausgeberinnen

Fast zwei Jahre lang haben wir – das Brüsseler Büro und das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung – an der Sammlung von Berichten über die linksradikalen Parteien in Europa gearbeitet. Eine erste Sammlung von Berichten konnten wir im Frühjahr 2009 veröffentlichen. Hiermit legen wir die zweite Sammlung von Berichten über fünfundzwanzig europäische Länder – in und außerhalb der EU – vor. Allerdings gelang es uns nicht, für alle europäischen Länder Autoren zu gewinnen. So fehlen z.B. Berichte über die slowakische Republik, Moldawien, Malta, Litauen und Lettland.

Die hier publizierten Länderberichte waren gleichzeitig Grundlage des Texte-Bandes „Look Left – Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa“, der im November 2010 im Dietz-Verlag veröffentlicht wurde. Darin haben wir eine erste Analyse der linken Parteien unter verschiedenen Aspekten vorgenommen: Wir haben versucht, den Gebrauchswert einzelner Parteien im politischen Spektrum ihrer Länder und ihre europapolitischen Positionen zu beschreiben, wir haben die Mitgliederstruktur und die Elektorate dargestellt – soweit wir hierüber Informationen gefunden haben –, und wir haben uns mit der Fragmentierung und dem Pluralismus der linksradikalen Parteien befasst. Dreizehn der fünfundzwanzig Länderberichte wurden als Referenztexte in diesen Band aufgenommen. Dies war allein Platzgründen geschuldet.

Wir gehen davon aus, dass es ein erhebliches Interesse im linken Spektrum an genaueren Informationen über die Situation der linksradikalen Parteien und Gruppierungen in den einzelnen Ländern gibt. Deshalb legen wir hier die fünfundzwanzig Länderberichte als Materialienband vor.

Die europäische Familie der Parteien, die sich links von der Sozialdemokratie verorten, ist von großen Unterschieden geprägt. Das politische und gesellschaftliche Umfeld in den einzelnen Ländern und historische Zäsuren haben zur Herausbildung von Richtungen geführt, die sich grob in folgende Kategorien zusammenfassen lassen: kommunistische westeuropäische Parteien, die sich jahrzehntelang am Realsozialismus orientierten oder von diesem abgrenzten, ehemals sozialistische Staatsparteien, Parteien der nicht-sozialdemokratischen Reformlinken und Parteien der nordischen grünen Linken. Im Resultat finden sich heute kommunistische, sozialistische, transformatorische, feministische, linksgrüne und viele andere Politikansätze auf europäischer Ebene in dieser Parteienfamilie. Die Bandbreite der antikapitalistischen oder kapitalismuskritischen Parteien spiegelt sich in unterschiedlichen Politiktraditionen, strategisch-programmatischen Optionen, unterschiedlicher politischer Praxis, in der Organisationsstruktur der Parteien bis hin zu Fragen der innerparteilichen Willensbildung und Partizipation. Dies gilt nicht nur für formale Prinzipien wie die Anwendung des Rotationsprinzips bei Ämtern und Mandaten oder die Frauenquote. Unterschiede gibt es auch in der Diskurs-Kultur, z.B. in der Art und Weise, wie Partei- und Wahlprogramme diskutiert werden.

Trotz der erheblichen Unterschiede haben sich die linksradikalen Parteien in europäischen Kooperationsformen zusammengeschlossen. Die Zusammenarbeit in der konföderalen Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament geht auf das Jahr 1994 zurück; die Europäische Linkspartei (EL) besteht seit 2004. Seitdem ist eine Vielzahl gemeinsamer Gremien und Kampagnen entstanden, und zu den letzten Europa-Wahlen gab es erstmals eine gemeinsame Wahlplattform der europäischen Linksparteien. Seit 2007 gibt es zudem die europäische Stiftung transform!europe, die der Europäischen Linkspartei zugeordnet ist.

Die fünfundzwanzig Länderberichte befassen sich mit Sozialstruktur und Milieu der linksradikalen Parteien, mit ihrer Stellung im Parteiensystem der jeweiligen Länder, mit der strategischen und programmatischen Ausrichtung der Parteien sowie ihrer Organisationsstruktur. Einige der Beiträge setzen sich darüber hinaus mit der Haltung der Parteien zur europäischen Integration auseinander.

Die Darstellungen der Linken in Großbritannien, Polen, Estland, Rumänien und in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien nehmen insofern eine Sonderrolle ein, als es in diesen Ländern aus sehr unterschiedlichen Gründen keine einflussreichen Parteien links von der Sozialdemokratie gibt. Die Beiträge zu diesen Ländern befassen sich deshalb auch mit Gruppierungen und Initiativen, die sich um

die Realisierung transformatorischer Politikansätze bemühen – sei es in den Mitte-Links-Parteien oder in der Zivilgesellschaft.

Etwa 60 linksradikale Parteien und Gruppierungen haben Eingang in die fünfundzwanzig Länderberichte gefunden. Angesichts der ideologischen Unschärfe europäischer Parteienfamilien wurde als eines der wenigen überprüfbareren Kriterien für die Auswahl der Parteien deren Mitarbeit in einer der europäischen Kooperationsformen angewendet. Dies sind im Einzelnen die Europäische Linkspartei (EL), die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL) und die Allianz der Nordischen Grünen Linken (NGLA). Auch die Parteien, deren Abgeordnete der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament angehören wurden in die Untersuchung einbezogen.

Wir hoffen, dass die Lektüre dieser Berichte zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit den Perspektiven linker Politik führt und dass sie zu einem besseren Verständnis der Unterschiede und Gemeinsamkeit zwischen Linken in Europa beiträgt.

Unser großer Dank gilt den Autorinnen und Autoren der Länderberichte, die uns einen Einblick in die Gemeinsamkeiten und Unterschiede linker Parteien in Europa ermöglichen.

Brüssel/Berlin, Dezember 2010

Gesamtverzeichnis der 25 Länderberichte:

Nordeuropa

Inger V. Johansen Die Linke und die radikale Linke in Dänemark	7
Evgeni Golikov, Toivo Palm Linke Perspektiven im rechten Estland	20
Anna Kontula, Tomi Kuhanen Der Wiederaufbau des Linken Bündnisses – Hoffen auf einen Neuanfang	34
Auður Lilja Erlingsdóttir Die Linke in Island	44
Dag Seierstad Die Linke in Norwegen: Politik in der Mitte-Links-Regierung	52
Barbara Steiner »Communists we are no longer, Social Democrats we can never be«. Die schwedische Linkspartei Vänsterpartiet	64

Nordwesteuropa

Thomas Kachel Die britische Linke am Ende der New-Labour-Ära: Eine Wahlanalyse	73
Ken Ahern, William Howard Radikal linke Politik in Irland: Die Partei Sinn Féin	89

Westeuropa

Cornelia Hildebrandt DIE LINKE in Deutschland	96
Stéphane Sahuc Die linken Parteien in Frankreich	109
Sascha Wagener Déi Lénk in Luxemburg	121
Clemens Wirries Eine Partei für die „einfachen Leute“. Die Socialistische Partij in den Niederlanden	132

Mittel- und Osteuropa

Daniel Schukovits Die radikale Linke Österreichs	145
Krzysztof Pilawski, Holger Politt Linke in Polen	156
Stanislav Holubec Die radikale Linke in Tschechien	165

Südeuropa

Norbert Hagemann Die Partei der Kommunistischen Wiedergründung – Entwicklung im Widerstreit zwischen »großer Ambition und kleiner Kraft«	176
Mimmo Porcaro Die Partei der kommunistischen Neugründung zwischen scheinbarer Kontinuität und tatsächlicher Diskontinuität	190
José Soeiro Der Bloco de Esquerda und die Neugründung der Linken in Portugal	204
Dominic Heilig Das spanische Parteienbündnis Izquierda Unida	209
Südosteuropa	
Michael Müller Die Linke in Bulgarien	219
Julian Marioulas Die griechische Linke	230
Boris Kanzleiter, Đorđe Tomic Die Linke im post-jugoslawischen Raum	242
Dorothee de Nève, Tina Olteanu Rumänien: Die Suche nach einer (neuen) linken Identität	256
Cem Sey Auf der Suche nach Einheit – Linke in der Türkei	269
Julian Marioulas Die AKEL in Zypern	281

Länderberichte:

Nordeuropa

Inger V. Johansen

Die Linke und die radikale Linke in Dänemark

Da in Dänemark in diesem Jahr oder spätestens 2011 Parlamentswahlen anstehen, ist die Möglichkeit, nach gut acht Jahren die rechtsbürgerliche Regierung abzuwählen, trotz aller damit zusammenhängenden Schwierigkeiten, ein wichtiges Thema für die dänische Linke. Die Frage, was aufgrund der Auswirkungen der um sich greifenden Wirtschaftskrise geschehen soll, ist ebenfalls von Interesse, besonders angesichts steigender Forderungen von unten für Lohnerhöhungen, gleiche Löhne und bessere Bedingungen im öffentlichen und privaten Bereich. Zudem gibt es eine wachsende Unzufriedenheit über den Abbau der öffentlichen Dienste, wo seit vielen Jahren die staatlichen Ausgaben gekürzt worden sind.

Vor diesem Hintergrund soll hier die Linke – insbesondere die radikale Linke – untersucht werden.

Zur Alternative einer Mitte-Links-Regierung

Meinungsumfragen im Jahre 2009 zeigten fast durchgehend eine knappe Mehrheit für die vier Mitte-Links-Parteien der parlamentarischen Opposition: 89 gegen 86 Sitze für die Regierungsparteien.¹ Hierbei handelt es sich um die Sozialdemokraten, die Sozialistische Volkspartei (SF – Socialistisk Folkeparti), die Sozialliberalen (Radikale Venstre²) und die Enhedslisten/Rot-Grünes Bündnis (Enhedslisten – de rød-grønne³). Dass diese vier Parteien die parlamentarische Opposition gegen die rechtsbürgerliche Regierung bilden, ist nicht neu. Der Umbruch in der dänischen Politik besteht in der engen Partnerschaft, die sich zwischen den Sozialdemokraten und der SF entwickelt hat, um eine Alternative zur gegenwärtigen Regierung aufzubauen.

Die Rolle der Sozialdemokraten als Träger der Struktur des dänischen Wohlfahrtsstaats im 20. Jahrhundert machte sie zur einzigen wirklich großen Partei der dänischen Arbeiterklasse, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, als sie mehr oder weniger die dänische Politik bestimmte. In dieser Funktion beteiligte sie sich an mehreren parlamentarischen Entscheidungen zu verschiedenen Fragen von allgemeinem Interesse, so dass sich in dieser Zeit ein Parteiensystem entlang einer Links-Rechts-Achse herausbildete.⁴ Im Großen und Ganzen akzeptierten dabei die Rechten – die großen bürgerliche Parteien wie die Konservativen und die Rechtsliberalen (Venstre; dänisch: »links«) – wenn auch widerwillig, den dänischen Wohlfahrtsstaat, vor allem aufgrund der überwältigenden Unterstützung seitens der dänischen Bevölkerung.

Dieses System der rechts-linken parlamentarischen Absprachen wurde in den ersten zehn Jahren des neuen Jahrhunderts weitestgehend abgewickelt, nachdem die bürgerliche Regierung 2001 mit Unterstützung der rechtsextremen Dänischen Volkspartei (Dansk Folkeparti) an die Macht kam. Oft hat die Regierung absichtlich das Mitte-Links-Spektrum von parlamentarischen Kompromissen ausgeschlossen und nur mit der Dänischen Volkspartei verhandelt. In einigen wenigen Fällen hat die Regierung Kompromisse mit den Sozialdemokraten und den Sozialliberalen, der Partei der Mitte, geschlossen. Dank der engeren Zusammenarbeit zwischen den Sozialdemokraten und der SF ist auch Letztere bisweilen mit einbezogen worden, zum Beispiel 2009 beim Abkommen zur Verteidigungspolitik, mit dem der Militärhaushalt erhöht wurde. Diese parlamentarische Situation ist deswegen wichtig, weil der Ausschluss von Mitte-Links durch die Regierung auch zur Entwicklung der weitreichenden Kooperation zwischen den Sozialdemokraten und der SF beigetragen hat, zum ersten Mal in der dänischen Politik. Früher bevorzugten die Sozialdemokraten die Sozialliberalen als Regierungspartner.

¹ Das dänische Parlament *Folketing* hat 179 Sitze, davon 4 »Nordatlantiksitze« für Grönland und die Färöer.

² Der Name bedeutet »Radikale Linke«, doch hatte diese linksliberale Partei nie etwas mit dem Sozialismus zu tun.

³ Das Wort *Alliance* (Bündnis) wurde seit 1990 im englischen Namen geführt, da die Partei ursprünglich als Wahlbündnis entstand.

⁴ Die Sozialdemokraten werden normalerweise im Parlament und auch in den Medien zur »Linken« gezählt.

Doch ist dieser neue sozialdemokratische Aufbruch ebenfalls eine pragmatische Reaktion auf Wahlverluste in den letzten zehn bis 15 Jahren. Diese Verluste hatten sehr viel mit wirtschaftlichen Maßnahmen zu tun, die vom Bemühen der Partei getragen waren, sich während ihrer Regierungszeit in den Jahren vor der Jahrtausendwende im Rahmen einer weitgehenden Übernahme des Neoliberalismus durch die Sozialdemokratie (New Labour) den monetaristischen Kriterien der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) anzupassen; diese betrafen z. B. Kürzungen im öffentlichen Sektor und Privatisierungen. Seitdem erkennen weite Teile der dänischen Öffentlichkeit hinsichtlich der Unterstützung des Sozialsystems keinen Unterschied mehr zwischen der Politik der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Parteien.

Auch andere Umstände sind wichtig, etwa die vermehrten Aktivitäten der Gewerkschaften in den letzten zwei bis drei Jahren für höhere und gleiche Löhne im öffentlichen Sektor – verbunden mit einer wachsenden sozialen Bewegung gegen Kürzungen im Sozialetat, wovon die SF profitiert hat, indem sie sehr viele zuvor sozialdemokratische Wähler an sich ziehen konnte. Die Tarifverhandlungen, die im Winter und Frühjahr 2010 im privaten Sektor bevorstehen, könnten zu neuen Streiks in einigen Branchen führen.

Diese soziale Bewegung entstand ab 2001 als Reaktion auf die Politik der bürgerlichen Regierung von Anders Fogh Rasmussen,⁵ welche die öffentlichen Ausgaben beschränkt und insbesondere im Krankenhauswesen die Privatisierung beschleunigt hatte. Selbstverständlich geschah das alles im Rahmen der Politik der Liberalisierung der dänischen Wirtschaft und des Abbaus des Sozialstaats. Diese soziale Bewegung war und bleibt eine unterschwellige Strömung beim Volk, die sich auch nur langsam herausbildete. Soziale Unruhen sind somit eine recht junge Erscheinung in Dänemark, denn seit 1985 hat es keine so weit verbreitete Gewerkschafts- oder soziale Bewegung in Dänemark gegeben.

Während des letzten Jahrhunderts wurde eine sehr stark zentralisierte, aber reformistische Gewerkschaftsbewegung aufgebaut, die eng mit der Sozialdemokratischen Partei verbunden war. Dies ging auf das 19. Jahrhundert zurück, als die Gewerkschaften Teil derselben sozialistischen Arbeiterbewegung waren. Seitdem der Angriff des Neoliberalismus einsetzte, wurden die Gewerkschaften allmählich untergraben. Die Mitgliederzahlen sanken, und die Position der Gewerkschaften wurde geschwächt, wenn auch die Bewegung, verglichen mit denen in den Ländern südlich von Skandinavien, immer noch recht stark blieb.

Erstaunlich lange erfolgte keine gesellschaftliche Reaktion auf die neoliberale Politik der bürgerlichen Regierung. Das Unterhöhlen des Sozialstaats wurde nur langsam vorangetrieben, um Reaktionen zu vermeiden – war sich die Regierung doch voll bewusst, was für eine überwältigende Beliebtheit der Sozialstaat genießt. Gleichzeitig froh die Regierung Steuern ein und veranlasste Steuersenkungen, wodurch der Individualismus auf Kosten der Solidarität gefördert wurde. Die Jahre sozialer Untätigkeit bewirkten einen Rechtsruck in der öffentlichen Meinung, der durch immense Aufmerksamkeitslenkung von Regierung und Medien auf Problemfelder der Migration und des Islamismus besonders angestachelt wurde sowie durch die Frage, wie Terrorismus und Kriminalität am besten zu bekämpfen seien.

Die Anziehungskraft der SF auf die nun öffentlich mobilisierten Arbeiter und Arbeiterinnen ist, angesichts der schlechten Leistung der Sozialdemokraten seit den 90er Jahren, keine Überraschung. Zwar sind diese Teile der Arbeiterschaft nicht dahingehend radikalisiert worden, dass sie sich noch weiter nach links bewegen würden, doch bleibt die große Frage, welche konkreten Erwartungen sie an eine neue Mitte-Links-Regierung stellen. Die Umfrageergebnisse der SF (18 bis 19 Prozent im Januar 2010) lassen keinen Zweifel daran, dass es Erwartungen gibt. Bislang wurden diese Wähler nicht dadurch abgeschreckt, dass die SF in einigen Punkten ihrer früheren Politik zu Kompromissen bereit war.

Bei der Ansprache an die Wählerschaft gibt es nun eine neue gegenseitige Abhängigkeit zwischen den Sozialdemokraten und der SF. Gleichzeitig mehrt diese Partnerschaft den SF-Stimmenanteil, da die SF als zukünftige Regierungspartei an Glaubwürdigkeit gewinnt. Somit entsteht die Chance für beide Parteien, eine glaubwürdige Regierungsalternative aufzubauen. Auf der negativen Seite – und dadurch könnte die Position der SF später unterhöhlt werden – ist die Tatsache zu erwähnen, dass sich die SF

⁵ Anders Fogh Rasmussen wurde im Frühjahr 2009 NATO-Generalsekretär und wurde durch Lars Løkke Rasmussen, ebenfalls von den Rechtsliberalen, ersetzt.

in dieser neuen Partnerschaft an viele sozialdemokratisch-zentristische Positionen in der dänischen Politik angepasst hat. Vor allem ist eine alternative Mitte-Links-Regierung zum jetzigen Zeitpunkt immer noch alles andere als sicher. Es ist den Oppositionsparteien ziemlich schwer gefallen, eine klare Mehrheit in den Meinungsumfragen zu gewinnen und zu behaupten. Seit 2001 haben fast durchgängig Wählerbewegungen innerhalb der Blöcke stattgefunden, d. h. die steigenden Werte für die SF bei den Meinungsumfragen gehen hauptsächlich zu Lasten der anderen Mitte-Links-Parteien.⁶

Die unteren Mittelschichten, die Arbeiter und die Rentner – viele davon frühere sozialdemokratische Wähler/innen – sind in Hinsicht auf ihre Wahlpräferenz gespalten. Viele werden von der Dänischen Volkspartei angezogen, die traditionelle Werte wie das Festhalten am Sozialsystem mit einer Schwerpunktsetzung auf Fragen des »undänischen« Islams verbindet. Sogar die Wirtschaftskrise, die sich in Dänemark durchaus vertiefen könnte, hat nicht unbedingt die Wählerunterstützung der Mitte-Links-Parteien gesteigert. Und auch im Bereich der Sozialpolitik scheint es größeres Vertrauen in die bürgerliche Regierung zu geben, obwohl die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Dänemark immer noch mithilfe eines stets wachsenden Haushaltsdefizits behoben werden, das voraussichtlich 2010 die 13-Milliarden-Euro-Marke zu übersteigen droht, und trotz der Tatsache, dass die Politik der bürgerlichen Regierung von Anders Fogh Rasmussen zweifelsohne immens dazu beigetragen hat, den dänischen Sozialstaat zu unterhöhlen.

Die Bildung einer Alternativregierung würde die Unterstützung aller vier Oppositionsparteien erfordern. Die Sozialliberalen hatten sich hinsichtlich ihrer Position nach Neuwahlen zunächst nicht festlegen lassen, doch zeigen sie sich in letzter Zeit eher bereit, an einer Alternativregierung teilzunehmen. Dies würde eine solche Regierung in der Wirtschaftspolitik weiter zur neoliberalen Rechten öffnen, da die Sozialliberalen in Wirtschaftsfragen grundsätzlich neoliberale Positionen beziehen.

Die Enhedslisten/Rot-Grünes Bündnis will eine Alternativregierung zwar tolerieren, jedoch nicht an ihr teilnehmen, da deren Politik keine ausreichende Alternative zur bürgerlichen Regierung darstellen würde. Die Politik der Enhedslisten ist in einer ganzen Reihe von entscheidenden Fragen beträchtlich radikaler als die der Sozialdemokraten bzw. der SF, sie ist z. B. stark gegen den Neoliberalismus und die Privatisierung, antimilitaristisch, gegen die NATO sowie entschlossen gegen den Lissabon-Vertrag und dessen Folgen. Für eine Zusammenarbeit mit einer Regierung der Sozialdemokraten und der SF wären also in diesen Fragen Kompromisse nötig.

Die Ursprünge

Die moderne radikale Linke in Dänemark – d. h. die Parteien links der Sozialdemokratie – entstand durch die Spaltung der Sozialisten und der Arbeiterbewegung vor und nach dem Ersten Weltkrieg. Die Dänische Linksozialistische Partei (DVP – Danmarks Venstresocialistiske Parti) wurde 1919 hauptsächlich von abtrünnigen Sozialdemokraten gegründet und trat sofort der Dritten Internationale bei; 1920 nannte sie sich in Dänische Kommunistische Partei (DKP – Danmarks Kommunistiske Parti) um.

Im Allgemeinen folgte die DKP der politischen Linie der KPdSU treu und gehorsam. Im Zweiten Weltkrieg gewann sie wegen der wichtigen Rolle dänischer Kommunisten im Widerstand gegen die deutsche Besatzung enorm an Beliebtheit. Anschließend erlebte sie während des Kalten Krieges einen Abschwung. Vor allem hatten 1956 der Aufstand in Ungarn gegen das kommunistische Regime und der folgende sowjetisch-militärische Eingriff ernste Auswirkungen auf die DKP, die zum Aufruhr in der Partei und schließlich zur Spaltung führten. 1959 wurde eine neue sozialistische Partei, die Sozialistische Volkspartei (SF – Socialistisk Folkeparti) gegründet, die sich von der Politik der Sowjetunion verabschiedete und auf einen sogenannten Volkssozialismus setzte.

Ein wirklich neuer Ansatz in der sozialistischen/kommunistischen Bewegung erfolgte erst Ende der 60er Jahre mit dem Aufkommen von Basisbewegungen, die die Linke verwandelten und radikalisierten. Dies führte zur entscheidenden Stärkung und zum Aufschwung der sozialistischen und linken Bewegung und wirkte sich sogar auf die traditionsgebundene DKP aus, die sonst von den neuen Basisaktivisten kritisiert wurde. So konnte sie nach dem dänischen Volksentscheid vom Oktober 1972

⁶ In den gegenwärtigen (2009/10) Meinungsumfragen stehen die Sozialdemokraten bei etwa 24 Prozent, vor sechs Jahren waren es noch 31 Prozent.

über den Beitritt zur EWG (späterer EU) die Früchte der großen Mobilisierung gegen diesen Schritt ernten – nicht zuletzt aufgrund der chaotischen Spaltungen und Ausgrenzungen in der radikalen Linken zu dieser Zeit, wodurch sich viele Basisaktivisten der DKP zuwandten.

Die Radikalisierung der dänischen Linken trug zweifellos zur ersten und einzigen Spaltung der SF bei. Nach ihrem großen Erfolg bei den Parlamentswahlen im Jahre 1966 (Stimmenzuwachs von neun auf 20 von 175 Sitzen) beschloss die SF aufgrund des Widerstandes in den eigenen Reihen, eine sozialdemokratische Regierung ohne Ministerämter für die SF zu tolerieren. Als man 1967 einen staatlichen Eingriff gegen vermeintliche Rechte der Arbeiter⁷ unterstützte, führte das zum Aufruhr innerhalb der SF sowie bei radikalen Linken innerhalb der SF-Fraktion. Auf einem außerordentlichen Parteitag der SF gewannen die Linksradikele fast die Hälfte der Delegiertenstimmen. Eine Spaltung erfolgte, indem ein Teil austrat, um die neue Linkssozialistische Partei (VS – Venstresocialisterne) zu gründen, die Partei der Neuen Linken. In den Parlamentswahlen Anfang 1968 erhielt die VS vier Sitze, die SF ging auf elf Sitze zurück.

Seit den 60er Jahren gibt es innerhalb der SF immer wieder Bestrebungen, eine Regierungszusammenarbeit mit den Sozialdemokraten zu erreichen, wodurch die SF-Politik teilweise erheblich beeinflusst wurde.

Einige Male hat die SF bei Parlamentswahlen beträchtliche Stimmenanteile erringen können – so 1966 und 1987 (27 Sitze) als auch 1988 infolge der erfolgreichen Anti-Atomraketenbewegung (24 Sitze) –, allerdings gingen diese Gewinne bald wieder verloren, weil man sich sozialdemokratischen Positionen annäherte, um eine zukünftige Kooperation vorzubereiten. Zum Beispiel beteiligte sich die SF 1993, nachdem sie ein Jahr zuvor das dänische »Nein« zum Maastrichter Vertrag unterstützt hatte, an dem Kompromiss der Edinburger Erklärung. Es folgten Verluste bei den Parlamentswahlen 1994 (auf 13 Sitze), die dem neuen Wahlbündnis bzw. der neuen Parteigründung Enhedslisten/Rot-Grün den Weg ins Parlament mit sechs Sitzen ebnete. Doch der Rückgang begann bereits bei den Wahlen 1990 (auf 15 Sitze), der wahrscheinlich auf die Reaktion der Linken hinsichtlich des Zusammenbruchs des Sowjetblocks zurückzuführen ist.

Die Enhedslisten wurde 1989 vor dem Hintergrund der harten Erfahrungen gegründet, die die Parteien der revolutionären, kommunistischen bzw. neuen Linken in den 70er und 80er Jahren gesammelt hatten. Diese hatten gezeigt, dass man nicht nur über die Strömungsgrenzen der radikalen Linken hinweg würde zusammenarbeiten müssen, wollte man parlamentarisch wie außerparlamentarisch Relevanz und politischen Einfluss gewinnen, sondern dass diese Strömungen ihre Zusammenarbeit in eine neue Art von Bündnis oder Partei mit Raum für Vielfalt und Strömungsfreiheit würden verwandeln müssen. Die hauptsächliche Basis dafür war die politische Reform der DKP in den späten 80er Jahren, die den Weg für eine engere Zusammenarbeit zwischen der DKP, den VS und der trotzkistischen SAP (Sozialistische Arbeiterpartei, IV. Internationale) öffnete, wobei ihre Hauptabsicht die Gründung eines Wahlbündnisses war, um die Zwei-Prozent-Hürde für den Einzug in den Folketing schaffen zu können. 1991 führte die Enhedslisten die Einzelmitgliedschaft ein und nahm gleichzeitig eine Anzahl ehemaliger Maoisten ins Bündnis auf. Sie wuchs bald zur Partei mit einer überwiegenden Mehrheit von neuen Mitgliedern heran, die keinerlei Erfahrung aus den Ursprungsparteien mitbrachten.

Die dänische radikale Linke heute

Den Ausdruck »radikale Linke« sollte man parteienumfassend für alles deuten, was links der Sozialdemokratie einen Bruch mit dem Kapitalismus vertritt. Er bedeutet also nicht bloß das Gleiche wie der oft verwendete Ausdruck »extremlinks«.

Indem sich die SF in Richtung sozialdemokratischer Positionen bewegt, stellt sie ihren Charakter als »radikallinke« Partei infrage. Die größte dänische Partei, die heute noch die Bezeichnung »radikale Linke« verdient, ist die Enhedslisten. Es gibt auch eine Vielzahl weiterer kleinerer Parteien und Gruppierungen der radikalen Linken, doch haben sie keine parlamentarische Vertretung, und ihre Bedeutung ist im Allgemeinen beschränkt (siehe folgend).

⁷ Die Regierung stornierte einen Lebenshaltungskostenzuschuss.

Die Einheitsliste/Rot-Grün

Die Enhedslisten⁸ stützt sich auf sozialistische Ideologie und marxistische Analyse. Sie sieht sich als Partei der Basis und arbeitet für eine Gesellschaft, die auf demokratischem Sozialismus und Ökologie fußt. Sie ist gegen den Kapitalismus und die neoliberale Globalisierung.

Die Enhedslisten ist die am weitesten links stehende unter den Parteien im dänischen Parlament, wo sie seit ihrem Einzug mit sechs Sitzen bei den Parlamentswahlen 1994 vertreten ist. Bei den Parlamentswahlen 2007 erreichte sie 2,2 Prozent der Stimmen und wählte vier Abgeordnete. Bei den Gemeinderatswahlen vom November 2009 konnte sie 16 Mitglieder in die regionalen und Kommunalräte entsenden⁹ und stellt auch einen Bürgermeister (in Kopenhagen). Die Enhedslisten hat noch nie bei einer Europawahl kandidiert, sondern unterstützt die beiden EU-kritischen dänischen Bewegungen. Die Partei hat keine Jugendorganisation, sondern arbeitet eng mit der Sozialistischen Jugendfront zusammen (SUF – Socialistisk Ungdoms Front; ca. 1.100 Mitglieder).

Mitgliedschaft – Parteistrukturen:

Die Mitgliederzahl der Enhedslisten hat sich seit 2003/04 verdoppelt und liegt inzwischen bei 4.500, davon sind 44 Prozent Frauen. Das Durchschnittsalter der Mitglieder ist 43 bis 44 Jahre, aber mit einer weiten Altersklassenverteilung: Etwa 25 Prozent der Mitglieder wurden zwischen 1945 und 1959 und etwa 34 Prozent nach 1980 geboren. Die höchste Mitgliederstärke ist in der Hauptstadt und den großen Städten vorhanden: So hat die Partei etwa 66 Prozent ihrer Mitglieder in den Regionen Seeland und Kopenhagen – in Letzterer wohnt die Hälfte der Mitglieder – sowie 16,8 Prozent in der Region Mitteljütland (um Århus, der zweitgrößten Stadt).¹⁰ Der gesellschaftliche Hintergrund der Mitglieder ist gemischt, etwa die Hälfte sind Gewerkschaftsmitglieder, die meisten in den Gewerkschaften für Lehrer/innen bzw. Erzieher/innen, für die öffentlichen Dienste sowie in der Gewerkschaft für ungelernete Arbeiter »3 F«.

Die Partei ist pluralistisch und vertritt eine partizipatorische Demokratie-Auffassung, die auf verschiedene Weise zum Ausdruck kommt. Es gibt eine typische, herkömmliche Demokratie mit Wahlen von Delegierten für Parteitage und von Mitgliedern des Landesvorstandes wie auch von Kandidat/innen für das Parlament, wobei Mechanismen hinzugefügt werden, um einer Zentralisierung entgegenzuwirken und die Demokratie zu stärken: Es gibt keinen Parteivorsitzenden, sondern eine kollektive Führung, und einen hohen Grad an Autonomie der Ortsgruppen, Arbeitsgruppen usw. In einigen Arbeitsgruppen können auch Nichtmitglieder an den Sitzungen teilnehmen. Bei den Vorstandswahlen gibt es den Minderheitenschutz. Parteiführung, Abgeordnete und Bürgermeister, aber auch Geschäftsführer/innen und Angestellte sind einer Rotation unterworfen, sie müssen sich nach höchstens sieben Jahren zurückziehen bzw. dürfen nicht mehr kandidieren. In der Praxis bedeutet das jedoch für Abgeordnete einen etwas längeren Zeitraum, da die Regeln an Wahlsystem und -praxis angepasst worden sind. Alle Angestellten und Abgeordneten erhalten den gleichen Lohn, nämlich den eines Facharbeiters in Kopenhagen. Der Überschuss (d. h. bei den Abgeordnetendiäten) wird an die Partei abgeführt. Die Partei ist sich auch bezüglich der ursprünglichen Strömungsvielfalt treu geblieben, innerhalb der Partei ist es möglich, Gruppierungen und Strömungen zu bilden. 2004 wurde ein Geschlechterquotensystem für die Vorstandswahlen eingeführt.

Die Partei zieht des Öfteren Sprecher und »Experten« von außen heran, um ein kritisches Fragepotential zu erarbeiten. Dabei versucht man, sich auf die vermutlichen Hauptproblembereiche der Partei zu konzentrieren. Universitätsstudenten haben 2007 eine Studie zur Einbeziehung von Frauen in die Parteivorstandsarbeit verfasst, um selbige zu verbessern. Anschließend diente diese Studie als Grundlage für neue Initiativen in der Partei. Die Enhedslisten hat nach den jüngsten Wahlen Externe beauftragt, Analysen der Wählerschaft der Enhedslisten zu erstellen.

Die Wähler/innen:

Eine neuere Studie über die Wählerschaft der Enhedslisten bei den Parlamentswahlen 2007 zeigt, dass die Partei besonders stark bei Wählern mit höherem Bildungsniveau und zudem in Kopenhagen

⁸ Vgl. Website der *Enhedslisten*/Rot-Grün: <http://www.Enhedslisten.dk/>.

⁹ Bei den Gemeinderatswahlen werden sowohl die kommunalen als auch die regionalen Vertretungen gewählt.

¹⁰ Neuerdings teilt sich das Land in fünf Regionen, die beiden anderen sind Nordjütland und Süddänemark.

verankert war.¹¹ Verglichen mit den Parlamentswahlen 2005 gab es einen Stimmenverlust in den ländlichen Regionen, aber vor allem unter Frauen, Arbeitern und geringer Gebildeten. Der Verlust an Stimmen in der Arbeiterklasse ist eine neue Tendenz für die Partei. Die Altersklassengruppen, die die Ehedslisten wählen, sind besonders die 1968er Generation und die jungen Wählerinnen und Wähler. Die Studie zeigt aber auch die allgemeine Tendenz, dass in den letzten zwei Jahrzehnten Wähler aus der Arbeiterklasse zunehmend zu den bürgerlichen Parteien wechseln, vor allem zur Dänischen Volkspartei.

Dasselbe Profil der Wählerschaft der Ehedslisten ließ sich bei den Gemeindeverwaltungswahlen im November 2009 erkennen, als die Partei fast elf Prozent der Stimmen in Kopenhagen erzielte – eine Verbesserung um 1,4 Prozent verglichen mit den vorherigen Kommunalwahlen von 2005 –, obwohl sie, im Vergleich zu den Gemeindeverwaltungswahlen von 2005, im Durchschnitt einen Rückschlag erlitt. Immerhin zeigt aber das Ergebnis der Regionalwahlen 2009, dass die Partei ihren Stimmenanteil seit den Parlamentswahlen von 2007 von 2,2 Prozent auf 2,6 Prozent verbessern konnte.

Gewerkschaften und soziale Bewegungen:

Im Allgemeinen versucht die Ehedslisten, die parlamentarische und die außerparlamentarische Arbeit zu vereinen, da sie die Stärke der Arbeiter- und anderer fortschrittlicher Bewegungen für den politischen und gesellschaftlichen Wandel für unabdingbar hält.

Auf parlamentarischer Ebene hat die Partei ihre Position seit den Verlusten bei den Wahlen im November 2007 verbessert, mit der Aussicht, die radikale Linke und eine Regierungsalternative zu stärken. Bei der gegenwärtigen parlamentarischen Situation sieht sich die Ehedslisten mehr oder minder als Garantin für die Vision, einen Bruch mit dem Kapitalismus zu suchen. Die Partei war die Einzige im Folketing, die sich 2008 und 2009 weigerte, das Krisenunterstützungspaket der Regierung für die dänischen Banken mitzutragen.

Mitglieder und Aktivisten der Ehedslisten sind in ihren Gewerkschaften zwar aktiv, zahlenmäßig sind sie aber wenige. Um einen Beitrag zur Stärkung der Gewerkschaftsbewegung zu leisten, hat die Partei eine Menge Arbeit in den Aufbau von Gewerkschaftsgruppen gesteckt.

Mit der Schwächung der dänischen Gewerkschaften sind in den letzten zehn Jahren die engen Verbindungen zu den Sozialdemokraten abgebrochen. In der Zeit der bürgerlichen Regierung hat dies zu Absprachen und Abkommen des dänischen Gewerkschaftsbundes (LO – Landsorganisationen) mit der Regierung geführt. Aber die Gewerkschaften haben auch weiterhin die Wahlkämpfe aller drei Parteien (d. h. der Sozialdemokraten, der SF und der Ehedslisten) finanziell und politisch unterstützt. Innerhalb einiger Gewerkschaften sind die Linken teilweise stärker und einflussreicher geworden, etwa in der FOA (Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst) und der »3 F« (Gewerkschaft für ungelernete Arbeiter).

Die Mitglieder der Ehedslisten sind im Allgemeinen in Organisationen der Zivilgesellschaft engagiert, in Elternverbänden, Schulgemeinschaften und auch in den meisten Bürgerinitiativen. Diese sind politisch in der Regel eher Mitte-Links bis linksorientiert, insbesondere die Umwelt- und Klimabewegungen und die Solidaritätsbewegungen (Palästina, Lateinamerika usw.). Im letzten Sommer waren auch mehrere Aktivisten der Ehedslisten an einer Kampagne zur Verteidigung von irakischen Flüchtlingen beteiligt, die Zuflucht in einer Kopenhagener Kirche gesucht hatten, um nicht von den dänischen Behörden mit Gewalt in den Irak abgeschoben zu werden. Sie hatten jahrelang in einem dänischen Flüchtlingslager gewohnt.

Einige Mitglieder der Ehedslisten sind auch bei der Volksbewegung gegen die EU aktiv, waren es zuvor auch in der Junibewegung, die sich nach dem Verlust ihrer Mandate bei den letzten Europawahlen auflöste. Mehrere prominente Mitglieder der Ehedslisten haben bei den EP-Wahlen auf Listen der EU-kritischen Bewegungen kandidiert. Der gegenwärtige Europa-Abgeordnete der Volksbewegung gegen die EU ist der frühere Folketing-Abgeordnete der Ehedslisten Søren Søndergaard, er sitzt als assoziiertes Mitglied der Fraktion GUE/NGL im EP.

¹¹ Diese Studie »Vælgerundersøgelse for Ehedslisten« (November 2008) basiert vollständig auf früheren Studien über die Präferenzen und Haltung der dänischen Wählerschaft.

Die Wirtschaftskrise:

Die Wirtschaftskrise der letzten Jahre ist eine klare Herausforderung für die breite dänische Linke. Dabei gibt es unterschiedliche Sichten auf die Krise: Die Sozialdemokraten und die SF sind geneigt, sowohl auf Vorschläge zur Reform des Finanzsektors als auch auf Investitionen in die öffentliche Produktion zu setzen, gleichzeitig unterstützen sie aber die Krisenpakete der Regierung für die Banken. Leider scheint sich die Mitte-Links-Politik der SF nicht so sehr von der der gegenwärtigen Regierung zu unterscheiden, die auch in die öffentliche Produktion investieren will.

Die Enhedslisten betrachtet die Krise als eine des kapitalistischen Systems, die aber in den letzten Jahrzehnten durch die Deregulierungspolitik im Finanzsektor – insbesondere durch die Immobilienblase – sowie durch die neoliberale Politik der bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen insgesamt hervorgebracht und vertieft wurde.

Die Enhedslisten geht nicht davon aus, dass die Rezession ein Ende findet, wie bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler und Politiker es oft behaupten. Selbst wenn sie abnehmen sollte, dauern die Folgen der Krise – insbesondere die steigende Arbeitslosigkeit – sehr wahrscheinlich mehrere Jahre weiter an. Wachsende Streitigkeiten und Konflikte zwischen Arbeitgebern, Lohnabhängigen und Politikern sind zu erwarten, wobei es Angriffe auf die sozialen Rechte von Arbeitnehmern geben dürfte. In Dänemark ist zwar die Arbeitslosigkeit noch nicht beunruhigend hoch, doch wird sie – nach vielen Jahren bürgerlich-neoliberalen Fehlregierens – höchstwahrscheinlich aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Aussichten der dänischen Wirtschaft steigen.

In diesem Zusammenhang findet es die Enhedslisten wichtig, die Konfliktbereiche zu identifizieren, um für den unmittelbaren Kampf um bessere Lebensbedingungen zu mobilisieren, mit der langfristigen Perspektive, mit dem Kapitalismus zu brechen und den Sozialismus zu fördern.

Auf parlamentarischer Ebene sollten zweifelsfrei unmittelbare Forderungen erhoben und eine alternative Politik zur Krise vorgeschlagen werden, um das tägliche Leben der Menschen zu verbessern. Hier sind Gemeinsamkeiten und Kompromisse zwischen der Enhedslisten, der SF und den Sozialdemokraten möglich. Die Forderungen der Enhedslisten sind in politischen Maßnahmen zusammengefasst, die kurz- und längerfristig das Ziel haben, das Gleichgewicht der Kräfte zu verschieben. Diese Forderungen beziehen sich ebenso auf den grünen wie auf den sozialen Bereich. Hier einige Beispiele aus einer langen Liste:

- Ein großangelegter Beschäftigungsplan, um dem raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, mit dem Schwerpunkt einer massiven Investition in die öffentliche und demokratisch kontrollierte Produktion in den Bereichen grüne Energie und Gesundheit.
- Eine deutliche Erhöhung des Arbeitslosengelds auf das Niveau des Mindestlohns eines Facharbeiters in Kopenhagen sowie eine massive Erhöhung der Sozialversicherungsleistungen.
- Weitere Forderungen, um die wirtschaftliche Basis von Wohlfahrt und Arbeit für alle zu sichern: Verstaatlichung der Banken unter voller öffentlicher und demokratischer Verwaltung; Steuer auf Finanz- und Währungstransaktionen, etwa durch Einführung einer Tobin-Steuer; signifikante Erhöhung der Gewerbesteuer: Die Firmen haben riesige Gewinne erzielt und waren an der Entstehung der Krise beteiligt; jetzt sollten sie deren Bewältigung bezahlen.

Von hoher Priorität ist es für die Enhedslisten, die Umwelt- und Energiepolitik weiterzuentwickeln, um der Klimakrise entgegenzuwirken. Es müssen erstens Regeln auf dänischer, europäischer und internationaler Ebene geschaffen werden, um Emissionen strenger zu begrenzen, und zweitens sind Energiesparmaßnahmen einzuführen und eine alternative Energieversorgung aufzubauen. Dazu hat die Partei sehr detaillierte Vorstellungen.

Die Enhedslisten will bis 2040/50 eine Absenkung der CO₂-Ausstöße um 80 bis 90 Prozent in Dänemark, bei Aufrechterhaltung des hohen Lebensstandards. Die Partei hat einen Zielplan bis 2020 für eine 50-prozentige Reduzierung des CO₂-Ausstoßes¹² in Dänemark und auf internationaler Ebene eine 40-prozentige Reduzierung bis 2020 für die reichen Länder. Dieser Plan wurde auf dem Klimagipfel COP15 in Kopenhagen vorgelegt. Zusätzlich ist die Partei gegen die Privatisierung von Energie und Biotreibstoffen.

¹² Zum Klimaplan der *Enhedslisten*/Rot-Grün bezüglich der CO₂-Reduzierung (auf Dänisch): http://klima.Enhedslisten.dk/sites/default/files/Klimaplan_web_0.pdf.

Regierungsunterstützung und Beteiligung:

Im Prinzip würde die Enhedslisten eine sozialdemokratisch geführte Regierung unterstützen. Doch die Partei verweigert eine Beteiligung an einer solchen Regierung und hat bislang bei den laufenden Vorbereitungen für eine alternative Mitte-Links-Regierung keinen Grund gesehen, ihre Position zu ändern. Der Partei wäre eine viel deutlichere linke Alternative in Kooperation mit den Sozialdemokraten und der SF lieber. Doch aufgrund der bisher von diesen Parteien vorgeschlagenen Politik ist zurzeit kein zufriedenstellender Kompromiss mit der Enhedslisten möglich, da sie offenbar zu sehr den Ausgleich mit der bürgerlichen Politik suchen.

Die enge Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen SF und Sozialdemokraten hatte zur Folge, dass die SF ihre zuvor gehandhabte Praxis, im Parlament Anfragen an Minister gemeinsam mit der Enhedslisten zu stellen bzw. Debatten gemeinsam zu beantragen, nicht mehr weiterführt. Auch wenn es noch Fragen gibt, bei denen beide Parteien gleicher Meinung sind, so ist dennoch festzustellen, dass die SF in der Regel lieber mit den Sozialdemokraten zusammenarbeitet. Und in Fragen von Immigranten und Flüchtlingen steht die Enhedslisten sogar den Positionen der Sozialliberalen näher als denen der Sozialdemokraten und der SF.

Die Meinungsumfragen der letzten Monate legen nahe, dass die Enhedslisten möglicherweise nach den nächsten Parlamentswahlen für die Bildung einer Mitte-Links-Regierung das Zünglein an der Waage werden könnte. Obwohl die Partei wenig direkten politischen Einfluss auf eine solche Regierung haben dürfte, bewirkt allein die mögliche Tatsache der Tolerierung einer Regierungsbildung durch die Enhedslisten, dass ihre Rolle gestärkt und die Politik und die Forderungen, die sie als Bedingung für die Tolerierung vortragen wird, ins Blickfeld der Öffentlichkeit rücken. Diese Diskussion ist innerhalb der Partei sowie auf parlamentarischer Ebene sehr wichtig, da die Enhedslisten bereits jetzt Maßnahmen mit der Absicht vorschlägt, die Politik einer eventuellen künftigen Mitte-Links-Regierung mehr nach links zu verschieben. Die Partei weiß natürlich, dass dies außerhalb des Parlaments auch vom Druck der Gewerkschaften und der Bevölkerung abhängt. Konkrete Vorschläge der Enhedslisten in diesem Zusammenhang sind unter anderem ein grüner Beschäftigungsplan, keine weiteren Privatisierungen, keine Kompromisse mehr, die die Lebensumstände der Arbeitslosen erschweren, keine Krisenunterstützungspakete für die Banken sowie ein Friedensplan für Afghanistan.

Internationale Kooperation:

International ist die Enhedslisten ein sehr aktives Mitglied linker Parteienverbände, wie der Europäischen Linken (EL), dem Neuen Europäischen Linken Forum (NELF), der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EACL) und ein assoziiertes Mitglied der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke im Europaparlament (GUE/NGL). Die Partei gehört auch, wie die SF, zu den »linksozialistischen Gruppen« innerhalb des Nordischen Rates, in dem die nordischen linken Parteien, einschließlich der linken Parteien Grönlands und der Färöern, auf staats- und parlamentarischer Ebene zusammenarbeiten, um ihre gemeinsamen politischen Ziele voranzubringen.

Die Enhedslisten ist von Anfang an Gegnerin der EU gewesen, sieht aber auch in der internationalen Perspektive die Arbeit für eine demokratische rote und grüne europäische Alternative zur EU. Die Partei setzt sich im Allgemeinen das politische Ziel eines »anderen Europa« als Basis für die Zusammenarbeit mit Parteien und Bewegungen, die eine andere Sicht der EU vertreten. Für die Enhedslisten ist der politische und wirtschaftliche Inhalt der EU der Neoliberalismus; er ist fester Bestandteil dieser Institution und behaftet mit einem Demokratiedefizit; dieses kann nicht ersetzt werden kann, ohne die ganze Institution abzuschaffen.

Die Frage, wie man zur EU steht, ist wohl die kontroverseste bei den europäischen radikalen Linken, auch wenn in anderen zentralen politischen Fragen weitgehend Übereinstimmung herrscht. Diese kontroverse Haltung zur EU muss weiter diskutiert werden, um einen Weg zu finden, daraus keine Probleme für die zukünftige Zusammenarbeit entstehen zu lassen. Die Unterstützung der Enhedslisten für die dänischen EU-kritischen Bewegungen fußt auf einer allgemeinen politischen Übereinstimmung mit ihnen sowie auf der Überlegung, die Stimmen bei den Wahlen zu maximieren. Gleichzeitig versucht die Partei, sich als radikallinke Partei mit eigener linker Kritik an Neoliberalismus und Militarismus der EU darzustellen und mit linken Parteien in Europa zusammenzuarbeiten.

Die Enhedslisten ist an europäischen und internationalen Veranstaltungen wie den europäischen Sozialforen und in geringerem Maße an den Weltsozialforen und G-8-Gipfel-Protesten beteiligt. Das Frauenkomitee der Enhedslisten arbeitet sowohl mit dem EL-fem-Netzwerk, das mit der Europäischen Linken verbunden ist, als auch mit anderen Frauenorganisationen und -netzwerken auf europäischer Ebene zusammen.

Die SF: Sozialistisch, sozialdemokratisch oder grün?

International ist die Sozialistische Volkspartei (SF)¹³ im Europäischen Parlament mit den grünen Parteien und im nordischen Zusammenhang mit den rot-grünen Parteien verbunden, d. h. mit der Linksozialistischen Fraktion im Nordischen Rat und der Nordischen Grünlinken Allianz (NGLA). Die Partei hat auch einen Beobachterstatus bei den Europäischen Grünen. Dies stiftet Verwirrung bezüglich der Frage, was für eine Partei die SF heute eigentlich sei. Zweifelsfrei gibt der Umzug der SF im Jahre 2004 von der GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament zur Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA) – was sich dann 2009 wiederholte – einen Hinweis auf eine politische Wende weg von den Parteien der »radikalen Linken« hin zu den Parteien mit einer eher mittellinken Tendenz, auch wenn die SF ihre Position damit erklärte, nicht länger einer Gruppe »kommunistischer Parteien« angehören zu wollen.

Offensichtlich sieht sich die SF in Hinblick auf Alternativen zur Wirtschaftskrise auch nicht mehr als Teil des »radikallinken« Dialogs in Europa, und sie interessiert sich auch nicht besonders für das Bündnis der Europäischen Linken und die in ihm stattfindenden Diskussionen. Andererseits war sie Gründungsmitglied des linken Parteienzusammenschlusses Neues Europäisches Linkes Forum (NELF). Seitdem sie ihre wahlpolitische Strategie geändert hat, ist die Partei auch nicht mehr stark an den Aktivitäten des Sozialforums bzw. an den dahinterstehenden Bewegungen beteiligt. Einige ihrer Mitglieder waren allerdings bei den alternativen klimapolitischen Veranstaltungen während des Kopenhagener Klimagipfels im Dezember 2009 aktiv.

Die SF ist keine »natürliche« grüne Partei. Doch ist grüne Politik seit den 70er Jahren für die dänische Linke wichtig, und zwar nicht nur in den Basisbewegungen, sondern auch in der SF und bei den dänischen Linksozialisten (VS), was der dänischen Grünen Partei schwer zu schaffen machte. Während der 80er Jahre unterhielten sowohl die SF als auch die VS Kontakte zu den deutschen Grünen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es schwierig, den langfristig strategischen Kurs der SF zu beurteilen – ob die Partei letztlich eher mehr oder weniger sozialdemokratisch oder grün wird, ob sozialistische Zielsetzungen vorherrschen werden oder Kombinationen all dieser Möglichkeiten. Ein Bruch mit dem Kapitalismus scheint nicht Teil der Strategie der SF zu sein. In einem Artikel der Tageszeitung *Politiken* erklärt der Parteivorsitzende Villy Søvndal, »der Weg, moderne und komplexe Gesellschaften zu verändern, ist der der schrittweisen Reform, es sind nicht die Wege, die die Stabilität völlig zerstören«¹⁴. Die Partei beschreibt sich als »moderne sozialistische Partei, die eine Welt zu schaffen bemüht ist, wo die Menschen und ihre Umwelt eine höhere Priorität haben als Geld und Gewinn«¹⁵. Ursprünglich vertrat die SF eine als »Volkssozialismus« bezeichnete sozialistische Ideologie, die später auch durch den demokratischen Sozialismus und die grüne Politik ergänzt wurde. Seit Anfang der 90er Jahre hat sie sich aus einer EU-kritischen Position hin zu einer Pro-EU-Haltung bewegt, was eine kritische Haltung zur EU-Politik nicht ausschließt, wie z.B. die Anerkennung der Marktwirtschaft als Basis der Gesellschaft, die jedoch eine größere wirtschaftliche Umverteilung will, als es heute der Fall ist. Die Partei hat den Lissabon-Vertrag der EU vollständig unterstützt. Dissens gibt es hinsichtlich der Unterstützung der Marktwirtschaft und der EU. Zum Beispiel scheint eine »große Minderheit« oder »kleine Mehrheit« immer noch gegen die Einführung des Euro in Dänemark zu sein – einer der dänischen Vorbehalte im Maastrichter Vertrag.

Die SF hat in den letzten drei bis vier Jahren eine erhebliche Zunahme an Parteimitgliedern wie an Wählerstimmen verzeichnen können, insbesondere nachdem Villy Søvndal 2005 Parteivorsitzender

¹³ Vgl. Webseite der Sozialistischen Volkspartei (SF): <http://www.sf.dk/>.

¹⁴ Die dänische Tageszeitung *Politiken* brachte am 5. Januar 2010 eine Reportage von Villy Søvndal: *Vejen til en regering med SF* [Der Weg zu einer neuen Regierung mit der SF].

¹⁵ Webseite der SF: <http://www.sf.dk/>. SF's politik i hovedtræk [Umriss der SF-Politik].

wurde. Er ist ein großes Medien-Plus für die Partei gewesen und hat die langfristige Änderung der Wahlstrategie zusammen mit programmatischen Änderungen durchgeführt, auch im Rahmen des Versuchs der Partei, sich als regierungstauglich zu gerieren. Dazu gehört auch die Schwerpunktsetzung auf die Professionalisierung der Partei, gefolgt von einer organisatorischen Zentralisierung im April 2009 auf dem jährlichen Parteitag der SF, die zum Beispiel die Anzahl der Mitglieder des Parteirats von 39 auf 17 reduzierte, bei einem Vorstand von neun Mitgliedern.¹⁶ Auch die kritische interne Debatte wurde eingeschränkt.

Die Mitgliedschaft der SF erreichte im Februar 2009 gut 16.500, bei einem Frauenanteil von 51,5 Prozent. Bei den letzten Parlamentswahlen im November 2007 erhielt sie 13 Prozent der Stimmen und 23 von 179 Sitzen – eine Verdopplung der Mandate. In den Gemeindeverwaltungswahlen im November 2009 gewann die Partei 372 Mandate in den regionalen und kommunalen Räten und sechs Bürgermeister- und Stadtratsposten, ein riesiger Zuwachs. Der Stimmenanteil bei den Regionalwahlen war mit 15,3 Prozent etwas höher als bei den Parlamentswahlen von 2007 (13 Prozent).¹⁷ Bei den Europawahlen im Juni 2009 gewann die SF zwei Sitze. Die SF-Wähler sind in erster Linie in den größeren Städten sowie beim Bildungsbürgertum konzentriert und zu einem kleineren Teil bei Arbeitern mit niedrigerem Bildungsstand.¹⁸

Zweifelsohne würde eine alternative Regierung von Sozialdemokraten, mit der SF in einer zentralen Rolle, eine positive Änderung hin zu einer sozialen und grünen Politik bedeuten. Die Parteien schlagen zum Beispiel vor, die Millionäre zu besteuern und eine Staatsbank zu gründen. Eine Umverteilung zugunsten der sozial Schwächeren, öffentliche Investitionen im Städtebau und grüne Lösungen wären möglich. Gleichzeitig geht aber die Partei ziemlich pragmatisch in ihrem politischen Handeln vor. Sie hat wenig Hemmungen, mit bürgerlichen Parteien Kompromisse zu suchen.

Kommentare in den Medien links der Mitte sowie linksgerichtete Leserbriefe haben des Öfteren die »Rechtswende« der SF thematisiert. Ole Sohn, Vorsitzender der SF-Fraktion, sagte neulich in einem Interview in der Presse, in einem Artikel zur Straffung der Parteilinie, die SF sei »so links wie schon immer, aber Kompromisse sind notwendig, als handfeste Schritte, um an die Macht zu gelangen«¹⁹. Und Villy Søvndal schreibt: »Seine Ideale zu kompromittieren, ist nicht das Gleiche, wie sie aufzugeben.«²⁰

Die Sozialdemokraten und die SF haben tatsächlich versucht, der Herausforderung der rechtsextrem orientierten Dänischen Volkspartei zu begegnen, die sehr viele ehemals sozialdemokratische Wähler angezogen hat, indem sie ihre Migranten- und Flüchtlingspolitik teilweise an die der Volkspartei bzw. der bürgerlichen Regierung angepasst haben. 2008 wollte die SF die sogenannte 24-Jahre-Regel unterstützen, die ein Mindestalter für Familienzusammenführungen von Migranten festlegt, angeblich um Zwangsehen zu vorzuzukommen. Mit dieser Straffung ihrer Parteilinie in Hinsicht auf Migranten wollte sie sich der Position der Sozialdemokraten anpassen – nicht ohne Kritik aus den eigenen Reihen.

2009 reihte sich die SF in einen breiten Regierungskonsens zur Verteidigungspolitik ein, der wachsende Rüstungskosten, den Kauf von Jagdflugzeugen und die Unterstützung für den Afghanistankrieg beinhaltete, nachdem die SF der dänischen NATO-Mitgliedschaft als Basis dänischer Außen- und Sicherheitspolitik zugestimmt hatte. Dies widerspricht zwar dem Programm der SF, wird aber von Ole Sohn im erwähnten Interview als Folge einer geänderten Realität erklärt: »Es gibt keine glaubwürdige Alternative zur NATO«, sagt er. Die SF hat auch das Einfrieren der Steuern seitens der bürgerlichen Regierung unterstützt und dem Staatshaushalt sowie dem Bau von mehr Autobahnen zugestimmt, was letztlich nur den Mittel- und Oberschichten nützt, außerdem erkannte

¹⁶ Die dänische Tageszeitung *Politiken* brachte am 12. Januar 2010 eine Reportage von Kim Jørstad (SF): SF på magtens vej [SF auf dem Weg an die Macht].

¹⁷ Auch die Sozialdemokraten schnitten bei den Regionalwahlen mit 30,3 Prozent besser ab, als bei den Parlamentswahlen 2007 und auch besser, als ihr heutiger Stand in den Meinungsumfragen, obwohl das Ergebnis weniger war als bei den Regionalwahlen von 2005 (34 Prozent).

¹⁸ Diese Studie »Vælgerundersøgelse for *Enhedslisten*« (November 2008) basiert vollständig auf früheren Studien über die Präferenzen und Haltung der dänischen Wählerschaft.

¹⁹ Artikel in der dänischen Tageszeitung *Information* vom 28. Dezember 2009, S. 5; basiert teilweise auf einem Interview mit Ole Sohn.

²⁰ Die dänische Tageszeitung *Politiken* brachte am 5. Januar 2010 eine Reportage von Villy Søvndal: Vejen til en regering med SF [Der Weg zu einer neuen Regierung mit der SF].

die SF unlängst in einer Abstimmung Tibet als Teil Chinas an. Auch hinsichtlich der Rechts- und Justizpolitik wurde die Linie gestrafft: Es soll längere Haftstrafen und die Einführung von Mindeststrafen in neuen Bereichen geben, auch das erklärt Ole Sohn als Folge einer veränderten Realität.

Aber auch widersprechende Ansichten und Erklärungen werden von politischen Vertretern der SF geäußert. Der Fraktionssprecher der SF lobte das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten beim Kopenhagener Klimagipfel im Dezember 2009. Ein Tag später kritisierte der Parteivorsitzende Villy Søvndal die Polizei auf seiner Facebook-Seite. Auch bei der Zwangsabschiebung irakischer Flüchtlinge im letzten Sommer war die politische Position der SF widersprüchlich.

Kleinere radikallinke Parteien und Gruppen²¹

Es gibt einen großen Abstand in den Mitgliederzahlen zwischen der Enhedslisten und den kleinen radikallinken Parteien und Gruppen mit 300 oder weniger Mitgliedern. Dabei handelt es sich hauptsächlich um kommunistische Parteien und zwei trotzkistische Parteien/Gruppen, deren Mitglieder auch Mitglieder der Enhedslisten sind. Sie haben keine Chance, ausreichend unterstützt zu werden, um eine parlamentarische Vertretung zu erreichen. Die Mitglieder und Aktivisten dieser Parteien sind oft außerparlamentarisch engagiert und in verschiedenen Bewegungen aktiv, etwa in der Volksbewegung gegen die EU, in der Solidaritätsarbeit (Palästina) und anderen.

Die Europawahlen und aktuelle Umfragewerte

Die EP-Wahlen waren ein Erfolg für die EU-kritische Dänische Volkspartei, die SF und die Volksbewegung gegen die EU. Die Sozialdemokraten, die Sozialliberalen und die Junibewegung verloren je einen Sitz (Dänemark hat jetzt nur noch 13 statt 14 Sitze im EP). Der Erfolg der Volksbewegung hat dazu beigetragen, dass die Junibewegung im Nachgang der Wahlen beschloss, sich aufzulösen. Das magere Ergebnis der Junibewegung könnte auch eine Nebenwirkung des Rücktritts ihres MEP Jens-Peter Bonde mitten in der Wahlperiode gewesen sein, einer bekannten und altgedienten Führungspersönlichkeit der dänischen EU-kritischen Bewegung.

Das Ergebnis der SF war insofern bemerkenswert, als die Partei 15,9 Prozent Stimmen erringen konnte, wobei die Meinungsumfragen vor der EP-Wahl durchschnittlich 18,8 Prozent vorhergesagt hatten. Erklären lässt sich das Ergebnis aus einer Analyse der Stimmen für die Volksbewegung,²² die ergab, dass diese Stimmen aus einem breiten Mitte-Links-Spektrum abgezogen wurden

Dass viele Sozialdemokraten und SF-Wähler/innen der Volksbewegung ihre Stimmen gaben, ist interessant, da dies zeigt, dass innerhalb der Wählerschaften der Sozialdemokratie und der SF eine EU-kritische Position weiterlebt, auch wenn diese Parteien nun eine starke Pro-EU-Position vertreten. Dennoch wird die Beliebtheit der SF zurzeit nicht durch ihre Pro-EU-Haltung gemindert, selbst wenn man bedenkt, dass alle Pro-EU-Parteien in Dänemark mit Ausnahme der Sozialliberalen während des EP-Wahlkampfes sichtlich EU-kritischer auftraten als sonst.

In der dänischen Politik fand nach einer andauernden Patt-Situation zwischen den beiden parlamentarischen Lagern – dem Rechtsblock der zwei regierenden Rechtsparteien und dem Mitte-Links-Block der vier Oppositionsparteien – im Mai 2010 ein öffentlicher Stimmungswandel zugunsten der Oppositionsparteien statt. Als Erklärung dafür kann das sogenannte »Restaurierungspaket« der dänischen Regierung herangezogen werden. Eine Meinungsumfrage am 28. Mai 2010 (drei Tage, nachdem die konkreten Maßnahmen des Sparpakets bekannt gegeben worden waren) sah die Oppositionsparteien bei 56 Prozent, der Rechtsblock kam auf 44 Prozent. Nur sechs Tage zuvor waren die Oppositionsparteien lediglich auf 50,9 Prozent gekommen. Bemerkenswert war insbesondere der Anstieg der Sozialdemokraten von 25 auf 31 Prozent.

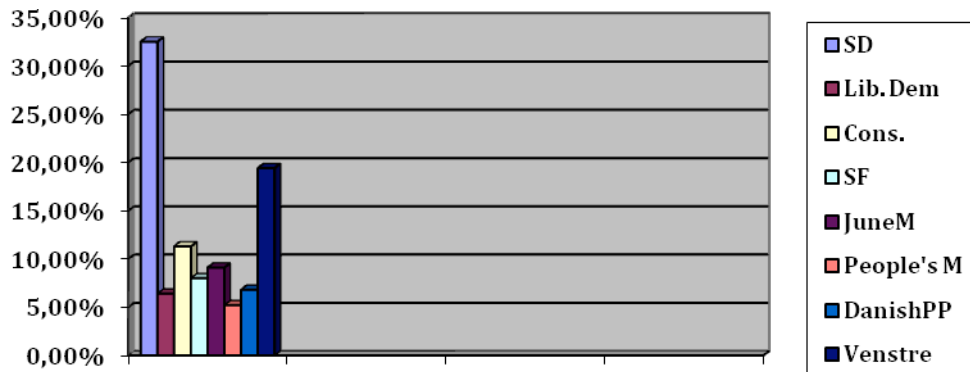
²¹ Für eine ausführliche Darstellung der kleinen dänischen linksradikalen Parteien und Gruppen vgl. Inger V. Johansen: Dänemark – die soziale und politische Linke, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianz. Aufsätze zur politischen Bildung, Reihe rls papers, Berlin 2009, S. 52.

²² Folkebevægelsens stemmer til EU-valget 2009: Valgstatistik fra EP-valg. Die Analyse basiert auf drei Quellen: einer Wählerbefragung am Wahllokal, drei Meinungsumfragen sowie einer weiteren Umfrage (3.652 Befragte).

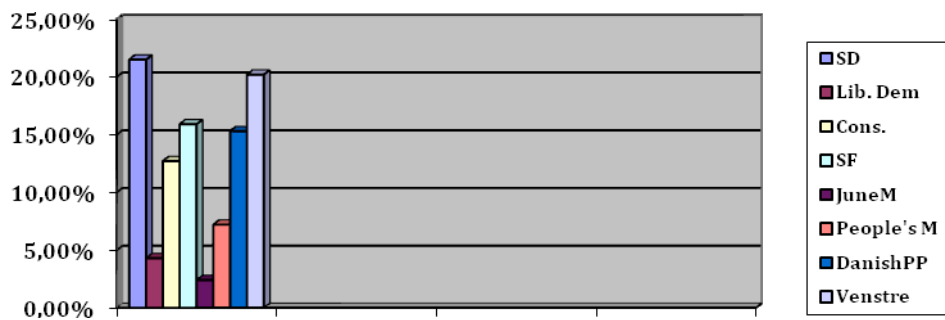
Es gibt keinen Zweifel, dass die starke dänische Unterstützung des öffentlichen Sektors erheblich zum Stimmungswechsel beigetragen hat. Es gibt viele Ressentiments gegen das Sparpaket, das Kürzungen in der Hochschulbildung und eine Zunahme der Steuern vorsieht. Verlierer des Sparpakets sind insbesondere Einwanderer, Familien und Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor. Die auch vonseiten der Sozialdemokraten und der SF gemachten Sparvorschläge, unter anderem die Erhöhung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde, erscheinen den Wählern im Vergleich mit den Plänen der Regierung marginal.

Anhang

Parlamentswahlen 2004, Wahlbeteiligung: 47,9 Prozent



Parlamentswahlen 2009, Wahlbeteiligung: 59,5 Prozent



Wahlergebnisse der Mitte-Links-Parteien

	SD	SF	RGA	Lib. Dem
Jahr	Prozente und Sitze			
1990	37,4 69	8,3 15	1,7 0	3,5 7
1994	34,5 62	7,3 13	3,1 6	4,6 8
1998	35,9 63	7,6 13	2,7 5	3,9 7
2001	29,1 52	6,4 12	2,4 4	5,2 9
2005	25,8 47	6 11	3,4 6	9,2 17
2007	25,5 45	13 23	2,2 4	5,1 9

Toivo Palm, Evgeni Golikov

Linke Perspektiven im rechten Estland

Dem großen deutschen Philosophen Hegel wird die Aussage zugeschrieben, dass jede Bewegung nach rechts mit dem linken Bein anfängt. Die politische Geschichte Estlands der letzten hundert Jahre stellt eine gute Bestätigung dieser Aussage dar. Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts kamen die linken Ideen in Form des klassischen Marxismus und der Sozialdemokratie nach Estland. Zur damaligen Zeit war das Gebiet des heutigen Estlands eines der Zentren wirtschaftlicher Entwicklung des Russischen Imperiums, welches auch durch die militärstrategische Bedeutung Estlands gefördert wurde. Die Entwicklung der Industrie und insbesondere des Baus von Kriegsschiffen, die Errichtung von militärischen Objekten führten zum raschen Wachstum des städtischen Proletariats, sowohl des lokalen, als auch aus den Reihen der eingewanderten russischen Bevölkerung, welche von 1897 bis 1917 von 21.000 bis auf fast 100.000 Einwohner angewachsen war. In vielerlei Hinsicht bestimmten diese Umstände die Aufnahmefähigkeit der estnischen Bevölkerung, insbesondere des städtischen Proletariats, für sozialistische und kommunistische Ideen.

Eine weitere Besonderheit Estlands bis zur Revolution 1917 stellte der deutsche Faktor dar. Nachkommen deutscher Eroberer bildeten im Laufe von fast 800 Jahren die Grundlage der politisch und ökonomisch herrschenden Elite. Gleichzeitig lebten in Estland laut Volkszählung 1897 etwas mehr als 33.000 Deutsche, darunter circa 4.000 baltendeutsche Gutsherren, die den größten und besten Teil des Ackerlandes besaßen. Diese Minderheit verfügte über einen enormen politischen Einfluss und zwar nicht nur in Estland und Livland, sondern auch in St. Petersburg, in dem sie eine einflussreiche Macht in der Umgebung des Zaren bildete.

Durch die Baltendeutschen hat das estnische Volk und die estnische Kultur vieles erworben. Der kulturelle Beitrag der Deutsch-Balten bildet einen wesentlichen Teil von dem, was man heute als estnische Kultur bezeichnet und ist ein organischer Bestandteil von ihr. Dank der Baltendeutschen verstand sich dieser Teil des Russischen Imperiums praktisch als Europa. Der lutheranische Protestantismus wurde durch deutsche Prediger nach Estland gebracht, und unter der Ägide dieser Religion begann bereits Anfang des 16. Jahrhunderts die Entwicklung der estnischen Schriftsprache und die Verbreitung des gedruckten Wortes in estnischer Sprache.

All das bestimmte weitestgehend die Eigentümlichkeit der estnischen Mentalität: Selbstständigkeit, Fleiß und die Gewohnheit, sich auf die eigenen Kräfte und nicht auf die Umstände zu verlassen. Die Esten, die Untertanen des Russischen Imperiums blieben, bemühten sich, mehr den Deutschen als den Russen zu ähneln, mit denen sie im Alltagsleben bis zum Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts fast nicht verkehrten.

Gleichzeitig war die Grenze zwischen den Baltendeutschen und den Esten nicht unüberwindlich, da sie hauptsächlich durch die Unterschiede im materiellen Status und im Grad der Sprachbeherrschung geprägt war. Etwas Ähnliches wird auch heute in den Beziehungen zwischen den Esten und den Russen beobachtet. Die Verwandlungen der Esten in Deutsche und zurück wurden bereits seit dem Zeitpunkt beobachtet, als Dänen, Schweden und Deutsche auf estnischem Gebiet erschienen sind. Diese Übergänge hingen vor allem von Vermögensverhältnissen ab. Bei der Betrachtung dieser Problematik muss auch die in der Gesellschaft stattfindende Veränderung im Gebrauch des Begriffes der ethnischen Zugehörigkeit berücksichtigt werden. Die ortsansässigen Deutschen unterteilten ihrerseits die Bewohner dieses Gebiets in Deutsche und Nichtdeutsche. Etwas später, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als der Anteil von Esten in den höheren oder gebildeten Schichten der Gesellschaft gewachsen war, entstand die Bewegung, die als nationales Erwachen bezeichnet wurde. Damit kam es auch zu Spannungen zwischen Esten und Deutsch-Balten. Die Winde der nationalen Wiedergeburt verwandelten die Baltendeutschen in den Augen der Esten in die größten Feinde des estnischen Volkes, was unter anderem einer der Gründe für den in strategischer Hinsicht sinnlosen Krieg gegen Landeswehr im Laufe des Befreiungskrieges 1919 wurde.

Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begannen auch einzelne Esten, in die soziale Spitze des Russischen Imperiums aufzurücken, wobei Studium und Arbeit in St. Petersburg oder Moskau ihnen häufig die Chance auf soziales Wachstum bot, das in ihrer Heimat aufgrund der deutschen Herrschaft kaum realisierbar war. Dadurch begann das Merkmal der ethnischen Zugehörigkeit dem Merkmal der sozialen Herkunft zu weichen: Für das Russische Imperium war nicht die ethnische Zugehörigkeit wichtig, sondern die soziale Herkunft, eine adelige Abstammung oder Verdienste, welche die Chancen

der Menschen verschiedener ethnischer Zugehörigkeit vor dem Thron in einem bestimmten Maße ausglich. Dies soll hier erwähnt werden, um nicht in den Fehler zu verfallen, die heute üblichen Vorstellungen auf die längst vergangenen Verhältnisse zu übertragen.

Die unmittelbare Opposition der Esten gegen die Deutschen entstand erst später, als man begann, wegen der eigenen nicht allzu vornehmen Herkunft sowohl die Deutschen als auch die Russen zu verfluchen. Merkwürdigerweise kam so etwas ausgerechnet dann vor, wenn sich Möglichkeiten für ein soziales Wachstum boten: Die Kinder der Küchenfrau erhielten eine Ausbildung und damit auch eine bessere soziale Stellung, was nicht selten die eigentliche Tiefe der sozialen Ungleichheit aufdeckte. Deshalb wurden dann diejenigen, die eher den Aufstieg unterstützten, als am vorherigen nicht beneidenswerten Zustand festhielten, energisch dafür gehasst, dass diese Distanz zwar schrumpfte, dafür aber bewusst wurde.

So erklärt sich die widersprüchliche und oftmals unfaire Haltung der Esten zunächst gegenüber den Deutschen, später auch gegenüber den Russen.

In vieler Hinsicht, vor allem dank der Tatsache, dass die Deutschen in Estland die Elite bildeten, idealisierten die Esten Europa nicht und setzten es Russland und den Russen nicht entgegen. Eine solche Rolle ortsansässiger Deutscher wirkte ausgleichend auf die Haltung der Esten zu Russland und den Russen. Bis zur Stalinschen Annexion Estlands zeigte sich diese Haltung niemals eindeutig negativ. Im Gegenteil, sie war sogar positiv. Erstens, weil die Russen – sowohl das Volk, als auch die Machtorgane – räumlich weit entfernt waren, wohingegen die Deutschen vor Ort zeigen konnten, wer der Herr im Hause ist. Zweitens erlangten viele Esten durch Sankt Petersburg und die russische Kultur Bedeutung, erwarben Berühmtheit sowohl in der kulturellen und wissenschaftlichen Welt Russlands als auch weit darüber hinaus. Drittens, indem die Russen nicht als unmittelbare Unterdrücker wahrgenommen wurden, fiel es den Esten leicht, gemeinsame Interessen mit den Russen festzustellen, vor allem gemeinsame demokratische Interessen. Durch all diese Umstände waren die Esten besser vorbereitet und empfänglicher für sozialistische Ideen. Auch kann man behaupten, dass sowohl die Anhänger der nationalen Selbstbestimmung Estlands, die bis zum Frühjahr 1917 von der Mehrheit estnischer Politiker und Intellektueller nationalbürgerlicher Ausrichtung im Rahmen der Beteiligung Estlands an der demokratischen Russischen Föderation gestellt wurde, als auch besonders die Anhänger des engen Bündnisses mit dem sozialistischen Russland – die estnischen Bolschewiki – frei von der xenophoben Intoleranz waren, die heute leider verstärkt anzutreffen ist.

Die Linke allgemein und die estnische Linke

Die linke Ideologie in ihren beiden Richtungen – kommunistische und sozialistische – ist das Produkt der Entwicklung des Kapitalismus in der Mitte und in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Man kann von einem großen Glück reden, sowohl für die linke, proletarische Bewegung als auch für den Kapitalismus selbst und die Aufgaben seines theoretischen Verständnisses, dass am Beginn der Entwicklung einer Theorie des Kapitalismus Denker vom Format eines Karl Marx standen. Marx – nach Herkunft weder Proletarier noch Kapitalist – hat es geschafft, die kapitalistische Gesellschaft von einer sehr breitgefächerten Position aus zu studieren, indem er den Kapitalismus nicht nur als Wirtschaftssystem, sondern auch in einem makrosoziologischen und allgemeinkulturellen Kontext betrachtete. Diese Herangehensweise ermöglichte es Marx, gesamtssystematische Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus als die Kraft aufzudecken, die auf der Grundlage einer feudalen Gesellschaft eine weltweite, ganzheitliche sozialökonomische Zivilisation schafft, welche die feudale Zersplitterung überwindet und diese durch Verhältnisse der Warenproduktion und des Warentauschs ersetzt, bei denen sich die zwischenmenschlichen Beziehungen in eine Art Waren-Markt-Verhältnis verwandeln. Marx stellte als erster fest, dass sich der Kapitalismus zur Macht mit einem welthistorischen Charakter verwandelt; er erkannte aber auch, dass die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise das Phänomen der stets wachsenden sozialen Entfremdung hervorruft: Je warenmarktbezogener die öffentliche Produktion wird, desto mehr Ähnlichkeiten weisen die zwischenmenschlichen mit den materiellen Beziehungen auf und desto weniger sind die Menschen selbst in der Lage, die Gesetzmäßigkeiten der Selbstbewegung der Warenwelt zu kontrollieren. Die Geschichte des Kapitalismus ist eine Geschichte der sich immer mehr ausbreitenden und steigenden Entfremdung: der Schöpfer von ihren Produkten, der gesellschaftlichen Subjekte voneinander und letztendlich jedes

Menschen von sich selbst. Der Kapitalismus begann mit dem Verlangen nach Freiheit und bewirkte in seiner reifen Form die globale Selbstentfremdung.

In Estland war das Interesse an der sozialistischen (linken) Ideologie Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts natürlich und organisch, sowohl infolge eines relativ hohen Entwicklungsniveaus des Kapitalismus, als auch infolge akuter sozialer und nationaler Probleme – etwa der ungelösten Frage über die nationalstaatliche Selbstbestimmung des estnischen Volkes.

Die ersten Organisationen sozialistischer und sozialdemokratischer Ausrichtung tauchten in Estland Anfang des 20. Jahrhunderts auf, und zwar eher als konservative und liberale Parteien. 1902 entstand in Reval die örtliche Organisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR), ähnliche Organisationen bildeten sich ein Jahr danach in Tartu, Narva, Pärnu, Haapsalu und Walge. Zum Ende 1905 zählte die Organisation über 1.000 Mitglieder und 1907 fast doppelt soviel. Zum Vergleich: Die monarchistische Verfassungspartei Estlands – Tochterorganisation der Baltischen Verfassungspartei – wurde erst im Oktober 1905 gegründet. Bezeichnend ist, dass diese Partei, welche die Interessen baltendeutscher Gutsherren und städtischer Großbourgeoisie (größtenteils ebenfalls deutsch) vertrat und sich für die Erhaltung des politischen Status quo im Baltikum und in Estland einsetzte, ihre Bedeutung gleich nach der Februarrevolution 1917 verlor.

Der Unterschied zwischen den sozialistischen und liberalen Parteien zur damaligen Zeit korrelierte deutlich mit dem Klassenmerkmal: Die estnischen Liberalen vertraten die nationale städtische Bourgeoisie und Gutsherren, während sich die Sozialisten auf die Arbeiterklasse in den Städten stützten, auf die Intelligenz, die Soldaten und Matrosen. Die sozialistischen Gruppen und Parteien schlossen sowohl Esten, als auch Russen, Letten und Juden ein. Und während die Februarrevolution die Parteien des konservativ-monarchistischen Lagers vom politischen Feld so gut wie wegkatapultierte, gewannen die sozialistischen Ideen und Losungen höchste Popularität. Wie der estnische Historiker Mati Graf schreibt, »war die Stimmung der Volksmassen in den ersten Monaten nach der Februarrevolution so, dass es einfach unmöglich war, sich auf die politische Arena – besonders in Tallinn – zu wagen, ohne sich dabei Sozialist zu nennen.« (M. Graf, Estland und Russland 1917 – 1991: Die Anatomie der Trennung. Tallinn, Verlag »Argo«, 2007, S. 47).

Die Niederlage der provisorischen Regierung von A. Kerenskij in St. Petersburg infolge des Staatsstreichs im Oktober 1917 führte zur Umgruppierung und Polarisierung politischer Kräfte in Estland: Besonders erstarkten die Parteien des national-liberalen Lagers und die radikalsten Sozialisten, insbesondere Bolschewiki und revolutionäre Sozialisten, sowie die konservativ-monarchistischen Gruppen. Die Politiker einer gemäßigten Ausrichtung verloren merklich ihre Positionen. Diese Lage war jedoch nicht zufällig. Der bolschewistische Staatsstreich führte in Russland zur Macht der Politiker, die nicht einfach nur radikal, sondern im Interesse ihres Machterhalts buchstäblich zu allem bereit waren. Daher war es kein Zufall, dass die in Sowjetrußland ausgeübte Gewalt, die später zu Stalin-Zeiten nach einem Kompromiss mit der Vergangenheit zu suchen begann, zur Polarisierung der politischen Kräfte in Estland führte, indem die Popularität nationaler und nationalistischer Politiker zu Lasten der Sozialisten demokratischer Ausrichtung rapide anstieg.

Nach der Oktoberrevolution wurden in Estland zwei Modelle der weiteren Entwicklung diskutiert: Bildung eines eigenen Staates in Form der Estnischen Demokratischen Republik (darauf bestanden die politischen Parteien des bürgerlich-liberalen Lagers) oder der Estnischen Arbeiterrepublik (Position der estnischen Revolutionären Sozialisten). Andererseits bestanden die Bolschewiki auf der Idee des Beitrittes Estlands zu Sowjetrußland als einer selbständigen föderativen Einheit. Interessant dabei ist, dass in den ersten Monaten nach der Oktoberrevolution Lenin in einem Gespräch mit Jaan Anvelt, einem der Führer der estnischen Bolschewiki, seine Bereitschaft erklärte, die Idee der Gründung eines unabhängigen sozialistischen estnischen Staates zu unterstützen, Anvelt jedoch entgegnete, dass dies eher der estnischen Bourgeoisie zugute komme. Zur damaligen Zeit vertraten auch die Bolschewiki in Lettland und Litauen ähnliche Positionen. Sie waren der Meinung, dass die Bildung kleiner, wenn auch sozialistischer Staaten, eine Abweichung von der zentralen Aufgabe der Revolution darstellen wird, und zwar dem Aufbau eines weltweiten proletarischen Staates.

In Estland 1917 – 1918 polarisierte die Hinwendung zum selbstständigen nationalen Staat immer mehr die politischen Kräfte und spaltete die Positionen der radikalen Sozialdemokraten (Bolschewiki) und der gemäßigten Sozialisten, allerdings nicht darin begründet, daß die Sozialisten eine Neigung »zum Verrat der Interessen der Arbeiterklasse« zeigten. Zur gegenseitigen Entfernung trug vor allem die

entstandene politische Lage bei: das Risiko der Wiederherstellung der Monarchie im Falle der Niederlage der Bolschewiki in Russland, die Gefahr der deutschen Intervention, die harte und dogmatische Position der estnischen Bolschewiki, welche die unter den Esten immer beliebtere Idee der Bildung eines selbstständigen nationalen Staates ignorierten.

Anfang März 1918 wurde Estland durch die Truppen des kaiserlichen Deutschlands okkupiert, infolgedessen kam es zur Massenevakuierung der russischen Bevölkerung und des engagierten Teils der Bolschewiki und der revolutionären Sozialisten aus Estland, was das Gleichgewicht der politischen Kräfte beeinträchtigte und den estnischen nationalen Politikern ermöglichte, in der Situation des entstandenen militärischen Interregnums Kurs auf die Verkündung des estnischen Nationalstaates zu nehmen. Unter den Bedingungen des begonnenen Bürgerkrieges in Russland und der deutschen Intervention hatten die Bolschewiken kaum Chancen, die Macht in Russland zu behaupten. Das war ebenfalls ein schwerwiegendes Argument, weshalb die gemäßigten Sozialisten begannen, sich für den Aufbau eines selbstständigen estnischen Staates mit Sozialisten an der Spitze einzusetzen. Sie glaubten, dass in der entstandenen Situation ein nationaler Staat des arbeitenden Volkes mehr Chancen auf Unterstützung der Wähler habe, als das sture Bestreben, der Idee der Weltrevolution treu zu bleiben, deren Utopie zum Sommer 1918 selbst Lenin offensichtlich wurde.

Man kann behaupten, dass sich in Estland bereits in der Epoche der Oktoberrevolution der offensichtliche Gegensatz zwischen den Anhängern der marxistischen Ideen – den radikalen Bolschewiki und den realistischeren Sozialisten – abzeichnete. Während sich die Sozialisten im Allgemeinen bemühten, sich auf den Realismus und die wissenschaftlichen Objektivität von Marx zu stützen, indem sie Problemlösungen auf dem Weg von Reformen, im Zuge des Dialoges mit der Kapitalistenklasse und unter Verzicht auf Gewalt suchten, gingen die Bolschewiki hingegen nach wie vor vom revolutionären Aktivismus aus, ließen politische Gewalt zu und kultivierten sie als Beschleuniger der Geschichte.

Wenn während der Februarrevolution viele aufrichtige Marx-Anhänger in Russland und der ganzen Welt dieses Ereignis als einen Versuch deuteten, seine Ideen in die historische Praxis umzusetzen, so riefen die Ereignisse 1940, infolge derer Estland wieder in das jetzt schon Stalinistische Imperium gelangte, bei fast niemandem in Estland die Illusion hervor, dass die Eingliederung des estnischen Volk zu einem Teil der roten Republik der siegreichen Arbeiterklasse machen würde. (Die Einstellung gegenüber der Oktoberrevolution war viel widersprüchlicher: Viele Sozialisten sowohl in Russland als auch im Ausland warfen den russischen Bolschewiki begründet politische Hochstapelei und Antreiben der Geschichte vor.) Dennoch gab es auch im Estland von 1940 Menschen, die aufrichtig daran glauben wollten, weil sie die im Februar 1918 proklamierte Erste Estnische Republik nicht für ein Muster der Demokratie oder Beispiel der sozialen Gerechtigkeit hielten. Während der 20 Jahre nach Erlangung der Staatlichkeit wurde die estnische Gesellschaft konservativ-nationalistisch und unterdrückte bis zur Stalinschen Annexion Estlands im Jahr 1940 die kommunistische Bewegung, indem sie den misslungenen Versuch eines bewaffneten, von Komintern und Kreml am 1. Dezember 1924 organisierten kommunistischen Staatsstreiches ausnutzte. Die Situation war gezeichnet vom politischen Gezänk, mehrfach drohte die Gefahr eines rechten Putsches. Deshalb war ein Teil der estnischen Bevölkerung, der die sozialistischen Ideale noch im Gedächtnis behalten hatte, bereit, an deren Umsetzung in Russland zu glauben.

Auf solche Träumer wartete eine bittere Enttäuschung. Sowohl das stalinistische als auch das poststalinistische System waren weder demokratisch noch sozialistisch. Aller Wahrscheinlichkeit nach gehörte es zum selben Zivilisationsparadigma wie der moderne Kapitalismus. Deshalb scheint uns, dass die ideologische Konfrontation zweier Weltsysteme – des Kapitalismus und des Kommunismus – in vieler Hinsicht Bluff und Missverständnis ist. Dabei geht es überhaupt nicht darum, die realen und sehr wesentlichen Unterschiede zwischen der UdSSR und der Welt des entwickelten Kapitalismus nicht wahrzunehmen, sondern darum, dass diese Unterschiede, die sich in der Rolle des Staates, im Grad der politischen Freiheiten, in den Funktionsbesonderheiten der Wirtschaft etc. äußern, keinen qualitativen Charakter haben, sondern Besonderheiten innerhalb ein und desselben Zivilisationsparadigmas darstellen. Der »späte« Lenin, als er die Idee der NEP formulierte, demonstrierte Verständnis dafür, dass »das Reich der Freiheit« weder durch die politische Gewalt, noch durch den ideologischen Glauben erobert werden kann. Die Verhältnisse der Ausbeutung gehen nicht verloren, wenn die Klasse der Ausbeuter physisch zerstört wird. Das soziale System kann nicht

stabil bleiben, wenn man über längere Zeit die objektiven Gesetze der Wirtschaftsbasis ignoriert hat. Das Verständnis dieser Binsenweisheiten des Marxismus stellte sich gar nicht so einfach dar. Den Sozialisten fiel es immer schwer, das Aktivitätsprinzip (Praxisprinzip) und das Realitätsprinzip im Rahmen einer ganzheitlichen Weltanschauung zu verbinden. Die geringste Abweichung auf die eine oder andere Seite führt entweder zum Terror oder zur verfremdeten Welt der Allmacht des Geldes, in der die Menschen in ihren Wechselbeziehungen zumeist als Konkurrenten oder als Mittel zur Umsetzung ihrer egoistischen privaten Ziele auftreten. Ein grundsätzlicher Ausweg aus der Systemkrise des Kapitalismus kann aber nur die Schaffung solcher Beziehungen gefunden werden, bei denen die Menschen Daseinsbedingungen für viele andere schaffen und der Austausch von Produkten ihrer Tätigkeit insgesamt keine Entfremdungsphänomene bewirkt.

Stalin, der im Gegensatz zu Lenin nur ein politischer Realist war, musste eine solche Denkungsweise wie eine gefährliche Chimäre vorkommen. Nach Ausrichtung seiner Tätigkeit (aber nicht nach den Methoden) war Stalin kein proletarischer Revolutionär, sondern ein politischer Restaurator. Die nach seinem Entwurf geschaffene Gesellschaft beseitigte weder Privateigentum und Ausbeutung noch die ungleiche soziale Stellung. In den Jahren der stalinschen Repressionen wurde diese Illusion durch eine enorm vertikale Mobilität geschickt unterstützt, indem ein Teil des Staats- und Parteiapparates entmachtet und die frei gewordenen Stellen durch Menschen »aus dem Volke« besetzt wurden.

In einer solchen Situation wurden die Ideen von Marx über den Kommunismus als eine gesellschaftliche Formation, welche die verfremdeten Formen des sozialen Daseins überwindet und diese durch Mechanismen der sozialen Solidarität und des kollektiven Schaffens ersetzt, überall genau umgekehrt ausgelegt. In der Deutung und Wertung des stalinistischen und poststalinistischen politisch-sozialen Systems dominierte die Magie des Wortes. Der Sinn wurde der Bezeichnung untergeordnet. Als Kommunismus/Sozialismus bezeichnete man das System, welches sich auf der einen Seite des eisernen Vorhanges – in der UdSSR – gebildet hatte. Seine ideologischen Gegner hielten es nicht ohne Grund für hoffnungslos und unverbesserlich antidemokratisch, aufgebaut auf Angst, Gewalt und Betrug. Dasselbe System nannte man in der UdSSR Gesellschaft des sozialen Fortschritts, der Gerechtigkeit, der gleichen Möglichkeiten und der planmäßigen Entwicklung. Die härteste Konkurrenz, der Kalte Krieg am Rande des Heißen, zwischen »den Welten des Kapitalismus und des Sozialismus« wurde als Zeugnis der absoluten Gegensätzlichkeit zwischen den beiden ausgegeben, dabei wurde vergessen, dass solche Rivalität eher ein Zeichen für Ähnlichkeit ist. Denn wetteifern können nur Systeme, die über gemeinsame oder ähnliche Elemente verfügen. Da die UdSSR und die USA das Gleiche anstrebten, waren sie Konkurrenten, also sich in dieser Hinsicht ähnlich. Das Definieren der einen Seite des Systems der kapitalistischen Weltkonkurrenz als »realer Sozialismus« verdrängte in Wirklichkeit den Sozialismus/Kommunismus aus dem gereiften sozialen Weltsystem.

Im Westen assoziierte sich der Sozialismus immer mehr mit relativ günstigeren Verkaufsverfahren von Arbeitskräften – eines Gesamtproletariats – an Gesamtkapitalisten. So ein Kampf für den Sozialismus hatte und hat in Wirklichkeit Sinn, denn in gewissem Maße verhindert er die totale Dehumanisierung und Entfremdung in der Gesellschaft. Der »Gesamtkapitalist« toleriert die sozialistischen »Verbesserer« jedoch nur solange, als ihre Aktivitäten keine Systemgefahr für die Welt des Kapitalismus im Allgemeinen darstellen, geschweige denn diese Welt unterminieren. Eben deshalb kritisierten 1968 die neuen Linken die westlichen Sozialisten aufs Härteste für ihre »Integriertheit« in das kapitalistische System. In der Sowjetunion war die Situation noch paradoxer, weil die offizielle Position der sowjetischen Obrigkeit darin bestand, nur jene für wahre Sozialisten/Kommunisten zu halten, welche die Politik der stalinistischen/poststalinistischen Führung völlig und gänzlich teilten. Mit anderen Worten, es war in der UdSSR noch schwieriger als im Westen, richtig »links« zu sein.

Durch diesen Umstand erklären sich in vieler Hinsicht auch die heutigen Schwächen und Probleme der linken Bewegung und der linken Ideologie in postsozialistischen Ländern.

Der weltweit komplexe – nicht nur finanzielle und wirtschaftliche, sondern auch ressourcenbezogene, ökologische, demographische, soziokulturelle, politisch-institutionelle etc. – Charakter der aktuellen Krise weist darauf hin, dass man mit einer bloßen Reparatur oder »Umgestaltung« des weltweiten Kapitalismus nicht mehr auskommt. Es ist ein radikaler Ersatz von tragenden Säulen und Grundwerten der Gesellschaft vonnöten sowie eine kritische, bewusste Analyse der theoretischen Grundlagen als Voraussetzung dafür. Eine globale Transformation der Gesellschaft ist nicht nur notwendig, sondern geradezu unvermeidlich. Die Frage ist nur, nach welchem Drehbuch sie ablaufen soll, in welcher

Ausrichtung und um welcher Ziele willen. Die aktuelle Situation der historischen »Verzweigung« erinnert in etwa an die globale Situation Mitte der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts.

Die Besonderheit der linken Bewegung in Estland besteht heute darin, dass sie in Gestalt ihrer verschiedenen parteipolitischen Erscheinungsformen – Zentrumspartei, Volksunion, Sozialdemokratische Partei, Die Vereinigte Linke – immer noch von der für die moderne kapitalistische Gesellschaft üblichen Garnitur liberaler, nationaler und sozialistischer bzw. pseudosozialistischer Werte abhängig bleibt: Vom naiven Glauben an die regulierende Rolle des Marktes ebenso wie der Hoffnung auf Erlangung der sozialen Gerechtigkeit durch harmonisierende Tätigkeit des Staates, Entwicklung einer nationalen Identität, die vom selben Staat geschützt wird usw.

Wenn die in Estland regierenden rechten Kräfte ihre Politik de facto zur einzig und allein richtigen als auch möglichen erklärt haben, so kann und wagt die Gesamtheit der linken und linkszentristischen Kräfte des politischen Spektrums in Estland im Grunde genommen nicht, der Position der Rechten etwas entgegenzusetzen bzw. zu entgegenen.

Eine der Paradoxien des heutigen Estlands besteht darin, dass sich die estnische Gesellschaft, die vor 20 Jahren ein erstaunliches Potential an sozialer Aktivität und Solidarität demonstriert hatte, unter den Bedingungen der heutigen Krise praktisch als nicht bereit erwies, ihr konstruktive Alternativen entgegenzusetzen, ja, sie zeigte sich nicht einmal in der Lage, die Krise, deren Natur und mögliche Folgen halbwegs adäquat zu begreifen. Die estnische Gesellschaft und ihre national orientierte Elite geriet im Grunde genommen in den Bann viel zu grob gestrickter Pläne, deren Realisierung eine Zeit lang scheinbar zum garantiert historischen Erfolg führte. Erstens war das Verständnis des Erfolgs auf das Niveau eines Wirtschaftserfolgs reduziert, an dessen Beständigkeit man naiv in der Annahme glaubte, dass der Weg, den die UdSSR eingeschlagen hatte, der einzig falsche war. In Wirklichkeit stellte sich jedoch heraus, dass verschiedenste Wege zur Krise führen können. Zweitens versucht man im heutigen Estland, in der Annahme, dass die UdSSR eine adäquate Umsetzung des sozialistischen Modells war, sich mit aller Macht von diesem Modell zu distanzieren. Folglich kam man zu folgenden Paradoxien: Die Demokratie sei eine soziale Ungleichheit; die Gerechtigkeit sei eine Polarisierung von Armut und Reichtum; der nationale Staat sei eine Gegenüberstellung von Volk und Macht, die dem Volk gegenüber keine Verpflichtungen hat. Vielmehr wird, genau der Logik von George Orwell folgend, behauptet, dass eine solche Ordnung die einzig und allein mögliche, richtige und gerechte sei. Neben der Ablehnung des stalinistischen Modells warf man auch die Werte der Demokratie, und zwar nicht nur der Volksherrschaft, sondern auch der Gesellschaftsordnung, in deren Kern der Selbstwert der menschlichen Persönlichkeit steckt, über Bord. Aus diesem Grund erwies sich die estnische Gesellschaft mitten in der Krise als viel zu rechts, um die eigenen Ressourcen zur Lösung aller angefallenen Probleme auf eine andere, effektivere Weise zu mobilisieren.

Warum sind die Rechten in Estland heute so stark?

Nicht nur die Politik, sondern auch die Gesellschaft in Estland ähnelt einer nach rechts geneigten Jacht. Der Rückenwind hilft der Jacht, aber bei Gegenwind verliert sie an Geschwindigkeit, kann stehenbleiben oder gar kentern. Dennoch werden die rechten, konservativ-liberalen Werte nach wie vor von der estnischen politischen Elite und einem wesentlichen Teil der estnischen Wählerschaft unterstützt und geteilt. Man fragt sich, wie das in einer Gesellschaft möglich ist, die heute über 15 Prozent Arbeitslose sowie eine immens hohe Verschuldung von Privatpersonen und Firmen gegenüber den Banken und externen Investoren in Höhe von fast 25 Mrd. Dollar aufweist. In einer Gesellschaft, in der das Budget von fast 150.000 Familien mit einer Hypothek belastet ist und viele nicht in der Lage sind, die Tilgung ihrer Eigenheimkredite fortzusetzen. In einer Gesellschaft, welche die Mehrheit der eigenen Industriebetriebe liquidierte und das Volumen der landwirtschaftlichen Produktion um ein Vielfaches verringerte.

Gleichwohl ist der estnische Wähler heute sogar in höherem Maße als vor der Krise bereit, seine Stimme für das regierende Bündnis des Geldes und des Nationalpatriotismus abzugeben. Hinzuzufügen ist, dass in Estland keine Anzeichen eines ernst zu nehmenden sozialen Protestes zu beobachten sind: Es gibt zwar Gewerkschaften, aber diese sind so loyal und nachgiebig gegenüber den Behörden, dass sie an die alten sowjetischen erinnern. Aber selbst solche Gewerkschaften entstehen nur dort, wo der Arbeitgeber zustimmt. Bis heute führte die tatsächliche und offensichtliche Verschlechterung der materiellen Lage der Mehrheit in Estland zu keinen auch nur halbwegs

bedeutsamen politischen Folgen. Besonders erstaunlich ist, dass selbst die russischsprachige Bevölkerung Estlands, die immerhin ein Drittel der Bewohner bildet und deren materielle Situation, vor allem durch die ungelösten zivilrechtlichen Probleme, im Durchschnitt 20 bis 30 Prozent schlechter ist als die der Esten, keine Anzeichen eines organisierten Protestes (eines nichtorganisierten übrigens auch nicht) an den Tag legt.

Die Ursachen für die rechte Neigung Estlands – nicht nur der staatspolitischen Elite, sondern auch der sie unterstützenden estnischen Wählermehrheit – scheinen vielschichtig zu sein:

- historische Gründe, unter anderem die Besonderheiten bei der Herausbildung der estnischen Nation;
- die Einstellung gegenüber der sowjetischen Vergangenheit, die Besonderheiten des Überlebens von Esten im Leibe des sowjetischen »Wals«;
- die demobilisierende – wenn nicht hypnotisierende – Rolle des nationalen Mythos;
- das vereinfachte System ideologischer Koordinaten: Westen = verwandte Zivilisation, natürlicher Verbündeter Estlands, Markt, Wohlstand und Freiheit; Russland = historischer Feind, Quelle der Militär- und Wirtschaftsgefahr, Grund für Stagnation und Rückständigkeit;
- die besondere Mentalität der russischen und russischsprachigen Bevölkerung Estlands;
- schließlich der Hintergrundfaktor – das so gut wie überall zu spürende Anwachsen der sozialen Anspannung, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und nationalen Selbstsucht, des Strebens nach einer Lösung eigener Probleme auf Kosten von Schwächeren sowohl auf staatlicher als auch auf privater Ebene;
- eine ungehemmte Verschwendung, die zum Grundmerkmal des Finanzbereiches wird, dessen Interessen allen anderen Wirtschaftsbranchen und der Gesellschaft insgesamt immer mehr entgegenstehen;
- die Gefahr des Hinüberwachsens vom sich in eine selbstständige Macht über die Gesellschaft wandelnden Finanzkapitals in einen globalen Mechanismus zur Kontrolle und Steuerung aller gesellschaftlichen Prozesse.

In wessen Interesse eine solche Kontrolle ist und warum die Verselbstständigung des Finanzkapitals von der Gesellschaft von einem Anschwellen der krisenhaften Prozesse auf globaler Ebene begleitet wird, vermögen wir heute nicht zu beantworten, aber die Empfindung, dass der Grund vieler interner estnischer Probleme auf irgendeine Weise mit den globalen Problemen verbunden ist, erscheint folgerichtig. Und letztendlich das wachsende Gefühl der Unruhe und Unsicherheit, nicht nur bezüglich des morgigen Tages, sondern überhaupt die Stabilität des Seins betreffend – offensichtlich empirische Anzeichen des von vielen, wenn nicht von allen Mitgliedern der Gesellschaft erlebten Zustandes der psychologischen Entfremdung und Frustration. Selbstverständlich können die aufgezählten Phänomene an sich nicht Gegenstand unseres Überblicks sein: Die allgemeinen Gründe manifestieren sich in einer Vielzahl von individuellen Erscheinungsformen, und wir versuchen, uns auf diejenigen davon zu konzentrieren, die mit der ethnokulturellen Geschichte des estnischen Volkes verbunden sind und auf die eine oder andere Weise Einfluss auf das Vorherrschen der rechten Ideologie in der heutigen estnischen Gesellschaft nehmen.

Die Herausforderung der estnischen Mentalität

Um die Frage zu beantworten, warum zu einem bestimmten Zeitpunkt jene und nicht eine andere politische Linie realisiert wird und auf welche Weise die Wechselbeziehung ökonomischer, soziokultureller und politischer Faktoren gerade das eine und nicht das andere System politischer und sozialer Aktivitäten hervorruft, können wir den Einfluss der sozialen Erfahrung auf die Art und Weise des politischen Verhaltens nicht unbeachtet lassen. Konkret geht es darum, dass in gewissem Maße der Grundstein für die Ausprägung des heutigen Verhaltens schon viel früher gelegt wird. Deshalb führen ähnliche soziale Situationen nicht selten zu sehr unterschiedlichen historischen Effekten. Vergleicht man beispielsweise die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) in Sowjetrussland mit dem Übergang zur Marktwirtschaft in den postsowjetischen Gesellschaften nach 1991, fällt eine interessante Besonderheit auf. Die NEP hat den Bauern zumindest erlaubt, nicht nur für den Staat, sondern zum Teil auch für ihre eigenen Interessen zu arbeiten – und schon reagierten die Bauern, die

zu arbeiten gewohnt waren und von der Arbeit auf eigenem Boden träumten, darauf mit einem rapiden Anstieg der Produktivität.

Die Reformen von E. Gaidar 1992 in Russland und ähnliche Markttransformationen in den anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR setzten objektiv Initiativen für die produktive Arbeit frei. Aber den Weg der Selbstständigkeit, eines eigenen Geschäfts, wählten relativ wenige. Der bestinformierte und aktive Teil der Gesellschaft nutzte die Abschwächung der staatlichen Kontrolle über das Eigentum, um es in Besitz zu nehmen. Nicht, um es zu schaffen und zu vermehren, sondern um sich des fremden Eigentums zu bemächtigen.

Etwas Ähnliches kann man auch im Bereich der internationalen Beziehungen auf dem ganzen Gebiet der ehemaligen UdSSR beobachten. Aber in den meisten Fällen – und das ist sehr typisch für die Situation der Beziehungen zwischen Esten und Russen bzw. russischsprachigen Bürgern Estlands – war die konfliktgeladene Situation in vieler Hinsicht keine Fortsetzung der Beziehungen im Rahmen der UdSSR, sondern entwickelte sich auf einer neuen Grundlage, als die bisher von der Sowjetmacht geprägten Menschen plötzlich die Möglichkeit gespürt haben, Eigenschaften unbestraft auszuleben, die ihnen innewohnten, jedoch nicht offen gezeigt werden durften.

Es dürfte auf den ersten Blick paradox erscheinen, doch waren die zwischenethnischen Beziehungen in Estland in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs friedlicher und positiver als heute. Zum Teil erklärt sich das durch die Angst der estnischen Bevölkerung vor der Strafpolitik der Sowjets. Natürlich war der Verlust der Unabhängigkeit für viele Esten ein Schock: Mehrere Zehntausend flohen nach Westen, andere Zehntausende gerieten in die Mühlen des repressiven Systems von Stalin, was die übrige Gesellschaft in einen Schockzustand versetzte. Ab Ende der 50er Jahre begann das Leben jedoch, allmählich in eine halbwegs normale Bahn einzuschwenken. Estland konnte sich erfolgreich entwickeln, dank des hohen sozialen Potentials, jener sozialen Matrix, deren Grundstein von der vorherigen Gesellschaft gelegt wurde: Selbstdisziplin, Fleiß, individuelle Ehrlichkeit, Worttreue usw.

In den 60er und 70er Jahren vollzog sich eine schnelle Wiederherstellung des sozialen und kulturellen Potentials des estnischen Volkes, unter anderem nahm die Anzahl der estnischen Intelligenz zu. Diese Veränderungen vollzogen sich auf der Grundlage eines extensiven Wirtschaftswachstums; den akuten Mangel an Arbeitskräften fing man mit der Einfuhr von Industriearbeitern aus anderen Regionen nach Estland auf. Allmählich zeichnete sich die Tendenz zur Umwandlung der Stammbevölkerung in eine Nation der Intellektuellen, Fach- und Führungskräfte ab. Auch der Lebensstandard wuchs und war der höchste unter den Republiken der UdSSR, auch wenn er dem westlichen deutlich nachstand. Vor diesem insgesamt günstigen Hintergrund kündigten sich im Massenbewusstsein Elemente der nationalen Arroganz an, die früher dem estnischen Soziotypus nicht eigen zu sein schienen: erfolgreich zu sein, sich vor dem allgemeinen Hintergrund hervorzuheben, zu leiten, Vorrangstellung zu haben – wenn nicht im eigenen ethnokulturellen Milieu, dann wenigstens gegenüber den »Anderen«.

Woher könnte das alles kommen? Früher, unter den Bedingungen des zaristischen Russlands, befanden sich die Esten in einer doppelten Abhängigkeit: vom zaristischen Staat und von der lokalen deutsch-baltischen Elite. Bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts hatten die Esten keine Möglichkeit, eine eigene Intelligenz zu schaffen: Der erste estnische Student kam erst 1820 an die Universität Dorpat (Tartu).

Selbstverständlich träumte das estnische Volk von der Änderung seiner eigenen Lage. Die jahrhundertelange Ungleichheit mit den Baltendeutschen, die über 750 Jahre Seite an Seite mit den Esten gelebt hatten und ihnen doch fremd blieben, konnte sich im estnischen Nationalbewusstsein nicht anders als in Form einer Opposition eingepägt haben: ein zur gleichen kulturell-sprachlichen Gruppe Gehörender ist mir definitionsgemäß ebenbürtig, ein zur anderen Gruppe Gehörender ist anders, fremd, in der Regel uns Esten nicht ebenbürtig, er ist entweder höher oder tiefer gestellt. Die Erinnerung an die Zeiten der deutschen Herrschaft, als die Esten die zweite Geige spielten und nicht die erste und eine von außen aufgebaute Geschichte miterlebten, stachelte gewissermaßen die Gebietsansprüche und Ambitionen eines Teiles der Esten in den relativ ruhigen und milden Zeiten der Stagnation unter Breschnew an, speziell, als sich Moskau bemühte, »die Unionsrepubliken« mit Hilfe »der lokalen Kader« zu lenken. Wie es scheint, wurde der Grundstein für dieses Verhaltensmuster, welches das Modell des Verhaltens eines deutschen Barons wiedergibt, bereits vor dem Oktober 1917 im Selbstbewusstsein zumindest des wirtschaftlich und politisch aktiven Teils der estnischen Nation gelegt, es begann sich aber erst im sowjetischen Zeitalter (insbesondere während der Breschnew-Ära)

unter den Bedingungen der deklaratorischen Gleichberechtigung den Weg zu bahnen. Also wurde die einigermaßen deutliche und durchaus bewusste Opposition gegen die nicht-estnische Bevölkerung nach dem Prinzip »wir – sie« (das meint, »wir – haben die Oberhand«) noch vor 1991 aufgebaut. Die Wiederherstellung der Unabhängigkeit öffnete in dieser Hinsicht die Schleusen nicht nur für die Wiederherstellung »der historischen Gerechtigkeit«, das heißt die Wiederherstellung des gewaltsam zerstörten Nationalstaates mit seiner Funktion, die Kultur der nationalen Minderheit zu schützen, sondern schwenkte auch auf einen anderen sozialökonomischen und politischen Kurs ein.

Den Menschen, welche die Prinzipien einer linken Weltanschauung teilen, muss man nicht erklären, dass Marktwirtschaft und politische Demokratie Mechanismen sind, die in der Gesellschaft soziale Ungleichheit hervorbringen, weil sie die Anwendung formal identischer Verhaltensregeln auf nach ihren Möglichkeiten sehr unterschiedliche Individuen darstellen. In Estland wurde dieser differenzierende Mechanismus noch verstärkt und zugunsten der einheimischen Nation auch dank des Restitutionsprinzips ausgerichtet, welches unter den Bedingungen des wiederhergestellten estnischen Staates eine sehr ausgedehnte Deutung erhielt. Ausgehend von dem Fakt, dass Estland gewaltsam (unter Androhung von Gewaltanwendung) durch Annexion bzw. Inkorporation 1940 in den Bestand der stalinistischen Sowjetunion übernommen wurde, entschied der estnische Gesetzgeber, dass man auf dieser Grundlage die gesamte Zeit, die das estnische Volk und das Territorium seines Staates im Bestand der UdSSR verbracht hat, für juristisch nichtig, d. h. als quasi nicht existent, befinden kann. Deshalb dem Restitutionsprinzip folgend und nicht durch persönliche Einstellung zur Unabhängigkeit Estlands begründet, wurde nach 1991 in Estland das Institut der Staatsangehörigkeit wiederhergestellt. Die estnische Staatsbürgerschaft bekamen diejenigen, deren Eltern Staatsbürger der Estnischen Republik vor dem Krieg waren, wodurch dem russischen Bevölkerungsteil ein empfindlicher Schlag versetzt wurde, obwohl er die Idee der Unabhängigkeit unterstützt hatte, und man die Gesellschaft nunmehr in Staatsbürger und Nichtstaatsbürger aufteilte. Dieses Prinzip wurde auch dazu verwendet, das nach der Eingliederung Estlands in den Bestand der UdSSR unrechtmäßig enteignete Vermögen estnischer Bürger zurückzuführen. Zu betonen ist dabei, dass die beiden Prozesse nicht nur die Realität der 55-jährigen Zugehörigkeit Estlands zum Bestand der UdSSR, sondern auch alles, was in diesem Zeitraum geschaffen wurde, de facto ignorierten. Im Restitutionsprinzip realisierte sich das alte Verhaltensmuster »Herr – Untertan«, nur waren nun die Esten in der Rolle der Baltendeutschen und die Russen in der Rolle der Esten.

Somit erwies sich die Besonderheit des estnischen Weges zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit durch die Verbindung mit der Entwicklung eines Mechanismus der ethnischen Demokratie, welche die soziale Differenzierung nicht nur verstärkte, sondern in Richtung einer ethnischen Trennung und sozialen Gegenüberstellung ausrichtete.

Sehr gefährlich an diesem Mechanismus ist in erster Linie für die demokratische Zukunft des estnischen Volkes, dass er die objektive Demokratielosigkeit der entstandenen politischen und wirtschaftlichen Gesellschaftsordnung tarnt und zwei für den Großteil der Esten grundlegende Illusionen bis auf weiteres im Bewusstsein aufrechterhält:

1. Obwohl die Marktwirtschaft und die politischen Freiheiten nicht allen Esten den Wohlstand gebracht haben (es entstand ein erfolgreiches und ein weniger erfolgreiches Estland), bleibt das estnische Volk jedoch insgesamt einheitlich hinsichtlich seiner Grundwerte: Nationalkultur und Nationalsprache, und diese Einigkeit macht soziale Unterschiede weniger wichtig und schmerzhaft;
2. Die Politik der Einbürgerung und des Zugangs von Nichtesten zu Staatsämtern, die Unterschiede in der wirtschaftlichen und sozialen Stellung, die während der Krise auffallende Dimensionen einnahmen (auf Nichtesten, die 1/3 der estnischen Bevölkerung bilden, fallen 2/3 Arbeitslose; das Durchschnittseinkommen der nichtestnischen Bevölkerung liegt 25 bis 30 Prozent niedriger als das der Esten usw.) werden vom Großteil der estnischen Bevölkerung als Normalität empfunden und nicht als sittenwidrig verurteilt.

Es fehlt auch dafür Verständnis, dass eine solche ethnische Ungleichheit eine unmittelbare Bedrohung der Demokratie insgesamt darstellt: Die Gesellschaft, welche die offensichtliche Diskriminierung einer sozialen Gruppe ertragen muss, wird sich ebenso hart gegenüber anderen Gruppen verhalten. Früher oder später wird sich das diskriminierende Verhalten in einen Modus Vivendi der herrschenden Minderheit gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung verwandeln. Die Demokratie »für die Seinen«

leidet, wie insbesondere die Geschichte des Bolschewismus gezeigt hat, am Grundübel der Verwandlung in eine Diktatur der Mehrheit gegenüber.

Die erwähnten historisch entstandenen Besonderheiten des nationalen Charakters werden heute von den Politikern aktiv ausgenutzt. Die Rhetorik der nationalen Konsolidierung, der nationalen Einschüchterung wird von fast allen politischen Parteien verwendet. Man kann behaupten, dass in der jetzigen Situation keine Partei ernsthafte Unterstützung der Wähler erwarten kann, wenn sie in ihrem Programm keine Elemente der nationalen Rhetorik und keine eigenen glühenden Patrioten hat. Die Parteien bleiben die patentierten Patrioten bezüglich Vaterland/Republik, aber in puncto nationaler Rhetorik konkurrieren mit ihnen nicht nur die heute regierende Reformpartei, sondern sogar die »teilweise linken« Parteien: der Volksbund und die Sozialdemokratische Partei. Sie alle nutzen zur Not dieselben ideologischen Klischees: »das leidgeprüfte Volk«, »man hat uns schon immer von Osten bedroht«, »man muss sich zum Schutz der Sprache und Kultur zusammenschließen« usw. Linke Ideologie und linke Politik sind mit einem solchen Modell grundsätzlich unvereinbar, weil sie sich nicht auf die gruppenbezogene, sondern auf die allgemeinmenschliche Auffassung von Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit stützen. Heute befinden sich diese Prinzipien in Estland für die »schweigende Mehrheit« noch unter einer dicken Eisschicht der national-patriotischen, d. h. im Grunde gruppenbezogenen Ideologie und Moral. Und solange das Eis durch die Sonnenstrahlen nicht geschmolzen wird, bleibt wahrscheinlich das Schiff der estnischen Politik auf die rechte Seite geneigt.

Die Parteien des linken Spektrums in heutigem Estland

In Estland, wie praktisch auch in anderen Nachfolgestaaten der Ruinen der UdSSR, wurden die ersten Jahre der Unabhängigkeit von der festen Überzeugung begleitet, dass die Gesellschaft, die man abgelehnt hatte, eine sozialistische, also eine linke Gesellschaft war. Deshalb ist die Hauptrichtung der Bewegung infolge der Ablehnung des sowjetischen Systems nach rechts ausgerichtet. Daher sind Marktwirtschaft, Demokratie, individuelle Rechte und Freiheiten weniger liberale Werte, sondern eher rechte. Eine solche Auffassung des Liberalismus als eine Art rechter Weltanschauung und alles Linken als etwas ausschließlich totalitäres oder zum Totalitären führendes erfuhr in Estland eine breite Ausdehnung. Eine nicht unbedeutende Rolle spielte dabei natürlich die Praxis der UdSSR, deren Ideologen sich viel Mühe gegeben haben, dass sich der Sozialismus zu einer Horrorgeschichte verwandelte, mit der man Kinder erschreckt. Doch der »real existierende« Sozialismus hatte mit dem Sozialismus von Marx, Gramsci und Rosa Luxemburg, dessen Seele die Vorstellung von der Persönlichkeit eines Menschen, seinem Selbstwert, seiner Freiheit und Autonomie war, im Gegensatz zum staatlichen »Kasernensozialismus« von Stalin und Breschnew nur wenig Ähnlichkeit.

Aber gerade bei der Auffassung der menschlichen Natur als einer Welt der Freiheit und Autonomie der Persönlichkeit steht der authentische Sozialismus keineswegs im Gegensatz zum Liberalismus. Alles andere sind zwar wichtige, aber eben nur Details. Es ist klar, dass das linke Projekt auf wirtschaftlichem Gebiet keine naive und unprofessionelle, rein moralische Negation der kapitalistischen Welt der Entfremdung sein soll. Im Gegenteil, das linke Projekt soll ein reales Modell sein, welches die Mängel und Engpässe des modernen Wirtschaftssystems überwindet, es soll fähig sein, den realen Ausweg aus der schwersten Systemkrise, in die das kapitalistische Wirtschaftsmodell die Menschheit geführt hat, zu finden und zu erklären und nicht eine leichtsinnige Negation, eine Art umgekehrte Rechtfertigung darzustellen. In allen grundsätzlichen Fragen, wie rationale Nutzung des vereinten intellektuellen Kapitals um der Interessen der ganzen Gesellschaft und nicht der privaten Interessen einzelner Individuen willen; Aufhebung der politischen Entfremdung, d. h. Rückführung von Machtkompetenzen an die Gesellschaft durch Entmachtung der elitären Gruppen; Neugestaltung der internationalen Beziehungen, Zügelung von Mechanismen der Kommerzialisierung in allen Bereichen des sozialen Seins usw., soll das linke Projekt in der Lage sein, eine radikale, beste, vor allem aber reale Alternative anzubieten.

Das linke Projekt soll nicht nur auf die Lösung privater und taktischer, wenn auch sehr wichtiger Aufgaben gerichtet sein, wie Kampf gegen Armut sowie vorteilhaftere Bedingungen beim Verkauf der Arbeitskraft an den Gesamtkapitalisten für das Proletariat, Beschränkung der Tätigkeit weltweiter Finanzmonopole durch den Gesetzgeber und vieles mehr, sondern auf die Suche, Entwicklung und Darbietung realistischer Alternativen für die Gesellschaft zur Überwindung der Systemkrise, die dem grundlegenden Wesen des Kapitalismus entspringt, der eine totale Vergegenständlichung

zwischenmenschlicher Beziehungen sowie die Umwandlung der Volksmassen in ein von der Wirtschaftselite manipuliertes und kontrolliertes Mittel zur Profitsicherung als fetischisierten Selbstzweck hervorruft, mit anderen Worten, für die Überwindung der totalen und allgemeinen Selbstentfremdung derjenigen Barbarei, vor der Rosa Luxemburg gewarnt hatte, wenn der Sozialismus es nicht schaffe, seine echte Alternative zu werden.

Aber diese Probleme kümmern heute nicht einmal diejenigen Vertreter der estnischen Politik, die man wenigstens entfernt als Linke bezeichnen könnte. In der Gesellschaft wütet die schwerste Wirtschaftskrise mit riesiger Arbeitslosigkeit; ein Fünftel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze, und der Stimmenanteil der regierenden rechtsliberalen Reformpartei, welche de facto die Interessen des lokalen und ausländischen Großkapitals, vor allem des Finanzkapitals vertritt, nähert sich der 30-Prozent-Marke, wobei 40 Prozent der Esten die Reformpartei unterstützen! Erklärt wird das dadurch, dass in den Augen eines gewöhnlichen estnischen Wählers die Reformisten Verteidiger der nationalen Idee bleiben und den naiven Glauben eines Spießbürgers an seine baldige Verwandlung in einen gedeihenden Kapitalisten aufrechterhalten.

Die Parteien sozialer (im Sinne linker) Orientierung – mit Ausnahme der Zentrumspartei, die sich zwar selbst nicht als eine linke Partei positioniert, jedoch die Unterstützung gerade jenes Teiles der Gesellschaft genießt, welcher die Möglichkeit seines physischen Überlebens in höherem Maße mit der linken, sozialdemokratischen Politik verbindet – befinden sich im Allgemeinen an der Peripherie des politischen Spektrums. Festzustellen ist auch, dass sich die linke – sozialistische – Politik im estnischen Massenbewusstsein hauptsächlich mit dem staatlichen Schutz und der Unterstützung von sozial schwachen Gruppen der Gesellschaft assoziiert. Diese Auffassung der linken Politik führt sie nicht über die Grenzen des »Konsum- bzw. Schulsozialismus« hinaus: Der Staat wird mit einem Haus- bzw. Gutsherren gleichgesetzt, von dessen Gnade und Gerechtigkeit die Schicksale der Gesellschaft abhängen. Eben diese Gestalt des Sozialismus bleibt für viele Einwohner von Estland aktuell.

Wie konnte so etwas in einer Gesellschaft passieren, die sogar in den Anfängen des ersten estnischen Nationalstaates, 1917 und in darauffolgenden Jahren, wesentlich empfänglicher für sozialistische Ideen als heute war? Bei den Wahlen der Gründungsversammlung 1919 haben zum Beispiel die Parteien mit sozialistischer Ausrichtung 2/3 der Sitze bekommen. Sie genossen überwiegend Vorteile in Städten, in erster Linie unter dem Proletariat. Dabei bildete ihre Erfolgsgrundlage keineswegs die Idee des Nationalstaates, sondern die Forderung einer radikalen Bodenreform: Liquidation deutscher Landgüter und Übergabe von Grund und Boden an Bauern, demokratische Freiheiten und soziale Garantien.

Die spätere Entwicklung zeigte, dass die ursprünglich sozialistischen Forderungen nach der Beschränkung der kapitalistischen Superausbeutung – teilweise in der UdSSR sogar unter den Bedingungen des »Lager-Sozialismus« und in vielen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften durch den Dialog sozialistisch und sozialdemokratisch orientierter Parteien sowie sozialistischer Gewerkschaften mit den Arbeitgebern und bürgerlichen Parteien von oben realisiert – letzten Endes zur Erhöhung der Anpassungsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung beitrugen und seine weitere Entwicklung gewährleisteten. Elemente eines solchen »Sozialismus« kann man als Konsumsozialismus bezeichnen, der die Gesellschaft keinesfalls aus dem Rahmen des kapitalistischen Modells hinausführt. Dabei war der stalinistische »Staatssozialismus« wesentlich weiter vom Sozialismus als solidarischer Gesellschaft entfernt, als das schwedische, dänische oder finnische Modell, weil der staatliche Paternalismus des stalinschen Systems die Gesellschaft des Solidaritätspotentials und der Fähigkeit zur bürgerlichen Selbstorganisation beraubte.

Im Großen und Ganzen lässt sich die Ähnlichkeit des sowjetischen und des westlichen Modells anhand dessen feststellen, dass beide ein sehr ähnliches Bewusstsein hervorriefen: ein Konsumentenbewusstsein, welches nicht auf die schöpferische Entwicklung – weder unter individuellem, noch unter gesamtgesellschaftlichem Aspekt – ausgerichtet war. Nicht auf ein Leben unter Gleichen, nicht nur für sich selbst, auch für andere, sondern auf den Besitz hauptsächlich materieller Produkte der menschlichen Tätigkeit nicht nur und weniger zur Befriedigung individueller Bedürfnisse, als zur Erreichung oder Demonstration des eigenen Status. Der Besitz überhaupt wird zum führenden Bedürfnis und zum wichtigsten sozialen Merkmal – dem Statusmerkmal. Der konsumierende Spießbürger war sowohl in der UdSSR und auch im Westen ein Objekt der

Ausbeutung, und – im Kontext der Konsumweltanschauung bleibend – als solcher Spießbürger jeweils bestrebt, ein noch habsüchtigerer Konsument zu werden.

Die soziale Bewegung in Europa Anfang des 20. Jahrhunderts, aber eigentlich fast weltweit, war eine Bewegung für das Recht des arbeitenden Menschen auf halbwegs menschliche Existenzbedingungen. Die Entwicklung des Kapitalismus hat diese Möglichkeit teilweise zur Realität gemacht, aber unter den Bedingungen, wo Arbeit dem Profit dient, hört die Arbeit unvermeidlich auf, einen Wert darzustellen. Der Besitz von Arbeitsergebnissen wird zum Selbstzweck. Aber wenn im Westen die entwickelte Form des Kapitalismus die meisten einfachen Mitglieder der Gesellschaft zu realistischen Konsumenten gemacht hatte, so begann der auf den Trümmern der UdSSR mutierende »ehemalige Sowjetmensch«, sich in einen aggressiven Konsumenten zu verwandeln, dessen Traum es ist, Kapitalist zu werden. Die heutige estnische Gesellschaft ist infolge der bizarren Verflechtung von Einflüssen der ethnischen Geschichte des estnischen Volkes und ihrer jüngsten sowjetischen Vergangenheit eine Gesellschaft, die in ihrer Mehrheit von Eigentum und materiellem Erfolg als Selbstzweck träumt. Wahrscheinlich gerade deshalb präferiert der estnische Spießbürger auch mitten in der Krise die national-bürgerlichen Parteien und nicht die Sozialisten. Jedenfalls bis jetzt. Sollte der Spießbürger jedoch umständehalber beginnen zu schwanken, wird er sofort wieder mit nationalistischer Schocktherapie zur Besinnung gebracht, indem ihm mit der Perspektive einer Rückkehr in die UdSSR, mit dem russischen Imperialismus und der übrigen »russischen« Gefahr gedroht wird.

In Bezug auf die estnische Situation ist die Zuordnung dieser oder jener politischen Partei auf einen bestimmten Platz im Rahmen des traditionellen ideologischen Raums sehr schwierig. Erstens infolge des Umstandes, dass die ideologischen Gründe eine sehr unbedeutende Rolle in der politischen Selbstbestimmung der estnischen Parteien spielten und nach wie vor spielen. Im Grunde genommen existiert in Estland formal-rechtlich der politische Pluralismus, am ideellen und ideologischen Pluralismus fehlt es jedoch. Die politischen Parteien stellen sich in Wirklichkeit als Spiegelbild der Körperschaften dar, der Gruppen hervorragender und bedeutender Menschen der Öffentlichkeit oder einfach der Menschen, die bestimmte Ressourcen unter Kontrolle halten. Diese führenden Funktionäre selbst sind einander oft erstaunlich ähnlich, da sie im politischen Sinne praktisch dieselben Ziele verfolgen: Kontrolle über die Institute der Staatsmacht, um mit diesen eine Politik durchzusetzen, die sich wenig von der Politik ihrer politischen Gegenspieler abhebt, wobei sie die Macht für persönliche oder Gruppenziele verwenden. Die Stelle des politischen Pluralismus nimmt in Estland der Pluralismus politischer Ambitionen und Ansprüche der inhaltlich wenig voneinander abweichenden konkurrierenden Gruppierungen ein. Fast jede irgendwelchen gesellschaftlichen Einfluss beanspruchende politische Partei in Estland ist bestrebt, sich auf die mobilisierenden Faktoren der »estnischen nationalen Idee« – den nationalen Patriotismus und die nationalen Ängste – zu stützen. Dies betrifft auch die Sozialdemokratische Partei. Heute bemüht sie sich, den europäischen sozialdemokratischen Standardparteien zu ähneln, zum Beispiel politischer Führer der Gewerkschaften zu sein. Hervorzuheben ist, dass sich die estnischen Sozialdemokraten bis Februar 2004 schamhaft »Die Mäßigen« (Die Moderaten) nannten, wobei sie sich auf ein ganz anderes, nicht sozialistisches Segment des politischen Spektrums in Europa orientierten. Die Partei der Mäßigen entstand infolge einiger Verschmelzungen, unter anderem mit stark national-konservativen Gruppen. Als aber 2004 die Frage nach dem Beitritt Estlands zur Europäischen Union auf der Tagesordnung stand, beschlossen die Mäßigen, die freie sozialistische Nische in der Innenpolitik einzunehmen und für sich in Person von europäischen Sozialisten Schirmherren in der EU und im Europaparlament zu gewinnen. Dies bedeutet natürlich nicht, dass es unter estnischen Sozialdemokraten überhaupt keine Menschen gibt, welche sozialistische Ansichten teilen. Die gibt es natürlich auch, jedoch bestimmen sie nicht das Gesicht und die Politik der Partei, welche, wie auch andere einflussreiche politische Kräfte in Estland, auf ganz verschiedene Karten setzen muss, um rechtzeitig auf die unbeständigen Interessen der Wählerschaft zu reagieren. Und solange diese Wählerschaft nationale Werte schätzt sowie Russland fürchtet und hasst, bleibt dies auch der Kurs der politischen Parteien. Dabei ist es unwichtig, wie sie sich selbst bezeichnen.

Zum Schluss soll auch die Estnische Vereinigte Linkspartei erwähnt werden. Die Partei entstand durch die Verschmelzung von zwei relativ kleinen politischen Parteien. Die erste, die estnische Linkspartei, war Nachfolgerin der kommunistischen Partei Estlands in der sowjetischen Zeit; sie behielt in ihren Reihen einige wenige Kommunisten, die aus Gewohnheit oder Sturheit in der Partei

blieben. Andere blieben aus ideell-ethischen Gründen, aus Trotz gegenüber den ehemaligen Führern, die zu neuen Parteien flüchteten, um Karriere zu machen oder weil sie Angst davor hatten, Verantwortung für die Politik während der sowjetischen Zeit zu übernehmen. Dieser Teil der Partei ist mehrheitlich estnisch. Der zweite Teil der heutigen Mitglieder stammt aus der einst unter russischen Wählern einflussreichsten Partei, der Vereinigten Volkspartei Estlands (EÜRP), später Verfassungspartei. Die wirklichen Führer und Organisatoren dieser Partei waren schon immer Menschen mit einer bei weitem nicht linken Weltanschauung, sondern eher mit bürgerlich-liberalen Ansichten. Die Partei hatte eine Chance, denn sie genoss die Unterstützung des besonders pragmatischen und wohlhabenden Teils der russischsprachigen Wählerschaft, doch diese Chance hat sie leichtfertig verspielt: Sie verlor ihre Sponsoren und die Wählerschaft, und ihren jetzigen Führern blieb nichts anderes übrig, als sich mit den estnischen Linken zusammenzuschließen. Ein organisches Bündnis ist daraus bis jetzt nicht entstanden, sowohl aus subjektiven, als auch aus objektiven Gründen: Ausbleiben der linken Wählerschaft, Fehlen linker Programmatik und Mangel an Kräften innerhalb der Partei, die fähig wären, eine Programmatik zu erarbeiten, sowie praktisch keine finanziellen Mittel. Die Unterstützung bei Wahlen bleibt unter einem Prozent aller Wähler Estlands.

Linke Perspektiven in Estland

Nach den bisherigen Ausführungen scheint die Fragestellung angebracht: Gibt es eine linke Perspektive? Eindeutig ja. Die estnische Gesellschaft zeigt sich heute erstaunlich unmodern in jener europäischen Umgebung, die sie so sehr anstrebte. Die intellektuelle Elite der Gesellschaft hat bis heute nicht in vollem Maße erkannt, welche Gefahr in der Inkompatibilität der kulturell-historischen Erfahrung des estnischen Volkes mit dem realen Entwicklungsniveau des geistig-politischen Lebens in Europa liegt. Diese Korrektur kann sich für Estland äußerst schmerzhaft erweisen, zumal sie durch die weltweite Wirtschaftskrise erschwert wird. Wie es scheint, wird es sich um die radikale Neueinschätzung vieler Grundwerte handeln. Eine der möglichen Varianten: Die Gesellschaft kann es nicht ertragen, löst sich im europäischen Raum auf, verwandelt sich einfach für eine gewisse Zeit in ein »Wohngebiet« für Menschen einer bestimmten kulturellen, sprachlichen und ethnischen Zugehörigkeit, das aller Wahrscheinlichkeit nach die Eigenschaft der ethnokulturellen Gemeinsamkeit verliert. Die Kristallisation und Integration in die neue Gesellschaft findet zwangsläufig statt, aber das wird dann eine andere Gesellschaft sein, und wenn sie auf modernen Grundlagen entsteht, werden linke Ideologie und linke Politik folgerichtig zu einer ihrer wichtigen Komponenten. Denn ansonsten wäre die einzige Alternative zum realen Sozialismus nur die Barbarei, vor der Rosa Luxemburg immer gewarnt hat.

Weiterführende Literatur:

1. The Globalization of World Politics. (2001) Oxford University Press Ed. by John Baylis a. Steve Smith
2. F. A. Hayek (First Published 1944): The Road to Serfdom
3. Robert Kagan (2003): Paradise & Power. AtlanticBooks, London
4. Karl Marx, Friedrich Engels (1979): Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. Dietz Verlag Berlin
5. Henry Kissinger (2001): Does America Need a Foreign Policy? Toward a Diplomacy for the 21st Century. Simon&Schuster, N.Y., London, Toronto, Sidney, Singapore.
6. Richard Pipes (2001): Communism. A History. The Modern Library, N. Y.
7. Karl Popper (First English edition published 1957): The Poverty of Historicism.
8. Larry Siedentop (2000): Democracy in Europe. Penguin Books.
9. Joseph E. Stiglitz (2002): Globalization and its Discontents. Penguin Books.
10. Fareed Zakaria (2003): The Future of Freedom. Illiberal Democracy at Home and Abroad. W. W. Norton & Company, N. Y., London.
11. Über die Entfremdung als Produkt der bürgerlichen Zivilisation infolge der Dehumanisierung der Arbeit, die eine totale Konfrontation gesellschaftlicher Individuen hervorruft, schreibt Marx in seinen berühmten »Ökonomisch-philosophischen Manuskripten aus dem Jahre 1844«, erstmals veröffentlicht in russischer Sprache erst 1956. Im »Manifest der kommunistischen Partei« (1848) gelingt es Marx und Engels eine qualitative Grenze zwischen der bürgerlichen Gesellschaft der Entfremdung und dem Kommunismus zu ziehen: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für

- die freie Entwicklung aller ist.« K. Marx und F. Engels, Werke, 2. Ausgabe, Band 4, Moskau 1955, S. 447.
12. Mati Graf, Estland und Russland 1917 – 1991: Die Anatomie der Trennung. Tallinn, Verlag »Argo«, 2007, S. 47.
 13. Ebenda, S. 89.
 14. »Das individuelle und das Gattungsleben des Menschen sind nicht verschieden, so sehr auch – und dies ist notwendig – die Daseinsweise des individuellen Lebens eine mehr besondere oder mehr allgemeine Weise des Gattungslebens ist, oder je mehr das Gattungsleben ein mehr besonderes oder allgemeines individuelles Leben ist« K. Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844. In: K. Marx und F. Engels, Frühere Werke, Moskau 1956, S. 590-591.
 15. »Krieg bedeutet Frieden. Freiheit bedeutet Sklaverei. Unwissenheit bedeutet Macht.« George Orwell, 1984. DEM, 1989, S. 15.
 16. Mati Graf, S. 66. Über die Rolle der Parteien linker Ausrichtung während der Herausbildung der estnischen Staatlichkeit siehe auch: Olaf Kuuli, Sotsialistid ja kommunistid Eestis 1917 – 1991. Tallinn, 1991.

Anna Kontula , Tomi Kuhanen

Der Wiederaufbau des Linken Bündnisses – Hoffen auf einen Neuanfang in Finnland

Einführung

Das Linke Bündnis ist die am weitesten linksstehende Fraktion im finnischen Reichstag. In den letzten Parlamentswahlen gewann die Partei 8,8 Prozent der Stimmen und damit 17 von 200 Reichstagsmandaten. In diesem Beitrag wollen wir die Struktur, die Aktivitäten und soziale Bedeutung der Partei beschreiben, wobei wir auch auf aktuelle Statistiken und Reden zurückgreifen wollen. Ein weiterer Beitrag wurde erstellt, der systematischer das Linke Bündnis und die Erklärungen ihrer Organisation, die Aktivitäten ihrer Fraktion und die offizielle Parteizeitung behandelt und auf offiziellen Unterlagen der Partei basiert. Das Umfeld dieses Artikels wurde sowohl von aktiven Parteimitgliedern als auch von externen Akteuren kommentiert.

Den Hintergrund des Linken Bündnisses kann man nur mit einem Blick auf die Landkarte verstehen. Während der ganzen Geschichte der Sowjetunion arbeitete die Linke Finnlands eng mit dem sowjetischen System zusammen und war ihm teilweise untergeben. Besonders für die älteren Generationen bedeutet der Sozialismus immer noch den sowjetischen Sozialismus, daher ist allein die Verwendung traditioneller sozialistischer Begriffe für viele Menschen noch immer ein Tabu. In seinen programmatischen Dokumenten definiert sich das Linke Bündnis umsichtig als »rot-grüne Partei mit den Grundwerten Freiheit, nachhaltige Entwicklung und Gleichheit.«²³

In dieser Definition bezieht sich »grün« selbstverständlich auf die Wichtigkeit von Umweltfragen, »rot« hingegen auf die Tradition der Arbeiterbewegung, aber auch im weiteren Sinne auf die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Die Partei unterstützt das sogenannte nordische Modell des Wohlfahrtsstaats, das Gesundheits-, Pflege- und Bildungsleistungen umfasst, die von einem starken öffentlichen Sektor getragen werden, sowie einkommensgebundenes Arbeitslosengeld und Sozialversicherung für alle.

Der Aufbau des Wohlfahrtsstaates war das größte und erfolgreichste Projekt der Linken und der Sozialdemokraten. Der Umbruch Anfang der 1990er und die Stärkung der neoliberalen Agenda haben jedoch zur allmählichen Auflösung dieses Systems geführt, woraufhin die Linke aus der Rolle der Reformier in die der »Konservativen«, also der »Bewahrer«, gewechselt sind.

Obwohl er immer noch schwer ist, das volle Ausmaß der Veränderung zu überblicken, behaupten wir, dass im Licht der Reformbemühungen, die in den letzten Monaten unternommen wurden, das Linke Bündnis vor dem größten Scheideweg seit seinen Gründungstagen steht. Es versucht nämlich, sich von einer Festung, die das Alte bewahrt, zu einer radikalen Alternative zur gegenwärtigen bürgerlichen Hegemonie zu wandeln.

Vom Untergrund ins Kabinett

Die Kommunistische Partei Finnlands (KPF) wirkte bis Ende des Zweiten Weltkriegs im Untergrund. Das Demokratische Bündnis des Finnischen Volkes (SKDL) wurde nach dem Krieg als Wahlorganisation der KP und als breite Volksfront gegründet. Sie gewann beträchtliche Unterstützung bei den Wahlen und war sogar zeitweise Finnlands stärkste Partei. Jedoch geriet die KPF/SKDL Ende der 1960er Jahre in heftige interne Konflikte zwischen denen, die Kompromisse akzeptierten, die sogenannte Mehrheits- oder Gemäßigtenfraktion, und denen, die aus Prinzip an der Oppositionspolitik festhalten wollten, die sogenannte Minderheits- oder Betonfraktion. Mitte der 1980er spaltete sich schließlich die KPF/SKDL in zwei politische Formationen, die bei den Wahlen gegeneinander antraten.

Das Linke Bündnis wurde 1990 als Weiterführung dieses Netzwerks kommunistischer und »demokratischer« Organisationen gegründet. Die neue Partei sollte die zerstrittene Linke vereinigen und reformieren, die vom Zusammenbruch der sozialistischen Systeme zerrüttet war. In ihrem Gründungsdokument erklärt das Linke Bündnis, es stehe »auf Seiten der Arbeiter, für Frieden und

²³ Vasemmistoliitto a.

Abrüstung, für die Natur und für die unterdrückte Mehrheit der Menschheit«.²⁴ Die Partei sollte zu einem Forum werden, in dem verschiedene linke Konzepte sich austauschen und gegenseitig unterstützen könnten. Jedoch führte dieser Anspruch, verschiedene Gruppierungen zu vereinen, auch zur Fortsetzung des internen Konflikts: Die Kluft zwischen dem kompromisslosen und dem eher reformistischen Flügel wurde von der alten Bewegung in die neue Partei hinübergebracht. Dies zeigte sich als unüberwindliche Sammlung von Vorurteilen und als großes Gezänk über das Ausmaß der Kompromisse, die die Partei einging.

Die internen Widersprüche der Partei erreichten 1995 einen Höhepunkt, als die Wirtschaftskrise der frühen 1990er zu einem kurzzeitigen Wahlsieg der finnischen Linken führte. Das Linke Bündnis nahm teil an der »Regenbogenregierung«, die bis 2003 währte, zusammen mit den Sozialdemokraten, den Grünen, der Schwedischen Volkspartei und der Nationalen Sammlungspartei (den Konservativen). In dieser Regierung gab das Linke Bündnis viele seiner Ziele und Kernpositionen preis, zum Beispiel wurden die Mindestsozialhilfe und das Kindergeld gesenkt. Um das Drama der Regierungsbeteiligung des Linken Bündnisses zu verstehen, muss man hervorheben, dass es hier zum ersten Mal an einer Regierung zusammen mit den Rechten teilnahm. Diese Koalition wurde später so eingeschätzt, dass die Regenbogenregierung die neoliberale Politik in Finnland einführte und die linksgerichteten Parteien neoliberalisierte.²⁵ Einige Abgeordnete des Linken Bündnisses, die gegen die Senkungen stimmten, wurden aus der Fraktion ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen verkündeten ihre Überzeugung, sie seien dem Parteimanifest²⁶ treu geblieben, und gründeten später für den Rest der Wahlperiode ihre eigene Fraktion. Auch wurden viele aktive Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen, da sie die Wiedergründung der Kommunistischen Partei erwägten.²⁷

Von Mitte der 1990er bis vor kurzem glaubte die Führung des Linken Bündnisses an den immanenten Wert einer Regierungsbeteiligung, da man »nur als Mitglied der Regierung Macht ausüben« könne. Linksgerichtete Führer der Arbeiterbewegung spielten bei der Übernahme dieser Politik eine zentrale Rolle. Für sie war die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und die Konsenspolitik mit den Arbeitgebern der natürliche Lauf der Dinge. Als die Partei an der Regierung teilnahm, kam ihre außerparlamentarische Aktivität fast gänzlich zum Erliegen. Außerdem brach das Linke Bündnis seine Beziehungen zu den NGOs und den Basisbewegungen praktisch vollständig ab. Während der Zeit der Anti-Neoliberalismus-Bewegung konzentrierte sich die Partei auf staatliche Aktivitäten und blieb zum Beispiel bei der Gründung der Bewegung Sozialforum außen vor. Die vom Irak-Krieg ausgelöste breite Friedensbewegung war für sie in keinsten Weise auf der Tagesordnung. Die Erklärungen zur Außenpolitik waren insgesamt eher vorsichtig.

Die Teilnahme an der Regierungskoalition erodierte die Glaubwürdigkeit des Linken Bündnisses als Kraft, die das System in Frage stellte und beschleunigte den Abbau seiner Basis. Aufgrund der strukturellen Änderung in der Gesellschaft und des Schicksals des Realsozialismus in Osteuropa hatte die Wählerunterstützung bereits stark abgenommen.²⁸ In den 1990ern lag die Unterstützung für das Linke Bündnis bei etwa 10 bis 12 Prozent, inzwischen ist sie aber auf 9 Prozent gesunken.²⁹ Die von der Wahlniederlage und dem Wahlverlust an Glaubwürdigkeit verursachte Krise führte zum Rücktritt zweier Vorsitzender und zum Aufbau einer neuen Parteioorganisation. Nachdem die Regierungsbeteiligung zu Ende ging und die Menschen eine linkere Politik verlangten, traten einige der Gewerkschaftsführer einschließlich des früheren Parteisekretärs, der als Architekt der Regierungsbeteiligung galt, zusammen mit dem Vorsitzenden aus der Partei aus. Im Herbst 2009 wurde der 32-jährige Abgeordnete Paavo Arhinmäki, bekannt als Kind des rot-grünen Kiezaktivismus, zum Vorsitzenden der Partei gewählt.

²⁴ Vasemmistoliitto b.

²⁵ S.: Patomäki 2000 und Alho 2009.

²⁶ Tennilä 1995.

²⁷ Die KPF wurde im Februar 1997 wieder ins amtliche Verzeichnis der Parteien eingetragen. Sie hat knapp 3.000 Mitglieder, hat aber nie eine wesentliche Unterstützung bei den nationalen Wahlen gewinnen können. Vgl. <http://www.skp.fi>, abgerufen am 4.4.2010.

²⁸ Bis Ende der 1960er erhielt die KPF/SKDL über 20 Prozent der Stimmen und in den 70ern immer noch etwa 17-19 Prozent.

²⁹ Die Partei ist in den Städten beliebter, als auf dem Lande, hat aber ihre stärkste Hochburg in Nordfinnland. In Lappland gewann sie bei den Wahlen 2007 23 Prozent der Stimmen.

Die Vorgänger des Linken Bündnisses waren die traditionellen Arbeiterparteien. Die Gewerkschaftsbewegung, lebenslange Arbeitsplätze und die Arbeitsidentitäten der Menschen spielten für die Selbstverwirklichung der Mitglieder eine zentrale Rolle. Doch Anfang der 1970er Jahre, als neue Gruppen, wie Universitätsstudenten, Künstler und Menschen mit höherer Bildung dazu stießen, setzte ein langsame, wellenartige Veränderung ein, die bis heute anhält. Die Prekarität des Arbeitslebens, die sich während der Zeit des Linken Bündnisses intensivierte, hat diese Entwicklung beschleunigt; besonders in den letzten Jahren kommen viele neue aktive Mitglieder in die Partei, die hoch gebildet aber schlecht bezahlt sind, die befristete oder Zeitarbeitsstellen haben. Diese Veränderungen haben die Partei aktiviert, sich kritisch selbst zu prüfen und eine vielfach erwartete »neue Linke« aufzubauen, wobei die Partei einigen ihrer europäischen Schwesterparteien sowohl in der Funktion als auch in der Ideologie näher kam.

Zum ersten Mal seit den 1960ern scheint die herkömmliche Kluft in der Partei zwischen konkurrierende Fraktionen – Gemäßigten und Kompromisslosen – zur Vergangenheit zu gehören. Allerdings hat die Veränderung in der Gesellschaft neue Bruchstellen geschaffen. Schon in den 1990ern gab es eine deutliche Trennung zwischen den Gewerkschaftsleuten aus landesweiten und Branchengewerkschaften und den Aktivisten, die den Internationalismus und die Umweltfragen hervorhoben. Fragen wie Tierrechte und Energieproduktion wurden wichtig. Die Gleichgültigkeit, mit der der Gewerkschaftsflügel der Partei diese Fragen betrachtete, erklärt, warum die Partei besonders unter jüngeren Wähler/innen Unterstützung an die Grünen verlor.

Das Generationengefälle beeinflusste die Parteiarbeit kontinuierlich und zunehmend grundsätzlich. Das nächste Kapitel betrifft diese Generationen des Linken Bündnisses.

»Materialismus, nicht Moralismus«³⁰

Unsere These lautet, die Dynamik der Partei werde gegenwärtig durch die Wechselwirkung generationsbasierter Tendenzen bestimmt. Der Unterschied der Generationen zeigt sich zum Beispiel in der Debatte um Werte und Sozialpolitik. Bis in die 1980er herrschte in der Bewegung die Auffassung, sie vertrete eine einheitliche gesellschaftliche Kraft: die Arbeiterschaft, die für ein kollektives Interesse kämpfe. Zur Zeit der Gründung des Linken Bündnisses sah die öffentliche Meinung die Klassengrenzen inzwischen zunehmend verschwommen. Anstatt von konkreter Sozialpolitik begannen die Leute, abstrakte Werte wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Gemeinschaft zu diskutieren, die man als die Grundlage linker Ideologie sah und womit man eine heterogene Basis vereinigen wollte. In den letzten Monaten wird dies zunehmend kritisiert. Insbesondere die Parteijugend fordert radikale konkrete Ziele, um die Gesellschaft zu verändern. Auf jedem Fall betrachten unterschiedliche Altersgruppen die Partei, ihre Ideologie und ihre allgemeinen politischen Funktionen auf sehr verschiedener Weise.

Die älteste Generation der Aktiven, 55 und älter, wuchs in die Bewegung zu einer Zeit hinein, als ein sehr beträchtlicher Teil der Gesellschaft politisch aktiv war. Sie waren Mitglieder von Arbeitersportvereinen, kauften in Arbeiterkooperativen ein, lernten ihre Lebenspartner auf Festen der Arbeiterverbände kennen und wenn der Lohn mal knapp wurde, erhielten sie finanzielle Unterstützung von den Arbeiterfrauenverbänden. Es war ganz klar: Man gehörte zur Gewerkschaftsbewegung. Die Unterstützung für eine Partei gehörte zur Identität. Es war das goldene Zeitalter linker Aktivität.

Für diese Gruppe, die in die alte marxistische Arbeiterbewegung hineingewachsen war, ist das wichtigste Ziel der Partei, die konkreten Errungenschaften für den durchschnittlichen werktätigen Finnen zu sichern, insbesondere die öffentlichen Dienste und den Lebensunterhalt. Gemeinsame Bereiche sind die Rentnerclubs, die Friedensbewegung, die Freundschaftsverbände mit verschiedenen Ländern und die Bereichsaktivitäten innerhalb der Partei und der Gewerkschaftsbewegung. Neben den Aktivitäten in den Kommunalräten und im Parlament schätzt man auch öffentliche Debatten und Versammlungen sowie die Aufrechterhaltung der Geschichte der Arbeiterbewegung und deren Theorie. Nach dem Zerfall des Realsozialismus haben einige dieser Generation sich von allen Fragen abgewandt, die nicht mit der alltäglichen Politik zu tun haben. Nicht alle wollten sich an ideologischen Diskussionen beteiligen.

³⁰ Dan Koivulaakso, Vorsitzender der Linken Jugend in *Tiedonantaja* 25.9. 2009, S. 13.

Das politische Erwachen der mittleren Generation (zwischen 35 und 55) geschah zu einer Zeit, als die Verbindung zwischen der Parteipolitik und dem täglichen Leben der Menschen beträchtlich nachließ. Das sozialistische System war im Zerfall begriffen, die Parteien der Linken verloren ständig an Unterstützung. Diese Gruppe von Aktiven kommt zwar nicht selten aus linken Familien, doch sie stellt ihr eigenes Linkssein nur vorsichtig heraus. Für diese Leute sind der Konsens, die Kompromissbereitschaft und die Zusammenarbeit innerhalb der Partei wie auch mit anderen Parteien wichtig. Andererseits sind Mitglieder dieser Generation oft an das Linke Bündnis als Organisation gebunden, während jüngere und ältere Mitglieder viel eher die Partei an sich kritisieren und sich mit linken Bewegung und der Ideologie im weitesten Sinne identifizieren.

Das Linke Bündnis ist für die mittlere Generation keine Arbeiterbewegung mehr, die auf Klassentrennung beruht, sondern eine Gruppe von Menschen, die einen gemeinsamen Fundus an Werten teilen. Themen, die Gleichheit und Toleranz betreffen, insbesondere die Fragen der Ethnizität und der sexuellen Orientierung, werden zunehmend hervorgehoben. Bezüglich wirtschaftlicher Leistungen behauptet diese Generation nicht wie ihre Vorgänger, sie kämpfe um Gerechtigkeit für sich selbst, sondern meint, sie schütze die am meisten Benachteiligten. Auch die Umwelt ist ein wichtiger Wert. Die mittlere Generation ist nicht besonders für kulturelle oder Gewerkschaftsaktivitäten zu begeistern, vielmehr betreibt sie den Parteiapparat und stößt kleine praktischen Reformen an.

Wohl der prominenteste Vertreter dieser mittleren Generation ist die frühere Parteivorsitzende (1998 – 2006) Suvi-Anne Siimes, die aus der Partei austrat, in die Pharmaindustrie wechselte und zur Sympathisantin der rechten Sammlungspartei wurde, die am völlig anderen Ende des politischen Spektrums angesiedelt ist. Siimes wurde zur Personifizierung der ideologischen Verwirrung, die beim linken Bündnis Einzug hielt, nachdem sich die Partei an den neoliberalen Regierungen beteiligte.

Die jüngste Generation (die unter 35-Jährigen) bekennt schon wieder auf radikalere Weise Farbe als die mittlere. Sie hat die Tradition des Demonstrierens wieder aufleben lassen und fordert, dass Widersprüche sichtbar gemacht werden. Diese Menschen sind in einem Finnland aktiv geworden, in dem Sozialleistungen beschnitten wurden und in dem die Ungleichheit der Einkommen im Geiste der neoliberalen Hegemonie in letzter Zeit zunimmt. Neben den parlamentarischen Wahlkampfaktivitäten organisieren diese jungen Leute Feten, Demos oder Bildungs- und Solidaritätsveranstaltungen. Zum Entsetzen ihre Altvorderen gehen sie nicht auf die Jahreshauptversammlungen der Ortsgruppen, sondern bauen lieber völlig neue linke Netzwerke wie Facebook auf. Die Aktivist/innen dieser Generation finden ihre »politische Heimat« eher in einer linksgerichteten Lebensweise und in der Gemeinschaft gleichgesinnter Menschen als in der Partei als solcher.

Obwohl nur etwa 5 Prozent Mitglieder des Linken Bündnisses unter 30 Jahre alt sind, haben junge Leute eine eindeutige Position in der Partei, sie nehmen jetzt die Stelle ein, die die mittlere Generation noch vor wenigen Jahren innehatte.

In der Tat sind es die Jugendlichen, die die Partei kritisieren, sie habe eine moralisierende Position, da sie die Sozialleistungen zurückhaben wolle, obwohl vom Standpunkt des »Prekariats« aus gesehen, die Arbeiter im ständigen Wechsel lebten, mit Ausnahme derer mit stabilen Industriearbeitsplätzen. Zu den Themen, die sie innerhalb der Partei aufwerfen, gehören etwa die Kritik des konsumorientierten Lebensstils und des Wirtschaftswachstums, immaterielle Rechte, Migrantenrechte und die Ungewissheit des neuen Arbeitslebens.

Diese Kategorisierung entspricht selbstverständlich nicht immer direkt den biologischen Lebensabschnitten der Menschen, doch liefert sie den Rahmen für ein Verständnis der internen Spannungen in der Partei. Die Unterschiede zwischen den Einstellungen der Generationen treten zum Beispiel in den Diskussionen über die Frage des Grundeinkommens zutage. Das Ziel der Schaffung eines »Bürgergeldes«, das jedem zustünde, ist schon öfters in der Diskussion gewesen, doch variieren Inhalt und Gestaltung je nach Befürworter.

Vertreter der mittleren Generation nehmen selten an der Debatte über das Grundeinkommen teil, weil sie sich ungerne am Entwurf solch drastischer Reformschritte beteiligen. Eigentlich haben sie diese Frage bereits in den 1990er Jahren erörtert, damals wurde sie als lediglich weitere Form der Sozialversicherung wahrgenommen, die fallengelassen wurde, nachdem sie als zu teuer befunden wurde. Dies widerspiegelt eine Art politischer Herangehensweise, die Innovationen als einzelne, technische Reformen im Rahmen des vorherrschenden Systems betrachtet.

Esko Seppänen, das langjährige MEP der Partei, der vor Kurzem in Ruhestand ging, hielt eine für die ältere Generation typische Rede, wobei er die Befürworter des Grundeinkommens Schmarotzer

schimpfte, die nicht verstünden, dass Sozialleistungen Arbeit erforderten, sondern lieber von der Arbeit anderer leben würden.³¹ Interessant an der veröffentlichten Rede ist neben seinem stark moralisierenden Ton die Tatsache, dass Seppänen, als Vertreter des sogenannten Betonflügels, sich somit dem Block der Gewerkschaftsleute, des sogenannten gemäßigten Flügels, annäherte. Dieser hatte sich geweigert, an der Diskussion über das Grundeinkommen teilzunehmen, das er als eine Verachtung der bezahlten Arbeit ansieht. Die in diesen Argumenten zum Ausdruck kommende Missbilligung der Jugend übersieht die Tatsache, dass es für die gewaltige Mehrheit der Babyboomer tatsächlich schon ein »Grundeinkommen« in Form einkommensgebundener Arbeitslosigkeits- und Rentensicherheit gibt. Ihre jungen Widersacher behaupten, ein Grundeinkommen würde ihnen lediglich dieselbe Einkommenssicherheit ohne Rücksicht auf die Ungewissheit des Arbeitsmarkts und die Willkür des Arbeitgebers erlauben. Die jungen Leute müssen mit der Tatsache leben, dass sie auf einkommensgebundene Leistungen nur in variabler Weise zugreifen können. Sie behaupten, das Grundeinkommen sei, neben einer kollektiven Versicherung, auch eine radikale Reform, die geeignet sei, Strukturen zu verändern, die Bewegung des Kapitals einzugrenzen und Aktivitäten zu unterstützen, die keinen Mehrwert erzeugen.

Linkes Bündnis und linke Organisationen

Das Linke Bündnis gehört unter den Parteien Finnlands zu den am deutlichsten männlich dominierten: Mehr als 60 Prozent seiner Mitglieder sind Männer. Es gibt keine genauen Informationen über die Anteile verschiedener Berufe an der Parteimitgliedschaft, aber einige Schlüsse können anhand der Wählerschaft gezogen werden: Die Hauptbasis des linken Bündnisses ist die Arbeiterklasse (43 Prozent), aber es gibt auch eine bedeutende Zahl von Mitgliedern anderer Berufsgruppen.³²

Die größte Altersgruppe unter den Mitgliedern ist die der über 70-jährigen, die knapp ein Drittel aller Parteimitglieder stellen. Ein Viertel der Parteimitglieder sind 61 bis 70 Jahre alt, ein weiteres Viertel 51 bis 60. Nur jedes Fünfte Mitglied ist 50 Jahre alt oder jünger. In jüngster Zeit hat sich die Anzahl der Mitglieder unter 30 Jahren auf gut 5 Prozent verdoppelt.³³ Unter den Wähler/innen der Partei sind zwar die Senioren leicht überproportional vertreten, doch hat es die Partei in den letzten Jahren geschafft, auch mehr Unterstützung unter Wähler/innen mittleren Alters sowie bei den jungen Leuten zu gewinnen.³⁴

Die Mitgliederzahl des Linken Bündnisses ist mit 9.200 relativ klein, verglichen mit der Wählerschaft. Auch die Aktivitäten der Mitglieder und der Parteigliederungen vor Ort sind, mit Ausnahme der Tätigkeit von Mitgliedern als kommunale Vertrauensleute, recht unerheblich – was allerdings auch für die anderen Parteien zutrifft und nicht nur für das Linke Bündnis. Ein Problem für die Demokratie ist allerdings, dass sich die Parteiaktivität auf Angestellte und Mandatsträger/innen orientiert und Mitglieder nicht angehalten sind teilzunehmen. Eine Urabstimmung aller Mitglieder hat es nur einmal gegeben.³⁵ Der Einfluss des einzelnen Mitglieds innerhalb der Partei ist ziemlich beschränkt. In vielen Regionen besteht die Aktivität der Partei ausschließlich aus Wahlkampf und der Ausübung von Mandaten.

In der Praxis besteht die Partei aus Ortsgruppen im ganzen Land, auch in Stadtteilen. Doch meint vor allem die jüngere Generation nicht mehr, unbedingt einem bestimmten Gebiet anzugehören, daher interessierten sie sich nicht für die von den Ortsgruppen organisierten Aktivitäten. Die Schrumpfung der Mitgliederzahlen betrifft vornehmlich kleinere Orte, wo die Parteimitglieder alt sind und kaum neue Leute dazustoßen. In zehn Jahren könnte dies in vielen Teilen des Landes zur Einstellung der Aktivitäten vor Ort führen.

In den großen Städten haben die Parteiaktivitäten in den letzten Jahren sogar zugenommen, und eine beträchtliche Zahl neuer Menschen ist beigetreten. Dies widerspiegelt sich in der Gründung neuer Parteigruppierungen, die aber nicht wohnorts- bzw. berufsgebunden sind, vielmehr handelt es sich um Aktivitäten, die von den Mitgliedern angestoßen werden, um eine »neue Linke« aufzubauen. Viele

³¹ *Kansan Uutiset* 4.12.2009.

³² Borg 2007.

³³ Mitgliederstatistik des Linksbündnisses.

³⁴ Borg 2007.

³⁵ Bei diesem Vorgang gab es die Kritik der Manipulation (s.: Tuominen 2009, 174).

Mitglieder dieser Abteilungen sind junge Leute und Menschen im Berufsalter, die an aktiven Kampagnen, an Bürgerinitiativen und an Engagement an der Basis interessiert sind.³⁶

Wenn man von der finnischen Linken spricht, darf man nicht nur vom Linken Bündnis sprechen, denn die meisten Mitglieder sind keine Parteiaktivist/innen, andererseits sind nicht alle Aktive auch Parteimitglieder. Ein erheblicher Teil seiner Aktivitäten findet außerhalb der Partei statt. Viele aktive Organisationen sind auch mit der Partei verbunden, oder befinden sich an ihren Rändern, sie haben viele aktive Mitglieder, die sich mit der Partei identifizieren und die insgesamt mehr sind als die eigentlichen Parteimitglieder.

Insbesondere die Linke Jugend Finnlands, die sich als »rot-grüne, feministische und radikalsozialistische Jugendbewegung«³⁷ definiert, hat ihr Profil in den letzten Jahren gestärkt. Im Gegensatz zur Partei hat sich die Linke Jugend sichtbar an Demos, Kampagnen und außerparlamentarischen Aktivitäten beteiligt. Sie hat sich auch zu vielen Kontroversen geäußert, etwa zu Migrantenrechten, sexuellen Minderheiten, dem Klimawandel und zur Drogenpolitik – und das auf radikalere Weise als die Partei. Die Linke Jugend ist nicht offiziell an die Partei angegliedert, arbeitet aber eng mit ihr in Wahlen und in der Programmarbeit zusammen. Im letzten Jahr ist ihrer Politik innerhalb der Partei größeres Gewicht eingeräumt worden. Dies sieht man am neuen Parteivorsitzenden und an wichtigen Ernennungen. Zuvor kamen Parteivorsitzende hauptsächlich aus dem Kreis der konsensorientierten Gewerkschaftsleute, doch nun hat die Partei frühere Mitglieder der Linken Jugend in den Dreißigern in viele Verwaltungsjämter gewählt.

Von den verschiedenen politischen Richtungen konnte bei den Studentenwahlen des Herbsts 2009 nur die Linke ihren Stand in der Studentenschaft stärken. Trägerin der Wahl waren die Linken Studenten, eine unabhängige Organisation linksgerichteter Studenten und ihrer lokalen Gruppen, unabhängig vom Studienfach und Parteizugehörigkeit.³⁸ Die Demokratische Vereinigung Finnischer Pioniere ist auch eine recht aktive linksgerichtete Organisation für junge Leute. Sie definiert sich selbst als Bildungsorganisation für aktive Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die sich auf sozialistische und humane Prinzipien und marxistischen Ideale berufen.³⁹ Es geht dabei hauptsächlich um Zelten und Klubaktivitäten, wo Themen, die für die Linken wichtig sind, wie Umweltschutz, Frieden und internationale Solidarität, diskutiert werden.

Die Linken und Linksfeministischen Frauen ist der Frauenverband der Partei, ein freies Netzwerk für Frauen, die Einfluss nehmen wollen, ohne der Partei zuzugehören.⁴⁰ Alle weiblichen Mitglieder des Linken Bündnisses werden als Mitglieder der Linken Frauen geführt, obwohl die tatsächliche Arbeit des Verbands von ein paar Dutzend Aktiven und einigen Ortsgruppen getragen wird. Außerdem gibt es den Volksbildungsverband, auch ein Mitglied des Netzes an Organisationen, das linke kulturelle und Bildungsaktivitäten organisiert.⁴¹ Der Verband hat seinen eigenen lokalen Sender mit vielen Programmen, die Migranten, Frauen und Senioren ansprechen.

Keine Diskussion der Linken in Finnland kommt an der Gewerkschaftsbewegung vorbei. In Finnland sind 80 Prozent der Arbeitnehmer/innen gewerkschaftlich organisiert – nur in Schweden sind es mehr –, in Mittel- und Osteuropa liegt der Prozentsatz zum Vergleich lediglich bei 10 bis 20 Prozent. Da man sich in Finnland schon seit 30 Jahren zentral auf Gehälter, Arbeitsstunden, Sozialpolitik, Finanzpolitik und Arbeitsmarktpolitik einigt, ist die politische Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung bemerkenswert.⁴² Ein großer Teil der linken Aktivitäten, wenn auch nicht der bedeutendste, spielt sich immer noch im Arbeitsleben über die Gewerkschaftsbewegung ab. Vor allem für die traditionellen Parteimitglieder spielt sie immer noch die zentrale Rolle ihrer Parteiaktivität. Viele Gewerkschaftsvertreter und Führer von Ortsgruppen der Gewerkschaften handeln entsprechend dem Auftrag des Linken Bündnisses, ob sie Parteimitglieder sind oder nicht. Die linken Gruppen in den Gewerkschaften sind auch wichtige Geldgeber für die Partei- und Wahlkampfaktivitäten des Linken Bündnisses.

³⁶ Vgl. z. B. Vasemmistolinkki («Left Link»), <http://www.vasemmistolinkki.fi>, abgerufen am 4.4.2010.

³⁷ Vasemmistonuoret 2007.

³⁸ Vasemmisto-opiskelijat.

³⁹ SDPL.

⁴⁰ Vasemmistoliiitto c.

⁴¹ *Kansan Sivistystyön Liitto*.

⁴² Kauppinen.

Schon Anfang des 2000er Jahrzehnts brachte die Kritik an der neoliberalen Politik und der Prekärität im Arbeitsleben eine neue Forschergeneration hervor, die eine linke Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung durchführte. Die Forschung in Finnland politisierte sich allmählich und hat Ende des vorigen Jahrhunderts zahlreiche Bücher und Broschüren über den Zustand der Linken herausgebracht. Gleichzeitig hat die Partei nach einer Pause von vielen Jahren begonnen, Verbindungen zur Forschung und zur Wissenschaft aufzubauen. Die Partei erwartet von ihnen eine Analyse, wie die Linke im 21. Jahrhundert die gesellschaftliche Initiative zurückgewinnen und sich wiederaufbauen könnte. Ein Beispiel dafür ist die Gründung des Linken Forums, das dem Linken Bündnis sehr nahe steht. Das Linke Forum baut ein kooperatives Netzwerk auf, das eine linke Wertestruktur vertritt und sich von Parteien über Universitäten und Forschungsinstitutionen zu Expertenorganisationen erstreckt. Das Linke Forum ist in Transform! Europe aktiv, einer europaweiten Organisation linker Denkfabriken.⁴³ In der Kunst ist ein ähnliches Phänomen der politischen Reaktivierung im Gange, wenn auch mit langsamerem Tempo. Viele Künstler werden als links wahrgenommen und das Linke Bündnis als kultur- und kunstfreundliche Partei. Jedoch gibt es relativ wenig Künstler, die an Parteiaktivitäten oder Ähnlichem beteiligt sind. Die Partei hat Phänomene wie den Aufschwung politischer Rap-Musik oder die Renaissance des revolutionären Liedes und der früher an die KPF/SKDL gebundenen Neuen Liederbewegung an sich vorbeigehen lassen. Doch ändern sich die Einstellungen: Anfang 2010 gründete sich eine Aktionsgruppe linker Künstler und Kulturschaffender. Diese Gruppe will die Linke mit Kunst reformieren und neue Initiativen und Ansichten in die politische Diskussion hineinbringen.⁴⁴

Partei, Gesellschaft und Europa

Wie in vielen Abschnitten des Parteiprogramms beteuert wird, ist das Linke Bündnis eine wohlwollende allgemeine Partei, die die demokratische Steuerung der Wirtschaft befürwortet, die Rechte von Minderheiten verteidigt, die Umwelt schützt, den öffentlichen Dienst unterstützt, Arbeit für alle fordert und global denkt. In der Praxis scheint das Programm von unterschiedlichem Gewicht zu sein. Zum Beispiel haben im Jahre 2008 die zentralen Persönlichkeiten der Parteiführung die meisten Aussagen zum Thema öffentliche Leistungen verkündet, insbesondere für Familien mit Kindern, zur Bekämpfung der Armut, zu Arbeiterrechten und zur Stärkung der Demokratie. Von fast 150 Erklärungen betraf aber nur eine die EU-Politik.⁴⁵ Auch die parlamentarischen Tätigkeiten von Abgeordneten des Linken Bündnisses bezogen sich stark auf traditionelle Fragen der sozialen Leistungen und des Arbeitslebens sowie auf Umweltfragen, wobei andere Programmpunkte überhaupt nicht thematisiert wurden.⁴⁶

Auf der Ebene der praktischen Arbeit steht das Linke Bündnis, wenn bestimmte Fragen kontrovers diskutiert werden, eindeutig gegen den Kapitalismus. Dies bewirkt eine eher intuitive Meinungsbildung in Auseinandersetzungen wie zum Beispiel zur Privatisierung des Gesundheitswesens und zur Finanzierung der Hochschulen. Bislang hat das zu keiner umfassenden Analyse des Kapitalismus geführt. Man meidet diese Frage wohl auch deshalb, weil keine alternative Vorstellung vorhanden ist. Andererseits könnte es darum gehen, interne Streitigkeiten zu vermeiden. Es gibt Ängste, wer das Thema eines alternativen Wirtschaftssystems anspreche, breche destruktive Konflikte vom Zaun.

In seinem Grundwertemanifest von 2007 unterscheidet das Linke Bündnis klar zwischen dem Kapitalismus und der Marktwirtschaft. Das Linke Bündnis ist gegen den Kapitalismus, d. h. gegen eine Politik, die einseitig die Wirtschaftsinteressen und Vorrechte der Eigentümer bevorzugt, man fordert stattdessen eine Marktwirtschaft, die »ökologisch, gesellschaftlich und menschlich nachhaltig« sein soll. Das Ziel könne dadurch erreicht werden, dass der Markt der nationalen und internationalen

⁴³ Vasemmistfoorumi.

⁴⁴ *Kansan Uutiset* 18.12.2009.

⁴⁵ Ruuth 2009.

⁴⁶ Soikkeli 2009. Dies ist teilweise durch die homogene Zusammensetzung der Fraktion zu erklären, die sich in den persönlichen Interessen der Abgeordneten widerspiegelt: das Durchschnittsalter der Abgeordneten des Linken Bündnisses ist hoch, außerdem gibt es unter seinen 17 Abgeordneten nur drei Frauen. Das finnische Wahlsystem tut ein Übriges: Die Abgeordneten werden nicht von der Partei auf ihre Listenplätze gestellt, sondern erhalten vom Wähler persönliche Stimmen, woraus sich die Reihenfolge auf der Liste ergibt. So gibt es zwischen Fraktion und Parteiapparat einen gewissen Abstand.

Demokratie untergeordnet werde.⁴⁷ Der Unterschied zwischen dem »bösen Kapitalismus« und der »guten Marktwirtschaft« bleibt jedoch unklar – programmatisch wird nicht verraten, wie weit die Marktwirtschaft das Spiel des Kapitals mitzuspielen vermag, bevor sie selbst zum Kapitalismus werde. Im letzten Jahr haben Parteimitglieder jedoch ernste ideologische Diskussion initiiert. Die Wirtschaftskrise hat die Diskussion über den Marxismus, das Wesen des Kapitalismus und die Rückkehr der Klassengesellschaft wiederbelebt. Gleichzeitig sind auch viele neue Themen hinzugekommen, wie etwa immaterielle Rechte, Freizügigkeit und Männerrechte.⁴⁸ Auch neue Bündnisse und Foren sind geschaffen worden; sogar die institutionalisierte Gewerkschaftsbewegung und die »Prekariats«-Aktivisten, die sich zuvor sorgsam aus dem Weg gingen, haben gemeinsame Veranstaltungen organisiert, wenn auch zu Bedingungen der Gewerkschaftsbewegung.

Die überwiegende Kritik zur Zukunft der Partei, innerhalb wie außerhalb des Linken Bündnisses, lautet hauptsächlich, die Parteipolitik sei zu reaktiv. Statt eigene Initiativen zu thematisieren, konzentriert sich die Partei darauf, die Vorschläge Anderer zu kommentieren – und zwar meist defensiv. Das Hauptziel der gegenwärtigen Reformbemühungen ist es, für die Linke die gesellschaftliche Initiative zurückzugewinnen. Eine Initiative dieser Art ist die einer »Volksbank«, eine Geldinstitution in der öffentlichen Hand, die sich auf die Betreuung der Finanzen der allgemeinen Öffentlichkeit statt auf Investitionsspekulationen konzentrieren würde.

Anhänger, Mitglieder und befreundete Organisationen des Linken Bündnisses haben sich natürlich an NGOs, Bewegungen und Demos beteiligt, auch zu Zeiten, als die Parteiorganisation etwas Abstand zu diesen hielt. Die Fraktion hat gelegentlich sogar als Sprachrohr für eine radikalere linke Politik fungiert als die der offiziellen Parteilinie. Im Rahmen des Projekts, das Linke Bündnis wiederaufzubauen, intensiviert die Parteiorganisation ihre Kontakte zur allgemeinen Öffentlichkeit und zu den sozialen Bewegungen. Das Ziel ist es, die parlamentarischen und die nichtparlamentarischen Aktivitäten zu verknüpfen. Auch hat es eine Definition der Politik gegeben, die festlegt, dass eine Regierungsbeteiligung kein Selbstzweck der Partei sei, das Ziel sei vielmehr eine rot-grün-basierte Regierung ohne Parteien des rechten Lagers.⁴⁹

Das Linke Bündnis hat schon immer eine schwierige Beziehung zur Europäischen Union und zur europäischen Zusammenarbeit gehabt. Als Finnland Anfang der 1990er den EU-Beitritt verhandelte, war die Mehrheit der Parteimitglieder stark dagegen. Die meisten Parteiprominenten nahmen aktiv an der Anti-Beitritts-Bewegung teil. Die Regierungsbeteiligung veränderte die offizielle Position der Partei in dieser Frage. Später tauchten in Dokumenten des Linken Bündnisses vage Vorstellungen über ein »soziales Europa« auf. Die Partei machte »ein Europa, das das Bestreben seiner Mitgliedsstaaten fördert, Sozialstaaten aufzubauen, die auf Freiheit, Demokratie, Gleichheit und nachhaltige Entwicklung fußen« zu ihrem Ziel.⁵⁰ Gleichzeitig vertrat die prominenteste Persönlichkeit der Partei im Bereich der EU-Politik, das MEP Esko Seppänen, eine höchst EU-kritische Position – wie auch die Mehrheit der Parteiwählerschaft. Letztendlich degenerierte die EU-Politik der Partei zum persönlichen Streit zwischen Seppänen und der Parteiführung, mit dem Ergebnis, dass die Partei nun überhaupt keine Position zur EU-Politik mehr hat.

Anschließend hat man eine offene Diskussion zur EU-Politik der Partei tunlichst vermieden. Im Gegensatz zu anderen europäischen linken Parteien hat das Linke Bündnis keine starke Position zu größeren politischen Fragen wie der EU-Verfassung und den Lissabon-Vertrag bezogen. Seppänen war stark gegen die Ratifizierung des Vertrags, und die Mehrheit der Fraktion des Linken Bündnisses stimmte gegen die Ratifizierung. Dennoch stimmten einige Abgeordnete mit Unterstützung der Gewerkschaftsführer für die Ratifizierung sowohl des Lissabon-Vertrags (2008) als auch der EU-Verfassung (2006). Dazu zählte auch der damalige Parteivorsitzende.⁵¹

Der gleiche Widerspruch, wie der zwischen Seppänen und dem Parteiapparat ergab sich auch bezüglich der europäischen Zusammenarbeit. Die Partei- und Gewerkschaftsführungen schlugen die

⁴⁷ Vasemmistoliitto d.

⁴⁸ Wir sind anhand einer Analyse des Inhalts der Parteizeitung »Kansan Uutiset« und ihrer Online-Version zu diesem Schluss gelangt.

⁴⁹ Kansan Uutiset 4.8.2009.

⁵⁰ Vasemmistoliitto e.

⁵¹ Tuominen 2009, 174-175.

Möglichkeit vor, das Linke Bündnis könne im Europaparlament der Fraktion der Sozialdemokraten, statt der GUE/NGL beitreten.⁵² Dies haben Seppänen und seine Anhänger abgelehnt.

Die Parteienzusammenarbeit läuft hauptsächlich über das Neue Europäische Linke Forum (NELF) und die Nordische Grün-Linke Allianz (NGLA). Jedoch hatte die Partei Vorbehalte bezüglich der Partei der Europäischen Linken. Nach der jüngsten Wahl des Vorsitzenden hat sich die Position der Partei hierzu völlig geändert, 2009 entschied die Partei, sich um die Mitgliedschaft in der Europäischen Linken zu bewerben. In letzter Zeit interessiert sich das Linke Bündnis auch für die Aktivitäten anderer Parteien. Es verfolgt die Erfahrungen der holländischen und deutschen Schwesterparteien mit besonderem Interesse.

Wie Laura Tuominen meint, könnte ein Grund für das schlechte Ergebnis des Linken Bündnisses bei den letzten EU-Wahlen sein, dass man keine Kohärenz oder Glaubwürdigkeit in der Handhabung von EU-Fragen vorweisen konnte.⁵³ Laut Tuominen sei der einzige Schluss, den man hieraus ziehen könne, die Notwendigkeit für eine offenere Debatte zur EU mit einer anschließenden konkreten gemeinsamen Auseinandersetzung darüber, was eine linke Alternative sein sollte.⁵⁴

Fazit

Das Linke Bündnis steht an einem wichtigen Scheideweg, daher ist es auch schwierig, die Zukunft der Partei vorherzusagen. Eine Untersuchung der Basis, auf die sich die Partei stützt, sowie deren allgemeine Politik, ergibt ein disharmonisches Bild.

Das Linke Bündnis hat bei allen Parlaments- und Kommunalwahlen seit 1995 verloren. Dieser langsame Abbau an Unterstützung ist mit der Betriebspolitik, dem Altern der Mitgliedschaft und dem Schrumpfen der traditionellen Aktivität in den Parteigliederungen verbunden. Insgesamt ist die Schlussfolgerung denkbar, das Linke Bündnis sei unfähig gewesen, eine glaubwürdige linke Alternative zu liefern. Jedoch zeigen die jüngsten Meinungsumfragen eine Zunahme zur Unterstützung in der jüngeren Altersgruppe,⁵⁵ viele junge Leute sind aktive Parteimitglieder geworden und linke Listen haben bei den Studentenkörperschaftswahlen erfolgreich kandidiert. Zumindest verspricht dies eine potentielle Zunahme an Unterstützung. Das Engagement von Menschen aus Wissenschaft und Kultur, das Bemühen um Bündnisse mit sozialen Bewegungen und Bürgerorganisationen, eine verstärkte Zusammenarbeit mit europäischen Schwesterparteien und die gemeinsame Erneuerung der Parteiorganisation, zusammen mit den vielen kleinen Projekten vor Ort, bedeuten die Möglichkeit eines neuen Anfangs für das Linke Bündnis – das Potential für einen Wiederaufbau der Partei zur radikalen, rot-grünen politischen Kraft.

Die Zukunft des linken Bündnisses wird davon bestimmt, wie weit die Partei in der Lage ist, sich zu erneuern und neue politische Fragen in ihre Agenda aufzunehmen. Wie gesagt, muss das Linke Bündnis eine kohärente politische und soziale Agenda unabhängig von Sozialdemokraten und Grünen entwickeln, wobei ein wichtiger Aspekt die Frage wäre, wer die Arbeiter/innen heutzutage überhaupt sind.⁵⁶ Das Linke Bündnis muss ernsthaft Strategien auf europäischer und weltweiter Ebene gegen den globalen Kapitalismus entwickeln: Seine nationalstaatlich basierten Konzepte sind unfähig, die supranationalen Probleme zu lösen, mit denen die Menschheit konfrontiert wird.

Dieser Auftrag ist nicht einfach, da die Basis der Partei aus vielen Arten von verschiedenen Gruppierungen besteht und sie über keine Tradition verfügt, konstruktiv mit diesem Dissens umzugehen. Jeder weiß, dass ein Generationswechsel ansteht, doch muss er vollzogen werden, ohne die alte Parteigelegschaft zu entfremden.

Literatur

Alho Arja: Kovan tuulen varoitus. Helsinki: Like 2009.

Borg Sami: Vaalit ja puolueiden kannatus. Suomen poliittinen järjelmä. Universität Helsinki 2007.

⁵² Vasemmistonuoret 2006.

⁵³ Die Partei verlor ihren einzigen Sitz im Europaparlament und erhielt nur 5,9 Prozent der Stimmen.

⁵⁴ Tuominen 2009, 177.

⁵⁵ Laut verschiedener Umfragen ist die Unterstützung für die Partei unter jungen Leuten stärker, als in der Bevölkerung insgesamt.

⁵⁶ Tuominen 2009, 177.

Kansan Sivistystyön Liitto. <http://www.ksl.fi>.

Kansan Uutiset (Zeitung des Linken Bündnisses, <http://www.kansanuutiset.fi>).

Kauppinen Timo: Suomen työmarkkinamalli. Suomen poliittinen järjestelmä. Universität Helsinki.

Patomäki Heikki: Beyond Nordic Nostalgia: Envisaging a Social/Democratic System of Global Governance, Cooperation and Conflict (35): 2.6.2000, pp. 115-154.

Ruuth Saira: Kannanotto - tavoiteohjelmavertailu vuodelta 2008. Unveröffentlicht, 2009.

SDPL: Principles of the Pioneers. <http://www.sdpl.fi/english/principles.htm>.

Soikkeli Niina: Vasemmistoliiton eduskuntaryhmän lainsäädäntötyö versus poliittinen tavoiteohjelma 2007-2010. Unveröffentlicht, 2009.

Tennilä Esko Juhani: Sateenkaaresta vasemmalla. Vasemmistolaisen kansanedustajan muistiinpanoja, kevät ja kesä 1995. Helsinki: Otava 1995.

Tiedonantaja (Zeitung der Kommunistischen Partei Finnlands, www.tiedonantaja.fi).

Tuominen Laura: Towards Building a New Left Alternative – the Crisis of the Left and the Case of the Left Alliance in Finland. Global Crisis. Resistance, Proposals, Strategies. Transform 5/2009, pp. 172-177.

Vasemmistofoorumi: Left Forum.
[http://www.vasemmistofoorumi.fi/index.php?Option=com_content&task=view&id=46 &Itemid=68](http://www.vasemmistofoorumi.fi/index.php?Option=com_content&task=view&id=46&Itemid=68).

Vasemmistoliitto a: Parempaan maailmaan. Vaihtoehto on olemassa.

Vasemmistoliitto b: Very short history of the Left Alliance.
http://www.vasemmistoliitto.fi/history/en_GB/history.

Vasemmistoliitto c: Vasemmistonaiset. <http://www.vasemmistoliitto.fi/organisaatio/vasemmistonaiset>.

Vasemmistoliitto d: The Left Road to a Just World. Left Alliance Party Program.
http://www.vasemmistoliitto.fi/party_program/en_GB/Programm.

Vasemmistoliitto e: Tulevaisuuden sosiaalinen Eurooppa.
<http://www.vasemmisto.fi/politiikka/ohjelmat/971.html>.

Vasemmistonuoret: Vasemmistoliiton liityttävä Euroopan vasemmistopuolueeseen. 19.2.2006.
[_euro_vasemmistopuolue.html](http://www.vasemmistonuoret.fi/?asiakirjat/poliittinen_ohjelma).

Vasemmistonuoret: Poliittinen ohjelma. 2007. http://www.vasemmistonuoret.fi/?asiakirjat/poliittinen_ohjelma.

Vasemmisto-opiskelijat. <http://www.vasemmisto-opiskelijat.fi>.

Auður Lilja Erlingsdóttir

Die Linke in Island

Das isländische Parteiensystem – eine Einführung

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat die Frage der Unabhängigkeit Islands von Dänemark die politische Landschaft in Island beherrscht. Mit Erlangung der Souveränität 1918 durch den Unionsvertrag mit Dänemark, der die Unabhängigkeit Islands von Dänemark einleitete und vor allem der Erringung der vollständigen Unabhängigkeit 1944, begann sich die isländische Gesellschaft von einer Agrargesellschaft zu einer stärker industrialisierten Gesellschaft zu entwickeln, was einen raschen Wandel in den Siedlungsstrukturen, im Lebensstil und in den Lebensbedingungen mit sich brachte. Auch das isländische Parteiensystem blieb von diesen Veränderungen in den gesellschaftlichen Strukturen nicht verschont.

Im Jahr 1916 wurden die Fortschrittspartei (Framsóknarflokkurinn) und die Sozialdemokratische Partei (Alþýðuflokkur) gegründet. Seitdem wird die Fortschrittspartei häufig mit den Belangen der Landwirte und der ländlichen Gebiete Islands in Verbindung gebracht, während die in der Anfangszeit eng mit den Arbeitergewerkschaften verbundenen Sozialdemokraten hauptsächlich die Interessen der Arbeiter vertraten.

Den rechten Pol auf der Links-Rechts-Achse des Parteiensystems besetzt heute die Unabhängigkeitspartei (Sjálfstæðisflokkurinn). Sie entstand 1929 durch Zusammenschluss der Konservativen und der Liberalen Partei. Auf der linken Seite des Parteiensystems entstand 1930 durch Abspaltung einer sozialdemokratischen Splittergruppe die Kommunistische Partei. Als sich 1938 der linke Flügel der Sozialdemokraten abspaltete und der Kommunistischen Partei beitrug, wurde diese in Sozialistische Partei umbenannt. Im Jahre 1956, als eine weitere Splittergruppe der Sozialdemokraten der Sozialistischen Partei beitrug, wurde die Volksallianz (Alþýðubandalagið) gegründet.⁵⁷ In ihr waren linke Sozialdemokraten und Kommunisten vereint, die sich nach 1956 zunächst als Wahlbündnis organisierten. 1968, nach der Niederschlagung des Prager Frühlings, formierte sich dieses Wahlbündnis formal als Partei. Sie brach alle Kontakte zu den kommunistischen Parteien ab und entwickelte sich im Verlaufe der Zeit zu einer reformistischen, der sozialdemokratischen Volkspartei nahestehenden Partei.

Weitere Parteien, die darüber hinaus entstanden und sogar im isländischen Parlament vertreten waren, konnten sich nicht zu einem festen Bestandteil des politischen Systems entwickeln. Mit einigen wenigen Ausnahmen sind es vor allem die vier oben genannten Parteien, die in der isländischen Politik der letzten Jahrzehnte sichtbar waren. Eine in diesem Zusammenhang erwähnenswerte Ausnahme stellt die 1983 auf der Grundlage der Frauenkandidatur des Vorjahres gegründete Frauenallianz (Kvennallistinn) dar. Die Frauenallianz ordnete sich nicht in das Spektrum links/rechts ein. Vielmehr handelte es sich um eine feministische Bewegung, die als solche großen Einfluss auf die isländische Politik hatte. Vor Gründung der Frauenallianz waren im Parlament nie mehr als drei Frauen zur gleichen Zeit vertreten gewesen.

⁵⁷ Für eine genaue Beschreibung der geschichtlichen Entwicklung siehe Ólafur Th. Harðarson: *Parties and Voters in Iceland*. Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut, Reykjavik 1995, insbesondere S. 27-28.

Tabelle 1: Ergebnisse der Parteien bei den isländischen Parlamentswahlen anhand der Zahl der ins Parlament entsandten Abgeordneten, Alþingi, 1963 bis 1995⁵⁸

	1963	1967	1971	1974	1978	1979	1983	1987	1991	1995
Sozialdemokratische Partei	8	9	6	5	14	10	6	10	10	7
Fortschrittspartei	19	18	17	17	12	17	14	13	13	15
Unabhängigkeitspartei	24	23	22	25	20	21	23	18	26	25
Volksallianz	9	10	10	11	14	11	10	8	9	9
Union der Liberalen und Linken	.	.	5	2
Allianz der Sozialdemokraten	4	0	.	.
Frauenallianz	3	6	5	3
Bürgerpartei	7	.	.
Vereinigung für Gleichheit und Soziale Gerechtigkeit	1	.	.
Þjóðvaki, Volkserwachen	4
Sonstige und Außenseiterparteien	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0

Somit lässt sich das isländische Parteiensystem grob als ein Vierparteiensystem mit einer großen rechten Partei, einer Partei der Mitte, einer sozialdemokratischen Partei und einer linken Partei beschreiben. Dabei hat sich die politische Linke mit ihren Absplitterungen von den Sozialdemokraten als ziemlich instabil erwiesen. Im Allgemeinen konnten sich die neuen Parteien des linken Flügels – wie z. B. Volkserwachen (Þjóðvaki), die Union der Liberalen und Linken und die Allianz der Sozialdemokraten – nicht lange halten. Demgegenüber war der rechte Flügel des Parteienspektrums in der isländischen Politik erheblich stabiler. Bis in die 1990er Jahre hinein existierten auf der linken Achse des Parteiensystems neben einer relativ kleinen sozialdemokratischen Partei, die Volksallianz, die sich zeitweise einer größeren Popularität als die Sozialdemokraten erfreute. In dieser Hinsicht unterschied sich Island in dieser Zeit von den skandinavischen Ländern, in denen zumeist neben einer großen sozialdemokratischen Partei nur eine kleine linke Partei existiert.

Ende der 90er Jahre haben die linken Parteien: Sozialdemokraten, Volksallianz und Frauenliste einen Umstrukturierungsprozess durchlaufen, der zu einer Stärkung der sozialdemokratischen Strömungen führte und nach den Wahlen 1999 zu einer Angleichung des isländischen Parteiensystems mit denen anderer skandinavischer Länder führte..

Dennoch weist das isländische Parteiensystem Besonderheiten auf.

Nach der Untersuchung von Harðarson (1995) zu Parteien und Wählern in Island lassen sich die Links-Rechts-Orientierungen der isländischen Wähler am leichtesten zu sicherheits- und außenpolitischen Fragen aufzeigen. So war die Haltung zur US-Militärbasis Keflavik stärker als bei irgendeiner anderen Einzelfrage davon abhängig, ob man sich links oder rechts im politischen Spektrum Islands positionierte. Eher links orientierte Isländer standen dem Stützpunkt zumeist ablehnend gegenüber, während sich Personen mit rechten Haltungen häufig für seinen Erhalt aussprachen. Gleiches gilt auch für die Einstellung zur NATO-Mitgliedschaft. Ein zweiter Themenkreis, der die isländischen Wähler in links und rechts spaltet, sind wirtschaftliche Fragen, wie die Einstellung gegenüber Steuern und Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen.⁵⁹ Darüber hinaus sind die Gleichberechtigung der Geschlechter – und der Vorrang des Umweltschutzes vor wirtschaftlichem Wachstum zu nennen, die bei linken Gruppen stärkeren Anklang finden als im politisch

⁵⁸ Quelle: Isländisches Amt für Statistik unter <http://www.statice.is/Statistics/Elections>.

⁵⁹ Vgl. Harðarson: *Parties and Voters in Island*, S. 219-220 und Kapitel V.

rechten Spektrum. In den letzten Jahrzehnten haben diese Fragen in der isländischen Politik einen immer größeren Stellenwert erlangt.

1999 – Das Jahr des Wandels im isländischen Parteiensystem?

In den Jahren 1998 – 1999 erreichten die Debatten über die Vereinigung der linken Parteien in der isländischen Politik ein bis dato unbekanntes Ausmaß. Durch die Instabilität und Spaltung der linken Kräfte war die Unabhängigkeitspartei nach den meisten Wahlen in der Lage, aufgrund ihrer Größe die Regierung zu bilden. Nur durch eine Vereinigung hätten die linken Kräfte dem rechten Flügel wirkliche Macht und Einfluss gleichgewichtig entgegensetzen können.

Eine Gruppe von Politikern der Parteien des linken Spektrums begann deshalb mit den Vorbereitungen für den Zusammenschluss von Sozialdemokraten, Volksallianz, Volkserwachen und Frauenallianz zu einer sozialdemokratischen Partei. Die Sozialdemokraten und die Volksallianz waren über Jahrzehnte im Parlament vertreten gewesen. Volkserwachen – eine Splittergruppe der Sozialdemokraten – war ursprünglich gegründet worden, um die Linke für die Wahlen 1995 zu vereinigen. In dem Jahr gewann die Partei vier Parlamentssitze. Die Frauenallianz war seit 1983 regelmäßig im Parlament vertreten. Im Jahre 1987 erreichte die Partei mit sechs Abgeordneten ihr bestes Ergebnis, hat aber seither an Unterstützung verloren. Im Ergebnis der Wahlen 1995 konnte sie drei Abgeordnete ins Parlament entsenden.

Allerdings gab es auch starke Gruppierungen, die sich gegen eine solche Vereinigung aussprachen und besorgt darüber zeigten, welche gesellschaftlichen Zielvorstellungen und Werte nach einem Zusammenschluss im Fokus stehen würden. Vertreter dieser Gruppen fanden sich in allen vorstehend genannten Parteien, aber vor allem in der Volks- und der Frauenallianz. Es ging dabei um Themen, die die isländische Linke damals und schon Jahre davor immer wieder gespalten hatten, vor allem marktwirtschaftliche und sicherheitspolitische Fragen.

Der neue Parteienzusammenschluss kandidierte in den Parlamentswahlen 1999 unter dem Namen Sozialdemokratische Allianz (Samfylkingin). Ein Jahr später, am 5. Mai 2000, wurde aus diesem Parteienbündnis offiziell eine politische Partei unter demselben Namen. Die Gegner der Vereinigung gründeten nach einigen Monaten Vorbereitungszeit am 6. Februar 1999 die Links-Grüne Bewegung (Vinstrihreyfingin – Grænt framboð) mit der Absicht, die sozialistischen und Umweltkräfte vor den für den 8. Mai desselben Jahres anberaumten Parlamentswahlen zu vereinen. Die sich herausbildende Links-Grüne Bewegung schloss sich mit vier Abgeordneten der Volksallianz und der Frauenallianz zusammen, die ähnliche Ansichten vertraten und bereits seit einigen Monaten in einer unabhängigen Gruppe im Parlament zusammengearbeitet hatten. Die Bewegung kandidierte in den Parlamentswahlen als Alternative zu den Linken der Sozialdemokratischen Allianz.

Damit hat das Jahr 1999 einen besonderen Stellenwert für die isländische Politik. Vier Parteien vereinigten sich und kandidierten gemeinsam, gleichzeitig traten zwei neue Parteien – die Links-Grüne Bewegung und die Liberalen – an und konnten Abgeordnete ins Parlament entsenden. Aufgestellt waren darüber hinaus noch zwei weitere Parteien – die Humanisten und die Christlich Demokratische Partei –, von denen aber keine ausreichend Stimmen gewinnen konnte, um ins Parlament einzuziehen. Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Parlamentswahlen 1999 bis 2009 anhand der Zahl der Sitze der einzelnen Parteien.

Tabelle 2: Wahlergebnisse der Parteien anhand der Zahl der Abgeordneten im Alþingi, 1999 bis 2009⁶⁰

	1999	2003	2007	2009
Fortschrittspartei	12	12	7	9
Unabhängigkeitspartei	26	22	25	16
Liberale Partei	2	4	4	0
Sozialdemokratische Allianz	17	20	18	20
Links-Grüne Bewegung	6	5	9	14
Bürgerbewegung				4

Häufig wird davon ausgegangen, dass sich die politische Landschaft Islands im Ergebnis der Vereinigung der vier linken Parteien und der Gründung der Links-Grünen Bewegung verändert hat. Allerdings deuten die Ergebnisse der Wahlen 1999 auf keine wirklich drastische Veränderung hin. So konnte die Links-Grüne Bewegung bei einem Stimmenanteil von 9,1 Prozent sechs Abgeordnete ins Parlament schicken, und die neue Sozialdemokratische Allianz gewann mit 26,8 Prozent der Stimmen 17 Sitze. In den Wahlen 1995 hatten die vier Parteien des linken Flügels einen Stimmenanteil von 37,8 Prozent und gewannen damit 23 Parlamentssitze. Die beiden neuen Parteien konnten in den Wahlen weniger Stimmen auf sich vereinen als die vier Parteien in den vorangegangenen Wahlen. Somit kann man feststellen, dass sich die Hoffnungen auf Vereinigung der linken Kräfte in einer großen Partei mit entsprechenden Stimmengewinnen zerschlagen hatten.

Seit ihrem Entstehen hat die Links-Grüne Bewegung ständig an Größe und Stärke gewonnen. In jeder Wahl seit 1999 konnte sie mehr Sitze im Parlament erringen, mit Ausnahme von 2003, als sie einen Sitz verlor. Heute hat die Partei 5.833⁶¹ Mitglieder (47 Prozent Frauen und 53 Prozent Männer). Das Durchschnittsalter der Mitglieder liegt bei 42,5 Jahren, wobei 27 Prozent 30 Jahre alt oder jünger sind. 49 Prozent der Mitglieder leben im Gebiet von Reykjavík.

Gegenwärtig basiert die Grundsatzpolitik der Links-Grünen Bewegung auf folgenden fünf Eckpfeilern⁶²:

Umweltschutz

Alle natürlichen Ressourcen sollen sich im öffentlichen Eigentum befinden und nachhaltig und sorgfältig bewirtschaftet werden. Zur Förderung des Umweltschutzes ist mithilfe der sogenannten „grünen Ökonomie“ eine Schätzung des Wertes unberührter Natur und die Erhebung „grüner Steuern“ zu deren Erhalt vorzunehmen. Von besonderer Bedeutung ist, dass die Isländer künftig in der Lage sind, ihren gesamten Energiebedarf selbst zu erzeugen. Die Partei lehnt den Bau weiterer Kraftwerke zum Nutzen der die Umwelt verschmutzenden Großindustrie ab und fordert den Schutz des Hochlandes. Großes Augenmerk legt sie auf dynamische internationale Kooperationen und Vereinbarungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit

Alle Menschen sind gleichberechtigt, und Diskriminierung kann nicht toleriert werden. Die Partei fordert volle Gleichberechtigung im Hinblick auf Bildung, soziale Dienstleistungen jeglicher Art, öffentliche Informationen und Redefreiheit. Der isländische Staat hat die Pflicht, das Wohlergehen aller Bürger, insbesondere von älteren und behinderten Personen, zu gewährleisten. Die Links-Grüne Bewegung unterstützt die Stärkung des ländlichen Raums in Island durch Bereitstellung von qualitativ hochwertigen Dienstleistungen im sozialen, Bildungs- und kulturellen Bereich. Als besonders wichtig

⁶⁰ Quelle: Isländisches Amt für Statistik unter <http://www.statice.is/Statistics/Elections>.

⁶¹ Stand vom 28. Januar 2010.

⁶² Für die Grundsatzklärung siehe Homepage der Links-Grünen Bewegung unter <http://www.vg.is/stefna/stefnuyfirlising/>.

erachtet es die Partei, dass die für eine 40-Stunden-Arbeitswoche gezahlten Löhne ausreichend sind, um die normalen Lebenskosten bestreiten zu können.

Faire und florierende Wirtschaft

Die Links-Grüne Bewegung möchte die Entwicklung der Gesellschaft durch Stärkung der Stellung der Arbeitnehmer beeinflussen. Die Partei tritt für eine Diversifizierung der isländischen Wirtschaft und den Einsatz umweltfreundlicher Technologien ein. Sie widersetzt sich jeder Form von Monopolisierung und Zentralisierung des Kapitals und unterstützt die konventionellen Industriezweige dabei, den speziellen Status Islands zur Schaffung von unterschiedlichen Arbeitsplätzen für alle Einwohner des Landes zu nutzen.

Unabhängige Außenpolitik

Die Links-Grüne Bewegung kämpft für eine unabhängige Außenpolitik, die die Souveränität Islands aufrechterhält, und unterstützt alle Bemühungen zur Schaffung von globalem Frieden. Sie ist gegen die Teilnahme an Militärbündnissen wie der NATO und der WEU. Ferner tritt sie gegen eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein und setzt vielmehr auf einfache bilaterale Handels- und Kooperationsvereinbarungen. Die Links-Grüne Bewegung ist zum Ausbau der Kooperation mit allen Nationen auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts unterschiedlicher Ansichten und Kulturen bereit. Sie unterstützt die Beteiligung des Landes an demokratischen Organisationen wie den Vereinten Nationen, dem Europarat und dem Nordischen Rat und setzt sich für die Stärkung dieser Zusammenarbeit ein. Island soll die Ziele der UNO und der Erklärung der Menschenrechte durch Beiträge zur Überwindung von Armut und Hunger, sozialer Ungerechtigkeit, ungleicher Verteilung des Wohlstands, rassistischer Diskriminierung, Verletzung der Menschenrechte und Militarismus unterstützen.

Feminismus

Die Links-Grüne Bewegung ist eine feministische Partei. Ebenso wie die Partei gegen die Macht der Finanzeigentümer und des Kapitals kämpft, lehnt sie auch die Unterdrückung von Frauen durch Männer ab und richtet sich gegen patriarchalische Strukturen in der isländischen Gesellschaft.

2009 – Wahlen nach der Krise

Am 6. Oktober 2008 wandte sich der damalige Premierminister, Geir H. Haarde, im nationalen Fernsehen an die isländische Nation. Gegenstand waren die außerordentlichen finanziellen Schwierigkeiten, denen sich das Land gegenüber sah. In seiner Ansprache verwies Haarde auf die reale Gefahr, dass die isländische Wirtschaft im schlimmsten Fall gemeinsam mit den Banken ins Trudeln geraten und so einen Staatsbankrott heraufbeschwören könne.

Jeder Folgetag brachte den Isländern neue Schreckensmeldungen. Die finanzielle Situation erwies sich als weitaus schlechter als von den meisten angenommen, und die Regierung aus Unabhängigkeitspartei und Sozialdemokratischer Allianz kämpfte um die Rettung des isländischen Bankensystems, allerdings ohne Erfolg. Alle drei großen Banken des Landes waren vom Kollaps betroffen und mussten vom Staat übernommen werden.

Ab dem 11. Oktober versammelten sich die Menschen jeden Samstag vor dem isländischen Parlament, um auf Zusammenkünften, Kundgebungen und Demonstrationen den Rücktritt derjenigen zu fordern, die für die eingetretene Situation verantwortlich waren. Dies war der Beginn einer Bewegung, die heute wegen des von den Demonstranten mit Küchengeräten verursachten Lärms als Küchengeräterevolution bezeichnet wird. Hauptsächlich richtete sich die Kritik gegen die Unabhängigkeitspartei, die 18 Jahre lang ununterbrochen an der Regierung gewesen war, davon zwölf Jahre zusammen mit der Fortschrittspartei und danach zwei Jahre mit der Sozialdemokratischen Allianz.

Am 20. Januar 2009 verschärfen sich die Proteste. Es kam zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten vor dem Parlament und der mit Pfefferspray und Knüppeln bewaffneten Bereitschaftspolizei. Die Proteste setzten sich am nächsten Tag fort, als die Regierungsgebäude von lärmenden, mit Eiern und anderen Lebensmitteln bewaffneten Demonstranten umzingelt wurden. Am 22. Januar setzte die Polizei erstmals seit den Demonstrationen gegen den isländischen NATO-Beitritt

1949 Tränengas ein, um die Menge aufzulösen. Am darauffolgenden Tag wurden vorgezogene Parlamentswahlen verkündet, ohne dass dies die Proteste beendet hätte. Die Demonstranten blieben auf der Straße und forderten sofortige Wahlen. Am 26. Januar gab die Regierungskoalition aus Unabhängigkeitspartei und Sozialdemokratischer Allianz dem Druck nach und löste sich auf.

Am 1. Februar 2009 bildeten die Links-Grüne Bewegung und die Sozialdemokratische Allianz eine neue Regierung. Zwar hatte die Koalitionsregierung nicht die Mehrheit des Parlaments hinter sich, aber die Fortschrittspartei erklärte sich bereit, die Regierung im Falle von Misstrauensanträgen zu unterstützen. Dem Kabinett gehörten neben zwei parteilosen Ministern vier Minister der Links-Grünen Bewegung und vier Minister der Sozialdemokratischen Allianz an. Ziel der neuen Regierung war es, dringende Maßnahmen zum Wohle der isländischen Bevölkerung und Wirtschaft auf den Weg zu bringen, das Bankensystem neu aufzubauen und die Regierungsführung und Verwaltung demokratischer und transparenter zu gestalten. Das Hauptaugenmerk legte sie dabei auf soziale Werte, nachhaltige Entwicklungsprinzipien, Frauenrechte, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit. Von Anfang an war auch klar, dass – sobald es die Umstände erlaubten – Wahlen abgehalten und eine neue Regierung auf der Grundlage eines neuen Mandats des Volkes gebildet werden sollte.⁶³

Die Regierung war in vielerlei Hinsicht erfolgreich. Insbesondere gelang es ihr recht gut, die isländische Öffentlichkeit durch wöchentliche Zusammenkünfte mit den Medien zu informieren. Sie reorganisierte die isländische Zentralbank, verhängte eine vorübergehende Auktionsbeschränkung wegen Zwangsvollstreckung, ermöglichte Personen mit geringem Einkommen Zugriff auf ihre Renten, erhöhte Steuervergünstigungen für Zinszahlungen, verabschiedete einen neuen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels, führte einen Ehrenkodex für den isländischen Verwaltungssektor ein und vieles andere mehr. Doch obwohl die neue Regierung das Ruder zweifellos unter extrem schwierigen Umständen in der isländischen Gesellschaft übernommen hat, ist auch sicher, dass sie in den Augen sehr vieler Menschen nicht genug getan hat.

Der Wahlkampf im Vorfeld der vorgezogenen Parlamentswahlen gestaltete sich schwierig. So verwies die Links-Grüne Bewegung darauf, dass die Partei seit 2006 Jahr für Jahr vor der neoliberalen Politik der bisherigen Regierungen und der damit einhergehenden Bedrohung der Wirtschaftsstabilität gewarnt habe. Oftmals fanden die Parteisprecher kein Gehör. In der Vergangenheit habe man die Partei als altmodisch abgetan und ihre Mitglieder beschuldigt, die neue Ära und den Ruhm, den die isländischen Finanz-Wikinger dem Lande bringen würden, nicht richtig zu verstehen. Diesmal waren die Bemühungen der Partei von Erfolg gekrönt. Am 25. April 2009 wurden Wahlen in Island abgehalten, in denen sich sechs Parteien um Parlamentssitze bewarben: die Links-Grüne Bewegung, die Sozialdemokratische Allianz, die Unabhängigkeitspartei, die Fortschrittspartei, die Liberalen und als neue Partei die Bürgerbewegung. Die Politik der Bürgerbewegung lässt sich schwer definieren. Neben linken Tendenzen in ihrer Politik, wie dem Ruf nach einer offenen und bürgernahen Demokratie, einer offenen und zu reformierenden Regierungsverwaltung und einer gewissen Betonung der Bürgerrechte, finden sich zugleich auch Hinweise auf konservative politische Prioritäten wie die Privatisierung sozialer Strukturen.

In den Wahlen erreichte die Links-Grüne Bewegung 21 Prozent der Stimmen und damit 14 Parlamentssitze. Nach den Wahlen bildete die Partei die neue Regierung zusammen mit der Sozialdemokratischen Allianz, diesmal mit Unterstützung der Mehrheit der Abgeordneten. Damit gibt es zum ersten Mal in der isländischen Geschichte eine Regierungskoalition aus zwei linken Parteien. Das neue Kabinett wurde wieder auf die traditionelle Zahl von zwölf Ministern aufgestockt, wobei jede Partei fünf Minister entsendet und darüber hinaus zwei parteilose Minister am Kabinetttisch sitzen. Die Links-Grüne Bewegung leitet die Ministerien für Finanzen, Bildung, Gesundheit, Umwelt sowie Landwirtschaft und Fischereiwirtschaft.

Zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung ist die neue Regierung noch nicht ganz ein Jahr im Amt. Wenngleich sie große Anstrengungen zur Wiederherstellung der Stabilität in der isländischen Gesellschaft unternommen hat, lassen sich Jahrzehnte des Neoliberalismus doch nicht einfach so überwinden, insbesondere wenn dies unter so schwierigen Bedingungen wie derzeit in Island geschehen muss. Zudem war es für die Links-Grüne Bewegung sehr schwierig, sich von einer kleinen Oppositionspartei zu einer großen Regierungspartei zu entwickeln.

⁶³ Für die Grundsatzserklärung der Regierung der Sozialdemokratischen Allianz und der Links-Grünen Bewegung siehe http://eng.forsaetisraduneyti.is/media/frettir/Policy_declaration.pdf.

Von der Opposition an die Macht

Von Beginn der Koalition an war ein gewisses Unbehagen der Abgeordneten der Links-Grünen Bewegung über die Richtung der neuen Regierung zu spüren. Dabei waren einige Kompromisse für ihre Mitglieder offensichtlich schwerer zu schlucken als andere. Während die Zusammenarbeit in vielen Bereichen in Anbetracht der Umstände relativ gut funktioniert hat, haben sich insbesondere drei Fragen für die Links-Grüne Bewegung als schwierig erwiesen, die – wäre die Partei noch in der Opposition gewesen – aber mit großer Wahrscheinlichkeit keine Streitigkeiten ausgelöst hätten. Mehrheitspolitik ist oftmals nicht einfach zu bewerkstelligen, weil sie Kompromisse verlangt, die besonders für eine radikale linke Partei kompliziert sein können.

Der erste größere Disput zwischen den Koalitionsparteien betraf die Koalitionsplattform selbst. Dabei ging es um die Frage, inwieweit es für die Links-Grüne Bewegung akzeptabel sei, einer Koalition anzugehören, die beabsichtige, einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu stellen, wobei die endgültige Entscheidung darüber bei den isländischen Bürgern liegen würde. Nach langen Debatten kam man überein, dass der Außenminister, den die Sozialdemokratische Allianz stellt, ein Gesuch auf Beantragung der EU-Mitgliedschaft im Frühjahr in das isländische Parlament einbringen solle. Beide Parteien vereinbarten, die unterschiedlichen Schwerpunkte der jeweils anderen Partei im Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft sowie ihr Recht auf Meinungsäußerung zu respektieren.⁶⁴ Die Mitglieder der Links-Grünen Bewegung erklärten sich mit diesem Vorgehen einverstanden. Allerdings entfachte die Debatte erneut, als die Angelegenheit im Parlament erörtert und klar wurde, dass die Resolution nicht zustande käme, wenn alle Abgeordneten der Links-Grünen Bewegung dagegen stimmen würden. Darüber war die Sozialdemokratische Allianz verärgert, und die Koalition geriet ins Wanken. Einige Mitglieder der Links-Grünen Bewegung fühlten sich verraten, als verschiedene Parteiabgeordnete, darunter der Parteivorsitzende, für die Resolution stimmten. Die Abgeordneten, die für die Resolution gestimmt hatten, betonten, dass sie sich auf diesen Kompromiss eingelassen hätten, um die Regierung am Leben zu erhalten. Gleichzeitig unterstrichen sie, dass diese Abstimmung langfristig ohne Bedeutung sei, da die Entscheidung über die Angelegenheit beim Volke liegen würde. Einige behaupteten, gegen die EU und gleichzeitig pro-demokratisch zu sein, da sie es den isländischen Bürgern ermöglichten, eine Entscheidung herbeizuführen.

Ein weiteres Thema, das in der Links-Grünen Bewegung gewisse Wellen geschlagen hat, ist die Anwesenheit des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Lande. Von Beginn der Finanzkrise an stand die Partei dem IWF und seiner Politik sehr kritisch gegenüber und sah ihn als kapitalistisch an und somit ungeeignet zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit. Allerdings war das IWF-Programm in Island bereits umgesetzt, als die Partei an die Macht kam, so dass sich der Parteivorsitzende und heutige Finanzminister plötzlich in der Situation sah, mit dem IWF zusammenarbeiten und diese Zusammenarbeit verteidigen zu müssen.

Die schwierigste Frage war aber zweifellos die Icesave-Vereinbarung.⁶⁵ Vor dem Beitritt zur Regierung hatte sich die Links-Grüne Bewegung gegen das von der Regierung aus Unabhängigkeitspartei und Sozialdemokratischer Allianz herbeigeführte Abkommen ausgesprochen. Es galt als eine zu große Belastung für den isländischen Steuerzahler, und man hielt es insbesondere für unfair, die Bürger für die Schulden einiger weniger isländischer Investoren zur Rechenschaft zu ziehen. Nach der Wahl wurde eine neue Icesave-Vereinbarung geschlossen. Die Regierung positionierte sich, indem sie diese neue Vereinbarung als einzige Möglichkeit zur Wiedergewinnung des Vertrauens auf internationaler Ebene darstellte. Außerdem könnte die isländische Wirtschaft ohne Beilegung dieses Streits nicht stabilisiert werden. Die Rating-Agenturen würden Island als nicht investitionstauglich einstufen, was wiederum die Zinssätze, zu denen das Land finanzielle Mittel auf den internationalen Märkten aufnehmen muss, stark in die Höhe treiben würde. Schließlich würde der IWF ohne Beilegung des Streits wahrscheinlich die Freigabe weiterer Mittel an Island ablehnen. Ohne die Unterstützung des IWF wäre es aber unmöglich, die isländische Gesellschaft und die Finanzmärkte

⁶⁴ Vgl. Plattform der Regierungskoalition der Sozialdemokratischen Allianz und Links-Grünen Bewegung unter: <http://eng.forsaetisraduneyti.is/news-and-articles/nr/3730>.

⁶⁵ Ein Gesetz zur Regelung des Streits Islands mit Großbritannien und den Niederlanden über die Verantwortung der Regierung für die Verluste, die britischen und niederländischen Anlegern durch den Konkurs einer der drei großen isländischen Banken – der Landsbanki – im Oktober 2008 entstanden sind.

wieder aufzubauen. Wiederum oblag es dem Parteivorsitzenden, diese Angelegenheit als Finanzminister der Öffentlichkeit vorzulegen. Bei den Abgeordneten der Partei bestand keine einheitliche Position in dieser Frage, und eine Zeit lang war nicht klar, ob die Regierung das Gesetz angesichts des Widerstands der Abgeordneten der Links-Grünen Bewegung verabschieden würde. Schließlich wurde das Gesetz verabschiedet, allerdings ist die Angelegenheit noch immer nicht geklärt, da sich die isländische Bevölkerung in einem Referendum gegen das Gesetz ausgesprochen hat.

Diese drei Themen haben sich als harte Brocken für die Regierung und insbesondere für die Links-Grüne Bewegung erwiesen. Wenngleich einige dies als Nachteil werten, begrüßen andere die hitzigen Debatten im Parlament als Zeichen einer neuen Art der Regierungsführung, bei der die Abgeordneten nicht blind der politischen Elite und deren Entscheidungen folgen. Wie auch immer die Situation ausgelegt wird, Fakt ist, dass die Regierung diese Turbulenzen überlebt hat. Dabei wird es interessant sein, die künftige Entwicklung des isländischen Parteiensystems zu beobachten. Bedurfte es doch nichts weniger als einer großen Finanzkrise, um die rechte Regierung von der Macht abzulösen.

Dag Seierstad

Die Linke in Norwegen: Politik in der Mitte-Links-Regierung

Einführung

Norwegen hat bei den neoliberalen Transformationen europäischer Gesellschaften keine Ausnahme dargestellt. Es begann mit der 1981 gewählten Rechtsregierung, aber selbst als die Arbeiterpartei 1986 wieder an die Macht kam, änderte sich die Politik nicht.

Seit 1981 erleben die Norweger/innen zwei grundsätzliche Änderungen. Erstens gibt es eine weitreichende Deregulierung und Privatisierung, mit Unterstützung aller Parlamentsparteien mit Ausnahme der Sozialistischen Linkspartei und teilweise auch der Zentrumspartei. Außerdem hat dieselbe Mehrheit im Parlament der norwegischen Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum – dem EWR-Vertrag – zugestimmt, wodurch Norwegen zu 100 Prozent dem Binnenmarkt der Europäischen Union einverleibt wurde. Durch diese Mitgliedschaft werden die meisten Fälle von Deregulierung und Privatisierung, die schon stattgefunden haben, zementiert, außerdem werden zusätzliche Reformen in neoliberale Richtung vorgeschrieben.

Im September 2005 gewann ein drei-Parteien-Bündnis die Mehrheit im norwegischen Parlament und bildete eine Koalitionsregierung, eine Mitte-Links-Regierung, die »Rot-Grün« genannt wird. Die Partner waren die Arbeiterpartei – die weder Rot noch Grün ist –, die Sozialistische Linkspartei – die sowohl rot als auch grün zu sein versucht – und die Zentrumspartei, die in manchen Fragen grün ist. Die drei Parteien konnten bei den Parlamentswahlen vom September 2009 ihre knappe Mehrheit halten.

Der Charakter dieser Parteien garantiert nicht, dass sich dieses Bündnis zu einem wirklichen Linksbündnis entwickelt. Doch bieten sich wegen der von den Gewerkschaften und den meisten sozialen Bewegungen vor den Wahlen von 2005 getragenen Strategie dafür günstige Bedingungen.

Die wichtigsten Gewerkschaften kamen seit den frühen 1990er Jahren allmählich zu der Überzeugung, dass die große Arbeiterpartei keine linke Partei sei, auf die man sich verlassen könne. Sie merkten, dass man die Arbeiterpartei nur zur linken Politik zwingen könne, indem man sie in eine Koalition mit der Sozialistischen Linkspartei drängte und gleichzeitig die Forderungen der Gewerkschaften so sichtbar machte und so stark für sie kämpfte, dass eine Koalitionsregierung würde zuhören müssen.

Die Gewerkschaftsperspektive kann so zusammengefasst werden: Linke Politik wird nur dann möglich sein, wenn allen offensichtlich ist, dass wir diese Regierung geschaffen – und dass wir die Wahl gewonnen haben, weil unsere Forderungen die Unterstützung der Mehrheit der Wähler/innen genießen.

Die Linke im norwegischen Parteiensystem

Die Linksparteien

Seit den 1920er Jahren steht eine relativ starke Arbeiterpartei (Det norske arbeiderparti) einem in vier oder fünf Parteien zerstückelten bürgerlichen Lager gegenüber, das stets Mühe hatte, einen gemeinsamen politischen Nenner zu finden. Mitten in der Krise der 30er Jahre bildete die Arbeiterpartei 1935 eine Minderheitsregierung auf Basis eines Abkommens mit der Bauernpartei.

Im selben Jahr einigten sich der Gewerkschaftsbund und die Arbeitgebervereinigung auf einen sozialen Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital: Es wurden Verfahren für Tarifverhandlungen auf nationaler, Branchen- und Betriebsebene eingeführt, einschließlich Regeln für Arbeitskämpfe.

Von 1945 bis 1961 hatte die Arbeiterpartei die Mehrheit im Parlament. Die Sozialistische Volkspartei (SF) wurde 1961 hauptsächlich von Arbeiterparteimitgliedern gegründet, die gegen die norwegische Mitgliedschaft in der NATO und das Atomwetterüsten waren. Seitdem bekam die Arbeiterpartei nie wieder eine eigene parlamentarische Mehrheit.

Zwischen 1961 und 2005 hat es mehrere Minderheitsregierungen unter Führung der Arbeiterpartei gegeben, die von der Fraktion der Sozialistischen Linkspartei (Sosialistisk Venstreparti – SV)⁶⁶ toleriert wurde, allerdings ohne jede Vereinbarung zwischen diesen beiden.

⁶⁶ Die Sozialistische Linkspartei (*Sosialistisk Venstreparti* – SV) wurde 1975, nach der Volksabstimmung zum EG-Beitritt, gegründet. Es handelte sich dabei um ein Zusammenschluss der SF sich mit EG-kritische

In den 1970er Jahren wurde das Rote Wahlbündnis als wahlpolitische Verkleidung einer äußerst disziplinierten Maoistenpartei gegründet, unlängst benannte es sich in »Rot« (Rødt) um. Seine politischen Ziele unterscheiden sich – wenn überhaupt – mit wenigen Ausnahmen kaum von jenen der SV. »Hauptguthaben« der Partei sind mehrere bekannte Arbeitervvertreter in großen Industrieanlagen, sowie eine Tageszeitung,⁶⁷ die in den letzten fünfzehn Jahren zum nichtsektiererischen Blatt der gesamten norwegischen Linken (d. h. links der Arbeiterpartei) geworden ist.

Andererseits ist Norwegens Kommunistische Partei (NKP) am Boden, bei den letzten Parlamentswahlen 2005 erhielt sie nur noch 1.070 Stimmen.

Norwegen hat auch eine kleine grüne Partei, die in den Parlamentswahlen 2005 3.700 Stimmen (0,23 Prozent) und in den Kommunalwahlen 2007 12.000 Stimmen (0,6 Prozent) erhielt. Der Hauptgrund für das Fehlen einer mit jenen im restlichen Europa vergleichbaren grünen Partei ist, dass die SV – wie auch die Sozialistische Volkspartei in Dänemark – seit den frühen 1970er Jahren sich stark umweltpolitischen Problemen zuwandte und hierfür als politischer Ansprechpartner galt. In beiden Ländern stellen sich diese Parteien als sowohl rot als auch grün dar – d.h. sowohl mit einem sozialen als auch mit einem ökologisch/grünem Profil.

Tabelle 1: Stimmen und Sitze der Parteien im Vergleich

Partei	Stimmen in Prozent				Sitze im Parlament			
	1997	2001	2005	2009	1997	2001	2005	2009
Links:	42,7	38,0	42,7	43,0	74	66	76	75
Norwegische Arbeiterpartei	35,0	24,3	32,7	35,4	65	43	61	64
Sozialistische Linkspartei (SV)	6,0	12,5	8,8	6,2	9	23	15	11
Rotes Wahlbündnis	1,7	1,2	1,2	1,4	-	-	-	-
Mitte:	26,1	21,9	19,2	15,6	42	34	32	23
Zentrumspartei ⁶⁸	7,9	5,6	6,5	6,2	11	10	11	11
Christliche Volkspartei	13,7	12,4	6,8	5,5	25	22	11	10
Die »Linke« (Venstre, liberale Partei)	4,5	3,9	5,9	3,9	6	2	10	2
Rechts:	29,6	35,8	36,2	40,1	48	64	61	71
Die Rechte (Høyre, konservative Partei)	14,3	21,2	14,1	17,2	23	38	23	30
Progressive Partei (Rechtspopulisten)	15,3	14,6	22,1	22,9	25	26	38	41
Splitterparteien:	1,6	4,3	3,1	1,3	1	1	0	0

Dimensionen des Parteienwettbewerbs

Die norwegische Parteienlandschaft ist durch Trennungslinien gekennzeichnet, die nicht nur vielen ausländischen Beobachtern, sondern auch der norwegischen Wählerschaft selbst verwirrend erscheinen.

- In sozialen Fragen, zum Beispiel Steuern, Soziales und Gesundheit, Arbeitsrecht usw. herrscht das übliche Rechts-Links-Schema. Dabei ist allerdings die Zentrumspartei in vielen Fällen nahe

Mitgliedern der Arbeiterpartei, einer Minderheitenfraktion der KP sowie Aktivist/innen aus den Umwelt- und Frauenbewegungen.

⁶⁷ Rødt ist inzwischen nur noch Minderheitsteileigentümer der Zeitung

⁶⁸ Die Zentrumspartei (Senterparti), die sich bis 1959 »Bauernpartei« nannte, hat sich seit Anfang der 1990er Jahre zur zuverlässigen Stütze des öffentlichen Sektors gegen die Privatisierung und die marktwirtschaftliche Orientierung der Kommunalpolitik entwickelt. In Bezug auf die vorherrschende neoliberale Politik hat sie die Arbeiterpartei eindeutig links überholt.

bei den Parteien der Linken, auch die rechtspopulistische Fortschrittspartei unterstützt bisweilen linke Positionen in diesem Bereich.

- Bei Fragen der Strukturanpassung der Wirtschaft, etwa zur Privatisierung, zur Deregulierung bzw. zur EU-Mitgliedschaft, besteht der neoliberale Pol in der norwegischen Politik aus der Partei Die Rechte (Høyre, eine konservative Partei Norwegens), aus der Partei Die Linke (Venstre, eine Liberale Partei) und dem Hauptteil der Arbeiterpartei.
- In Fragen der Umweltpolitik bzw. der internationalen Solidarität (Entwicklungshilfe, Flüchtlingspolitik) besteht eine Einheit der drei Parteien der Mitte und der SV, die für die Umwelt sowie für größere Solidarität mit bedürftigen Menschen außerhalb Norwegens eintreten. Diese vier Parteien sind es auch, die die Gegnerinnen eines norwegischen EU-Beitritts sind.

Die Frage einer norwegischen Mitgliedschaft in der EU

Die Beziehungen Norwegens zur Europäischen Union sind seit fast fünfzig Jahren die strittigste Frage der norwegischen Politik überhaupt. Die Führung der Arbeiterpartei, der größten Partei, drängt seit Anfang der 1960er Jahre auf den Beitritt zur EWG/EU, wofür es bei ihren Parteitag stets große Mehrheiten gibt.

1961 reichte eine Regierung der Arbeiterpartei zusammen mit Großbritannien und Dänemark eine Bewerbung um Mitgliedschaft in der EWG ein. Sie wurde im Januar 1963 vom französischen Präsidenten Charles de Gaulle verhindert, als er sein Veto gegen den britische Beitritt zur EWG ankündigte. Im Juni 1970 reichte eine Koalitionsregierung aus Konservativen und den drei Parteien der Mitte erneut eine Bewerbung für die Mitgliedschaft in der EWG ein. Bei einem Volksentscheid im September 1972 stimmte eine Mehrheit von 53,6 Prozent mit »nein«. In Dänemark gab es hingegen eine Mehrheit für »ja«, daher trat Dänemark zusammen mit Großbritannien und Irland der EWG bei. Nach dem Volksentscheid von 1972 spaltete sich die Arbeiterpartei. Viele Anti-EWG-Mitglieder verließen die Partei und traten der SV bei.

Bei den Parlamentswahlen von 1973 verlor die Arbeiterpartei ein Drittel ihrer Stimmen. 1977 konnte sie zwar die meisten Protestwähler wieder zurückgewinnen, doch ist sie nie wieder zu der Stärke zurückgekehrt, die sie in den 1950er und 60ern hatte. Hatte sie damals 45 bis 48 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können, so fiel ihr Anteil bis 1985 auf plus/minus 35 Prozent.

Das Ergebnis des Volksentscheids führte zu Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen zwischen Norwegen und der EWG. Die Vereinbarung trat 1974 in Kraft und betraf alle Industrieerzeugnisse – keine Zölle, keine Quoten. Vom Freihandel ausgeschlossen waren alle Agrarprodukte und die meisten Produkte unserer Fischereibranche, allerdings gab es für Frischfisch den freien Zugang zum EWG-Markt.

Die Entwicklung des Binnenmarkts nach 1986 führte zu Verhandlungen zwischen der Europäischen Freihandelsorganisation (FEFTA) und der EWG über die Errichtung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), wodurch die EFTA-Länder in den Binnenmarkt einbezogen werden sollten.

Im Oktober 1992 beschloss das norwegische Parlament mit 130 zu 35 Stimmen, den EWR-Vertrag zu ratifizieren. Da der Vertrag die Übertragung von Souveränitätsbereichen vom Parlament an die Institutionen der EU/EWR umfasste, war eine Dreiviertelmehrheit im Parlament (124 Stimmen) erforderlich. Alle Parteien mit Ausnahme der Sozialistischen Linkspartei und der Zentrumspartei stimmten der Annahme des EWR-Vertrags zu. Die Hauptströmung in der Arbeiterpartei sah im Vertrag die Vorstufe zur EU-Mitgliedschaft, der Anti-EU-Flügel sah darin eine Lösung, um dem Beitritt zuvorzukommen.

Nachdem sie Norwegen in die EWR eingebracht hatte, beschloss die Regierung der Arbeiterpartei, sich um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu bewerben. Ein Volksentscheid im November 1994 ergab jedoch ein Ergebnis von 52,5 Prozent Nein-Stimmen.

Wie schon 1972 teilte sich dabei die Wählerschaft nach drei Dimensionen:

- Die Dimension Zentrum-Peripherie: In Oslo ergab sich eine Mehrheit von 2:1 zugunsten der Mitgliedschaft, während man in der Peripherie – im ländlichen Raum und in den Fischereigemeinden sowie im Norden – mit 2:1 gegen die Mitgliedschaft stimmte.
- Die soziale Dimension: Die Machteliten, die Bessergestellten, die höher Gebildeten, die sozial und gesellschaftlich Aufgestiegenen haben mehrheitlich für die Mitgliedschaft gestimmt. Die

Nichtelite, die Ärmeren, die geringer Gebildeten, die einfachen Arbeiter stimmten gegen den Beitritt.

- Die politische Dimension rechts-links: Die Menschen im rechten Teil des politischen Spektrums tendierten eher dazu, für die Mitgliedschaft zu stimmen. Das stimmt für die Wählerschaft im Allgemeinen, aber noch mehr in der Arbeiterbewegung, in der Arbeiterpartei und in den Gewerkschaften.

Die Hauptgründe der SV, den norwegischen EU-Beitritt abzulehnen

Zwei Themen sind in Norwegen für die Kampagne gegen die Mitgliedschaft grundsätzlich gewesen. Erstens gibt es die Auffassung, dass die demokratischen Werte auf Landes- und auch auf Kommunalebene, die der Bevölkerung lieb und teuer sind, besser außerhalb der EU aufgehoben seien. Zweitens besteht in Norwegen eine Skepsis gegenüber dem in der gesamten Folge von EU-Verträgen eingebetteten Marktliberalismus.

Die Marktfreiheiten der EU erfordern, dass weder auf nationaler, auf regionaler noch auf Kommunalebene in Lösungen eingegriffen wird, die das freie Spiel der Marktkräfte hervorbringt. Jede Regelung der Märkte soll allein auf Ebene der EU stattfinden.

In dieser Idee besteht das grundsätzliche Demokratiedefizit des europäischen Projekts. Nirgends in Westeuropa ist heute die Einschränkung der Bewegungsfreiheit ein ernstes Problem. Im Gegenteil: Es gibt ganz andere Herausforderungen, denen viel eher begegnet werden müsste, etwa die steigende Arbeitslosigkeit, die wachsende soziale Ungleichheit, der Niedergang der Sozialstaaten, die sich auflösenden Gemeinschaften, Wartezeiten bei der medizinischen Versorgung, der Drogenmissbrauch, zunehmende Gewaltverbrechen, das organisierte Verbrechen über Binnengrenzen hinweg und Probleme der Integration von ethnischen Minderheiten.

Diese Probleme können nur durch ein Engagement von unten für glaubwürdige soziale Projekte gelöst werden, die geeignet sind, die Menschen dazu zu bringen, an ihren Wohnorten und Arbeitsplätzen soziale und politische Verantwortung zu übernehmen. Im Zuge der EU-Entwicklung sind bei jedem Scheidepunkt mehr Macht und mehr Entscheidungsbefugnisse auf EU-Institutionen übertragen worden. Dadurch wird der wesentliche Kern der Demokratie verwundbar: der Freiraum für demokratisch legitimierte Menschen, Entscheidungen von menschlicher und sozialer Tragweite auf allen Ebenen der Gesellschaft zu treffen, wird unterhöhlt.

Der Ansatzpunkt für die norwegische Anti-EU-Bewegung ist, dass die EU darauf beschränkt werden sollte, Herausforderungen anzugehen, die nur auf internationaler Ebene zu beherrschen sind: grenzüberschreitende Konflikte, grenzüberschreitende Umweltprobleme, soziale Ungleichgewichte zwischen den Regionen Europas und gemeinsame Mindeststandards am Arbeitsplatz.

Zwischenstaatliche Vereinbarungen sind manchmal notwendig, doch sie können die Unterstützung der Basis nur dann erhalten, wenn sie sich auf das unbedingt Notwendige beschränken. Der Supranationalismus in der EU wird in viel zu vielen Bereichen angewandt, die nationale Autonomie wird in völlig unangebrachten Bereichen beschnitten.

Die Entwicklung hin zur rot-grünen Regierung

Die Wahlen von 2001: Eine historische Niederlage für die Arbeiterpartei

Die Parlamentswahlen im September 2001 ergaben eine historische Niederlage für die regierende Arbeiterpartei⁶⁹ und eine Verdopplung der Stimmen der SV. Unter dem Strich kam aber ein allgemeiner Rechtsruck heraus, da die Arbeiterpartei fast zweimal so viele Stimmen verlor, als die SV gewann.

Das Ergebnis der Wahl 2001 war eine schwache Mitte-Rechts-Minderheitsregierung aus den Parteien die Rechte (Høyre), Christliche Volkspartei (Kristelig Folkeparti) und die Linke (Venstre, die liberale Partei), mit einer relativen Mehrheit von zusammen nur 62 von 165 Sitzen.

So musste sich die Regierung auf eine Tolerierung durch die unzuverlässige und teilweise fremdenfeindliche Fortschrittspartei (Fremskrittsparti) verlassen. Diese Partei speist sich aus einem »Recht-und-Ordnung«-Populismus und in Teilen der Wählerschaft aus Ressentiments gegen

⁶⁹ Von Januar 2000 bis September 2001 gab es eine Minderheitsregierung der Arbeiterpartei. Diese Regierung übertraf in der Aggressivität ihrer Deregulierung und ihrer Privatisierung alles bislang dagewesene.

Einwanderer. Sie gewinnt die meisten Stimmen durch ihr populistisch-soziales Profil, wobei sie üppige Verbesserungen der sozialen Dienstleistungen für alle verspricht, insbesondere die Alten und Kranken.

Die Gewerkschaften fordern eine Linkskoalition

Die katastrophalen Ergebnisse der Wahlen von 2001 sowie der Druck aus verschiedenen Teilen der Gewerkschaftsbewegung zwangen die Führung der Arbeiterpartei, ihre Wahlstrategie zu ändern.

Üblicherweise hatte der norwegische Gewerkschaftsbund (Landsorganisasjonen i Norge – LO) sehr eng mit der Arbeiterpartei zusammengearbeitet, so eng, dass sie schon als »siamesische Zwillinge« wahrgenommen wurden. In den 1990er Jahren haben aber viele Einzelgewerkschaften und nach und nach auch die zentrale Gewerkschaftsführung erkennen müssen, dass man sich bei mehreren für Gewerkschaftsmitglieder wichtigen Kernfragen nicht mehr auf die Arbeiterpartei verlassen konnte. Dazu gehörten die marktwirtschaftliche Orientierung und die Privatisierung von Telekommunikation, Post, Eisenbahn und anderen öffentlichen Diensten.

Öfters sahen sich die Vertreter von Ortsgruppen der Gewerkschaften gezwungen, den Umweg über Parlamentarier der SV zu suchen, damit die Arbeiterpartei-Fraktion im Parlament ihre Probleme und Vorschläge überhaupt anhörte. Viele dieser Gewerkschaftsgruppen kamen zu dem Schluss, dass man die Arbeiterpartei nur wieder auf einen linksgerichteten politischen Kurs bringen könne, indem man sie in eine Koalition mit der SV dränge.

Diese Wende in der Beziehung zwischen den Gewerkschaften und der Sozialistischen Linkspartei trat in den letzten Monaten vor der Wahl im Jahre 2001 deutlich zutage. Die LO und viele ihrer Ortsgruppen gaben zum ersten Mal öffentlich bekannt, dass man zur Verteidigung seiner Interessen entweder für die Arbeiterpartei oder für die Sozialistische Linkspartei stimmen könne.

Der Wendepunkt kam dann im Herbst 2004, als die LO eine Kampagne mit dem Titel »der lange Wahlkampf« lancierte, wobei sie 58 Anforderungen an die Parteien stellte. Ausdrückliches Ziel der Kampagne war es, zum ersten Mal überhaupt eine linke Mehrheitsregierung auf Basis einer Koalition aus Arbeiterpartei und SV zu bilden.

Die Wahlen von 2005: Ein knapper Sieg für Mitte-Links

Im Frühjahr 2005 bekannten sich Arbeiterpartei, SV und Zentrumsparlei auf ihren Parteitag zu der Absicht, eine gemeinsame Regierung zu bilden, sollten sie gemeinsam bei den Wahlen im September eine Mehrheit gewinnen. Die Parteien gingen mit getrennten Wahlprogrammen in den Wahlkampf, doch mit der offen bekundeten Absicht, im Falle einer entsprechenden Mehrheit eine gemeinsame Regierung zu bilden.

Dieses Mitte-Links-Bündnis gewann dann tatsächlich die Wahlen im September 2005, doch der Sieg war mit 87 Sitzen gegen 82 für die anderen Parteien knapp.

Verglichen mit den Wahlen 2001 erlebte die SV einen herben Rückschlag. Die meisten Meinungsumfragen zwischen den Wahlen von 2001 und 2005 hatten Ergebnisse für die SV von zwischen 14 und 18 Prozent vorausgesagt. Auch die großen Regierungsparteien haben Stimmen verloren, da viele ihrer Wähler zu den Rechtspopulisten wanderten.

Es gibt verschiedene Gründe für die Verluste der SV bei der Wahl, darunter:

1. Zusammen mit den Gewerkschaften war es der Sozialistischen Linkspartei gelungen, die Arbeiterpartei in Richtung einer radikaleren Politik zu zwingen, etwa den verkündeten Bruch mit der vorherigen Politik der Privatisierung und des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs im Gesundheitswesen und bei den sozialen Diensten. So klangen die Führer der Arbeiterpartei im Wahlkampf wie Linksozialisten.
2. Die politische Rechte griff die Arbeiterpartei hauptsächlich dadurch an, dass sie die SV angriff. Sie versuchte, die Wähler durch eine harte Kampagne gegen »die rote Gefahr« mit allen möglichen Beschuldigungen zu erschrecken, wodurch die Linkspartei stark in die Defensive geriet. Diese Panikkampagne erreichte zwar nicht ihr Ziel, den Sieg des Mitte-Links-Bündnisses bei den Wahlen zu verhindern, doch möglicherweise hat ein Teil der linken Wähler deswegen die Arbeiterpartei gewählt.
3. Die prominentesten Wahlkämpfer der SV haben nicht eindeutig auf die strategisch wichtigen und grundsätzlichen politischen Unterschiede zwischen der SV und der Arbeiterpartei verwiesen, nämlich in Fragen der Außenpolitik sowie der Strukturpolitik.

4. Viele Wähler wollten vor allen die alte Regierung abwählen und wählten daher die Arbeiterpartei.

Die Mitte-Links-Regierung

Die Arbeiterpartei konnte mit 32,7 Prozent zweimal mehr Stimmen auf sich vereinen, als die beiden kleineren Parteien SV und Zentrumspartei zusammen (15,3 Prozent). Angesichts dieses Ergebnisses ergab sich aus den Verhandlungen eine erstaunliche Koalitionsvereinbarung:

1. Das Regierungsprogramm⁷⁰ war mit 74 Seiten ein umfangreiches Dokument, in vielen Fragen überraschend detailliert und konkret.
2. Von den 19 Ministern im Kabinett stellte die Arbeiterpartei zehn, die SV fünf (darunter den Finanzminister) und das Zentrum vier, womit die Arbeiterpartei die knappste denkbare Mehrheit im Kabinett erhielt.
3. In vielen Fragen widerspiegelte das Regierungsprogramm Positionen links vom Wahlprogramm der Arbeiterpartei. Das gilt sowohl für internationale Fragen⁷¹ als auch für die Wirtschafts-, Regional- und Sozialpolitik. Die Koalition verpflichtete sich, die Deregulierung und die Privatisierung bei den öffentlichen Diensten im Staatssektor einzustellen und solche Positionen auch innerhalb der internationalen Institutionen Weltbank, IWF und WTO usw. zu vertreten.

Was ist erreicht worden?

- Ein Teil unserer multilateralen Entwicklungshilfe ist von der Weltbank auf Entwicklungsprogramme unter der Ägide von UNO-Agenturen umgestellt worden.
- Die Norwegische Entwicklungshilfe ist auf ein Prozent des BIP gestiegen.
- Norwegen hat die Forderungen der Vorgängerregierungen bei den GATS-Verhandlungen zurückgezogen, womit man von den Entwicklungsländern verlangt hatte, ihre Grenzen für den internationalen Wettbewerb im Bildungswesen sowie bei der Strom- und Wasserversorgung zu öffnen.
- Alle norwegischen Forderungen an Entwicklungsländer bei den GATS-Verhandlungen wurden zurückgezogen.⁷²
- Norwegische Stabs- und Ausbildungsoffiziere sind aus dem Irak abgezogen worden.
- Norwegische Sondereinheiten, die Teil der Operation Enduring Freedom in Afghanistan bildeten, sind abgezogen worden, aber ca. 500 norwegische Soldaten sind immer noch Teil der ISAF-Kräfte im Norden Afghanistans.
- Ein klares UNO-Mandat ist inzwischen eine Vorbedingung für eine norwegische Beteiligung an internationalen Militäreinsätzen.
- Alle Änderungen im Arbeitsrecht, die vor der Wahl 2005 von der Rechtsregierung eingeführt wurden, sind rückgängig gemacht worden. Strengere Regeln für Zeitarbeit und strenge Regeln für Überstunden sind wieder eingeführt worden, auch wurde der Schutz für Arbeiter, die verwerfliche Zustände am Arbeitsplatz anprangern, gestärkt. Die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte wurden verbessert.
- Die Steuer auf Aktienausschüttungen wurde wiedereingeführt und Kapitaleinkommen werden zum gleichen Satz wie der höchste Satz für Lohneinkommen besteuert.
- Eine Gesetzesvorlage der Vorgängerregierung, die die Privatisierung von Schulen eingeleitet hätte, wurde zurückgezogen.
- Eine von der Vorgängerregierung geplante, umfassende Privatisierung der Eisenbahnen wurde storniert.
- Ein Programm für garantierte Kindergartenplätze für Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren wurde 2009 verwirklicht. Die Eltern-Gebühren wurden fast halbiert auf höchstens 280 Euro.

⁷⁰Vgl. Statsministeren Kontor: *Plattform for regjerings samarbeidet mellom Arbeiderpartiet, Sosialistisk Venstreparti og Senterpartiet 2005-09*, Soria Moria, 13. Oktober 2005, in: <http://www.regjeringen.no/upload/kilde/smk/rap/2005/0001/ddd/pdfv/260512-regjeringsplattform.pdf>, gesichtet am 10.2.2008.

⁷¹ Vgl. Premierministeramt: *The Soria Moria Declaration on International Policy, 4.2.2007*, in: <http://www.regjeringen.no/en/dep/smk/documents/Reports-and-action-plans/Rapporter/2005/The-Soria-Moria-Declaration-on-Internati.html?id=438515>, gesichtet am 10.2.2008

⁷² Der Rückzug der GATS-Forderungen an Entwicklungsländer vom Dezember 2005 war möglicherweise ein einmaliges Zugeständnis an die radikale Linke, da er bei den WTO-Verhandlungen nicht weiterverfolgt wurde.

Der einzige Abschnitt des Regierungsprogramms, der für die SV nicht zufriedenstellend war, war der zur Einwanderung. 2008 widersprachen fünf Minister der Partei formal den Vorschlägen der Regierung, die Einwanderungsregeln – weiter als im Regierungsprogramm vorgesehen – noch zu verschärfen.

Die Wahlen vom September 2009: Ein noch knapperer Sieg für Mitte-Links

Das Hauptergebnis der Parlamentswahlen vom September 2009 war, dass die Mitte-Links-Regierung weitermachen konnte, gestützt auf eine Mehrheit von 86 zu 83 im Parlament.

Die beiden Rechtsparteien konnten ihre Fraktionsstärke im Parlament ausbauen. Die Verlierer waren die drei Parteien der Mitte. Die Linke (die Liberalen) schafften die Vier-Prozent-Hürde nicht und erhielt nur zwei Direktmandate.

Auch die Sozialistische Linkspartei (SV) gehörte zu den Verlierern, ihre Stimmenzahl ging von 8,8 Prozent im Jahre 2005 auf 6,2 Prozent im Jahre 2009 zurück. Die Zahl der Mandate sank von 15 auf 11.

Der Verlust der SV wurde fast genau vom Stimmenzuwachs der Arbeiterpartei (von 32,7 auf 35,4 Prozent) aufgewogen. Die Zentrumsparterie verlor geringfügig von 6,5 auf 6,2 Prozent.

Der Hauptgrund, warum so viele SV-Wähler zur Arbeiterpartei gingen, ist, dass es für die SV ein Dauerproblem ist, linke Wähler davon zu überzeugen, dass die Politik der rot-grünen Regierung links von dem ist, was die Politik einer reinen Arbeiterparteiregierung gewesen wäre – und das allein die Unterstützung für die SV die notwendigen Bedingungen dafür schafft.

Hauptsache war aber vor allem, dass die rot-grüne Regierung weitere vier Jahre im Amt bleiben konnte und dass die Privatisierungsparteien der Rechten nicht an die Macht gelangten.

Die zweite Mitte-Links-Regierung

Innerhalb der SV erhob sich kein Widerspruch dagegen, mit den beiden anderen Koalitionsparteien in Regierungsverhandlungen einzutreten, obwohl offensichtlich war, dass starke Kräfte innerhalb der Arbeiterpartei darauf bestehen würden, der SV ein »weniger sichtbares Ergebnis« zu beschere, als es noch im Koalitionsprogramm von 2005 der Fall gewesen war.

Die Verhandlungen führten zu einem Vertrag, der die Position der Arbeiterpartei in der Regierung stärkte. Sie stellte nun 12 Minister, gegenüber je vier für die SV und die Zentrumsparterie. Die SV stellt den Erziehungsminister, den Minister der Forschung und Hochschulen, den Minister für Umwelt und internationale Entwicklung und den Minister für Kinder, Gleichheit und sozialen Einschluss.

Das neue Koalitionsprogramm bestätigt die meisten Positionen, auf die man sich bereits im Koalitionsprogramm von 2005 geeinigt hatte. Dennoch ist das neue Programm weniger konkret und präzisiert die Ziele der Regierung nicht so verbindlich, wie im Jahre 2005.

Die politische Lage in anderen nordischen Ländern

Die Erfahrung der Mitte-Links-Regierung in Norwegen ist auch für die politische Entwicklung in unseren Nachbarländern wichtig. Es gibt nach den nächsten Wahlen die Möglichkeit, ähnliche Mitte-Links-Regierungen in Schweden und Dänemark zu bilden. In beiden Ländern sind die Sozialdemokraten und die Schwesterparteien der SV übereingekommen, die nächsten Wahlen als Bündnis zu bestreiten, mit dem Ziel, eine Mehrheit für eine Linksregierung zu erreichen. In beiden Ländern müssen diese potentiellen Koalitionen die amtierenden Rechtsregierungen herausfordern, indem sie mit den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft allgemeinen Bündnisse aufbauen.

Neben Norwegen gibt es auch auf Island eine Koalitionsregierung der Sozialdemokraten mit den Linksgrünen, der Schwesterpartei der SV. Nach den Wahlen im April 2009 gibt es zum ersten Mal eine Mehrheit von zwei linken Parteien im isländischen Parlament.

Auf Grönland ist die Schwesternparty der SV die größte Regierungspartei. Nachdem sie bei der Wahl vom Juni 2009 44 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, stellt sie sechs von neun Ministern.

Charakteristika der Linksparteien in Norwegen

*Die soziale Struktur ihrer Wähler/innen*⁷³

In jüngster Zeit erhalten sowohl die Arbeiterpartei als auch die SV mehr Unterstützung von Frauen als von Männern. Zweimal so viele Frauen wie Männer wählen SV. Dies war nicht immer der Fall: In den 1960er Jahren hatten in den Wählerschaften beider Parteien die Männer die Mehrheit. Die heutige Mehrheit der Frauen hat sich allmählich seit den frühen 1990er Jahren entwickelt, wahrscheinlich als Folge der Tatsache, dass Frauen überwiegend Arbeit im wachsenden öffentlichen Sektor fanden, der traditionell von der Arbeiterpartei und der SV gegen Angriffe vom rechten Teil des politischen Spektrums in Schutz genommen wird.

Tabelle 2 Prozente der Stimmen für Arbeiterpartei und SV, nach Geschlecht

	Arbeiterpartei	Sozialistische Linkspartei
Männer	31	7
Frauen	37	14

Die Wählerschaften der beiden Parteien haben eine umgekehrte Altersstruktur. Die Arbeiterpartei ist am beliebtesten unter den Wähler/innen über 50, während die SV nur wenige Wähler/innen über 60 anspricht, dafür aber eine starke Unterstützung bei denen in den Zwanzigern genießt.

Wie aus der Tabelle 3 deutlich wird, findet die Arbeiterpartei größeren Zuspruch bei den relativ wenigen Wählern, die nur eine Hauptschulbildung haben, während die Wähler/innen der SV mehrheitlich ein Bildungsniveau jenseits des Oberschulabschlusses haben.

Tabelle 3 Prozente der Stimmen für Arbeiterpartei und SV, nach Bildungsniveau

	Arbeiterpartei	Sozialistische Linkspartei
Hauptschule	45	5
Oberschule	34	8
Höhere Bildung	30	15

In den 1960er Jahren hatten beide Parteien fast identische soziale Profile hinsichtlich der Berufe ihrer Wähler/innen. Heute unterscheiden sich diese Profile deutlich. Die Arbeiterpartei ist immer noch sehr viel mehr eine »Arbeiterpartei«, während die SV eine Partei der Angestellten im öffentlichen Dienst geworden ist. 2005 waren die Hälfte der Wähler und 75 Prozent der Mitglieder der SV im öffentlichen Dienst beschäftigt, für die werktätige Bevölkerung insgesamt liegt der Anteil bei 28 Prozent.

Tabelle 4 Prozente von Wählergruppen, die Arbeiterpartei bzw. SV wählten

	Arbeiterpartei	Sozialistische Linkspartei
Arbeiter/innen	40	2
Niedrige Angestellte	35	14
Höher Angestellte	29	12
Landwirte/Fischer	9	0
Selbständige	17	11
Student/innen	37	23
Rentner/innen	41	3

2005 wurden die Wähler/innen gefragt, welche Partei die beste Politik in bestimmten Bereichen vorweisen könne: Die Arbeiterpartei lag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (54 Prozent) sowie bei

⁷³ Vgl. Valgundersøkelsen 2005, in: *SSB Rapport 2007/31*.

der Gesundheits- (39 Prozent) und Seniorenpolitik (38 Prozent) vorne. Bei der Umwelt- (35 Prozent), Bildungs- (22 Prozent), Familien- und Kinderpolitik (21 Prozent) schnitt die SV am besten ab.⁷⁴

Parteimitgliedschaft

Wie in anderen europäischen Ländern, haben auch die norwegischen Parteien in den letzten Jahrzehnten Mitglieder einbüßen müssen. Hatte die Arbeiterpartei 1995 noch 72.600 Einzelmitglieder, so waren es 2007 nur noch 51.500.

Die SV erreichte 1992 mit 14.000 ihren Spitzenwert an Mitgliedern. 2001 waren es nur noch 7.300, seitdem ist die Zahl wieder auf 9.500 angestiegen.

Seit 1990 sind Frauen unter den Mitgliedern der SV in der Mehrheit. Die letzten vergleichbaren Daten für die beiden Parteien gehen auf 2001 zurück: Zu dieser Zeit waren 57 Prozent der SV-Mitglieder Frauen, während es in der Arbeiterpartei nur 40 Prozent waren.⁷⁵ Eine Frauenquote (die »40-Prozent-Regel«) für alle ehrenamtlichen Stellen in der Partei wird seit der Parteigründung 1975 im SV-Statut festgelegt, dies war von der Sozialistischen Volkspartei übernommen worden. Die Arbeiterpartei führte zehn Jahre später ein ähnliches Statut ein.

2001 waren 64 Prozent der Mitglieder der Arbeiterpartei Mitglieder einer Gewerkschaft, bei der SV waren es 76 Prozent. Bei der Mitgliedschaft in anderen Organisationen gibt es deutliche Unterschiede: 26 Prozent der Mitglieder der SV, aber nur 3 Prozent der Arbeiterpartei, waren Mitglieder einer Umweltorganisation. Ähnlich sieht es bei der Mitgliedschaft in international-orientierten Organisationen aus: 37 Prozent der SV-Mitglieder, aber nur 6 Prozent von Arbeiterparteimitgliedern sind entsprechend engagiert. Der Organisation »Nei til EU« (Nein zur EU) gehören 37 bzw. sechs Prozent an. Nur ein Prozent der SV-Mitglieder und sieben Prozent der Arbeiterparteimitglieder waren hingegen Mitglieder von Organisationen, die den EU-Beitritt befürworten.⁷⁶

Die SV-Mitglieder sind generell zu einem höheren Grad außerhalb ihrer Partei politisch engagiert als Mitglieder der Arbeiterpartei. Im Jahr 2001 hatten nur 12 Prozent der Arbeiterparteimitglieder irgendwann einmal an Aktionen, Demonstrationen oder Streiks teilgenommen, Proklamationen unterschrieben oder Geld zur Unterstützung solcher Aktivitäten gespendet. In der SV waren es 53 Prozent.⁷⁷

Der Anteil von Einwanderern aus nichtwestlichen Ländern in den Parteien

Es gibt keine zuverlässigen Informationen über die Position von Immigranten aus nichtwestlichen Ländern in den beiden Parteien. Im Allgemeinen wird angenommen, dass der Anteil von Einwanderern aus nichtwestlichen Ländern in den beiden Linksparteien größer ist als in den anderen norwegischen Parteien. Dies legen auch die Daten der Kommunalratswahlen vom Jahre 2007 nahe. Damals waren etwa 180.000 Einwanderer aus nichtwestlichen Ländern wahlberechtigt, also etwa 5 Prozent der Wählerschaft. Die Wahlbeteiligung lag bei den Wähler/innen aus nichtwestlichen Ländern bei 37 Prozent, die Wahlbeteiligung insgesamt bei 62 Prozent. Also gaben Einwanderer aus nichtwestlichen Ländern weniger als drei Prozent der tatsächlich abgegebenen Stimmen ab.

Insgesamt wurden 136 Einwanderer aus nichtwestlichen Ländern in Kommunalräte gewählt, die somit 1,3 Prozent aller Ratsmitglieder stellten. Damit ist diese Gruppe in den Gremien eindeutig unterproportional vertreten. Nur bei den beiden Linksparteien war das anders: Mit 2,4 Prozent der gewählten Ratsmitglieder der Arbeiterpartei bzw. 4,5 Prozent der SV-Ratsmitglieder stellten die Einwanderer aus nichtwestlichen Ländern hier einen höheren Anteil.⁷⁸ Die hauptsächlich Herkunftsländer der zurzeit amtierenden SV-Ratsmitglieder aus nichtwestlichen Ländern sind der Iran (41), der Irak (22), Chile (19), Bosnien-Herzegowina (18) und Somalia (17).

Die Finanzierung der Parteien

Es gibt in Norwegen ein System der öffentlichen Finanzierung für politische Parteien auf nationaler, regionaler und Kommunalebene. Das Niveau der Finanzierung war 2002 das höchste in den

⁷⁴ Vgl. Valgundersøkelsen 2005, in: *SSB Rapport 2007/31*, S. 32-34.

⁷⁵ Vgl. Knut Heidar, Jo Saglie: *Hva skjer i partiene?*, Oslo 2002, S. 82.

⁷⁶ Vgl. Ebenda, S. 274-75.

⁷⁷ Vgl. Ebenda, S. 284.

⁷⁸ Vgl. Vebjørn Aalandslid: *Innvandrere og kommunestyrevalget i 2007*, in: *SSB Rapport 2008/47*.

nordischen Ländern und etwa zehnmal höher als in Deutschland, Großbritannien, Kanada und Australien.⁷⁹ Das hängt hauptsächlich von den Wahlergebnissen ab. Da die Wahlen im Jahre 2001 ein Erfolg für die SV und eine Katastrophe für die Arbeiterpartei waren, erhielten diese Parteien 2002 30 Millionen bzw. 70 Millionen NOK an öffentlicher Finanzierung.⁸⁰ Die Ergebnisse der Wahlen 2009 führten dazu, dass sich diese Beträge auf 15 Millionen NOK bzw. 100 Millionen veränderten.

Fazit

Spannungen innerhalb der Mitte-Links-Regierung

Bis 1993 gab es keine wirkliche Diskussion in der SV über die Frage einer gegenseitig verbindlichen Zusammenarbeit mit der Arbeiterpartei im Parlament bzw. in der Regierung. Das Gefälle zwischen den beiden sah man als zu groß, sowohl hinsichtlich des Wahlerfolgs (fünf bis sechs Prozent bzw. 35 bis 45 Prozent) als auch hinsichtlich der jeweiligen Politik.

Danach hat sich über eine Reihe von Tatbeständen Frust angestaut. Mehrere Minderheitsregierungen der Arbeiterpartei haben mit wechselnden Mehrheiten regiert: In der Sozialpolitik suchten sie dabei die Unterstützung der SV, dann aber zur Durchsetzung von neoliberalen Projekten wie der Deregulierung, der Privatisierung usw. die der rechten Parteien. Die Parteiführung, und nach und nach auch die Basis, merkten, dass diese Situation nur dadurch gelöst werden könne, dass man die Arbeiterpartei in ein Bündnis einbände, wobei Kräfte außerhalb dieser Partei deren neoliberale Tendenzen zurückdrängen könnten.

Ab 2005 sind SV und Gewerkschaften in der Lage gewesen, die Arbeiterpartei hin zu einer radikaleren Politik zu bewegen. Zum Beispiel hat sich die Partei von ihrer bisherigen Politik der Privatisierung und der Einführung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs im Gesundheits- und Sozialwesen verabschiedet. In mehreren Bereichen hat die neue Regierung Bestimmungen rückgängig gemacht, die von allen norwegischen Regierungen seit 1981 durchgesetzt worden waren.

In der gegenwärtigen Koalitionsregierung setzt die Arbeiterpartei in entscheidenden Bereichen teilweise eine Politik durch, an die die Parteiführung eigentlich selbst nicht glaubt. Viele von ihnen glauben z. B. nicht, dass es möglich wäre, die Liberalisierungspolitik zu vermeiden, die ansonsten in ganz Europa vorherrscht.

Zweifellos gibt es große Uneinigkeiten zwischen den drei Regierungsparteien, die die Arbeit der gemeinsamen Regierung erschweren.

1. Die Parteien sind sich darüber uneins, ob die norwegischen Streitkräfte an weit entfernten Kriegseinsätzen teilnehmen sollten.
2. Es gibt unterschiedliche Meinungen über das Gewicht, das Umweltfragen gegenüber Erwägungen des wirtschaftlichen Vorteils haben sollten. Die Arbeiterpartei will umfangreiche Bohrtürme zur Öl- und Gasgewinnung im Nord- und im Polarmeer forcieren, die SV ist entschieden gegen solche Bohrprojekte.
3. Es besteht Uneinigkeit darüber, ob das Recht auf Vorbehalte im EWR-Vertrag gegen die europäischen Gesetze angewandt werden sollte, die norwegische Interessen bzw. soziale Grundwerte bedrohen. Die Arbeiterpartei ist entschieden dagegen, solche Vorbehalte geltend zu machen.⁸¹
4. Als Teil der globalisierungskritischen Bewegung hat die SV – zusammen mit ATTAC Norwegen und der breiten NGO-Front im norwegischen Sozialen Forum – die norwegische Politik in der WTO, der Weltbank und dem IMF stark kritisiert. Die Zentrumsparlei teilt diese Kritik teilweise, während die Arbeiterpartei in früheren Regierungskonstellationen eine Politik durchgeführt hat, die nicht von jener der anderen europäischen Ländern bzw. der USA zu unterscheiden war.

Der Außenpolitische Kompromiss für die Wahlperiode bis 2013 fußt auf drei Säulen:

⁷⁹ NOU 2004:25 »Penger teller, men stemmer avgjør«, S. 36-37

⁸⁰ Ebenda, S. 53

⁸¹ Obwohl Norwegen kein EU-Mitglied ist, ist es zusammen mit Island und Liechtenstein durch den Vertrag von 1992 zum Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) in den europäischen Binnenmarkt eingebunden. Daher gelten alle Binnenmarkt-Richtlinien und Bestimmungen für Norwegen, das aber das Recht hat, ein Vorbehalt gegen die Durchführung einer bestimmten Richtlinie oder Regelung geltend zu machen, was es bis dato allerdings noch nie in Anspruch genommen hat. Es handelt sich dabei um das Recht, einzelne Bestimmungen nicht durchzuführen.

- Die Arbeiterpartei akzeptiert, dass Norwegen für die Dauer der Regierung der Europäischen Union nicht beitrifft.
- Die SV akzeptiert, dass die Regierung Norwegens die Mitgliedschaft in der NATO und im EWR fortsetzt.
- Die Zentrumsparlei, eine starke Unterstützerin der NATO-Mitgliedschaft, akzeptiert, dass die Regierung Norwegens die Mitgliedschaft im EWR fortsetzt.

Dieser Kompromiss ist kein stabiler. Die Grundprinzipien der Europäischen Union, die freie Bewegung von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit, zusammen mit dem Recht der Unternehmensgründung, schränken den Spielraum einer Regierung ein, »Fehler des Marktes« wirksam zu korrigieren. Aufgrund ihrer Mitgliedschaft im EWR ist Norwegen in dieser Hinsicht in einer ähnlichen Situation wie die EU-Länder. Die neuen Regeln des Europäischen Gerichtshofs, etwa in den Fällen Viking Line, Laval, Ruffert und Luxemburg, haben die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte derart eingeschränkt, dass sich der Traum von einem »sozialen Europa« in einen sozialen Alptraum verwandelt hat.

Der schwierigste Teil der Koalitionsverhandlungen im Jahre 2005 bezog sich auf militärische »out of area«-Einsätze. Der entscheidende Punkt war, ob ein klares UNO-Mandat als Vorbedingung für eine norwegische Beteiligung an internationalen militärischen Einsätzen gelten sollte. Die Unterhändler der Arbeiterpartei versuchten bis tief in die letzte Nacht der Verhandlungen, schwächere Bedingungen wie »entsprechend dem Völkerrecht« oder »entsprechend dem UNO-Vertrag« durchzusetzen, letztlich fanden sie sich aber mit der Forderung der SV ab, die lautete: »ein klares UNO-Mandat«.

Was gut für die Gesellschaft ist, ist nicht unbedingt gut für die Partei

Die Sozialistische Linkspartei hat seit den Wahlen 2001 und 2005 viele Wähler verloren. Ein Grund dafür ist, dass der Teil des Regierungsprogramms, das erfolgreich realisiert werden konnte, von Medien und von vielen Wählern hauptsächlich als Leistung der Arbeiterpartei gesehen wird.

Der Enthusiasmus für die rot-grüne Regierung ist im Wesentlichen seit 2005 verschwunden. Objektiv sollte es keinen Grund geben, dass Wähler von der Politik der Regierung enttäuscht wären. Seit 2005 steigt die Konjunktur. Mehr Menschen als je zuvor sind erwerbstätig, und es gibt weniger Arbeitslose als seit Jahrzehnten. Die Arbeitslosigkeit wurde innerhalb von drei Jahren von 4,6 auf 2,3 Prozent halbiert.

Gehälter und Realeinkommen steigen schnell an, obwohl sie bedauerlicherweise desto schneller steigen, je höher das Gehalt ist. Investitionen in teure Autos, Häuser, Jachten und besonders Zweithäuser an der Küste oder in den Bergen schießen ins Kraut. Man könnte die Regierung für diese Welle des Überkonsums verantwortlich machen, aber das ist nicht der Grund, warum viele Wähler ihren Enthusiasmus für die Regierung verloren haben.

Die Gründe dafür sind eher die folgenden:

1. Es ist in allen europäischen Ländern die zunehmende Tendenz zu beobachten, dass Regierungen zu Sündenböcken für alles gemacht werden, das in der Gesellschaft zu kritisieren ist, wobei dann die Regierungsparteien bei der nächsten Wahl dafür abgestraft werden.
2. Die Mitte-Links-Regierung in Norwegen kam über die stärkste Mobilisierung von Gewerkschaften seit vielen Jahrzehnten an die Macht, die Forderungen der Gewerkschaften und anderer Teile der Zivilgesellschaft waren der Hauptgrund für das radikale Profil des Regierungsprogramms im Jahre 2005. Nach der Wahl haben sich die Gewerkschaften weitgehend demobilisiert, wodurch die Arbeiterpartei ihre Mehrheit innerhalb der Regierung nutzen konnte, um ihre eigene Politik in Fragen durchzusetzen, die nicht klar im Regierungsprogramm geregelt wurden. Diese Tatsache wurde von den Medien als Serie von Niederlagen für die SV beschrieben und von den Wählern entsprechend aufgenommen.
3. Der größte Unterschied zur Politik der vorherigen Regierung ist, dass die Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik der letzten zwei Jahrzehnte beendet wurde. Für die Wähler bedeutet dies eine Politik des »Status quo«. Aber eine Politik des Status quo genügt nicht, um den Enthusiasmus zu erzeugen, den eine Regierung für eine linke Reformpolitik braucht.
4. Der große strategische Fehler der Führungen der drei Parteien dieser Regierungskoalition war ein im Wahlkampf von 2005 abgelegtes Versprechen, das allgemeine Steuerniveau würde in den folgenden vier Jahren nicht angehoben werden. Dieses Versprechen mag notwendig gewesen sein, um die Wahl zu gewinnen, da die Hauptoppositionsparteien riesige Steuersenkungen versprochen.

Doch waren die Folgen aus linker Perspektive katastrophal, da das Land in eine Zeit unerhörten wirtschaftlichen Wachstums eintrat. Der private Verbrauch und private Investitionen stiegen rasant an, aber wegen der Kappung des Steuerniveaus viel schneller als der Verbrauch und die Investitionen der öffentlichen Hand. Dies hat die Ungleichheiten in der Gesellschaft in einer Zeit steigen lassen, in der es objektiv möglich gewesen wäre, eine weitreichende Reform des Sozialsystems durchzusetzen. Der in diesen Jahren geschaffene höhere Reichtum hätte verwendet werden können, um die Ungleichheiten abzubauen und die Qualität der öffentlichen Dienste erheblich zu verbessern.

Alle Analysen von repräsentativen Organen der Sozialistischen Linkspartei sind bislang zum Schluss gekommen, dass die Regierung politisch ein Erfolg gewesen ist. Die Richtung der Politik hat sich beträchtlich zugunsten einer Politik geändert, die der Programmatik der Sozialistischen Linkspartei entspricht.

Unser Dilemma ist: Was gut für die Gesellschaft als auch für große Teile der Wählerschaft ist, ist nicht unbedingt gut für die Partei. Das ist aber kein guter Grund, die Regierung zu verlassen.

Barbara Steiner

»Communists we are no longer, Social Democrats we can never be«⁸² – die schwedische Linkspartei Vänsterpartiet

Die Schwedische Linkspartei (Vänsterpartiet) ist die Nachfolgepartei der kommunistischen Partei Schwedens, distanziert sich jedoch heute von der kommunistischen Ära. Sie ist unbestritten die erfolgreichste der Parteien der radikalen Linken in Schweden. Über die Linkspartei hinaus gibt es in Schweden eine Vielzahl an kleineren kommunistischen, trotzkistischen, maoistischen Organisationen und Parteien, die auf Kommunalwahlebene immer wieder kleinere Erfolge haben.

1917 wurde die Sozialdemokratische Linkspartei Schwedens (SSV) als Abspaltung der Sozialdemokratischen Partei gegründet. 1919 wurde sie Gründungsmitglied der Kommunistischen Internationale, 1921 nannte sie sich in Kommunistische Partei Schwedens (SKP – Sveriges Kommunistiska Parti) um. Mitglieder der SKP waren Teil der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg und organisierten Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Während des Zweiten Weltkrieges war die SKP zwar nicht offiziell verboten, die politische Arbeit der SKP war jedoch durch vielerlei Einschränkungen und Verfolgung illegal. Gegen Ende des »Dritten Reichs« erlebte die kommunistische Partei wegen ihres Widerstands gegen den Nationalsozialismus dennoch einen enormen Aufschwung bei den Wahlen. Dieser war jedoch nur von kurzer Dauer, und die Wahlergebnisse sanken mit Beginn des Kalten Krieges auf ein Niveau um rund fünf Prozent. Dort sollten sie auch bis zum historischen Wahlerfolg 1998 bleiben. Die SKP galt bis in die 60er Jahre als weitgehend »moskautreu«, 1967 benannte sie sich jedoch in Linkspartei Kommunisten (VPK – Vänsterpartiet Kommunisterna) um und nahm eine eurokommunistische Position ein. Sie war eine der ersten Parteien, die den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR 1968 öffentlich verurteilte, und sie blieb damit unter den westlichen kommunistischen Parteien eine Ausnahme. Mit dem Ende der Sowjetunion 1990 benannte sich die Partei von Linkspartei Kommunisten in Linkspartei (Vänsterpartiet) um.

Die Vänsterpartiet befindet sich derzeit im Wahlkampf für die Wahlen im Herbst 2010 und will danach Regierungsverantwortung übernehmen. Der Umbau der Partei und auch des schwedischen Parteiensystems ist das Ergebnis eines langen, schwierigen Prozesses. Die Linkspartei hat sich dabei stetig in Richtung einer Wahlalternative zur Sozialdemokratie, zu einer realen Option für deren linken Flügel entwickelt. Sie geriert sich als energische Bewahrerin der wohlfahrts- und sozialstaatlichen Errungenschaften Schwedens und steht inhaltlich dort, wofür die schwedische Sozialdemokratie früher stand: für einen Wohlfahrtsstaat, eine keynesianistische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und den Ausbau des öffentlichen Sektors.

Die Abkehr der Vänsterpartiet vom Kommunismus begann nach dem Ende der Sowjetunion, 1993 wurde dieser Wandel im Parteiprogramm verankert. Unter der damaligen Parteivorsitzenden Gudrun Schyman (1993–2003), bis heute eine der populärsten Politikerinnen Schwedens, wurde auf dem Parteikongress 1996 zusätzlich zum Sozialismus feministische Politik als Grundlage der Linkspartei festgelegt. Schyman selbst gehörte ursprünglich einer dogmatischeren kommunistischen Strömung an, doch unter ihrem Parteivorsitz öffnete sich die Linkspartei in Richtung Neuer Sozialer Bewegungen. Nach ihrer Abwahl als Vorsitzende gründete Schyman die Partei Feministische Initiative, eine schwedische Besonderheit im europäischen Parteienspektrum. Infolge ihrer neuen Parteilinie erreichte die Linkspartei 1998 mit zwölf Prozent ihren historischen Höchststand bei Wahlen. Der damalige Wahlerfolg ist zudem der Enttäuschung der linken Wählerinnen und Wähler über die Sozialdemokratische Partei und der klar ablehnenden Position der Vänsterpartiet zum EU-Beitritt 1995 geschuldet.

2004 wurde der nunmehrige Parteivorsitzende Lars Ohly gewählt. Wie Schyman gehörte auch Ohly dem linken, traditionelleren Flügel der Partei an, und er rief starke Proteste hervor, als er sich nach seiner Wahl als Kommunist bezeichnete. Als Gegenströmung bildete sich innerhalb der Partei die liberale Gruppe Linker Scheideweg (Vägval Vänster), die sich für eine breitere Plattform und eine

⁸² David Arter: »Communists we are no longer, Social Democrats we can never be«: The Evolution of the Leftist Parties in Finland and Sweden, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 1743-9116, Volume 18, Issue 3, 2002, S. 1- 28.

rotgrüne Diskussion einsetzte. Eine Spaltung konnte jedoch vermieden werden, und der sich selbst als unabhängig erklärende Verein ruht seit 2009 (Fria Tidningen 2009).

Bei den Parlamentswahlen 2006 erfolgte für die Linkspartei ein Einbruch (von 12,7 auf 5,7 Prozent). Sie konnte in ihrer Position als Unterstützerin der sozialdemokratischen Minderheitsregierung keine glaubhafte Alternative mehr darstellen. Das Wahlergebnis der Linkspartei belegte damit die These, dass europäische linke Parteien, die seit den 90er Jahren in Regierungen mit sozialdemokratischen Parteien eingetreten sind oder diese unterstützt haben, immer verloren haben (vgl. March 2008, 13). Dies vor allem, nachdem Sparmaßnahmen der sozialdemokratischen Regierung, unterstützt von der Linkspartei, seit den 90er Jahren die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößerten und Sozialabbau nach sich zogen. Stattdessen gelang es bei der letzten Wahl der größten rechten Partei (Moderaterna), sich als »die besseren Sozialdemokraten« darzustellen: Vor dem Hintergrund der von der Sozialdemokratischen Partei eingeleiteten Kürzungen wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und Privatisierungen konnte sie mit einer klassisch sozialdemokratischen Rhetorik und dem Wahlkampfthema Arbeit (vgl. Nilsson 2010) das Ende der sozialdemokratischen Hegemonie besiegeln. Dies folgt dem Trend »weg vom bedingungslosen Wohlfahrtsstaat für alle hin zum Sozialstaat«, der nunmehr abhängig von geleisteter Arbeit unterstützt (»Workfare« statt »Welfare«). Ein Trend, dem europaweit zunehmend auch die Sozialdemokratie folgt (»Fordern und Fördern«, »rights and responsibilities«).

Die Rotgrüne Koalition

Die parlamentarische Linke Schwedens bildet 2010 erstmals eine gemeinsame Wahlplattform. Die »Rotgrüne Koalition« tritt nach überwundener anfänglicher Ablehnung gegenüber der Linkspartei seit Dezember 2008 gemeinsam auf. Mona Sahlin, Parteichefin der SAP (Sveriges socialdemokratiska arbetareparti), musste sich dem Druck von Teilen der Mitglieder beugen. Auch Teile der Gewerkschaft waren gegen eine Koalition der SAP allein mit den Grünen, da diese gerade in arbeits- und wirtschaftspolitischer Hinsicht auch wirtschaftsliberale Positionen vertreten und sie zudem mit der liberalen Opposition gestimmt haben, wenn es parlamentarische Kooperationen mit den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gab.

Gemeinsam mit der sozialdemokratischen SAP und den Grünen (Miljöpartiet) steht die Linkspartei (Vänsterpartiet) einem bürgerlichen Block gegenüber. Dieser hatte sich bereits vor den Wahlen 2006 gebildet und nach dem Wahlsieg die erste rein konservativ-bürgerliche Regierung Schwedens gestellt. Die Rolle der Linkspartei gegenüber der bis 2006 von der Sozialdemokratie dominierten Regierung war die eines Korrektivs; Kritik an der Sozialdemokratie wurde gepaart mit gleichzeitiger Unterstützung der sozialdemokratischen Regierungsarbeit. Nun wird hingegen eine Regierungsmitverantwortung angestrebt. Für den Eintritt in die »Rotgrüne Koalition« musste die Linkspartei diverse inhaltliche Zugeständnisse machen. So ließ sie beispielsweise ihre hartnäckige Kritik an der neoliberalen Budget- und Steuerpolitik fallen.

Nach großen Wahlverlusten der Sozialdemokratie und der Linken soll dieser Wahlkampf 2010 nun zu einer rot-rot-grünen Regierung führen. Erstmals hat sich die jahrzehntelang in Allein- oder Minderheitsregierungen regierende Sozialdemokratie schon vor der Wahl eine Koalitionszusage abgerungen. Und erstmals gibt es in Schweden schon vor der Wahl nicht nur eine Koalitionszusage, sondern ein gemeinsames Auftreten im Wahlkampf und einen gemeinsamen Webauftritt. Es nimmt immer eine Vertreterin oder ein Vertreter von einer der drei Parteien Stellung oder an Diskussionen teil, jedoch wird nicht mehr betont, wer von welcher Partei kommt. Neben den einzelnen politischen Wahlplattformen der jeweiligen Parteien soll auch eine zusammen erarbeitete inhaltliche Wahlplattform über den Sommer entstehen. Auch wurde das von der rechten Regierung vorgestellte Budget gemeinsam kommentiert, dies tun normalerweise die einzelnen Parteien für sich selbst, zudem wurde auch ein eigenes gemeinsames Budget präsentiert. Es beinhaltet eine Vermehrung von Arbeits- und Ausbildungsstellen, »grüne« Investitionen in umweltfreundliche Infrastruktur und Wohnungen, Umweltsteuern – zum Beispiel auf Kohle –, steuerliche Entlastung der Kleinbetriebe, Investition in höhere Bildung. Sicherheit wird entgegen des neoliberalen Sicherheitsdiskurses mit sozialer Sicherheit besetzt – durch die Verbesserung der Gesundheits- und Arbeitslosigkeitsversicherung. Allgemein gilt, es wird das Gemeinsame vor das Trennende gestellt, Ultimaten gibt es gar keine.

Was Henning Süssner als »langen Marsch in die Koalition« (Süssner 2009) bezeichnet, ist seit einiger Zeit Hauptprogramm für die Linkspartei: mitregieren wollen und nicht mehr länger nur aus der Opposition heraus die regierende Sozialdemokratie stützen. Die Wahlallianz und das Streben nach Regierungsbeteiligung sind mittlerweile Konsens innerhalb der Linkspartei, und ihre Mitglieder als auch der Parteitag bestätigten dies. Zum ersten Mal in der Geschichte ist die Frage der Regierungsbeteiligung und der Teilhabe an der Macht keine theoretisch- abstrakte mehr, sondern steht aktuell bevor. Was tatsächlich passieren wird, wenn die Linkspartei mitregiert in der »Rotgrünen Zusammenarbeit für die Zukunft«, wie der Slogan der Wahlallianz lautet, kann noch niemand genau sagen.

Die Struktur der Linkspartei

Die Linkspartei hat heute etwa 12.000 Mitglieder, es gibt allerdings keine genaue Mitgliederevidenz. Die Partei ist in Parteibezirke (partidistrikt) untergliedert, und ihr höchstes beschließendes Organ ist der Parteitag (partikongressen), der alle zwei Jahre stattfindet. Die Delegierten zu diesem Parteitag werden von den Parteibezirken gewählt. Der Parteitag verabschiedet das Parteiprogramm, die Satzung und andere politische Grundsatzdokumente; darüber hinaus werden Parteivorsitzender (ordförande) und Parteivorstand (partistyrelsen) gewählt. Die starke Position der Frauen in der Partei äußert sich darin, dass beim Parteitag fast zwei Drittel der zur Wahl zum Parteivorstand vorgeschlagenen Frauen waren und über die Hälfte der Gewählten Frauen sind.

Es gibt eine ständige, vom Parteitag gewählte Programmkommission. Sie schlägt Veränderungen des Programms vor, wenn dies für nötig gehalten wird. Die Wahlplattform für die Wahlen im Herbst 2010 wurde vom Parteivorstand vorbereitet und wird beim kommenden Parteitag verabschiedet. Parteimitglieder können dazu individuell oder innerhalb ihrer lokalen Parteiorganisation Veränderungen vorschlagen. Die Partei ist organisatorisch also ähnlich wie die meisten anderen Mitgliedsparteien der Europäischen Linkspartei strukturiert, im Vergleich mit den anderen Parteien ist die Diskussionskultur jedoch sehr offen und tolerant gegenüber abweichenden Meinungen – auch unerwarteten und kontroversen Positionen wird auf Parteitag und Parteikonferenzen Raum gegeben. Es gibt in der Partei keine Tradition für Fraktionen und institutionalisierte kontroverse Strömungen; dennoch ist die schon genannte Gruppe Vägval Vänster ein Beispiel dafür, dass Parteimitglieder sich durchaus zusätzlich in einem parteiunabhängigen Verein zur Veränderung der Linken organisieren können. Die letzten größeren Abspaltungen fanden in den 60er und 70er Jahren infolge massiver Konflikte im Verhältnis zur Sowjetunion und zur Volksrepublik China statt.

Die Partei hatte in der Vergangenheit mitunter Probleme, alle errungenen Ämter zu besetzen. Nun wird deshalb verstärkt auf neuere Formen der Politik und Kontaktaufnahme gesetzt, so wird etwa der Kontakt mit der Bevölkerung in Gesprächen direkt an der Tür, auf der Straße und am Arbeitsplatz gesucht. Auch nutzt die Linkspartei die Möglichkeiten digitaler Kommunikation und Partizipation via Web 2.0.

Die Jugendorganisation der Linkspartei nennt sich Junge Linke (Ung Vänster), die Studierendenorganisation VSF (Vänsterns studentförbund). Sie arbeiten eng mit der Linkspartei zusammen und teilen ihre wichtigsten Ziele, haben jedoch eigene Organisationsstrukturen und Grundsatzprogramme (vgl. Vänsterpartiet 2007).

Die Linkspartei im politischen System Schwedens

In Schweden herrschte traditionell das skandinavische Fünf-Parteien-System. Es ist aufgeteilt in einen bürgerlichen und einen sozialistischen Block. Ersterem gehören die Konservativen, die Liberalen und die agrarische Zentrumspartei, eine skandinavische Besonderheit⁸³, an. Der sozialistische Block wird von der Sozialdemokratie dominiert.

Von 1998 bis 2006 unterstützte die Linkspartei per Abkommen die sozialdemokratische Minderheitsregierung. Doch auch vorher konnte sich die Sozialdemokratie in einer Minderheits- oder

⁸³ Darin zeichnen sich der verhältnismäßig starke Agrarsektor Anfang des 20. Jahrhunderts und seine eigene parlamentarische Vertretung ab sowie der lange existierende »Stadt-Land-Cleavage«, entlang dessen sich WählerInneninteressen strukturierten.

Alleinregierung der Unterstützung von links sicher sein; sonst wäre indirekt dem bürgerlichen Block von links an die Macht verholfen worden. Zugeständnisse an die radikale Linke gab es in der Regel nicht. Je nach Gesetzesentwurf warb die Sozialdemokratische Partei um die Unterstützung verschiedener kleiner Parteien, sei es bei den Liberalen oder bei der Vänsterpartiet. Mit der Bildung der rot-grünen Allianz hat sich nun das Ende des Fünf-Parteien-Spektrums mit der Sozialdemokratie als unverrückbarem Mittelpunkt der Macht manifestiert. Es gibt nun endgültig zwei Blöcke, die jede übergreifende Zusammenarbeit ausschließen (vgl. Süssner 2008).

Für einen Einzug in das schwedische Parlament, den riksdag, gilt es eine Vier-Prozent-Hürde zu überwinden, was die Linkspartei seit der Einführung des jetzigen Wahlrechts und Parlamentssystems⁸⁴ 1970 auch immer erreicht hat. Die verschiedenen Wahlebenen sind Reichstag (riksdag), Provinziallandtag (landsting) und Kommunen (kommuner). Nach den letzten Wahlen 2006 finden am 19. September 2010 die nächsten riksdags-Wahlen statt, die Wahlen zu landsting und kommuner werden parallel abgehalten. Die Linkspartei hat 22 Sitze im riksdag. Umfragen ergeben momentan für die Linkspartei eine Verringerung der Sympathie vom Sechs-Prozent-Wahlergebnis von 2006 auf 5,2 Prozent im April 2010 (Novus 2010). Die Sympathien verschoben sich laut Studien über Wählerwanderungen zugunsten der Sozialdemokratie, der Grünen und anderer kleiner Parteien (SCB V 2009). Das Bündnis, die rot-grüne Allianz, hingegen liegt in den Umfragewerten zehn Prozent vor der regierenden Koalition, und die Zustimmung steigt, je näher die Wahlen rücken (Novus 2010, DN 2010).

Die höchsten Wahlerfolge der Linkspartei werden in den großen Städten Stockholm und Göteborg erzielt sowie traditionell im Norden. In Südschweden, wo prozentual die meisten Menschen leben, ist die Unterstützung wesentlich geringer. Seit Beginn der 90er Jahre wählen wesentlich mehr Frauen als Männer die Linkspartei.⁸⁵ Dies entspricht einem schwedischen Trend. 54 Prozent der Frauen würden einer Partei der rot-grünen Koalition ihre Stimme geben (vgl. Eriksson 2010). Eine Erklärung dafür mag sein, dass Frauen ein größeres Interesse am Erhalt des Wohlfahrtsstaates haben, da hier der Staat Aufgaben übernimmt, die in der patriarchalen Gesellschaft den Frauen traditionell als unbezahlte Arbeit zugemutet wird.

Die Sympathie für die Vänsterpartiet ist bei Wählerinnen und Wählern mit migrantischer Herkunft etwas höher als bei anderen Parteien. Die Linkspartei wird mittlerweile mehr von der »neuen Mittelschicht« als von den traditionellen Arbeiterinnen und Arbeitern gewählt. Vor allem Studierende, Berufstätige in soziokulturellen Berufen wie Journalistinnen und Journalisten, Lehrerinnen und Lehrer sowie gewerbliche Arbeiterinnen und Arbeiter und untere Angestellte im öffentlichen Sektor der Kommunen und Landtage wählen die Vänsterpartiet. Die Kulturarbeiterinnen und Kulturarbeiter sind seit den 60er Jahren eine signifikante Gruppe innerhalb der Partei, auch dies spiegelt sich im Profil derjenigen, die die Vänsterpartiet wählen.

Menschen über 60, Rentnerinnen und Rentner sind stark unterrepräsentiert unter den Wählerinnen und Wählern. In zwei Altersgruppen ist die Linkspartei besonders stark: bei den Unter-30-Jährigen und bei der »68er-Kohorte«, d. h. bei den 45- bis 59-Jährigen, der Generation, die zur Zeit der Studierendenproteste und der Entstehung der Neuen Sozialen Bewegungen 1968 und danach sozialisiert wurden.

Strategische Richtungen im Zusammenhang mit der ökonomischen Krise

Die globale Krise hatte in Schweden noch keine eklatanten politischen, sozialen oder ökonomischen Auswirkungen in Form von Bankkonkursen und Massenarbeitslosigkeit. Das Bruttoinlandsprodukt ist dennoch um 4,9 Prozent gesunken, die Arbeitslosigkeit ist von 6,2 Prozent auf über neun Prozent gestiegen, und eine Investitionsblase am Immobilienmarkt zeichnet sich ab. Soziale Ungerechtigkeiten und Konflikte, die schon vor der großen Krise ihren Anfang hatten, verschärfen sich.

Dies führt jedoch nicht automatisch zu einem Aufschwung für die Linke, wohl auch, weil die Grundsteine für Kürzungen der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in der Regierungszeit der Sozialdemokratie und durch Unterstützung der Linken gelegt wurden, es ist also schwierig, glaubhaft zu machen, dass die Linken nun anders auf die Krise reagieren würden. Die Linkspartei analysiert die

⁸⁴ Davor gab es noch ein Zweikammernsystem.

⁸⁵ Datenmaterial vgl. SCB IV 2009.

Krise als unvermeidlichen, immanenten Effekt des kapitalistischen Systems. In wirtschafts- und finanzpolitischen Forderungen fährt sie jedoch den Kurs der Bändigung von Finanzspekulationen und einer Favorisierung von produktivem Kapital und staatlicher Kontrolle. Neben einer breiten demokratischen Kontrolle über Finanzmarkt und Investitionen fordert sie eine Forcierung des Baus bezahlbarer Wohnungen und den Ausbau der öffentlichen Anstellungen sowie die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben. Es fehlt eine ökonomische Alternative oder Vision, die offen nach außen transportiert werden könnte. Selbst die Kritik an Privatisierungen und neoliberaler Budget- und Arbeitsmarktpolitik wird leiser, nachdem diese ja schon von der sozialdemokratischen Regierung eingeleitet wurden. Offensichtlich wird das Interesse an einem geschlossenen Auftreten in der rot-grünen Koalitionspartnerschaft (vgl. Nilsson 2010). Oberste Priorität sollen nach dem Vorschlag der Wahlplattform der Parteiführung für eine rot-grüne Regierung künftig die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und das (Wieder-)Erreichen der Vollbeschäftigung haben. Weitere Themen sind die Verminderung der Geschlechterungerechtigkeit, die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates und die Förderung ökologischer Berufe (Vänsterpartiet 2009). Dies folgt den Prioritäten der Parteilinie: Arbeit – Wohlfahrt – Feminismus – Umwelt. Der Stellenwert von Umweltpolitik und die Sensibilisierung für klimapolitische Anliegen sind in Schweden wie in ganz Skandinavien vergleichsweise sehr hoch. Auch innerhalb der Linkspartei herrscht verstärktes Bewusstsein für die Dringlichkeit der Maßnahmen gegen den Klimawandel, ihre delegierten Mitglieder betonten dies auf dem Parteitag vielfach. Der Parteitag gab sich »klima-smart«, die Delegierten waren eingeladen, mit der Bahn anzureisen, für Anreisen per Auto oder Flug wurden Ausgleichszahlungen für UN-Projekte zur Kohlendioxidreduzierung in Asien geleistet.

Die rot-grüne Koalition stellt sich in den Auftritten im Wahlkampf bislang weitgehend einig und harmonisch dar. Lediglich in der Frage des sofortigen Abzugs der schwedischen Truppen aus Afghanistan steht die Linkspartei allein da. Das Ende der schwedischen Neutralität wird der EU zur Last gelegt. Die tatsächliche Rolle der schwedischen Neutralität kann aber schon im Kontext der Unterstützung der deutschen Truppen im Zweiten Weltkrieg kritisch beleuchtet werden; sie wird spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges als »obsolet geworden« beschrieben (Svåsand, Lindström 1996, 208) und als totes Recht gehandhabt.

EU-Skepsis

Kennzeichnend für die Linke in Schweden ist die EU-Skepsis bis –ablehnung – im Gegensatz zu anderen nicht-skandinavischen Ländern, wo die Forderung nach einem EU-Austritt vielmehr den nationalistischen, rechten Parteien vorbehalten ist. EU-Skepsis ist aber in Schweden anders zu bewerten als rein nationalistisch motiviert, vielmehr spielt hier auch die Angst vor dem Abbau sozialer Errungenschaften, der Zerschlagung des »schwedischen Modells«, nicht nur von innenpolitischer Seite, sondern auch durch EU-Normen mit. Die EU-Skepsis ist stark in der Gesamtgesellschaft verankert, wobei sie seit dem EU-Beitritt kontinuierlich leicht abnimmt. Bei einem Referendum 2003 über die Einführung des Euro entschieden sich 56 Prozent gegen die europäische Währung. Umfragen ergaben aber einen Rückgang der Ablehnung des Euros als Währung in der Bevölkerung, inzwischen würden schon mehr Schweden für als gegen den Euro stimmen (SCB I 2009).

Als einzige Partei hat die Linkspartei den EU-Beitritt 1995 klar abgelehnt. Auch zur Europaparlamentswahl 2009 war »deine EU-kritische Stimme« der Hauptslogan. Die Forderungen nach einem Austritt aus der EU sind mittlerweile jedoch leiser geworden, lediglich die Ablehnung der EMU (Economic and Monetary Union of the European Union) und des Euros blieb stark. Die Wählerinnen und Wähler der Linkspartei sind auch die mit Abstand EU-skeptischsten, wobei sich wie bei den Anhängerinnen und Anhängern der meisten anderen Parteien die Einstellung zur EU verbessert hat (SCB II 2009).

In Skandinavien hat sich die europaskeptische Linke in der »Nordischen Grünen Linken Allianz« vereinigt. Innerhalb der EU gehören die Linkspartei (VP – Vänsterpartiet) in Schweden, die Sozialistische Volkspartei (SF – Socialistisk Folkeparti) in Dänemark und der Linksverband (VAS – Vasemmistoliitto) in Finnland dazu.

Weil die Linkspartei zwar EU-skeptisch ist, jedoch gleichzeitig für ein anderes Europa kämpfen will, kandidiert sie zur Wahl des Europäischen Parlaments. Bei den Wahlen zum Europaparlament 2009 verlor die Linkspartei eins von zwei Mandaten. Die Abgeordnete der Linkspartei, Eva-Britt Svensson,

gehört der »Konföderalen Fraktion« des Europäischen Parlaments Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne (GUE/NGL – Gauche Unitaire Européenne/Nordic Green Left) an. Eine kommunizierte Erklärung für den Verlust ist, dass die EU-Skeptikerinnen und -Skeptiker nicht genügend zur Wahl mobilisiert werden konnten.

Die Linkspartei hält an der Austrittsforderung fest, jedoch haben nun die Ablehnung der EMU-Mitgliedschaft und Adaptierung des Euro höhere Priorität. Die EU stehe für Militarisierung, und der Beitritt habe bewirkt, dass Schweden seine »unabhängige und aktive Außenpolitik und Neutralität« aufgegeben habe. Kritisiert werden das Demokratie- und Transparenzdefizit der EU sowie die restriktive und unnötig bürokratische Flüchtlingspolitik. Arbeitsmarktstandards würden vernachlässigt, im krassen Gegensatz etwa zu Finanzrichtlinien der EMU. Die Umwelt leide unter dem verstärkten Warenverkehr. Es gelte, die EU nicht zu einem Suprastaat werden zu lassen, in dem Schweden ein Teilstaat sei. Die Landwirtschaftspolitik solle in nationale Verantwortung zurückgeführt werden (Vänsterpartiet 2006). Alles in allem scheint die politische Einstellung zur EU doch einem gewissen nationalen Abschottungsprinzip zu folgen, welches etwa auch mit der wirtschaftspolitischen Ausrichtung auf staatliche Regulation korreliert.

Dennoch engagieren sich die Mitglieder der Linkspartei stark, etwa in den Sozialforen, um für ein anderes Europa zu kämpfen. Die Linkspartei unterstützte aktiv das Europäische Sozialforum 2008 in Malmö. Im Board von ESF Norden (Europäisches Sozialforum) 2008 war auch die Ung Vänster vertreten. Verschiedene Funktionäre und Abgeordnete der Linkspartei hielten Referate, wie etwa zur Militarisierung der EU, zu Feminismus, zur Flüchtlingspolitik u. a. (Vänsterpartiet 2008). Eine der bislang zehn Mitgliedsorganisationen des Unterstützungsvereins, der sich zur Abdeckung der entstandenen Schulden in Malmö gegründet hat, ist der VSF (Vänsterns studentförbund).

Potentielle Bündnisse im linken Spektrum

Ihrem rot-grünen gemäß Anspruch unterstützt die Linkspartei das außerparlamentarische Klimanetzwerk Klimax und war beim Klimagipfel in Kopenhagen vor Ort aktiv. Ein potentieller Bündnispartner in der Bildung sind die schwedischen Volkshochschulen: Sie haben eine lange Tradition und berechtigen zu einem Universitätsstudium. Zwei Volkshochschulen werden in ihrem Ziel, progressive Bildung zu praktizieren, von der Linkspartei gesponsert und arbeiten eng mit verschiedenen Parteiebenen und anderen linken Organisationen zusammen. Die Linkspartei unterstützt das Feministische Forum, konkurriert aber gleichzeitig mit der Partei Feministische Initiative. Potentielle Bündnispartner der Linkspartei sind die Gewerkschaften und die antifaschistische Bewegung.

Feministische Initiative

Nicht unbedingt vollständig der schwedischen Linken zuzurechnen, aber dennoch interessant ist die Partei Feministische Initiative (Feministiskt initiativ). Nicht zuletzt, weil Gudrun Schyman, vormalige Vorsitzende der Linkspartei und ab 2004 unabhängige Parlamentsabgeordnete, Mitgründerin war und bis heute die Galionsfigur der feministischen Partei ist. In Europa existiert daneben nur in Deutschland und Slowenien eine »Frauenpartei«, ihre Wahlergebnisse liegen jedoch weit unter denen der Feministischen Initiative.

Die Partei wurde 2005 gegründet. Sie entstand aus einer »pressure group«, die eine feministische Kandidatur zur Wahl ankündigte – als Druckmittel gegen die anderen Parteien, die zur riksdags-Wahl 2006 (Wahl zum schwedischen Parlament) antraten, um sie zu zwingen, ihre Listen geschlechtergerecht, also geschlechterparitätisch zu besetzen. Die Feministische Initiative wurde von Feministinnen verschiedener politischer Lager gegründet. Drei Mitglieder des Exekutiv-Komitees wurden zu Sprecherinnen (talespersoner) gewählt. Auch Männern war es erlaubt, Ämter auszuüben. Der Kampagne zur Abschaffung der Ehe und deren Ersatz durch einen Zusammenlebensparagraf (sammanlevnadsbalk) – unabhängig vom Geschlecht und auch polygam – wurde von den Medien besonders viel Aufmerksamkeit geschenkt. Noch im August 2005 verließ Ebba Witt-Brattström, Mitbegründerin der Partei und Mitglied des Exekutivkomitees, die Partei wegen interner Differenzen, aber auch, weil ihr der politische Kurs zu radikal links war. Die Universitätsdozentin Tiina Rosenberg, die sich für die Belange von Schwulen und Lesben einsetzt, legte im Oktober 2005 wegen Drohungen und der Hetzkampagne der Medien gegen ihre Person das Amt als Sprecherin der Partei nieder.

Trotz Umfragewerten von bis zu zehn Prozent im Jahr 2005 errang die Partei bei der riksdags-Wahl 2006 schließlich jedoch nur 0,68 Prozent der Stimmen. Eine der grundlegenden Schwierigkeiten der Partei war und ist, dass das Vereinen der Ansätze des liberalen und emanzipatorischen Feminismus nicht funktionierte, der sehr breite Begriff des Feminismus allein bot nicht genug Grundlage, um eine kampf- und handlungsfähige Partei zu bilden. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2009 errang die Partei jedoch 2,2 Prozent der Stimmen. Die jetzigen Sprecherinnen sind Gudrun Schyman, Devrim Mavi (Journalistin und Verlegerin) und Sofia Karlsson. Die Feministische Initiative steht außerhalb der von ihr kritisierten »Blockpolitik« des momentanen Wahlkampfes, in den Umfragen zur kommenden Wahl wird sie nicht einmal erwähnt.

Gewerkschaften

Die Gewerkschaft hat in Schweden traditionell eine feste Verankerung in einer spezifisch skandinavischen, stark korporatistischen Form des konsensorientierten Regierens. 80 Prozent der Schwedinnen und Schweden sind Mitglied einer Gewerkschaft, die Mitgliedszahlen sinken jedoch auch hier. Die Gewerkschaft hat eine relativ mächtige Position, in Schweden gibt es keinen Mindestlohn, für Lohnverhandlungen und Aushandeln des Kollektivvertrages ist die Gewerkschaft zuständig. Außerdem obliegt ihr auch die Administration der Arbeitslosenversicherung (vgl. Steffen 2006, 70). Der größte gewerkschaftliche Dachverband LO (Landsorganisationen i Sverige) fasst 14 Einzelgewerkschaften zusammen, in denen Arbeiterinnen und Arbeiter organisiert sind. Er ist traditionell sozialdemokratisch, bis 1987 gab es die Kollektivmitgliedschaft, durch die alle Gewerkschaftsmitglieder automatisch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei waren. Sozialdemokratie und Gewerkschaft wurden mitunter auch als »siamesische Zwillinge« bezeichnet (Aylott 2002, zitiert nach Steffen 2006, Fn 14). Noch immer gehen diese eine Symbiose ein. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter innerhalb der Sozialdemokratie sind mitunter auch die linken Sozialdemokraten, die auf eine Beteiligung der Linkspartei in einem Wahlbündnis nicht verzichten wollten.

Zusätzlich gibt es den Gewerkschaftsverband der Akademikerinnen und Akademiker (SACO). Die Angestelltengewerkschaften sind nicht Teil der LO, sondern bilden einen eigenen Gewerkschaftsdachverband der Angestellten TCO (Tjänstemännens Centralorganisation). Seine Mitglieder bringen der Linkspartei prozentuell am meisten Sympathie entgegen (7,1 Prozent), gefolgt von den Arbeiterinnen und Arbeitern im LO (6,5 Prozent), aber auch von gewerkschaftlich organisierten Akademikerinnen und Akademiker (6,2 Prozent) (SCB 2009 IV). Auch die Gewerkschaftsmitglieder innerhalb der Linkspartei werden in ihren Kämpfen am Arbeitsplatz verstärkt durch diese unterstützt.

Antifaschistische Bewegung

Schweden hat in Bezug auf den Faschismus und Nationalsozialismus eine sehr eigenwillige Stellung – als Land, das während des Krieges »neutral« geblieben ist, jedoch die Truppen der deutschen Wehrmacht auf ihrem Feldzug gen Russland durchziehen ließ und Materialtransporte per Eisenbahn genehmigte. Die white busses – Busse aus Schweden, die befreite KZ- Gefangene nach Schweden brachten, um ihnen dort Versorgung und Hilfe von staatlichen Hilfsorganisationen zuteil werden zu lassen – sind legendär und prägen vielmehr das offizielle Verständnis vom Verhältnis zum Faschismus als die Tatsache, dass die Nazitruppen durch den schwedischen Staat passiv und aktiv unterstützt wurden. Dies sei die einzige Möglichkeit gewesen, als einziges skandinavisches Land von einer Besetzung verschont zu bleiben, so der Mythos.

Die AFA (Antifasistiskt Aktion) wurde in Schweden 1993 gegründet, in ihr sind vor allem Jugendliche und Studierende organisiert. Die Antifaschistische Aktion ist eine militante linksradikale Organisation. Recherchearbeit, Demonstrationen und teils militante Aktionen bilden den Kern ihrer Arbeit. In letzter Zeit sind Aktivistinnen und Aktivisten vermehrt von massiver Polizeirepression betroffen. Es gibt aber auch innerhalb der Linken eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit militanter Aktionen im Zusammenhang mit Protesten gegen Abschiebungspolitik und Aufmärsche Rechtsextremer. Die rechtsextremen Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna) könnten den Einzug ins Parlament erreichen, stocken jedoch momentan. Aufmärsche der Sverigedemokraterna sind oftmals Anlass für linke Gegendemonstrationen.

Fazit

Die Linkspartei hat sich heute vollständig vom Kommunismus abgekehrt und den Wandel zu einer modernen linken Partei vollzogen, die in der Ökologie und im Feminismus einen ebenso hohen Stellenwert sieht wie in der sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Politik. Noch nie stand die Linkspartei der Teilhabe an der Macht so nahe wie jetzt, wo sie innerhalb der rot-grünen Wahlallianz in Richtung Regierungsmitverantwortung strebt. Die Linkspartei ist eine pluralistische Partei, die sich neuer Politikformen bedient, gepaart mit einer herkömmlichen Parteistruktur. Die inhaltlichen Schwerpunkte zeigen ein Bündel von Forderungen, die sozialdemokratische, keynesianistische Politik des letzten Jahrhunderts fortzuführen und wiederzubeleben, d. h. Erhaltung des Wohlfahrtsstaates und des Sozialstaates, Vollbeschäftigung, die Ausweitung öffentlicher Finanzregulierung, Ausgaben und Anstellungen, Umweltschutz und Gleichberechtigung.

Die radikale Linke in Schweden ist, wie die in ganz Skandinavien, EU-skeptischer als andere Linksparteien Europas. Die Linkspartei vertritt eine EU-skeptische bis -ablehnende Position. Außer in Zeiten extremer Exponiertheit der Linkspartei bei der Wahl 1998 – nach der Debatte um den EU-Beitritt, mit Gudrun Schyman als Parteivorsitzender, und der Öffnung für die Neuen Sozialen Bewegungen – stand sie jahrzehntelang immer im Schatten der Sozialdemokratie und bewegte sich um die fünf Prozent. Es bleibt nun gespannt abzuwarten, wie sich die Linkspartei in Richtung Regierungsverantwortung und in derselben entwickeln wird.

Literatur:

March, Luke: Contemporary Far Left Parties in Europe. From Marxism to the Mainstream? Friedrich Ebert Stiftung: Berlin 2008.

Nilsson, Petter: Why the Crisis Seems to Favour Rather the Right than the Left in Europe? Studie zum gleichnamigen transform! – Strategieseminar Teil I, 2010. Download: http://www.transform-network.net/uploads/media/Sweden_Crisis.doc.

Steffen, Christian: Die Parteiensysteme Dänemarks, Norwegens und Schwedens, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss/Melanie Haas (Hg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 67-108.

Süssner, Henning: Schweden – Langer Marsch in die Koalition, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianz. Aufsätze zur politischen Bildung, Reihe rls papers, Berlin 2009, S. 66-70.

Svåsand, Lars/Ulf Lindström: Scandinavian political parties and the European Union, in: John Gaffney (Hg.): Political Parties and the European Union, London/New York 1996, S. 205-219.

DN: Dagens Nyheter: Rödgrön ledning med drygt 10 procentenheter, 24.1.2010, in: <http://www.dn.se/nyheter/valet2010/rodgron-ledning-med-drygt-10-procent-1.1032283>.

ESF 2008: Board, in: <http://esf2008.org/about/who-organizes-esf/board>.

Fria Tidningen: Vägvalet som försvann [in etwa: Scheideweg, der verschwand], 20.7.2009, in: <http://www.fria.nu/artikel/80188>.

LO – Landsorganisation i Sverige. News from LO, 2009, in: <http://www.lo.se/home/lo/home.nsf/unidview/E2A56001E93D5F3EC1256E760040952D>.

Novus: Svensk Väljaropinion. April 2010, in: <http://www.novusgroup.se/userfiles/file/Svensk.pdf>.

Svenska Dagbladet: Eriksson, Göran: Kvinnor till vänster män till höger [in etwa: Frauen nach links, Männer nach rechts], 7.3.2010, in: http://www.svd.se/nyheter/inrikes/kvinnor-till-vanster-man-till-hoger_4393487.svd.

Stödföreningen för ESF i Norden [Untersützungsverein für ESF im Norden]. Uppmaning till organisationer och individer att engagera sig till stöd! Skulden ska betalas – stärk rörelsen! [in etwa: Unterstützungsaufforderung an Organisationen und Einzelpersonen! Schulden bezahlen – Bewegung stärken!], in: <http://www.esfsupport.org/index.php/contents/omstodforeningen.html>.

Vänsterpartiet: Partistyreliens förslag till valplattform [Vorschlag zur Wahlplattform des Parteivorstandes], 2009.

Vänsterpartiet: Vänsterpartiet deltar på European Social Forum i Malmö [Linkspartei nimmt am Europäischen Sozialforum in Malmö teil], 2008.

Vänsterpartiet: Parteiprogramm, Kurzfassung (auf Deutsch), 2007.

Vänsterpartiet: EU och EMU, 2006.

Quellen:

Konjunkturinstitutet: National Institute of Economic Research. GDP and Demand in Sweden, Stockholm 2010.

Konjunkturinstitutet: National Institute of Economic Research. Output and Labour Market, Stockholm 2010.

SCB I: Statistiska Centralbyrån: EU- och eurosympatier i november 2009: Stödet för euron ökar. Pressmeddelande från SCB [in etwa: EU- und Eurosympathien im November 2009: Unterstützung für Euro wächst. Pressemitteilung des SCB, Statistik Schweden], Stockholm 2009.

SCB II: Statistiska Centralbyrån: EU-sympatier efter partisynpati 1996–2009, Stockholm 2009.

SCB III: Statistiska Centralbyrån, Stockholm 2009.

SCB IV: Statistiska Centralbyrån: Partisympatier i befolkningsgrupper med särredovisning av Sverigedemokraterna, Maj 2009 – november 2009.

Nordwesteuropa

Thomas Kachel

Die britische Linke am Ende der New-Labour-Ära: Eine Wahlanalyse

*Es war die Chance unserer Generation – und Blair hat sie vergeigt.
Unsere Hoffnung muss in der neuen Generation liegen.
Robert Harris, Autor, in einer BBC-Dokumentation zu Tony Blairs Erbe.*

Vor elf Jahren, im April 1999, veröffentlichten Gerhard Schröder und Anthony Blair ihre gemeinsame Erklärung über einen dritten Weg für die Sozialdemokratie. Sie legten eine Strategie für eine neue Ära sozialdemokratischen Regierens in Europa nieder, in der sie das Links-Rechts-Gefälle in Politik und Gesellschaft des Westens für erledigt erklärten. Die geistigen Vorboten dieser Neuen Sozialdemokratie vertraten die These, der kapitalistische Charakter der abendländischen Gesellschaft habe sich in eine »post-scarcity-Wirtschaft« – eine Wirtschaft jenseits des Mangels – verwandelt, der Politik bleibe also lediglich die Aufgabe, die »gesellschaftliche Modernisierung« bzw. die »Lebenspolitik« zu verwalten, oder, laut Giddens, »politische Fragen, die sich aus Selbstverwirklichungsvorgängen in post-traditionellen Zusammenhängen ergeben«⁸⁶. Angespornt von diesen vielen »post-«, schrieben sich die Labour-Regierungen von Tony Blair und Gordon Brown als erste und einflussreichste europäische Regierungen auf die Fahnen, diesen Ideen zu folgen.⁸⁷ Ihr Niedergang, vollendet durch die Wahlniederlage am 6. Mai 2010, ist daher nicht nur für Großbritannien von Bedeutung, sondern ebenso für die angeschlagenen (neu-)sozialdemokratischen Parteien in ganz Europa.

Doch auch die britische Linke, innerhalb wie außerhalb der Labour-Partei, wird sich auf die unmittelbaren Folgen dieser Änderung einstellen müssen. Was man auch immer über den Charakter von New Labour an der Regierung denkt, alle politischen Beobachter stimmen überein, dass der spektakuläre Einbruch der Labour-Partei in den Umfragen in den letzten zwei Jahren unter Premierminister Gordon Brown viel tiefere Ursachen hat als bloß eine flüchtige Abneigung für einen ungelungenen Parteivorsitzenden. Wie gezeigt werden wird, war dieser Einbruch das Resultat einer gemeinsamen Legitimitätskrise sowohl des traditionellen britischen Modells der kapitalistischen Wirtschaft als auch des althergebrachten Systems politischer Repräsentation unter New Labour.

Nach dieser Wahl bleibt die langfristige Frage für die britische Linke: Kann sie New Labours Niederlage in einen Sieg für sich ummünzen? Wie dargelegt werden wird, liefert die gegenwärtige politische Lage die Chance für einen Neuanfang für die britische Linke. Zurzeit hat die Partei der Europäischen Linken (EL) keinen offiziellen britischen Partner, doch dieser Neuanfang könnte mittelfristig eine neue organisatorische Konstellation, eine Neuaufstellung der Linken im britischen Parteiensystem hervorbringen – und auch ihre bisherige Isolierung von der europäischen Linken überwinden.

In diesem Beitrag werden zunächst die Gruppierungen der Linken in Großbritannien nach zwei Gesichtspunkten betrachtet: erstens unter dem Aspekt ihrer intellektuellen und organisatorischen Kapazitäten, und zweitens unter dem Aspekt, inwieweit sie dazu beizutragen könnten, eine Agenda der sozialen Gerechtigkeit in der britischen Gesellschaft voranzubringen und auch einen neuen Anfang in der Organisation der britischen Linken zu bewirken. Hierbei werden wir uns auf die Darstellung derjenigen politischen Akteure konzentrieren, die Wahlen als wichtiges Mittel für politische

⁸⁶ Anthony Giddens: *Modernity and Self-Identity. Self and Society in the Late Modern Age*, Cambridge 1991.

⁸⁷ Akademiker, die eine kritischere Haltung zur Rhetorik des »dritten Weges« vertreten, sehen das anders: Für sie beruht die politische Agenda *New Labours* von Anfang an auf Klasseninteresse: Für Stuart ist der Zweck des *New-Labour-Projekts* die »Umwandlung der Sozialdemokratie in eine besondere Variante des marktwirtschaftlichen Liberalismus«, während nach Meinung von Devine, Prior, Purdy der Thatcherismus bis 1990 »noch nicht vollständig einen neuen und stabilen historischen Block in Großbritannien für die globalen neoliberalen Prinzipien und Politiken« hinter sich habe versammeln können. Dies sei der historische Auftrag *New Labours* geworden. Gesellschaftspolitisch habe »*New Labour* [...] sich vorgenommen, den »Wirtschaftsstaat« in jeden Aspekt unseres Lebens hineinzutragen«; zitiert nach: *Feel-Bad Britain, Red Pepper* 2009.

Änderungen akzeptieren. Zunächst gilt es aber, drei bestimmende Zusammenhänge zu analysieren, die die politisch-gesellschaftliche Situation vor den Wahlen im Mai 2010 dominierten.

Wer räumt die Scherben weg? Großbritannien am Ende von New Labour

Trotz der zahlreichen Fälle, in denen die Labour-Regierung sich in den vergangenen 13 Jahren über die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung Großbritanniens hinwegsetzte, hat sie über die immer wieder laut verkündete Schutzbehauptung des New-Labour-Establishments »Es gibt keine Alternative!« jeden konstruktiven Versuch im Keim ersticken können, die britische Politik progressiv umzugestalten. Die Niederlage Labours im Mai 2010 zeigt aber den Bankrott dieses apolitischen Neutralismus. Sie wurde von drei parallelen gesellschaftlichen Dilemmata verursacht, die die Partei nicht willens – oder fähig – war aufzulösen:

Erstens – und vor allem – manifestierte sich der Widerwillen seitens der Regierung, das Großkapital zu zügeln, insbesondere bezüglich des Haushaltsdefizits und des Bankenrettungsplans. Heute ist keineswegs sicher, ob bzw. wie viel der auf etwa 850 Milliarden Pfund, also 1 Billion Euro,⁸⁸ summierten Darlehen die Banken werden an den Steuerzahler zurückzahlen müssen, denn die Regierung Brown hat Übernahmen vermieden und investierte stattdessen in Aktien dieser Banken. Brown sabotierte auch die Bemühungen, strengere Finanzregelungen einzuführen.⁸⁹ Statt die Rückzahlung der öffentlichen Ausgaben für die Banken zu sichern, indem Transfers oder Gewinne besteuert werden, hatte Schatzkanzler Alistair Darling im November 2009 das ehrgeizige Ziel angekündigt, das jährliche Haushaltsdefizit Großbritanniens, das gegenwärtig bei 176 Milliarden Pfund liegt, in den nächsten fünf Jahren hauptsächlich durch Senkungen von Ausgaben zu halbieren. Das zeigt: Nach einer Art keynesianischen Flirts hatte Brown offensichtlich beschlossen, ohne Rücksicht auf Verluste (fiskalische wie wahlpolitische) jedes Vorgehen gegen das Finanzkapital auszuschließen.

Zweitens ist die soziale Ungleichheit unter New Labour enorm angewachsen. Die New Labour-Formel hat es, trotz einiger punktueller Verbesserungen bezüglich der Arbeitsplätze für Jugendliche,⁹⁰ nicht geschafft, die soziale Spaltung in der britischen Gesellschaft zu schließen oder auch nur zu verringern⁹¹: Gab es eine Umverteilung von Reichtum, so fand sie im Wesentlichen innerhalb der unteren Hälfte der Bevölkerung statt – und auch dies nur mit den Brosamen, die vom Tisch eines zeitweise komfortablen Wirtschaftswachstums fielen. Die soziale Mobilität ging zurück.⁹² Und trotz der Tatsache, dass sich Großbritannien des fünftniedrigsten Mindestlohns in Westeuropa »rühmen«⁹³ kann, schlägt die Rezession inzwischen auf die »Realwirtschaft« durch, wodurch Arbeitslosigkeit wieder ein Thema wird.⁹⁴ Die öffentlichen Dienste, insbesondere der Nationale Gesundheitsdienst NHS, bleiben unterfinanziert: In den Supermärkten gibt es inzwischen »Heimwerkzeugkästen« für Zahnreparatur zu kaufen für die, die sich keinen Zahnarzt mehr leisten können. Privatfinanzierte Initiativen (PFIs) schießen ins Kraut, wodurch Privatanleger z. B. Einfluss auf die Lehrpläne der Schulen erhalten, die sie fördern. Schließlich wird es auch bei der Verfügbarkeit von sozialem Wohnraum eng, da die Hauspreise schnell wieder gestiegen sind: 1,8 Millionen Personen stehen in England auf den Wartelisten, fast 80.000 Familien galten 2008 als obdachlos.⁹⁵ Durch diese soziale

⁸⁸ Zahl nach AP, 4. Dezember 2009.

⁸⁹ Auf britischen Druck wurde eine Erklärung der G20-Finanzminister für die Einführung einer Tobin-Steuer in eine Empfehlung an den IWF umgewandelt, die mögliche »Wirkung auf die Finanzdienstleistungsbranche zu prüfen«; vgl. *Guardian Weekly*, 17. Dezember 2009.

⁹⁰ Vgl. z. B. John Hills/Tom Sefton/Kitty Stewart: *Towards a more Equal Society? Poverty, Inequality and Policy since 1997*, 2009.

⁹¹ Laut dem Institute of Public Policy Research, einer Mitte-linken Denkfabrik, stecken die unteren 50 Prozent der britischen Bevölkerung seit mehr als 30 Jahren beim Niveau von nur sieben Prozent des nationalen Vermögens fest, unter *New Labour* habe sich dabei nichts geändert.

⁹² S. Paul Gregg, Stephen Machin: *Social mobility: low and falling*, *CentrePiece* Spring, London 2005.

⁹³ Es steht gegenwärtig bei 5,80 Pfund (Stand von 2009); vgl. *Eurostat Data in Focus*, 29/2009.

⁹⁴ Die Arbeitslosigkeit erreichte ein 13-Jahres-Hoch (7,9 Prozent) und soll im Frühjahr weiter ansteigen. Vgl. BBC-Nachrichten, 29. Dezember 2009.

⁹⁵ Zahlen von *Shelter England*: www.//england.shelter.org.uk/housing_issues/building_more_homes#3; abgerufen am 4.4.2010.

Zuspitzung werden, wie Kieran Farrow schreibt, »Teile der gleichen (unteren) sozialen Schichten im Kampf um immer knappere Ressourcen« aufeinandergehetzt,⁹⁶ was es der rechtsradikalen British National Party (BNP) ermöglicht, Fuß zu fassen und Rassismus weiter anzuheizen. Die sozial schwachen Gebiete im englischen Norden bleiben Schwerpunkt dieser langjährigen Entwicklungen.⁹⁷ Das dritte Dilemma ist der Zusammenbruch des Vertrauens in den demokratischen politischen Prozess und in seine Vertreter. Bei den Europa- und Kommunalwahlen 2009 bequerten sich ganze 34,7 Prozent der Wähler/innen an die Urne. Diese massenhafte Politikverdrossenheit ist eine Funktion der ersten beiden Phänomene, aber auch die Folge politischer Sündenfälle: In den Augen der britischen Öffentlichkeit ist die Politik, spätestens seitdem Tony Blair mehr oder weniger offen Sitze im Oberhaus »verkaufte« (»Adelstitel gegen Bares«), korrumpierbar geworden. Und in den ersten Monaten von 2010 bescherte die Chilcot-Enquete-Kommission der Öffentlichkeit eine Auffrischung der Erinnerungen an die verlogenen Tricks der Regierung in Vorbereitung des Irak-Krieges.⁹⁸ Mit dem »Spesen-Skandal«⁹⁹ 2009 schlug aber dieses Misstrauen in die Politik auch in einen massiven Legitimitätsverlust des Parlaments selbst und in einen Unglauben an das Funktionieren der Demokratie in Großbritannien um, mehrheitlich verweigern die Arbeiter- und die Unterklasse der parlamentarischen Demokratie die Unterstützung.¹⁰⁰ Sogar in beliebten Nachmittagssendungen im Fernsehen wagt man inzwischen, Grundsatzfragen zu stellen, wie etwa: »Vertrauen wir noch unseren Abgeordneten?«¹⁰¹ Der Staat antwortet auf den Legitimitätsverlust mit zunehmend drakonischer Beschneidung der Bürgerrechte.¹⁰²

Das Resultat dieser jahrelangen Entwicklung ist eine weitverbreitete, massive politische Apathie, was sich im deutlichen Rückgang der Parlamentswahlbeteiligung unter New Labour widerspiegelte (siehe Diagramm). Seit einigen Jahren konzentrieren sich sowohl die Wahlenthaltungen als auch die Labour-Verluste ziemlich eindeutig auf die Labour-Hochburgen im englischen Nordwesten, im Nordosten und in Wales.¹⁰³ Es ist auch kein Zufall, dass die beiden ersten Europaabgeordneten der BNP in diesen Gebieten gewählt wurden. Zwar stieg aufgrund der einmalig knappen Situation die Wahlbeteiligung 2010 wieder etwas an (64 Prozent), damit verharrt diese Zahl aber noch immer im New-Labour-Tief seit 1997.

⁹⁶ Kieran Farrow in: www.redpepper.org.uk/Anti-fascism-isn-t-working; abgerufen am 4.4.2010.

⁹⁷ Vgl. Centre for Cities, Outlook 2010: <http://www.centreforcities.org/index.php?id=1054>; abgerufen am 4.4.2010.

⁹⁸ Inzwischen sind 52 Prozent der Briten davon überzeugt, dass Tony Blair sie absichtlich über den Irak belogen hat, erstaunliche 23 Prozent wollen ihn wegen Kriegsverbrechen belangen. Yougov-Umfrage, *Sunday Times*, 17. Januar 2010.

⁹⁹ Hier mussten führende Parlamentarier übertriebene Spesenrückerstattungsforderungen, etwa für Zweitwohnsitze oder privates Personal, zugeben. Der Unterhaussprecher, der von *Labour* aufgestellte Herr Martin, tolerierte bewusst eine weit verbreitete Missbrauchspraxis bei der Erstattung parlamentarischer Spesen, er wurde der erste Sprecher seit dem Mittelalter, der wegen Korruptionsvorwürfen zurücktreten musste.

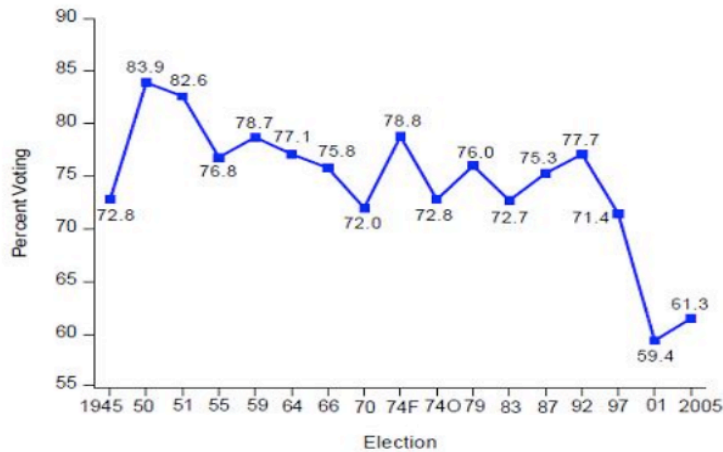
¹⁰⁰ Zum Beispiel fanden letztes Jahr Befragte der Sozialstufen D und E in BBC-Umfragen mit großer Mehrheit, dass Abgeordnete, die ihr Mandat missbrauchten, zurücktreten müssten. Vgl. z. B. Comress-Umfrage, 15. Mai 2009.

¹⁰¹ Während die Eliten, Konzernvorstände ebenso wie Parlamentsmitglieder als über dem Gesetz stehend wahrgenommen werden, wird immer drastischer auf politische Dissidenz reagiert. Zum Beispiel bemühte man das »nationale Interesse«, um dem *Guardian* zu verbieten, die Details über kriminelle Machenschaften britischer Firmen in Nigeria zu veröffentlichen, nur mit einer Klage vor dem Europäischen Menschenrechtsgericht gelang es, die Personendurchsuchungsaktionen der britischen Polizei als »teilweise gesetzeswidrig« einzuschränken (*Guardian Weekly*, 23. Oktober 2009 und 22. Januar 2010).

¹⁰² Beispiele sind die Erweiterung der polizeilichen Haft ohne Prozess nach den drakonischen Antiterrorgesetzen und die geplante Einführung von Personalausweisen, was der britischen bürgerlichen Tradition zuwiderliefe.

¹⁰³ Vgl. www.europarl.org.uk/section/european-elections/results-2009-european-elections-uk; abgerufen am 4.4.2010.

Figure 1.1: Turnout in UK General Elections, 1945-2005



Source: UK Election Statistics 1918-2004, House of Commons Research Paper 04/61, p. 17; General Election 2005, House of Commons Research Paper 05/33, p. 1.

Unter dem Eindruck des »Spesenskandals« fanden aber Fragen von Macht und Teilhabe in der Gesellschaft in Großbritannien mit neuer Kraft Eingang in die öffentliche politische Debatte, und immer mehr Wähler/innen erwogen, ihre Stimmen kleineren Parteien zu geben.

Diese drei Dilemmata machen deutlich, dass sich die These eines »Dritten-Weges«, wonach Großbritannien eine quasi wohlhabende Gesellschaft jenseits der Mangelwirtschaft sei, als Legende herausgestellt hat. Die »soziale Frage« ist quicklebendig, sie findet auch endlich wieder in Fragen von politischen Rechten und politischer Teilhabe Ausdruck. Umso mehr stellt sich nach dem Wahlsieg des bürgerlichen Lagers die Frage, wie die Linke diese Gelegenheit für eine konstruktive und positive Weiterentwicklung linker Politik in eine relevante politische – also eine parlamentarische – Vertretung ummünzen kann. Was sind die politisch-institutionellen Anknüpfungspunkte, die zu einem solchen Neuanfang beitragen könnten?

Labour und die Linke nach New Labour: Die Wiederentdeckung der Wählerschaft?

Eine der strategischen Fragen, die momentan in der linken Blogosphäre in Großbritannien heiß diskutiert werden, ist, ob Linke der Labour-Partei (wieder) beitreten sollten, da die Zeit der New-Labour-Kaste abgelaufen zu sein scheint. Diese Debatte an sich zeigt schon, dass Labour immer noch der unbestritten wichtigste Orientierungspunkt jedes linken Engagements im britischen politischen Spektrum geblieben ist. Jedoch übt die Partei diese Vorrangstellung heute sehr geschwächt aus. Die verlorene Parlamentswahl ist nicht der Grund, sondern das Symptom dieser Schwäche: Die Partei erreichte mit 255 Sitzen im Unterhaus 91 weniger als 2005, und verlor mit 29,0 Prozent landesweit 6,2 Prozent ihrer Wählerschaft (zur sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft siehe: Wer wählt New Labour?). Der Gang Labours in die Opposition, den führende New-Labour-Advokaten (Mandelson, Campbell) angesichts der unklaren Mehrheiten im neuen Parlament noch verhindern wollten, war schließlich unvermeidlich, Gordon Brown trat als Premier am 11. Mai zurück und machte den Weg frei für die Bildung einer bürgerlichen Koalition aus Konservativen und Liberaldemokraten.

Parteistruktur

Die Labour Partei ist eine Partei, die formal aus drei Arten von Mitgliedern besteht (den durch bestimmte Gewerkschaftsmitgliedschaften automatisch affilierten, den Mitgliedern von kleinen sozialistischen Mitgliedsparteien wie der Co-operative Party und den eigentlichen, individuellen Mitgliedern), von denen aber nur die individuellen Mitglieder als zahlende Mitglieder offiziell angegeben werden. Zwar ist seit den Wahlen im Mai 2010 eine kleine Eintrittswelle zu verzeichnen, die durchaus durch linke Hoffnungen inspiriert sein könnte, aber trotzdem ist der Mitgliederstand seit dem Hoch von 405.000 individuellen Mitgliedern im Jahre 1997 auf einen historischen Rekord-Tiefstand von ca. 166.000 gefallen (2009).¹⁰⁴ Angesichts des katastrophalen Zustands der Parteifinzen ist selbst ein Zusammenbruch der Partei nicht ausgeschlossen.¹⁰⁵ Die individuelle Mitgliedschaft organisiert sich hauptsächlich in den Wahlkreis-Parteiorganisationen, den Constituency Labour Parties. Sie war in der Vergangenheit einem grundlegenden sozialen Wandel unterlegen, der durch die New-Labour-Doktrin seit 1994 beschleunigt wurde und zur Unterrepräsentierung sozial schwächerer Bevölkerungsschichten in der Partei führte: Schon 1997 waren nur noch 15 Prozent der Mitglieder manuelle Arbeiter, und nur noch 29 Prozent waren Gewerkschaftsmitglieder, so dass die Parteienforscher Seyd und Whiteley 2004 zu der Schlussfolgerung kommen, dass Labour »heute weder eine Partei der Arbeiterschaft noch eine Gewerkschaftspartei mehr ist«¹⁰⁶. Nach der Parteiverfassung finden die grundsätzlichen Meinungsbildungsprozesse in der Partei in den CLPs statt und werden über das Nationale Exekutiv-Komitee NEC, das Führungsgremium zwischen den jährlichen Parteikonferenzen und den Tagungen des Policy Forums, zur Parteiführung geleitet. In der Realität vollzieht sich der Informationsfluss natürlich umgekehrt. Dass das New-Labour-Establishment weiterhin innerhalb des Parteiapparats klar die Macht ausübt, wurde unmittelbar nach der Wahl deutlich, als Generalsekretär Ray Collins festlegte, die Vorbereitung der Kandidaturen für den Parteivorsitz sei innerhalb von neun Tagen zu beenden, was dem New-Labour-Kandidaten und Blair-Favoriten David Milliband entgegengekommen wäre. Nur nach einhelliger Empörung großer Teile der Basis konnte durchgesetzt werden, dass bis vier Wochen mehr Zeit gegeben wurde, um auch unbekannteren Kandidaten zu ermöglichen, sich vorzustellen und Absprachen zu treffen. Die Chancen, dass – wie von vielen Basisaktivisten erhofft – diese Wahl somit zur großen Aussprache über New Labour und die dahinterliegende Ideologie wird, sind damit nach wie vor gegeben, somit auch die Chance, die linke Kritik innerhalb der Partei wirksam zu einen. Was wären dann die gemeinsamen politisch-inhaltlichen Eckpunkte dieser Kritik?

Wer wählt New Labour? Die gemeinsame Kritik der Labour-Linken

Alle in der Partei, die offen Kritik formulieren, verweisen auf die Bilanz der Blair-Brown-Regierung. Sie gehören zwar verschiedenen Lagern an, teilen aber die gemeinsame Grundidee, Labour bleibe der zentrale Ort des Kampfes, um linke Ideen und Inhalte in die britische Politik hineinzutragen: Die Partei müsse und könne von der New-Labour-Fraktion »zurückgewonnen« werden. Alle diese linken Kritiker innerhalb Labours eint die Auffassung, dass die New-Labour-Strategie nicht nur eine Absage an sozialdemokratische Prinzipien gewesen ist, sondern auch eine entscheidende wahlpolitische Fehleinschätzung. Denn in den Oppositionsjahren der Partei war ein Kernargument der führenden New-Labour-Denker gewesen, die Partei müsse »der Wählerschaft gegenüber aufwachen« (Phillip Gould 1996), was im Klartext bedeutete, Labour müsse sein wahlpolitisches Jagdrevier weit in die bürgerliche Mitte hinein erweitern. Die Prozente bei den Wahlen schienen den Erfolg in der Tat zu bestätigen. Doch dies geschah, wie oben dargestellt, vor dem Hintergrund des massiven Einbruchs in den absoluten Stimmzahlen. Das Erklärungsmuster »gesellschaftlicher Wandel« greift zu kurz, um die hinter diesem »Wähleraustausch« liegenden Entscheidungen begreiflich zu machen. Die meisten (Ex-)Labour-Wähler haben sich nämlich nicht »geändert« – sie gehören jetzt nur zur schweigenden Beinahe-Mehrheit der Nichtwähler/innen, offensichtlich weil sie sich von Labour nicht mehr vertreten fühlen.

¹⁰⁴ Siehe: House of Commons Library: Standard Note SN/SG/5125.

¹⁰⁵ Laut Schätzungen der Presse schleppt die *Labour Party* ein Defizit von etwa 40 Millionen Pfund mit sich. Vgl. *The Daily Telegraph*, 28. Januar 2008.

¹⁰⁶ Patrick Seyd/Paul Whiteley: *New Labour's Grassroots: The Transformation of the Labour Party Membership*, Hampshire 2004, S. 37.

New Labour übernahm die Thatcher'sche Ideologie – der Einfluss des Kapitals in der britischen Gesellschaft sei nicht nur unumkehrbar, sondern auch gut – eins zu eins. So wirkte die Angst vor einer Kapitalflucht als Deckel gegen jede wirksame verteilungspolitische Maßnahme, und New Labour entschied, sich darauf zu konzentrieren, die »weniger anspruchsvollen« Stimmen der Sozialen Gruppen A, B und C1 zu erringen. Im direkten Widerspruch dazu wurden aber die Stimmen der Wahlkreise, in denen die Gruppen C2, D und E gesellschaftlich und kulturell überwiegen, als gegeben vorausgesetzt. Bereits bei der Wahl 2005 zeigte schließlich der Zerfall der Labour-Wählerschaft in diesen Schichten, dass New Labours Politik des »Alle-Mitnehmens« zur Politik des »Einige-Fallenlassens«¹⁰⁷ geworden war: Allein 2005 verlor Labour in allen Bevölkerungsschichten außer der einkommensstärksten (AB), aber insbesondere neun Prozent bei den qualifizierten Arbeitern (C2) und massive zwölf Prozent bei den ungelerten Arbeitern (DE).¹⁰⁸ Nun, im Jahr 2010, kommt es, wie es kommen musste: Die Wähler/innen der Mittelschicht kehren zu den Konservativen zurück, doch die Kernwählerschaft Labours ist grundlegend desorientiert: Laut Umfragen unmittelbar vor der Wahl wollte die Mehrheit der Labour-Abtrünnigen nicht die Konservativen wählen, sondern sich der Stimme enthalten oder – immerhin eine/r von fünf – kleinere Parteien wählen.¹⁰⁹ Diese Doppel-Attacke hat dazu geführt, dass nunmehr die alte Labour-Mehrheit im Norden Großbritanniens zusammengebrochen ist.¹¹⁰

Die jetzigen Parlamentswahlen haben diesen Trend bestätigt. Vor der Wahl waren nur 57 Prozent der Wähler/innen, die 2005 Labour wählten, sicher, dass sie auch 2010 ihre Stimme abgeben werden.¹¹¹ Regionalbezogene Statistiken liegen noch nicht vor, jedoch wird an den nationalen Statistiken klar, dass sich der Abwärtstrend in der C2-Wählerschaft bestätigt hat: Laut MORI hat Labour 2010 hier noch einmal katastrophale 18 Prozent verloren und liegt jetzt damit in seiner wichtigsten Stammwählergruppe sogar noch hinter den Liberaldemokraten.

Kurz vor der Wahl im Mai versuchte die Labour-Führung noch schnell, die Partei als Fürsprecherin der kleinen Leute darzustellen. Doch deren Probleme waren noch auf dem Labour-Parteitag 2009 kein Thema, selbst die Diskussion in den Hinterzimmern über Gordon Browns Führungsstil konzentrierte sich auf eine Änderung der Persönlichkeit, nicht der Politik, wie es die innerparteilichen Kritiker forderten.¹¹² Erst seit dem Wahltag bemühen sich die Mandarine New Labours, die jetzt auf die Stimmen der Basis im Führungskampf hoffen, um zumindest rhetorische Distanz zum Blair-Brown-Projekt. Die Frage ist, ob die innerparteiliche Linke, die das Scheitern des New-Labour-Projektes immer vorausgesagt hat, nun die Chance bekommt, das Profil der Partei neu (mit-)zubestimmen. Können Sie den herrschenden Machtblock in der Partei herausfordern – und welche organisatorischen Potentiale stehen ihnen für dieses Ringen zur Verfügung?

Die Gewerkschaftsverbinding und ihre Dynamik

Potentiell sind die Gewerkschaften die größte Quelle politischer Veränderung (in) der Partei. Immerhin zahlen mehr als die Hälfte der 4,7 Millionen Mitglieder der im Gewerkschaftsbund TUC vereinigten Gewerkschaften den »political levy« und sind somit »angegliederte« Mitglieder der Labour-Partei. Vor allem sind die Gewerkschaften selbst aber der hauptsächliche Geldgeber der Partei. Wo stehen die Gewerkschaften also in der New-Labour-Frage?

In den frühen Tagen von New Labour konnte der Generalsekretär John Monk, ein Pro-Europäer und Befürworter des rheinisch-kapitalistischen Modells der Tarifpartnerschaft, die Gewerkschaften überreden, eine korporatistische Arbeitsweise zu übernehmen. Mit dieser konsenswilligen Grundhaltung ausgestattet, stimmten die Gewerkschaftsführer Blairs Wahl als Parteivorsitzendem zu, aber auch mit der weiteren Schwächung der Gewerkschaftsstimmen auf Labour-Parteitag waren sie

¹⁰⁷ Stephen Driver/Luke Martell: *New Labour. Polity*, Cambridge 2006, S. 21.

¹⁰⁸ Quelle: http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/vote_2005/issues/4520847.stm; abgerufen am 4.4.2010.

¹⁰⁹ Vgl. Populus-Umfrage, 23. Juni 2009.

¹¹⁰ Vgl. *Financial Times*, 23. September 2009.

¹¹¹ Laut der letzten Yougov-Umfrage ist der Prozentsatz von Wähler/innen der Sozialgruppen C2, D u. E, die angaben, bei der nächsten Wahl *Labour* wählen zu wollen, von rund 50 auf 32 Prozent gesunken; 5. Januar 2010.

¹¹² Vgl. Analyse in <http://www.social-europe.eu/2009/10/the-missed-opportunities-of-the-Labour-party-conference>; abgerufen am 4.4.2010.

einverstanden und unterstützten folglich »die Einführung des Neoliberalismus in ihrer Partei«¹¹³. Umso überraschter waren die Gewerkschaften, als sich die New-Labour-Regierung einige Jahre später weigerte, dieses Entgegenkommen zu erwidern. Blair weigerte sich vor allem, die gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung der Thatcher-Regierung aufzuheben.¹¹⁴ Dies bedeutete die langfristige Zementierung eines praktisch gewerkschaftsfreien Privatsektors. Seitdem haben Blair und Brown und andere mit der Ablehnung der Arbeitszeitrichtlinie der EU ihre Verachtung für die Gewerkschaften gezeigt, während die Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie und andere liberale EU-Bestimmungen von London unterstützt wurden. Nach dem Irak-Krieg war die schwer bedrängte New-Labour-Führung etwas kompromissbereiter.¹¹⁵ Auch wenn der Ton unter Brown ein wenig »netter« geworden ist, ist es die Substanz nicht: Brown blieb bei der Antigewerkschaftsgesetzgebung kompromisslos und hat obendrein dafür gesorgt, dass die Gewerkschaften es schwerer haben, Anträge auf Labour-Parteitage einzubringen.¹¹⁶ Die aktuelle Haushalts-Situation verschlechterte die Beziehungen weiter: Zwar haben die Gewerkschaft Unite und andere den von Schatzkanzler Darling im Jahre 2009 angekündigten Lohnstopp für den öffentlichen Sektor akzeptiert, die größte Angestelltengewerkschaft aber, die PSC unter Mark Serwotka, bereitete große Streiks im Vorfeld der Wahlen vor.

Im Vorfeld der Wahlen 2010 hatten die Gewerkschaften zwei strategische Hebel in der Hand. Erstens bedeutete der Absprung wichtiger Labour-Spender unter Brown, dass die Partei den Wahlkampf 2010 hauptsächlich mit Gewerkschaftsgeldern bestreiten musste. Leider hat man aber seitens der größeren Spender-Gewerkschaften keine politischen Bedingungen für die Unterstützung der Partei gestellt. Jedoch wartet eine Generation rebellischerer Gewerkschaftsaktivisten in der zweiten Reihe. Interessanterweise schlagen sie vor, nicht die Partei, sondern einzelne Labour-Abgeordnete zu finanzieren.¹¹⁷ Zweitens gibt es die Frage der »Loslösung« (Disaffiliation), also der Kappung der formalen Verbindung einer Gewerkschaft zu Labour. Bislang haben nur die relativ kleine Eisenbahn-, Schifffahrt- und Transportarbeitergewerkschaft (RMT) und die Feuerwehrgewerkschaft (FBU) unter der neuen, radikaleren Führung von Bob Crow bzw. Andy Gilchrist die alten Bindungen zu New Labour abgebrochen, sie unterstützen jetzt nur die linke Labour-Strömung LRC. Es könnten weitere folgen, wodurch potentiell auch für eine neue politische Partei links von Labour Mittel verfügbar würden. Im Jahre 2009 gab der TUC selbst ein Grünbuch heraus, in dem die Gewerkschaftsbasis aufgefordert wurde, die Vorteile einer Änderung des britischen Wahlsystems hin zum Verhältniswahlrecht¹¹⁸ zu erörtern.

Auch hierin zeigt sich, dass es keine einheitliche Reaktion der Gewerkschaften auf New Labour gab und gibt. Die Gewerkschaftsführung »schwankt[e] zwischen Zusammenarbeit und Widerstand«¹¹⁹. Ersten Nach-Wahl-Reaktionen zufolge wird diese Uneinigkeit auch weiterhin das Verhältnis zur Parteiführung prägen. Dass die Gewerkschaften aus den letzten Jahren endlich auch personelle Konsequenzen ziehen und geschlossen einen linken Kandidaten im Kampf um die Führung der Partei unterstützen, gilt daher schon jetzt als ausgeschlossen. Auch ein Bruch weiterer größerer Gewerkschaften mit Labour ist im Moment unwahrscheinlich, im Gegenteil dürfte man sich jetzt wieder eher Hoffnungen auf die »stille Diplomatie« mit der Parteiführung machen, deren Scheitern unter New Labour eben erst manifest war. Konsequenter Positionen zum Erbe New Labours findet man bei verschiedenen linken politischen Strömungen innerhalb der Partei.

¹¹³ McIlroy in Daniel, McIlroy, 2007, S. 54. Er gibt eine umfassende Zusammenfassung der Anpassung der Gewerkschaften an *New Labour*.

¹¹⁴ Dies bedeutet z. B., dass Arbeiter, die wagen, an Streikaktionen teilzunehmen, immer noch nur zwölf Wochen später rausgeschmissen werden können.

¹¹⁵ Mit der Warwick-Vereinbarung (2004) akzeptierte Blair die Abschaffung des Systems zweier Laufbahnen im öffentlichen Dienst und die Einführung von Betriebsräten (nur dort); vgl. McIlroy in Daniel, McIlroy, 2007, 79.

¹¹⁶ Vgl. Gordon Brown: *Extending and Renewing Party Democracy, Labour Party*, 2007.

¹¹⁷ Einer von ihnen ist Jerry Hicks, ein bekannter Gewerkschaftsaktivist mit SWP-Hintergrund, der gute Chancen hat, den »gemäßigten« Kandidaten bei den Wahlen im September 2010 für den Posten des Chefs der größten britischen Gewerkschaft, UNITE, zu schlagen.

¹¹⁸ Vgl. *Getting it in Proportion!* TUC-Diskussionspapier, 2009.

¹¹⁹ McIlroy in Daniels, McIlroy, 2007, S. 192.

Labour Representation Committee / Socialist Campaign Group / LEAP

Das (2004 wiedergegründete) Labour Representation Committee (LRC), das schon im Namen den traditionellen sozialistischen Zielen Labours verbunden ist,¹²⁰ ist zurzeit der einflussreichste organisatorische Kern der Linken in der Labour-Partei. Laut seinem Ko-Sekretär Andrew Fisher hat es etwa 1.000 Einzelmitglieder, die hauptsächlich aus dem Feld der Gewerkschaftslinken kommen. In seiner Politischen Erklärung verkündet das LRC das Ziel, sich »an die Zehntausenden zu wenden, die sich enttäuscht und verzweifelt von Labour abgewandt haben«. Jüngst konnte die Mitgliedschaft erweitert und konnten regionale Verbände aufgebaut werden – erste Schritte hin zur Schaffung einer alternativen Basisstruktur innerhalb Labours. Sechs kleinere Gewerkschaften, z. B. die RMT, haben sich an das LRC angegliedert.¹²¹ Die letzte Jahresversammlung wurde von gut 200 Delegierten besucht. Der Hauptanstoß für die Gründung des LRC kam von der Socialist Campaign Group (SCG), der wichtigsten Gruppierung linker Abgeordneter in der Labour-Fraktion.¹²² Der Unterhaus-Abgeordnete John McDonnell führt beide Organisationen in Personalunion. Obwohl es keine formale Verbindung zwischen ihnen gibt, vertreten sie dieselben politischen Positionen. Der parlamentarische Einfluss von LRC/SCG bleibt aber begrenzt. Bei den Parlamentswahlen im Mai wurden zwar alle 13 wiederantretenden Abgeordneten der Socialist Campaign Group wiedergewählt, teilweise mit beeindruckenden Ergebnissen, die insbesondere für London die Erreichbarkeit relativer Mehrheiten für klar linke Programmatik zeigen.¹²³ Aber die Gruppe verkleinert sich trotzdem durch das Ausscheiden älterer Abgeordneter, und ihre relative Außenseiterrolle innerhalb der Fraktion (nicht der Partei) zeigt sich auch in den Konflikten um die Nominierung der Kandidaten für die Parteiführung. Das Hauptbetätigungsfeld ist der Kampf in tagespolitischen Fragen, hauptsächlich bei Arbeitskämpfen. Gleichgewichtiger Schwerpunkt sind jedoch auch das Eintreten für eine nicht-interventionistische britische Außenpolitik und die Forderung nach globaler Gerechtigkeit, die vor allem mit der hervorragenden Arbeit von Jeremy Corbyn (MP) verbunden ist.¹²⁴ Aktuelle Kampagnen haben auch den Willen von LRC/SCG gezeigt, über die traditionelle, gewerkschaftsgebundene Linke hinauszuzielen: LRC-Aktivisten spielten 2004 eine Schlüsselrolle bei der Durchführung des Weltsozialforums in London sowie 2008 bei der Gründung der Convention of the Left.¹²⁵ In Bezug auf politische Inhalte hat McDonnells Führung anscheinend eine konstruktive Wende gebracht: Früher war die SCG als Neinsager-Gruppe verschrien, die jede Politik der Parteiführung bekämpfte. Ihr parlamentarischer Widerstand war durchaus nicht sinnlos: Wie beim Streik bei Gate Gourmet sind es oft nur die SCG-Abgeordneten, die Arbeitskämpfe im Parlament und in den Medien thematisieren. Aber dieser Aktivismus wird jetzt auch durch die Erarbeitung von Alternativen zu den New-Labour-Konzepten ergänzt. Dazu hat auch die Gründung des Left Economics Advisory Panel (LEAP) viel beigetragen. Die politischen Studien, die es herausgibt, bleiben zwar eindeutig innerhalb des sozialdemokratischen Bezugsrahmens, werfen aber einige neue Ideen auf, wie eine solche Politik durchgeführt werden könnte. In einem im Wesentlichen dem Keynesianismus abgeneigten Umfeld, auch innerhalb der Labour-Partei, beschreiben diese Studien mit großer Klarheit die Vorteile einer expansiven Finanzpolitik sowie einer gemischten – im Gegensatz zu einer von der Finanzbranche

¹²⁰ 1900 gründete der Gewerkschaftsbund TUC das *Labour Representation Committee*, um eine parlamentarische Vertretung »für die sozialistische Arbeiterklasse« zu erlangen – es war der Vorgänger der *Labour*-Partei.

¹²¹ Andrew Fisher: Fragebogenantwort für diesen Beitrag, Januar 2010. Formal ist das LRC Teil der Grassroots Alliance, wird aber meist eher als politische Strömung denn als Basisinitiative gesehen.

¹²² SCG-Gründer Tony Benn verließ 2001 das Parlament, um, wie er sagte, »mehr Zeit für Politik zu haben«.

¹²³ Vgl. ‚*Labour’s left has had an excellent election*‘, *New Statesman*, 8. Mai 2010.

¹²⁴ LRC-Webseite, About the LRC.

¹²⁵ Jedoch verweist Andrew Fisher auf eine mangelnde Verwurzelung des LRC in anderen ethnischen und kulturellen Bereichen der britischen Gesellschaft: »Das LRC sucht nach Mitteln, um das [den Mangel an ethnischer Vielfalt in der eigenen Mitgliedschaft] anzusprechen.« – Fragebogenantwort für diesen Beitrag, Januar 2010.

abhängigen – Wirtschaft. Angesichts der Kürzungen, die sowohl Labour als auch die Konservativen für die Zeit nach den Wahlen vorgeschlagen haben, hat LEAP auch versucht, eine alternative Steuerpolitik zu skizzieren. Und für ein politisches Gremium, dessen Vorgänger sich einst ihrer Anti-EG/EU-Position rühmten, bemerkenswert, deuten die Studien des LRC jetzt auf EU-Standards, mit denen sich die Renten-, Tarif- oder Gesundheitspolitik von New Labour ungünstig vergleichen lassen muss. Wie Andrew Fisher meint, akzeptiert das LRC die britische EU-Mitgliedschaft inzwischen als Tatsache, wobei man die »neoliberalen Doktrinen« in der EU bekämpfen müsse.¹²⁶ Dennoch gibt es einige Fragen »neulinker« Politik, insbesondere in der Umweltpolitik und der Frage von Bürgerrechten, wo man noch mit großer Vorsicht an die Formulierung von Positionen herangeht.¹²⁷ Entgegen einigen Kritiken, das LRC/SCG habe keine langfristige Strategie,¹²⁸ öffnet sich die Gruppe für Linke außerhalb von Labour, es unterstützt z. B. die »People's Charter«. Auch ein Papier zur Einführung des Verhältniswahlrechts wurde auf der LRC-Jahresversammlung diskutiert (aber nicht abgestimmt). Dies alles änderte aber nichts daran, dass das LRC/SCG »für die Wahl einer Labour-Regierung« in den Wahlkampf 2010 ging.¹²⁹

»Compass« und die Debatte über die »gute Gesellschaft«

Seit seiner Gründung 2003 wächst Compass zunehmend zum einflussreichsten Ansatz heran, die Labour-Linke wieder zu stärken. Da als Wohltätigkeitsverein gegründet, ist die Organisation kein offizieller Teil der Partei, doch auch die Bezeichnung »Denkfabrik« führt in die Irre, da Compass eine Mitgliederorganisation mit mehr als 4.000 Vollmitgliedern und geschätzten 30.000 Angeschlossenen und Anhängern ist. Compass-Generalsekretär Gavin Hayes berichtet, die meisten Aktivisten seien »Leute, die 1997 von Blairs Sieg begeistert waren, doch von der New-Labour-Regierung enttäuscht wurden«. Er bestätigt, für Compass gehe es darum, »die Labour-Basiskoalition von 1979 wiederaufleben zu lassen, die Linksliberale, die Intelligenz, Wähler/innen aus der unteren Mittelschicht und die Arbeiterklasse« umfasste.¹³⁰ Politische Haupttreibkraft hinter Compass ist Jon Cruddas, der dank eines sehr guten (jedoch erfolglosen) Wahlkampfs zum stellvertretenden Parteivorsitzenden und zu einem der profiliertesten Labour-Abgeordneten wurde.¹³¹

Im letzten Jahr stieß Compass die Debatte über den »Aufbau einer guten Gesellschaft« mit der gemeinsamen Erklärung von Jon Cruddas und Andrea Nahles von der SPD an, wodurch klar wurde, dass Compass zumindest das Loch in der Ideologie der Sozialdemokratie zu Anfang des 21. Jahrhunderts geortet hat. Das Cruddas-Nahles-Papier gibt zu, die Ära des Dritten Wegs sei vorbei, und die Gesellschaft sei »immer noch maßgeblich von Klassenunterschieden geprägt«. Außerdem winken sie (mit dem Zaunpfahl) den neuen Linken zu, indem sie beteuern, die Alternativen der Zukunft müssten eine emanzipative Politik beinhalten und sich über einen »Zivilstaat, der stärker auf die Bedürfnisse einzelner Bürger und kleiner Unternehmen eingeht«, entwickeln und nicht über ein neues »Staatsmonopol«¹³². Auf der Strecke bleiben allerdings strukturelle Analysen über die in den heutigen Gesellschaften des Westens verbleibenden Interessenstrukturen, z. B. über die Frage, wie der Neoliberalismus so sehr in sozialdemokratischen Parteien Fuß fassen konnte? Andererseits veröffentlicht die Denkfabrik sehr wohl radikale und innovative politische Konzepte mit konstruktivem, positivem Inhalt – und kämpft auch dafür. Deutlich ist durchgängig die Absicht, Aspekte sozialer Gerechtigkeit mit modernen politischen Fragen wie grüner Politik, Bürgerrechten und globaler Gerechtigkeit zu

¹²⁶ Ebenda.

¹²⁷ Eine Ausnahme ist der sehr engagierte Kampf gegen den Bau einer dritten Startbahn am Flughafen Heathrow.

¹²⁸ Vgl. z. B. die Kritik in www.shirazsocialist.wordpress.com/2009/11/12/lrc-Labour; abgerufen am 4.4.2010.

¹²⁹ Vgl. www.l-r-c.org.uk/ge2010candidates; abgerufen am 4.4.2010.

¹³⁰ Interview mit Gavin Hayes für diesen Artikel, Oktober 2009. Dies steht klar im Gegensatz zur bevorzugten Basiskoalition der *New Labour* von 1997. Zahlen für Mitglieder und Anhänger vom Compass-Jahresbericht 2009.

¹³¹ Cruddas spricht unverblümt zu Themen, die für *New Labour* tabu sind, wie die Sackgasse in der sozialen Wohnungspolitik, die Kernwählerschaft der Arbeiterklasse und die Ursachen für das Erstarken der BNP. Jedoch haben Cruddas und sein Vorgänger als Vorsitzender der Compass-Abgeordneten-Gruppe Jon Trickett außerhalb der Partei ein Glaubwürdigkeitsproblem, Ersterer, da er für die Militäraktion im Irak gestimmt hat, Letzterer, weil er als persönlicher Referent Gordon Browns gedient hat.

¹³² John Cruddas/Andrea Nahles: »Die gute Gesellschaft – Das neue Projekt der demokratischen Linken«, in: <http://www.freitag.de/politik/0915-gute-gesellschaft>; abgerufen am 10.4.2010.

verknüpfen.¹³³ Zum Beispiel fördert Compass eine Steuer für Bildung gemäß der Anzahl von Absolventen, die eine Firma beschäftigt, und kämpft auch für eine Steuer auf Superprofite, die von den Öl- und Gaskonzernen im Winter erzielt werden, deren Erträge zur Hausisolierung und anderen grünen Maßnahmen genutzt werden sollen.

Generalsekretär Gavin Hayes hebt den offenen, transparenten Charakter und die demokratischen Prinzipien von Compass hervor, die in häufigen E-Mail-Abstimmungen zum Ausdruck kommen, sowie die Vielfalt der Stimmen aus allen Ecken der Partei bei Sitzungen und Konferenzen: »Wir wollen wieder an die Parteibasis anknüpfen«.¹³⁴ Ihre Kampagnen werden von einem sehr kleinen, aber engagiertem Team geführt, mit großer Erfahrung in politischen Aktivitäten und guten Verbindungen in die Zivilgesellschaft hinein. Compass ist auch sehr aktiv in NGOs für globale Gerechtigkeit engagiert, etwa bei War on Want oder Oxfam. Diese neue Offenheit ist aber dennoch selektiv: Während Hayes die Beziehung von Compass zu LCR/SCG ziemlich lauwarm als »Zusammenarbeit bei aktuellen Fragen« beschreibt, werden Linke außerhalb Labours von der Compass-Nadel gar nicht erfasst.¹³⁵

Da Compass nicht als Mitgliederorganisation im engeren Sinne einer Parteigliederung funktioniert, ist im Moment nicht abzuschätzen, wie viel Einfluss Compass auf Abgeordnete in der neuen Fraktion geltend machen kann, dieser Realitätstest steht jetzt bevor. Es ist auch unklar, ob Compass in Fragen der innerparteilichen Machtverhältnisse wirklich im Interesse linker Inhalte agieren wird: Unmittelbar nach der Wahl sprach sich Compass für eine »progressive coalition« mit den Liberaldemokraten aus, ohne dafür inhaltliche Bedingungen geltend zu machen. Zum anderen erklärte Jon Cruddas seine Nichtkandidatur für den Parteivorsitz, begleitet von Gerüchten, er wolle sich Blair-Intimus David Milliband als Stellvertreter zur Verfügung stellen – eine Konstellation, die dem New-Labour-Camp erleichtern würde, entscheidende inhaltliche Debatten bei dieser Wahl nicht führen zu müssen. Allerdings arbeitete Compass auch mit anderen linken Strömungen und Basis-Initiativen zusammen, um die von Generalsekretär Collins geplante D-Zug-Variante der Nominierungen zu verhindern.

Die Linken, die es niemals waren: Die Liberal Democrats

Als nach der Unterhaus-Wahl im Mai die Koalitions-Gespräche aufgenommen wurden, rechneten viele Beobachter mit der Bildung einer Koalition aus Labour und Liberaldemokraten. In der öffentlichen Meinung galten die Lib Dems als ‚natürlicher‘ Bündnispartner Labours. Die darauffolgende Entscheidung des neuen Parteivorsitzenden Nick Clegg, mit den Konservativen eine Regierung zu bilden, konnte aber nicht wirklich überraschen. Die Liberaldemokraten, die dritte Partei im britischen Parteienspektrum, haben sich traditionell immer schon als Sammelbecken derer angeboten, die, auch durchaus unpolitisch, von der durch das Mehrheitswahlrecht diktierten Zweiparteienherrschaft frustriert waren.¹³⁶ Dies reflektiert sich auch in Mitgliederzahl und sozialer Zusammensetzung der Partei. 2008 hatte die Partei nur rund 60 000 Mitglieder.¹³⁷ Verschiedene Zahlen deuten darauf hin, dass die Liberaldemokraten die Partei mit dem höchsten Anteil an Angestellten und Beamten in Großbritannien sind, nur fünf Prozent der Mitglieder rechneten sich 1999 selbst der Arbeiterschaft zu.¹³⁸ Jedoch wurde es in der Zeit nach 1990, durch das ideologische Einschwenken Labours, inhaltlich auch immer schwieriger, eigene politische Akzente zu setzen. Dies gelang der Partei dann unter der Führung von Charles Kennedy teilweise wieder: Er führte die Politik der Partei vorsichtig nach links, indem die Partei insbesondere auf dem Gebiet der Bürgerrechte den autoritären Tendenzen New Labours den Kampf ansagte. Der relative Erfolg dieser Taktik zeigte sich dann besonders in der Frage des Irak-Krieges. Hier konnten die Lib Dems mit ihrer Gegnerschaft zu diesem Krieg durchaus Massenzustimmung gewinnen: Bei der Unterhaus-Wahl 2005 konnten sie die

¹³³ Vgl. *Compass*-Webseite.

¹³⁴ Gavin Hayes-Interview für diesen Artikel, London, Oktober 2009.

¹³⁵ Ausnahme sind die Grünen, deren Chefin Caroline Lucas zur *Compass*-Jahrestagung 2009 eingeladen wurde.

¹³⁶ Die jetzige Partei entstand 1988 durch die Vereinigung der Liberalen Partei mit der SDP, einer Rechtsabspaltung von *Labour*.

¹³⁷ Membership of UK political parties – House of Commons Library publication, standard note: SN/ SG/5125.

¹³⁸ Angaben: Paul Whiteley, Patrick Seyd: A study of Liberal Democrat party members, 1999. Abgerufen am 4.4. 2010: <http://www.esrcsocietytoday.ac.uk/ESRCInfoCentre>.

Anti-Kriegs-Stimmen kanalisieren und rangen Labour eine Reihe von wichtigen innerstädtischen Wahlkreisen ab.

Im Laufe der dritten Labour-Legislatur forderte aber die strategische Zentralstellung der Liberaldemokraten ihren Tribut. Spätestens mit dem Sieg des Wirtschaftsliberalen Nick Clegg bei den Wahlen zum Parteichef wurde klar, dass sich eine Profilierung der Lib Dems genauso gut ›auf rechts‹ durchsetzen konnte. Cleggs Inthronisierung war die Konsequenz des Aufstiegs des ›orange book mob‹ – einer Gruppe ehrgeiziger Neoliberaler, die nun endlich auch die Schaltstellen der dritten britischen Parlamentspartei erobern konnten.¹³⁹ Dieser Einfluss zeigte sich schon deutlich weit vor der Wahl: Clegg versuchte mit markigen Spar-Sprüchen, den Eindruck des fähigen Haushälters zu erwecken. Und im Wahlprogramm wurde z. B. die Forderung nach Wiederverstaatlichung der britischen Eisenbahnen fallengelassen. Der Eintritt in die Regierung und die damit einhergehenden weiteren politischen ›Klarstellungen‹ sind nur folgerichtig: Namentlich das unsoziale Kürzungspaket, das demnächst durchs Parlament gebracht werden soll, zeigt, dass der jetzigen Politik der Partei keinerlei Verständnis von Sozialstaat mehr zugrunde liegt. Auch wichtige Versprechen des Wahlprogramms im Bereich der persönlichen Freiheitsrechte werden dem Wohlwollen der Konservativen in der Regierung geopfert: Die Einführung von maschinenlesbaren Personalausweisen wird ebenso wenig aufgegeben wie die repressiven Anti-Terrorgesetze der Vorgänger-Regierung, welche die Inhaftierung von Personen ohne richterlichen Beschluss bis zu 28 Tagen ermöglichen. Und das zentrale Wahlversprechen, eine Ablösung des britischen Mehrheitswahlrechts zugunsten eines Verhältniswahlrechts, wurde richtiggehend verraten.¹⁴⁰ Im Gegensatz zur Labour Party gibt es jedoch kaum Machtstrukturen innerhalb der Partei, die Widerspruch oder alternative politische Schwerpunkte zur Parteiführung formulieren können.

Die Liberaldemokraten waren zur Zeit des Irak-Krieges ein ernsthafter Konkurrent Labours um die Stimmen der jungen linksafinen Intelligenz in den Städten. Durch die zentristische Position im britischen Parteienspektrum wird diese Partei aber immer gezwungen sein, auch konservative Wähler anzusprechen, um ihren Rückhalt insbesondere in West-England nicht zu verlieren. Zusammen mit dem Normierungsdruck, der jetzt mit der Übernahme der Koalitionsdisziplin auf der Partei lastet, kann man mit Sicherheit davon ausgehen, dass diese Partei auf mindestens zehn Jahre als progressive Gestaltungsmacht ausfällt, von der Unterstützung linker systemkritischer Projekte ganz zu schweigen.

Die radikale Linke: Chancen gewonnen – und zerronnen?

Herkömmlicherweise ist das Hauptmerkmal der britischen radikalen Linken die Zersplitterung.¹⁴¹ Dennoch hat die Aussicht auf die Wahlen 2010 zu einer neuen Dynamik innerhalb der Linken links von Labour geführt. Im Jahr 2009 gewannen zwei Hauptvorgänge linker Neuausrichtung an Schwungkraft, beflügelt vom gesteigerten öffentlichen Profil linker Ideen sowie von außerparlamentarischen Kampagnen wie dem Anti-G-20-Gipfel und der »Wir zahlen Eure Krise nicht!«-Bewegung. Erstens initiierten linke Gewerkschaftler/innen 2008 die »People's Charter«, womit versucht wurde, einen Vorgang politischen und ideologischen, statt lediglich wahlpolitischen, Koalitionsaufbaus in Gang zu bringen.¹⁴² Zweitens hat man die Convention of the Left wieder aufleben lassen.¹⁴³ Diese jährliche Versammlung wurde September 2008 – zeitgleich mit dem Labour-Parteitag – einberufen, um ein gemeinsames Forum für den politischen Austausch über ein kulturell sehr heterogenes Spektrum hinweg aufzustellen. Alle wichtigen Akteure der außerparlamentarischen Linken waren bei den letzten beiden Kongressen anwesend. Wichtige Fortschritte wurden bei der

¹³⁹ Genannt nach dem *Orange Book* (2004), in dem Vertreter des rechtsliberalen Flügels ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen zusammenführten und der sozial-liberalen Beveridge Group erfolgreich die Gestaltungshoheit innerhalb der Partei streitig machten.

¹⁴⁰ Die Liberaldemokraten ließen sich in den Koalitionsverhandlungen auf das Wahlmodell ‚Alternative Vote‘ herunterhandeln, welches das Prinzip des Mehrheitswahlrechts intakt lässt, aber ihren eigenen Kandidaten mehr Chancen einräumt. Aber selbst dieses Modell soll nur nach einem erfolgreichen Referendum eingeführt werden.

¹⁴¹ Für eine gute politisch-ideologische Einordnung der britischen außerparlamentarischen Linken vgl. Peter Ullrich: *Die Linke, Israel und Palästina, Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland*, Berlin 2007, Kapitel 3.

¹⁴² Vgl. www.thepeoplescharter.com; abgerufen am 4.4.2010.

¹⁴³ Vgl. <http://www.conventionoftheleft.org>; abgerufen am 4.4.2010.

Findung gemeinsamer politischer Prioritäten erzielt, wie bei der Vorbereitung des Kampfes gegen die von (jeder) neuen Regierung zu erwartenden Kürzungen oder der Antwort auf die Herausforderung durch die BNP. Jedoch versäumte der Kongress 2009, sich auf ein formales Wahlbündnis zu einigen, wie viele es erwartet hatten. Stattdessen entstanden im Laufe des Jahres zwei Zweckbündnisse.

Die traditionelle Linke im Schnelldurchlauf: Die TUSC-Koalition

Die Hauptprotagonisten des Wahlbündnisses »Gewerkschafts- und sozialistische Koalition« (TUSC) waren zwei kleine traditionell-linke Kleinparteien.¹⁴⁴ Die trotzkistische Sozialistische Arbeiterpartei (SWP), mit etwa 4.000 Mitgliedern die größte unter den Kleinparteien, kam im Januar 2009 hinzu: Im Jahre 2007 vollzog sie eine bittere Scheidung von der Respect-Partei. Danach versank die SWP in massiven internen Richtungskämpfen. Wohl wegen Unstimmigkeiten über die Bündnis-Taktik der SWP bei den Parlamentswahlen gipfelte der Streit im Februar 2010 im Austritt eines wichtigen Teils der Parteikader, der Gruppe um den früheren Generalsekretär John Rees und Lindsey German.¹⁴⁵ Der Rest unter dem neuen Generalsekretär Martin Smith beschloss, dem TUSC beizutreten.

Treibende politische Kraft hinter dem TUSC-Projekt ist der Generalsekretär der Transportarbeiter-Gewerkschaft RMT, Bob Crow, selbst KPGB-Mitglied. Kennzeichnend für den kontroversen Charakter dieses Projekts auch innerhalb der radikaleren Linken war die Unfähigkeit Bob Crows, die (finanzielle) Unterstützung selbst seiner eigenen Gewerkschaft für TUSC zu gewinnen. Hauptkritikpunkt mehrerer Organisationen, die nicht teilnehmen, wie die KPGB und die KPGB/prov. ZK (Letztere eine winzige, damals stalinistische Abspaltung der alten KPGB) sind die Geheimniskrämerei und die intransparente Art und Weise, in der das Projekt geplant wurde. Einerseits gibt es eine große Übereinstimmung mit der Politik von Respect, z. B. in der Wirtschafts- und Außenpolitik, andererseits aber unterschiedliche Schwerpunkte. Erstens sieht sich die TUSC als Teil eines Versuchs, eine neue Arbeiterpartei in Großbritannien aufzubauen, ein Projekt, das viele Linke als traumtänzerisch bezeichnen. Zweitens, und als Folge dessen, zielt die Koalition nur auf die klassische Kernwählerschaft in der Arbeiterklasse. Der Druck, den die europaweite Arbeitsmigration auf un- und angelernte Arbeiter/innen als Folge der EU-Gesetzgebung ausübt, verführte Crow schon bei den Europa-Wahlen zu undifferenziertem Euroskeptizismus: Vorgängerin der TUSC bei den Europawahlen 2009 war das Bündnis »NO2EU« (also »nein zur EU«).¹⁴⁶ Drittens befürwortet das TUSC mit Blick in Richtung der Bergbaugemeinden die »saubere Kohletechnik«, die von großen Teilen der Umweltbewegung abgelehnt wird. Jedoch hatte Crow mit beiden Bündnissen keinen Erfolg: Im Mai erlangte TUSC nur mit seinem respektierten (Ex-Labour) Kandidaten Dave Nellist in Coventry ein Ergebnis von über einem Prozent der Stimmen (3,7 Prozent).¹⁴⁷

Fischen in grünen Gewässern: Respect

Mittelfristig wahlpolitisch hoffnungsvoller schien eine sich herausbildende Zweier-Kooperation zwischen der Respect-Partei und den Grünen, wobei Respect hoffte, drei Wahlkreise zu gewinnen, und die Grünen erwarteten zumindest einen. Nach der Spaltung von Respect im Jahre 2007 sicherte sich die Fraktion um George Galloway die Rechte auf den Parteinamen. Mit einer jetzt viel kleineren Mitgliedschaft (ca. 700) waren die ethnischen Minderheiten der gesellschaftliche Hauptadressat der Aktivität von Respect, besonders die muslimischen Wähler/innen. Ihr Streben nach bürgerlicher Emanzipation mündete in eine breite Palette von antirassistischen und antifaschistischen Organi-

¹⁴⁴ Die Sozialistische Partei von England und Wales (SPEW, ca. 800 Mitglieder) liefert hier vor allem logistische Unterstützung statt intellektueller Führung. Die Kommunistische Partei Britanniens (KPGB, ca. 1.000 Mitglieder; sie ist Nachfolgerin der alten KPGB, die sich in der Wendezeit auflöste) hat beschlossen, nicht teilzunehmen und stellt ein eigenes Minibündnis auf. Die ihr nahestehende Zeitung Morning Star unterstützt vermutlich die TUSC.

¹⁴⁵ Angeblich wollten Rees und German, Veranstalter der Antikriegskoalition von 2003, eine breitere Koalition.

¹⁴⁶ Das Wahlprogramm des TUSC sieht die Gefahr von »kapitalistischen, militaristischen Vereinigten Staaten von Europa«. Doch abgesehen von Wahlkampfprüchen sieht Crow ganz zu Recht die Konflikte zwischen einheimischen Arbeiter/innen und Immigrant/innen als Folge der Entsenderichtlinie: »zwei Arbeiter aus unterschiedlichen Ländern konkurrieren auf unterschiedlichem Lohnniveau«.

www.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/8059281.stm; abgerufen am 4.4.2010.

¹⁴⁷ Auch das No2EU-Bündnis erhielt im Juni 2009 mit etwa 153.000 Stimmen nur rund ein Prozent der Stimmen.

sationen und hat Tausende von britischen Asiaten der zweiten und dritten Generation in die Politik gebracht.¹⁴⁸

Das zeigte sich auch im Wahlprogramm. Einerseits sind die meisten Punkte, die auf dem Respect-Parteitag 2009 verabschiedet wurden, eindeutig traditionelle linke Forderungen.¹⁴⁹ Andererseits ist und bleibt die Rolle des Islam bei der Strukturierung der asiatischen Gemeinschaften und ihrer Wählerschaft eine Kontroverse innerhalb der breiteren Linken. Erstens provozierte Respects stillschweigende Unterstützung für islamische Koranschulen Vorwürfe, die Partei betreibe »Identitätspolitik« auf Kosten einer (Klassen-)Interessenvertretungspolitik.¹⁵⁰ Zweitens trug dies zu einer Entwicklung bei, in der die Politik von Respect auf die Kritik der neoimperialistischen Politik von New Labour sowie auf die palästinensische Frage reduziert wurde. Leider sorgte Galloway auf dem Parteitag 2009 dafür, dass dieser Disput nicht moderiert, sondern verschärft wurde. Die Fraktion um Parteisekretär Nick Wrack, die für stärkere innerlinke Verbindungen und für den Beitritt zum TUSC argumentierte, wurde von Galloway beschuldigt, sie »liefe kleinen linksextremen Kulten hinterher«. Andererseits zog Galloway Kritik wegen seines Aufrufs an sich, in den Wahlkreisen, »wo es keine glaubwürdige Alternative gibt«, Labour zu wählen.

Galloway sprach sich auch dafür aus, verschiedene einzelne Kandidaten zu unterstützen, darunter Dave Nellist vom TUSC und Caroline Lucas von den Grünen, doch im Wortlaut der Parteitagsunterlagen findet sich nur das Versprechen von Respect, die Grünen in anderen Wahlkreisen zu unterstützen. Blieben frühere Versuche, Wahlkreise zwischen Respect und den Grünen aufzuteilen wegen grüner Unnachgiebigkeit erfolglos, so hatten nun beide Parteien zugestimmt, nicht gegeneinander anzutreten und sich in den Wahlkreisen gegenseitig zu helfen, wo ein Respect- bzw. ein grüner Sieg möglich scheint.¹⁵¹ Die Grünen sind wiederum für Respect attraktiv, da sie mit über 100 Stadt- und Gemeinderäten, zwei Europaabgeordneten und einer Mitgliedschaft von etwa 7.500 eine professionelle politische Infrastruktur anbieten können.¹⁵² Jedoch wollen die Grünen nach dem Scheitern von Kopenhagen und in einer Situation, wo selbst Konservative ihr umweltpolitisches Herz entdecken, eine breite Palette an nonkonformistischen Wähler/innen, hauptsächlich aus der Mittelschicht, ansprechen, und sie schämen sich zunehmend linker Argumentation.¹⁵³

Trotzdem ist die Wahl von Caroline Lucas zur ersten grünen Parlamentsabgeordneten in Großbritannien unbestreitbar ein großer Erfolg. Ihr Eintreten für eine gerechte Globalisierung, eine nicht-interventionistische Außenpolitik und die Ablehnung von Atomwaffen wird die Debatten im Unterhaus sehr bereichern. Allerdings zeigt die Spezialität ihres Sieges auch die Begrenztheit des Modells, das hinter diesem Sieg steht: Die postmaterialistische Mittelschicht ist vielleicht in noch zwei, drei anderen Wahlkreisen groß genug, um einen grünen Sieg zu ermöglichen – daher passt das Abkommen den Grünen auch ganz gut. Doch der Verlust des Parlamentsmandats von Respect in London Bow und die denkbar knappen Misserfolge solch gestandener Respect-Aktivistinnen wie George Galloway und Selma Yaqoob in Poplar (London) und Sparkbrook (Birmingham) zeigen: Um relative Mehrheiten für die Linke in ethnisch gemischten Bereichen, wie z. B. in Birmingham, zu gewinnen, muss Respect auch alle Teile der sozial Schwachen ansprechen: Weiße, Schwarze, nicht nur kleine Gewerbetreibende, sondern auch die Arbeiterklasse und die Studentenschaft. Dies würde eine

¹⁴⁸ Respect hält gegenwärtig sechs Ratssitze in Ostlondon, zwei in Birmingham und einen in Newham.

¹⁴⁹ In den Dokumenten wird Respect als »Partei der Linke« bezeichnet. Zu ihren Forderungen gehören z. B. die Erhöhung des steuerlichen Spitzensatzes und das Ende der Privatisierungen. Die Finanzkrise wird als »Folge der Funktionsweise des Kapitalismus« gesehen. Abgerufen am 4.4.2010 auf [http://www.therespectparty.net/conf/2009.php?category=Motions Prozent20as Prozent20Amended Prozent20Passed](http://www.therespectparty.net/conf/2009.php?category=Motions%20as%20Amended%20Passed).

¹⁵⁰ Nicht nur die SWP hat den Kommunalismus Galloways angeprangert, doch auch sie akzeptiert weitgehend die internen Machtverhältnisse dieser Gemeinden und ihren Konservatismus, indem sie mit den örtlichen und religiösen Eliten zusammenarbeitet.

<http://libcom.org/library/croissant-roses-New-Labour-muslim-britain>; abgerufen am 4.4.2010.

¹⁵¹ Respect hat eine realistische Chance, die Wahlkreise Birmingham-Sparkbrook (hier kandidiert Salma Yaqoob), Poplar and Limehouse (George Galloway) und East Ham (beide in London) zu gewinnen, die Grünen werden wohl ihre erste Parlamentsabgeordnete überhaupt in Brighton durchbringen – das sehr beliebte MEP Caroline Lucas ist die Kandidatin.

¹⁵² Mitgliederzahl von der Wahlkommission, 2009.

¹⁵³ Die grünlinke Tendenz bei den Grünen ist in den letzten Jahren in den Hintergrund gedrängt worden, mit Ausnahme von Caroline Lucas vermeiden alle anderen Führungsmitglieder, von den Grünen als linker Partei zu sprechen.

Neuverhandlung solcher Werte wie Säkularismus und Kommunalismus erfordern und einen Ausgleich mit jenen, die die Stimmen in diesen Bevölkerungsgruppen liefern können, sonst ist der Erfolg – zumindest unter einem Mehrheitswahlrecht – nicht möglich. Trotzdem sind die von Galloway und Yaqoob erreichten Prozentsätze in ihren Wahlkreisen (jeweils um die 20 Prozent) durchaus beachtenswert und lassen für die Zukunft die Erringung von Parlamentsmandaten, noch dazu unter einem künftig günstigeren Wahlrecht, weiterhin realistisch erscheinen.

Schottland – (k)eine Ausnahme

In Schottland gab es zu Beginn des Jahrzehnts eine hoffnungsvolle eigenständige Entwicklung der Linken. Das Land hat durch seine traumatischen Erfahrung mit der Deindustrialisierung und seine daraus resultierende Abhängigkeit von Strukturhilfe mehr als andere Teile des Vereinigten Königreichs eine markt-kritische politische Kultur ausgeprägt. Dies äußert sich in einer strukturellen relativen Mehrheit für Labour in Parlamentswahlen und in einer sehr aktiven außerparlamentarischen Linken. Im Jahr 2003 sah es so aus, als ob sich die schottische Linke die verfassungsmäßige Neuordnung Großbritanniens durch Blair zunutze machen würde: Mit Tommy Sheridan als einer respektierten, charismatischen Integrationspersönlichkeit gelang es der neugegründeten Scottish Socialist Party (SSP), mit sechs Abgeordneten in das neue schottische (Regional-)Parlament einzuziehen. Dieser Erfolg war aber auch der günstigen politischen Situation geschuldet; der Irak-Krieg brachte alle potentiellen Linkswähler gegen Labour auf, und das Weltwirtschaftsklima bescherte Schottlands Dienstleistungssektor einen Boom. Die SSP trat daraufhin mit einem Programm an, das den Protest gegen den Irak-Krieg und die Perspektive der Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich als Hauptziele verband. Beide Motivationen sind heute so nicht mehr gegeben, und das Festhalten der Partei an der Forderung nach vollkommener Unabhängigkeit hat der Partei, berechtigterweise, den Verdacht eingehandelt, nationalistische Ideologie zu bedienen. Entscheidend für die Entwicklung war ab 2004 aber vor allem die Rückkehr des sektiererischen Verhaltens: Tommy Sheridan scherte nach persönlichen Zwistigkeiten aus und gründete 2006 mit Mitgliedern der SWP (die ebenfalls aus der SSP austraten) seine eigene linke Partei, Solidarity. Geradezu folgerichtig war die vollkommene Niederlage beider Parteien (mit jeweils 0,6 bzw. 1,5 Prozent) bei den nächsten schottischen Parlamentswahlen 2007.¹⁵⁴ Und diese desaströse Stagnation hält an: In den Parlamentswahlen im Mai 2010 stellte die SSP nur in zehn Wahlkreisen Kandidaten, aber auch hier kamen diese nur auf durchschnittlich 0,8 Prozent der Stimmen im Wahlkreis.

Die traditionell starke außerparlamentarische Linke in Schottland ist nach wie vor sehr aktiv; beredtes Beispiel dafür ist z. B. die Jugendorganisation der SSP, die Scottish Socialist Youth, mit ihren Kampagnen z. B. gegen die Trident-Stationierung in Clydebank und ihre erfolgreiche Anti-Nazi-Kampagne (gegen die Scottish Defence League). Doch der vor allem durch die Sheridan-Affäre wiedererweckte sektiererische Impuls wirkt weiter fort und macht auch bei den schottischen Parlamentswahlen 2011 einen linken Wahlerfolg sehr unwahrscheinlich.

Ausblick: Welche Chancen auf einen Wahlerfolg gibt es für die Linke in Großbritannien?

Labour nach der Wahlniederlage

Alles in allem ist es schwierig zu entscheiden, ob die Hoffnung vieler Linker aufgehen kann, dass Labour im Nachgang der Wahlniederlage im Mai 2010 zu einer konsequenten linken Politik zurückfinden kann. Die personale Zusammensetzung der Fraktion, des wirklichen Machtzentrums der Partei, lässt dies nicht erkennen. Realistischerweise ist auch zu hinterfragen, ob dies Labours Rolle im Parteienspektrum sein kann. Aufschluss wird auf jeden Fall die Wahl des Parteivorsitzenden geben. Die Kandidaten für den Parteivorsitz können nur von einem Quorum von 12,5 Prozent der Abgeordneten der Parlamentsfraktion vorgeschlagen werden. John MacDonnell und Diane Abbot von der SCG haben sich beide zur Kandidatur bereit erklärt, werden aber mit Sicherheit den Sprung auf den Abstimmungszettel nicht schaffen, weil sich keine 33 Abgeordneten finden werden, die den karrierebehindernden Schritt gehen, die Kandidatur eines Sozialisten zu ermöglichen. Mit dem Ausscheiden von Cruddas bleiben nur Kandidaten, die entweder durch die Blair- oder Brown-Connection in ihre Position gekommen sind und von denen ein politisch-inhaltliches Umlenken nicht

¹⁵⁴ Scottish elections 2007 results: BBC Scotland website.

erwartet werden kann. Durchaus erreichbar scheint aber die Möglichkeit, eine Mitte-Links-Koalition innerhalb der Partei aufzubauen, die durch Basisarbeit und die Zurückerkämpfung von innerparteilichen Wahlpositionen eine Art linker Sperrminorität gegen eine weiterhin New-Labour-lastige, aber diskreditierte Führung aufbaut. Dies wird von Bedeutung sein, wenn es um die Position der Partei zum angekündigten massiven Sparprogramm der Regierung geht: Ein entschlossenes Programm des Widerstands, hinter dem sich die Partei versammelt, könnte die letzte Chance für die Partei sein, ihrer potentiellen Wählerschaft einen Gebrauchswert zu demonstrieren.

Wahltaktik – viele Wege, ein Ziel

Betrachtet man die vielschichtige Landschaft der britischen Linken mit ihrer klassischen Spaltung in Labour und Links-von-Labour, so wird klar, dass es, je nachdem, wo man sich engagiert, mehrere Antworten auf die Frage gibt, wie ein Wahlerfolg für die Linke zu erzielen wäre, zumal jetzt durch das Versprechen der neuen Koalition zumindest eine Reform des Mehrheitswahlrechts bevorzuzustehen scheint. Fest steht allerdings bereits jetzt, dass die bürgerliche Koalition aus Konservativen und Liberaldemokraten aber kein Element des Verhältniswahlrechts zulassen wird.¹⁵⁵ Auch in der Rhetorik der Liberaldemokraten findet sich seit Regierungseintritt nur noch der Verweis auf ein »mehr proportionales« Wahlrecht.¹⁵⁶

Die Labour-Linke muss kämpfen, um den quasi autonomen Raum der LRC/SCG zu verteidigen, in dem der New-Labour-Parteiparat nichts zu sagen hat und durch den linke Parteiverbände vor Ort weiterhin linke Parlamentskandidat/innen nominieren können. Da die parlamentarische Vertretung von Labour im aktuellen Parlament geschrumpft ist, werden auch hier die Ressourcen abnehmen, und der Kampf um Quasiautonomie wird sich intensivieren. Diesen Kampf muss und kann man gewinnen, möglicherweise mit stillschweigender Unterstützung von Teilen der Compass-Strömung. Viel wird hier auch davon abhängen, wie das LRC sich in der gesellschaftlichen Alltagswelt verankern kann. Sollte sich eine eigenständige Basiskultur entwickeln können, wäre dies sicher ein Anreiz mehr für die Gewerkschaften, die Finanzierung von Abgeordneten langfristig generell von Labour weg und hin zu Kandidaten zu lenken.

Für die britische Linke insgesamt sind die Ereignisse der letzten zwölf Monate eindeutig von großer Bedeutung gewesen: das Abkommen von Respect mit den Grünen zeigt, dass das Ziel »einer gemeinsamen Kandidatur links von Labour« in einer Zeit des schwindenden ideologischen Sektierertums möglich ist. Die Convention of the Left könnte in der Zukunft zu einem Mechanismus werden, mit dem solche gemeinsamen Kandidaten ohne Rücksicht auf ihre unterschiedlichen Parteimitgliedschaften nominiert werden könnten – oder gegebenenfalls die Unterstützung eines (linken) Labour-Kandidaten verkünden. Dies würde den Druck von links auf Labour maximieren, selbst wenn ein/e solche/r Kandidat/in keine Chance hat zu gewinnen. Besonders in »sicheren« Labour-Wahlkreisen könnte die »taktische Stimme« etwas Neues bedeuten: die Abwahl eines konservativen Labour-Kandidaten nämlich.¹⁵⁷ Trotz des Wahl-Misserfolgs von Gallwoay und Yaqoob, haben sie die Möglichkeit solcher »negativer« Kampagnen gezeigt. Dies wäre ein wichtiges Mittel, um die politische Ausrichtung Labours »von außen« zu beeinflussen.

Linke Strategie gesucht: neue gesellschaftliche Vorstellungen kollektiven Empowerments

Jedoch genügen all diese taktischen Überlegungen nicht, um eine linke politische Wiedergeburt zu ermöglichen, wenn die britische Linke der Bevölkerung keine glaubwürdige alternative Vision für das Leben in Großbritannien anbieten kann, die die eingangs analysierten Probleme anspricht und es schafft, eine gesellschaftliche Koalition betroffener Gruppen zusammenzubringen, die von einer »linken Lösung« einen Vorteil hätten.

¹⁵⁵ Dies wäre das Modell »Alternative Vote Plus« der Jenkins-Kommission von 1998 gewesen, das Labour den Liberaldemokraten angeboten hätte. Die Konservativen stimmten nur der abgespeckten Variante der »Alternative Vote« zu: Unter dieser können Wähler mehrere Präferenzen (erste, zweite, dritte Wahl) angeben, aber wiederum wird nur ein Kandidat gewählt, wodurch wieder Stimmen anderer Kandidaten nicht zählen. Dies wird auch in GB von verschiedenen Wahlrechtsexperten als weiterhin undemokratisch oder nicht weitgehend genug bezeichnet.

¹⁵⁶ Vgl. <http://www.libdems.org.uk/siteFiles/resources/PDF/Election.pdf>.

¹⁵⁷ Bis jetzt bedeutete die »taktische Stimme« eigentlich immer, den Kandidaten zu wählen, der am besten geeignet wäre, einen Kandidaten der Konservativen Partei zu verhindern bzw. abzuwählen.

Nach dem Scheitern von New Labour bietet sich für die Linke nicht nur die Gelegenheit, sondern auch die Notwendigkeit, ein neues Projekt zu entwerfen, eine neue Idee zu formulieren. Immer noch wegen des Verschwindens politischen Bewusstseins in der Arbeiterklasse sowie von der Gleichgültigkeit der modernen linksliberalen Intelligenz desillusioniert, beginnt die britische Linke nur zaghaf, sich mit diesen neuen Möglichkeiten zurechtzufinden. Zuvörderst muss sie wieder lernen, dass jedes linke Projekt in gesellschaftlicher (Gegen-)Macht verwurzelt sein muss. Überraschenderweise kann die Linke, wie Jeremy Gilbert schreibt, hier etwas von den Konservativen Thatchers und ihrem Hauseigentümerprogramm lernen, nämlich dass »der politische Erfolg nicht darin liegt, dass eine Regierung richtige Entscheidungen trifft, sondern dass dieser vor allem mit der Mobilisierung und der selektiven Ermächtigung verschiedener Bevölkerungsschichten zu tun hat«¹⁵⁸. Die gesellschaftliche Machtbasis der Linken in Großbritannien sind schon immer die Gewerkschaften und ihre Genossenschaften gewesen. Warum sollten nicht Strukturen des kooperativen Tausches zum gegenseitigen Vorteil ohne Geldmittel mit Unterstützung der Regierung zur Selbsthilfe genutzt werden, um die sozialen Probleme von Gemeinden der Arbeiterklasse in den verarmten Bereichen des englischen Nordens, in denen kein Kapital mehr investiert, anzugehen? Warum sollten nicht entscheidende Schritte zur Abschöpfung der riesigen Gewinne der Londoner City gegangen werden, um damit einen Beitrag zur Rückendeckung für das Wohlfahrtsstaats-Prinzip in der EU zu geben? Warum sollte man nicht für die Interessen der städtischen Intelligenz eintreten, indem man eine radikale Kommunalisierung des riesigen britischen privaten Mediensektors fordert, wodurch nicht nur mehr Arbeitsplätze, sondern auch eine öffentlich verantwortlichere Medienlandschaft entstünde? Und warum sollte die Linke nicht mit einem neuen System für die eigenen Abgeordneten und Ratsmitglieder eine Norm für die öffentliche Verantwortlichkeit von Mandatsträgern setzen, was die Rechte so lange vermieden hat?

Ein solcher gesellschaftlicher Reformansatz wäre eine Ergänzung für ein links-keynesianisches sozialdemokratisches Regierungsprogramm. Die Linke muss die sehr konkreten gesellschaftlichen Gruppen ansprechen, die davon profitieren würden, und mehr noch, für sie sprechen, um von ihnen als ihre Vertreterin akzeptiert zu werden, indem sie unter anderem versucht, das Gefälle zwischen materialistischen und postmaterialistischen Wählerschaften zu überbrücken. Unabhängig von ihrer Politik stellte das Schröder-Blair-Papier solch eine real-existierende Wählerkoalition dar, die erfolgreich als »Dritte-Weg«-Ideologie verpackt wurde. Da nun die neoliberale Wählerkoalition von New Labour auseinanderbricht, hat die Linke die Chance, mit einem Koalitionsprojekt hervorzutreten, das die Ideen von Gleichheit und Solidarität betonen kann. Im Umriss ist die Herausforderung ähnlich der, die 1994 bestand: die Suche nach einer ausreichend mächtigen gesellschaftlichen Koalition, um das Projekt umzusetzen. New Labour entschied sich damals, in seiner typischen Mischung aus Fatalismus und Feigheit, für die falsche Koalition, nämlich für die mit dem Großkapital. Die Herausforderung für die britische Linke ist, eine Konzeption für eine Koalition zu entwickeln, die breit genug wäre, um das Finanzkapital der City wenigstens in Schach zu halten, sowie solide genug, um die Interessengruppen in dieser Koalition entlohnen zu können. Ob eine solche Konzeption sich dann unter dem Schirm einer radikal erneuerten Labour Party oder außerhalb von ihr oder in verschiedenen Parteien parlamentarisch manifestiert, wird die Zukunft zeigen.

Ich danke Andrew Stevens, London, und Isabel Reißmann, Brüssel, für ihre Hilfe und Unterstützung bei der Forschungs- und Redaktionsarbeit.

¹⁵⁸ Der massive Ausverkauf von Sozialwohnungen in den 1980er Jahren hat die Beliebtheit Margret Thatchers enorm gesteigert.

Ken Ahern, William Howard
Radikal linke Politik in Irland: Die Partei Sinn Féin¹⁵⁹

Wer sind die Mitglieder der Sinn Féin?

Die Sinn Féin (ir.: wir selbst) veröffentlicht keine Mitgliederzahlen, doch wird die Zahl der Aktiven meist auf etwa 3.500 geschätzt, die sich in Ortsgruppen (ir.: cumainn) organisieren. Die Partei stellt hohe Anforderungen an ihre Mitglieder, wöchentlich gibt es Sitzungen, Flugblattaktionen, Demonstrationen, Klinkenputzkolonnen usw. Die Jugendgruppe der Partei, Ógra Shinn Féin, ist an allen Universitäten und anderen höheren Bildungsinstitutionen präsent. Sie hat etwa 500 Mitglieder und eigene Ortsgruppen in mehreren städtischen und ländlichen Gegenden.

In erster Linie stammt die Parteibasis aus den geringer verdienenden Schichten der Gesellschaft, insbesondere aus der städtischen Arbeiterklasse. Als einzige Partei der irischen Linken hat die Sinn Féin auch in den ländlichen Gegenden Irlands eine starke Anhängerschaft, in erster Linie in den Grenzregionen zu Nordirland sowie im Südwesten des Landes. Hier gründet die Unterstützung für die Partei in erster Linie auf die althergebrachte Feindseligkeit zur britischen Herrschaft und auf eine starke nationalistische Tradition. Die Anhänger der Partei in diesen Gebieten stammen vor allem aus der Arbeiterklasse in den kleinen Städten und den Kleinbauern. In letzter Zeit betraf der Anstieg von Funktionären und Verwaltungspersonal aber hauptsächlich Aktive aus dem universitären Bereich. Im Staatsdienst ist das Partei-Engagement in Irland insgesamt sehr niedrig, die Sinn Féin macht dabei keine Ausnahme.

Es gibt keine konkreten Zahlen zum Frauenanteil unter den Mitgliedern, doch eine Schätzung um die 15 Prozent dürfte zutreffen. Angesichts dieser Zahl sind Frauen in den Führungspositionen der Sinn Féin überproportional vertreten. Im Parteistatut wird festgelegt, dass ein Drittel der Mitglieder des Vorstandes (ir.: Ard Comhairles) weiblich sein muss, das gleiche gilt für die aufgestellten KandidatInnen. Diese Politik wird streng durchgesetzt. Ist keine Kandidatin verfügbar, so muss dem Vorstand ein detaillierter Bericht zur Erklärung vorgelegt werden. Die Partei hat seit den 1980ern auch eine Frauenabteilung; vor Ort und in jedem regionalen Gremium gibt es ein Netzwerk formeller und informeller Frauenforen. Zur Einschätzung der Position von Frauen in der Partei gibt es eine Reihe von Verfahren, die dann jährlich vom Parteivorstand überprüft werden. Die größere Beteiligung von Frauen in Sinn Féin bleibt eine der obersten Prioritäten der Parteileitung.

In den letzten Jahren hat Irland einen Zustrom von Gastarbeitern aus Osteuropa und aus der ganzen Welt aufgenommen. Nach vorsichtigen Schätzungen müssten Migranten etwa 5 Prozent der Parteimitglieder stellen. Aufgrund des politischen Konflikts in Irland verfügen die irischen Republikaner traditionell über gute Verbindungen mit gleich gesinnten Gruppen in anderen Ländern. So hat die Partei eine Anzahl von Aktivisten aus dem Baskenland und Palästina und unterhält formelle und informelle Verbindungen mit Vertretern dieser Gruppen in Irland und im Ausland. Die Partei hat eine wichtige Internationale Abteilung und unterhält Kontaktprogramme mit einem breiten Netz von Unterstützern in vielen Ländern, insbesondere in den irischen Diasporazentren USA, Großbritannien und Australien. Die Parteimitgliedschaft ist jedoch nicht auf diesen Bereich beschränkt und umfasst auch Gastarbeiter aus Osteuropa, Kontinentaleuropa und Afrika. Die Mehrheit der Mitglieder ausländischen Ursprungs sind Engländer. Interessanterweise gibt es eine Anzahl von Ortsgruppen, die ausschließlich aus Gastarbeitern bestehen, z. B. ein nigerianischer cumainn in Galway und ein polnischer cumainn in Kerry. Einige Publikationen der Partei erscheinen mit Beiträgen auf Polnisch, der größten Minderheitensprache Irlands.

Etwa 55 Prozent der Parteimitglieder leben in Nordirland, dort ist die Sinn Féin zweitstärkste Partei, der Rest lebt in der Republik im Süden. Dennoch ist das Wachstum im Süden stärker, die

¹⁵⁹ Für einen umfassenderen Überblick vgl. Eoin O'Broin: Sinn Féin and the Politics of Left Republicanism, London 2009.

Mitgliedschaft in beiden Ländern müsste sich innerhalb einiger Jahren angleichen. Der Nord-Süd-Unterschied ist das wichtigste Gefälle in der Partei, da es unterschiedliche Forderungen gibt und die Partei unterschiedliche Wahlen mit unterschiedlichen Prioritäten und Problematiken der jeweiligen Wählerschaften bestreiten muss. Im Süden hat Sinn Féin im Allgemeinen, sieht man von den traditionellen ländlichen Hochburgen des Irischen Republikanismus ab, eine größere Präsenz in den Städten. Die Partei stellt eine große Zahl von Bürgermeistern im Dubliner Raum, und auch die übergroße Mehrheit der Ratsmitglieder ist in Städten aktiv.

Die Partei hat zweifellos den Willen, Universitätsabsolventen und Berufstätige anzuziehen. Im Norden des Landes gibt es unter den Parteimitgliedern eine Anzahl von Stadtteilkünstlern der Arbeiterklasse, die etwa die berühmten großen Wandgemälde Belfasts und andere agit-prop-Werke erstellen. Dennoch hat die Stellung von Künstlern, Schriftstellern und anderen in der Partei keine Priorität, was allerdings kein Spezifikum der Sinn Féin ist. Prominente Kulturschaffende haben zwar des Öfteren vage Sympathien für eine politische Tendenz, selten beteiligen sie sich aber an der parteipolitischen Basisarbeit. Die irischen Parteien haben in der Regel keinen definierten Raum für die Intelligenz.

Sinn Féin gilt als jüngste der größeren Parteien Irlands, ihre Jugendorganisation gehört zu den größten und aktivsten unter den Parteien. Dennoch gibt es in vielen Bereichen, vor allem in den ländlichen Gebieten im Süden des Landes, eine Überalterung der Parteimitgliedschaft. In jeder Region muss es deshalb nach Ansicht des Verfassers einen Jugendbeauftragten geben, der dafür verantwortlich ist, junge Menschen für die Partei zu rekrutieren und auszubilden.

Sinn Féin in der irischen Gesellschaft und im politischen System

In Nordirland stammt die Sinn-Féin-Wählerschaft aus der städtischen und auch ländlichen Arbeiterklasse als auch aus der Mittelschicht der »nationalistischen Gemeinschaft« (d. h. Bürger katholischer Herkunft, die sich als Iren und nicht als Briten verstehen, Anmerkung des Übersetzers). Im Süden ist es in erster Linie die Arbeiterklasse in den größeren Städten und Kleinbauern, die Sinn Féin wählen. Die Wählerschaft spiegelt also im Allgemeinen die Mitgliedergruppen wider. Sinn Féin zählt zusammen mit Labour und den Grünen (letztere sind gegenwärtig an der Regierung beteiligt) zur sogenannten broad left, dem irischen Mitte-Links-Lager. Labour wird von Elementen der städtischen Arbeiterklasse und der Mittelschicht gewählt, die Grünen von den postmodernen Mittelschichten der Vorstädte.

Laut ihrer Parteidokumente will Sinn Féin ihre Aktivisten und gewählten Vertreter in alle Bereiche der Gesellschaft einbetten. So hat sie vor kurzem eine Gewerkschaftsabteilung eingerichtet sowie eine Kulturabteilung, die dafür Verantwortung trägt, die Beziehungen zur »Bewegung zur Förderung der irischen Sprache« zu pflegen. Die Partei hat zudem die Notwendigkeit betont, dass ihre Mitglieder Verbindungen zur Gemeinschaft aufbauen, etwa durch Mitarbeit in Stadtteilgruppen und Sportvereinen wie dem Gälischen Sportverband. Dadurch sind in vielen Arbeitervierteln der irischen Städte Erfolge erzielt worden. Diese Aktivitäten entsprechen der steten Betonung der Ermächtigung der Zivilgesellschaft im Gegensatz zum Parteiklientelismus.

Im europäischen Vergleich ist die irische Parteienlandschaft ein Sonderfall. Statt konkurrierender rechter und linker Lager gibt es zwei große »Volksparteien«, die beide aus der christdemokratischen Tradition stammen. Dieses Gefälle ergab sich aus der Spaltung zwischen zwei konkurrierenden nationalistischen Tendenzen während des irischen Bürgerkrieges in den 1920ern, wobei die Parteien, die aus diesem Konflikt hervorgingen, beide im Wesentlichen konservativ waren. Daher – und aufgrund des vorherrschenden katholischen Ethos' der Bevölkerung – war das Konzept einer Opposition auf Klassenbasis von Staatsgründung an unklar. Obwohl es stets eine linke Nische gegeben hat, deren Ausmaß über die Jahre geschwankt hat, findet linke Politik keine Mehrheit in Irland: Bis dato hat es noch nie eine Mitte-Links-Regierung gegeben. Die Parteien der Linken haben sich zwar

bisweilen an Koalitionen beteiligt, dennoch waren die betroffenen Regierungen immer vom konservativen Ethos geprägt.

Sinn Féin, Labour Party, Grüne und fortschrittliche Unabhängige halten zusammen 18 Prozent der Mandate im Dáil, dem nationalen Parlament, der Rest verteilt sich auf die beiden konservativen Großparteien. Innerhalb des linken Blocks gibt es eine minimale Kooperation, doch keine gemeinsame Strategie auf nationaler Ebene. Stattdessen ist es das Ziel der drei genannten Parteien, Koalitionen mit einer der größeren konservativen Parteien zu bilden. Dennoch sind die Beziehungen untereinander nicht feindselig, das Potential für eine größere Kooperation in Zukunft ist durchaus vorhanden.

Vereinzelt arbeitet Sinn Féin auch im Parlament mit den anderen Gruppen zusammen. In der letzten Wahlperiode entstand im Dáil eine »technische Fraktion« aus Sinn Féin, der trotzkistischen Sozialistischen Partei und parteilosen Linken. Dadurch erhielten ihre Mitglieder längere Redezeiten und die Möglichkeit zu parlamentarischen Anfragen, das Bündnis wurde aber inzwischen aufgelöst. Bei Fragen, in der Labour Party und Sinn Féin gleiche Anliegen teilen, hat erstere den kleineren Parteien öfter Teile ihrer Redezeit im Parlament überlassen und auch die Wahl eines Sinn-Féin-Mitglieds in den Senat ermöglicht. Auf kommunaler Ebene haben Parteien der Linken wie Sozialisten, Grüne, Sinn Féin, Parteilose und Labour Party immer wieder informell zusammengearbeitet.

Ein anderer möglicher Partner, die Gewerkschaftsbewegung, ist in erster Linie im öffentlichen Dienst verwurzelt und zurzeit in einem System der sozialen Partnerschaft mit der Regierung und den Arbeitgeberverbänden eingebunden. Diese Partnerschaft steht aufgrund der Wirtschaftskrise in Irland jedoch gegenwärtig auf dem Prüfstand und einige der größeren Gewerkschaften planen Streiks. Kleinere, unabhängige Gewerkschaften mit sozialistischer Prägung sind zwar in einigen Betrieben präsent, doch fallen sie weder politisch noch wirtschaftlich von Gewicht. Soziale Bewegungen wie die der Minderheitengruppen, Umwelt- und Friedensorganisationen, sind im Allgemeinen recht klein und haben wenige bis gar keine Beziehungen zur Gewerkschaftsbewegung.

Der Diskurs um Sinn Féin hat sich in der Vergangenheit vor allem auf die Rolle der Partei im irischen Friedensprozess konzentriert. Da dieser im Wesentlichen erledigt ist und die Sinn Féin im Norden an einer Regierung der Machtteilung teilnimmt, ist dieser Diskurs im Südteil des Landes abgeschlossen. Dennoch hat die Frage der irischen Einheit in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, wobei die Partei einerseits Massendemonstrationen veranstaltet hat und die Frage andererseits in der irischen Diaspora in den USA thematisiert.

Während der Zeit, in der der Wähleranteil der Sinn Féin zunahm, geschah dies in erster Linie auf Kosten der Fianna Fáil, der größten Partei Irlands. In der Folge begannen Fianna Fáil und andere Parteien, die Frage der irischen Einheit zu thematisieren und schufen so einen neuen Diskurs. Im gegenwärtigen Klima der Wirtschaftskrise und der steigenden Arbeitslosigkeit richtet sich der Hauptdiskurs in Irland auf die Wiederherstellung der Wirtschaft, sowie auf die Linderung der Folgen der geplatzten Immobilienblase. Dabei findet aber die Position der Sinn Féin bisher kaum Aufmerksamkeit in den Medien. Die Partei muss eine klare und schlüssige Alternative artikulieren, wenn ihre Botschaft vor dem Hintergrund der zentristischen Politik der großen Parteien sichtbar werden soll.

Politische Programmatik und strategische Richtung

Sinn Féin hat zwei Hauptziele, die Einigung Irlands und die Schaffung eines sozialistischen Staates. Diese beiden Ziele sieht man dabei als symbiotisch und untrennbar an. Um diese Ziele zu verwirklichen, versucht die Partei, alle Schichten der Gesellschaft in eine breite soziale und kulturelle Koalition zu integrieren. Dem entgegen steht die Tatsache, dass Sinn Féin von außen in erster Linie als eine Partei angesehen wird, die radikale Veränderungen anstrebt, um die Interessen der Arbeiterklasse

und der unteren Mittelschichten zu vertreten. Gegenwärtig hat Sinn Féin einen viel höheren Anteil an Unterstützung aus den unteren Mittelschichten, als es in der Vergangenheit der Fall war.

In Hinblick auf den Kapitalismus, wie er gegenwärtig im neoliberalen, marktorientierten Wirtschaftssystem erscheint, konstatieren Sinn Féin und andere Bewegungen der Linken in Irland, dass sich die bürgerliche Gesellschaft im Grunde in eine marktbasiertere Gesellschaft umgestaltet bzw. pervertiert hat. So sind viele, wenn nicht gar die meisten, Grundsätze der radikalen Linken Europas in Bezug auf lokale Gemeinschaften und die breitere Gesellschaft völlig ausgehöhlt worden. In Irland sind die meisten öffentlichen Dienste seit Anfang des ökonomischen Booms Mitte der 90er Jahre (teil)privatisiert worden. Das Land hat inzwischen das größte Gefälle zwischen Reichen und Armen der Welt, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten. Gegenwärtig leben 300.000 Menschen unterhalb der Armutsgrenze und es wird davon ausgegangen, dass eine weitaus höhere Zahl anzunehmen ist.

Die Bedeutung der aktuellen Krise zeigt sich in erster Linie in Form des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Diskurses. Derzeit haben viele der Ideale der radikalen Linken die Chance, innerhalb eines solchen Diskurses zu gedeihen. Es ist klar, dass das bestehende System des ungebändigten Kapitalismus gescheitert ist, in ganz Europa wird sichtbar, wie frühere Befürworter des Neoliberalismus Banken verstaatlichen und Eingriffe in Industrien durchführen. Im Lichte der neuen kapitalistischen Krise ist es unbedingt nötig, dass die Linke für eine Produktionsweise wirbt, die sich an den Bedürfnissen der Gesellschaft, im Gegensatz zum reinen Zweck des Gewinns orientiert.

Erst jüngst gab es in Irland eine große Zunahme an Zuspruch für das Mitte-Links-Spektrum, besonders für die Labour Party; die gegenwärtige Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse und in der Mittelschicht hat eine Tür für die Linke geöffnet und offene Ohren für ihre Ziele verschafft. So werden viele Forderungen der Linken, insbesondere der Sinn Féin, von Vorschlägen widerspiegelt, die in der Mitte der Gesellschaft diskutiert werden, etwa eine höhere Besteuerung von Besserverdienern, die Schließung von Steuerschlupflöchern für die Reichen, die Schaffung einer Staatsbank und die Verstaatlichung von sozialen Grunddienstleistungen wie Gesundheit und Bildung. Sinn Féin befürwortet ebenfalls die Förderung einheimischer kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), um die übermäßige Abhängigkeit Irlands von ausländischen Direktinvestitionen (DFI) durch große, multinationale Konzerne zu vermindern.

Während Sinn Féin laut Satzung eine sozialistische Partei ist, wäre es falsch, ihre Sicht des Kapitalismus als System zu beschreiben, das eines gewaltsamen Sturzes bedürfte. Die Partei unterstützt die herkömmliche marxistische Sicht der sozialistischen Revolution nicht. Zwar hat sie in der Vergangenheit radikale Vorbilder wie Kuba oder Nicaragua hochgehalten, inzwischen dienen aber eher die nordischen Sozialdemokratien als Beispiel für das Wirtschafts- und Sozialsystem, nach dem Sinn Féin strebt. So unterstützt die Partei das Konzept des Sozialstaats mit kostenlosem und gleichem Zugang zu Gesundheit, Wohnraum, Bildung und Arbeit. Ebenso befürwortet sie Staatseigentum an Kern- und Nebendienstleistungen wie der Müllentsorgung oder dem ÖPNV. Die Sinn Féin will also eher eine gerechtere und gleichere Gesellschaft schaffen, statt deren kapitalistischen Grundlagen abzuschaffen.

Die Sinn Féin betont als Partei intern und öffentlich die Notwendigkeit, über eine bloße Antiregierungshaltung hinauszugehen und die Förderung eines gesellschaftlichen Wandels selbst in die Hand zu nehmen. Sie konzentriert sich dabei auf die staatliche Einigung Irlands und die Verwendung dieses neuen Staates als »leere Leinwand«, auf der eine inklusivere Gesellschaft auf sozialdemokratischen Prinzipien geschaffen werden soll. Sie fasst ihr Programm in der Losung »Ein Irland der Gleichen« zusammen; es soll also ein Land entstehen, in dem die Bedürfnisse aller sozioökonomischen Schichten der Gesellschaft gleichermaßen erfüllt werden, wobei die Schwächsten und Verletzlichsten besonders berücksichtigt werden sollen.

Die Partei sieht die Regierungsteilhabe als unabdingbar für die Realisierung ihrer Ziele der irischen Einheit und der Schaffung einer sozial orientierten Gesellschaft an. Gegenwärtig beteiligt sich die Partei im Norden an der Regierung der Machtteilung zusammen mit den irischen Unionisten (d. h. den vorwiegend protestantischen britischen Loyalisten, Anmerkung des Übersetzers) und strebt auch im

Süden nach Beteiligung an eine Koalitionsregierung. Jedoch ist die Meinung innerhalb der Partei in der Frage geteilt, ob eine solche Koalition auch mit einer der größeren konservativen nationalistischen Parteien zustande kommen könnte, oder ob sie durch die Schaffung einer linksfortschrittlichen Alternative entstehen sollte. Die Partei sieht sowohl die staatliche als auch die außerparlamentarische Arbeit als wichtige und immanente Aspekte ihres Programms an und versucht, sie bei jeder Gelegenheit miteinander zu verbinden.

Gegenwärtig ist Sinn Féin mit einer Umstrukturierung beschäftigt, wonach interne Gremien und Teams geschaffen werden, die eine Programmatik zu Wirtschaft, Ökologie und Nachhaltigkeit und zur Erneuerung des Sozialstaats entwickeln sollen. Bei den Parlamentswahlen 2007 war das Erscheinungsbild der Partei durch eine widersprüchliche und unklare Wirtschaftspolitik geprägt, was sich schädlich auf die Wahlergebnisse auswirkte. In der Sozialpolitik bestand eine der Hauptalternativen von Sinn Féin in der Erhöhung der Steuer für Besserverdiener, um mit den Einnahmen die sozialen Dienste auszubauen. Bei der Ökologie ist die Partei eine begeisterte Befürworterin der erneuerbaren Energiequellen »Wind und Welle«, sie fordert auch den Schutz historischer Denkmäler, wie den des von einem Entwicklungsvorhaben bedrohten antiken Königssitzes Tara.

Ein wichtiges Projekt für die Partei ist die Analyse des benachteiligten ländlichen Westens des Landes, einer der periphersten Regionen Westeuropas, und die Formulierung konkreter Vorschläge für seine Entwicklung. Im letzten Jahr hat die Partei detaillierte Studien über die Region durchgeführt, wobei Statistiken und Interviews mit verschiedenen Interessengruppen erhoben wurden. Auf Basis dieser weitreichenden Forschung hat sie ein umfassendes Entwicklungsprogramm formuliert, das die Bereiche Verkehr, Tourismus, das historische Erbe, die Umwelt, soziale Dienstleistungen, Arbeitsmarktpolitik und Hochschulen umfasst. Das Projekt wurde von der Bevölkerung der Region sowie von den nationalen Medien sehr positiv aufgenommen, die wichtigsten Aspekte wurden sogar von dem zuständigen Ausschuss des Parlaments einbezogen.

Sinn Féin und Europa

Sinn Féin hat Europa als einen wichtigen Politikbereich erkannt und ist begeistertes Mitglied des GUE-NGL-Bündnisses im Europaparlament. Die Partei strebt eine Erneuerung der Europäischen Union an und meint, dass man zum Konzept eines sozialen Europas zurückkehren solle. Nichtsdestoweniger ist Sinn Féin in erster Linie mit der Frage der irischen Souveränität beschäftigt, die ihrer Ansicht nach die oberste Priorität haben müsste. Dabei meint die Partei, dass ein geeintes Irland einen positiven Beitrag innerhalb der weiteren europäischen Familie leisten könne.

Sinn Féin war zusammen mit einer Zweckbewegung die Hauptstimme im Widerstand gegen den Vertrag von Lissabon, so wie es schon bei dessen Vorgängern, den Verträgen von Nizza bzw. Maastricht der Fall gewesen war. Die Partei befürchtet, mit der Annahme des Vertrages von Lissabon würden weitere Bestandteile der irischen Souveränität an eine Kommission abgetreten, die sie für nicht gewählt und dem normalen europäischen Staatsbürger gegenüber nicht rechenschaftspflichtig hält. Sie vertritt ebenfalls die Auffassung, der Lissaboner und die vorherigen Verträge seien mit der Absicht verabschiedet worden, ein Europa der Konzerne zu schaffen, welches sich von einem Europa auf Grundlage der sozialen Solidarität hin zum neoliberalen Kapitalismus entfernte.

Sinn Féin ist in der Öffentlichkeit von seinen Gegnern bisweilen als »euroskeptisch« gebrandmarkt worden, was die Partei dezidiert zurückweist. Sie betont, dass sie keine Gegnerin des Konzepts einer Europäischen Union sei, sondern nur den zurzeit herrschenden wirtschaftskonservativen Charakter der Gemeinschaft ablehnt. Das Hauptproblem der EU ist laut Sinn Féin das Demokratiedefizit, sowie das Gefälle, das sich zwischen der EU als Institution und den normalen BürgerInnen aufgetan habe. Die Partei meint, dass die nationalen Regierungen die Hauptakteure bei Angelegenheiten sein müssen, die in erster Linie ihre jeweiligen Länder betreffen. Jedoch muss man betonen, dass Fragen der Europapolitik keine vorrangige Rolle bei den irischen WählerInnen spielen und daher auch keinen Schwerpunkt für die Parteien darstellen.

Bei den europäischen Linken sieht Sinn Féin ihre Gemeinsamkeiten mit ihren Verbündeten in der GUE/NGL hauptsächlich in Fragen der Rechte der ArbeiterInnen in Europa und im Umweltschutz. Außerdem würde die Partei sicherlich mit der Position der GUE/NGL zum Krieg im Gaza-Streifen und den damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen übereinstimmen. Mögliche Streitpunkte mit der GUE liegen in Fischereifragen und dem Ausschluss des reichen »Irland-Box«-Gebiets aus der Fischereipolitik der Gemeinschaft.

Wie bereits angedeutet, pflegen Sinn Féin und die irischen Republikaner im Allgemeinen gute Beziehungen mit einer Vielzahl gleichgesinnter fortschrittlicher Gruppen und Regierungen. Die Verbindungen zwischen dem Irish Republican Movement einerseits und dem Baskenland und Palästina andererseits gehen bis in die frühen 1970er Jahre zurück, es besteht ein regelmäßiger Besucheraustausch mit beiden Gruppen. Jedes Jahr werden zu den Konferenzen der Sinn Féin SprecherInnen aus Ländern wie Kuba und Venezuela, als auch Mitglieder des südafrikanischen ANC, der baskischen Herri Batasunas und der Palästinensischen Befreiungsorganisation eingeladen. Ihr Jugendflügel ist Mitglied der ENDYL-Gruppe, die aus linksgerichteten politischen Jugendorganisationen in Ost- und Westeuropa besteht. Sinn Féin schickt alljährlich Delegierte zum Sozialforum und hat in der Vergangenheit Beiträge zu einer Vielzahl von Themen geliefert. Die Beteiligung an den Weltsozialforen gilt als integraler Bestandteil des Internationalismus der Partei.

Organisationsstruktur und Strömungen

Satzungsgemäß ist der alljährliche Parteitag (ir.: Ard Fheis: hohe Versammlung) das oberste Entscheidungsgremium. Der Vorstand (ir.: Ard Comhairle: hoher Rat) wird auf dem Parteitag gewählt und hat die Verantwortung, die politische Richtung und die Strategie der Partei zu formulieren. Der ständige Ausschuss (ir.: an Coiste Seasta) des Vorstands hat die Verantwortung für den täglichen Parteibetrieb. Die Partei ist in Regional- und Ortsverbänden (ir.: cúigí bzw. cumainn) gegliedert. Alle Parteiämter werden vom cumainn aufwärts durch Parteitage und -wahlen besetzt.

Innerhalb der Sinn Féin bildet der Ard Comhairle verschiedene Ausschüsse und Denkfabriken mit der Absicht, bestimmte Politikziele zu formulieren. Offiziell müssen alle diese Gremien transparent und rechenschaftspflichtig sein, auch die Basis wird dazu ermutigt, Beiträge vorzulegen. Des Weiteren werden auf nationaler Ebene gelegentlich Beratungen zu besonders wichtigen Themen durchgeführt, zum Beispiel zur Beteiligung der Partei am Regieren im Norden oder zur Nachbereitung der Parlamentswahl von 2007. Durch solche Vorgänge versucht die Partei, ihre Basis einzubeziehen und gleichzeitig ihre Politik zu formulieren.

Es gibt mehrere Strömungen und Tendenzen innerhalb der Sinn Féin, von ausdrücklich nationalistisch über zentristisch und sozialdemokratisch bis hin zu radikalsozialistisch. Wegen dieser Tendenzen und wegen des breiten Charakters der Partei gibt es häufige Debatten und Uneinigkeit über viele Aspekte der Parteipolitik und -strategie. Solche Diskussionen und Debatten werden innerhalb der Sinn Féin-Struktur ermutigt und ausdrücklich ermöglicht. Keine dieser Strömungen oder Tendenzen ist formal organisiert, so dass man sie als eigentliche Fraktion betrachten könnte. Das organisierte Fraktionswesen ist kein Merkmal der Partei und wird im Allgemeinen nicht toleriert. Das jüngste Beispiel einer Fraktion innerhalb der Partei war das 32-County Sovereignty Committee das 1998 en masse austrat, als die Partei die Mitchell-Prinzipien unterschrieb.¹⁶⁰ Jedoch werden Eingaben und Minderheitsmeinungen an der Basis der Partei gesucht und in den zuständigen Parteigremien ohne Rücksicht auf die Tendenz, aus der sie herrühren, überprüft. Alle Parteimitglieder haben das gleiche Recht auf Meinungsäußerung auf Parteitag und in Gremien, insbesondere bei strategisch-programmatischen Fragen.

¹⁶⁰ Die Mitchell-Prinzipien wurden generell als die wichtigste Grundlage für das Karfreitagsabkommen gesehen, wodurch das irische Friedensabkommen formalisiert wurde.

Die Sinn Féin sieht sich als basis- und gemeinschaftsorientierte Partei. Deswegen und wegen ihrer linken Ausrichtung genießt sie eine Anziehungskraft für die benachteiligten Schichten der Gesellschaft wie auch für die städtische Arbeiterklasse. Es gibt zwar keine ausdrücklichen Programme, um die Intelligenz anzuwerben, jedoch stellen die Foren der Partei, in denen die Programmatik der Partei entwickelt wird, einen Raum dar, in dem sich Menschen einbringen können, die besondere Sachkenntnis zu gewissen Themen besitzen. Die Partei sieht die Zusammenarbeit mit ihnen als wichtig für ihre Entwicklung an und betrachtet Bündnisse und Unterstützungsnetzwerke als Widerspiegelung ihrer Ziele, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Westeuropa

Cornelia Hildebrandt DIE LINKE in Deutschland

DIE LINKE in Deutschland will sich nicht abfinden mit einer Welt, in der »einige Hundert Konzerne über die Lebensperspektive von Milliarden Menschen entscheiden und brutale Ausbeutung, Kriege um Rohstoff- und Absatzmärkte und Imperialismus ganze Länder von Hoffnung und Zukunft abschneiden«. Die Partei will gemeinsam mit gewerkschaftlichen Kräften, sozialen Bewegungen, mit anderen linken Parteien, mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, Europa und weltweit nach einer gesellschaftlichen Alternative suchen, »eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung Aller wird«¹⁶¹. So formuliert DIE LINKE ihren programmatischen Anspruch im 1. Entwurf ihres neuen Parteiprogramms.

Drei Grundideen sollen dazu miteinander verknüpft werden: Erstens die individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch soziale Gleichheit der Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität. Zweitens die Unterordnung von Wirtschaft und Lebensweisen unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur und drittens die Verwirklichung dieser beiden Ideen durch einen emanzipatorischen Prozess, »in dem die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht«¹⁶².

Der nachfolgende Beitrag soll zeigen, über welche Potentiale die Partei DIE LINKE für einen solchen anspruchsvollen Weg verfügt.

Stellung im Parteiensystem

DIE LINKE in Deutschland hat das Parteiensystem verändert. Mit ihrer stabilen Präsenz im bundesdeutschen Parteiensystem seit 2005, die sich mit den Bundestagswahlen 2009 bestätigte, verfestigte sich in Deutschland das fluide Fünf-Parteien-System mit den beiden großen Volksparteien CDU (Konservative) und SPD (Sozialdemokraten) und den drei mittleren Parteien: Grüne, FDP (Liberale) und DIE LINKE. Alle fünf Parteien stehen sich in einem offenen Wettbewerb gegenüber. Es gibt keine strukturellen Asymmetrien, d. h. weder das bürgerliche bzw. rechte Lager noch ein mögliches linkes Lager, bestehend aus SPD, Grüne und LINKE, verfügen über eine strukturelle Mehrheit. »Der fluide Charakter beschreibt eine Tendenz offener Koalitionsoptionen, die sich mit der seit Jahren nachlassenden Bindungsfähigkeit der Volksparteien und erneut mit der Gründung der Linkspartei gravierend veränderte. Während 1998 die beiden Volksparteien CDU und SPD noch 37,5 Millionen Wähler repräsentierten und damit 76,1 Prozent der gültigen Stimmen und 61,7 Prozent der Wahlberechtigten, liegt dieser Anteil 2009 nur noch bei 24,6 Millionen Stimmen, das sind 56,8 Prozent der gültigen Stimmen und 39,7 Prozent der Wahlberechtigten, d. h. ein Drittel der Stimmen von 1998.«¹⁶³ Die Folge sind zunehmend erforderliche Drei-Parteien-Koalitionen. Eine rot-rot-grüne Regierungskoalition scheiterte bei den Landtagswahlen 2008 in Hessen und 2010 in Nordrhein-Westfalen an der SPD, die eine Regierungsbeteiligung der Linken bzw. eine Tolerierung durch die Linkspartei ausschloss. Im Saarland (2009) scheiterte eine rot-rot-grüne Koalition an den Grünen,

¹⁶¹ DIE LINKE (2010): 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE. Entwurf der Programmkommission, S. 3 (Präambel).

¹⁶² Ebenda.

¹⁶³ Horst Kahrs (2009): Zwei Gewinner ein Absturz. Eine Zwischenbilanz für den Gesprächskreis Parteien und soziale Bewegungen der RLS; in: <http://www.rosalux.de/themen/parteien-demokratie/specials/parteien-und-soziale-bewegungen/deutsch/parteien-und-bewegungen/wahlanalysen/zwei-gewinner-ein-absturz.html>; abgerufen am 1.7.2010.

deren Ausscheiden aus dem Landtag von der LINKEN als »die beste Gewähr für einen Regierungswechsel« betrachtet wurde.¹⁶⁴

Bei den Bundestagswahlen 2009 wurde DIE LINKE mit 11,9 Prozent viertstärkste Partei. 76 Abgeordnete bilden die Fraktion der LINKEN im Deutschen Bundestag. Sie ist in der Linken Fraktion (GUE/NGL) im Europaparlament mit acht Abgeordneten und inzwischen in 13 von 16 Landtagen mit über 200 Landtagsabgeordneten vertreten. Sie hat über 6.200 Kommunalmandate.

Für den Erfolg der LINKEN bei den Bundestagswahlen war die soziale Frage ausschlaggebend. Sie wurde als gesamtdeutsche Protestpartei gegen Sozial- und Demokratieabbau der Agenda 2010 gewählt, als die Partei, die für angemessene Löhne, Arbeit in Würde, für die Sicherung der Altersvorsorge und gute Bildungspolitik sorgen will. Vor allem Arbeiter, Arbeitslose, Gewerkschafter und Rentner wählten die LINKE. Jeder vierte Arbeitslose gab seine Stimme der LINKEN. Sie tendiert immer mehr zu einer »Männerpartei« (Männer: 13,3 Prozent, Frauen: 10,6 Prozent). Sie konnte jedoch ihre soziallibertären Wählerschichten nicht in gleichem Maße erreichen: Ihre Wahlergebnisse in ihren früheren westdeutschen Hochburgen – z. B. den Universitätsstädten – blieben hinter dieser Aufwärtsentwicklung zurück.

Der Erfolg der LINKEN war außerdem mit einer politischen Machtoption der Partei als Teil eines möglichen politischen Projekts zur Verhinderung von Schwarz-Gelb verbunden, ohne dass die geringsten parteipolitischen Voraussetzungen für ein positives rot-rot-grünes Projekt auf Bundesebene gegeben waren. Das politische Dilemma – so Jörg Prella in seiner Einschätzung der Wahlergebnisse für Hessen – bestand jedoch darin, dass »viele Genossen und Genossinnen eigentlich auf einen ganz anderen Schub gewartet haben: Den Schub von der ›Straße‹ als öffentliche Krisenreaktion«¹⁶⁵. Die parlamentarische Stärkung der LINKEN ist seit ihrer Gründung 2007 bisher kein Ergebnis einer ebensolchen Stärkung des außerparlamentarischen Widerstands.

DIE LINKE hat – und dies unterscheidet sie maßgeblich von den anderen Parteien – im bundesdeutschen Parteiensystem widersprechende Funktionen wahrzunehmen – als Folge der noch immer regional unterschiedlichen Elektorate in den ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern. So erreichte die Linke bei den Bundestagswahlen 2009 in den ostdeutschen Bundesländern durchschnittlich 26,4 Prozent und wurde stärkste oder zweitstärkste Partei. Sie erhielt in den westdeutschen Bundesländern durchschnittlich 8,3 Prozent der Wählerstimmen. Sie ist im Westen vor allem Sozialstaats- und Protestpartei. Ihre Wähler kommen überdurchschnittlich aus den unteren sozialen Gruppen der Gesellschaft, und es sind insbesondere Männer mittlerer Jahrgänge mit eher mittleren oder niedrigeren formalen Bildungsabschlüssen, die der LINKEN ihre Stimme geben. Im Osten ist DIE LINKE sowohl der Zusammensetzung ihrer Wählerschaft nach als auch bei der Formulierung ihrer Politikangebote die Partei »für Alle – niemand soll ausgeschlossen werden«. Sie wird auch hier vor allem von den unteren sozialen Schichten gewählt, darüber hinaus aber auch von Angestellten, Beamten, Landwirten, kritischen Intellektuellen, Auszubildenden und maßgeblich auch von Rentnern. Sie wird in den ostdeutschen Bundesländern von Frauen ebenso zahlreich wie von Männern gewählt, ihre Wählerschaft hinsichtlich der formalen Bildungsabschlüsse ist ausgeglichen.

Tabelle 1: Wahlergebnisse der Partei DIE LINKE nach Beruf, Bildung und Alter, in Prozent

	Gesamt (11,9 % LINKE- Wähler)	West (8,3 % LINKE- Wähler)	Ost (26,4 % LINKE- Wähler)
Arbeiter	17	12	31
Angestellte	12	8	29

¹⁶⁴ Oskar Lafontaine: Rot-rote Mehrheit und Regierungs- Wechsel möglich bei Scheitern der Ökopartei, Süddeutsche Zeitung vom 5. August 2009.

¹⁶⁵ Prella, Jörg (2009). Hessische Aspekte der Bundestagswahl 2009. <http://www.rosalux.de/themen/parteien-demokratie/publikationen/publikation/datum/2010/01/24/der-blick-in-die-laender-1/thema/sprachen/parteien-demokratie/priorisierung-regional.html>

Beamte	8	6	26
Selbstständige	8	6	21
Hauptschule	12	9	28
Mittlere Reife	14	9	30
Abitur	1	6	28
Unter 30		10	23
30 – 44		9	26
45 – 59		10	33

Aus dem differenzierten Wählerzuspruch Ost und West wird durch die Vertreter der Partei selbst ein unterschiedliches Parteienverständnis abgeleitet: Protestpartei und im Osten Deutschlands zugleich Volkspartei zu sein. Dieses Spannungsverhältnis wird von der Gesamtpartei bisher kaum beachtet. So relativiere das Konzept der Volkspartei den Fokus auf die sozial Schwachen, sei beliebig und widerspreche dem Verständnis der Partei als Klassenpartei der Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Auf der anderen Seite grenze der Ansatz, Protestpartei der sozial Schwachen zu sein, wichtige gesellschaftliche Wählerschichten der Linken aus der Mitte der Gesellschaft aus, schreibe die LINKE als Oppositionspartei fest und verzichte so auf eine parlamentarische Gestaltung als linke Regierungspartei. Aber gerade Letzteres werde von den Wählern der LINKEN in den ostdeutschen Bundesländern erwartet und finde seinen Ausdruck in Wahlergebnissen von mehr als 20 Prozent. DIE LINKE ist in den ostdeutschen Bundesländern stärkste oder zweitstärkste parlamentarische Kraft, und in Berlin und Brandenburg ist sie in der Regierung. Sie ist also einerseits Fünf- und Mehrprozentpartei, andererseits 20- und Mehrprozent-Partei (dies in den sechs ostdeutschen Bundesländern und im Saarland). Sie ist parlamentarisch stark verankert im Osten und gilt dort noch immer als Kümmererpartei. Weniger als 23 Prozent ihrer kommunalen Mandatsträger in Städten, Gemeinden und Kreisen kommen bisher aus den westdeutschen Bundesländern.

Nach den Bundestagswahlen 2009 hat sich die Stellung der LINKEN im Parteiensystem verändert. Unter den Bedingungen einer konservativ-liberalen Regierungskoalition teilt die LINKE ihre Oppositionsrolle nunmehr mit der Sozialdemokratie und den Grünen. Eine rechnerische Mehrheit für die Parteien links der Mitte, bestehend aus SPD, Grünen und PDS bzw. DIE LINKE, wie es sie 2005 noch gab, ging verloren.¹⁶⁶ Dieser Verlust geht jedoch nicht auf ein Erstarken der Parteien rechts der Mitte zurück, sondern auf den Einbruch der SPD, deren Wählerschaft sich seit 1998 halbiert hat. Sie hat mit 23 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis erzielt und ist auf das Niveau von 1893 zurückgefallen. Sie hat nach links (1,49 Millionen Wähler) wie auch nach rechts (1,05 Millionen Wähler) verloren. 1,6 Millionen frühere SPD-Wähler wanderten zu den Nichtwählern ab. Verloren hat sie in allen Altersgruppen und vor allem bei jungen Wählern: minus 20 Prozent, bei den jungen Frauen sogar 21 Prozent. Ebenso überdurchschnittlich verlor sie bei ihrer klassisch-sozialdemokratischen Klientel: Arbeitern, Angestellten, Gewerkschaftsmitgliedern. Wie sich die SPD künftig entwickeln wird, bleibt eine offene Frage, d. h. die LINKE kann sich nicht länger über die Schwäche der SPD definieren.

Wenn es aber gesellschaftliche wie politische Mehrheiten für einen politischen Richtungswechsel geben soll, muss die LINKE ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie klarer bestimmen. Gegenwärtig agieren Linke, SPD und Grüne in der Opposition beziehungslos nebeneinander, ein gemeinsames

¹⁶⁶ Vgl. Kahrs (2009): Zwei Gewinner, ein Absturz; in: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Kahrs_2009-10-07-BTW_WahlanalyseRLS.pdf; abgerufen am 1.7.2010.

politisches und gesellschaftliches Projekt ist nicht erkennbar. Das Verhältnis der Linkspartei zur Sozialdemokratie ist unklar. Gesine Löttsch, eine der beiden Parteivorsitzenden der Linken, sieht in der SPD nicht ihren politischen Gegner, sondern eine Partei, mit der sie sich eine Zusammenarbeit vorstellen könne.¹⁶⁷ Klaus Ernst erklärte seinerseits, dass die teilweise Abkehr der SPD von der Arbeitsmarktreform Hartz IV nach den Bundestagswahlen zwar ein erster Schritt sei, dieser aber nicht genüge. Um regierungsfähig zu werden und hierzu die Unterstützung der Linken zu erhalten, bedarf es personeller Veränderungen und weiterer Schritte wie der Unterstützung der Forderungen nach einem flächendeckenden Mindestlohn, einer Vermögenssteuer und in der Friedenspolitik den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan noch 2010.

Im 1. Programmentwurf der Partei DIE LINKE vom März 2010 finden sich zur Sozialdemokratie nur historische Bezüge. DIE LINKE betrachtet deren Gründungsverständnis als Teil ihres historischen Erbes. Die Grünen werden mit Bezug auf die Kritik des rot-grünen Regierungsprojektes genannt. Relativ unbestimmt heißt es in der Präambel, dass sich die LINKE von jenen Parteien unterscheidet, »die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind«. Und weiter: »Die Politik kann heute nicht mehr von einem Kartell der neoliberalen Parteien beherrscht werden.«¹⁶⁸ DIE LINKE sieht sich »in grundsätzlicher gesellschaftlicher und politischer Opposition zu Neoliberalismus und Kapitalherrschaft, imperialistischer Politik und Krieg«. Sie beschreibt als ihre Kernaufgabe die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, um eine »solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen« und dies durch Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse. Dazu gehöre eine demokratische Wirtschaftsordnung, »die die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung der demokratischen, sozialen und ökologischen Rahmensetzung und Kontrolle unterordnet. Sie muss dazu auf öffentlichem und demokratisch kontrolliertem Eigentum der Daseinsvorsorge, an der gesellschaftlichen Infrastruktur, in der Energiewirtschaft und im Finanzsektor sowie der demokratischen Vergesellschaftung weiterer strukturbestimmender Bereiche auf der Grundlage von staatlichem, kommunalem, genossenschaftlichem oder Belegschaftseigentum beruhen und den privaten Sektor strikter Wettbewerbskontrolle unterwerfen.«¹⁶⁹ Um dies realisieren zu können, werde ein breites gesellschaftliches linkes Bündnis gebraucht. Die hierzu notwendigen politischen Bündnisse seien nur dann einzugehen, wenn diese einen politischen Richtungswechsel in Politik und Gesellschaft fördern, wenn die Kernforderungen der Linken wie: der Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan, die Abschaffung der neoliberalen Arbeitsmarktgesetze Hartz IV, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und die Ablehnung der Rente ab 67, die den Markenkern der Linken beschreiben, übernommen werden und sichtbar bleiben.

Mitgliedschaft und Sozialstruktur der Linken

Die LINKE hat über 78.400 Mitglieder. Sie ist die einzige Partei, die entgegen dem allgemeinen Parteientrend Neumitglieder gewinnt. 37 Prozent der Parteimitglieder sind Frauen, wobei der Anteil in den ostdeutschen Landesverbänden zwischen 44 und 46 Prozent liegt, in den westdeutschen Landesverbänden durchschnittlich bei 24 Prozent. Dies gilt gleichermaßen für die Neumitglieder der Partei.¹⁷⁰

Über ihre Sozialstruktur lassen sich aufgrund fehlender Daten nur sehr vage Aussagen treffen, die sich auf Publikationen über die Partei DIE LINKE,¹⁷¹ Aussagen von Funktionsträgern der Partei und – soweit vorhanden – auf Datenbanken und auf Berichte der Mandatsprüfungskommissionen von Parteitaggen stützen. Die Mitgliedschaft der Linken korrespondiert stark mit ihren jeweiligen

¹⁶⁷ Gesine Löttsch: Die SPD ist nicht mein Feind, in: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article6292554/Gesine-Loetzsch-Die-SPD-ist-nicht-mein-Feind.html>; abgerufen am 1.7.2010.

¹⁶⁸ DIE LINKE (2010): 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE, S. 23

¹⁶⁹ Ebenda, S. 3 (Präambel).

¹⁷⁰ Angaben der Mitgliederentwicklung vom Parteivorstand DIE LINKE vom Mai 2010.

¹⁷¹ Vgl. Sören Messinger/Jonas Rugenstein: Der Erfolg der Partei die Linke. Sammlung im programmatischen Nebel, in: Felix Butzlaff/Stine Harm/Franz Walter (Hg.): Patt oder Gezeitenwechsel? Deutschland 2009, Wiesbaden 2009.

regionalen Wählergruppen, d. h. die Mehrheit der Mitgliedschaft aus den westdeutschen Bundesländern gehört eher zur Gruppe der sozial Schwachen, darunter ein beachtlicher Anteil von Erwerbslosen. Die Mitgliedschaft in den ostdeutschen Bundesländern wird noch immer durch den Anteil der Rentner dominiert. Anders dagegen die aktive Mitgliedschaft – hier dargestellt am Beispiel der Delegierten der Parteitage, die sich über 90 Prozent aus Vertretern der Basisorganisationen oder Kreisverbände zusammensetzen.¹⁷² Hier liegt der Anteil von Arbeitern und Angestellten 2010 bei 33,8 Prozent (2008: 32,6), von Selbstständigen bei 19,5 Prozent (2008: 17,3), von Studierenden bei 2,8 Prozent (2008: 2,7), von Schülern bei 0,7 Prozent (2008: 2,0), von Arbeitslosen bei 2,3 Prozent (2008: 3,4) und von Rentnern bei 6,0 Prozent (2008: 5,2).¹⁷³ Vergleicht man diese Daten mit denen der Mandatsprüfberichte der PDS von 1999, 2002 und 2004, wird deutlich, dass der Anteil von Arbeitern und Angestellten deutlich von 60 Prozent (1999) auf 41 Prozent (2006) zurückging. Seit 2007 liegt dieser Wert bei ca. einem Drittel der Delegierten. Der Anteil von Selbstständigen liegt relativ konstant bei ca. 20 Prozent. Abgenommen hat unter den Delegierten der Parteitage der Anteil der Arbeitslosen. Dieser lag 1999 bei 6,9 Prozent und liegt seit 2007 zwischen zwei und drei Prozent. Der Anteil der Rentner liegt seit 2008 bei ca. fünf Prozent der Delegierten.

Bei den Neumitgliedern hat sich der Anteil von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen zwischen 2004 und 2007 verschoben. Während 2004 48 Prozent erwerbstätig und 52 Prozent nicht erwerbstätig waren, betrug der Anteil der Erwerbstätigen 2007 56 Prozent, der Anteil der Nichterwerbstätigen 44 Prozent. Die Motive der Neumitglieder verbinden sich vor allem mit Fragen sozialer Gerechtigkeit. Dazu gehören die wachsende soziale Ungleichheit, Arbeit, von der man leben kann, Sozialleistungen und Renten, die ein Leben in Würde ermöglichen, gleiche Rechte für alle. Von untergeordneter Bedeutung sind Friedensfrage, ökologische und bildungspolitische Fragen.¹⁷⁴

Eine enge Korrelation zwischen Mitglieder- und Wählerschaft findet sich bei der Altersstruktur: Ihr größtes Wählerpotential hat die LINKE in den Altersgruppen von 46 bis 60 Jahren. Circa 50 Prozent der Mitglieder der westdeutschen Landesverbände sind zwischen 41 und 60 Jahre alt, ca. 25 Prozent bis 35 Jahre und über drei Prozent sind über 70. Anders die Altersstruktur in den ostdeutschen Landesverbänden. Hier beträgt der Anteil von Mitgliedern bis 35 Jahre lediglich sieben Prozent, ca. 24 Prozent sind zwischen 41 und 60 Jahre alt und über 50 Prozent ihrer Mitglieder über 70 Jahre. Die Altersstruktur der aktiven Mitgliedschaft – wie sie sich beispielhaft in der Zusammensetzung der Delegierten der Parteitage darstellt – ergibt wieder ein anderes Bild. Zunächst ist diese Altersstruktur über die Jahre seit 1999 bis 2010 nahezu gleichbleibend. Der Anteil der Delegierten bis 25 Jahre liegt zwischen sechs und sieben Prozent, zwischen 25 und 45 Jahren zwischen 13 bis 17 Prozent. Ungefähr 30 Prozent der Delegierten sind zwischen 45 und 55 Jahre alt. Leicht erhöht hat sich der Anteil von Delegierten zwischen 55 und 65 Jahren von 18 (2006) auf 23 Prozent im Jahr 2010. Der Anteil der über 65-Jährigen liegt seit 1999 zwischen fünf und sieben Prozent.

DIE LINKE verändert mit dem wachsenden Anteil der westdeutschen Mitglieder ihre Sprache und ihr bisheriges Image als Ostpartei. 2006 kamen fast 80 Prozent ihrer Mitglieder aus den ostdeutschen Bundesländern, 2009 sind es nur noch 63 Prozent. Seit 2006 haben die ostdeutschen Landesverbände insgesamt ca. 5.000 Mitglieder verloren, die westdeutschen Landesverbände konnten 13.000 Mitglieder neu gewinnen. Die politische Ost-West-Gewichtung wurde bereits im Fusionsprozess der beiden Quellparteien WASG und PDS über Kooperationsabkommen ausgeglichen, alle Gremien wurden Ost-West, d. h. PDS-WASG-ausbalanciert zusammengesetzt, bis hin zu den Übergangsregelungen der Delegiertenschlüssel der Parteitage, auch wenn die Delegierten aus den ostdeutschen Bundesländern etwa dreimal so viele Mitglieder repräsentierten wie ein Delegierter aus westdeutschen Landesverbänden.

¹⁷² Bei einem Vergleich von Mandatsprüfberichten der Parteitage 2004, 2006 und 2010 wird deutlich, dass sich der Anteil der Vertreter von Basisorganisationen leicht erhöht hat von 22 Prozent 2006 auf fast 26 Prozent 2010. Der Anteil von Vertretern der Kreis- und Regionalverbände liegt nahezu konstant bei 45 Prozent. Deutlich wird das Problem der Doppelfunktionen. Alle summierten Angaben liegen seit 2006 deutlich über 100 Prozent. Bemerkenswert sind die Veränderungen des Anteils von Delegierten, die Mitglied einer Gewerkschaft sind. Dieser Anteil stieg von 44 Prozent 2006 auf knapp 60 Prozent 2010.

¹⁷³ DIE Linke (2010): Bericht der Mandatsprüfungskommission an den 2. Parteitag vom 15./16. Mai in Rostock.

¹⁷⁴ Kajo Tetzlaff/Alexander Reetz (2009): Statistische Untersuchung der Parteieintritte DIE LINKE 2004/2007 (Mai-August), Power-Point-Präsentation.

Unterschiedliche bis gegensätzliche oder einander ausschließende Erwartungen werden an die Partei gerichtet, auch an ihre Möglichkeiten, unmittelbare (Lebens-)Hilfe zu leisten. Für viele ist die Partei Ort der gemeinsamen Suche nach mehr Gerechtigkeit und/oder gesellschaftlichen Alternativen, für andere ist sie Heimort gemeinsamer Geschichte oder für Gespräche und gesellschaftliche wie gesellige Aktivitäten. Für wieder andere bietet die Partei berufliche Karrieren, Macht- und Einflussnahme oder Raum privater Lebensbewältigung. Nicht jeder will aktiv sein, manchen reicht die Zahlung ihrer Beiträge, für andere finden sich derzeit nicht die geeigneten Strukturen, um selbst aktiv zu sein. Unklar ist, ob die LINKE sich basisnah und partizipatorisch organisieren will mit vielen lokalen und bürgernahen Begegnungsmöglichkeiten und unterschiedlichsten Räumen lokaler Selbstorganisation oder aber, ob sie sich auf den Aufbau von Kompetenzzentren konzentriert – zur Ausweitung ihrer Kompetenzen und parlamentarischen Verankerung. Beides wäre notwendig und müsste – gemessen am konkreten Bedarf und der Gesamtverantwortung der Partei – beim weiteren Parteiaufbau berücksichtigt werden.

Zur Organisationsfrage und innerparteilichen Demokratie

DIE LINKE ist in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, der Friedensbewegung verwurzelt und dem Antifaschismus verpflichtet. Sie steht den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen nahe und schöpft aus dem Feminismus und der Ökologiebewegung. Sie versteht sich als plural und offen »für jede und jeden, die oder der gleiche Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen will«¹⁷⁵. Die Partei gliedert sich in Landesverbände, jedes Mitglied gehört zu einem Kreisverband, in der Regel zu dem seines Wohnsitzes. Die Linke hat umfassende Mitgliederrechte, darunter das Recht, sich innerparteilich mit anderen zusammenzuschließen, und das Antragsrecht an alle Organe der Partei, d. h. Einzelmitglieder können auch Anträge an den Bundestag stellen. Es gibt die Möglichkeit des Mitwirkens von Gastmitgliedern, denen nahezu alle Mitgliederrechte übertragen werden können, mit Ausnahme eines Stimmrechts bei Mitgliederentscheiden, Satzungsangelegenheiten, des passiven Wahlrechts bei Wahlen zu Vorständen und des aktiven Wahlrechts bei der Aufstellung von Kandidaten für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften. Innerparteiliche Zusammenschlüsse können frei gebildet werden. Sie werden auf Bundesebene akzeptiert, wenn diese von mindestens acht Landesverbänden als landesweiter Zusammenschluss anerkannt werden. Diese gestalten ihre Arbeit selbstständig, erhalten finanzielle Mittel und haben die Möglichkeit, Delegierte zu den Parteitagen zu wählen. Gegenwärtig gibt es auf Bundesebene 22 Zusammenschlüsse, darunter politische Strömungen (Kommunistische Plattform, Sozialistische Linke und Forum demokratischer Sozialismus), Arbeits- und Interessengemeinschaften, die zu spezifischen Themen der Linken arbeiten. Genannt seien hier z. B. die ökologische Plattform, die AG Betriebe und Gewerkschaften und die AG Friedens- und Sicherheitspolitik.

Zu allen politischen Fragen können Mitgliederentscheide (Urabstimmungen) stattfinden. Diese können von Landes- oder Kreisverbänden beantragt werden und müssen mindestens ein Viertel der Mitgliedschaft repräsentieren. Die Anträge können gestellt werden von acht Landesverbänden, 5.000 Parteimitgliedern, durch Beschluss von Parteitagen oder des Bundesausschusses. Die diskriminierungsfreie Gleichstellung¹⁷⁶ wie auch die Geschlechterdemokratie sind in der Bundessatzung festgehalten. Es gilt die Mindestquotierung von 50 Prozent Frauen. Mitglieder des Parteivorstands oder von Landesvorständen dürfen mehrheitlich nicht Mandatsträger auf Europa-, Bundes- oder Landesebene sein.

¹⁷⁵ Die LINKE (2007): Bundessatzung der Partei DIE LINKE. 1. Auftrag und Name der Partei, S. 5.

¹⁷⁶ Die diskriminierungsfreie Gleichstellung ist im Paragraph 9 der Bundessatzung verankert und bezieht sich auf die Verhinderung jeglicher Art von Diskriminierung als ein Grundprinzip der Partei. Im Absatz 2 heißt es: »Die Rechte von sozialen, ethnischen und kulturellen Minderheiten in der Mitgliedschaft, insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung, sind durch die Vorstände der Partei und der Gebietsverbände besonders zu schützen. Ihre Repräsentanz und Mitwirkung im Meinungs- und Willensbildungsprozess der Partei ist zu fördern.« In: Bundessatzung der Partei DIE LINKE, S. 10.

Zur Entwicklung der Partei

Die Balance in den Führungsgremien der Partei und die hohe Autonomie der Landesverbände prägten nicht nur den Fusionsprozess, sondern blieben bis heute der Weg, mit politischer und soziokultureller Heterogenität in der Partei umzugehen. Die beim letzten Bundesparteitag 2010 in Rostock gewählte Führungsspitze des geschäftsführenden Vorstands ist mit Ausnahme des Schatzmeisters doppelt und paritätisch Ost-West, WASG-PDS besetzt. Das gilt für den Vorsitz, die Stellvertreter, die Bundesgeschäftsführung und die Verantwortlichen für den Parteaufbau. Diese Regelung der Partieführung unter Einbeziehung der Landesvorsitzenden wurde als Lösung der sich Anfang 2010 verschärfenden Auseinandersetzungen verstanden, nachdem durch den Rückzug von Oskar Lafontaine und Lothar Bisky ein Machtvakuum entstanden war. Es ging um die Deutungsmacht und Ausrichtung der Partei, um ihre Rolle im Parteiensystem, ihre Funktion und ihren Gebrauchswert. Diese Fragen werden in der Partei, die noch immer ein Parteienprojekt zweier in wechselseitiger Abhängigkeit befindlicher Teilparteien ist, kontrovers diskutiert, verstärkt durch unterschiedliche Politik- und Parteienverständnisse, politische Biographien, Sozialisationen und divergierende politische Kulturen. Mit der neugewählten Führungsspitze wird dies sichtbar. Die entsprechende Verlängerung von Übergangsregelungen musste per Satzungsänderung vom Parteitag bestätigt werden. Um hierfür auf dem Parteitag die notwendige Mehrheit sicherzustellen – gebraucht wird für eine Satzungsänderung eine Zweidrittelmehrheit –, wurde vor dem Parteitag ein Mitgliederentscheid durchgeführt, an dem sich ca. 48 Prozent der Mitglieder beteiligten, von denen über 80 Prozent ihre Zustimmung gaben, und 94 Prozent sprachen sich auch dafür aus, dass das neue Parteiprogramm der Linkspartei bis Ende 2011 in einem weiteren Mitgliederentscheid zur Abstimmung gestellt wird.

Die Ausgangsbedingungen für den Fusionsprozess

PDS und WASG blieben im Mai 2005 bei den Wahlen in NRW deutlich unter der Fünf-Prozent-Hürde und damit unter ihren Erwartungen. Ein erfolgreiches, gesellschaftlich wie parlamentarisch einflussreiches Parteienprojekt als Alternative zur neoliberalen Sozialdemokratie mit dem Ziel einer solidarischeren Gesellschaft war für die WASG allein nicht durchsetzbar. Ihre Ressourcen waren relativ gering, die Ausdehnung auf die ostdeutschen Bundesländer, mit Ausnahme Berlins, blieb marginal. Die PDS konnte sich zwar nach ihrer Wahlniederlage 2002 in den beiden Jahren 2003/04 und sichtbar bei den Europawahlen 2004 stabilisieren, ihr Wiedereinzug in den Bundestag blieb aber unsicher. Darüber hinaus hatten sich ihre inneren Potentiale zu organisationspolitischer Erneuerung weitgehend erschöpft. Der Westaufbau kam kaum voran. Beide Parteien waren nicht zuletzt unter dem Druck vorgezogener Bundestagswahlen zur Kooperation »verdammte«. Dazu regelten die Kooperationsabkommen beider Parteien die Verfahren zur Gründung der neuen LINKEN. Im Mittelpunkt stand die gemeinsame Ablehnung der Agenda 2010 als Kern des neoliberalen Projektes des Sozial- und Demokratieabbaus.

Die notwendigen organisationspolitischen Fragen des Parteaufbaus und vor allem der strategisch-programmatischen Entscheidungen wurden angesichts der Wahlkämpfe 2008 und 2009 zurückgestellt. Die zu klärenden Fragen blieben offen und beförderten Prozesse der Selbstorganisation auseinandertreibender politischer Gruppen innerhalb einer Partei, die zusammengehalten wurde durch ihre Führungsspitze. Die sich herausbildenden Gruppierungen knüpften teilweise an jene der Quellparteien und deren interne Konflikte an und beförderten ihre Integration im neuen Parteienprojekt. Sie boten unter dem Dach der geeinten LINKEN Platz für unterschiedliche Diskurse, Projekte und konkrete Aktivitäten. Diese konnten einerseits in den Wahlkämpfen zu gemeinsamen Auftritten wie gegen Hartz IV, für Mindestlöhne, zur Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten, für friedenspolitisches Engagement und in neuer Qualität auch für Kooperationen mit sozialen Bewegungen wie mit denen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm zusammengeführt werden. Andererseits ermöglichten sie das Nebeneinander von divergierenden Politik- und Organisationsverständnissen, diversen Politikstilen, einer Vielfalt politischer Kulturen und kultureller Codes, die sich über konkrete politische Erfahrungen und in theoretischen Diskursen herausbildeten. Konkret bedeutete dies die Koexistenz von autoritären sozialstaatsorientierten, kommunistischen, trotzkistischen, linkssozialistischen oder reformistisch-libertären Gruppierungen. Diese beschreiben ihre Partei als antikapitalistisch oder kapitalismuskritisch, als Oppositionspartei zum Kapitalismus,

zum Neoliberalismus bzw. zur neoliberal ausgerichteten Sozialdemokratie, zur Verteidigung des Sozialstaates oder aber als systemkritische Partei, die an die Emanzipationspotentiale der bürgerlichen Gesellschaft anknüpfen will.

Mit der Entwicklung eines Teils dieser Gruppierungen zu formalen Parteiströmungen mit eigener Satzung, eigenen Gründungsdokumenten, Webseiten, Veranstaltungen, Konferenzen und Sommerschulen seit 2006 veränderte sich ihr Selbstverständnis. Sie wurden zu Akteuren der organisierten Macht- und Einflussnahme auf die Parteientwicklung und deren politischer Ausrichtung. Es ging um die Sicherung und Ausweitung des eigenen politischen Gewichts innerhalb der Partei, um die Durchsetzung der eigenen Kandidaten und letztlich um die Durchsetzung der eigenen Politikrichtung. Inhaltlich unterschiedliche Positionen wurden polarisierend gegeneinandergesetzt. Auf dem Europaparteitag 2009 präsentierte sich DIE LINKE kulturell als Kampfbund divergierender Strömungen. Anders der Parteitag zur Vorbereitung der Bundestagswahlen in Berlin 2009: Hier gelang es der LINKEN unter dem Druck der Wahlkämpfe, sich gemeinsam als die Partei der sozialen Gerechtigkeit zu profilieren, und sie untersetzte dies mit ihren bereits genannten vier Kernforderungen.

DIE LINKE präsentiert sich heute als konsequente Kraft für soziale Gerechtigkeit und Frieden. Sie konkretisierte dies u. a. mit ihrem Zehn-Punkte-Sofortprogramm nach den Bundestagswahlen. Sie wird damit jedoch noch nicht ihrem selbstformulierten Anspruch gerecht, die Systemfrage zu stellen. Hierzu fehlt die Verknüpfung aktueller Forderungen mit der Untersetzung ihrer »neuen sozialen Idee«. Einig ist man sich in der Ablehnung des Neoliberalismus, nicht aber in der Bewertung des Kapitalismus. Kapitalismuskritik und die Möglichkeiten zur Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen zum Kapitalismus werden unterschiedlich oder kontrovers definiert. Die Differenzen prägen divergierende Selbstverständnisse und Erwartungen an die Partei und ihre strategischen Partner, an die Reichweite politischer Strategien, Programmatik und Projekte. Sie spiegeln sich in den Dokumenten der verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Partei: antikapitalistisch oder kapitalismuskritisch, radikal und/oder reformerisch.

Worin bestehen die Unterschiede verschiedener linker Positionen?¹⁷⁷

Am Beispiel von vier zentralen und zugleich strittigen Fragen der Linken (Kapitalismus-Analyse, Repräsentanz gesellschaftlicher Konfliktlinien, Eigentumsfrage und die Frage linker Regierungsbeteiligung) sollen nachfolgend die unterschiedlichen linken Positionen innerhalb der Partei DIE LINKE aufgezeigt werden, die gegenwärtig vor allem im Rahmen ihrer Programmdebatten kontrovers diskutiert werden.

1. Die Analyse des Kapitalismus und gesellschaftliche Perspektiven

Die Positionen innerhalb der LINKEN unterscheiden sich bei der scheinbar einfachen Frage nach der Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit des Kapitalismus. Ist diese Fähigkeit lediglich die Folge der Ausbeutung von Mensch, Natur und Unterdrückung der Völker oder bedingt sie mit der Entwicklung neuer Produktionsweisen, neuer Technologien, neuer Produkte auch eine neue Qualität von Produktions- und Lebensweisen, die über ihn hinausweisen? Sind also seine Errungenschaften, wie die des Sozialstaates, Abkehr von der Normalität des Kapitalismus oder als nicht ausschließlich auf den Profit orientierter Bereich konstituierende Bedingung des kapitalistischen Systems, das selbst immer wieder umkämpft ist und ein Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzungen darstellt? Müssen die Linken auf den Bruch zielen oder müssen sie ihre Strategie und Programmatik auf die Zurückdrängung der Profitdominanz des Kapitalismus konzentrieren?

Antikapitalistische Positionen stellen vor allem die zerstörerischen Potentiale des Kasino- oder Raubtierkapitalismus, seine Unfähigkeit, auf die Herausforderungen gegenwärtiger Krisen zu antworten, in den Mittelpunkt ihrer Analyse. Die Fähigkeit zu Reformen diene lediglich der Anpassung an sich verändernde Existenzbedingungen oder sei Ergebnis von Klassenkämpfen. Hervorgehoben wird vor allem die krisenhafte Entwicklung des flexiblen, finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Eher reformorientierte Positionen beschreiben den Widerspruch zwischen seinen

¹⁷⁷ Die dargestellten Positionen finden sich in den programmatischen Dokumenten der jeweiligen Strömung.

produktiven Möglichkeiten und der realen Wirklichkeit gesellschaftlicher Verhältnisse. Andere wiederum gehen davon aus, dass sich trotz der vorherrschenden Kapitaldominanz, in deren Zentrum die Profitmaximierung steht, Bereiche herausbilden können, die nicht der Profitlogik unterliegen und daher unter veränderten hegemonialen Bedingungen alternative Entwicklungen befördern können. Folgerichtig wird von ihnen das Konzept für einen transformatorischen Prozess unterstützt, das sich nur in einer Praxis dialektischer Verflechtung reformerischer und revolutionärer Veränderungen realisieren kann.

Ebenso unterschiedlich wird der Sozialismus als gesellschaftliche Alternative interpretiert. Für die einen ist er noch immer Ziel, Weg und Wert, gemäß dem PDS-Parteiprogramm von 2003. Der Sozialismus wurde darin als eine Gesellschaft beschrieben, die sich dadurch auszeichnet, dass jede und jeder gleichen Zugang zu den Grundgütern eines freien und solidarischen Lebens habe. Das Ziel sei primär, über die Mittel müsse konkret und demokratisch entschieden werden. Freiheit sei Bezugspunkt sozialistischer Politik, Gleichheit das Maß der Teilhabe an Freiheitsgütern, also solchen, die einen sozial gleichen Zugang zu den elementaren Grundbedingungen eines selbstbestimmten, menschenwürdigen Lebens ermöglichen. Dazu gehören u. a. soziale und rechtliche Sicherheit, Gesundheit, Arbeit, Bildung, Kultur, gesunde Luft wie gesundes Wasser und vieles mehr.¹⁷⁸ Auf der Ebene konkreter parlamentarischer Politik, vor allem auf Länderebene, fehlt bisher die dialektische Verknüpfung von Ziel und Praxis, von Tagespolitik und gesellschaftlichen Alternativen, obwohl sich parlamentarische Vertreter immer wieder auf das „strategische Dreieck“ der Linkspartei beziehen:

erstens, die Erarbeitung einer alternativen Vision gesellschaftlicher Entwicklung (demokratischer Sozialismus),
zweitens, der Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau, Umweltzerstörung und Krieg und
drittens, die politische Gestaltung der Gesellschaft in und außerhalb der Parlamente.

Die Kunst linker politischer Strategien besteht darin, all dies mit der Entwicklung von Projekten zu verbinden, die Voraussetzungen für einen alternativen gesellschaftlichen Entwicklungspfad schaffen und für diese gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen.

2. Die Eigentumsfrage

DIE LINKE unterscheidet sich von den anderen Parteien, indem sie die Systemfrage als Frage nach den Eigentums- und Produktionsverhältnissen stellt. Die Herrschaft des kapitalistischen Privateigentums müsse durch dessen reale Vergesellschaftung überwunden werden. Die Aufhebung der kapitalistischen Eigentumsordnung bedeutet die Überführung aller wesentlichen Unternehmen in den Schlüsselsektoren bzw. aller strukturbestimmenden Unternehmen in öffentliches Eigentum. Einig ist man sich innerhalb der Linken darin, dass dies vor allem für die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Infrastruktur, der Netze von Energie und Information sowie für das Finanzsystem gilt. Unterschiedliche Positionen gibt es im Hinblick auf die Ausdehnung des öffentlichen Eigentums. Sollen z.B. alle Konzerne und vergesellschaftet werden? Oder braucht es auch einen gesellschaftlich relevanten unternehmerischen Sektor, der dezentral organisiert ist, im Wettbewerb stehende, effizient produzierende Wirtschaftseinheiten in eigener Verantwortung belässt und auf »eigene Rechnung« produziert? Kennzeichnet die sozialistische Eigentumsordnung die Überführung aller wesentlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum, oder aber meint eine sozialistische Eigentumsordnung eine Mehrsektorenwirtschaft mit starkem öffentlichem Sektor, der unter demokratischer Kontrolle steht?

3. Bezug auf Interessen und zentrale gesellschaftliche Konfliktlinien

Wessen Interessen soll die Linke vertreten? Soll sie Interessenvertreterin der Erwerbstätigen und Arbeitslosen sein, also Interessenorganisation, oder versteht sich die Linke als Vertreterin der Gesamtinteressen der Mehrheit der Bevölkerung? Klar ist, dass sich eine linke Hegemonie nur über die Artikulation und Bündelung verschiedener Interessen realisieren lässt. Klar ist auch, dass hierbei widersprüchliche Interessen zusammengeführt werden müssen, die auf unterschiedliche Weise gesellschaftliche Konfliktlinien aufgreifen, so wie die Lohnarbeiter und Arbeitslosen vor allem den

¹⁷⁸ Vgl. Parteiprogramm der PDS aus dem Jahr 2003.

Konflikt zwischen Kapital und Arbeit reflektieren. Die Dominanz dieses Konfliktes, von dem sich weitere wie die Frage der Geschlechterverhältnisse und letztlich auch die Lösung der ökologischen Probleme ableiten, wird vor allem von eher antikapitalistischen Positionen aus betont. Zentrale Aufgabe der Linken sei deshalb die soziale Gestaltung und gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und anderer gesellschaftlich notwendiger Arbeiten. Gleichberechtigung der Geschlechter bedeute vor allem gleichberechtigte Teilnahme an Erwerbsarbeit, gleiche Löhne, die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie. Linke Politik müsse in diesem Sinne klassenorientiert sein. Andere Positionen vertreten in der Partei jene, die den Anspruch erheben, emanzipatorisch zu sein, und deshalb den Wert der Freiheit auch als Freiheit von entfremdeter Arbeit im Kapitalismus verstehen. Folgerichtig fordern sie daher das Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen. Dieser Ansatz betont die Pluralität verschiedener Ausbeutungs- und Unterdrückungsformen, zu denen eine Pluralität solidarisch-emanzipativer Kämpfe entwickelt werden müsse, die alle gleichrangig und für die LINKE gleichermaßen wichtig seien. Nur so sei die Herstellung eines alternativen Mitte-Unten-Bündnisses möglich, zu dem emanzipativ-solidarische Gruppen der sozialen und kulturellen Mitte gehören, bedrohte Mittelschichten und Kerngruppen der Lohnabhängigen, Arbeitslose oder prekär Beschäftigte, Ausgegrenzte, Migranten und Flüchtlinge.

Wie auch immer die Ziele gesellschaftlicher Veränderung und konkrete Forderungen formuliert werden: Die darin beschriebenen Ansprüche – wie »realistisch und radikal, an die Wurzel gehend«, der Anspruch, politische Protest- und Widerstandskraft im bundesdeutschen Parteiensystem zu sein, oder aber der Anspruch, als linke gestaltende Kraft Politik aus den Parlamenten heraus mit sozialistischen Perspektiven zu verknüpfen, um so die Voraussetzungen für eine alternative Entwicklung zu schaffen – werden von der LINKEN als Gesamtpartei konzeptionell wie im praktischen Handeln bisher nur in Ansätzen eingelöst. Es fehlt ein kohärentes gesamtgesellschaftliches Konzept für einen sozial-ökologischen Umbau auf der Basis von veränderten Produktions- und Lebensweisen, individueller Selbstbestimmung und Solidarität. Gegenwärtig bestimmen die Tagesordnung der LINKEN vor allem die Verteidigung von sozialen und demokratischen Rechten, die mit wachsender sozialer Ungleichheit eingeschränkt werden, die Gefahr des Demokratieabbaus durch Verlagerung von Entscheidungen auf die Ebene der Exekutive wie bei den Rettungs- und Konjunkturpaketen auf Bundes- und Länderebene und die Abwälzung von Krisenlasten auf die Schultern vor allem der sozial Schwachen, insbesondere der Empfänger von Hartz IV und weiterer Bezieher von Sozialtransferleistungen. Die Linke positioniert sich als soziale Kraft gegen die sich ausweitende Prekarisierung der Arbeit, gegen Massenarbeitslosigkeit und als Verteidigerin eines leistungsfähigen Sozialstaates. Ihre Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft verbindet sie mit Forderungen nach Ausweitung demokratischer Mitbestimmung von Arbeitnehmern, einer Ausweitung gewerkschaftlicher Mitbestimmung und der Forderung nach Belegschaftseigentum.

4. Frage nach der Stellung im Parteiensystem, strategischen Partnern und linker Regierungsbeteiligung

Die Frage linker Regierungsbeteiligungen war für die neu gegründete LINKE eine von Anfang an strittige. Erinnert sei an den konkurrierenden Antritt der WASG in Berlin bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2006 gegen die Politik der rot-roten Koalition. Diese Frage beschreibt jedoch keinen Ost-West-Konflikt und ebenso wenig den Konflikt zwischen vermeintlich radikalen und reformerischen Strömungen innerhalb der LINKEN. Keine politische Strömung innerhalb der LINKEN lehnt die Beteiligung an Regierungen oder die Tolerierung rot-grüner Regierungen grundsätzlich ab. Weder in Hessen 2008 noch im Saarland und in Thüringen 2009 und auch nicht in Nordrhein-Westfalen 2010 wurde eine rot-rot-grüne Koalition auf Länderebene grundsätzlich ausgeschlossen. Das gilt auch für die Bundesebene. Diskutiert werden vielmehr die Bedingungen, unter welchen die Linke für eine Regierungsbeteiligung bereit ist. Das ist nicht neu, das galt bereits 2006 für Berlin. Als Essentials linker Politik formulierten die Berliner Linken vor ihrem Regierungseintritt: keine Studiengebühren, keine Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, Durchsetzung von ÖBS und Gemeinschaftsschule und eines Landesprogramms gegen Rechtsextremismus.

Unterschiedliche Auffassungen gibt es in der LINKEN dazu, ob und wie Haltelinien der Politik formuliert werden und wer darüber bestimmen soll. »Wir sind bereit mitzumachen, wenn der

Sozialabbau in Deutschland verbindlich im Bundesrat gestoppt wird.«¹⁷⁹ Im Programmentwurf der Linken werden die Bedingungen für linke Regierungen wie folgt formuliert: »Die Linke strebt nur dann eine Regierungsbeteiligung an, wenn wir hierdurch eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen erreichen können. Sie wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen vornimmt, Sozial- und Arbeitsplatzabbau betreibt. Darüber hinaus wird sich die Linke auf Bundesebene nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt.«¹⁸⁰

Strittig innerhalb der LINKEN vor allem zwischen jenen, die in ihr vor allem eine Kraft sehen, die außerparlamentarisch wirken soll, und jenen, die auf Landesebene linke Politik auch als Regierungspartei umsetzen wollen, ist der Ausschluss des Abbaus von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst. Dies sei – vor allem aus der Sicht der ostdeutschen Bundesländer – deshalb schwierig, weil dieser Ansatz die konkreten, völlig unterschiedlichen Bedingungen der Bundesländer negiere. Dazu gehöre in den ostdeutschen Bundesländern u. a. die massive Abwanderung – per saldo sind es jährlich rund 50.000, darunter vor allem junge Frauen. Die Zahl der Arbeitslosen ist noch immer doppelt so hoch, das Verdienstniveau liegt bei 70 Prozent, die Gewerkschaften sind wesentlich schwächer. Das Armutrisiko liegt in Baden-Württemberg bei zehn Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern bei fast 30 Prozent. Unberücksichtigt bleibt auch das unterschiedliche politische Kräfteverhältnis in den einzelnen Bundesländern. Dort, wo sich die Hochburgen der Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall befinden, z. B. in Baden-Württemberg, erhielt die Linke bei den Bundestagswahlen 7,2 Prozent. In Sachsen-Anhalt erhielt die Linke 32,4 Prozent, die Kraft der Gewerkschaften vor Ort ist sehr eingeschränkt, d. h. die Linke steckt in einem Dilemma, wenn sie z. B. die Frage des Eintritts in die Regierungsverantwortung, die sie in Sachsen-Anhalt anstrebt, an starke Gewerkschaften und an starke außerparlamentarische soziale Bewegungen bindet bzw. diese voraussetzt, die es aber vor Ort nicht gibt. Sie wurde als stärkste Partei gewählt, aber ihr organisiertes gesellschaftliches Umfeld ist zugleich schwach. Hierzu ein bundesweit einheitliches Vorgehen zu fordern, ist deshalb problematisch.

Linke Regierungen brauchen gesellschaftliche wie politische Akzeptanz. Diese ist – vor allem nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen in NRW 2010 – bisher nur in einigen ostdeutschen Bundesländern gegeben. Anfang 2010 begeistert neugegründete und gesellschaftlich schnell angenommene Crossover-Projekte, in denen sich Linke, Sozialdemokraten, Grüne, Vertreter von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen engagieren wollten, verloren wieder an Dynamik und politischer Bedeutung. Dennoch sollten Linke an diesen Projekten festhalten, auch zur Klärung von eigenen wie gemeinsamen Positionen, zur Entwicklung einer gesellschaftlichen Alternative, die Linke auch Sozialismus nennen.

Gegenüberstellung divergierender Positionen innerhalb der LINKEN

Position A	Gegenstand	Position B
Die Gesellschaft ist kapitalistisch, d.h. alle ihre Bereiche sind kapitalistisch – Veränderungen ergeben sich aus systemimmanenten Anpassungsprozessen oder sind die Folge von Klassenkämpfen, die zeitweilig bestimmte Übel abmildern.	Bild der gegenwärtigen Welt	Kapitalistische Gesellschaft entwickelt sich als Kampf zweier Tendenzen: einer dominierenden Kapitallogik und einer Soziallogik, die durch soziale, demokratische Kämpfe zur Geltung gebracht wird – die kapitaldominierte Gesellschaft hat Emanzipationspotentiale, an die Linke anknüpfen müssen.
Die Überakkumulationskrise führt zu ständig verschärfendem Wettbewerb zwischen kapitalistischen Hauptländern.	Krisendeutung	Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus ist mit einer umfassenden Zivilisationskrise verbunden, in der Finanzmarkt-,

¹⁷⁹ Oskar Lafontaine: Rede auf der 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE am 15. Mai 2010 in Rostock.

¹⁸⁰ DIE LINKE (2010). 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE, S. 24

Forciert werden eine radikale Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der abhängig Beschäftigten, Abbau und Privatisierung von Sozialsystemen und öffentlicher Daseinsvorsorge. ¹⁸¹		Wirtschafts-, Klima- und Ernährungskrisen zusammenkommen. Unterschiedliche Szenarien sind möglich: autoritärer Kapitalismus mit Demokratie und Sozialabbau, Green New Deal, sozialökologische Transformation.
Der Kapitalismus ist in neue expansive und aggressive Phase getreten.	Gegenwärtige Kräfteverhältnisse	Es ist zu einer organischen Krise des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus gekommen.
Primat des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit – andere leiten sich daraus ab.	Zentrale Konfliktlinien	Pluralität der Konflikte – Kapital-Arbeit, Rassismus, Sexismus, Nord-Süd-Konflikt.
Transformation der Gesellschaft wird als illusorisch abgelehnt, notwendig sei der Widerstand gegen den herrschenden Block, gegen Massenarbeitslosigkeit und der Kampf für den Erhalt und Ausbau des Sozialstaats.	Gesellschaftliche Perspektiven	Sozialismus als mittelfristig alternativlose Orientierung für die Linken. Demokratischer Sozialismus als transformatorischer Prozess. Solidarische Gesellschaft
Gesellschaftsordnung, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln überwunden wird durch reale Vergesellschaftung.	Sozialismus-Verständnis	Ziel, Weg und Werte gemäß PDS-Parteiprogramm 2003.
Wirtschaftsdemokratie, insbesondere demokratische Regulierung der Finanzmärkte. Alternative Wirtschaftspolitik mit Stärkung der Binnennachfrage.	Mittel/Wege	Sozialökologischer Umbau, Stärkung des Öffentlichen und umfassende Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.
Alle Formen des Eigentums an Produktionsmitteln sind in öffentliche Kontrolle und Mitbestimmung der Beschäftigten zu bringen; Überführung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft und Daseinsvorsorge in öffentliches Eigentum.	Eigentumsfrage	Plurale solidarische Eigentumsordnung; Beteiligung der unterschiedlichen Kräfte an der Verfügung (Belegschaften, Vertreter der Regionen, ökologische Interessen), ohne dabei die unternehmerische Eigenständigkeit aufzuheben.
Lohnabhängige (in Erwerb, Arbeitslosigkeit, Rente). Interessen der Nicht- und wenig Besitzenden innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft.	Wessen Interessen sollen vor allem vertreten werden (Zielgruppen)?	Mitte-Unten-Bündnis Parteienverständnis der LINKEN im Osten als Volkspartei, d.h. Politikangebote für alle, Aufbau politischer Mitte-Links-Bündnisse.
Verbesserung der konkreten Lebenslagen der Menschen. Regierungsbeteiligung ist zu	Regierungsbeteiligung	Verbesserung der konkreten Lebenslagen der Menschen. Regierungsbeteiligung dient

¹⁸¹ Vgl.: <http://www.antikapitalistische-linke.de/article/149.sondernewsletter-zur-finanzmarktkrise.html>; abgerufen am 1.7.2010.

knüpfen an Bedingungen: kein Sozialabbau, keine Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, kein Abbau des öffentlichen Dienstes, auf Bundesebene Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.		politischer Gestaltung von Politik zur Durchsetzung transformatorischer Projekte; Weg zur Veränderung innerer und äußerer Machtbalancen: strategisches Dreieck – Verbindung von Protest, Widerstand mit alternativen Projekten.
Keine Einsätze der Bundeswehr im Ausland (weder mit noch ohne UN-Mandat).	Friedenspolitik	Ablehnung nicht UN-mandatiertes Kampfeinsätze.
Zentrale Forderung: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Zugänge zur Erwerbsarbeit und deshalb zentral: Vereinbarkeit von Beruf und Familie; historisch: Frauenbewegungen sind politische Wurzel der Linken.	Geschlechterverhältnisse	Geschlechterverhältnisse sind kein Nebenwiderspruch, sondern gleichrangig mit anderen gesellschaftlichen Widersprüchen – gerichtet auf Auflösung traditioneller Geschlechterrollen. Geschlechtergerechtigkeit auch bei Erwerbsarbeit – Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums als »innere Landnahme«, stattdessen gesellschaftliche, staatliche und kommunale Verantwortung für Bildung, Gesundheit, Wasser und Energie; Ausbau des öffentlichen Dienstes.	Differenzen bei zentralen Forderungen	Keine Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge; Problematisierung von Verantwortung öffentlicher Eigentumsformen – der öffentliche Charakter allein reicht nicht; Umbau des öffentlichen Dienstes.
Zugang zur und gerechtere Verteilung von Erwerbsarbeit, Mindestlöhne, existenzsichernde Arbeitsplätze. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.	Arbeit	Zugang zu Arbeit in Würde und so, dass man davon leben kann, aber auch Problematisierung von entfremdeter Erwerbsarbeit unter kapitalistischen Bedingungen – gegen Arbeitszwang.
Vorrang kollektiver Werte wie Solidarität vor allem im Alltagsleben und Alltagsbewusstsein, nachrangig individuelle Werte. Freiheit durch Sozialismus.	Werte	Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur; Betonung der individuellen Freiheit. Sozialismus durch Freiheit.

Stéphane Sahuc

Die linken Parteien in Frankreich

Einleitung

Ob man es gerecht findet oder nicht, in Frankreich gründet sich das politische Leben auf eine Wahl, die Präsidentschaftswahl. Ironischerweise war es die linke Regierung Lionel Jospins, die die Bedeutung dieser Wahl noch verstärkte. Nachdem die Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre verkürzt worden war, um zeitlich mit den Parlamentswahlen zusammenzufallen, ließ der damalige Regierungschef Jospin per Abstimmung den Wahlkalender invertieren. Die Präsidentschaftswahlen finden nun fünfjährig systematisch vor den Parlamentswahlen statt; außer im unwahrscheinlichen Fall einer vorzeitigen Auflösung des Parlaments. Die Analyse Lionel Jospins beruhte im Jahr 2002 auf der Notwendigkeit seines Sieges über Jacques Chirac. Das Ergebnis war jedoch ein anderes: Die Linken nahmen nicht am zweiten Wahlgang teil, und Chirac wurde in Anbetracht des außerdem zur Wahl stehenden rechtsextremen Kandidaten Jean-Marie Le Pen mit 82 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Im Zuge der sich aus der Präsidentschaftswahl entwickelnden Dynamik gewann das konservative Lager auch die Mehrheit im Parlament. Jedoch schien die politische Revanche für 2007 vorprogrammiert zu sein, denn die französischen Sozialisten waren davon überzeugt, dass die seit 1981 geltende Regel auch diesmal funktionieren würde: Nie wurde eine regierende parlamentarische Mehrheit in der darauffolgenden Legislaturperiode wiedergewählt. Des Weiteren waren sich im Juni 2006 alle politischen Beobachter darüber einig, dass die bürgerliche Rechte die nächste Präsidentschaftswahl nur verlieren könne. Bei drei aufeinanderfolgenden Urnengängen unterlagen die Konservativen (bei den Regionalwahlen und den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 sowie beim Referendum über die Europäische Verfassung 2005); sie waren desavouiert durch eine breite – und erfolgreiche – Mobilisierung der französischen Jugend gegen den geplanten Ersteinstillungsvertrag (CPE – Contrat de Première Embauche), und innerhalb der eigenen Reihen zerstritten sich die Anhänger Chiracs und Sarkozys. Die bürgerlichen rechten Kräfte schienen keinerlei Chance zu haben, die französische Staatspräsidentschaft bei der nächsten Wahl verteidigen zu können. Das französische »Nein« beim Referendum zum Vertrag von Lissabon hatte zudem die Ablehnung vieler Franzosen gegenüber der Entwicklung hin zu einem »ultraliberalen« System gezeigt. Für viele war dieses System ein Synonym für die Zerschlagung der sozialen Sicherheit, für das Einknicken der Politik gegenüber der Wirtschaft und dem Dogma eines »freien und unverfälschten Wettbewerbs«. Alle Faktoren waren also vereinigt, um die Regierenden abzulösen. Eine Schneise schien sich für die Linke und die Sozialisten zu öffnen.

Nach einer grundlegenden Analyse der Situation integrierten der zukünftige Staatschef Sarkozy und seine Freunde der bürgerlichen Rechten jedoch das Konzept des »Bruchs« in ihre politische Rhetorik. Die Affirmation »Die Politik, der Staat kann einiges machen« stellte dabei das genaue Gegenteil des berühmten Jospin-Satzes »Der Staat kann nicht alles machen« dar.

Indem Nicolas Sarkozy seinen politischen Voluntarismus und den starken Staat in den Mittelpunkt seiner Wahlkampfreden stellte, suggerierte er den Franzosen, dass er sie beschützen würde. Der sozialen Unsicherheit stellte er eine entstaubte Variante des »sozialen Aufstiegs« entgegen, die sich von der »Leistungsgesellschaft« (um etwas zu erreichen, würde es genügen, »gut zu arbeiten«) und dem »Wert der Arbeit« nährte. Die ideologische Maschinerie zielte darauf ab, kollektive Solidarität zu entwerten und das individuelle Bemühen als einzigen Weg des »Zurechtkommens« zu skizzieren. Im Umkehrschluss gelang es den linken Kräften nicht, glaubwürdig auf die auf der fortschreitenden gesellschaftlichen Prekarisierung beruhenden Ängste der Bevölkerung und ihren Drang nach Absicherung und Sicherheit zu reagieren. Symptomatisch für diese »strategische Überlegenheit« der bürgerlichen Rechten ist das Gerede vom »Wert Arbeit« anstelle der Wertschaffung durch Arbeit; Nicolas Sarkozy erzeugt somit die Illusion, ein traditionell linkes und insbesondere kommunistisches Politikfeld zu besetzen. »Arbeit« entbehrt für ihn allerdings jeglichen Zusammenhangs mit Begrifflichkeiten wie Produktion, Schaffung von Reichtum und Vereinnahmung durch Kapitalisten. Wenn man der Arbeit jegliche Dimension der Ausbeutung nimmt, wird sie zu einem einfachen moralischen Element der bestehenden sozialen Ordnung. Sarkozys populistischer Diskurs unterscheidet zwischen denjenigen, die arbeiten und morgens »zeitig aufstehen«, und den anderen. Die »Moral« ist übrigens einer der Eckpfeiler der ideologischen Offensive der bürgerlichen Rechten

unter Sarkozy. Der marxistische Philosoph Jean Zin vertritt hingegen die Meinung, dass wir »von der Moral zur Politik übergehen sollten«, denn für ihn »ist Moral gefährlich, indem sie das Gute und Böse einander gegenüberstellt und so tut, als wären die Gründe subjektiv und nicht materiell«. Und der französische Staatspräsident unterstrich das – wie zum Beweis, dass der »Finanzkapitalismus moralisiert werden muss«. Ein Großteil der linken Kräfte befindet sich somit in einer Falle: Ein Kapitalismus mit menschlichem Antlitz, in gewisser Weise kontrolliert und eingegrenzt, um Exzesse zu vermeiden, ist das nicht auch ein Konzept des Linkoliberalismus?

Letztendlich führte 2009 der Mangel an linken Alternativen zu einem Wahlerfolg der bürgerlichen Rechten bei den Wahlen zum Europaparlament; nicht nur in Frankreich, sondern europaweit. Die Regierungspartei (UMP – Union pour un mouvement populaire) gewann in sämtlichen französischen Wahlkreisen. Die letzten Europawahlen markierten allerdings auch eine Zäsur im Kräfteverhältnis der Linken in Frankreich: das Auftreten von Europa Ökologie (französisches Parteienbündnis – Europe Ecologie) auf Kosten der Sozialistischen Partei (PS – Parti Socialiste) und des liberalen MODEM (Mouvement démocrate), die Niederlage der Neuen Antikapitalistischen Partei (trotskistische Ex-LCR NPA – Nouveau Parti Anticapitaliste) und der Kommunistisch-revolutionären Liga (LCR – Ligue communiste révolutionnaire) und das redliche Wahlergebnis der Linken Front (Front de Gauche), eines Wahlbündnisses bestehend aus der Französischen Kommunistischen Partei (PCF – Parti Communiste Français), der Linkspartei (Parti de Gauche) des ehemaligen Sozialisten Jean-Luc Mélenchon und der sich von der NPA abgesplitterten Einheitlichen Linken (Gauche Unitaire).

Die Grünen und Europe Ecologie (Europa Ökologie)

Kann die politische Ökologie eine reformpolitische Alternative gegenüber einer sich in Schwierigkeiten befindenden Parti Socialiste darstellen? Kann sie der Dreh- und Angelpunkt einer sich gegen Sarkozy neu zu definierenden Mitte-Links-Mehrheit werden? Das war nach den Wahlen zum Europaparlament 2009 in jedem Fall der Ehrgeiz, denn die gemeinsame Liste der Grünen (Les Verts) und verschiedener berühmter Persönlichkeiten (zum Beispiel der Globalisierungskritiker José Bové, die Antikorruptionsrichterin Eva Joly und Anhänger des Umweltaktivisten Nicolas Hulot) hatte mehr als 16 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können und war damit den Sozialisten dicht auf den Fersen. War dieser relative Wahlerfolg der Art der Wahlen und der Schwäche der PS geschuldet, und handelt es sich hierbei überhaupt um ein dauerhaftes Ergebnis? Und was sollte aus der Partei der französischen Grünen innerhalb der »neuen Organisationskraft« angesichts der von Daniel Cohn-Bendit eingeläuteten Strategie des Zusammenschlusses hin zur Mitte werden?

Im Zusammenhang mit der Restituierung der französischen Linken sowie im Sinne ihrer Wähler und Aktivisten möchte die Bewegung der politischen Ökologie natürlich eine tragende Rolle spielen: Sie kann sich aufgrund der Krise auf ein gestiegenes ökologisches Bewusstsein stützen; indem sie über dringende aktuelle Probleme hinaus auch die gegenwärtige Zivilisation und Gesellschaft kritisch hinterfragt, kann sie sich gleichzeitig als alleinige Antwortgeberin auf Fragen der notwendigen Veränderungen im Leben präsentieren. Außerdem unterbreitet sie Vorschläge, um »Politik auf eine andere Art und Weise zu machen«, und schlussendlich wendet sie sich über die traditionellen Parteigrenzen hinweg an Wähler jeglicher Couleur. Angesichts der relativ unklaren Strategien des Zusammenschlusses möchte die Ökologiebewegung auch im wahrsten Sinne des Wortes eine »zentrale« Rolle spielen, indem sie sich hin zur politischen Mitte bewegt oder ihre linke Verankerung affirmiert.

Analysiert man die Mitgliederzahlen der Verts, so ist ihr Potential nicht mit dem der »großen Parteien« zu vergleichen. Allerdings können sich die französischen Grünen auf einflussreiche Netzwerke in verschiedenen Bewegungen stützen, die in den 70er Jahren den Grundstein für die Entstehung und Gründung der Ökologiebewegung legten: Anti-Atomkraftbewegung, Bewegung für die Verteidigung der Papierlosen (Sans-papiers), Bauerngewerkschaft, verschiedene Initiativen von Globalisierungskritikern und Unterstützern einer gerechten Entwicklungszusammenarbeit. Auch wenn bei Aktivisten und Sympathisanten ein apolitischer Grundgedanke des »Weder-rechts-noch-links«-Seins fortbesteht, haben Les Verts als Partei klar Position im linken Lager bezogen. So haben sie sich zwischen 1997 und 2002 an den Regierungen der Vielfältigen Linken, einem Parteienbündnis (Gauche plurielle), beteiligt. Die Wahl des linken Lagers beruht also mehrheitlich auf der politischen Überzeugung, aber gleichzeitig auch auf einem gewissen Realismus, denn die grünen Abgeordneten sind abhängig von Wahlbündnissen. Les Verts verfügen dank 4,4 Prozent der Stimmen bei den

Parlamentswahlen 2007 über drei Abgeordnete in der französischen Nationalversammlung (Assemblée nationale) und sind darüber hinaus in den Regionalparlamenten vertreten.

Les Verts bekennen sich zu ihrer europäischen Identität, noch ehe sie auf der nationalen Zugehörigkeit bestehen. Nichtsdestoweniger war sich die Partei während des Referendums 2005 nicht einig: Die Mehrheit der Aktivisten sprach sich gegen den Vertrag von Lissabon aus und signalisierte so ihre Zugehörigkeit zum linken Lager. José Bové, einer der bekanntesten Befürworter des »Nein zu einem liberalen Europa«, machte dennoch 2009 gemeinsam mit Daniel Cohn-Bendit Wahlkampf.

Die entscheidende Herausforderung für die französischen Grünen im Kampf um eine Konsolidierung des sich verändernden Kräfteverhältnisses in der Linken besteht in der langfristigen Bindung ihrer Wähler. Dieses Ziel hat sich auch die Bewegung Europa Ökologie (Europe Ecologie) unter der Führung von Daniel Cohn-Bendit auf die Fahnen geschrieben. Jedoch ist es derzeit für die Verantwortlichen und Mitglieder der Les Verts undenkbar, sich aufzulösen und vollständig in der neuen Bewegung zu assimilieren. Damit die französischen Grünen dauerhaft eine unverzichtbare politische Größe innerhalb linker Mehrheiten darstellen können, geht es ihnen viel eher darum, aus dem Wahlerfolg der Europawahlen Kapital zu schlagen und die nach Neuerungen suchenden sozialistischen und Mitte-Links-Wähler ins grüne Lager zu ziehen. Aber noch ist die Schlacht nicht gewonnen. Die Gefahr einer Auflösung innerhalb eines großen Ganzen mit unscharfen Konturen ist groß und besteht real. Die Aktivisten der Grünen, die ihre Partei seit 1984 aufbauen, stehen also einer nicht zu unterschätzenden Herausforderung gegenüber.

Wahlen zum Europäischen Parlament

1989 3,4 Prozent // 1994 10,6 Prozent // 1999 9,72 Prozent // 2004 7,2 Prozent // 2009 16,3 Prozent 14 élus

Präsidentschaftswahlen

2002 Noël Mamère 5,25 Prozent 2007 Dominique Voynet 1,57 Prozent

Die Parti Socialiste (Sozialistische Partei)

Was bedeutet es, heutzutage in Europa Sozialist zu sein? Die große Krise, die die französischen Sozialisten zurzeit durchleben, trägt viele Merkmale der allgemeinen Krise der europäischen Sozialdemokratie: Identitätskrise, Abwendung des Volkes und die daraus resultierenden Konsequenzen in Bezug auf verschiedene Wahlen, Abweichung zwischen Realpolitik und den gestellten Erwartungen, Schwäche der Vorschläge gegenüber den sich durch die Krise verschärfenden Notwendigkeiten, fehlender Wandel und mangelnde Lösungen. Die Krise weist nichtsdestoweniger auch spezifische Charakteristika der französischen Sozialdemokratie auf. Interne Debatten wurden und werden durch sich wiederholende Wahlniederlagen seit der verlorenen Präsidentschaftswahl 1995 verschärft. Historisch ist die französische Linke zwar gegen eine Präsidentialisierung des politischen Systems, jedoch kann auch sie nicht ihren Auswirkungen auf das politische Leben und seine verschiedenen Instanzen entkommen. Unter François Mitterrand hat die Parti Socialiste selbst alle Mechanismen des französischen präsidentiellen Regierungssystems benutzt, um dauerhaft eine linke Hegemonie in der Gesellschaft zu verankern und die Polarisierung in zwei sich gegenüberstehende politische Lager voranzutreiben. Die zurzeit drängendste strategische Frage ist für die Sozialisten die Rückkehr an die Macht im Jahr 2012 (dann werden die nächsten Präsidentschaftswahlen stattfinden), und in diesem Zusammenhang geht es um die Herausforderung der Rückgewinnung der verlorengegangenen Wählerschaft innerhalb der Arbeiterklasse und die Wiederherstellung von gewissen Allianzen, außerdem um die Frage nach einem Projekt der Veränderung.

Die Sozialisten stehen diesen Problemen innerhalb eines sich ändernden Machtgefüges und eines im Wandel begriffenen politischen Umfelds gegenüber, beides gekennzeichnet durch die Volatilität der Wähler, die Veränderung traditioneller Bezugspunkte innerhalb der Bevölkerung und insbesondere der

Unterschicht. Die französische Linke befindet sich somit an einem Wendepunkt: Die längst vergangene Epoche der gemeinsamen linken Regierungsprogramme zu Beginn der 70er Jahre – 1971 hatte der Kongress von Épinal die Strategie der linken Einheit verabschiedet – wurde von einer neuen Periode abgelöst, eingeläutet durch die Wahlniederlage der Vielfältigen Linken (Gauche plurielle) im Jahr 2002. Gleichzeitig sieht sich die Parti Socialiste mit einer erstarkenden linken Konkurrenz sowie einer ökologischen Bewegung konfrontiert, die ihren Platz innerhalb der linken Parteienlandschaft festigen möchte.

In der öffentlichen Meinung gilt die PS derzeit als durch innere machtpolitische und personelle Querelen gespalten, gleichzeitig erkennt man kein mobilisierendes Konzept. Jedoch sollte an dieser Stelle unterstrichen werden, dass die Parti Socialiste die dominierende Kraft der französischen Linken darstellt. Die Sozialisten haben immer noch wichtige Machtpositionen innerhalb der Regionen und Kommunen inne: So regieren sie große Metropolen wie Paris und Lyon und haben den Vorsitz in 20 der 22 französischen Regionen – oft in Koalition mit Kommunisten und Grünen.

So wie alle anderen linken Kräfte in Frankreich sind auch die Sozialisten, sowohl ihre Mitglieder als auch die Wähler, traumatisiert. Das Trauma beruht auf der Wahlniederlage im Jahr 2002, als der sozialistische Kandidat nicht am zweiten Wahlgang teilnehmen konnte und seinen Platz Le Pen überlassen musste. Der Wahlsieg Nicolas Sarkozys über Ségolène Royal 2007 hat die Bestürzung noch verschärft, selbst wenn die französischen Sozialisten bei den letzten Kommunal- und Regionalwahlen erfolgreich waren. Allerdings bestätigte auch das historisch schlechte Ergebnis der letzten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 (die PS erhielt 16,48 Prozent der Stimmen) die Schwierigkeiten der Partei, ihren Einfluss bei landesweiten Wahlen wieder zu erlangen, denn diese Niederlage wiederbelebte interne Debatten und Spannungen. Es erscheint angebracht, daran zu erinnern, dass der Sieg des »Nein« beim Referendum zur Europäischen Verfassung im Jahr 2005 eine Trennung vom einfachen Wahlvolk darstellte, denn dieses hatte sich mehrheitlich gegen den Vertrag von Lissabon ausgesprochen.

In den 90er Jahren war der Verlust des Einflusses der PS innerhalb der Wählerschaft aus Arbeiterklasse und Unterschicht deutlich spürbar. 2007 wählten nur noch 25 Prozent der Arbeiter PS – gegenüber 41 Prozent 1988. Doch auch bei den Angestellten sank der Anteil von 37 Prozent auf 24 Prozent, bei den Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst verringerte er sich von 40 Prozent auf 29 Prozent, und nur 25 Prozent der leitenden Angestellten und Intellektuellen wählten PS (gegenüber 29 Prozent bei den vorherigen Wahlen). Selbst die Zusammensetzung innerhalb der verschiedenen Parteigremien und der soziale Background der Abgeordneten verschieben sich zugunsten der gehobenen Mittelschicht.

Die Zerrissenheit der Parteiführung, der Kampf um den Parteivorsitz und um den Spitzenkandidaten der Präsidentschaftswahlen 2002 stehen damit stellvertretend für die tiefgreifenden Diskussionen innerhalb der Parti Socialiste über die politische Programmatik, das Parteikonzept, mögliche linke Koalitionspartner und das Verhältnis zur politischen Mitte, zu den französischen Liberalen.

Als der Parteitag von Reims im November 2008 Martine Aubry, die Tochter Jacques Delors', zur neuen Parteivorsitzenden wählte und somit Ségolène Royal desavouierte, positionierten sich die Sozialisten damit gleichzeitig im linken sozialdemokratischen Lager der französischen Parteienlandschaft und favorisierten linke Allianzen. Frau Aubry sprach sich für »einen stark links verankerten Regierungssozialismus« aus. Daraufhin erreichte die PS mit 19 Prozent der Stimmen ein sehr gutes Ergebnis.

Ein Beobachter der Partei stellte fest, dass »sich die PS – jedes Mal, wenn sie eine Identitätskrise durchlebt – immer auf ihren linken Flügel stützt und ihre Kapitalismuskritik verstärkt«. Es war der Partei unmöglich, die sich verstärkende Ablehnung des Liberalismus und den Drang nach Veränderung zu ignorieren. Darüber hinaus ging es um das Hervorheben des Vorhandenseins einer starken Partei, einer Partei der Mitglieder und Aktiven, gegenüber der von Ségolène Royale favorisierten »modernistischen« Option einer Partei US-amerikanischen »demokratischen« Vorbilds, die vorrangig dem Zweck dienen sollte, bei anstehenden Wahlen einen Kandidaten zu unterstützen. Die Neuorientierung im linken Lager wurde im ersten Halbjahr 2009 deutlich sichtbar, als die PS aktiv an sozialen Bewegungen teilnahm und politische Aktionen zur Verteidigung des öffentlichen Dienstes und gegen die Privatisierung der Post unterstützte.

Letztendlich stellt sich das Problem einer Neugründung der Partei. Diese Frage ist unweigerlich mit den Debatten um die Zusammensetzung der gesamten französischen Linken sowie der Entwicklung

einer gemeinsamen Programmatik verknüpft. Welchen Weg kann diese Partei gehen, die 1971 von François Mitterrand mit dem Ziel der Machtergreifung gegründet wurde? Basierend auf der Vereinigung aller linken Kräfte, übte die PS letztlich eine Dominanz und Vorherrschaft aus, die ihre Partner schwächte.

Mit Beginn der Krise manifestierten sich innerhalb der Bevölkerung vielerlei Tendenzen: Ablehnung des Wirtschaftsliberalismus durch eine breite Masse bis hin zum Infragestellen des Kapitalismus, große Zukunftsangst – auch innerhalb der Mittelschicht, die sich bis dato sicher gefühlt hat – und großer werdender Widerstand gegen die Politik Sarkozys. Die Parteiführung der PS befindet sich allerdings in einer Zwickmühle. Einerseits erwartet die Bevölkerung reale Veränderungen und das Bekenntnis der PS zu ihrer Verwurzelung im linken Lager, andererseits gibt es Bestrebungen, die politische Orientierung hin zur Zentrumspartei zu verschieben, um die Chancen für einen nächsten Wahlsieg zu vergrößern. Die Parti Socialiste steht also dem Widerspruch zwischen ihrer möglichen politischen Neuorientierung in Hinblick auf mehr Realpolitik und den sich durch die Krise und das Scheitern des Liberalismus neu stellenden Fragen gegenüber: Geht es einfach nur um das Ablösen der bürgerlichen Rechten oder um eine grundlegende Veränderung der Politik, die sich mit den Gründen der Krise und eventuell notwendigen, den Kapitalismus infrage stellenden, Strukturreformen auseinandersetzt? Die politische Antwort findet sich in der Wahl möglicher Koalitionspartner. Diese Wahl stellt die Partei und ihre Wähler allerdings vor große Herausforderungen, denn trotz der Bekräftigung der Verankerung im linken Lager erhitzt und teilt sie die Gemüter. 68 Prozent der Wähler und Sympathisanten der Parti Socialiste bevorzugen linke und sogar linksextreme Allianzen, 89 Prozent sind für eine Annäherung an ökologische Bewegungen, und 56 Prozent befürworten eine Öffnung hin zur politischen Mitte.

Es stehen wichtige Wahlen bevor, deshalb ist für die von einer tiefen Krise geschüttelten französischen Sozialisten derzeit eine grundlegende politische Entscheidungsfindung unumgänglich. Sie haben die Wahl zwischen der einfachen Machtübernahme von der bürgerlichen Rechten oder einer von Führungsansprüchen freien, tiefgreifenden Zusammenarbeit mit anderen linken Kräften im Kampf um eine wahre fortschrittliche Alternative. Letzteres würde bedeuten, auch wirklich zu einem Bruch mit der liberalen Politik zu stehen und den Imperativ einer grundlegenden Erneuerung des europäischen Gedankens, bis hin zu einem sozialen und demokratischen Wiederaufbau, zu akzeptieren.

Die Parti Communiste Français (Kommunistische Partei Frankreichs)

Die Ergebnisse der Befragung der Mitglieder der Kommunistischen Partei Frankreichs, der PCF, die im November 2009 durchgeführt wurde, um über die Wahlkampfstrategie der im März 2010 stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament zu entscheiden, ermöglichen es, ein sehr genaues Bild der aktuellen Situation und inneren Widersprüche der französischen Kommunisten zu zeichnen.

63 Prozent der regelmäßig Beiträge zahlenden Parteimitglieder, ca. 44.000 Personen, nahmen an der Befragung teil. Nach Angaben der Parteiführung der PCF¹⁸² »zählt die Kommunistische Partei Ende des Jahres 2009 134.000 Mitglieder. [Nicht alle Mitglieder zahlen fristgerecht ihre Mitgliedsbeiträge.] Diese Zahl drückt eine relative Stabilität der Mitgliederzahlen seit 2005 aus«. »Seit dem Jahr 2005 schwankt die Anzahl der jährlichen Parteieintritte zwischen 5.000 und 6.000«, versichert die Führung der Partei, die jedoch keine genauen Angaben über diese neuen Mitglieder machen kann, »derzeit gehen wir davon aus, dass die Hälfte dieser neuen Parteimitglieder unter 30 Jahre alt ist«.

Im Vergleich zu den anderen politischen Parteien in Frankreich sind die Anzahl und Verteilung der Mitglieder der PCF landesweit signifikant. Zur Erinnerung: Die Nouveau Parti Anticapitaliste hat über 5.000 Mitglieder, die französischen Grünen 8.000, die Parti Socialiste 203.000, von denen jedoch im August 2009 nur 64.000 vollständig ihre Mitgliedsbeiträge gezahlt haben. Dieser Vergleich zeigt, dass die Parti Communiste Français eine wichtige Größe innerhalb der Parteienlandschaft darstellt und

¹⁸² »Communistes« [Kommunisten], wöchentliche Austausch- und Kommunikationsbeilage der Tageszeitung Humanité.

wegen der großen Anzahl Aktivisten nicht unterschätzt werden sollte. Entgegen der landläufigen Meinung und des alljährlich in den Medien angekündigten Todes der PCF verfügt sie über eine große Anzahl von Mitgliedern, einen enormen Aktionsradius und eine nicht zu verachtende Schlagkraft. Nichtsdestoweniger schrumpft der Einfluss der Kommunisten mit jeder Wahl, und man hat den erschreckenden Eindruck, dass selbst die Wählerschaft der PCF vom Aussterben bedroht ist: Seit 1983 lag der Anteil der 18- bis 25-jährigen Wähler konstant unter 3,5 Prozent. Der Großteil der kommunistischen Wähler ist demnach 65 Jahre alt und älter, jedoch gibt es unter den 45- bis 55-Jährigen einen harten Kern von PCF-Wählern. 1997 betrug die Anzahl der Wahlbezirke, in denen die Kommunisten über fünf Prozent der Stimmen bekamen, 473; schon zehn Jahre später waren es nur noch 145 Wahlbezirke. Innerhalb dieser Schnittmenge sank die Zahl von Wahlbezirken, in denen die PCF über 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte und damit automatisch im zweiten Wahlgang vertreten war, von 60 im Jahr 1997 auf 32 im Jahr 2002 und schlussendlich auf 23 Wahlbezirke 2007.

In einem für die Stiftung Fondation Gabriel Péri verfassten Artikel analysierte der Historiker Roger Martelli die Wahlergebnisse der kommunistischen Kandidaten bei den Parlamentswahlen im Jahr 2007. »In Bezug auf die Wahlen 2002 verliert die PCF in 284 Wahlkreisen Stimmen und kann gleichzeitig in 204 anderen Kreisen ihre Ergebnisse festigen bzw. verbessern. 2002 gab es in ca. 60 Wahlkreisen keine kommunistischen Kandidaten. Für 2007 gilt: Die Parti Communiste Français verliert in 12 Wahlkreisen über 10 Prozent der abgegebenen Stimmen und kann nur in einem Wahlkreis über 10 Prozent gutmachen; in 8 Wahlkreisen gewinnt sie mehr als 5 Prozent hinzu, verliert allerdings in 25 Wahlkreisen mehr als 5 Prozent der Stimmen.«

Seit 1997 haben die französischen Kommunisten in 400 Wahlkreisen mindestens die Hälfte ihres Wählerpotentials verloren, nur in 13 französischen Wahlkreisen blieb die Anzahl der PCF-Wähler gleich oder vergrößerte sich. Die generelle Tendenz des Verfalls wurde durch die Parlamentswahlen 2007 aufgehalten, jedoch nicht unterbrochen. Allerdings verschärfte sich der Abstand zwischen den wenigen Wahlkreisen mit einem hohen Anteil an PCF-Wählern und dem überwiegenden Teil der französischen Wahlkreise, in denen nur noch sehr marginal kommunistisch gewählt wird. Die sinkende Stimmenabgabe für die Parti Communiste auf nationaler Ebene wird also durch die Wahlen 2007 bestätigt. Und Martelli fügt hinzu, dass »der Anteil der abgegebenen Wählerstimmen 1978 nicht in einem einzigen französischen Departement unter 5 Prozent lag, heute ist das allerdings in 69 von ihnen der Fall. Des Weiteren kommt die PCF 1997 in keinem Departement mehr über 15 Prozent, obwohl die Partei diese Grenze 1978 noch in 72 von ihnen überschreiten konnte. In 25 Departements konnte die PCF sogar über 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. [...] Seit 1997 hat die französische Kommunistische Partei ungefähr die Hälfte ihres Wählerpotentials bei Parlamentswahlen verloren. In 62 Departements liegt der Verlust über diesem Mittelwert, in 27 von ihnen liegt er sogar um zwei Drittel darüber.«

Die von Martelli angesprochene Verringerung des Einflusses der PCF auf nationaler Ebene und der damit einhergehende Stimmenverlust gelten unter Berücksichtigung bestimmter Abweichungen auch für andere Wahlen.¹⁸³ Die Parti Communiste ist sicher nicht die einzige französische Partei, die wahlbedingten Unterschieden und sich wandelndem Wählerverhalten unterworfen ist, jedoch sind diese Schwankungen bei anderen Parteien nicht so stark ausgeprägt. Paradoxerweise verfügt die PCF trotz dieser nationalen Verluste über eine große Anzahl von Abgeordneten: Über das gesamte französische Territorium verteilt sind es etwa 11.000 – von Gemeinderatsmitgliedern über

¹⁸³ Beispiel: die Entwicklung der Wahlergebnisse der PCF in Calais, einer Kleinstadt im nördlichen Verwaltungsbezirk und Departement Pas-de-Calais mit historisch großem kommunistischem Einfluss. In dieser Stadt variieren die Ergebnisse der Kandidaten der PCF auf einer Skala von eins bis 10: Henin – 47,23 Prozent im 1. Wahlgang der Kommunalwahlen 2001, Hue – 8,62 Prozent im 1. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2002, Bocquet – 19,54 Prozent bei den Regionalwahlen 2004, Henin – 40 Prozent bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004, Buffet – 4,5 Prozent im 1. Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2007, Gisèle Cocquerelle – 15,66 Prozent und Marcel Levaillant – 14,3 5 Prozent jeweils im sich in Calais befindlichen 6. und 7. Wahlkreis des Pas-de-Calais anlässlich der Parlamentswahlen 2007, 74,36 Prozent Nein-Stimmen beim Referendum zum Vertrag von Lissabon. Und ohne den Schock zu vergessen: die PCF erreicht im 1. Wahlgang der letzten Kommunalwahlen 2008 37,7 Prozent der Stimmen. Das führt jedoch zu einem Wahlsieg der Regierungspartei UMP im 2. Wahlgang.

Parlamentsabgeordnete bis zu Senatoren.

Die territoriale Verankerung der Kommunisten in Frankreich erlaubt es ihnen, einen gewissen politischen Einfluss zu wahren. Abgeordnete zu haben, an der Macht teilzuhaben und in institutionellen Gremien vertreten zu sein, ist für die Kommunisten seit jeher wichtiger und fester Bestandteil ihrer Strategie. Seit Gründung der PCF beschäftigt die Frage nach der Macht- und Regierungsbeteiligung die Gemüter, ähnlich wie innerhalb der sozialistischen Bewegung, die diese Frage schon seit Ende des 19. Jahrhunderts beschäftigt. Die PCF kann im Übrigen auf die Erfahrung mehrerer Regierungsbeteiligungen zwischen 1945 und 2002 zurückblicken und zeichnet sich damit gegenüber den anderen westeuropäischen kommunistischen Parteien besonders aus. 1945 gewannen die Kommunisten beispielsweise die Wahlen, sie konnten 26 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen und stellten mehrere Minister; nach den Wahlen 1981 und 1997 war ihr Einfluss innerhalb der jeweiligen Regierungen begrenzter. Darüber hinaus war die PCF über ihre Delegierten und Verantwortlichen der linken Gewerkschaft CGT zeitweise sehr stark in Organisationen der Sozialversicherung und in Personalvertretungen großer staatlicher Betriebe vertreten. Die Wahlniederlage des Parteienbündnisses Vielfältige Linke (Gauche plurielle) im Jahr 2002 hat innerhalb der PCF zu erneuten Diskussionen über Regierungsbeteiligungen geführt. Der Misserfolg läutete ebenfalls das Ende des in den 90er Jahren durch den damaligen 1. Sekretär der PCF Robert Hue begonnenen Versuchs einer tiefgreifenden Umgestaltung seiner Partei ein, des Projektes »Veränderung«.

Der Wunsch der PCF nach Regierungsbeteiligung und Teilhabe an lokaler und nationaler Exekutive bleibt aufgrund der Hoffnung auf »schnelle Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen« verständlich und begründbar, jedoch bestimmten viele Fragen und Widersprüche bezüglich der Idee einer »linken Union« lange die strategischen Debatten der PCF. So mutierte die Frage nach Allianzen mit anderen Parteien oft von taktischen Gesichtspunkten zu generellen strategischen Diskussionen. Die Koalition mit der SFIO (Section française de l'Internationale ouvrière – Französische Sektion der Arbeiter-Internationale) und der Radikalen Partei (Parti Radical) während der Volksfront in den 30er Jahren begründete man innerhalb der Kommunistischen Bewegung mit dem Einfluss der politischen Partner innerhalb der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. In den 60er und 70er Jahren setzte sich in Frankreich bei allen Wahlen das Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen durch. Zu dieser Zeit wurde die verstärkte Zusammenarbeit mit den Sozialisten der PS, die sich damals im Bruch zum Kapitalismus befanden, mit dem Argument begründet, dass man erst einmal gemeinsam auf lokaler und landesweiter Ebene die bürgerliche Rechte zurückdrängen müsse.

Die heutige Situation ist komplexer denn je, auch wenn sie nach dem 29. Mai 2005 und dem überwältigenden Nein zur Europäischen Verfassung einfach erschien. Die Nein-Wähler kamen überwiegend aus dem linken politischen Lager, aus der Arbeiterklasse und waren jung. Sie hatten ihre Wahlentscheidung aufgrund ihrer antiliberalen Einstellung getroffen. Theoretisch müsste also ein gemeinsam aufgestellter Kandidat – hervorgehend aus linken Organisationen und Persönlichkeiten, die während der Kampagne zum Volksentscheid für das Nein operiert hatten – bei den Präsidentschaftswahlen 2007 die Stimmen sämtlicher Linkswähler auf sich vereinigen können. Dieser Zusammenschluss sollte es ermöglichen, eine linke Alternative zur Parti Socialiste darzustellen. Diese »Strategie« endete mit einer Niederlage.

Die Überbewertung der Präsidentschaftswahlen im politischen Leben Frankreichs führt dazu, dass politische Parteien und Individuen, die politischen Einfluss nehmen möchten, diese Wahlen zum wichtigsten Knackpunkt überhaupt stilisieren. Dementsprechend ist die »linke Union des Neins« an internen Rivalitäten zerbrochen. Noch nie vor den Wahlen 2007 gab es links von der PS so viele Präsidentschaftskandidaten und schlechte Ergebnisse. Marie-George Buffet, Kandidatin der Kommunisten, erzielte mit 1,93 Prozent der Stimmen das historisch schlechteste Ergebnis für ihre Partei bei einer Präsidentschaftswahl. Mit dem Versuch, anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 erneut eine linke Front (Front de Gauche) aufzustellen, profitierten die französischen Kommunisten von der Gründung der Linkspartei (Parti de Gauche) durch den ehemaligen Sozialisten Jean-Luc Mélenchon, um sich von ihrem schon lange währendem Dilemma zu befreien, das da lautete: »Entweder mit der PS koalieren oder untergehen!«

Doch kommen wir zurück zur Mitgliederbefragung am 19., 20. und 21. November 2009. Insgesamt 78,7 Prozent der Mitglieder der Kommunistischen Partei Frankreichs sprechen sich für die Aufstellung von gemeinsamen Wahllisten innerhalb der sogenannten Front de Gauche aus; 16,4 Prozent der

Befragten sind für gemeinsame Listen mit den Sozialisten bereits ab dem ersten Wahlgang, und 4,5 Prozent der Mitglieder vertreten die Auffassung, dass die PCF im 1. Wahlgang ihre eigenen Kandidaten aufstellen sollte. Nach einer detaillierten Analyse, und bezogen auf die nächsten Wahlen in Frankreich, entschieden sich die Kommunisten nur in fünf französischen Regionen dafür, sich in gemeinsamen Listen mit den Sozialisten aufstellen zu lassen. In 17 weiteren Regionen werden PCF und die Linkspartei gemeinsame Listen aufstellen, in Zusammenarbeit mit der Vereinigten Linken und einzelnen, kleinen weiteren Linksformationen. Im Gegensatz dazu war die PCF 2004 in 14 Regionen gemeinsam mit den Sozialisten aufgetreten, und das bereits ab dem ersten Wahlgang.

Die Strategie der linken Front hat allerdings auch mit innerparteilichen Gegnern zu kämpfen. Einige PCF-Anhänger sind der Meinung, die Front de Gauche stünde in Konkurrenz zur restlichen linken Bewegung, und sie wollen diese Grabenkämpfe nicht noch verstärken. Allerdings handelt es sich ja nicht um ein konjunkturelles Phänomen, sondern um eine bewusst gewählte politische Strategie. Marie-George Buffet definiert ihr Ziel folgendermaßen: »Zeigen, dass es eine Alternative für den ersten Wahlgang gibt und den Cursor nach links verschieben. Im zweiten Wahlgang vereint sich dann die gesamte Linke, um die Mehrheit zu erzielen.«

Die Kommunisten nehmen mit ihrer Annahme, dank der Linksfront in ganz Frankreich wieder politischen Einfluss ausüben zu können, ein sehr hohes Risiko auf sich. Sie hoffen, auf diese Art und Weise ihre Wahlergebnisse und die Stimmenabgabe für ihre Partei »wieder nationalisieren« zu können und ihren Untergang zu verhindern. Inmitten von Debatten über künftige Allianzen und über die eigene Veränderung befindet sich die PCF noch auf der Suche nach sich selbst, ihrer gesellschaftlichen Funktion und ihrer Zukunft.

Die Parti de Gauche (Linkspartei)

Die von Jean-Luc Mélenchon – Ex-Senator und ehemaliger Verfechter linker Strömungen innerhalb der Parti Socialiste – gegründete Parti de Gauche (PG) ist der neue Stern der linken Galaxie Frankreichs. Mélenchon gründete die Partei nach Vorbild der deutschen DIE LINKE, um die »andere Linke« zu versammeln. Seit Jahren sprach er von einer Emanzipation von der PS, die sich seiner Meinung nach auf einer liberalen Irrfahrt befindet. Als einer der Hauptverantwortlichen der Kampagne des »Neins« zur Europäischen Verfassung glaubt er, dass es möglich sei, den während dieser Kampagne herrschenden Enthusiasmus und die relative Gleichheit aller »linken Kräfte des Neins« wiederzubeleben. Mélenchon wagte anlässlich des Kongresses der Sozialistischen Partei Frankreichs im November 2008 den Sprung ins kalte Wasser. Am Morgen nach der Verabschiedung der hauptsächlich von Ségolène Royal eingebrachten politischen Anträge verließ er die PS, um seine eigene politische Partei zu etablieren. Sein Vorbild war Oskar Lafontaine, ehemaliger Parteivorsitzender der SPD und Mitbegründer der Partei DIE LINKE, seine Wahlerfolge in Deutschland hatten Mélenchon inspiriert. Allerdings ist es der PG bisher nicht gelungen, eine signifikante Anzahl von Mitgliedern der linken Strömungen innerhalb der PS zu einem Parteiübertritt zu bewegen. Das ist ihr auch mit ehemaligen Kommunisten – auf der Suche nach einer politischen Alternative – nicht geglückt, ebenso wenig mit linken Vertretern der Grünen, obwohl sich die Ex-Grünen-Abgeordnete Martine Billard mit der PG verbündet hat.

Aktuell verfügt die PG über einige Tausend Mitglieder und existiert hauptsächlich aufgrund der großen medialen Präsenz ihres Parteichefs. Mélenchons Hauptziel ist der Aufbau einer Partei, die mit der PS auf Augenhöhe konkurrieren kann und somit die Vormachtstellung innerhalb der Linken in Frankreich einnehmen könnte. Es ist außerdem sein Ziel, die Präsidentschaftswahl im Jahr 2012 zu gewinnen. Die Taktik der PG beruht laut Aussagen ihres Vorsitzenden darauf, »ein linkes Gegengewicht zu schaffen und gleichzeitig die Führung im linken Lager zu übernehmen. Unsere Mittel waren der Zusammenschluss mit anderen linken Bewegungen und die Entwicklung eines klaren, alternativen Programms, um so eine größtmögliche Anzahl linker Wähler für uns zu begeistern«. Seiner Meinung nach sind die Wendung zum Zentrum und die damit einhergehende Demokratisierung der PS (nach US-amerikanischem Vorbild) bereits vollzogen. Allerdings zeugen einige Taten und Fakten davon, dass Mélenchons Auffassungen zum Teil umstritten sind und auch innerhalb der Linken diskutiert werden – so z. B. sein Appell in Richtung des Parteienbündnisses Europe Ecology und dessen Vorsitzenden Daniel Cohn-Bendit, obwohl dieser 2005 für ein »Ja« zur Europäischen Verfassung aufrief und einer der dem Zentrum zugewandtesten grünen Politiker ist;

weiterhin ist Cohn-Bendit dafür bekannt, zeitweise am rechten Rand der französischen Ökologiebewegung zu schwimmen.

Der Appell Mélenchons in Richtung Cohn-Bendit wirft also Fragen darüber auf, welchen Platz die Parti de Gauche innerhalb der französischen Linken einnehmen möchte und wird. Wo liegt hierbei die Kohärenz zu Mélenchons Willen, die Präsidentschaftskandidatur »links von den Linken« zu repräsentieren? Das offensichtliche Ziel der PG ist es, nach dem Vorbild der deutschen Linkspartei eine linke Partei zu sein und diese mit Leben zu erfüllen, gemeinsam mit Sozialisten, Kommunisten und Aktivisten der linksextremen Szene. Allerdings steht der PG, angesichts der Unsicherheiten innerhalb der gesamten Linken und des unterschiedlichen Kontextes im Vergleich zu Deutschland, noch viel Arbeit bevor.

Die Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA – Neue Antikapitalistische Partei)

Die Neue Antikapitalistische Partei (NPA) entspringt einem starken Bezug zum Kommunismus und zur Revolution. Anfang 2009 löste sich die bis dahin existierende Kommunistisch-Revolutionäre Liga (LCR – Ligue Communiste Révolutionnaire) auf, um gleich darauf aus ihrer eigenen Asche aufzuerstehen und als NPA zu erscheinen. Hinter der Bewegung Arbeiterkampf (Lutte Ouvrière) und ihrer charismatischen Vorsitzenden Arlette Laguiller hatte die LCR lange den Ruf, nur die Reste des französischen Trotzkismus aufzusammeln. Unter der Führung der nicht weniger starken Persönlichkeit Olivier Besancenot nimmt die LCR also eine neue Identität an. Der sich auf seine Aura und sein Charisma beziehende Postangestellte Besancenot verschreibt sich seit Gründung der NPA der Konsolidierung seiner Partei. 2007, anlässlich der letzten Präsidentschaftswahlen, erreichte Besancenot unter dem Banner der LCR 4,25 Prozent der Stimmen und platzierte sich als bester linker Kandidat hinter den Sozialisten. Zum ersten Mal schnitt ein LCR-Kandidat damit besser ab als die Kommunisten und deren Parteivorsitzender Marie-George Buffet. Seither wird Besancenot in den Medien als bester und aussichtsreichster Gegenkandidat zum aktuellen Präsidenten Nicolas Sarkozy gehandelt. Abhängig von den jeweiligen Meinungsforschungsinstituten liegt seine Popularität bei 45 Prozent bis 60 Prozent. Der Vorsitzende der NPA, ermutigt durch seine Popularität und angesichts des politischen Kontextes der Neuorientierung innerhalb der linken französischen Parteienlandschaft, versucht seine Führungsposition innerhalb der »radikalen Linken« zu festigen.

Ob es um die Krise der politischen Repräsentation ging, um das Infragestellen des vom Parteienbündnis Gauche plurielle Erreichten, die schlechten Wahlergebnisse der französischen Kommunisten, die Wirtschaftskrise, die ideologischen Grabenkämpfe bei den Sozialisten, die Personifizierung der Macht des Präsidenten Sarkozy, das Auftauchen neuer Formen staatsbürgerschaftlichen Engagements: Die Führung der Kommunistisch-Revolutionären Liga nutzte die Gunst der Stunde, um eine neue Partei ins Leben zu rufen, die sich auf politische Werte der Antiglobalisierung und des Antikapitalismus beruft. Eine Partei, deren Bild weniger historisch besetzt ist und der es gelingen könnte, dort erfolgreich zu sein, wo andere Niederlagen einstecken mussten. Des Weiteren versucht sie, eine neue Parteikultur innerhalb der NPA zu etablieren. Inhaltlich werden allerdings weiterhin traditionelle Positionen verteidigt, besonders in Bezug auf Fragen der Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften und der Beziehung zur Macht und zu den Herrschenden.

Im Hinblick auf ihre Strategie des Sammelns sprach sich die Neue Antikapitalistische Partei schon im Vorfeld für »lang anhaltende Einigungen« mit »allen politischen Kräften« aus, die antikapitalistische Ideen vertreten – unter der Voraussetzung einer totalen Unabhängigkeit von der Parti Socialiste. Dieses Argument nutzte Besancenot übrigens einige Monate nach Gründung der NPA, um seine Ablehnung gegenüber dem sich für die Europawahlen situierenden Parteienbündnis der Linksfront (Front de Gauche) zu begründen. Doch die Strategie von Olivier Besancenot zeigt Risse. Seine Partei erreichte nur 4,8 Prozent der Stimmen und landete somit hinter der Linksfront. Nun erscheint er vielen, auch innerhalb der eigenen Reihen, als »Spalter« einer linken Bewegung, die sowieso noch nach Einigung ringen muss. Es wird vermutet, dass die NPA innerhalb eines Jahres bereits die Hälfte ihrer neuen 9.000 Mitglieder wieder verloren hat. Dieser Mitgliederverlust beruht teilweise auf den Wahlkampfstrategien der NPA und ihrer Weigerung, an einem breiten Linksbündnis mit Beteiligung der Sozialisten mitzuwirken, obwohl viele der neuen NPA-Aktivisten einer linken Einheitsfront positiv gegenüberstehen.

Vor den französischen Regionalwahlen wurde die NPA wiederholt gebeten, sich an der Linksfrent zu beteiligen; sie lehnte es jedoch ab und verschärfte so ihre Strategie der unvereinbaren »zwei Linken«, obwohl die sich verschlimmernde Wirtschaftskrise die Rufe nach einer linken Einheit immer lauter werden ließen. Man kann übrigens beobachten, dass Besancenot und seine Parteifreunde in offiziellen Diskursen nie das Wort »Abgeordneter« benutzen, denn Besancenot möchte »Kämpfe und Widerstände im Rahmen eines Wahlkampfes weiterführen«. Und sein Wahlkampfleiter erklärt: »Wir wollen eher ein Wahlergebnis, nämlich über fünf Prozent, als Abgeordnete.« Angesichts der aktuellen politischen Situation in der Wirtschaftskrise und in Anbetracht der Parteienlandschaft innerhalb des linken Flügels erscheint es durchaus möglich, dass sich die von Besancenot initiierte »radikale Linke« tatsächlich auf ein gemeinsames Konzept und Programm einigt. Allerdings müssten alle Beteiligten es schaffen, zusammenzuarbeiten, ohne jedes Mal der Einigkeit und dem Gemeinsamen stärker werdende Gegensätze und Grenzen gegenüberzustellen.

Die Regionalwahlen 2010

Die Regionalwahlen vom März 2010 haben insbesondere im linken Spektrum eine neue politische Landschaft erkennen lassen. Sarkozy und sein Lager erlitten eine nachhaltige Niederlage, während die im zweiten Wahlgang geschlossen auftretenden linken Kräfte in 21 der 22 Regionen den Sieg davontrugen. Das rechte Lager zahlte einen hohen Preis für die Enttäuschung, die ein großer Teil seiner Wähler aus den unteren und mittleren Bevölkerungsschichten empfand, während Le Pens Front National an Boden gewann.

Mit 29 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang und einer von den Mitgliedern und den Wählern gutgeheißenen Linksorientierung konnte die PS ihre Position als führende Kraft der Linken behaupten. Die ökologische Bewegung mit Europe Ecologie verteidigte mit ihren 13 Prozent der Stimmen und dem substantziellen Zugewinn an Wählern in der Nachfolge der Europawahlen ihren Platz als zweitstärkste linke Kraft, auch wenn sie ihr Ziel, die Sozialistische Partei wie bei den Europawahlen zu überholen, nicht geschafft hat. Die Umweltschützer profitierten von ihrer nicht eindeutigen Positionierung, die ihnen die Unterstützung einer gemäßigten, Mitte-links-orientierten Wählerschaft einbrachte. Olivier Besancenots NPA schaffte den erhofften Durchbruch nicht: Mit weniger als drei Prozent der Stimmen erhielt sie die Quittung für ihr ständiges Sektierertum und ihre Weigerung, sich an linken mehrheitsfähigen Bündnissen zu beteiligen, eine Haltung, die dem Bedürfnis nach Einheit, wie es die soziale Bewegung zum Ausdruck bringt, zuwiderläuft. Dieses Ergebnis war gleichzeitig die Quittung für den Bruch mit der sozialen Bewegung, denn die »Radikalität ihres Auftretens« konnte die Wähler, die in der Krise konkrete Sofortlösungen erwarteten, nicht überzeugen. Die Linksfrent (Front de Gauche) vertrat die Positionen der PCF-Wahllisten von 2004 und erhielt sieben Prozent. Die Strategie zahlte sich für ihre Initiatoren – allen voran die PCF und Jean-Luc Mélenchons Parti de Gauche – aus, denn sie konnten sich als drittstärkste Kraft in der politischen Landschaft etablieren, auch wenn die PCF regional nunmehr weniger stark vertreten ist. Jetzt hat die Auseinandersetzung zwischen den Partnern der Linksfrent und innerhalb der PCF, die im Juni 2010 einen Parteitag abhält, begonnen. Themen dieser Auseinandersetzung sind das Verhältnis zur PS und zu den anderen Linkskräften und die Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahlen 2012, für die Jean-Luc Mélenchon seine Absicht zu kandidieren nicht verhehlt.

Um die Achse PS/Europe Ecologie entstand eine neue politische Landschaft, die mit dem traditionellen Linksbündnis Sozialisten/Kommunisten nichts mehr gemein hat. Sollte sich diese neue Konfiguration bestätigen, was keineswegs sicher ist, könnten künftige Mehrheiten eher in der Mitte entstehen. Die Debatte konzentriert sich von nun an auf das entscheidende Datum 2012 und auf die Frage, wie man bessere Voraussetzungen schaffen kann, um Sarkozy zu schlagen und bei den Wahlen zur Nationalversammlung eine linke Mehrheit zu erreichen. Während ein Teil der Umweltschützer mit Daniel Cohn-Bendit an der Spitze ein Abkommen mit den Sozialisten anstrebt, um einen gemeinsamen Kandidaten zu nominieren (im Austausch von Parlamentssitzen), neigt man unter den Partnern links von der PS eher dazu, einen unabhängigen Kandidaten ins Rennen schicken zu wollen. Doch wer kann schon angesichts der Beschleunigung der durch die Krise hervorgerufenen destabilisierenden Tendenzen die soziale und politische Situation des Jahres 2012 voraussagen? Welche sozialen Kämpfe gegen die Sparpläne und für die Erhaltung der Renten, Arbeitsplätze und Löhne wird es dann geben? Links wird es in den Auseinandersetzungen unter anderem um den

Ausweg aus der Krise, um die »Handlungsspielräume« und um den Umgang mit der Verschuldung gehen. Diese Fragen werden schon jetzt in Frankreich und Europa in den verschiedenen sozialen Bewegungen gestellt, sie bilden den Hintergrund für die »Weigerung, für die Krise zu zahlen«. Die Mehrheit der Bevölkerung erkennt gegenwärtig nicht, wie die Linke grundsätzlich anders auf die Krise reagieren könnte als die Rechte. Links prallen die Ideen aufeinander, rechts herrscht auf der Grundlage der verschiedenen Analysen und Vorschläge große Übereinstimmung in Bezug auf eine einheitliche lösungsorientierte Perspektive zur schrittweisen Überwindung der Krise. Hier liegen große Herausforderungen für die Zeit nach den Regionalwahlen im Frühjahr 2010 bis zu den Präsidentschaftswahlen 2012, die von außerordentlicher Unsicherheit geprägt sein wird.

Schlussbetrachtungen

Möglicherweise wurde in den französischen Überseedepartements in letzter Zeit ein neues Konzept für soziale und politische Bewegungen entwickelt. Am Anfang des Jahres 2009 kam es in Martinique, Guadeloupe und La Réunion zu einem Zusammenschluss von Gewerkschaften, linken politischen Parteien und Vereinen, um ihren Forderungen gemeinsam Nachdruck zu verleihen – sehr konkrete Forderungen, die die bestehende ökonomische Ordnung durcheinanderwirbeln könnten. Um diese Bewegung und ihre Vorgehensweise benennen zu können, bedient man sich in den Überseedepartements eines Wortes der sehr einfallsreichen kreolischen Sprache: »Lyannaj«. Die Dynamik des »Lyannaj« beschreibt mehr als einen Zusammenschluss und eine Vereinigung, es handelt sich vielmehr um den Umstand, Dinge, »die nicht mehr durch Solidarität miteinander verbunden waren, zu binden und aneinander zu binden, zu verbinden, miteinander zu verbinden und zusammenzuführen«. So erklären es die neun Erstunterzeichner des »Manifestes für ›Produkte‹ dringender Notwendigkeit« und sie unterstreichen, dass »die Stärke dieser Bewegung in ihrer Fähigkeit lag, eine breite Basis für Dinge und Forderungen geschaffen zu haben, über die man sich vorher uneinig war bzw. die man isoliert betrachtet hat«. Könnte ein solches »Lyannaj«, dieser soziale Dreh- und Angelpunkt, auch in Frankreich eine mögliche Antwort auf aktuelle soziale als auch politische Fragen und Probleme sein?

Der Generalsekretär der französischen Gewerkschaft CGT, Bernard Thibaut, unterstreicht, dass es nicht darum gehen kann, die Geschehnisse in den Überseedepartements in Frankreich »aus Prinzip zu übernehmen«. Allerdings könne man daraus lernen, dass »wir zweifellos neue Beziehungen zu den politischen Parteien aufbauen müssen. Man ruft schnell zur sozialen, gewerkschaftlichen Mobilisierung auf, man ist Träger bestimmter Projekte – jedoch überschreitet man damit oft die Grenzen dessen, wofür eine Gewerkschaft gemacht ist.« Also versichert er, »dass sie als Gewerkschaft es als nützlich ansehen würden, mit den interessierten Parteien in den Austausch über unsere Analysen zu treten, um uns gegenseitig in unseren Reflexionen zu inspirieren. Allerdings entspricht es im aktuellen Kontext nicht unserer Überzeugung und unseren Bedürfnissen, derzeit zu strukturierteren Formen der Zusammenarbeit überzugehen.«

Diese Aussagen unterstreichen die Komplexität der Beziehungen zwischen sozialen Bewegungen und der Linken, gleichzeitig werden neue Problemfelder aufgemacht: die Bedeutung der gewerkschaftlichen Einheit, der Aufbau neuer Beziehungen zur Realität und zu politischem Interventionismus, aber auch zu politischen Parteien im Allgemeinen. Allerdings stehen die sozialen Bewegungen diesen Beziehungen kritisch und vorsichtig gegenüber, fürchten sie doch eine gewisse Instrumentalisierung. Der legitime Zweifel an der Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit lenkt ihre Schritte jedoch trotzdem in die Arme der Gewerkschaften, denn beide Seiten sind auf der Suche nach gewissen volksnahen Dynamiken und einem Sieg. Dennoch sollte festgehalten werden, dass das Jahr 2009 von intensiven, einheitlichen gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Kämpfen gegen die Krise gekennzeichnet wurde.

Leider konnten jedoch bis zum heutigen Tage keine signifikanten Siege errungen werden. Einerseits gibt es eine starke und einheitliche Mobilisierung der Gewerkschaften, andererseits agieren und reagieren linke Parteien und Organisationen gemeinsam (insgesamt zwölf an der Zahl, inklusive Kommunisten, Sozialisten, Linkspartei und NPA). Sie unterzeichnen gemeinsame Erklärungen, in denen das Verhalten und die Politik der Regierung angeprangert werden als »unter sozialen Gesichtspunkten intolerabel, ökonomisch ineffizient, politisch inakzeptabel«. Sie kündigen an, »trotz oder auch gerade wegen ihrer politischen Diversität dazu beitragen zu wollen, die innerhalb der

sozialen Bewegungen zu führenden Debatten und die zu organisierenden Aktionen zu unterstützen und zu verstärken. Es gehe außerdem um Neuausrichtungen politischer Entscheidungen, die eine Alternative zu der aktuell herrschenden gesellschaftlichen Logik darstellen müssen, um soziale Bewegungen zum Erfolg führen zu können.«

Schlussendlich verdeutlicht der aus der Zivilgesellschaft kommende »Aufruf der Aufrufe«, dass sich seine Unterzeichner als »Nationale Koordinierungsstelle all derer diese Fatalität Ablehnenden« und als »Gegner der ›Ideologie des ökonomischen Menschen« verstehen. Sie schlagen vor, »generelle und allgemeingültige Überlegungen anzustellen, damit ›daraus konsensfähige, zukunftssträchtige Vorschläge für konkrete Aktionen entstehen«.

Kann aus diesem andauernden, relativen Durcheinander ein neues kollektives Konstrukt wachsen? Und könnte dieses Gebilde dazu beitragen, die Glaubwürdigkeit der Linken in der öffentlichen Meinung wiederherzustellen bzw. zu festigen? Die seit September andauernde starke Mobilisierung gegen die Privatisierung der französischen Post zeigte erste erfolgversprechende Wege auf. 2,5 Millionen Bewohner Frankreichs nahmen an der »Wahl der Staatsbürger« teil. Die Wahl kam aufgrund einer einzigartigen Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, linken Parteien und ihren Abgeordneten, Vereinen und Nutzerkollektiven zustande. Trotz dieses herausragenden bürgerschaftlichen Engagements hat die bürgerliche Rechte das Gesetz zur Privatisierung durchgepeitscht, auf die mangelnde Glaubwürdigkeit linker Alternativen hoffend. Doch selbst nachdem die linken Parteien bei den Regionalwahlen im März 2010 in 21 der 22 französischen Regionen gewonnen haben und selbst wenn die Umfragewerte Nicolas Sarkozys noch nie so schlecht waren, muss man sich der Tatsache stellen, dass zwei Drittel aller Franzosen seit nunmehr acht Jahren glauben, dass die Linken, wären sie an der Macht, auch keine bessere Politik als die bürgerliche Rechte machen würden.

Die weltweite Krise mischt die Karten neu. Die Ent-Legitimierung des Liberalismus und das Bewusstsein über seine bevorstehende Niederlage haben zu einer Verschiebung der bisherigen Debatten geführt, von einem sozialen Antikapitalismus hin zu einem generellen Hinterfragen der Existenzberechtigung des Kapitalismus. Werden die gesamte Linke und jede einzelne linksgerichtete Partei die Bedürfnisse der Bevölkerung erhören, und wie werden sie auf den stärker werdenden Wunsch nach tiefgreifenden Veränderungen angesichts der Krise reagieren? Welche Lehren wird jede einzelne politische Bewegung aus den vergangenen Wahlniederlagen und zerfallenen Koalitionen ziehen? Inwiefern sollten politische Konzepte überarbeitet und modifiziert werden? Die Antworten auf diese Fragen werden die Art und Weise der politischen Erneuerung der linken Parteienlandschaft erheblich beeinflussen und auch über eine mögliche alternative Perspektive bestimmen.

Sascha Wagener Déi Lénk in Luxemburg

Die Partei Déi Lénk, im Luxemburger Parlament mit einem Abgeordneten vertreten, feierte im letzten Jahr ihr zehnjähriges Bestehen. Am 30. Januar 1999 gegründet, kann sie heute bereits auf eine wechselvolle Geschichte zurückblicken. Größter Bruch war der Austritt der Mitglieder der Kommunistischen Partei Luxemburgs im Jahr 2003, der die anschließende Wahlniederlage und damit den Verlust der parlamentarischen Präsenz zur Folge hatte. Umso größer war der Erfolg, im Juni 2009 mit einer verjüngten Mannschaft, einem neuen Parteiemblem und einer neuen Art der Wahlkampf-führung den Wiedereinzug ins Luxemburger Parlament geschafft zu haben.

Soziale Struktur und Milieu

Im Februar 2010 zählt Déi Lénk 280 Mitglieder, davon 35 bis 40 Prozent Frauen. Die Mitglieder konzentrieren sich auf den industriellen Süden und das Zentrum mit der Hauptstadt des Landes, einige wenige wohnen im agrarisch geprägten Norden. Der vom Weinanbau und der Dominanz der Konservativen bestimmte Osten zählt so gut wie keine Mitglieder der Lénk.

Nähere Angaben zur Mitgliederstruktur liegen zurzeit nicht vor. Allerdings hat die Partei zu den nationalen und europäischen Parlamentswahlen, die in Luxemburg traditionell beide am gleichen Tag stattfinden, mit 60 und sechs eine im Vergleich zu ihrer Mitgliedschaft hohe Anzahl an Kandidatinnen und Kandidaten aufbringen müssen. Trotz möglicher Diskrepanzen zwischen Mitgliedern und der Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten bietet es sich an, sich in Bezug auf Altersstruktur und sozialen Hintergrund an diesen Kandidatinnen und Kandidaten zu orientieren.

Im Juni 2009 betrug der Altersdurchschnitt der 60 Kandidatinnen und Kandidaten der Nationalwahlen 46,27 Jahre, der der sechs Kandidatinnen und Kandidaten der Europawahlen 46,17 Jahre. Aus dem Jahr 2004 liegt uns eine Studie zum sozialen und beruflichen Hintergrund der Kandidatinnen und Kandidaten von Déi Lénk vor.¹⁸⁴

Abbildung 1: Der berufliche Hintergrund der Kandidaten von Déi Lénk im Juni 2004 (in Prozent)

Funktionär/Staatsbeamte	20
Lehrer/Erzieher	20
Studierende	8,3
Rentner	8,3
Arbeitslose/Hausfrauen	8,3
Privatbeamte	5
Fahrer/Arbeiter	5
Juristische Berufe	5
Andere liberale Berufe	5
Medizinische Berufe	3,3
Hauptamtliche Gewerkschafter	3,3
Handwerker/Händler/Verkäufer	1,7
Eisenbahn/Post	1,7
Journalisten	1,7
Politische Berufe	1,7
Psychosoziale Berufe	1,7

Von den Kandidatinnen und Kandidaten sind demnach 43,3 Prozent im Öffentlichen Dienst, als Lehrer, Erzieher, bei der Post oder Eisenbahn beschäftigt. 24,9 Prozent sind Studierende, Rentner oder Arbeitslose. Ein Fünftel übt einen liberalen oder sozialen Beruf im Privatsektor aus. Lediglich knapp über fünf Prozent arbeiten als Arbeiter, Verkäufer oder Fahrer im Privatsektor. Unternehmer, Kader der mittleren oder oberen Ebene, Bankangestellte, Ingenieure und Bauern gibt es unter den Kandidaten

¹⁸⁴ Patrick Dumont u. a. (2006): Les élections législatives et européennes de 2004 au Grand-Duché de Luxembourg. Synthèse du rapport élaboré pour la Chambre des Députés, Luxembourg, S. 14.

keine. Von den anderen, konkurrierenden Parteien unterscheidet sich Déi Lénk damit lediglich durch einen deutlich höheren Anteil an Funktionären/Staatsbeamten und Studierenden, die bei Déi Lénk mit 28,3 Prozent das Zweieinhalbfache des Durchschnitts aller Parteien von 12,6 Prozent ausmachen.

Position in der Gesellschaft und im politischen System

Wahlergebnisse 1999 – 2009

Seit ihrer Gründung im Jahr 1999 hat Déi Lénk an drei nationalen Kammerwahlen, an drei Europawahlen, an zwei landesweit stattfindenden Kommunalwahlen und an einer partiellen Kommunalwahl teilgenommen. Eine Besonderheit des Luxemburger Wahlsystems besteht in der Möglichkeit, auf jeder politischen Ebene zu kumulieren und zu panaschieren.¹⁸⁵

Bei den Kammer- und Europawahlen im Juni 1999 erreichte Déi Lénk mit einem Ergebnis von 4,98 Prozent im Wahlbezirk Süden einen Sitz im Luxemburger Parlament. Im Oktober desselben Jahres fanden Kommunalwahlen statt, bei denen Déi Lénk mit sechs Abgeordneten in fünf Stadtparlamente einzog, darunter in die der drei größten Städte des Landes: Luxemburg, Esch-Alzette und Differdingen. Bei vorgezogenen Neuwahlen in Esch-Alzette am 30. April 2000 erreichte Déi Lénk mit 12,8 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis in einer Stadt und trat in die Stadtregierung ein.

Nach diesen Wahlerfolgen brachen die bis dahin durch die gemeinsamen Wahlziele verdeckten Konflikte in dem als Déi Lénk zusammengeschlossenen Bündnis (bestehend aus Déi Lénk, Revolutionär Sozialistischer Partei und Kommunistischer Partei Luxemburgs KPL) in voller Heftigkeit aus. Es kam zu einer getrennten Kandidatur der Kommunistischen Partei bei den Wahlen von 2004 und damit zum Verlust der parlamentarischen Präsenz. Auch die anschließenden Kommunalwahlen am 9. Oktober 2005 brachten den beiden konkurrierenden linken Listen den Verlust von fünf der sechs Kommunalvertreter. In Luxemburg-Stadt (31.873 Wählerinnen und Wähler) erreichte Déi Lénk 3,1 Prozent gegenüber 3,6 Prozent von vor sechs Jahren. Die KP kam auf 1,1 Prozent. In Sanem (8.412 Wählerinnen und Wähler) fiel Déi Lénk von 8,2 auf 5 Prozent. Die KP erreichte 2,7 Prozent. Beide Mandate der Linken gingen verloren. In den ehemaligen kommunistischen Hochburgen Rümelingen und Differdingen konnte die KP ihre letzten Sitze nicht verteidigen, obwohl Déi Lénk auf eine Konkurrenz Kandidatur verzichtet. Nur in Esch-Alzette (13.729 Wählerinnen und Wähler), wo Déi Lénk in Koalitionsverantwortung mitregierte, konnte trotz des Sturzes von 12,8 auf 8 Prozent eines von zwei Mandaten verteidigt werden. Die KP ging auch hier mit 4 Prozent leer aus.¹⁸⁶

Infolge dieser Wahlniederlagen verfestigten sich die Zerwürfnisse zwischen Déi Lénk und Kommunistischer Partei. Beide gingen fortan getrennte Wege und entfernten sich auch programmatisch zunehmend. Déi Lénk konsolidierte sich und schaffte bei den Kammer- und Europawahlen von 2009 die Wende, indem die Partei trotz der Konkurrenz durch die KPL das Wahlergebnis von 1999 wiederholte und mit einem Abgeordneten in das nationale Parlament einzog.

Abbildung 2: Wahlergebnisse von Déi Lénk und KPL bei den Kammerwahlen (in Prozent)

	1999	2004	2009
Déi Lénk	3,30	1,90	3,29
KPL		0,92	1,47

Abbildung 3: Wahlergebnisse von Déi Lénk und KPL bei den Europawahlen (in Prozent)

	1999	2004	2009
Déi Lénk	2,77	1,69	3,41
KPL		1,17	1,54

¹⁸⁵ Das heißt, die Bürgerinnen und Bürger können entweder eine Liste ankreuzen und damit ihre Stimmen gleichmäßig auf alle Kandidaten verteilen, oder sie können auf der von ihnen gewählten Liste einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten mehr als eine Stimme geben. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, Kandidaturen auf verschiedenen Listen zu unterstützen.

¹⁸⁶ Alle Wahlergebnisse auf der Informationsseite der Regierung: <http://www.elections.public.lu/fr/index.html>. Vgl. CRP-Gabriel Lippmann: *Projet Elections. Etude sur les élections législatives de juin 1999*, 21.11.2000, S. 81; in: <http://www.chd.lu/fr/organisation/documentation/espTele.jsp>, abgerufen am 20.01.2010.

Geographie und Soziologie der Wählerschaft

Déi Lénk erreicht ihre besten Wahlergebnisse in den bevölkerungsreicheren Städten und Gemeinden des Landes, die durch höhere Arbeitslosigkeit geprägt sind.

Zwischen 1999 und 2009 hat eine gewisse geographische Verschiebung der Wählerschaft von Déi Lénk stattgefunden. Die Ergebnisse von 1999 waren stark von den ehemaligen kommunistischen Hochburgen entlang der Südgrenze des Landes geprägt. Hier, in den Industrievierteln der Minette, besaßen die Kommunisten über Jahrzehnte eine Massenbasis. Noch heute wirkt diese Arbeiterkultur fort und hat auch aufgrund der sozialen Probleme in der Region großen Einfluss auf das politische und kulturelle Leben. Folgerichtig waren es auch diese Städte und Gemeinden des Südens, in denen die Partei 1999 (neben Luxemburg-Stadt) kommunale Mandate errang.

Ein Vergleich der Wahlergebnisse in den Hochburgen über die vergangenen zehn Jahre zeigt, dass diese zum Einzug ins Luxemburger Parlament 2009 geringer beigetragen haben als 1999. Die Konkurrenz der Kommunistischen Partei und deren nach wie vor vorhandene Parteistrukturen in Städten wie Esch, Differdingen und Rümelingen haben Déi Lénk hier Stimmen gekostet. Gleichzeitig hat sich das Wahlergebnis in der Hauptstadt und in der Fläche des Landes deutlich verbessert. Déi Lénk erreicht also im Gegensatz zur KPL auch Wählerschichten außerhalb der ehemaligen Industrieviere.

Abbildung 4: Wahlergebnisse von Déi Lénk und KPL in den kommunalen Hochburgen (in Prozent)

	NW 1999	EPW 1999	KW 1999	KW 2000	NW 2004	EPW 2004	KW 2005	NW 2009	EPW 2009
Luxemburg									
Déi Lénk	3,26	2,86	3,58		2,48	2,25	3,10	4,40	4,01
KPL					1,08	1,09	1,14	1,34	1,35
Esch									
Déi Lénk	7,87	6,87	10,78	12,78	4,07	3,57	7,96	7,31	7,34
KPL					2,92	2,94	3,96	3,55	3,73
Sanem									
Déi Lénk	6,61	6,16	8,22		2,44	2,02	5,02	4,03	4,24
KPL					2,02	2,08	2,69	2,49	2,62
Differdange									
Déi Lénk	6,13	4,92	6,67		2,12	1,89		3,37	3,59
KPL					2,73	3,03	4,01	3,41	3,77
Rumelange									
Déi Lénk	5,49	4,71	8,15		1,87	1,58		3,71	4,42
KPL					3,86	3,44	6,25	4,81	4,60

Hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft von Déi Lénk sind wir auf Umfragen nach den Wahlen 2004 angewiesen, da diese für die Wahlen 2009 noch nicht aufgearbeitet wurden. Hierdurch ergibt sich ein unvollständiges und stellenweise sicher verzerrtes Bild, da Déi Lénk 2009 ihre Stimmen nahezu verdoppeln konnte.

Die Altersstruktur der Wählerschaft von Déi Lénk ist sehr jung. Die Altersgruppe der 18 bis 24 Jährigen macht etwa 20 Prozent, die der unter 50 Jährigen gut 90 Prozent der linken Wählerschaft aus. Frauen und Männer sind etwa gleich vertreten. Das Bildungsniveau ist überdurchschnittlich hoch. Die Wählerinnen und Wähler verteilen sich gleichmäßig auf die wirtschaftlichen Sektoren der privaten Industrie-, des privaten Dienstleistungs- und des öffentlichen Sektors. So gut wie nicht vertreten sind

Beschäftigte aus der Landwirtschaft. Nach beruflichem Status aufgeteilt, sind die Angestellten aus dem privaten Sektor mit 46,6 Prozent in der Mehrzahl, dicht gefolgt von den Funktionären und Angestellten des öffentlichen Sektors mit 40 Prozent. Unter den Angestellten sind 26,6 Prozent Büroangestellte und 13,3 Prozent Kader der höheren Ebene. Etwas über zehn Prozent der Wähler von Déi Lénk sind Arbeiter. Selbständige sind so gut wie nicht vertreten.¹⁸⁷

Werteorientierung der Wählerschaft

Auch zur Analyse der Werteorientierung der Wählerschaft sind wir auf die Zahlen der Analyse von 2004 angewiesen. Das Interesse an Politik ist in Luxemburg sehr hoch. In einer Umfrage haben sich 23,7 Prozent der Befragten als sehr interessiert und 54,9 Prozent als ziemlich interessiert an Politik erklärt. Dies entspricht in etwa auch der Einstellung der Wählerschaft von Déi Lénk. Eine große Mehrheit der Wählerschaft ist zufrieden mit den demokratischen Institutionen im eigenen Land und in der Europäischen Union, allerdings steigt der Anteil der Unzufriedenen mit dem Funktionieren der Demokratie auf europäischer Ebene unter den Wählern von Déi Lénk auf 42,1 Prozent. Besonders kritisch mit 35 Prozent sind die linken Wählerinnen und Wähler auch gegenüber der Tripartite, dem Luxemburger Sozialpartnerschaftsmodell, das aus Vertreterinnen und Vertretern der Regierung, der Arbeitgebervereinigungen und der Gewerkschaften besteht. Gespalten sind die Anhänger von Déi Lénk gegenüber der Regierung selbst: Ein Zehntel hat kein Vertrauen, vier Zehntel schätzen ihre Position als neutral ein, und knapp die Hälfte hat Vertrauen in die Regierung. Diese geringen Anteile an kritischer Einstellung gegenüber der bestehenden Demokratie, ihren Institutionen auf nationaler und europäischer Ebene und gegenüber der Regierung selbst mögen auf den ersten Blick verwundern. Dieses Phänomen erklärt sich nur aus der Gesamtstimmung in Luxemburg, die zum Zeitpunkt der Umfrage 2004 mehr noch als heute von großer Zufriedenheit und Vertrauen in stetig steigenden Wohlstand geprägt war. Beispielsweise erklärte landesweit nur jeder Zwanzigste, kein Vertrauen in die Regierung zu besitzen, während das bei nahezu 70 Prozent sehr wohl der Fall war.

Déi Lénk ist die einzige Partei in Luxemburg, deren Wählerinnen und Wähler sich selbst zu 70 Prozent als »links« bezeichnen. 30 Prozent sehen sich in der Mitte stehend. Befragt nach ihrer Wahlmotivation, erklären 40 Prozent der Wählerinnen und Wähler von Déi Lénk, sich wegen ihrer grundsätzlichen Überzeugungen für ihre Partei entschieden zu haben. 25 Prozent haben Déi Lénk wegen des Wahlprogramms und 15 Prozent aus Protest gegen die Regierung oder eine der regierenden Parteien gewählt. Damit sind die Grundsätze oder das Wahlprogramm für die Wählerinnen und Wähler von Déi Lénk ausschlaggebender als für den Durchschnitt der Luxemburger Wählerschaft.

Befragt nach der Organisation der Wirtschaft, sind die Wählerinnen und Wähler von Déi Lénk zur Hälfte neutral und beinahe zur Hälfte zugunsten einer Kontrolle des Staates eingestellt. Während eine solche Positionierung in etwa der Mehrheitsmeinung in Luxemburg entspricht, unterscheiden sich die linken Wählerinnen und Wähler in der Frage des vermeintlichen Widerspruchs, des Schutzes der Umwelt und der Sicherung von Arbeitsplätzen. Während 84,3 Prozent der Bevölkerung letzterem den Vorzug geben oder sich neutral verhalten wollen, sehen 40 Prozent der Déi-Lénk-Wählerschaft den Schutz der Umwelt als vorrangig an. Dieser Anteil ist größer als in der Grünen Partei und unterscheidet die Wählerschaft von Déi Lénk deutlich von der Wählerschaft der KPL. Mit 42 Prozent nehmen überdurchschnittlich viele Wählerinnen und Wähler von Déi Lénk eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des Luxemburger Landes wahr.¹⁸⁸

Mit 42 Prozent empfinden überdurchschnittlich viele Wählerinnen und Wähler von Déi Lénk eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des Luxemburger Landes. Befragt nach der Organisation der Wirtschaft, sind die Wählerinnen und Wähler von Déi Lénk zur Hälfte neutral und beinahe zur Hälfte für eine Kontrolle des Staates eingestellt. Während eine solche Positionierung in etwa der Mehrheitsmeinung in Luxemburg entspricht, unterscheiden sich die linken Wähler in der Frage des vermeintlichen Widerspruchs des Schutzes der Umwelt und der Sicherung von Arbeitsplätzen.

¹⁸⁷ Dumont u. a. (2006), S. 51-53.

¹⁸⁸ Dumont u. a. (2006), S. 55-58.

Auch in der Frage nach einer nationalen Priorität bei der Vergabe von Arbeitsplätzen unterscheiden sich die Wählerinnen und Wähler von Déi Lénk von denen aller anderen Parteien: Als einzige lehnen sie eine Politik der »Arbeit zuerst für Luxemburger« mehrheitlich ab.¹⁸⁹

Kompetenzfelder

Die Stellung einer Partei ergibt sich nicht nur aus ihren unmittelbaren Wahlergebnissen, sondern auch aus dem allgemeinen Vertrauen, das die Bürgerinnen und Bürger in sie haben. In Luxemburg liegen hierzu Daten für den Zeitraum November 2003 bis April 2004 vor. Demnach liegt Déi Lénk mit knapp 30 Prozent in der Beliebtheit nur an sechster Stelle der Parteien.¹⁹⁰

Auch in den Kompetenzfeldern gelingt es der Partei nicht, bessere Werte zu erzielen. Aufgeteilt in 15 Politikbereiche, liegt sie lediglich in vier Punkten (Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, doppelte Staatsbürgerschaft, Beteiligung der Ausländer am politischen Leben und Asylpolitik) vor der rechtspopulistischen Alternativen Demokratischen Reformpartei und erreicht einen fünften Platz. Eine solche Zuordnung, die der Partei generell niedrige Werte mit leichten Verbesserungen bei Arbeitslosigkeit und bei Ausländerpolitik nachsagt, steht durchaus in einem Zusammenhang mit den politischen Schwerpunkten von Déi Lénk in den letzten Jahren.¹⁹¹

Bündnispartner, Gewerkschaften und kulturelle Verankerung

Déi Lénk kann auf keine Vorfeldorganisationen zurückgreifen. Die einzige unmittelbar befreundete Organisation ist der Jugendverband Jonk Lénk. Desweiteren gibt es einzelne Vereinigungen, deren Vorstandsmitglieder deutliche Sympathien für Déi Lénk hegen. Hervorzuheben ist hier Liberté de Conscience, die für die Trennung von Kirche und Staat streitet.

Es gibt in Luxemburg rund 150.000 Gewerkschaftsmitglieder, was ungefähr 46 Prozent aller Beschäftigten ausmacht. Die größten Gewerkschaftsbünde sind der sozialdemokratische OGB-L, dem 58.000 Mitglieder angehören, und der christdemokratische LCGB mit 40.000 Mitgliedern. Diese beiden Verbände dominieren im Privatsektor. Um den OGB-L und den LCGB gruppieren sich weitere, angeschlossene Gewerkschaften, die insbesondere den Transportsektor abdecken. Hervorzuheben ist die linke Eisenbahnergewerkschaft FNCTTFEL. OGB-L und FNCTTFEL sind Mitglieder der CGT-L. Diese wiederum vertritt die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder in internationalen Organisationen wie dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB).¹⁹² Mitglieder von Déi Lénk sind im OGBL und in der FNCTTFEL aktiv. Vor der Parlamentswahl 2009 gab es Gerüchte, denen zufolge der langjährige Vorsitzende der Eisenbahner, Nico Wennmacher, sich eine Kandidatur auf den Listen der Lénk überlegt, aber aus Rücksicht auf seine persönlichen Freunde in der Sozialdemokratie dann doch nicht kandidiert habe.

Kulturschaffende sind im Verhältnis zur überschaubaren Größe von Déi Lénk recht zahlreich vertreten. Erwähnt seien Marc Baum, Schauspieler, Regisseur und als Stadtrat von Esch einziges Mitglied mit einem kommunalen Mandat sowie Guy W. Stoos, Karikaturist. Der Einfluss von Künstlerinnen und Künstlern ist allerdings nicht an der Programmatik der Partei ablesbar, höchstens in der Erneuerung des Erscheinungsbildes in den vergangenen Jahren.

Programmatik und Strategie

Das Grundsatzprogramm von Déi Lénk wurde auf dem Gründungskongress am 30. Januar 1999 verabschiedet und am 29. März 1999 mit leichten Änderungen bestätigt. Die Führung der Kommunistischen Partei war an der Ausarbeitung beteiligt. Im Hinblick auf die National- und Europawahlen von Juni 1999 diente es gleichzeitig als Wahlprogramm.

Déi Lénk spricht in ihrem Programm nicht vom »Kapitalismus«, sondern vom »kapitalistischen System«. Unklar ist, ob damit eine Konzentration auf die kapitalistische Wirtschaft oder eine andere

¹⁸⁹ Dumont u. a. (2006), S. 55-59.

¹⁹⁰ Ebenda, S. 13.

¹⁹¹ Ebenda, S. 23.

¹⁹² Vgl. <http://de.worker-participation.eu/Nationale-Arbeitsbeziehungen/Laender/Luxemburg/Syndicats>, abgerufen am 10.02.2010.

sprachliche Differenzierung gemeint ist. Folgt man Wolfgang Fritz Haug, dann sprach Lenin vom kapitalistischen System als Synonym für die Produktionsweise oder die Produktionsverhältnisse.¹⁹³ Auch Immanuel Wallerstein definiert das »kapitalistische Weltsystem« nicht als eine politische, sondern als eine wirtschaftliche Erscheinung.¹⁹⁴ Déi Lénk lässt offen, ob mit »System« alle gesellschaftlichen Verhältnisse über die Wirtschaftsbeziehungen hinaus gemeint sind. Die Anfälligkeit dieses »kapitalistischen Systems« drücke sich in regionalen Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrisen aus. Die wichtigsten Probleme der Zeit seien in seinem Rahmen nicht zu lösen. Vielmehr würden Löhne, soziale Sicherheit und öffentliche Dienstleistungen als Ausdruck des Wohlfahrtsstaates verstärkt angegriffen. Déi Lénk stellt das »kapitalistische System« in Frage, um diese Logik zu durchbrechen. Dies gelingt ihrer Ansicht nach nur, wenn die »schaffenden Menschen«, die Gewerkschaften, die Assoziationen und die autonome Jugend sich aktiver einbringen und eine Veränderung des sozialen Kräfteverhältnisses durchsetzen. Deren Aktivierung sei unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg linker Politik.¹⁹⁵

Im ersten Abschnitt der Satzung hingegen ist sehr wohl von »Kapitalismus« die Rede. Dieser wird als ein den Menschen zur Ware degradierendes gesellschaftliches Verhältnis definiert, den es zurückzudrängen gelte. Freiräume zu seiner Abschaffung scheinen somit möglich. Die eigene politische Aktivität wird als Ausdruck einer Bewegung verstanden, die im Gegensatz zu früheren Erfahrungen kein fertiges Konzept vertritt, sondern dem alltäglichen Streben der Menschen nach Gleichheit und Freiheit zum Durchbruch verhelfen möchte:

»Der weltweite Widerstand gegen Entwicklungen, die alles, auch den Menschen selbst, zur Ware degradieren und für den privaten Profit nutzen, nimmt heute neue Formen an und gewinnt an Intensität. Déi Lénk (Die Linken – La Gauche) treten ein für soziale Gleichheit und individuelle Entfaltung auf allen Ebenen der Gesellschaft. Die Zurückdrängung und Überwindung des Kapitalismus ist für sie nicht Ziel an sich, sondern Mittel zum Zweck: einer aktiven Demokratie, auch am Arbeitsplatz und in der Wirtschaft; einer Entwicklung der sozialen Beziehungen zu Gleichheit und Kooperation; der individuellen Entfaltung und Freiheit der Menschen abseits von materieller Not, ökonomischer Ausbeutung, sozialer, geschlechtlicher oder ethnischer Diskriminierung, politischer Unterdrückung, kultureller Entmündigung, Raubbau an der natürlichen Umwelt. Es gibt kein fertiges sozialistisches Projekt, die Gesellschaft von morgen entsteht aus der Realität von heute, aus den Bedürfnissen und Forderungen der Menschen, die in der heutigen Gesellschaft leben.«¹⁹⁶

Kapital und Arbeit

Den Schwerpunkt des Grundsatzprogramms bilden in bester marxistischer Tradition die Herausarbeitung des Widerspruchs von Kapital und Arbeit, die Kritik der politischen Ökonomie und die Rolle des Staates. Sieben der vierzehn Kapitel behandeln wirtschaftspolitische Themen: Umverteilen des Reichtums, Recht auf Arbeit, Sicherung von Arbeitsplätzen, Demokratie am Arbeitsplatz, öffentliche Dienstleistungen, soziale Sicherheit und Sozialpolitik. Es werden folgende Grundideen ausgedrückt:

- Ausbau der sozialen Sicherungssysteme durch eine die Reichen stärker belastende Steuerpolitik;
- Arbeit für alle durch eine schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden;
- Erhöhung der Kaufkraft durch ein staatliches Investitionsprogramm;
- Reform des Arbeitsrechts, mehr Kontrollrechte für Personalvertretungen und Gewerkschaften und Einführung eines einheitlichen Statuts für Arbeiter und Angestellte;
- Beibehaltung der Kopplung des Sozialversicherungswesens an die Arbeit;
- Übernahme der Arbeitslosenversicherung durch den Arbeitgeber (nach dem Verursacherprinzip);
- Ausbau des öffentlichen Sektors und der öffentlichen Dienstleistungen, hauptsächlich in den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Transport und Bildung.

¹⁹³ Wolfgang Fritz Haug (2008): Kapitalistische Produktionsweise, in: Ders. (Hrsg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 7,1, Hamburg, S. 305.

¹⁹⁴ Immanuel Maurice Wallerstein (1986): Das moderne Weltsystem I – kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert, Frankfurt am Main, S. 27.

¹⁹⁵ Déi Lénk (1999a): Programm. Angenommen auf dem Gründungskongress vom 30. Januar 1999 in Luxemburg, abgeändert auf dem Europakongress vom 29. März 1999, S. 4.

¹⁹⁶ Déi Lénk (1999b): Statut. Angenommen auf dem Gründungskongress vom 30. Januar 1999 in Luxemburg, abgeändert auf dem nationalen Kongress vom 28. Mai 2000 in Tetingen, S. 1.

Welche Bedeutung Déi Lénk dem Arbeitsbegriff zumisst, wird nicht zuletzt mit der Veranstaltung eines außerordentlichen Kongresses zu diesem Thema am 13. Dezember 2009 deutlich. In den »Thesen zur Arbeit« wird die Stärkung der Position der Arbeit gegenüber dem Kapital gefordert. Dabei hält Déi Lénk ihre ablehnende Haltung gegenüber einem bedingungslosen Grundeinkommen aufrecht. Sie sieht in der Arbeit, trotz aller Entfremdung, immer noch die Basis der Produktion gesellschaftlicher Güter. Insofern schaffe die Arbeit eine starke Legitimation gesellschaftlicher Rechte. Vorschläge, das Einkommen grundsätzlich von der Arbeit zu lösen, seien deswegen mit äußerster Vorsicht zu genießen.¹⁹⁷

Wirtschafts- und Finanzkrise

Bereits in der Präambel des Grundsatzprogramms von 1999 heißt es: »Die ungehemmte internationale Finanzspekulation, welcher durch Deregulierung und freier Kapitalzirkulation keine Grenzen mehr gesetzt sind, ist dabei, die reale Wirtschaft in eine größere Krise zu stürzen.« Mit ihrer Forderung nach der »Abkehr von der seit Jahrzehnten betriebenen Nischenpolitik im Steuer- und Finanzbereich« und der Ablehnung der »Politik der Sozialpartnerschaft und des ›sozialen Friedens‹ als politische Strategie« stellt sich Die Linke gegen den gesellschaftlichen Konsens im Großherzogtum Luxemburg.¹⁹⁸

Weitere Aussagen finden sich in der politischen Resolution »Eine andere Welt ist möglich« des Dritten Kongresses vom 1. März 2003. Hier wird die Kapitalismuskritik durch eine allgemeine Globalisierungskritik ergänzt. Diese wird in ihrer wirtschafts- und militärpolitischen Dimension beschrieben. Eine »internationalistische Sicht« wird der »kapitalistischen Globalisierung« entgegengestellt.¹⁹⁹

Auf ihrem Sechsten Kongress vom 14. Dezember 2008 befasst sich Déi Lénk schwerpunktmäßig mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. In einer ersten Erklärung fordert sie als Antwort auf die Krise vor allem Grundsätzliches:

- eine Erhöhung der Kaufkraft durch die Einführung eines Mindestlohns und die Wiedereinführung der automatischen Indexanpassung aller Löhne, Renten und Sozialleistungen;
- eine gerechte Verteilung des Mehrwerts und der Produktivitätsgewinne durch Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung, eine gerechte Steuerpolitik, vor allem durch die Erhöhung der Steuern auf Gewinne, Vermögen und hohe Einkommen;
- den Ausbau der öffentlichen Dienste, die Rücknahme der Privatisierungen und einen gleichen Zugang zu Dienstleistungen, den Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit;
- eine Gesetzgebung gegen Entlassungen in Unternehmen, die Gewinn machen.²⁰⁰

Das Wahlprogramm des außerordentlichen Kongresses vom 29. März 2009 beginnt mit Aussagen zur Wirtschafts- und Finanzkrise. Der Begriff der Krise zieht sich durch das gesamte Programm und findet 41 Mal Erwähnung, davon 38 Mal in Bezug auf die von Déi Lénk besonders betonten Krisen von Wirtschaft und Klima. Deren Ursachen sehen die Linken in der wachsenden Ungleichheit. Statt Profite zu investieren, sei bis zum Platzen der Blase mit ihnen spekuliert worden. Dabei treffe die Luxemburger Regierung eine große Mitverantwortung, da sie das Land einseitig auf den Finanzplatz, auf die Förderung von Steuerhinterziehung und spekulative Finanzgeschäfte ausgerichtet habe. Déi Lénk fordert demzufolge die Abschaffung des Bankgeheimnisses und die Besteuerung aller Finanzprodukte. Statt des Ausnutzens einer Nischenpolitik solle die Wirtschaft auf eine breitere Grundlage gestellt werden.

¹⁹⁷ Déi Lénk (2009a): Außerordentlicher Kongress vom 13.12.2009 in Luxemburg, Eis Aarbecht, eis Rechter, Thesen zur Arbeit, S. 2.

¹⁹⁸ Vgl. Jean-Lou Siweck: Pensée unique, in: d'Land, 11.06.1999: »La seule véritable alternative en matière de politique économique est finalement proposée par Déi Lénk. C'est d'ailleurs le seul parti, dans la meilleure tradition du matérialisme marxien, à ouvrir son programme sur les questions économiques. [...] Mais Déi Lénk préfèrent cependant se référer aux malheurs du monde qu'à la seule situation luxembourgeoise. En proposant, par exemple, de mettre fin à la politique de niche dans le secteur financier, le parti d'extrême gauche s'attaque d'ailleurs moins à une politique économique qu'à un modèle de société. Il en est de même quand il rejette le dialogue entre partenaires sociaux et la paix sociale en tant que stratégie politique.«

¹⁹⁹ Déi Lénk (2003): Dritter Kongress vom 01.03.2003 in Luxemburg, Politische Resolution: Eine andere Welt ist möglich.

²⁰⁰ Déi Lénk (2008): Sechster Kongress vom 14.12.2008 in Esch, Resolution zur Finanzkrise.

Die Krisenpolitik der Regierung und deren Rettungspaket von 2,8 Milliarden Euro wird wegen der einseitigen Ausrichtung auf die Rettung der Banken Dexia und Fortis-BGL kritisiert. Andere antizyklische Maßnahmen kämen nicht zum Zug. Zwar spricht sich Déi Lénk nicht gegen die Bankenrettung aus, möchte aber die staatliche finanzielle Beteiligung an eine reale Einflussnahme des Staates und an starke Kontrollfunktionen der Belegschaften der Banken binden.

Im Wahlprogramm sind die Forderungen zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise weit spezifischer als in der Erklärung von Dezember 2008. Neben den grundsätzlichen »antikapitalistischen Strukturreformen« geht es jetzt um mehr Mittel für die Bankenkontrolle, um die öffentliche Finanzierung lokaler und regionaler Aktivitäten, einen öffentlichen Finanzierungspool zur Sicherung der industriellen Produktion, um Einsicht der Belegschaftsvertreter in die Konten- und Auftragsbücher, um Rücknahme der Privatisierungen bei Post und Bahn und um die Kontrolle der Europäischen Zentralbank durch gewählte Vertreter sowie eine Steuer auf Finanzflüsse zur Tilgung der Schulden des Südens.

Ökosozialismus

Im Grundsatzprogramm von 1999 erschöpfte sich der Abschnitt zur Ökologie mit der Kritik an die Adresse von Regierung und Unternehmer. Dies änderte sich auch nicht mit dem Wahlprogramm von 2009. Hier fand zwar der Begriff des Sozialismus in Form der »ökosozialistischen Alternative« plötzlich Einzug in die Programmatik. Der Ökosozialismus wird dabei aber als eine Orientierung definiert, welche »die Erfüllung der Bedürfnisse der Menschen, die Abschaffung der Ungleichheit, den Erhalt des Planeten und die Kritik des Kapitalismus« vereine. Dem Kapitalismus wird neben der Ausbeutung des Menschen auch die Ausbeutung der Natur vorgeworfen, wobei aber an keiner Stelle auf einen Widerspruch zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und ökonomischem Wachstum angesichts der Endlichkeit des Ökosystems hingewiesen wird. Ökosozialistische Alternative heißt für Déi Lénk die Verbindung von Kapitalismuskritik und Umweltschutz. Der ganzheitliche Ansatz der ökosozialistischen Idee als einer Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus wird nicht erwähnt und spiegelt sich auch nicht an anderer Stelle des Programms wieder.

Kritisiert wird die bisherige Klimapolitik vor allem in Bezug auf die eingebauten Marktmechanismen. Der Emissionshandel sei ein neoliberales Unding und das Kyoto-Abkommen sei unzureichend, weil es nicht in die Produktionsweise eingreife. Déi Lénk fordert die weltweite Verstaatlichung der Produktion und Verteilung von Energie. Erneuerbare Energien, die in Luxemburg nur ein Prozent ausmachen, gehören dringend ausgebaut. Die CO₂-Emissionen des Landes seien bis 2020 um 30 Prozent zu senken. Agrokraftstoffe lehnt die Partei ab.²⁰¹

Gesellschaft und Staat

Die gesellschaftspolitischen Themen sind den wirtschaftspolitischen nachgeordnet und zeichnen sich allesamt dadurch aus, dem Staat eine wichtigere Rolle zuzumessen. Kulturpolitik wird weitestgehend auf die Notwendigkeit höherer staatlicher Subventionen reduziert. In der Geschlechterpolitik wird die Frau eher als zu befreiendes Opfer angesehen, als dass die Geschlechterverhältnisse allgemein als Entfremdung von Frauen und Männern eingeschätzt würden. In der Bildungspolitik wird Chancengleichheit angemahnt, eine gemeinsame Schule aller Kinder aber nur für die ersten drei Jahre der weiterbildenden Schulen gefordert. Hochschulpolitik, Wissenschaft und Forschung sind kaum Themen der Déi Lénk.²⁰²

Demokratie definiert Déi Lénk in einem gesonderten Kapitel ihres Grundsatzprogramms als »größtmögliche kollektive und individuelle Selbstbestimmung und Selbstverwaltung«. Es geht um die »Mitbeteiligung aller Mitglieder der Gesellschaft an der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse«. Auch hier wird Demokratie eher als kollektives Gut oder als staatliche Einschränkung, weniger als das von libertären Linken vertretene individuelle Recht auf Entzug aus gesellschaftlichen Verwertungsprozessen gesehen. Ähnliches gilt für die Unteilbarkeit und Universalität der »individuellen und sozialen Menschenrechte«. Diese müssten für alle in Luxemburg lebenden Bevölkerungsgruppen und Minderheiten, für Frauen, Behinderte, Schwule und Lesben, Asylbewerberinnen und Asylbewerber

²⁰¹ Déi Lénk (2009b): Wahlkongress vom 29.03.2009 in Esch: Et gett héich Zäit! Programm für die Wahlen zum nationalen und zum europäischen Parlament am 7. Juni 2009, S. 34-36.

²⁰² Déi Lénk (1999a).

realisiert werden. Auch hier scheint die Partei eher auf kollektive Befreiung dieser Gruppen durch staatliches Handeln als auf deren emanzipatorisches Potential zur Selbstbefreiung zu setzen.

Die Haltung zur Europäischen Politik

Déi Lénk sieht die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Politik in den ihr wichtigen Politikfeldern Demokratie, Soziales, Frieden, Asylrecht und Europas Rolle in der Welt. Dabei könnte ihr besonderer Beitrag in der thematischen Aufbereitung der Migrations- und Integrationspolitik und in einer kulturellen Brücke zwischen deutschen und französischen Linkskräften liegen.

Die Europakonzeption der Partei hat sich seit dem Grundsatzprogramm von 1999 vertieft und gewandelt. In diesem charakterisiert Déi Lénk die bisherige Europäische Integration als in der Logik der Verträge von Maastricht und Amsterdam verfangen. Eine »allmächtige Finanzoligarchie« setze mit Hilfe von Zentralbank, freiem Kapital- und Warenverkehr und Konvergenzkriterien eine Politik von Sozialabbau und Sozialdumping durch. Dem setzt Déi Lénk ihre Vision eines sozialen, demokratischen, solidarischen und friedlichen Europas entgegen. Dieses würde sich durch eine europaweite Besteuerung des Kapitalverkehrs, eine allgemeine Senkung der Arbeitszeit auf 35 Stunden, neue demokratische Institutionen, die Annullierung der Außenhandelschuld der Länder der Dritten Welt und das Verbot des Waffenhandels auszeichnen. Die europäischen Länder sollten aus der NATO austreten. Der Vertrag von Schengen würde aufgekündigt und stattdessen ein freier Personenverkehr und ein allgemeines Asylrecht durchgesetzt.²⁰³ In ihrer politischen Resolution von 2003 betont Déi Lénk, dass die EU in ihrer bestehenden Form derselben neoliberalen Logik wie die Regierung der USA folge. Sie sei daher kein wünschenswertes Gegengewicht gegen amerikanische Weltherrschaft. Gleichzeitig sei ein »Zurückziehen auf die ›Souveränität‹ des Nationalstaates ... heute undenkbar, der Aufbau eines anderen Europas heute unverzichtbar.«²⁰⁴

Am 10. Juli 2005 stimmten die Luxemburgerinnen und Luxemburger in einem Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag ab. Ebenso wie in Frankreich und den Niederlanden deckte sich der Grad der Zurückweisung mit der geographischen und soziokulturellen Verankerung der Linken. Für Déi Lénk und KPL war dies der Moment, die Wahlniederlage 2004 hinter sich zu lassen und für ein Nein zum Verfassungsentwurf zu werben. Dies taten sie mit einem solchen Erfolg, dass ein Parlamentsbericht der »Linken der Linken« im Nachhinein bescheinigt, lange Zeit die Themen der Kampagne bestimmt zu haben. Selbst wenn der Einfluss der Linken nicht überschätzt werden sollte: Bezeichnenderweise gab es in allen Städten des Südens, in denen Déi Lénk und KPL bei den Wahlen 1999 eine Kommunalvertretung erreicht hatte und die über ein traditionelles Arbeitermilieu verfügen, eine Mehrheit gegen den Verfassungsvertrag, während im Landesdurchschnitt das Ja dominierte.²⁰⁵

In der Kampagne selbst vermied Déi Lénk, allzu deutlich für einen anderen Entwurf einer Europäischen Verfassung zu werben. Auch das Wahlprogramm von 2009 lässt einiges im Unklaren. Gefordert wird die Ausarbeitung eines neuen Vertrages. Als Verfassungsvertrag könne dieser nur dann in Kraft treten, wenn er am selben Tag in allen europäischen Mitgliedsstaaten per Referendum angenommen wird. In einem solchen Vertrag müssten die Kompetenzen des Europaparlaments erweitert und die demokratische Wahl der Kommission geregelt werden.²⁰⁶

Im Wahlprogramm von 2009 werden unter dem zentralen Anspruch einer »Neubegründung der Europäischen Union« fünf Kritiken und fünf Forderungen geäußert. Kritisiert werden wie bereits 1999 der Abbau des Sozialstaates, die Aufrüstung und Militarisierung der EU, das demokratische Defizit und die Festung Europa. Neu ist, dass der EU fehlender politischer Wille bei der Suche nach »globalen Antworten auf globalisierte Krisen« vorgeworfen wird. Die fünf Forderungen betreffen die soziale Gerechtigkeit, die Friedenspolitik, die Demokratisierung der Institutionen, die Umweltfrage und das Einwanderungsrecht.²⁰⁷

Während 1999 die Auflösung der Verträge von Maastricht, Amsterdam und Schengen im Mittelpunkt der Forderungen stand, geht es 2009 vielmehr um eine Weiterentwicklung des Bestehenden. Nun steht

²⁰³ Déi Lénk (1999a), S. 27 f.

²⁰⁴ Déi Lénk (2003), S. 10.

²⁰⁵ Vgl. Patrick Dumont u. a. (2007): Le référendum sur le Traité établissant une Constitution pour l'Europe. Rapport élaboré pour la Chambre des Députés, Luxembourg, S. 87f.

²⁰⁶ Déi Lénk (2009b), S. 53.

²⁰⁷ Déi Lénk (2009b), S. 52f.

das Einfordern einer Europäischen Politik, wenn auch einer anderen, im Vordergrund. Dazu gehört auch die Forderung nach einer Europäischen Steuerpolitik, die in Verbindung mit der Anerkennung einer europäischen Staatlichkeit stehen muss.²⁰⁸ Diese neue Wahrnehmung führt nach dem Verfassungsreferendum 2005 auch zum Beitritt in die Europäische Linkspartei, was den Bruch mit der Kommunistischen Partei weiter befördert. Gleichzeitig arbeitet Déi Lénk in dem posttrotzkistisch geprägten Netzwerk der Europäischen Antikapitalistischen Linken mit.

Eine Besonderheit der Luxemburger Situation ist die Euroregion Sar-Lor-Lux, die sich als Großregion um das wirtschaftlich starke Luxemburg herum gebildet hat. Déi Lénk sieht die Notwendigkeit, mit verbündeten Parteien der Nachbarregionen zusammenzuarbeiten und ein solidarisches Gegenmodell auf Ebene dieser Großregion zu entwerfen. Vereinzelt finden gemeinsame Aktivitäten statt, zuletzt in den sozialen Auseinandersetzungen um die Verlagerung einer Fabrik von Villeroy&Boch. Dennoch ist es bisher nicht gelungen, diese Kooperation mit der Partei DIE LINKE aus Trier und aus dem Saarland, mit der Fédération Moselle der Kommunistischen Partei Frankreichs und mit der Kommunistischen Partei Walloniens auf eine neue Stufe zu heben. Besondere Beziehungen pflegen Déi Lénk auch zur Nouveau Parti Anticapitaliste in Frankreich.

Selbstverständnis und organisatorische Struktur

In der am 30. Januar 1999 verabschiedeten Satzung wird versucht, den Charakter der Organisation als Sammelbewegung, im Unterschied zu einer Partei oder einem losen Bündnis, zu definieren. Dabei stellt Déi Lénk ihren Mitgliedern frei, »in anderen linken politischen Organisationen tätig zu sein«. Dieses Zeichen der Offenheit erklärt sich aus der Entstehungsgeschichte. Während sich die beiden Parteien Néi Lénk und Revolutionär Sozialistische Partei auflösten, blieb die Kommunistische Partei bestehen. In Richtung der KPL wird betont, dass Gewählte in Parlament und Gemeinderäten »jedoch allein déi Lénk« vertreten. Die Satzung der Lénk stellt einen klaren Bruch mit der in der KPL so lange vorherrschenden Tradition des demokratischen Zentralismus dar. So heißt es: »Alle Mitglieder der Lénk behalten ihre Meinungsfreiheit sowohl im Innern der Bewegung als auch nach außen.« Praktische Beispiele hierfür sind die freie Wahl der Mitglieder zwischen einer lokalen oder einer themenspezifischen Sektionsmitgliedschaft und die Tatsache, dass Ausschlüsse nun einer aufwändigen Prozedur bedürfen.

Höchstes Entscheidungsorgan ist der Kongress. Hier sind alle anwesenden Mitglieder stimmberechtigt. In der Satzung wird betont, dass Déi Lénk möglichst versucht, vom Delegierten-Prinzip auf allen Ebenen Abstand zu nehmen. Der Kongress wählt die Nationale Koordination. Aufgrund der Entstehungsgeschichte und der Angst der ursprünglichen Bündnispartner, gegenseitig an den Rand gedrängt zu werden, ist die Zahl der Mitglieder dieser Koordination unbegrenzt. Jedes Mitglied darf kandidieren; gewählt ist, wer mindestens ein Viertel der Stimmen auf einem Kongress auf sich vereint. Die Nationale Koordination wählt ein neun- bis elfköpfiges Koordinationsbüro. Alle diese Gremien sind nach Möglichkeit im Geschlechterproporz zu besetzen; eine feste Quote gibt es aber nicht.²⁰⁹

Das Internet spielt eine wichtige Rolle bei der Darstellung der Partei in der Öffentlichkeit und der parteiinternen Kommunikation. Neben der Internetseite www.dei-lenk.lu verfügt Déi Lénk seit dem 27. Juni 2003 über den ihr nahestehenden wöchentlichen elektronischen und postalischen Newsletter goosch.lu sowie seit dem 8. April 2009 über einen monatlichen elektronischen Newsletter. In beiden wird aus Partei und Politik berichtet, wobei der wöchentliche Newsletter Leserbriefe und weniger qualifizierte Debattenbeiträge zulässt, während der monatliche Newsletter stärker den Charakter einer parteieigenen und professioneller gestalteten Publikation trägt. Dem Internetauftritt www.dei-lenk.lu wurde bereits 2004 ein beachtenswerter vierter Rang unter den Luxemburger Parteien zugestanden.²¹⁰

Vor allem nach dem Austritt der Kommunisten 2003 gewinnt die Suche nach einem neuen Verhältnis zu Bewegungen, Institutionen, Nation, Staat und Wirtschaft an Bedeutung. Stärker noch als im ursprünglichen Zweckbündnis mit den Kommunisten tritt nun das eigene Selbstverständnis einer inhaltlichen und formellen Neubegründung auf der Linken hervor. Déi Lénk versucht, eine neue linke

²⁰⁸ Déi Lénk (2009b), S. 11.

²⁰⁹ Déi Lénk (1999b).

²¹⁰ Dumont u. a. (2006), S. 25.

Politikkultur für sich selber zu finden. Dabei nehmen sie immer stärker den Charakter einer Partei an, betonen aber gleichzeitig ihr experimentelles Herangehen an neue Formen der Politik.

Déi Lénk sieht ihre Hinwendung zu den sozialen Bewegungen als Abgrenzung gegenüber anderen Formen der Politikgestaltung. Weder eine Regierungsbeteiligung noch eine »Propagandatätigkeit in Richtung einer besseren Welt« könnten Perspektiven eröffnen.²¹¹ Die Gewerkschaften werden als die zahlenmäßig bedeutendste soziale Bewegung des Landes eingeschätzt. Gleichzeitig gewinnen neue soziale Bewegungen, die ihren Ursprung nicht in der Sphäre der Produktion haben, an Bedeutung. Das Engagement der Déi-Lénk-Mitglieder in ihnen wird als entscheidend betrachtet und ist selbst Teil der Satzung der Partei.

Trotz der Betonung der Bewegungsorientierung und der außerparlamentarischen Arbeit hat Déi Lénk einen hohen Anspruch an ihre Arbeit im Parlament. Diese sei verantwortungsbewusst gestaltet und auf die Stärkung des Parlaments gegenüber der Regierung orientiert. In der laufenden Legislaturperiode hat der Abgeordnete von Déi Lénk, André Hoffmann, einen »Gesetzesvorschlag gegen missbräuchliche Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen« ins Parlament eingebracht.²¹²

Perspektiven

Der Wiedereinzug ins Luxemburger Parlament 2009 und die erstmalige Teilhabe an der öffentlichen Parteienfinanzierung stärken die Möglichkeiten von Déi Lénk, sich auf Dauer einen Platz im Luxemburger Parteiengefüge zu erkämpfen. Dabei nimmt die ursprüngliche Sammlungsbewegung zunehmend die Form einer Partei an: Mit klaren Entscheidungsprozeduren, durchsetzungsfähigen Gremien und einem mehrheitlich bestimmten inhaltlichen Profil.

Thematisch versucht Déi Lénk, soziale und ökologische Fragestellungen zuzuspitzen und bei gesellschaftspolitischen Themen stärker Stellung zu beziehen.²¹³ Besondere Bedeutung erfährt die Mitarbeit in der Partei der Europäischen Linken. Mitglieder der Linken waren im Juni 2008 an der Gründung von transform!Luxembourg beteiligt, eine an das europäische linke Stiftungsnetzwerk Transform!Europe angelehnte Vereinigung, in welcher in Arbeitsgruppen Verteilungsfragen und der Zusammenhang von ökologischen und sozialen Fragen diskutiert werden.²¹⁴

²¹¹ Serge Urbany: Eine neue linke Politikkultur, in: Forum für Politik, Gesellschaft und Kultur, Nov. 2003, S. 23-25.

²¹² Der Gesetzesvorschlag im Wortlaut:

http://www.dei-lenk.lu/sites/default/files/userfiles/file/Textes/PK_Licenciements-Zusammenfassung_definitif.pdf, abgerufen am 10.02.2010.

²¹³ Tageblatt, Zeitung für Lëtzebuerg, vom 23.01.2009.

²¹⁴ Transform! Luxembourg, in: Forum für Politik, Gesellschaft und Kultur (282), Dez. 2008, S. 8.

Clemens Wirries

Eine Partei für die „einfachen Leute“ – die Socialistische Partij in den Niederlanden

Einleitung

Die niederländische Socialistische Partij (SP) hebt sich in vielerlei Hinsicht markant von ihren westeuropäischen Schwesterparteien ab. Im Gegensatz zu diesen (Azmanova 2004, March 2009, Spier/Wirries 2007) ist sie nicht aus linkssozialdemokratischen oder aus einst moskautreuen kommunistischen Gruppierungen hervorgegangen, sondern die Nachfolgerin einer kleinen maoistischen Kaderpartei der späten 60er Jahre. Längst hat die SP ihre einstige Ideologie über Bord geworfen und sich nach einem „langen Marsch durch die Institutionen“ in der äußerst fluiden niederländischen Parteienlandschaft etablieren können.

Ihr langjähriger Vorsitzender, politischer Führer²¹⁵ und Fraktionsvorsitzender in der zweiten Parlamentskammer Jan Marijnissen repräsentierte für mehr als zwei Jahrzehnte personelle Kontinuität an der Spitze der Partei. Unter seiner Ägide konzentrierte sich die SP frühzeitig darauf, mit lebensnahen Themen an die Bürger heranzutreten und diese für dringende gesellschaftliche Probleme zu sensibilisieren. Umweltverschmutzung, Verkehrspolitik, sinkende Renten und die schlechte Gesundheitsversorgung sprach die SP mithilfe vielfältiger Aktionsformen und eigens eingerichteter Vorfeldorganisationen an und legte somit den Grundstein für eine gefestigte kommunale Basis und eine hohe Zahl aktiver Parteimitglieder. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2006 erhielt die SP den elektoralen Lohn für ihre langjährige engagierte Basisarbeit fernab der festgefahrenen parteipolitischen Machtstrukturen. Mit 16,6 Prozent der Stimmen und 25 der 150 Sitze in der Zweiten Kammer wurden die Sozialisten zur drittstärksten politischen Kraft der Niederlande. Mehr als 50.000 Mitglieder zählte die Partei in diesem Jahr, zudem wurde sie in vielen Gemeinden erstmals an Magistraten beteiligt.

Hingegen brachte der jüngste Urnengang im Juni 2010 zum ersten Mal in der Parteigeschichte einen herben Rückschlag. Doch ist sie auch mit 9,9 Prozent und einer auf 15 Mitglieder geschrumpften Kammerfraktion weiterhin ein politischer Faktor, mit dem man rechnen sollte. Der extreme Rechtspopulismus der antiislamischen Partij voor de Vrijheid (PVV) von Geert Wilders aktivierte große Protestpotentiale auch bei bisherigen Anhängern der Sozialisten, und auch an die sozialdemokratische PvdA und die linksökologische Partei GroenLinks hat die SP viele Wähler verloren. Der Stimmenrückgang der SP hatte sich bereits länger abgezeichnet, was nicht nur der allgemeinen Konkurrenzsituation geschuldet ist. Nach den Gemeinderatswahlen im März war die damalige Vorsitzende Agnes Kant zurückgetreten, und ihr Vorgänger Marijnissen hatte sich ebenso wie seine Nachfolgerin ganz aus der Politik verabschiedet. Der neue Vorsitzende Emile Roemer musste daher das Kunststück vollbringen, sowohl sich selbst als Person als auch seine Partei wieder ins Spiel zu bringen.

Der vorliegende Beitrag wurde zum größten Teil vor den Parlamentswahlen am 9. Juni 2010 verfasst. Daher konnte der endgültige Ausgang der Koalitionsverhandlungen nicht behandelt werden. Dennoch lässt die bisherige Entwicklung der niederländischen Sozialisten allgemeine Rückschlüsse zu, vor allem im Hinblick auf ein erfolgreiches Agenda Setting in verschiedenen Politikfeldern und die nachhaltige Etablierung einer schnell wachsenden Parteiorganisation im politischen System der Niederlande. Bevor auf die aktuell gültigen organisatorischen und programmatischen Merkmale, die Parteiführung, Wähler- und Mitgliederstruktur sowie das Image der Partei eingegangen wird, sollen zunächst in einem einführenden zeithistorischen Rundumschlag die Grundsätzlichkeiten des niederländischen Parteiensystems und die Geschichte der SP skizziert werden. Denn auf diese Weise wird die Etablierung einer Partei, die ursprünglich einmal aus einer ideologischen Sektiererrecke kam und als eine undogmatische linkssozialistische Kraft heute von allen politischen Richtungen respektiert wird, viel besser erklärbar.

Aus Gründen der Lesbarkeit wird mit Zitationen von Internetquellen in diesem Text sparsam umgegangen. Exakte Verweise und Erläuterungen finden sich daher im Literaturverzeichnis.

²¹⁵ In den Niederlanden sind die Ämter von Partei- und Fraktionsvorsitz (Zweite Parlamentskammer) in der Regel getrennt. Das Amt des Fraktionsvorsitzenden ist meistens identisch mit jenem des „politischen Führers“. Die Aufgaben des Parteivorsitzenden sind hingegen meist organisatorischer Natur.

Von der Politsekte zur etablierten Partei – ein Abriss zur Geschichte der SP

Im Jahr 1970 hatte sich aus einer Vielzahl kleinerer maoistischer Personenzirkel, die sich von der damals moskautreuen Communistische Partij van Nederland (CPN) getrennt hatten bzw. Ausgeschlossen worden waren, die Kommunistische Eenheidsbeweging Nederland/marxisties-leninisties (KEN/ml) gebildet. Ähnlich wie in den westdeutschen K-Gruppen zu dieser Zeit, hatten die Maoisten eine gewisse Anhängerschaft in studentischen Kreisen und weit weniger in jenen proletarischen Schichten der Bevölkerung, die man eigentlich erreichen wollte (Voerman 1987). Im August 1970 hatte die KEN/ml im Hafen von Rotterdam einen wilden Streik mitinitiiert, der zwar für mediales Aufsehen sorgte, aber nicht zu der erhofften Etablierung der Partei in der Arbeiterschaft führte. Innerhalb der Partei gingen schließlich die Ansichten der Aktivisten um die richtige Exegese von Maos „Massenlinie“ (Mao Tse-Tung 1967, 140-158) immer weiter auseinander, was schließlich zur Spaltung der Organisation führte. Die habituelle und soziale Kluft zwischen Akademikern und Arbeitern hatte maßgeblich zur Dissoziation beigetragen.

Die neue Kommunistiese Partij Nederland/marxisties-leninisties (KPN/ml) setzte im Gegensatz zur Rest-KEN/ml, die sich im leninistischen Sinne als intellektuelle revolutionäre Avantgarde begriff, auf ein populistisches Gedankengut, um die „Arbeitermassen“ auf ihre Seite zu ziehen. Die Partei gab sich nach einjährigem Bestehen im Oktober 1972 den in der Tat massentauglicheren Namen Socialistiese²¹⁶ Partij (SP). Ihre Mitglieder sollten nicht nur mehr in ihrem Studierzimmer über revolutionären Theorien brüten, sondern vielmehr in der individuellen Erfahrung täglicher Arbeit sozialistisches Bewusstsein erlangen.

1974 verabschiedete die Partei auf ihrem zweiten Kongress ihr erstes Parteiprogramm, worin sie sich weiterhin explizit auf die ideologischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus und die Ideen Maos berief. Die parlamentarische Demokratie galt der SP in ihren Anfangsjahren als eine reine Fassade der Diktatur des Kapitals. Die anderen etablierten Linksparteien wurden nicht als mögliche Bündnispartner angesehen, sondern als reaktionäre Stützpfeiler des Systems. Das langfristige Ziel der Partei war klar umrissen: die proletarische Weltrevolution. Durch die Teilnahme der SP-Kader am ganz normalen Arbeiterleben in den industriellen Großbetrieben der Niederlande sollten aber zunächst die praktischen Möglichkeiten für eine Verbesserung der Lebensqualität der Arbeiter im Vordergrund stehen. Nicht die direkte Agitation mit revolutionärer Theorie, sondern eine leise Infiltration der „Massen“ war die Intention der SP-Kader.

Dieser Linie entsprechend formulierte die SP in ihrem ersten Parteiprogramm von 1974 den Anspruch, eine Partei der „einfachen Leute“ sein zu wollen. Dieser Leitsatz ist bei allem schwerwiegenden ideologischen Ballast, der nach und nach in den vergangenen 30 Jahren abgeworfen wurde, bis heute in der Partei gültig. Bereits die KEN/ml hatte „Massenorganisationen“ gegründet, die de jure selbstständige Vereine waren, in der Realität aber Bestandteil der Partei waren, um Anhänger zu gewinnen, die man mit purer revolutionärer Propaganda kaum beeindrucken konnte. Ein Interessenverband für Mieter, der Bond van Huurders en Woningzoekenden (BHW), und eine eigene Splittergewerkschaft, die Arbeidersmacht, wurden von der SP übernommen. Später kam eine Umweltschutzorganisation namens Milieu Actiecentrum Nederland (MAN) hinzu, eine Protestgruppe gegen den Vietnamkrieg entstand ebenso wie eine Vereinigung, die einen jährlichen kostenlosen Gesundheitstest für alle Niederländer durchsetzen wollte, die Organisation Voorkomen is beter. Gerade die Gesundheitspolitik hat bis heute einen hohen Stellenwert für die SP. In der Stadt Oss gründeten Parteimitglieder 1975 ein alternatives Ärztezentrum, welches für sehr günstige Beiträge ärztliche Vorsorgeberatung und -behandlung anbietet. Das Zentrum existiert noch immer, und mittlerweile gibt es weitere Projekte dieser Art.

Die SP entwickelte sich also sehr zügig zu einer Kümmererpartei, die für die „einfachen Leute“ vor Ort jederzeit da sein sollte, wenn es ganz normale Alltagsprobleme zu lösen gab. Ein Informationsdienst offerierte z. B. juristischen Rat für die Bürger, und im Rahmen der vielfältigen Aktionen der Partei wurden sowohl in den Basisorganisationen als auch landesweit kostenlose Telefonnummern („alarmlijn“) geschaltet, an die sich jeder Bürger wenden konnte.

²¹⁶ Bis 1987 wurde diese in linksalternativen Kreisen der Niederlande übliche Rechtschreibung in der SP benutzt, die adjektivische Wortendung -ies wurde danach zugunsten der „bürgerlichen“ Schreibweise -isch angepasst.

Im Frühjahr 1974 trat die SP, die sich eigentlich zu diesem Zeitpunkt noch als Anti-Systempartei verstand, erstmals zu Gemeinderatswahlen an. In zwölf Kommunen im Land hatte sie Kandidatenlisten präsentiert und immerhin zog die Partei gleich in zwei Rathäuser ein. So gelang das parlamentarische Debüt auch in der bereits erwähnten Kleinstadt Oss in der Provinz Noord-Brabant, wo die Partei 10,2 Prozent der Stimmen erhielt und drei Vertreter in die Stadtvertretung entsenden konnte (Slager 2005, 133-153). Bis dahin hatte Oss als katholisches Bollwerk gegolten. Die Honoratioren der Katholischen Volkspartei hatten wenige Jahre zuvor noch eine Dreiviertelmehrheit im örtlichen Rat gehalten. Der Durchbruch war der SP gelungen, weil sie z. B. als einzige Partei die Missstände in den industriellen Großbetrieben der Stadt öffentlich angeprangert hatte. Über die Jahre hinweg entwickelte sich die SP zu einer festen Größe in der Kommunalpolitik der Stadt. Auch wenn die früheren „Massenorganisationen“ längst verschwunden sind, ist die Aktivität der SP keinesfalls eingeschlafen, allein die Organisationsformen haben sich wesentlich verändert. Heutzutage unterhält die Partei in Oss ein eigenes Café und veranstaltet einen jährlichen Stadtlauf. Nirgendwo anders im Land hat die Partei mehr Mitglieder und erhält derart stabile hohe Wahlergebnisse. 1995 war sie zudem erstmals mit Beigeordneten im Magistrat der Stadt vertreten.

In Oss begann auch die Karriere von Jan Marijnissen, der die Partei in den letzten zwei Jahrzehnten maßgeblich prägte. 1975 rückte er als 23-Jähriger und damit als jüngster kommunaler Abgeordneter der Niederlande in den Stadtrat nach. Dort profilierte sich der volkstümliche, redegewandte wie fleißige Kommunalpolitiker so erfolgreich, dass auch die Parteiführung in Rotterdam auf den jungen Mann aufmerksam wurde. 1987 wurde er als erstes SP-Mitglied in das Provinzparlament von Noord-Brabant gewählt und seit Januar 1988 ist er Vorsitzender der SP. In diesem Jahr verabschiedete sich die Partei in ihrem zweiten Parteiprogramm „Handvest 2000“ vom Marxismus-Leninismus. Organisatorisch wurden die Zügel gestrafft, und das eher lockere Bündnis von lokalen Gruppen der SP verwandelte sich zügig zu einer ernstzunehmenden landesweiten Partei mit durchschaubaren Organisationsstrukturen. Der Grundstein für den Einzug in die zweite Parlamentskammer war damit gelegt.

Nach fünf erfolglosen Versuchen in den 70er und 80er Jahren gelang dies erstmals 1994, Marijnissen selbst und der Umweltaktivist Remi Poppe erlangten durch ein Landesergebnis von 1,3 Prozent der Stimmen ihr Entree ins Haager Parlament. International weitgehend unbeachtet konnte die Sozialistische Partei ihr Terrain seitdem bei jeder Wahl Stück für Stück ausbauen. 1998 erreichte sie 3,5 Prozent, 2002 schon 5,9 Prozent, bei den vorgezogenen Neuwahlen 2003 dann 6,3 Prozent (Tabelle 1). Mit gestiegenen Wahlergebnissen, Mitglieder- und Mandatszuwächsen ermöglichten die dadurch enorm gewachsenen finanziellen Ressourcen auch den Ausbau des professionellen Parteiapparats, sowohl an der Spitze wie auch in der Fläche. Die programmatische Arbeit führte abermals zu einem erneuerten Leitbild, der Kernvision der Partei „Heel de mens“, die noch immer gültig ist. Die Mitgliederzahl erhöhte sich innerhalb von 14 Jahren von ca. 15.000 im Jahre 1992 auf mehr als 50.000 im Wahljahr 2006, was die SP gleich nach den Sozial- und Christdemokraten zur drittstärksten Mitgliederpartei der Niederlande werden ließ (Tabelle 2). Sensationell fiel dann das Ergebnis bei den Parlamentswahlen im November 2006 aus: In einem ganz auf den Spitzenkandidaten und Parteivorsitzenden Marijnissen zugeschnittenen Wahlkampf konnte die SP ihr Ergebnis auf 16,6 Prozent verdreifachen, sie zog nur knapp hinter den Sozialdemokraten als drittstärkste Fraktion mit 25 Sitzen in die Zweite Kammer ein.

Tabelle 1:

Ergebnisse der SP bei Wahlen zur Zweiten Kammer				
Jahr	Spitzenkandidat	Stimmen (absolut)	Stimmen (Prozent)	Sitze
1977	Poppe	24.420	0,2	-
1981	Van Hooft sr.	30.380	0,3	-
1982	“ “	44.959	0,5	-
1986	“ “	32.144	0,3	-
1989	Marijnissen	38.829	0,4	-

1994	“ “	118.768	1,3	2
1998	“ “	303.703	3,5	5
2002	“ “	560.447	5,9	9
2003	“ “	609.723	6,3	9
2006	“ “	1.630.803	16,6	25

Quelle: Homepages der Wahlbehörde und der SP

Von der Versäulung zur Verflüssigung – die Parteienlandschaft der Niederlande

In den Niederlanden gilt bei sämtlichen Wahltypen ein Verhältniswahlrecht ohne größere Einschränkungen. Sei es bei Abstimmungen für die Gemeinderäte, für die Provinzparlamente oder für die Zweite Parlamentskammer (Tweede Kamer der Staten-Generaal) – es muss lediglich der volle Teiler für ein Mandat erreicht werden. Für die Zweite Kammer, die 150 Mandate zählt, genügen dementsprechend 0,67 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen für eine Parteiliste, um parlamentarische Repräsentation zu erlangen (Lepszy/Wilp 2009, 417 f.).

In der äußersten Linken hat es, seitdem 1918 das Verhältniswahlrecht eingeführt wurde, zahlreiche kleinere Parteien in der Zweiten Kammer gegeben, die in der Regel aber ein parlamentarisches Schattendasein führten. Vielmehr war das Parteiensystem der Niederlande in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch eine Segmentierung der sozialmoralischen Milieus bestimmt, ein Phänomen, welches in der hier vorhandenen besonders extremen Ausprägung als „Versäulung“ bezeichnet wird (Wielenga 2008, 96 f.). Die Milieus der verschiedenen protestantischen Glaubensrichtungen, des Katholizismus und der Arbeiterbewegung wurden jeweils durch ein außerordentlich dichtes Organisationsgeflecht zusammengehalten, welches sie von staatlichen Institutionen weitgehend unabhängig machen sollte. Eigene Schulen, Kindergärten, Sportvereine, Wohnungsbau- und Konsumgenossenschaften und eben auch politische Parteien integrierten die Mitglieder der Säulen nach innen wie nach außen. Das Wahlverhalten war dementsprechend geprägt durch die Zugehörigkeit der Wähler zu ihren Säulen, und Untreue mit dem Stimmzettel wurde daher selten an den Tag gelegt.

Vor den ersten Nachkriegswahlen 1946 hatte sich die vormalige Sociaaldemocratische Arbeiderspartij (SDAP) mit einer linksliberalen Partei (VDB) zur Partij van de Arbeid (PvdA) zusammengeschlossen, um einen gesellschaftlichen „doorbraak“ (Durchbruch) zu markieren, was aber nicht von nachhaltigem Erfolg gekrönt war. Die PvdA blieb vor allem „Säulenpartei“ der gewerkschaftlich organisierten und häufig kirchenfernen bzw. protestantischen Arbeiterschaft, die Katholieke Volkspartij (KVP) bildete das parteipolitische Bollwerk der kirchentreuen Katholiken, und die verschiedenen protestantischen Glaubensrichtungen versammelten ihre Getreuen hinter der Antirevolutionaire Partij (ARP), der Christelijk-Historische Unie (CHU) und einigen kleineren orthodoxen Parteien. Die rechtsliberale Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD), die vor allem das wohlhabende städtische Bürgertum vertrat, verstand sich selbst als säulenferne Partei, konnte aber ebenso auf eine geschlossene Anhängerschaft bauen.

Ebenfalls außerhalb des versäulten Parteienwesens befindlich, hatte die Communistische Partij van Nederland (CPN) in den ersten Nachkriegsjahren eine größere Anhängerschaft zu verzeichnen, die vor dem Hintergrund ihres massiven Widerstandes gegen die deutschen Besatzer im Krieg erklärbar ist. Von den 10,6 Prozent, die der CPN 1946 die Stimme gegeben hatten, blieben ihr 1959, drei Jahre nach dem Ungarnaufstand, der die damals noch moskauhörige Partei massiv diskreditiert hatte, nur noch 2,4 Prozent. 1959 war auch zum ersten Mal die Pacifistisch Socialistische Partij (PSP) zur Wahl angetreten und mit zwei Sitzen in die Zweite Kammer eingezogen. Sie war aus der „Ban de bom“-Bewegung gegen die atomare Hochrüstung der beiden Weltmächte hervorgegangen und hatte ihre Anhänger in linksintellektuellen, neutralistischen Kreisen.

In den 60er Jahren begannen die Säulen schließlich in schneller Geschwindigkeit abzubrockeln, begünstigt durch die sich entwickelnde Massenkonsumgesellschaft, den fortgeschrittenen Ausbau sozialstaatlicher Institutionen und nicht zuletzt auch durch die größere Mobilität der Bürger. Viele junge Menschen strömten nun in die Universitäten, neue Freizeitangebote und die schnelle Verbreitung des Fernsehens sorgten für eine offenere Gesellschaft (Wielenga 2008, 305 f.). Dieser

Öffnungsprozess schlug sich auch im Parteiensystem nieder. So entstand 1966 die linksliberale Partei Democraten 66 (D'66), die sich für mehr Pragmatismus, Transparenz und eine Ausweitung der Volksgesetzgebung stark machte. D'66 zog 1967 mit 4,5 Prozent der Stimmen in die Zweite Kammer ein, ebenso viele Stimmen erhielt damals die rechtspopulistische Boerenpartij. KVP und PvdA verloren bei dieser Wahl zum ersten Mal seit Jahrzehnten massiv und erhielten die Quittung für ihre langjährige Teilnahme an Kabinetten. Die PvdA zog die Konsequenzen und orientierte sich in den folgenden Jahren wieder stärker nach links – durchaus mit elektoralem Erfolg. Die Gründung einer großen, linken Volkspartei, eines neuen „doorbraak“-Versuchs, schlug allerdings fehl. Trotz gemeinsamer Wahlprogramme und Schattenkabinette mit einigen der kleineren Linksparteien und Gemeinschaftslisten bei kommunalen Wahlen wurde die absolute Mehrheit immer verfehlt. Die großen konfessionellen Parteien hingegen schlossen sich 1977 dauerhaft zusammen und bildeten eine neue bürgerliche Volkspartei den Christen Democratisch Appèl (CDA).

Auf der linken Seite des politischen Spektrums waren um 1970 weitere Mitbewerber hinzugekommen, die ebenfalls das traditionelle Bild der Versäulung konterkarierten. Aus fortschrittlichen Richtungen der ARP spaltete sich 1968 die Politieke Partij Radicalen (PPR) ab, die sich sehr früh den Fragen der Dritte-Welt-Problematik und des Umweltschutzes zuwandte. 1980 gründete sich schließlich noch die Evangelische Volkspartij (EVP), die einen ähnlichen politischen Kurs einschlug, aber weitgehend bedeutungslos blieb. Die Vielfalt der äußersten Linken des niederländischen Parteiensystems machte die gegenseitig konkurrierenden Parteien nicht eben stärker. So schlossen sich 1989 die christlichen Linksparteien PPR und EVP mit der CPN zusammen und nannten sich fortan GroenLinks. Die CPN hatte sich seit den 70er Jahren zu einer stark von der Frauenbewegung inspirierten Partei gewandelt, wenn man so will, zu einer spezifisch niederländischen Variante des Eurokommunismus.

Die Etablierung der SP kann man angesichts dieser Konkurrenzsituation also durchaus als Bravourstück bezeichnen. Denn seit der Parlamentswahl 2002 war es auch noch der vormals randständige Rechtspopulismus, der die politische Landschaft zusätzlich durcheinanderwirbelte. Mit einem Schlag hatte die Liste des mediengewandten Soziologiedozenten und Publizisten Pim Fortuyn 17,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können. Der Mord an ihm durch einen radikalen Tierrechtsaktivisten wenige Tage vor dem Wahltermin hatte eine geradezu traumatische Wirkung auf die gesamte niederländische Politik. Das spätere ebenfalls tödliche Attentat an dem Filmregisseur Theo van Gogh und auch die öffentlichen Debatten über die Abgeordnete Ayaan Hirsi Ali haben dem Antiislamismus zweifellos Auftrieb gegeben, von dem derzeit der politische Dauerprovokateur Geert Wilders zehrt. Die „einfachen Leute“ – soziologisch gesehen die unteren bis mittleren sozialen Schichten – sind nicht nur die Hauptzielgruppe der Sozialisten und zu einem gewissen Teil auch der „altetablierten“ Parteien PvdA und CDA, sondern sie sind auch ganz besonders stark in der Kundenkartei des Rechtspopulismus enthalten. In einer Stimmungsdemokratie, wo Telegenität und die bestplatzierten „one liners“ der Parteiprominenz das Bild bestimmen, werden künftige Wahlbewegungen nur noch schwer voraussagbar sein (Wielenga 2008, 364). Auch dies erklärt die Festigung der SP in der modernen Mediengesellschaft, denn die Partei präsentiert vor allem aufgrund ihres festen organisatorischen Fundaments und trotz aller ihrer eigenen Widersprüche einen Gegenentwurf zu all diesen Entwicklungen.

Eine kleine Volkspartei – die Mitglieder- und Organisationsstruktur der SP

Die SP war in den ersten 15 Jahren ihres Bestehens eine kleine Kaderpartei mit einem sich autoritär gebärdenden Vorsitzenden, der die anderen Mitglieder des Zentralkomitees und der übrigen Parteifunktionäre oft genug mit eigenwilligen Aktionen überraschte. Die Parteimitgliedschaft konnte man in dieser Zeit noch nicht durch einfachen Beitritt und Beitragszahlung erklären, sondern der Interessent musste erst eine Probezeit als Kandidat überstehen und sich die ideologischen Grundlagen aneignen. Bloß ging das Prinzip des demokratischen Zentralismus bei genauem Hinschauen nie wirklich auf, denn die zum Teil hocheffizienten Basisorganisationen und die Zentrale in Rotterdam agierten bis in die 80er Jahre hinein vor allem nebeneinander und nicht miteinander. Eine der letzten umstrittenen Großaktionen des ersten Parteivorsitzenden Daan Monjé, der die alleinige Generalvollmacht für das Parteivermögen besaß, war eine Spendensammlung zugunsten der streikenden Minenarbeiter in Großbritannien im Jahr 1984, obgleich die anderen ZK-Mitglieder über den erneuten Alleingang nicht sehr erbaut waren (Kagie 2004, 38). Nach Monjés Tod im Oktober 1986 wurde der

bislang erfolgreichste SP-Kommunalpolitiker Jan Marijnissen, der im Vorjahr in das ZK eingetreten war, nach einem kurzen Intermezzo von Hans van Hoof sr. zum Parteivorsitzenden bestimmt. Die neue Parteiführung bemühte sich rasch und mit Elan um eine Professionalisierung und programmatische Erneuerung der Parteiorganisation. Der Aktionismus, die Konzentration auf lokale Themen, auf „heiße Eisen“, auf die ständige Sichtbarkeit auf den Straßen blieben weiterhin Kernbestandteil der politischen Strategie. Auch Mitgliederwerbung wurde während derartiger Aktionen offensiv betrieben. Durch die steigenden Mitgliederzahlen konnten auch die Möglichkeiten zur politischen Schulung der Basis ausgebaut werden, wie auch die Kampagnefähigkeit der SP dadurch zunahm.

Eine weitere Besonderheit, die das Wachstum der Partei möglich machte, ist ihre eigenwillige Finanzierung, die sie zu einer der reichsten Parteien der Niederlande werden ließ. Vom Ratsmitglied bis zum Parlamentsabgeordneten müssen sämtliche Mandatsträger der Partei ihre volle Aufwandsentschädigung an die Partei abführen. Die Abgeordneten der Ersten und Zweiten Kammer bekommen im Gegenzug für den Verzicht auf ihre Diäten ein Gehalt von der Partei ausgezahlt, welches sich an einem niederländischen Durchschnittsgehalt orientiert. Wer gegen diese Regelung wiederholt und bewusst verstößt, wird aus der Partei ausgeschlossen, sofern er dieser Sanktion nicht durch Austritt zuvorkommt. In mehreren Gemeinden verlor die SP durch diese Regelung Mandatsträger, in einigen konnte sie sich davon auch nicht mehr erholen. Auch ein Mitglied der Zweiten Kammer musste aufgrund des Verstoßes gegen diese Regel Partei und Fraktion verlassen. Das Parteivermögen wurde z. B. in zahlreichen Immobilien angelegt, schließlich soll die Organisation überall, wo dies möglich und lohnend erscheint, einen festen Stützpunkt haben. Dadurch ist die Präsenz der SP überall gesichert, und die organisatorischen Möglichkeiten, jederzeit spontane lokale Aktionen durchzuführen – wenn z. B. ein örtliches Krankenhaus oder ein Jugendzentrum geschlossen werden soll –, sind natürlich viel besser. Mittlerweile sind es nicht mehr nur Flugblätter, spontane Demonstrationen oder eigene Stadtteilzeitungen, die die Autarkie der Partei in der Fläche beweisen, sondern auch verstärkte Aktivitäten im Internet, die ganz neue Zielgruppen organisieren können. Die Führung der SP erkannte die Bedeutung des neuen Mediums sehr früh, und noch immer gilt die klar strukturierte Website der Partei, an deren Oberfläche sich auch alle anderen Neben- und Basisorganisationen orientieren, als wegweisend für die politische Kommunikation der niederländischen Parteien.

Bei allen Bemühungen, die Basis zu stärken, hat die Parteiführung ganz im alten Stil der Kaderpartei ihr Bestreben nie aufgegeben, die Kontrolle und Übersicht zu behalten. Mehrmals wurden die Mitglieder gebeten, einen Fragebogen auszufüllen, um die Sozialstruktur der Partei analysieren zu können. Die beiden letzten verfügbaren Untersuchungen der Gesamtmitgliederschaft datieren aus den Jahren 2001 und 2005, an denen sich 43 Prozent bzw. 33 Prozent der Mitglieder beteiligten (Homepages SP/Archipol). Durch die verhältnismäßig hohe Partizipation an diesen Umfragen, kann eine gewisse Repräsentativität festgestellt werden. Allein in den vier Jahren zwischen den beiden Erhebungen wuchs der Mitgliederbestand der SP um mehr als ein Drittel – von ca. 27.000 auf ca. 44.000 Mitglieder (Tabelle 2).

Tabelle 2:

Mitgliederbestand der SP									
2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
26.553	27.291	36.406	43.389	44.299	44.853	50.740	50.238	50.444	46.507

Anm.: Die Parteien teilten bis zum Jahr 2000 am 31. Dezember eines Jahres dem DNPP ihre Mitgliederzahlen mit, danach jeweils am 1. Januar eines Jahres, vgl. Homepage DNPP (17. April 2010).

Von der Geschlechterverteilung her ist die SP eine Männerpartei, allerdings in viel geringerem Maße als die anderen Parteien der Niederlande. Immerhin 40 Prozent aller Mitglieder, die sich 2005 dem Fragenkatalog gestellt hatten, waren weiblich. In der Altersstruktur dominierten die mittleren Jahrgänge, wobei jeder Fünfte angab, über 60 zu sein. Vier Jahre zuvor waren es noch 25 Prozent gewesen. In der älteren Untersuchung lag die Schulbildung des Durchschnittssozialisten auch im

Mittel der gesamten berufstätigen Bevölkerung des Landes. 2005 war das Bildungsniveau der SP-Aktivisten hingegen stark gestiegen. Einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss besaßen demnach 40 Prozent, im Mittel aller niederländischen Erwerbstätigen waren es lediglich 25 Prozent. Die grobe Berufsstruktur änderte sich hingegen zwischen den beiden Befragungen kaum. 49 Prozent gingen im Jahr 2005 einer geregelten Arbeit nach, arbeitslos oder frühverrentet waren 17 Prozent, die Volksrente (AOW) bezogen 14 Prozent, immerhin fünf Prozent weniger als vier Jahre zuvor. Bemerkenswert ist hierbei, dass es einen gewichtigen Schwerpunkt im Gesundheitssektor gibt, in dem jeder fünfte Befragte 2005 beschäftigt war. Immerhin zwölf Prozent arbeiteten demnach im Bildungsbereich.

Man kann also feststellen, dass die SP in der Zeit ihres rasanten Wachstums erheblich jünger, gebildeter und weiblicher geworden ist. Auch sind SP-Mitglieder häufig in weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv. 23 Prozent der Antwortenden gaben an, regelmäßig Greenpeace zu unterstützen, 17 Prozent spendeten demnach für Amnesty, 20 Prozent waren im Sportverein aktiv, immerhin zehn Prozent gaben einen Beitrag für Ärzte ohne Grenzen, was auch als weiterer Beleg für den Anhang der Partei im Gesundheits- und Pflegebereich gedeutet werden kann. Jeder dritte Sozialist ist Mitglied einer Gewerkschaft, auch dies dürfte ein Spitzenwert sein. Gerade einmal neun Prozent gaben an, Mitglied einer Kirche zu sein. Im Hinblick auf die Bemühungen der Partei, mit der Kirche in gutem Kontakt zu stehen, kann dies etwas verwundern.

Auch sollten die Mitglieder für beide Untersuchungen elf Fragen beantworten und somit die wichtigsten gesellschaftlichen Probleme benennen. Mehrfachnennungen waren dabei möglich. Mehr als 50 Prozent erklärten den Abbau sozialer Rechte und Errungenschaften sowie die wachsenden Gräben zwischen Einkommen, Bildung und Macht für vorrangig. Lediglich 15 Prozent der Befragten hielten die Integration von Migranten für ein dringliches Problem. Dies unterscheidet die SP deutlich von den anderen Linksparteien, die die Priorität von Integrationsfragen weit höher ansetzen. Gefragt nach dem früheren Wahlverhalten der SP-Aktivisten erklärte ein Viertel, vorher den Sozialdemokraten treu gewesen zu sein, immerhin zwölf Prozent hatten vormals GroenLinks ihre Stimme gegeben, während jeder zweite Sozialist auch schon vor dem Beitritt seine Partei gewählt hatte.

Auch wenn im Laufe des Jahres 2009 der Mitgliederbestand der Partei um ca. acht Prozent geschrumpft ist, kann man immer noch von einer außergewöhnlich starken organisatorischen Kraft der SP ausgehen. Denn mit ca. 46.000 Beitragszahlern ist die Partei nach wie vor die drittstärkste im Lande und liegt somit deutlich vor den Liberalen. In der Mitgliederbefragung von 2005 gaben 42 Prozent der Befragten an, sich regelmäßig an den Aktionen der Partei zu beteiligen. Inwieweit die zwei Wahlkampagnen des Jahres 2010 sich – trotz oder gerade aufgrund der Stimmenrückgänge – motivierend ausgewirkt haben, kann leider noch nicht gesagt werden.

Kompliziert ist die Organisationsstruktur der Partei. Der Kongress, formell das höchste Organ, welches Parteiprogramme und Kandidatenlisten verabschiedet, wird aus den 1.038 Delegierten der 145 örtlichen Abteilungen sowie den 39 Mitgliedern des Parteivorstands gebildet. Der Parteivorstand wiederum besteht nur zu einem kleineren Teil aus vom Kongress benannten Mitgliedern, nämlich 15 Personen. Des Weiteren gehören ihm 21 Regionsvorsitzende an, die auf Regionalkonferenzen gewählt werden. Dazu gehören ferner die Fraktionsvorsitzenden aus der ersten und der zweiten Parlamentskammer sowie der Delegationsleiter der Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Ein weiteres Nebenorgan ist der Parteirat, dem ebenso der Parteivorstand automatisch angehört, zudem die 145 Abteilungsvorsitzenden. Dass der Parteivorstand nicht in seiner Mehrheit vom Kongress gewählt wird, war bereits häufiger ein Anlass für heftige Kritik, ebenso die Tatsache, dass der Parteirat hier ein Gremium ist, welches keinesfalls den Vorstand kontrollieren soll, wie in anderen niederländischen Parteien üblich (Voerman 2007b).

Bemerkenswert sind aber gar nicht so sehr die verschachtelte Binnenstrukturen der SP, sondern die Rechte der höchsten Gremien, in feststehende Beschlüsse und sogar in Wählervoten jederzeit eingreifen zu können. Bei der letzten Wahl zur Ersten Kammer im Jahr 2007, deren Mitglieder indirekt von den Abgeordneten der Provinzialparlamente gewählt werden, wurde Düzgün Yildirim mithilfe von Vorzugsstimmen in die Kammer delegiert. Da er aber aufgrund der Listenreihung durch den Parteivorstand für ein Abgeordnetenmandat überhaupt nicht vorgesehen war, forderte man ihn zum Mandatsverzicht auf. Yildirim weigerte sich standhaft und wurde somit aus der Partei ausgeschlossen. Die SP verweist darauf, dass sich andere Parteien ähnliche Sanktionsmaßnahmen vorbehalten (van Raak/Ivens 2007).

Es gibt keine monothematischen Nebenorganisationen mehr wie noch in den Anfangsjahren. Die Seniorenorganisation Ouderenplatform SP und die Partijjeugd Rood genießen keine Selbstständigkeit innerhalb der Parteihierarchie, sondern müssen sich den Anweisungen der Gremien fügen. Auch ist es nicht möglich, z. B. Mitglied bei Rood zu werden, ohne nicht gleichzeitig der SP beizutreten.

Wie bereits erwähnt, hat die Partei es geschafft, in der Gewerkschaftsbewegung, zumal im sonst der PvdA nahestehenden FNV, einen nicht unbeträchtlichen Anhang aufzubauen (Jorritsma/Valk 2007). Bemerkenswert ist zudem, dass aufgrund der Fixierung auf gesundheitspolitische Fragen viele Ärzte Mitglied der Partei wurden. In der Ersten Kammer des Parlaments, der Vertretung der Provinzen, hat gar die ehemalige Vorsitzende des Hausärzteverbandes LHV, Tineke Slagter, ein Mandat für die SP errungen.

Die Außendarstellung der SP – Programme, Wahlkämpfe, Führungspersonen

Programmatik spielt in Wahlkämpfen sicherlich nicht diejenige Rolle, die sie vielleicht spielen sollte. Bekanntlich sind es vor allem Schlagworte und Images, die von den Parteien geschickt platziert werden, um auf dem heftig umkämpften Wählermarkt reüssieren zu können. Im Falle der SP unterscheidet sich die gesamte Anlage der politischen Kommunikationsstrategien allerdings sehr deutlich von denen der Mitbewerber. Auch die Wahlprogramme sind vergleichsweise kurz und knapp gehalten. In den einzelnen Themenkapiteln werden die Forderungen nach einer kurzen Einleitung stichpunktartig abgehandelt. Dazu erscheint ein Beiheft, in welchem die finanziellen Versprechungen der SP sauber statistisch durchgerechnet werden. Dies war vor vier Jahren der Fall, als die SP ihre völlig neue Ikonographie erfolgreich erprobte, und auch das diesjährige Wahlprogramm war ähnlich strukturiert.

„Bessere Niederlande für weniger Geld“ lautete das Motto des diesjährigen Manifests, zuletzt hatte es noch „für das gleiche Geld“ geheißen. Die verheerenden Auswirkungen der globalen Bankenkrise waren programmatisch eine Bestätigung für die Sozialisten. Folgerichtig gibt es einen größeren Abschnitt dazu in der Einleitung des Wahlprogramms. Das Thema Demokratie steht wie im vorherigen Programm ganz am Anfang. Der Abstand, den die SP zwischen Bürger und Staat konstatiert, soll durch die Einführung von korrektiven Referenda und Volksinitiativen abgebaut werden. Bürgermeister in den Gemeinden sollen nicht mehr vom Monarchen ernannt, sondern von den Gemeinderäten gewählt werden. Bevor diese Verfassungsänderung keine Mehrheit findet, sollen wenigstens die Räte dem Innenministerium Vorschläge über eine Stellenbesetzung unterbreiten dürfen. Die SP, die sich sonst gegen Ämterhäufungen ausspricht, tritt dafür ein, dass nationale Mandatsträger auch für das Europaparlament kandidieren dürfen. Dadurch soll die Öffentlichkeit besser für europäische Themen sensibilisiert werden können, indem sie auch die Möglichkeit erhält, für ihr bekannte Kandidaten die Stimme abzugeben. Die SP legt vor allem Wert darauf, dass der Staat die Selbstorganisation der Bürger unterstützt und das Subsidiaritätsprinzip fördert. Stadtteilräte und Ortsräte sollen möglichst überall demokratisch gewählt werden und größere Befugnisse erhalten. Die Parteien sollen wieder aktive Organe für bürgerliche Mitsprache werden. Den Ausbau der staatlichen Parteienfinanzierung lehnt die SP daher strikt ab, was aufgrund der eigenen finanziellen Solidität nicht verwundert.

In der Sozial- und Gesundheitspolitik, einem traditionell wichtigen Grundpfeiler der Partei, spricht sich die SP für einen Stopp weiterer Privatisierungen aus, der Selbstbehalt in der Krankenversicherung soll abgeschafft werden, das Rentenalter fest bei 65 bleiben. Auch die Studienfinanzierung soll beibehalten werden. Hingegen ist die SP für Kürzungen von „Mittelschichtssubventionen“. Gutverdienende sollen ihre Hypotheken nicht mehr steuerlich absetzen können, und auch die höheren Einkommensgruppen sollen künftig kein Kindergeld mehr erhalten. Von Forderungen nach einem Einkommenssteuersatz von 72 Prozent für Bestverdiener ist die Partei mittlerweile abgerückt, denn diese Forderung war – obgleich in den 70er Jahren noch Gesetz – im Wahlkampf 2003 derart radikal kommuniziert worden, dass die Partei in Umfragen wieder zurückgefallen war.

Auffallend ist, dass das Kapitel über Integrationspolitik weit nach vorne ins Programm vorrückte. Die Partei hatte 1984 einmal ein Pamphlet unter dem Titel „Gastarbeid en kapitaal“ publiziert, welches von ihren Gegnern in der politischen Linken seinerzeit als rassistisch gedeutet worden war. Demnach hätte jeder Arbeitsmigrant eine Geldprämie für die Ausreise aus den Niederlanden erhalten sollen.

Ohne auf die Details des 25 Jahre alten Papiers genauer einzugehen, enthält das Kapitel die einleitende Bemerkung, dass die SP immerhin die erste linke Partei in den Niederlanden gewesen sei, die sich mit der Integrationsproblematik befasst habe. Die SP spricht sich deutlich gegen die Ghettobildung in Vorstädten aus und will eine stärkere ethnische Durchmischung fördern, vor allem auch in den Schulen, die in den Niederlanden häufig als „schwarz“ oder „weiß“ klassifiziert werden. Sprachförderung und Einbürgerungstests sollen auch für Einwanderer aus der EU gelten.

Vor dem Hintergrund, dass die SP die EU-Kommission als Förderer eines „Superstaats“ ansieht, der die nationalen Befugnisse und damit die niederländische Demokratie weiter aushöhlen werde, ist auch dies ein Programmpunkt, der bei anderen Parteien in der politischen Linken auf Ablehnung stößt. Überhaupt lehnt die SP jegliche weitere Übertragung nationalstaatlicher Rechte an Brüssel ab. Die Europäische Verfassung war im Juni 2005 mit 61,6 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt worden, was vor allem auf die Kampagne der SP zurückzuführen war. Für eine Revision der Europapolitik der SP gibt es bislang keine Anzeichen. Eine weitere wichtige außenpolitische Forderung der Partei ist der schnelle Abzug niederländischer Truppen aus Afghanistan.

Zumindest hat die aktuelle Programmatik nicht mehr viel mit den ersten Jahren gemein, als die Partei noch mit ideologisch überladenen und kaum lesbaren Pamphleten in ihren Wahlkämpfen agitierte. Als „Demaosierung“ und „Deleninisierung“ bezeichnete der Groninger Politologe Gerrit Voerman die programmatische Mäßigung der 80er Jahre (Voerman 2009). Marijnissen und seine Anhänger wussten, dass es einzelne brisante Themen sein mussten, die jeden Bürger berührten, um Anhänger für eine Partei zu gewinnen, die von den allermeisten Wählern als Sekte wahrgenommen wurde. Ein manchmal populistischer und vereinfachender sprachlicher Einschlag blieb hingegen bis heute bestehen.

1994 war der SP der erstmalige Einzug in die Zweite Parlamentskammer mit einer kreativen Kampagne für den „sozialen Wiederaufbau“ der Niederlande gelungen. Erdacht hatte sie der PR-Berater Niko Koffeman, der die Werbelinie der Partei bis ins Jahr 2005 hinein begleitete und bei den Wahlen 2006 dafür sorgte, dass die Partij voor de Dieren (PvdD), eine kleine Tierschutzpartei, der sich Koffeman mittlerweile angeschlossen hatte, ebenfalls in die Zweite Kammer einzog. 1994 waren es vor allem die Sozialdemokraten gewesen, die aufgrund ihrer marktaffinen Linie in der „violetten Koalition“ Wim Koks zur Zielscheibe von Koffemans SP-Kampagnen wurden. Auch kam in dieser Zeit ein neues Logo auf, welches eine im Wurf befindliche leuchtend rote Tomate auf blauem Grund zeigte. Zudem fand sich auf den Plakaten der Partei stets das Motto „Stimm dagegen, stimm SP!“. Diese negative Konnotation des Protests bestimmte das Auftreten der Partei noch bis 2002, als man das Parteimotto ins positive „Stimm dafür!“ umkehrte. Die Hollandtomate ist noch immer Symbol der Partei, allerdings wurde sie vor den Wahlen 2006 von den Werbern der Firma Thonik rundum erneuert. Sie fliegt nun nicht mehr, trägt dafür aber einen fünfzackigen Stern als stilisierte Blüte und erhielt auf weißem Grund einen noch auffallenderen Kontrast. Die Losung bei dieser Wahl blieb weiterhin kurz und knapp auf den Plakaten: „Jetzt SP!“ prangte dort in Großbuchstaben. Auf anderen Motiven sah man den Spitzenkandidaten ohne jeden weiteren Slogan. Im Straßenwahlkampf fielen die SP-Aktivisten mit ihren roten Jacken, auf denen das Tomatensymbol prangte, nun besonders gut auf. Bei größeren Aktionen und Auftritten der Spitzenkandidaten wurde Tomatensuppe verteilt, die Suppenteller glichen dabei dem Parteilogo. Was die SP ebenso von den anderen Parteien unterscheidet, ist eine sehr bewusste Arbeit mit musikalischer Untermalung. So präsentiert der bekannte Liedermacher Bob Fosko seit einigen Jahren die stimmungsvollen Wahlkampfsongs der SP. Der aus dem katholischen Süden des Landes stammende Spitzenkandidat Marijnissen bemühte sich auch um eine christliche Konnotation des Wahlkampfes. Der letzte Listenplatz, der gerne Prominenten vorbehalten wird, wurde 2006 Huub Oosterhuis zugewiesen. Der vor vielen Jahren aus der katholischen Kirche ausgeschlossene Theologe nahm aktiv an Wahlveranstaltungen der SP im ganzen Land teil und brachte ein wenig Transzendenz und Nachdenklichkeit in die bunte Wahlkampagne (van Dijk 2006). Sicherlich hatte aber die Unterstützung des ehemaligen sozialdemokratischen Staatssekretärs Marcel van Dam eine ebenso große Symbolkraft. Van Dam, ein scharfsinniger Analytiker am linken politischen Rand, gab in seiner Kolumne in der Tageszeitung „Volkskrant“ bekannt, dass er die PvdA aufgrund ihrer neoliberalen Politik nicht mehr wählen könne und nun der SP seine Stimme geben werde.

Personifiziert wurde das Image der Partei in den letzten Jahren fast ausschließlich durch Jan Marijnissen, der bald drei Jahrzehnte an der Spitze der SP stand. Marijnissen, 1952 geboren, ist ein

leutseliger und humoriger Mann, der auch durchaus staatsmännisch auftreten kann, wenn es notwendig ist. Gerne kokettiert er mit seiner provinziellen Herkunft und seinem bodenständigen Lebensstil. In den späten 60er Jahren brach er wie so viele Jugendliche seiner Generation mit der beengten katholisch geprägten Lebenswelt seiner Umgebung. Bevor er mit Mühen einen Abschluss erhielt, hatte er eine Odyssee durch zahlreiche Schulen durchgemacht. Später verdiente er dann sein Geld als Hilfsarbeiter in den Wurstfabriken und Metallwerkstätten seiner Heimatstadt Oss. Durch eifriges Selbststudium marxistischer Schriften hatte er zu diesem Zeitpunkt bereits ein geschlossenes linkes Weltbild entwickelt. Folgerichtig machte er eine „revolutionäre“ Karriere, die gleichsam die Erfolgsgeschichte der Partei widerspiegelt: zunächst in Oss, dann in der Provinz Noord-Brabant und zu guter Letzt im ganzen Land. Der Mann, der sich gerne von Fernsehreportern in seinem Wohnzimmer in Oss interviewen lässt, wo er noch immer mit seiner Familie zusammenwohnt, ist ein wahrer Popstar seiner Partei. Dass er mehr Ordnungsrufe im Parlament als andere Politiker erhalten hat, erfüllt ihn mit Stolz, und so benannte er auch eines seiner mit Kolumnen gefüllten Bücher mit einem jener missbilligten Kraftausdrücke. Dass Marijnissen nicht nur ein Kumpeltyp ist, sondern die SP stets eisern im Griff hatte, ist allgemein bekannt (Pegtel 2007). Sein Rückzug auf Raten – zuerst der Verzicht auf den Fraktionsvorsitz und den informellen Status des „politischen Führers“ im Juni 2008 sowie die spätere Absage an eine erneute Parlamentskandidatur 2010 – ist eine schwere Zäsur für die Partei, auch wenn dieser Schritt aufgrund gesundheitlicher Probleme länger absehbar war.

Seine Nachfolgerin Agnes Kant war nur eineinhalb Jahre im Amt. Die promovierte Epidemologin hatte ebenfalls eine erfolgreiche lokalpolitische Karriere in Doesburg hinter sich, war aber vom Habitus doch ganz anders, als man es bislang bei den Sozialisten gewohnt war. Vor allem unter den zahlreichen weiblichen Anhängern der SP war Kant populär. Unumstritten war sie allerdings nicht, so war in den Medien bisweilen von Starrköpfigkeit, gar von Hysterie in Kants Führungs- und Argumentationsstil zu lesen. Als fachlich hervorragend ausgewiesener Expertin im Gesundheitsbereich zollte man ihr allerdings in der Ärzteschaft und selbst in der Pharmabranche Respekt. Ihr plötzlicher Rücktritt am Tag nach den Gemeinderatswahlen überraschte, erst recht ihr völliger Abschied von der Politik. In der letzten Fernsehdebatte vor dem Wahlgang im März 2010 hatte sie den Rechtspopulisten Geert Wilders eine „Bedrohung für die niederländische Gesellschaft“ genannt, wofür sie führende männliche Abgeordnetenkollegen öffentlich tadelten. Die öffentliche innerparteiliche Kritik an einem politischen Führer der SP war bis zu diesem Zeitpunkt eher unüblich, und so hat der schnelle Wechsel zu Emile Roemer, der sich nur Stunden danach als der einzige Kandidat für den Fraktionsvorsitz und wenig später auch für die Spitzenkandidatur zu den Parlamentswahlen im Juni herausstellte, einen kleinen Beigeschmack. Andererseits lässt der insgesamt recht reibungslose Wechsel auch die professionelle Disziplin der Partei und die Anerkennung der Führungsstärke Roemers erkennen.

Roemer stammt wie Marijnissen aus Noord-Brabant, war Mitglied des Magistrats seiner Heimatstadt Boxmeer gewesen und hatte vor seinem Einzug in die Zweite Kammer 2006 als Lehrer in einer reformpädagogisch orientierten Grundschule gearbeitet. In der Kammer profilierte sich Roemer, der fraktionsübergreifend geschätzt wird, als detailkundiger Verkehrspolitiker. Er ist seinem Vorgänger Marijnissen nicht unähnlich, so kommt auch er aus der katholischen Provinz, gibt sich volksnah und spricht mit dialektalem Einschlag. In nur drei Monaten schaffte es Roemer, seinen Bekanntheitsgrad wesentlich zu erhöhen. In den zahlreichen Fernsehdebatten während der Wahlkampagne konnte er souverän die Angriffe seiner politischen Gegner parieren und vor allem gegen Geert Wilders punkten.

Die Wähler der SP

Durch die starken Wählerbewegungen der letzten Jahren sind Aussagen über „die“ Wählerschaft der Sozialistischen Partei nur schwer möglich. Daher können hier nur bestimmte Grundkonstanten geschildert werden.

Geographisch betrachtet hat die Partei ihre Hochburgen in den südniederländischen Provinzen Limburg und Noord-Brabant, die nach wie vor einen hohen Katholikenanteil aufweisen. In Noord-Brabant befindet sich die Stadt Oss, der Wohnort des Parteivorsitzenden Marijnissen, der seit vielen Jahren einen hohen Stimmenanteil für die SP bei sämtlichen Wahltypen aufweist, seit der Juniwahl 2010 nur noch übertroffen von den 33,7 Prozent in Emile Roemers Heimatgemeinde Boxmeer. In den

beiden genannten Provinzen hat die Partei auch die meisten Gemeinderäte und ist vielerorts an Magistraten beteiligt. Im geschlossenen besiedelten urbanen Großraum Amsterdam/Den Haag/Rotterdam/Utrecht (Randstad), in dem die meisten Niederländer leben, verfügt die Partei ebenfalls über einen beachtlichen Anhang und erhält dort überdurchschnittliche Wahlergebnisse. Der Ballungsraum der Randstad war früher ein Bollwerk der sozialdemokratischen PvdA gewesen, während in den katholischen Südprovinzen die KVP und später der CDA dominierte. Viele Anhänger hat die SP zudem in den ländlichen, dünn besiedelten Gemeinden im östlichen Teil Groningens und in Friesland. Dort sind es ebenso alte Bollwerke der Sozialdemokraten und der kommunistischen CPN, in denen die SP erfolgreich Boden gutmachen konnte. Die geringsten Ergebnisse erzielten die Sozialisten im sogenannten „Bibelgürtel“, der jene Gemeinden bezeichnet, die von orthodoxen altreformierten Glaubensrichtungen geprägt sind.

Sozialstrukturell gesehen hat das Elektorat der Partei seine Schwerpunkte in den jüngeren und mittleren Altersgruppen. Nach den Daten der Nationalen Wahluntersuchung NKO erzielte die SP im Jahr 2006 bei Jungwählern durchschnittliche Resultate, lediglich bei Wählern über 65 schneidet sie schlecht ab. Den stärksten Anhang hatte sie mit 25 Prozent der Stimmen in der Gruppe der 25-34-Jährigen, immerhin 22 Prozent holte sie bei der im „roten Jahrzehnt“ der 70er Jahre sozialisierten Alterskohorte der 45- bis 54-Jährigen (CBS 2007). Einen „gender gap“ gab es kaum, leicht überdurchschnittlich überwogen aber die weiblichen Wähler. So wie die mittleren Alterskohorten dominierten, fanden sich auch die mittleren Bildungsabschlüsse am häufigsten. Wähler, die über einen Volksschulabschluss verfügen, waren genauso wie Akademiker mit einer Präferenz von jeweils 14 Prozent unterrepräsentiert, wobei man hier sehr deutlich sehen kann, dass die Zahlen auch mit den Altersgruppen gut korrelieren. Auch wurde für die Parlamentswahl 2006 festgestellt, dass die SP bei Wählern, die finanziell weniger als den niederländischen Durchschnittslohn zur Verfügung haben, noch vor PvdA und CDA stärkste Partei wurde. Die Konfession spielt in den Niederlanden, wo nur noch etwa jeder Fünfte eine Glaubensrichtung angibt, keine große Rolle mehr. 16 Prozent der Katholiken wählten 2006 die SP, was vor allem geographisch erklärbar ist. Gläubige Protestanten neigen selten zu den Sozialisten. Bemerkenswert ist im Übrigen, dass die Partei einen überaus starken Anhang bei Migranten fand, vor allem bei jenen, die nicht aus westlichen Ländern stammen (22 Prozent). Die Vermutung liegt nahe, dass viele Migranten sozialistisch wählten, da sie der SP aufgrund ihrer Sozialpolitik nahestehen und es durchaus wertschätzen, dass die SP keine ausdrückliche Vertreterin der multikulturellen Gesellschaft ist, eine Haltung, die eventuell auch als Anbiederung empfunden werden kann. Zuletzt ist noch zu erwähnen, dass die SP ihre 2006 neu gewonnenen Stimmen vor allem ehemaligen sozialdemokratischen Wählern zu verdanken hat, denn ein ganzes Viertel der SP-Anhänger hatte drei Jahre zuvor noch sein Kreuz bei der PvdA gemacht.

Für die jüngsten Parlamentswahlen waren zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Beitrages noch keine vergleichbaren aktuellen Datensätze der NKO vorhanden. Die vom Meinungsforschungsinstitut Synovate erhobenen Zahlen bestätigen allerdings im Großen und Ganzen das Bild des durchschnittlichen SP-Wählers. Der SP gingen im großstädtischen Bereich etwas mehr Wähler verloren als im Süden des Landes. Die Verluste kamen Sozialdemokraten und GroenLinks zugute, aber auch Wilders' PVV. Insgesamt resümierten die Demoskopien, dass zwischen verlorenen und verbliebenen SP-Wählern keine deutlichen Unterschiede bestünden. Ihre auffallendsten Merkmale seien weiterhin: niedrige Bildung, niedrige Löhne, ältere Geburtsjahrgänge.

Fazit

Die SP hat ihre Stellung im niederländischen Parteiensystem in den 38 Jahren ihres Bestehens stetig ausbauen können. Dies erstaunt – zumindest auf den ersten Blick – vor dem Hintergrund ihrer ursprünglichen ideologischen Herkunft, denn nur wenige Parteien mit einer maoistischen Vergangenheit haben überhaupt jemals den Sprung in ein nationales Parlament geschafft.

Die langwierigen gesellschaftlichen Entsäulungsprozesse in den Niederlanden haben die Mehrheit der Wähler enttraditionalisiert und sie parteipolitisch heimatlos gemacht. Vor allem durch die marktaffine Politik der sozialdemokratischen PvdA ist eine Repräsentanzlücke entstanden, in der sich die SP erfolgreich etablieren konnte. Ebenfalls können viele ehemalige Mitglieder und Wähler von CPN und der PSP in dem linkslibertären und ökologischen Kurs von GroenLinks ihre politischen Positionen nicht mehr wieder erkennen, und selbst einstige Anhänger der Christdemokraten, vor allem im

katholischen Süden des Landes, neigen mittlerweile zur SP. Denn natürlich gibt es in der niederländischen Gesellschaft, zumal in sozial schwächeren Schichten, eine tiefe Sehnsucht nach der Wiederherstellung von Vergemeinschaftungsidealen, nach Solidarität und Zusammenhalt, auch nach Autorität und Klarheit. Sicherlich ist das Wahlergebnis von 2006 zu einem erheblichen Teil der gewinnenden Persönlichkeit des Spitzenkandidaten Marijnissen und einer kreativen Wahlkampagne zuzuschreiben. Der Faktor Persönlichkeit und die besondere Ikonographie der Partei konnten aber nur in Verbindung mit der langjährigen Basisarbeit aktiver motivierter Parteiarbeiter zu einem solchen erdrutschartigen Erfolg führen. Ein verbindendes Element, das die SP zudem deutlich von allen anderen parteipolitischen Mitbewerbern unterscheidet, ist die Kontinuität ihrer Sprache und ihrer Programmatik. Wie andere Parteien auch hat die SP ihre Positions- und Grundsatzpapiere oftmals revidiert und fügte sich gesellschaftlichen Veränderungen. Der „soziale Wiederaufbau der Niederlande“ ist aber mehr als nur ein Schlagwort für die Partei, ihre Aktivisten und Wähler.

Das niederländische Sozialsystem hat unter der „violetten Koalition“ eine extreme Aushöhlung erfahren, die unter den Balkenende-Kabinetten fortgesetzt wurde. Unter der maßgeblichen Beteiligung von Sozialdemokraten wurden große Teile des Gesundheitssystems privatisiert. Der Staat entzog sich somit seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Auch die großen Unternehmen der Daseinsvorsorge wurden aus der Obhut des Staates entlassen und dürfen nun nach dem Prinzip der Profitmaximierung unternehmerisch weitgehend frei agieren. Der ideologische Einzug des Neoliberalismus in alle Politikfelder und somit auch in sämtliche Bereiche des Alltagslebens der Bürger hat zwangsläufig dazu geführt, dass sich viele Menschen zurückgelassen und ausgesetzt fühlen. Die SP hat sich dieser Bewegung jahrelang kontinuierlich widersetzt und den Unmut der Menschen offensiv artikuliert. Auch stellte sie sich verbal dem Politmainstream entgegen und bediente sich nicht schwammiger und wenig aussagekräftiger Plastikwörter, wie dies die parteipolitischen Mitbewerber zu tun pflegten. Kritische Beobachter der Partei, seien es Politiker anderer Parteien, Vertreter des Journalismus oder gar der Wissenschaft, bewerten die inhaltlichen Positionen der Sozialisten oftmals als populistisch.

Die SP konstatierte von Anfang an eine immer größer werdende Kluft zwischen der politischen Elite des Landes und den „einfachen Leuten“, auch werden die Regierenden schon mal als „Taschenfüller“ tituliert. Die SP-Sprache vereinfacht und übertreibt gerne die Sachverhalte, neigt bisweilen auch zur Polemisierung. Auch wendet sich die SP gegen die Angriffskriege der NATO genauso wie gegen die neoliberale Politik der EU. Gerne weist sie darauf hin, dass die Politiken der transnationalen Zusammenschlüsse selten eine Mehrheit im Volk finden würden, und führt dies auch als Argument an, die Durchführung von Volksinitiativen und -abstimmungen zu erleichtern. Die Argumentationslogik der SP musste zwangsläufig dazu führen, dass ihre versiertesten wissenschaftlichen Kenner sie in der Kategorie der populistischen Parteien verorten – und dies zusammen mit den Rechtsaußenparteien. Gleichwohl erkennen auch jene professionellen Beobachter an, dass die SP inzwischen ihren Sprachgebrauch in vielen Fragen dämpft (Lucardie 2003, Voerman 2009). Es sei kein programmatisches Ziel mehr, aus der NATO auszutreten oder die Monarchie abzuschaffen, war von Marijnissen im Wahlkampf 2006 zu hören. Die Aussagen zeigen den altbekannten und manchmal widersprüchlich erscheinenden Balanceakt zwischen langfristig geltenden Grundsatzdokumenten und Wahlprogrammen, die zur kurzfristigen Kampagnenfähigkeit und letzten Endes zur Stimmenmaximierung beitragen sollen. Kurzum, die Lesbarkeit ihrer Programme, die Fokussierung der Partei auf Themen, die eben die „kleinen Leute“ wirklich interessieren, verdeutlichen, dass die SP eine Partei ist, die mitten im Leben steht.

Zum ersten Mal in ihrer Parteigeschichte haben die Sozialisten einen hohen Verlust an Stimmen und Mandaten in der Zweiten Kammer erlebt, auf der linken Seite bedrängt von Parteien, die mit populären Spitzenkandidaten ins Rennen gegangen waren, auf der rechten Seite vom rabiaten Antiislamisten Wilders. Und dennoch, die hier geschilderten programmatischen, personellen und basisorganisatorischen Kontinuitäten, die die Partei kennzeichnen, haben zu ihrer festen Etablierung in der politischen Landschaft der Niederlande geführt. Deutlich mehr als 40.000 Mitglieder, mehr als 250 Abgeordnete in den Gemeinderäten und die Beteiligung an mehr als zwei Dutzend Magistraten sprechen dafür, dass das Fundament der Partei für die Zukunft gesichert ist.

Literaturverzeichnis

Monographien/Aufsätze in Fachzeitschriften

- Aarts, Kees/Kolk, Henk van der/Rosema, Martin (2007): Een verdeeld electoraat, Utrecht.
- Azmanova, Alben (2004): The mobilization of the European Left in the Early Twenty-First Century, in: *European Journal of Sociology*, Nr. 45.
- Becker, Frans/Cuperus, René (2007): Die Wahlen am 22. November 2006 und die Unruhe in der niederländischen Wählerschaft, in: *Jahrbuch für Niederlande-Studien 2007*, Münster, S. 83-101.
- Het Nationaal Kiezersonderzoek 2006 (2008): Opzet, uitvoering en resultaten, Centraal Bureau voor de Statistiek, Voorburg/Heerlen.
- Kagie, Rudie: *De Socialisten* (2004): Achter de schermen van de SP, Amsterdam.
- Lepszy, Norbert/Wilp, Markus (2009): Das politische System der Niederlande, in: *Die politischen Systeme Westeuropas*, 4., aktualisierte und überarbeitete Auflage, Wiesbaden, S. 405-449.
- Lucardie, Paul (2006): Das Parteiensystem der Niederlande, in: *Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie* (Hg.): *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden, S. 330-350.
- Lucardie, Paul (2003): Populismus im Polder: Von der Bauernpartei bis zur Liste Pim Fortuyn, in: *Werz, Nikolaus* (Hg.): *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen 2003, S. 177-194.
- Mao Tse-Tung (1967): *Worte des Vorsitzenden Mao Tse-Tung*, 1. Auflage, Peking.
- March, Luke (2008): *Parteien links der Sozialdemokratie in Europa. Vom Marxismus zum Mainstream?* Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Slager, Kees (2001): *Het geheim van Oss. Een geschiedenis van de SP*, Amsterdam/Antwerpen.
- Voerman, Gerrit (1987): De „Rode Jehova's“. Een geschiedenis van de Socialistische Partij, in: *Jaarboek Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen 1986*, Groningen, S. 124-150.
- Voerman, Gerrit (2009): Van Mao tot marketing. Over het populisme van de SP, in: *Socialisme en Democratie*, Nr. 9, S. 26-32.
- Voerman, Gerrit/Lucardie, Paul (2007): De sociaaldemokratisering van de SP, in: *Becker, Frans/Cuperus, René* (Hg.): *Verloren slag. De PvdA en de verkiezingen van 2006*, Amsterdam, S. 139-169.
- Weissbach, Cornelia (2009): Die emanzipative Linke in den Niederlanden, in: *Daiber, Birgit/Hildebrandt, Cornelia* (Hg.): *Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianzien. Aufsätze zur politischen Bildung*, Reihe rls papers, Berlin.
- Wielenga, Friso (2008): *Die Niederlande. Politik und politische Kultur im 20. Jahrhundert*, Münster.

Zeitungsartikel

- Dijk, Marc van (2006): Oosterhuis verwoordt wat de SP'er denkt, in: *Trouw*, 13. November 2006.
- Jorritsma, Elsje/Valk, Guus (2007): Activistische SP verovert de FNV, in: *NRC Handelsblad*, 30. März 2007, S.1/3.
- Pegtel, Alice (2007): De lange arm van Jan Marijnissen, in: *HP/De Tijd*, 23. November 2007, S. 29-34.
- Raak, Ronald van/Ivens, Laurens (2007): Regels SP zijn wettig en terecht, in: *De Volkskrant*, 9. August 2007, S. 11.
- Voerman, Gerrit (2007b): SP moet partijorganisatie aanpassen, in: *NRC Handelsblad*, 16. Juni 2007, S. 7.

Homepages

<http://www.sp.nl>

Homepage der SP, Zugang zu Ausgaben der Mitgliederzeitschrift „Tribune“ der letzten Jahre, zu Untersuchungen des wissenschaftlichen Büros der Partei, Links zu sämtlichen Abgeordneten und Fraktionen der Partei auf allen Ebenen, umfangreiches Medienarchiv.

<http://www.parlement.com>

„Parlement & Politiek“ ist eine Homepage des Parlamentair Documentatie Centrum van de Universiteit Leiden (PDC). Sie enthält umfangreiche Informationen über das parlamentarische System der Niederlande, die politischen Parteien und sämtliche – auch historische – Abgeordnetenbiografien.

<http://www.rug.nl/dnpp>

Homepage des Documentatiecentrum Nederlandse Politieke Partijen (DNPP), des führenden niederländischen Parteienforschungszentrums an der Universität Groningen, enthält sämtliche Parteiprogramme, Jahresberichte, Mitgliederzahlen, Zugang zum Website-Archivprojekt Archipol.

<http://www.verkiezingsuitslagen.nl>

Homepage der Wahlbehörde (Kiesraad), enthält in einer sehr übersichtlichen Datenbank sämtliche offiziellen Wahlstatistiken, auch auf der Provinzialebene.

<http://www.cbs.nl>

Homepage des Zentralbüros für Statistik, enthält z. B. die Wahluntersuchung Nationaal Kiezersonderzoek 2006.

Mittel- und Osteuropa

Daniel Schukovits Die radikale Linke Österreichs

Österreich ist nicht das leichteste Pflaster für die radikale Linke in Europa, also für Gruppierungen und Parteien links der Sozialdemokratie und der Grünen²¹⁷. Im Folgenden wird es vor allem um die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ), ihr nahestehende Verbände, die vielen kleinen trotzkistischen Gruppen, sowie um linksradikale Gruppierungen jenseits parteiförmiger Organisation gehen. Auch die spezifisch österreichischen Verhältnisse, die der Aktivität und Entwicklung des radikal linken Spektrums zumeist im Wege stehen, sind hier zu behandeln.

Österreichische Verhältnisse

Österreichs Ruf als Hochburg des Rechtsextremismus ist nicht unbegründet: Die nach Ende des Zweiten Weltkriegs von allen politischen Kräften geteilte These, dass Österreich das »erste Opfer« des deutschen Nationalsozialismus gewesen sei, ermöglichte eine weitgehende Kontinuität rechtsextremistischer Strukturen und Betätigung. Auch der hausgemachte, christlich-konservative Faschismus, der von 1933 bis 1938 herrschte, konnte hierdurch weitgehend von den Konservativen als patriotisches Einstehen für die österreichische Unabhängigkeit glorifiziert werden.

Während der kurzen Phase einer eher zahnlosen Entnazifizierung und Reeducation bis zum Abzug der Alliierten 1955, die maßgeblich von der damaligen Regierungspartei KPÖ getragen wurde, bemühten sich Konservative (ÖVP) und Sozialdemokrat_innen (SPÖ) schrittweise um die Integration der ehemaligen Nationalsozialist_innen. Rund Zehn Prozent der damaligen Bevölkerung war zuvor Mitglied der NSDAP gewesen²¹⁸. Diesen wurde 1947 mit dem »Verband der Unabhängigen (VdU)« eine eigene Partei genehmigt, die als Vorgängerpartei der rechtsextremen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) zu sehen ist. Dass die Integration der ehemaligen NS-Anhänger_innen in die ÖVP und SPÖ trotzdem bestens funktionierte, lässt sich an den ersten Wahlergebnissen der Nachkriegsjahre ablesen:

Tabelle 1: Ergebnisse der Nationalratswahlen 1945 - 1966²¹⁹

Wahl	SPÖ	ÖVP	KPÖ	VdU/FPÖ	Andere
1945	44,46 %	49,80 %	5,40 %	-	0,20 %
1949	38,70 %	44,00 %	5,10 %	11,70 %	0,98 %
1953	42,10 %	41,30 %	5,30 %	10,90 %	0,39 %
1956	43,00 %	46,00 %	4,40 %	6,50 %	0,04 %
1959	44,80 %	44,20 %	3,30 %	7,70 %	0,10 %
1962	44,00 %	45,40 %	3,00 %	7,00 %	0,50 %
1966	42,56 %	48,35 %	0,41 %*	5,35 %	3,33 %

²¹⁷ Entgegen der Entwicklungsgeschichte vieler grüner Parteien Europas entwickelten sich die österreichischen Grünen, ähnlich der Situation in der BRD, unter Beteiligung einer linken Strömung, bestehend aus ehemaligen Sozialdemokrat_innen, Kommunist_innen und autonomen Linken. Im Zuge der letzten Jahre und Jahrzehnte ist jedoch eine zunehmende Orientierung am Liberalismus festzustellen, die kaum Raum für Kapitalismuskritik bietet. Ausnahmen bilden hier die Jugendorganisationen, insbesondere in Wien.

²¹⁸ Der Bevölkerungsstand 1951 war 6.933.905, zugleich gab es fast 700.000 ehemalige NSDAP-Mitglieder. Quellen: Statistik Austria: »Bevölkerung Österreichs seit 1869 nach Bundesländern« abzurufen unter: http://www.statistik.at/web_de/static/ergebnisse_im_ueberblick_bevoelkerung_seit_1869_023290.pdf, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: »Entnazifizierung in Österreich«, abrufbar unter: <http://de.doew.braintrust.at/m28sm129.html>, beides abgerufen am 22.3.2010

²¹⁹ Quelle: Bundesministerium für Inneres, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_History.aspx, abgerufen am 22.3.2010.

* Die KPÖ hatte zur Wahl der SPÖ aufgerufen und trat nur im Wahlkreis Wien-Nordost an²²⁰

Die FPÖ orientierte sich in den folgenden Jahrzehnten auf einen gemäßigten, tendenziell rechtsliberalen Kurs, wodurch diese Konstellation bis zur putschartigen Übernahme des Parteivorsitzes durch Jörg Haider im Jahr 1986 aufrecht blieb. Danach folgte eine offen rechtsextremistische Orientierung der FPÖ, welche einen dramatischen Zugewinn bei den folgenden Wahlen, sowie eine Erosion der (ehemaligen) Großparteien SPÖ und ÖVP zur Folge hatte – die jedoch auch durch den Einzug der Grünen ins Parlament 1986 mitverursacht wurde²²¹.

Der Einbruch in den Ergebnissen der KPÖ hat mehrere Ursachen: So folgte auf den Abzug der Roten Armee 1955 im beginnenden Kalten Krieg eine deutliche Positionierung der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP auf Seiten des Westens, verbunden mit einer militanten²²² (Wieder-)Betonung des Antikommunismus. Des Weiteren ist hier die Intervention des Warschauer Pakts in Ungarn 1959 zu nennen, die von der KPÖ differenziert eingeschätzt wurde, während die Ereignisse auf breite Ablehnung in der Bevölkerung stießen²²³. Diese an der Sowjetunion orientierte Politik der KPÖ sollte auch später negative Konsequenzen – sowohl bei Wahlergebnissen, als auch in der Parteientwicklung – zeigen.

Die ideologische Basis dieser Entwicklung der politischen Verhältnisse in Österreich lässt sich zusammenfassend so beschreiben: Bedingt durch die Integration ehemals nationalsozialistischer Kreise, der Westorientierung und eines Österreich-Nationalismus, der mittels der sogenannten »Sozialpartnerschaft«²²⁴ sämtliche Konflikte zwischen Kapital und Arbeit von der Straße auf den Verhandlungstisch verlagerte, entwickelte sich eine Konstellation, die als »demokratischer Postnationalsozialismus«²²⁵ beschrieben werden kann.

Diese Verhältnisse spiegeln sich auch in der Bevölkerung wider. So ergab eine Studie zum Autoritären Charakter (angelegt an der bekannten Arbeit Theodor W. Adornos) in Österreich im Jahre 1978: 80 Prozent waren der Ansicht, dass Verbrecher_innen zu milde bestraft würden, 74 Prozent erklärten, dass »Gehorsamkeit und Tugend« ihre wichtigsten Werte seien, 60 Prozent befürworteten die Wiedereinführung der Todesstrafe, 51 Prozent sahen die »natürliche Rolle« der Frau im Haushalt und als Mutter verwirklicht, 47 Prozent meinten, dass »Menschen in zwei Klassen« einzuteilen seien: »Starke und Schwache«²²⁶. Zu dieser, in der Öffentlichkeit kaum rezipierten Studie gibt es – soweit dem Autor bekannt – keine aktuelle Nachfolgearbeit, dennoch lässt sich annehmen, dass die Ergebnisse auch heute weitgehend ihre Gültigkeit behalten haben, wie sich an den Wahlergebnissen der konservativen ÖVP, aber vor allem an denen der rechtsextremen FPÖ und deren Abspaltung BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich, gegründet von Jörg Haider 2005) zeigt. Dieses offensichtliche Anwachsen der Rechtsextremen fällt zeitlich mit dem neoliberalen Umbau und den Veränderungen der Arbeitswelt zusammen.

So verabschiedete die damalige SPÖ-ÖVP-Koalition 1994 (Budgetkürzungen im Schulwesen), 1995 (Einsparungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung und beim Karenzgeld), 1996 (Streichung der

²²⁰ Vgl. Baier, Walter: »Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008« Steinbauer Verlag, Wien 2009, S. 138.

²²¹ Vgl. Pickl-Heck, Reinhard: »20 Jahre Grüne – Von der Protest- zur Gestaltungspartei«, abrufbar unter: http://www.gruene.at/uploads/media/pickl_1120_151959.pdf, abgerufen am 13.4.2010.

²²² So wurde beispielsweise ein Streik im Oktober 1950 als kommunistischer Putschversuch gewertet und von der sozialdemokratisch geführten Bau-Holz-Gewerkschaft gewaltsam niedergeschlagen. Vgl. Baier 2009, S. 109 ff.

²²³ Vgl. Ebenda, S. 117 ff.

²²⁴ Vgl. Ebenda, S. 136

²²⁵ Vgl. Grigat, Stephan/Markl, Florian: »Österreichische Normalität. Postfaschismus, Postnazismus und der Aufstieg der Freiheitlichen Partei Österreichs unter Jörg Haider.« In: Grigat, Stephan (Hrsg.): »Transformation des Postnazismus. Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus.« Ca ira-Verlag, Freiburg 2003.

²²⁶ Studie des Meinungsforschungsinstitutes IFES in Kooperation mit dem Institut für Zeitgeschichte und Neuere Geschichte Linz, zitiert in: Rathkolb, Oliver: »Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005«, Paul Zsolany Verlag, Wien 2005, S.68 ff.

Freifahrt für Studierende) Regelungen, die – begründet mit einer vermeintlichen Notwendigkeit zur Budgetsanierung – bereits deutlich neoliberale Züge hatten.²²⁷

Die konservativ-rechtsextreme ÖVP-FPÖ-Koalition verschärfte diese Einschnitte noch weiter. Aus der KPÖ hieß es damals: »Die FP praktiziert als Regierungspartei das gleiche Politikmuster wie über die eineinhalb Jahrzehnte als Oppositionspartei: Sie vertritt die neoliberalen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorgaben der EU am brutalsten und kritisiert gleichzeitig deren sozialen Folgen. [...] Aus dem öffentlichen Umlagesystem soll ein privater Vorsorgemarkt entstehen, aus dem öffentlichen Bildungssystem ein Bildungsmarkt, dem Gesundheitssystem ein Gesundheitsmarkt. Dem privaten Kapital werden neue Verwertungsmöglichkeiten geschaffen, Staat und Unternehmer aus der Verpflichtung zur Mitfinanzierung der sozialen Sicherheit entlassen. Das einzig sichere daran ist die Verteilungswirkung nach oben und der soziale Darwinismus, der ›Rassismus der Schönen, Tüchtigen und Anständigen‹. [...] Im Konsens aller Parlamentsparteien wird der Staat zur ›Österreich AG‹ umdefiniert.«²²⁸ Dass diese Analyse zutreffend war, lässt sich an der nunmehr wieder regierenden SPÖ-ÖVP-Koalition ablesen, deren Politik sich nur graduell von der vorherigen Regierungskonstellation unterscheidet. Somit sollte an dieser Stelle der Fokus auf die linke Opposition gelegt werden.

Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)

Die eingangs ausgeführten Zustandsbeschreibungen verdeutlichen, dass linke Politik in Österreich nicht leicht zu machen ist. Die KPÖ ist die einzige Partei, die sich regelmäßig als linke Opposition an den diversen Wahlgängen beteiligt. Gegründet 1918 nach dem Ende der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, verboten während der beiden faschistischen Regimes 1933 – 1945, war sie nur von 1945 bis 1959 im österreichischen Nationalrat vertreten. Somit war ihre Praxis zumeist durch außerparlamentarische Arbeit gekennzeichnet:

Tabelle 2: Wahlergebnisse der KPÖ zum Nationalrat 1970 – 2008²²⁹

1970	1971	1975	1979	1983	1986	1990	1994	1995	1999	2002	2006	2008
1,00%	1,20%	1,00%	1,00%	0,70%	0,70%	0,60%	0,30%	0,30%	0,50%	0,56%	1,01%	0,76%

Zur Zusammensetzung der KPÖ-Wähler_innen lassen sich aufgrund fehlender Erhebungen diesbezüglich nur schwer Rückschlüsse ziehen. Einzig aus den regionalen Wahlergebnissen können einige Annahmen aufgestellt werden: Ihre besten Ergebnisse erreichte die KPÖ 2006 in den Bundesländern Steiermark und Wien mit 1,24 Prozent und 1,08 Prozent²³⁰. Die nach Wien zweitgrößte Stadt Graz ist die Landeshauptstadt der Steiermark und dürfte hierbei auch ausschlaggebend sein. Auch die Wahlergebnisse der größeren Landeshauptstädte weichen merklich vom Gesamtergebnis ab (Linz 1,2 Prozent²³¹, Salzburg 1,2 Prozent²³², Innsbruck 1,09 Prozent²³³).

²²⁷ Vgl. bspw. Preglau, Max: »Das Solidarprojekt Sozialstaat – gestern, heute und morgen«, abzurufen unter: http://www.sws-rundschau.at/archiv/SWS_2002_3_Preglau.pdf, abgerufen am 4.4.2010.

²²⁸ Referat von Walter Baier auf der KPÖ-Parteikonferenz am 16.11.2000, abzurufen unter: <http://www.kpoe.at/home/positionen/anzeige-positionen/browse/2/article/29/UEber-den-Widerstand-gegen-Schwarz-Blau.html>, abgerufen am 4.4.2010.

²²⁹ Quelle: Bundesministerium für Inneres, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_History.aspx, abgerufen am 22.3.2010.

²³⁰ Bundesministerium für Inneres, http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2008/End_Gesamt.aspx, abgerufen am 4.4.2010.

²³¹ Stadt Linz, http://www.linz.gv.at/zahlen/100_WAHLEN/100_NR06/, abgerufen am 4.4.2010.

²³² Land Salzburg: http://www.salzburg.gv.at/nrw06_bericht.pdf, abgerufen am 4.4.2010.

²³³ Land Tirol, http://wahlen.tirol.gv.at/WahlenTirolGvAtWeb/wahlenGemDetail.do?cmd=wahlInfoGemeindenDetail&wahl_id=18&bez_id=01&gem_id=01&cid=1, abgerufen am 4.4.2010.

Somit lässt sich konstatieren, dass die KPÖ in urbanen Gebieten (die hier genannten Städte sind auch Universitätsstandorte) höheren Zuspruch erhält. Auf landes- und kommunalpolitischer Ebene ist die KPÖ in mehreren steirischen und niederösterreichischen Gemeinderäten sowie in dem einer Tiroler Gemeinde, im steirischen Landtag, in zwei Bezirksräten in Wien sowie seit den letzten Lokalwahlen in Oberösterreich wieder im Gemeinderat von Linz vertreten²³⁴.

Mitglieder, Strukturen und Entscheidungsfindung

1996 hatte die KPÖ in etwa 5.000 Mitglieder²³⁵, wobei deren Anzahl in den neunziger Jahren rückläufig war. Die Hälfte der Mitglieder stammte aus Wien, generell kommt eine Mehrzahl der Mitgliedschaft aus Ost-Österreich²³⁶. 1987 waren 42 Prozent der Mitglieder weiblich²³⁷, dieser vergleichsweise hohe Frauenanteil ist rückläufig. Generell war die Mitgliedschaft in den neunziger Jahren überaltert, so war der Großteil um 1990 Pensionist_innen²³⁸.

Die Parteistrukturen²³⁹ der KPÖ bestehen aus vier Ebenen: Parteigruppen, Bezirksorganisationen, Landesorganisationen und die Bundesorganisation. An der Basis bestehen Parteigruppen, die sich nach territorialen [...], betrieblichen, beruflichen und thematischen Gesichtspunkten²⁴⁰ organisieren. Diese Parteigruppen sind – je nach Orientierung – entweder einer Bezirksorganisation, einer Landesorganisation oder dem Bundesvorstand zugeordnet.

Bezirksorganisationen sind der Zusammenschluss verschiedener Parteigruppen in einem Bezirk, und Landesorganisationen schließen die bestehenden Bezirksorganisationen und Parteigruppen auf Landesebene zusammen. Das höchste Organ der KPÖ ist der Parteitag, der den Bundesvorstand wählt, welcher zwischen den Parteitagen das ausführende und oberste Organ darstellt. Aus dem Bundesvorstand wird wiederum der Bundesausschuss gewählt, der die Leitung der Gesamtpartei zwischen den Sitzungen des Bundesvorstandes übernimmt. Der Bundesvorstand besteht zumindest aus dem/der Bundesvorsitzenden, dessen/deren Stellvertreterinnen, der Frauenvorsitzenden und dem/der Finanzreferentin und dessen/deren Stellvertreterinnen. Alle diese Funktionen werden auf dem Parteitag gewählt. Ausgenommen ist hier die Frauenvorsitzende, welche ausschließlich von Frauen (sei es im Rahmen eines Parteitages, einer bundesweiten Frauenstruktur oder einer Frauenversammlung) gewählt wird.

Die Entscheidungsfindung findet bei Parteigruppen und Bezirksorganisationen auf Mitgliederversammlungen statt, die jeweils ein Antragsrecht für die höheren Ebene besitzen. Bei Landesorganisationen werden Landeskongresse abgehalten, deren Teilnehmer_innen per Delegationsprinzip von den Parteigruppen und Bezirksorganisationen entsandt werden. Einberufen werden diese von den Landesleitungen oder nach Antrag von einem Viertel der dazugehörigen Partei- oder Bezirksgruppen. Jenseits von Mitgliedsversammlungen, Landeskongressen und Parteitagen wird die Entscheidungsfindung auf der jeweiligen Ebene von der zuletzt gewählten Leitung vorgenommen. Abseits davon dienen auch Parteikongresse (anlassbezogene und thematisch eingeschränkte Versammlungen, deren Entscheidungen bindenden Charakter haben) und Urabstimmungen (mit ebenso verbindlichen Ergebnissen) der innerparteilichen Demokratie. Kooperationen mit Nichtmitgliedern der KPÖ sind im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften möglich, in denen sich Menschen nach spezifischen sozialen Interessen, politischen Themen, Tätigkeitsfeldern oder weltanschaulichen Strömungen²⁴¹ organisieren

²³⁴ Vgl. bspw. KPÖ Oberösterreich: »Wahlergebnisse der KPÖ«, abzurufen unter: <http://ooe.kpoe.at/news/article.php/20060624220735935>, abgerufen am 4.4.2010.

²³⁵ Ehmer, Josef: »Die Kommunistische Partei Österreichs. Geschichte, soziales Profil, aktuelle Situation.« In: Moreau, Patrik; Lazar, Marc; Hirscher, Gerhard (Hrsg.): »Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?« Landsberg, Lech, Olzog, 1998, S. 212.

²³⁶ Ebenda, S. 219.

²³⁷ Ebenda.

²³⁸ Ebenda.

²³⁹ Vgl. KPÖ: Statut der KPÖ, beschlossen am 33. Parteitag in Linz. Abrufbar unter:

[http://www.kpoe.at/index.php?id=78&tx_ttnews\[tt_news\]=41&tx_ttnews\[backPid\]=74&cHash=f3d0408126](http://www.kpoe.at/index.php?id=78&tx_ttnews[tt_news]=41&tx_ttnews[backPid]=74&cHash=f3d0408126), abgerufen am 12.4.2010.

²⁴⁰ Ebenda.

²⁴¹ Ebenda.

können und mittels ihrer Tätigkeit und durch Anträge an Parteiorgane an der Entscheidungsfindung partizipieren können.

Der Weg zu einem undogmatischen Marxismus

Seit dem 33. Parteitag im Jahr 2004 definiert sich die KPÖ als eine gleichermaßen antikapitalistische, feministische und internationalistische Partei²⁴².

Diese Programmatik, insbesondere die Gleichsetzung dieser Grundsätze stellt ein Novum der Parteigeschichte dar und ist Ergebnis einer längeren Auseinandersetzung innerhalb der Partei sowie eines notwendigen Neuorientierungsprozesses nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in den Jahren 1989/90.

Seit Mitte der Zwanziger Jahre hatte die KPÖ eine »marxistisch-leninistische« Orientierung²⁴³, gestaltete ihre Politik also in enger Kooperation mit der Sowjetunion – hier auch oftmals in vorauseilendem Gehorsam. Dies war auch in der Vergangenheit innerhalb der Partei nicht unumstritten: So gab es in den sechziger Jahren den Versuch einer eurokommunistischen Orientierung, der maßgeblich von KPÖ-Mitgliedern, die während der nationalsozialistischen Herrschaft im Exil in Großbritannien waren, getragen wurde. Beeinflusst wurden diese Ambitionen von der Entstalinisierungspolitik Chruschtschows, jedoch vor allem durch den Prager Frühling, in dem eine Synthese von Demokratie und (Real-)Sozialismus propagiert wurde, die letzterem ein menschliches Antlitz verleihen sollten. Dogmatischen, »marxistisch-leninistischen« Vertreter_innen der Partei, die stark an Moskau orientiert waren, wichen diese Ansichten zu sehr von der traditionellen Linie ab, wodurch es zu einem offenen fraktionellen Konflikt kam. Im Zuge der Kontroverse um die öffentliche Verurteilung der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei 1968 wurde die Auseinandersetzung beim 20. Parteitag der KPÖ 1969 zugunsten der dogmatischen Fraktion beendet, was das Ausscheiden von einem Drittel der Mitglieder, zumeist Intellektueller und Gewerkschafter_innen, zur Folge hatte²⁴⁴.

Ausgelöst durch die Wende in den ehemals realsozialistischen Staaten begann ab Mitte der achtziger Jahre auch innerhalb der KPÖ ein Prozess der Neuorientierung. Auch hier trat eine ähnliche Konfliktlinie wie um das Jahr 1968 zutage, sodass dieser Prozess nach dem Scheitern der sowjetischen Perestrojka mit dem Rücktritt der damaligen Parteileitung 1991 einen ersten Rückschlag erlitt.²⁴⁵ In dem folgenden Ringen um eine Neuausrichtung wurden im selben Jahr die Weichen zu einem neuen Partei- und Marxismusverständnis gelegt. Trotz dieser grundsätzlichen Übereinkunft organisierte sich erneut ein dogmatischer Flügel, der von traditionalistischen und nationalistischen bis zu (neo-)stalinistischen Auffassungen gekennzeichnet war. Bedeutsame Akteurin hierbei war die traditionell orientierte und vor allem kommunalpolitisch aktive KPÖ Steiermark, mit der die Dogmatiker_innen das Bündnis suchten. Als der Konflikt schließlich im Zuge der Finanzkrise der Partei und ihrer Teileignung durch den deutschen Staat eskalierte, scheiterte die Zusammenarbeit der dogmatischen Fraktion mit der steirischen Landesorganisation – wohl aufgrund des rabiaten Vorgehens der Ersteren. Somit konnte die Neuorientierung nach dem Ausscheiden der dogmatisch-autoritär orientierten Akteur_innen, welche nunmehr die bolschewistisch-nationalistische »Kommunistische Initiative« gegründet hatten, 2004 vorläufig und in Einheit mit der steiermärkischen Landespartei – die dennoch ein distanziertes Verhältnis zur Bundespartei pflegt – abgeschlossen werden.²⁴⁶

²⁴² KPÖ: Politische Plattform der KPÖ, abzurufen unter:

[http://www.kpoe.at/index.php?id=78&tx_ttnews\[tt_news\]=40&tx_ttnews\[backPid\]=74&cHash=b5d01baad0](http://www.kpoe.at/index.php?id=78&tx_ttnews[tt_news]=40&tx_ttnews[backPid]=74&cHash=b5d01baad0),
abgerufen am 5.4.2010.

²⁴³ Vgl. Baier, 2009, S. 31.

²⁴⁴ Vgl. Ebenda, S. 123-171

²⁴⁵ Vgl. Ebenda, S. 193-199.

²⁴⁶ Vgl. Ebenda, S. 222-230.

Aktuelle Programmatik und Ideologie²⁴⁷

Der Ausgangspunkt des aktuellen Programms der KPÖ ist ein offenes Marxismus-Verständnis, das zu einer kritischen Hinterfragung der eigenen Geschichte und Tradition, sowie der marxistischen Klassiker_innen auf ihre aktuelle Anwendbarkeit anregt. Unabhängige und kritische Wissenschaft sei hierzu ebenso notwendig wie die Anerkennung der Erkenntnisse politischer Bewegungen außerhalb des orthodoxen Marxismus, beispielsweise aus der feministischen Bewegung. So definiert sich die KPÖ in ihrer politischen Plattform als »Marxistische Partei der Vielfalt«.

Der neoliberale Kapitalismus wird als Offensive gegen erworbene und erkämpfte Rechte erkannt, wobei im vorherrschenden, patriarchalen Sozialstaat österreichischer Prägung keine Alternative zu sehen ist. Als Merkmale dieses Wirtschaftsregimes werden der Umbau der Arbeitswelt mittels Flexibilisierung, Aushöhlung der Arbeiter_innenrechte und der Absicherung von Arbeitslosen zur Intensivierung der Ausbeutung der Arbeitskraft, der Kürzung der staatlichen Ausgaben für Bildung, Soziales und Kulturelles bei gleichzeitigen Vergünstigungen für das Kapital sowie die kapitalistische Globalisierung, die von Neokolonialismus und der Herrschaft der Finanzmärkte geprägt sei, genannt.

In der internationalen Perspektive werden diese Vorgänge als Katalysator für eine Zerrüttung der zwischenstaatlichen Beziehungen und für einen »neuen Imperialismus« mit den Machtzentren USA und EU gesehen. Dadurch und durch eine zunehmende innerimperialistische Rivalität wird ein Anstieg der Kriegsgefahr befürchtet.

Die langfristigen Konsequenzen dieser globalen Entwicklung, die als »innerkapitalistische Revolution« bezeichnet wird, werden dialektisch interpretiert: So würden alle lokalen sozialen, politischen, rechtlichen und kulturellen Schranken, die der globalen Entwicklung der neuen – auch immateriellen – Produktivkräfte im Wege stehen, nachhaltig beseitigt. Als Kennzeichen und Motor hierfür wird auch der technologische Fortschritt genannt, der die menschliche Arbeitskraft in der Industrieproduktion zunehmend obsolet macht. Auch die Wissensproduktion sei zu einem bestimmenden Faktor hierbei geworden. Somit entstehe einerseits ein großes Gefahrenpotential durch qualitativ neue Ausbeutung, andererseits aber auch Möglichkeiten zu einer neuen Stufe der menschlichen Zivilisation.

Die Sozialdemokratie, dabei im Besonderen jene Ausformungen, die an einem »Dritten Weg« orientiert sind, wird nicht als Alternative in der gegenwärtigen globalen Situation gewertet. Sie stehe, so wird argumentiert, ebenso wie die grünen Parteien – und die konservativen und nationalistischen Kräfte ohnehin – auf dem Boden der neoliberal-kapitalistischen Verhältnisse. Somit leisten auch Mitte-Links-Regierungen – auch bei fortschrittlicher Argumentation – den gegenwärtigen sozialen Einschnitten Vorschub und bereiten damit, und durch den damit verbundenen Demokratieabbau, Rechtsextremen und einem Polizei- und Überwachungsstaat den Boden. Gleichzeitig schaffe dieses »Scheitern des Reformismus« auch Möglichkeiten und Chancen für revolutionäre Linke.

Gewerkschaften wird im Programm eine große Bedeutung beigemessen. In Österreich hatten sie jedoch in der Vergangenheit zumeist eine Rolle als »Ordnungsfaktor« in der Kooperation von Kapital und Arbeit in der sogenannten Sozialpartnerschaft gespielt. Somit sei eine umfassende Neuorientierung der Gewerkschaftsbewegung von Nöten, um adäquat auf die vorherrschenden Verhältnisse reagieren zu können. Diese müsse eine Fokussierung auf »Widerstand gegen die neoliberale Standortlogik«, die Einbindung von Migrant_innen, flexibilisierten Arbeiter_innen und anderen sozialen Bewegungen enthalten. Des Weiteren seien ein Abbau der hierarchischen Strukturen zugunsten einer Demokratisierung und die Thematisierung frauenspezifischer Probleme notwendig. Trotz dieser Defizite sei erhebliches Potential in den Gewerkschaften vorhanden, mit welchem die KPÖ Bündnisse anstrebt, im Besonderen in den diversen Sozialforen.

Neue Soziale Bewegungen stellen für die KPÖ ebenfalls ein großes Veränderungspotential dar. So heißt es in der politischen Plattform dazu: »Für diese neue Aktionseinheit ist vor allem folgende Einsicht kennzeichnend: Ob GewerkschafterInnen, LandarbeiterInnen oder landlose Bauern, ob radikale Ökologiebewegung oder Feministinnen, Friedensgruppen, MenschenrechtsaktivistInnen, ob kommunalpolitische Initiativen, ob fortschrittliche konfessionelle Bewegungen und Gruppen, ob die

²⁴⁷ Vgl. hierzu: KPÖ: Politische Plattform der KPÖ, abzurufen unter:

[http://www.kpoe.at/index.php?id=78&tx_ttnews\[tt_news\]=40&tx_ttnews\[backPid\]=74&cHash=b5d01baad0](http://www.kpoe.at/index.php?id=78&tx_ttnews[tt_news]=40&tx_ttnews[backPid]=74&cHash=b5d01baad0),
abgerufen am 5.4.2010.

ArbeiterInnenbewegung in Industriezentren und deren progressive politische Parteien – sie alle werden unter die Räder des entfesselten neoliberalen kapitalistischen Systems kommen, wenn sie den Kampf gegen diesen übermächtigen Gegner weiterhin isoliert führen.«

Für diese sozialen Bewegungen erfülle die Kommunalpolitik eine wichtige Funktion, sei sie doch »an der Schnittstelle von staatlicher Verwaltung und Zivilgesellschaft angesiedelt« und damit »ein unumgebares Aktionsfeld von Linken und KommunistInnen.« Hierbei soll vor allem die Handlungsfähigkeit der Gemeinden gegenüber allen Privatisierungsambitionen verteidigt werden und zudem ein Abbau von »Stellvertreterpolitik« zugunsten einer »Selbstermächtigung der Menschen« (nach lateinamerikanischem Vorbild) stattfinden.

Feministische Positionen haben als Querschnittsmaterie Eingang in die Analyse der gegenwärtigen Lage gefunden: So wird explizit die patriarchale Prägung, sowohl des zuvor fordistischen wie auch des aktuell neoliberalen Kapitalismus thematisiert und in ihrer Konsequenz gleichermaßen als bekämpfenswertes Unterdrückungsinstrument ausgemacht. Auch in der geschichtlichen Prägung der österreichischen kommunistischen Bewegung hatten patriarchale und autoritäre Tendenzen Raum gegriffen, deren Aufhebung nicht nur Voraussetzung zur Parteienerneuerung, sondern auch Basis gesamtgesellschaftlicher Emanzipation darstellt. Im Frauenprogramm der KPÖ²⁴⁸ sind somit auch jenseits dieses politischen Anspruchs auch konkrete innerparteiliche Regelungen vorgesehen, wie beispielsweise eine Frauenquote von 50 Prozent in allen Gremien oder die Einhaltung eines Reißverschlussprinzips in den Debatten.

Zusammenfassend definiert sich die KPÖ als »eine marxistische Partei verschiedener Strömungen, die ihre Politik frei und demokratisch diskutiert und beschließt. Sie bekennt sich zur Meinungsvielfalt und zum offenen Meinungsstreit, achtet die Vielfalt von Zugängen und Standpunkten, die volle Freiheit der innerparteilichen Kritik und Minderheitsmeinungen.«²⁴⁹ In der Strategie und langfristigen Perspektive bedeutet das die Verbindung »radikaldemokratische[r] Reformpolitik für sozialen Fortschritt mit einer revolutionären, die bestehende kapitalistische Gesellschaft überwindenden Perspektive. Sie strebt einen Sozialismus demokratischen Charakters mit dem Ziel einer klassenlosen Gesellschaft, die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, den sorgsam Umgang mit der Natur, die Beseitigung patriarchaler Strukturen und die freie Entwicklung aller Menschen an.«²⁵⁰

Die KPÖ in der Europäischen Linken

Die Hinwendung der KPÖ zu anderen kommunistischen und linken Parteien, die auf EU-Ebene aktiv sind, geschah im Zuge der programmatischen Neuorientierung in den späten neunziger Jahren und mündete 2004 schließlich in die Mitbegründung der Partei der Europäischen Linken. Dem ist jedoch eine grundsätzliche Änderung in der Bewertung der EU – und der damit verbundenen strategischen Ausrichtung – vorangegangen: Stand die KPÖ dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 noch grundsätzlich ablehnend gegenüber, so veränderte sich diese Haltung zu einer EU-kritischen Position in den folgenden Jahren. Ideologischer Hintergrund der grundsätzlichen Ablehnung war die Orientierung auf die – sich in Österreich seit 1955 im Verfassungsrang befindliche – Neutralität, ebenso wie die Bezugnahme auf die erstmalige wissenschaftliche Herleitung der eigenständigen österreichischen Nation durch Alfred Klahr während des Aufstiegs des NS-Faschismus 1937.²⁵¹

In Österreich herrscht eine verbreitete EU-Skepsis, die sich jedoch nicht aus der Ablehnung neoliberal-kapitalistischer Politik, sondern zumeist aus einem weitverbreiteten Nationalismus nährt,

²⁴⁸ KPÖ: Frauenprogramm der KPÖ, beschlossen auf dem 30. Parteitag der KPÖ 1997, abzurufen unter: [http://www.kpoe.at/index.php?id=78&tx_ttnews\[tt_news\]=42&tx_ttnews\[backPid\]=74&cHash=44635d037c](http://www.kpoe.at/index.php?id=78&tx_ttnews[tt_news]=42&tx_ttnews[backPid]=74&cHash=44635d037c), abgerufen am 5.4.2010.

²⁴⁹ KPÖ: Statut der KPÖ, beschlossen am 33. Parteitag der KPÖ 2004, abzurufen unter: [http://www.kpoe.at/index.php?id=78&tx_ttnews\[tt_news\]=41&tx_ttnews\[backPid\]=74&cHash=f3d0408126](http://www.kpoe.at/index.php?id=78&tx_ttnews[tt_news]=41&tx_ttnews[backPid]=74&cHash=f3d0408126), abgerufen am 5.4.2010.

²⁵⁰ Ebenda.

²⁵¹ Vgl. bspw. Schwarz, Vera: »Rot-Weiss-Rot bis in den Tod. Manchmal sind auch KommunistInnen PatriotInnen...« Erschienen in: Unique, Zeitschrift der ÖH Uni Wien, Ausgabe 10/03, online abrufbar unter: <http://www.univie.ac.at/unique/unique/index.php/schwerpunkt/1344-1003-anagramm-nation/2210-rot-weiss-rot-bis-in-den-tod>, abgerufen am 5.4.2010.

der den rechtsextremen Parteien FPÖ und BZÖ in die Hände spielt.²⁵² In ihrer Neubewertung der EU hat die KPÖ dieser Situation Rechnung getragen, in dem sie beispielsweise in ihrem Forderungsprogramm 2007 konstatiert: »Die globalen und europäischen Integrationsprozesse unter neoliberalen Vorzeichen führen zu transnationalen Regulationssystemen, die den Alltag der Menschen in sämtlichen Nationalstaaten unmittelbar beeinflussen und dominieren. Die Verwobenheit internationaler ökonomischer, sozialer, umwelt- und gesundheitspolitischer, kultureller und anderer Interessen wird zunehmend enger. Viele daraus sich ergebende Fragen können im nationalstaatlichen Rahmen nicht mehr gelöst werden.«²⁵³ Somit orientiert sich die KPÖ auf die Bekämpfung neoliberal-kapitalistischer Politik, wie beispielsweise dem als demokratiegefährdend interpretierten EU-Vertrag von Lissabon und zielt auf eine europaweite Organisation des Widerstandes im Rahmen der Partei der Europäischen Linken und in Kooperation mit der Zivilgesellschaft und den neuen sozialen Bewegungen ab.²⁵⁴

Die KPÖ in den Sozialforen

Die Entstehung der Sozialforen-Bewegung wurde seitens der KPÖ von Beginn an mit Interesse beobachtet und in der Folge vor allem auf österreichischer, aber auch auf europäischer Ebene mitgestaltet. Auch wenn – wie konstatiert wird – der Glanz und die Euphorie der Anfangsphase etwas abgenommen hat, so wird die Sozialforenbewegung, im Besonderen aufgrund der Beteiligung der Gewerkschaften, als notwendiger und wichtiger Diskussionsraum der Zivilgesellschaft geschätzt.²⁵⁵

Aktuelle Herausforderungen

Zwei für die KPÖ bedeutsame Wahlen werden 2010 in Österreich stattfinden: Jeweils im Herbst finden sowohl Landtags- und Gemeinderatswahl in Wien als auch Landtagswahlen in der Steiermark statt. Bei beiden Wahlen sind vorhandene Mandate zu verteidigen. In Wien hat der Wahlkampf bereits begonnen: Hier wird es darum gehen, in dem medial inszenierten Kampf ums Rathaus zwischen der regierenden SPÖ und der rechtsextremen FPÖ, zu bestehen. In ihren ersten Wahlkampfkampagnen thematisiert die KPÖ die österreichweit vergleichsweise geringen Ausgaben im Bereich der Mindestsicherung, die Notwendigkeit von Maßnahmen wie einer »Energiegrundsicherung« für die Haushalte sowie die Propagierung einer Freifahrt bei den Wiener Linien, die sich im Städteigentum befinden.²⁵⁶ Bei der letzten Wahl wurden in einigen Gemeindebezirken Mandate nur knapp verfehlt, somit besteht angesichts der Politik der SPÖ die berechtigte Hoffnung auf Stimmen- und Mandatszuwächse.

Organisationen mit Naheverhältnis zur KPÖ

In den Gewerkschaften und Arbeiter_innenkammern kooperiert die KPÖ mit dem Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB). Dieser ist als eigenständiger Verein und als Fraktion innerhalb des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), wie in den Arbeiter_innenkammern organisiert. Programmatisch hat sich der GLB die Vertretung der Interessen der unselbstständig Beschäftigten,

²⁵² Vgl. bspw. Furtlehner, Leo: »Die Situation der Linken in Österreich« In: Daiber, Birgit; Hildebrandt Cornelia (Hrsg.): »Die Linke in Europa. Analysen zu linken Parteien und Partei Allianzen«, Reihe rls papers, Berlin 2009, S. 103.

²⁵³ KPÖ: Forderungsprogramm »KPÖ in Aktion – Partei in Bewegung«, beschlossen am 34. Parteitag der KPÖ, 2007. Abzurufen unter:

<http://www.kpoe.at/home/positionen/anzeige-positionen/article/30/Beschluss-Forderungsprogramm-KPOE-in-Aktion-Partei-in-Bewegung.html>, abgerufen am 5.4.2010.

²⁵⁴ Vgl. bspw. KPÖ-Pressedienst: »KPÖ kündigt Kandidatur bei der EU-Wahl an«, 29.01.2009. Abrufbar unter: <http://www.kpoe.at/home/positionen/themen-archiv/anzeige-themen-archiv/browse/13/article/159/KPOE-kuendigt-Kandidatur-bei-der-EU-Wahl-an.html>, abgerufen am 5.4.2010.

²⁵⁵ Vgl. Hopfgartner, Günther: »Europa verändern!«, 4.3.08. Abrufbar unter: <http://www.kpoe.at/nc/home/aktuelles/anzeige-aktuelles/article/20/Europa-veraendern.html>, abgerufen am 5.4.2010.

²⁵⁶ Vgl. KPÖ Wien: <http://wien.kpoe.at/news/>, abgerufen am 6.4.2010.

aber auch der Arbeitslosen, Auszubildenden, Pensionist_innen und Menschen in prekarierten Arbeitsverhältnissen zum Ziel gesetzt. Hierbei soll antifaschistisches, antirassistisches und antidiskriminatorisches Engagement mit einer dezidiert klassenkämpferischen Orientierung verbunden sein – die »Sozialpartnerschaft« als spezifischer Ausdruck österreichischer Kompromisspolitik wird abgelehnt.²⁵⁷ Gegenwärtig ist der GLB in den Arbeiter_innenkammern in Wien und der Steiermark sowie in vielen Betriebsräten, vor allem in sozialen und öffentlichen Einrichtungen, der Industrie und in den Verkehrsbetrieben vertreten.²⁵⁸

Im österreichischen Universitätsbereich existiert mit der Österreichischen Hochschüler_innenschaft (ÖH) eine europaweit einzigartige studentische Vertretungsorganisation, die auf allen Ebenen des Bereiches Organe aufweist. Auf zwei dieser Ebenen, der bundesweiten, wie der lokal-universitären, existieren Gremien, die mittels Listenwahlrechtes alle zwei Jahre in freier Wahl der Studierenden gewählt werden.²⁵⁹ In und außerhalb dieser Institutionen ist der Kommunistische Student_innenverband – Linke Liste (KSV-LiLi) aktiv, der als eigenständige Organisation ein freundschaftliches Verhältnis zur KPÖ pflegt. Der KSV-LiLi ist seit 2006 zu einer neuen Qualität der Offenheit gegenüber anderen, auch nicht-kommunistischen, linksradikalen Studierenden gelangt.²⁶⁰ Dies geschah in Auseinandersetzung mit dogmatischen und neostalinistischen Aktivist_innen, die eine ideologische Verengung des Verbands im Sinne eines traditionellen Marxismus-Leninismus anstrebten. Diese, sich im engen Bündnis mit der ebenso orientierten Kommunistischen Jugend Österreichs (KJÖ) befindliche Gruppe wird von der KPÖ-Abspaltung »Kommunistische Initiative« und der KPÖ Steiermark unterstützt, wo sie auch an der Grazer Universität – neben dem Bund – ein Mandat hält.

Der KSV-LiLi ist ebenfalls in der Bundesvertretung der Studierenden vertreten und hat seine stärkste Verankerung an der Universität Wien, der größten des Landes. Dort arbeitet er seit Jahren in der Exekutive der Universitätsvertretung in Koalition mit der grünalternativen und der sozialdemokratischen Student_innenorganisation und in enger Kooperation mit den auf Studienrichtungsebene aktiven linken Basisgruppen, die die Mehrzahl der Studierenden in den Instituten vertreten.²⁶¹ In der bundesweiten Studierendenvertretung stützt der KSV-LiLi eine Mitte-Links-Koalition aus Grünen, Sozialdemokrat_innen und Vertreter_innen der Fachhochschulen, allerdings aus einer gewissen skeptischen Distanz. Der KSV-LiLi ist in allen Bereichen im Sinne eines Abbaus von Stellvertretungspolitik und zugunsten einer Selbstermächtigung der Menschen aktiv. Die Politikgestaltung basiert auf einem undogmatisch-marxistischen und gleichermaßen feministischen Verständnis. Die Aktivitäten der Organisation waren in den letzten Jahren neben bildungspolitischem Engagement (wie beispielsweise innerhalb der mächtigen Studierendenbewegung 2009) auch durch antifaschistische, anti-nationalistische und feministische Interventionen und Aktionen geprägt.

Die Jugendorganisation Junge Linke (JuLi) hat sich im Zuge der Auseinandersetzung innerhalb der KPÖ, die auch die damalige Kommunistische Jugend – Junge Linke (KJÖ-JuLi) erreichte, von letzterer gelöst – diese strich auch später ihren Namenszusatz aufgrund der inhaltlichen Verengung. Nach anfänglicher intensiver Aktivität in Oberösterreich hat sich ihr Engagement mit der Gründung der Jungen Linken in Wien 2009 weitgehend dorthin verlagert. Dort sind in gleichen Anteilen Schüler_innen, Student_innen, Auszubildende und junge Arbeiter_innen organisiert, die sich aufgrund einer pluralistisch-marxistischen Grundorientierung hauptsächlich im antirassistischen Bereich und in der Bildungsarbeit betätigen.²⁶² Im oberösterreichischen Wels hat sich darüber hinaus eine Gruppe namens Junge Kommunistische Partei Wels gegründet, die eine ähnliche Politik betreibt, jedoch vor

²⁵⁷ Vgl. GLB: Statut des GLB, beschlossen auf der GLB-Bundeskonferenz 2007. Abrufbar unter: <http://news.glb.at/news/article.php/2006022022064786>, abgerufen am 6.4.2010.

²⁵⁸ Vgl. GLB: <http://news.glb.at/news/index.php?topic=wahlen>, abgerufen am 6.4.2010.

²⁵⁹ Vgl. ÖH-Bundesvertretung: »Über die ÖH« abrufbar unter: http://www.oeh.ac.at/ueber_die_oeh/, abgerufen am 6.4.2010.

²⁶⁰ Vgl. bspw. KSV-LiLi: »KSV-LiLi und ÖH-Wahlen 2007«, abrufbar unter: <http://votacomunista.at/news/article.php/20070422194116372>, abgerufen am 6.4.2010.

²⁶¹ Vgl. bspw. KSV-LiLi: »KSV-LiLi wird Gegenpol im reaktionären Mainstream der ÖH sein«, Presseaussendung vom 6.6.2007, abzurufen unter: <http://votacomunista.at/news/article.php/20070606194943316>, abgerufen am 6.4.2010.

²⁶² Vgl. Junge Linke: »Wer wir sind und was wir wollen«, <http://www.junge-linke.at/news/article.php/20090205030619619>, abgerufen am 6.4.2010.

allem im antifaschistischen Bereich kommunal tätig ist.²⁶³ Die »marxistisch-leninistisch« orientierte Kommunistische Jugend Österreichs (KJÖ) arbeitet partiell und regional weiterhin mit der KPÖ zusammen, beispielsweise in der Steiermark oder in Tirol.²⁶⁴

Die antifaschistische Bewegung

In der letzten Zeit bildeten sich in vielen Regionen Österreichs, hauptsächlich in Kärnten/Koroška und in Wien neue antifaschistische Gruppen, die neben dem offensichtlichen Erstarren des – parlamentarischen wie außerparlamentarischen – Rechtsextremismus auch gegen dessen Voraussetzungen, die sich in den gegenwärtigen österreichischen Verhältnissen manifestieren, auftreten. Im Unterschied zu älteren antifaschistischen Gruppen orientieren sich diese nicht anarchistisch, sondern vertreten ein autonom geprägtes undogmatisches Kommunismusmodell.²⁶⁵ An dieser Stelle sind vor allem die Autonome Antifa Koroška (Kärnten), sowie die Autonome Antifa Wien (AfA_W) zu nennen, die häufig in Bündnissen mit der KPÖ oder ihr nahestehenden Organisationen kooperieren.

Das weitere, auf konsequent antifaschistische Arbeit fokussierte Spektrum ist zumeist anarchistisch und queer-feministisch orientiert, beispielsweise sei hier die Rosa Antifa Wien (RAW)²⁶⁶ genannt. Des Weiteren existiert seit einiger Zeit die Autonome Uni-Antifa, die sich nunmehr in Gruppe AuA!²⁶⁷ umbenannt hat und nun vor allem Hintergrund- und Theoriearbeit leistet.

Bundesweit werden von diesem Spektrum antifaschistische Demonstrationen organisiert, wobei momentan der Fokus auf die rechtsextremen Burschenschaften²⁶⁸ gelegt wird, die in Österreich als Bindeglied zwischen außer- und innerparlamentarischem Rechtsextremismus dienen.

Das anarchistische Spektrum

Die anarchistische Bewegung ist in Österreich – neben antifaschistischer Aktivitäten – vor allem auf die Errichtung autonom verwalteter Zentren und Lokalitäten ausgerichtet. So hat sich im letzten Jahrzehnt eine aktive Hausbesetzer_innenszene entwickelt, die regelmäßig durch ihre Aktivitäten auf ihre Anliegen aufmerksam macht und dadurch auch auf kommunalpolitische Fehlentwicklungen, wie die Mietspekulationen in Wien. Dies würde spannende Kooperationsmöglichkeiten mit der KPÖ eröffnen, die ebenfalls die Fehlentscheidungen der SPÖ-geführten Stadt Wien thematisieren. Dem steht jedoch eine massive Störung des Verhältnisses der Akteur_innen im Wege, die sich infolge des Konflikts um das Ernst-Kirchweger-Haus (EKH) ergeben hatten. Das Gebäude, das sich zu diesem Zeitpunkt im Besitz der KPÖ befunden hatte, wurde 1990 von mehreren anarchistischen und linken Gruppen besetzt. 2004, als die KPÖ einen beträchtlichen Teil ihres Parteivermögens – aufgrund eines deutschen Gerichtsurteils – an den bundesdeutschen Staat abliefern musste, geriet sie in schwere Finanznöte und verkaufte das besetzte Haus.²⁶⁹ Trotz des Fortbestehens des besetzten Hauses herrschen aufgrund dieser Vorgänge weiterhin schwere Differenzen zwischen der KPÖ und der anarchistischen Szene.

Trotzkistische Kleinstparteien

In Österreich, beziehungsweise in Wien, besteht eine große Anzahl trotzkistisch orientierter Gruppierungen, von denen die meisten – trotz ihrer geringen Größe – eine straffe Parteiorganisation betreiben. Mit dieser Organisationsform geht in den meisten Fällen eine äußerst dogmatische

²⁶³ Vgl. JKP Wels: <http://jkpwels.wordpress.com/>, abgerufen am 6.4.2010.

²⁶⁴ Vgl. bspw. KPÖ Tirol: »Tirol braucht Druck von Links«, abzurufen unter: <http://tirol.kpoe.at/news/article.php/20080419090817246>, abgerufen am 6.4.2010.

²⁶⁵ Vgl. bspw. Autonome Antifa Wien: »Du bist Kommunismus! Eine Annäherung an den Kommunismusbegriff«, abzurufen unter:

<http://antifaw.blogspot.de/2009/11/11/eine-annaeherung-an-den-kommunismusbegriff/>, abgerufen am 6.4.2010.

²⁶⁶ Vgl. Rosa Antifa Wien, <http://www.raw.at/>, abgerufen am 6.4.2010.

²⁶⁷ Vgl. Gruppe AuA!, <http://aua.blogspot.de/>, abgerufen am 6.4.2010.

²⁶⁸ Vgl. bspw. Bündnis No WKR, <http://nowkr.wordpress.com/>, abgerufen am 6.4.2010.

²⁶⁹ Vgl. bspw.: »KPÖ verkauft besetztes Ernst-Kirchweger-Haus«, In: Der Standard, 21.10.2004, abrufbar unter: <http://derstandard.at/1832060>, abgerufen am 6.4.2010.

politische Orientierung einher, die einem gemeinsamen Vorgehen der Gruppen zumeist im Wege steht. Die Programmatik ist üblicherweise auf die Errichtung einer proletarischen Massenpartei ausgerichtet, die mittels koordinierter Arbeitskämpfe das politische System überwinden und den Sozialismus aufbauen soll. Hier kann beispielsweise die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO) oder die Linkswende genannt werden.

Andere Gruppen konzentrieren sich auf die Thematisierung internationaler Konflikte, wobei zumeist der Nahe Osten im Fokus des Interesses liegt. Hierbei werden oftmals rhetorische Wendungen gebraucht, die sich als anschlussfähig an den weit verbreiteten gesellschaftlichen Antisemitismus²⁷⁰ erweisen. Hier ist unter anderem die Liga der sozialistischen Revolution (LSR) aber vor allem die Antiiperialistische Koordination (AIK) zu nennen, die den Klassenkampf weitgehend verabschiedet hat und sich auf die globale »Völkerbefreiung«, also die Unterstützung ethnischer und politischer Nationalismen und auch des religiösen Fundamentalismus konzentriert.²⁷¹

Auch innerhalb der Sozialdemokratie existieren trotzkistische Strömungen, die jedoch weitgehend isoliert sind, was in häufigen Fällen auf repressive Maßnahmen der Parteiführung zurückzuführen ist. Neben diesen Strömungen ist hier auch die Sozialistische Linkspartei (SLP) anzuführen, die sich ebenfalls in Agitationsweise und Rhetorik von den anderen Gruppen unterscheidet. Sie ist auf eine Kombination von reformistischer und revolutionärer Politik orientiert²⁷², beteiligt sich häufig an Wahlen und ging so auch 1996 eine Kooperation mit der KPÖ ein²⁷³. Dieser Versuch war jedoch nicht erfolgreich, wie sich in den Wahlergebnissen zeigte.

Eine geeinte Linke?

Die gescheiterten Versuche von linken Bündniskandidaturen in der Vergangenheit – bei denen die KPÖ zum Teil weniger Stimmen als beim alleinigen Antreten erreichte²⁷⁴ – verdeutlichen, dass weder die Selbstbezeichnung »Linke« oder »Linkspartei«, noch ein Zusammenschluss mehrerer Gruppen, Strömungen oder Parteien ausreichend sind, um die politische Landschaft Österreichs radikal zu verändern. Hierzu wäre wohl neben einer Überwindung der verschiedenen Szene-spezifischen Schrebergärten auch eine grundlegende Hinterfragung und Überwindung der speziellen österreichischen Verhältnisse notwendig. Doch diese Sache ist keine, die leicht zu machen ist – wie bereits eingangs erwähnt.

²⁷⁰ Vgl. bspw. Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich : »Die Antiiperialistische Koordination (AIK) – Antisemitismus im linken Gewand«, abrufbar unter: <http://www.gegendentantisemitismus.at/00012003.php>, abgerufen am 6.4.2010.

²⁷¹ Vgl. AIK: »Manifest der Antiiperialistischen Koordination«, verfasst am 20.2.2006, abrufbar unter: <http://www.antiimperialista.org/node/13>, abgerufen am 6.4.2010.

²⁷² Vgl. SLP: »Was wir wollen. Kurzprogramm der SLP«, abrufbar unter: <http://www.slp.at/48.html>, abgerufen am 6.4.2010.

²⁷³ Vgl. bspw. Furtlehner, Leo: »Eine Linkspartei, aber wie?« 1.6.2008, abzurufen unter: <http://oee.kpoe.at/news/article.php/20080730141520278>, abgerufen am 6.4.2010.

²⁷⁴ Vgl. Furtlehner, Leo: »Die Situation der Linken in Österreich« In: Daiber, Birgit; Hildebrandt Cornelia (Hrsg.): »Die Linke in Europa. Analysen zu linken Parteien und Parteiallianz«, Reihe rls papers, Berlin 2009, S. 101 f.

Krzysztof Pilawski, Holger Politt Linke in Polen

Was ist links in Polen?

Nach der historischen Niederlage der Staatspartei PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) bei den zuvor am Runden Tisch ausgehandelten Parlamentswahlen vom 4. Juni 1989 wandelten sich die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Polen in kurzer Zeit so grundsätzlich, dass der erste freigewählte Staatspräsident Lech Wałęsa zu Beginn seiner Amtszeit (1990 – 1995) noch freiherzig formulieren konnte, er sei überzeugt, jeder gesunde politische Körper benötige zwei Beine, ein rechtes und ein linkes. Er als Präsident wolle nun darauf achten, dass Polen auch ein linkes Bein bekomme.

Nichts kennzeichnet den dramatischen Ansehensverlust, den linke Kräfte in Polen in der sogenannten Wendezeit erlebten, besser als diese markanten Worte des damaligen »Solidarność«-Idols. Wer wollte damals auf die Nachfolger der PVAP noch einen Pfifferling geben? Doch bald schon wendete sich das Blatt und dies recht gründlich. Das Bild der beiden Beine wurde schneller politische Wirklichkeit, als es dem Urheber wohl selbst lieb sein konnte. Denn 1993 zogen die mittlerweile als »Postkommunisten« bezeichneten Linkskräfte als stärkste Fraktion ins Parlament und übernahmen zusammen mit der agrarischen Bauernpartei die Regierung. Bis 1997 stellten sie sogar zweimal den Ministerpräsidenten. Die Bezeichnung Postkommunisten war irreführend, denn Kommunisten gab es in Polen auch vor 1989 bereits nur noch sehr wenige, und die PVAP hat sich selbst nie als eine kommunistische Partei verstanden und ist dies auch nie gewesen. Und er war pejorativ gemeint im Sinne von »Postfaschisten« etwa, also von übrig gebliebenen oder umgefärbten Anhängern totalitärer politischer Praxis. Erst einige Jahre später setzte sich in der Medienlandschaft zunehmend der Begriff »Linke« durch, auch wegen teils unerwarteter politischer Erfolge.

1995 nämlich endete Wałęsas Amtszeit, verlor er doch das Rennen um den höchsten Staatsposten knapp gegen den Herausforderer Aleksander Kwaśniewski, der bis dahin der Linken in Polen das Gesicht gab. In seiner herausragenden Stellung für die Linkskräfte hätte man ihn damals mit Gregor Gysi vergleichen können, der für die PDS in der ersten Hälfte der 1990er Jahre etwa die gleiche Bedeutung besaß. Und ein solcher Man wurde nur knappe sechs Jahre nach 1989 in allgemeinen Wahlen Staatspräsident eines 38-Millionen-Volkes. Weder Wałęsa noch andere Beobachter hätten so etwas überhaupt für möglich gehalten. Als Kwaśniewski schließlich in den Präsidentenpalast einzog, stellte Polens Linke die beiden wichtigsten politischen Positionen im Lande. Fast alle aus der Konkursmasse der ehemaligen Staatsparteien in Europas Osten hervorgegangenen Kräfte schauten durchaus neidisch auf ihre polnischen Kollegen, auch wenn sie in vielen Fragen und Ausrichtungen bereits völlig anders aufgestellt waren. Der Erfolg von Leuten mit einem ähnlichen biographischen Hintergrund und dann ausgerechnet im Solidarność-Land beeindruckte schon.

Ein kurzer Sprung zurück. Als Anfang 1990 die PVAP aufgelöst wurde, übernahm an ihrer Stelle eine vergleichsweise kleine Partei das Zepter, die sich Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP) nannte. Aus unterschiedlichen Gründen wurde sie schnell zur stärksten Kraft auf der linken Seite der politischen Landschaft, sah sich bereits 1993 in der Lage, ein linksgerichtetes Wahlbündnis anzuführen, die Geburtsstunde der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD). Dieses Bündnis unterschiedlicher Kräfte, die vor allem das Ziel einte, jenes linke Standbein zu kräftigen, von welchem Wałęsa sprach, bestand bis Ende der 1990er Jahre und wurde dann vor dem großen Wahlsieg bei den Parlamentswahlen 2001 in eine sich sozialdemokratisch verstehende Partei gleichen Namens umgewandelt.

Dieses recht breit angelegte Bündnis war einer der Gründe für die bereits beschriebenen Wahlerfolge der Linken. Während die aus der PVAP hervorgegangenen Kräfte in der sozialdemokratischen Partei SdRP kaum noch tragfähige Bindungen in Arbeiterkreisen hatten, zunächst im Kern sich auf Menschen stützte, die zuvor im Staats- oder Parteiapparat tätig gewesen waren und sich frühzeitig für weitgehende Reformen eingesetzt hatten, kamen durch das Bündnis Strömungen ins Boot, die ein breiteres soziales und kulturelles Spektrum repräsentierten, auch wenn sie für sich selbst betrachtet nur eine geringe Bedeutung besaßen. So kamen über diesen Weg ehemalige Solidarność-Aktivisten hinzu, die sich definitiv als linksstehend empfanden und mit der politischen Ausrichtung der Gewerkschaft nach 1989 sowie deren Versuchen, einen politischen Arm der Gewerkschaft zu schaffen, nicht einverstanden erklärten. So kam die auf eine über 100-jährige Tradition verweisende sozialistische

Partei PPS hinzu, die sich Anfangs noch Hoffnung machte, mit der SdRP auf Augenhöhe um die Führung der Linken in Polen ringen zu können. Für beide Richtungen – linke Solidarność-Rebellen und PPS stand der Name von Piotr Ikonowicz, der für das Bündnis SLD ins Parlament einziehen konnte und schnell eines der bekanntesten linken Gesichter in Polen wurde. Der endgültige Bruch trat allerdings ein, als sich Ikonowicz im Jahre 2000 bei den Präsidentschaftswahlen gegen Amtsinhaber Kwaśniewski aufstellte, der die Wahlen bereits deutlich im ersten Wahlgang gewann.

Ein weiterer wichtiger Bündnispartner im SLD-Boot waren die Gewerkschafter der OPZZ-Zentrale, die 1984 gegründet wurde und sich seit 1989 in schwieriger Konkurrenz mit der Solidarność befand. Durch die OPZZ-Gewerkschafter kam die SdRP wieder mit der Arbeitswelt in Beziehung. Noch heute besteht eine besondere politische Beziehung zwischen der SLD und der OPZZ.

Vor die Entscheidung gestellt, die SLD als Bündnis programmatisch entweder weiter in Richtung nichtparteilicher Organisationen zu öffnen oder aber das ganze parteipolitisch zu straffen, entschied sich der SdRP-Vorsitzende Leszek Miller für das letztere und führte die von ihm entscheidend auf den Weg gebrachte Partei SLD bei den Parlamentswahlen 2001 zu einem glänzenden Wahlsieg, bei dem die absolute Mehrheit im Sejm nur knapp verfehlt wurde. Mit diesem Erfolg im Rücken wurde zugleich entschieden, in welche Richtung sich die damals auf Polens linker politischer Hälfte alles dominierende Kraft zu entwickeln habe. Als Orientierungspunkt für Polens Sozialdemokraten wurden Gerhard Schröder und Tony Blair mit ihrem »Dritten Weg«. Leszek Miller, 2001 – 2004 in doppelter Funktion Parteivorsitzender und Ministerpräsident, verstand es auf die polnischen Bedingungen vor dem EU-Beitritt angewendet so: Das Land habe gegenüber dem Westen einen wirtschaftlichen Aufholprozess zu absolvieren, dem alles untergeordnet werden müsse. Erst müsse also erwirtschaftet werden, was später verteilt werden könne. Während die großen westlichen EU-Staaten wie Frankreich und Deutschland sich mit schwierigen Reformen ihrer Sozialsysteme bzw. Wohlfahrtssysteme herumplagen müssten, sei Polen in einer anderen Situation, könne es doch auf den Aufbau schwerfälliger und auf das Zeitalter hoher Beschäftigungsraten in der Industrie abgestimmter Sozialsysteme verzichten, stattdessen auf schlanke und effiziente, weniger kostenanfällige und mehr auf die Bedürfnisse des Einzelnen abgestimmter Sicherungssysteme orientieren. Die dadurch eingesparten Mittel sollten in erster Linie dem wirtschaftlichen Aufschwung zugeführt werden, denn erst so könnten Prosperität und Wohlstand für alle erreicht werden. Alle Überzeugungen Millers, des seinerzeit mit Abstand einflussreichsten Mannes der Linken in Polen, mündeten in dem Satz, der Markt habe immer Recht.

Es kam, wie es kommen musste, denn dieser offene Schulterschluss mit neoliberalen Vorstellungen über die Gestaltung und Organisation moderner, vorgeblich leistungsfähiger Gesellschaften überforderte eine politische Kraft, die sich immerhin als Sozialdemokratie verstand, wenn auch als eine »moderne«. Sehr schnell von Bord ging der Finanzminister Grzegorz Kołodko, der einige Jahre später rechtzeitig zur ausbrechenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008 eine umfangreiche und wohl beste polnische Abrechnung mit dem Neoliberalismus vorlegte: »Wędrujący świat« (Die wandernde Welt; www.wedrujacyswiat.pl, dort englische Version). So wie in Deutschland Gerhard Schröder seinen Lafontaine, so fand in Polen Leszek Miller eben seinen Kołodko, auch wenn der auf theoretischem Gebiet seine Stärken fand.

Und der dramatische Niedergang der ganzen Formation ließ nicht lange auf sich warten. Bereits im Mai 2004 war Miller am Ende, verlor das Regierungsamt und den Parteivorsitz. Ihm folgte mit Riesenschritten die Partei, die ihr Abrutschen in Wählergunst und Ansehen nicht mehr aufhalten konnte, bei den Parlamentswahlen auf die 10-Prozent-Marke abrutschte und weit hinter den Nationalkonservativen und Rechtsliberalen ankam. Bis heute verbleibt die SLD konstant bei dieser Marke, vermag bei den unterschiedlichsten landesweiten Wahlen in etwa diese 10 Prozent der Wählerstimmen zu aktivieren. Dieses Potential gilt unter Soziologen und Meinungsforschern als das »treue Wählerklientel« der SLD, was übersetzt heißt, dass es sich um Menschen handelt, die sich auf die Partei vor allem biographischer Gründe wegen positiv beziehen. Es handelt sich also um diejenigen, die in der Volksrepublik Polen im Vergleich zu den jetzigen Zuständen das bessere Gemeinwesen ausmachen. Insofern klaffen mitunter die Ansichten der Wähler und der verschiedenen Parteistrategen weit auseinander, die ja eigentlich sich als Gestalter des neuen, demokratischen und marktwirtschaftlich orientierten Polens begreifen.

Verloren hat die Partei inzwischen Wählergruppen, auf die vor zehn Jahren die Verantwortlichen am meisten hofften: junge, gut ausgebildete, überaus motivierte und in den großen Städten des Landes

ihren Lebensmittelpunkt aufbauende Menschen. Sie wählen inzwischen die offen ein neoliberales Gesellschaftsmodell vertretende Regierungspartei PO (Bürgerplattform), die in aktuellen Umfragen mitunter gar mit Rekordwerten von über 50 Prozent der Wählerstimmen notiert wird. War das Wahlbündnis SLD Mitte der 1990er Jahre noch jene politische Kraft, die unter den jüngeren Menschen den höchsten Anteil hatte, worauf schließlich Kwaśniewskis Wahlsieg 1995 gegen Wałęsa entscheidend zurückzuführen war, so ist davon augenblicklich nichts mehr übrig geblieben. Auch die deutliche Verjüngung der Parteispitze im Jahre 2005, Parteivorsitzender und Generalsekretär waren damals erst Anfang dreißig, half nicht viel. Der Zugang zu deutlich jüngeren Wählerschichten, die biographisch nichts mehr mit der Zeit der Volksrepublik zu tun haben, ist zu einer Schlüsselfrage für die SLD geworden. Von ihrer Beantwortung dürfte wohl das mittelfristige Überleben abhängen.

Eine deutliche Öffnung sozialen Problemen gegenüber ist derzeit nicht zu erwarten, auch wenn Soziologen durchaus immer wieder darauf verweisen, dass hier perspektivisch Wählerschichten zu gewinnen sein könnten. Im Augenblick spielt Staatspräsident Lech Kaczyński, der aus seinen nationalkonservativen Einstellungen kein Hehl macht, in sozialen Belangen die besseren Karten. Aus dem Führungsapparat der SLD heißt es dann stets, die soziale Karte sei in Polen in der Hand der rechten, antiliberalen Kräfte oder von Populisten, sodass die SLD sich da heraushalten müsse. Als griffige Formel gilt derzeit, dass es eine soziale Gerechtigkeit für die ganze Gesellschaft nicht gebe, dass entsprechend der Differenzierung der Gesellschaft ganz unterschiedliche Mittel des sozialen Ausgleichs taugen könnten.

Auch auf emanzipatorischen Feldern traut sich die SLD nicht recht, restlos klare Positionen zu beziehen. Da zu oft ein Hintertürchen offen gehalten wird, muss die Partei damit leben, dass sie auch auf diesem für sie reizvollen Gebiet wenig gegen die PO auszurichten versteht. Obwohl Grzegorz Napieralski, als er im Juni 2008 Parteivorsitzender wurde, medienträftig betonte, er möchte zum polnischen Zapatero werden, hat die Partei noch längst kein wirklich durchschlagendes Profil in heiklen, die öffentliche Moral betreffenden Fragen, die insbesondere für jüngere Menschen von Bedeutung und Ausschlag sein können. Während Napieralski anfangs durchaus das seit 1998 gültige Konkordat zwischen der polnischen Regierung und dem Vatikan mutig in Frage stellte, ist derzeit davon nichts mehr zu hören. Laut Konkordat besitzt die katholische Kirche in Polen ein Monopol »in allen die Gesellschaft betreffenden moralischen Fragen«.

Die bereits angesprochene Beziehung zwischen der Gewerkschaftszentrale OPZZ und der SLD ist im Augenblick sehr viel wichtiger für die Partei, denn über diesen Weg hält sie Kontakt zur Welt der Arbeitnehmer. Dank dieser Allianz kann sie auch bestimmte Hochburgen in wichtigen Industrie- und Bergbauregionen halten, ohne hier aber wie einst die SPD in Nordrhein-Westfalen wirklich Mehrheiten hinter sich zu haben.

Auf der Ebene der Selbstverwaltungen (Lokal- und Regionalwahlen) sieht das Bild im Grunde nicht viel anders aus. Schwach ist die SLD aus nachvollziehbaren Gründen auf dem Lande vertreten, stärker in Mittelstädten, relativ am stärksten in Großstädten. In einigen Wojewodschafts-Städten stellt sie auch die Stadtpräsidenten.

Die soziale Frage in Polen

Die großen politischen Parteien verlieren den Charakter lebendiger, schöpferischer Formationen, gleichen immer mehr Unternehmensstrukturen. Sie behandeln ihren Namen wie Handelsnamen, ihre Führungspersönlichkeiten wie Markenprodukte. Die erfolgten Handlungen sind dem Erscheinungsbild unterworfen, mit welchem Kunden (hier die Wähler) angelockt werden. Das führt zum Absterben programmatischer Diskussionen, zur Zentralisierung der Leitung von Parteien, zur Führerschaft, also zu Erscheinungen, die sich nicht einbinden wollen in den Kanon einer sich selbst bestimmenden Zivilgesellschaft.

Etwa 80 Prozent der Menschen aus den niedrigsten Einkommensgruppen nimmt nicht an Wahlen teil. Die Armen, die Ungebildeten, die Nichtarbeitenden fühlen sich nicht als Bürger: der Staat grenzt sie aus, sie selbst grenzen diesen ebenfalls aus ihrem Leben aus. Der Staat tut indes nichts, um aus den Ausgeschlossenen vollberechtigte Bürger zu machen. Auch die politischen Parteien sind nicht an ihnen interessiert: Die Ausgeschlossenen sind nicht deren Zielgruppe. Das Ringen um deren Wählerzuspruch würde riesige Anstrengungen erfordern ohne Garantie auf einen proportionalen Wahleffekt. Und es wäre vor allem eine riskante Operation, bedürfte es doch eines Wahlprogramms für die Nöte

und Bedürfnisse der Ausgeschlossenen, was auf Unterstützung durch ein großes Hilfsprogramm des Staates hinauslaufen würde. Derartige Versprechungen, die auf Änderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, dem Steuersystem und der Einkommensstruktur hinauslaufen würden, stießen womöglich auf den Widerstand der bestehenden Anhänger der Partei, um einmal gar nicht von den großen Kapitalgruppen und den von ihnen kontrollierten Medien zu sprechen. Diese würden negativ auf das Erscheinungsbild der Parteien wirken und letztendlich auf das Wahlergebnis. Die parlamentarischen Parteien kämpfen viel lieber um die Wähler der anderen konkurrierenden Parteien. Die soziale Ausgrenzung ist ein dauerhafter Zustand der heutigen Gesellschaft geworden, die sich zunehmend auf die aktiven Bürger begrenzt. Vor allem sind das gut ausgebildete, finanziell weitgehend selbstständige oder abgesicherte Menschen. Die neoliberale Politik beschleunigte die Ausrichtung der Gesellschaft auf eine Masse von Konsumenten mit Kreditwürdigkeit. Dieser Zuschnitt erinnert an die Phase der frühbürgerlichen Gesellschaft, die sehr vielen Werten widerspricht, die einer auf sozialen Ausgleich beruhenden Gesellschaft heute eigentlich zugeschrieben werden. Die Gesellschaft ist also nicht offen. Im Gegenteil – sie isoliert die von ihr ausgeschlossenen Gruppen, schließt sie in Sozialstätten ein und gesteht ihnen geringfügige Mittel zum Überleben zu. Die Gesellschaft ist wenig solidarisch, auch in der engeren Gruppe nicht. Ihr schwächster Teil kämpft um den Erhalt der Arbeitsplätze, die Rückzahlungsfähigkeit von Krediten, fürchtet sich vor dem Verlust von Arbeit, Wohnung und die Einweisung in miserable Sozialunterkünfte. Der Neoliberalismus mit seiner Propaganda des Egoismus und der Tüchtigkeit, die am besten in Werbesprüchen wie »Das musst du haben«, »Das hast du verdient« oder »Das bist du wert« zum Ausdruck kommt, erreicht große Teile der Gesellschaft. Diese ist augenblicklich eher zu einer Gemeinschaft egoistischer Konsumenten geworden, in der zum grundlegenden Kriterium für die Bewertung eines Menschen der Wert der von ihm im Besitz befindlichen Güter geworden ist. Sein Status misst sich nach dem Wohnort, nach der Art, seinen Urlaub und die Freizeit zu verbringen.

Der stärkste Teil dieser neoliberal zugeschnittenen Gesellschaft strebt nun danach, die Reste des Wohlfahrtsstaates zu beseitigen und den öffentlichen Raum weiter zu privatisieren: noch bestehende staatliche Unternehmen, Erde, Wälder, Seen, Küsten, Parks, Infrastruktur (Verkehr, Wasser), das öffentliche Schulwesen, die öffentlichen Medien, das Gesundheitswesen. Aus der Perspektive dieses Teils der Gesellschaft sollten der Staat und ebenso die Selbstverwaltungen sich vor allem auf die Absicherung der Ordnung und der Rahmenbedingungen konzentrieren, also die Sicherheit der Gesellschaft garantieren (bis hin zum Bau von Gefängnissen, elektronischer Überwachung von Gesetzesverletzern, Ausweitung der Befugnisse von Polizei und Ordnungskräften, allgemeine Überwachung, überhaupt Isolierung von Ausgeschlossenen in die für die Gesellschaft sicheren Bereiche).

Zur Pflicht der Linken gehörte es, eine Gesellschaft zu verteidigen, die niemanden aus ihrer Mitte unverschuldet ausschließt, die bereits ausgeschlossene Gruppen durch aktive Beschäftigungspolitik und die Beseitigung von Enklaven der Armut und der Benachteiligten zurückzuholen versucht. Grundlegendes Mittel gegen die Ausgrenzung ist die Arbeit und nicht Beihilfen. Zur Pflicht der Linken gehörte der Kampf um die Durchsetzung von sozial ausgerichteten Verfassungsgeboten, die sich aus dem Artikel 2 der Verfassung herleiten, nach dem Polen ein demokratischer Rechtsstaat sei, »in dem die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit verwirklicht werden«:

- aktive Beschäftigungspolitik des Staats;
- Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bürger;
- Zugang zur Gesundheitsfürsorge aus öffentlichen Mitteln, unabhängig von der eigenen materiellen Situation;
- allgemeiner und gleicher Zugang zu Bildung;
- keine Ausgrenzung im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben.

Linke Alternativen?

Wenn man es nun recht bedenkt, so wird verwundern, dass die SLD nach dieser Entwicklung trotz allem und weiterhin fast unbedrängt auf der linken Seite des politischen Geschäfts Hegemon bleiben konnte oder in den Augen einer breiten Öffentlichkeit als solcher gilt. Eine Partei, die, von linker Seite kommend, ihr Wohl eher in der Mitte der Gesellschaft sucht, die sich wirtschaftspolitisch weit in den neoliberalen Mainstream integrieren ließ oder selbst integrierte, die sich in großen Teilen eher von

solchen Beispielen wie den Demokraten in den USA oder den aus mehreren Metamorphosen, von den Kommunisten angefangen, hervorgegangenen heutigen Demokraten in Italien – um in Europa zu bleiben – angezogen fühlt, ist die auch weiterhin in weiten Teilen der Öffentlichkeit Synonym für das, was Linke genannt wird?

Vielleicht darf die Antwort oder besser, ein Teil der Antwort, von einem Mann gegeben werden, der Polens Linke wie kaum ein zweiter genauestens kannte, der sich am Beginn der Transformation sehr ausführlich zu den Perspektiven linken Handelns in Polen äußerte. Gemeint ist Adam Schaff (1913 – 2006), der es in dem Buch »Mein Jahrhundert. Glaubensbekenntnisse eines Marxisten« (Berlin 1997) so formulierte (dort S. 240 f.): »Die Situation unseres Landes ist ein unlösbares Rätsel, das sich aus Fehlern sowohl der ›Kommunisten‹ wie auch der ›Solidaristen‹ zusammensetzt. [...] Polen muss ein moderner kapitalistischer Staat werden, und hier gibt es keine alternativen Lösungen. Für den Sozialismus war Polen nicht reif (Lampe sah die Ablehnung des Sozialismus in Polen für drei oder vier Generationen voraus, falls er mit Gewalt eingeführt werden sollte, also durch die Rote Armee, was leider der Fall war; die Zeiten haben sich geändert, im Westen wird der Sozialismus früher kommen, also auch unsere Wartefrist wird kürzer sein, aber heute ist das alles aus verschiedenen Gründen nicht aktuell). Der Kapitalismus in seiner Manchester-Fassung, das heißt mit dem sogenannten freien Markt, den man uns andrehen will, um dem Sozialismus den endgültigen Todesstoß zu versetzen, ist eine Erfindung unserer hirnverbrannten Spinner, die im Falle ihrer Verwirklichung zur nationalen Katastrophe führen würde. Den Anfang dieses Prozesses haben wir schon zu spüren bekommen: Diese Offerte ist abzulehnen. Der dritte Weg bleibt offen, das heißt die soziale Marktwirtschaft. Das ist der Weg des kapitalistischen Wohlfahrtsstaats, den die Sozialisten im Westen durchgesetzt haben, mit allen damit verbundenen Folgen.«

Schaff erweist sich in dieser Prophezeiung noch als Optimist, denn eigentlich haben sich Polens Sozialdemokraten im Ringen um einen wenigstens sozial erträglichen Wohlfahrtsstaat nie über Gebühr angestrengt oder anstrengen müssen. Während 1993 und 1995 bei den jeweils überraschenden Wahlsiegen (Parlament und Präsident) noch mit Losungen gearbeitet wurde, die – so wie Schaff es beschreibt – eine zivilisierte Zurücknahme des wilden, ungebremsten Kapitalismus versprachen, reichte es später (2001) aus, sich als die kompetenteste Kraft in Sachen wirtschaftlicher Prosperität aufzustellen. Als andere das dann besser konnten, war es vorbei mit den großen Erfolgen. Eine Rückkehr zu einer Partei mit sozialem Gewissen konnte auch deshalb nicht erfolgen, weil diese Partei eigentlich nie gelernt hat, eine sozial ausgerichtete Partei zu sein. Die Begriffe links und sozial sind auch deshalb in Polen heute ein Paar, welches nicht unbedingt immer zusammenzugehen braucht. Dies ahnte Schaff seinerzeit noch nicht.

Zugleich sagte er aber bereits damals unmissverständlich (S. 172): »Die postkommunistischen Parteien, die nicht selten als Tarnung den Namen ›Sozialdemokratie‹ annehmen, liegen falsch: Das wird ihrer Popularität nicht dienen«. So ist es zumindest im Falle Polens gekommen. Ohne eine wirkliche sozial ausgerichtete Politik im Interesse derjenigen, die nicht automatisch die Nutznießer des heutigen gesellschaftlichen Systems sein können, bleibt die Bezeichnung »sozialdemokratisch« eine leere Worthülse, die – im Falle Polens – durch den umfassenderen und inhaltlich unscharferen Begriff »Linke« ersetzt wird. Da im Augenblick keine Gegenkraft in Sicht ist, die hier von linker Position aus korrigierend und erfolgreich eingreifen könnte, wird die Situation vorerst so bleiben.

Zur Wählerstruktur der SLD

Gegenwärtig hält die Partei in Umfragen um die 10 Prozent der Stimmen. Sie ist damit nach der wirtschaftsliberal ausgerichteten PO (Bürgerplattform; zwischen 40 und 55 Prozent) und der nationalkonservativen PiS (Recht und Gerechtigkeit; zwischen 25 und 35 Prozent) die drittstärkste politische Formation. In Umfragen, in denen nach der Partei gefragt wird, die gewählt werden würde, wenn der eigentliche persönliche Favorit nicht anträte, kommt die SLD auf Werte zwischen 30 und 40 Prozent, womit sie in dieser Rubrik vorne liegt. Allerdings sind diese Werte nur von relativer Bedeutung, da ja keine der wichtigsten Parteien derzeit vom Verschwinden bedroht ist. Allerdings verweist es auf einen anderen Fakt, der ein wenig das gegenwärtige Dilemma der SLD verdeutlicht.

Potentiell findet die SLD Anerkennung als eine pro-europäische und moderne politische Kraft also auch unter jenen Menschen, die jüngeren Alters sind, sich berechnete Lebenschancen ausrechnen, die vor allem in den prosperierenden großstädtischen Zentren zu Hause sind und dort ihre Zukunft sehen.

Doch in diesem Wählersegment gibt die PO unangefochten den Ton an, lässt sich für die SLD – die hier tatsächlich nur (aber immerhin) zweite Wahl ist – auf absehbare Zeit, zumindest solange PO unter diesen Wählern an Anziehung nicht verliert, wenig herausholen. Zuletzt versuchte der ehemalige Staatspräsident Kwaśniewski bei den Parlamentswahlen 2007 einen solchen Schritt, indem er einem Bündnis mit Liberalen und sozialdemokratischen Parteien vorstand (LiD). Das offensichtliche Scheitern dieses Projekts war zwar ernüchternd, doch gibt es nach wie vor einflussreiche Positionen in der SLD, die die Partei eher in diese Richtung zu profilieren versuchen. Viele sprechen gar von der einzigen Chance, die die Partei perspektivisch hätte.

Schaut man indes auf die wirklichen Wahlergebnisse, so fällt sofort ins Auge, dass noch immer jene Menschen zu den treuesten Wählern zählen, die biographisch ihren beruflichen Lebensweg mit der Zeit in der Volkrepublik Polen (bis 1989/90) verbinden können und dies im Selbstbild auch im großen Maße tun. Im Schnitt liegt das Durchschnittsalter der SLD-Wähler bei über 60 Jahren. Diese Wähler unterstützen den Anspruch der Partei, sich als eine pro-europäische und moderne politische Kraft zu zeigen, akzeptieren auch die sozialdemokratische Ausrichtung, empfinden jedoch einen starken Mangel in der sozialen Frage. Da aber ebenfalls zumeist aus biographischen Gründen bei diesen Menschen ein hoher Bezug auf die Staatlichkeit und Souveränität des Landes festzustellen ist, fällt die Kritik an der mangelnden sozialen Ausrichtung der Partei stets zurück hinter dem Anspruch, ein reeller Mitgestalter der heutigen gesellschaftlichen Wirklichkeit Polens zu sein.

Eine zweite wichtige Wählergruppe der SLD speist sich aus der Entwicklung der Partei seit den 1990er Jahren her. Viele Menschen, die im Prozess der damaligen forcierten Privatisierung im Wirtschaftsleben ihr Auskommen in der Privatwirtschaft suchen mussten (und fanden), banden ihre politischen Hoffnungen seinerzeit an den Staatspräsidenten Kwaśniewski und an die SLD. Auch wenn später (nach 2004) ein Großteil von ihnen ein besseres Angebot bei PO fand, blieb ein Teil der SLD bis heute treu.

Eine dritte wichtige Wählergruppe sind Gewerkschafter, die im überwiegenden Maße mit der sich politisch auf die SLD orientierenden Gewerkschaftszentrale OPZZ verbunden sind. Zwar wäre es falsch, davon auszugehen, dass alle OPZZ-Mitglieder bei Wahlen ihr Kreuz hinter SLD-Listen machen würden, aber in der Tendenz sind OPZZ-Mitglieder potentielle SLD-Wähler. Da die andere große Gewerkschaftszentrale Solidarność in den zurückliegenden Jahren die Zusammenarbeit mit PiS bevorzugt, hat die regierende PO keine offene Unterstützung durch eine der großen Gewerkschaftsgruppierungen. Dass sie dennoch in Umfragen sehr hohe Werte hat, zeugt auch von der relativen Schwäche der ohnehin politisch sehr zerklüfteten Gewerkschaftslandschaft auf der politischen Ebene.

Andere sozialdemokratische Optionen

Die nach wie vor treueste Gruppierung an der Seite der SLD ist die Union der Arbeit (UP – Unia Pracy), die einst als linke Abspaltung aus der Solidarność hervorgegangen ist und mittlerweile politisch recht turbulente Zeiten über sich hinweggehen sah. Mehrere Parteivorsitzende (darunter auch eine weibliche!) haben zwar zwischendurch das Parteibuch immer mal wieder hingeworfen, aber die Partei gibt es immer noch. Zwar liegen die großen Zeiten mit Regierungsbeteiligung, Ministern und Einfluss im Lande unerreichbar zurück, doch kommt die Partei derzeit in den Genuss staatlicher Parteienfinanzierung, da man als Teil eines nach den Wahlen schnell zerfallenen Mitte-Links-Blocks an der Ausschüttung beteiligt wird, auch wenn kein einziger Abgeordneter der Partei im Sejm sitzt. Die Partei versteht sich sozialdemokratisch, betont den Unterschied zur SLD im Grunde von der biographischen Herkunft aus. Da mag es verwundern, dass die UP in den zurückliegenden Jahren immer ein verlässlicher Verbündeter der SLD war, aber auf diese Weise wurde ein gutes Stück politischer Kultur demonstriert, wichtig für Strukturen, in denen persönliche Ambitionen häufig das nüchterne politische Kalkül ersetzen. Obwohl die Partei in den letzten Jahren keine Wahlerfolge mehr aufweisen konnte, gibt es augenblicklich wenige Optionen, die Partei mit anderen Strukturen verschmelzen zu lassen. Es wird im Zweifelsfalle eher auf breitere linke Wahlbündnisse orientiert, in denen die eigenen Chancen gegenüber der übermächtigen SLD steigen würden.

Die Partei ist Mitglied der Sozialistischen Internationale und hat derzeit einen Abgeordneten im EP, der in der sozialistischen Fraktion sitzt. Sie versteht sich ganz wie die SLD als eine entschieden »pro-europäische Kraft«, die sich für ein weiteres Fortschreiten der EU-Integration einsetzt und den

Lissabon-Vertrag unterstützte. Im Unterschied zur SLD wird die Bedeutung der sozialen Gerechtigkeit für die Stabilität des Gemeinwesens und die Entwicklung der Gesellschaft traditionell stärker betont. Allerdings hat die Partei trotz ihrer Herkunft aus den Solidarność-Strukturen und trotz ihres programmatischen Namens aktuell nur wenige enge Kontakte zur Gewerkschaftslandschaft in Polen. Sie findet eher Anklang im linksliberalen Spektrum und hat emanzipatorische Fragen wie die des Schutzes verschiedenster Minderheiten stets offener und entschiedener als die SLD betont.

Eine Abspaltung der SLD ist die Polnische Sozialdemokratie (SdPI – Socjaldemokracja Polska), die 2004 durch ehemals führende und prominente SLD-Mitglieder gegründet wurde. Parteigründer Marek Borowski begründete den damaligen Austritt mit der Kritik, dass die bisherigen Parteien, insbesondere aber die SLD sich ungerechtfertigt des Staates zu bedienen suchten. Vor die Wähler trat man erstmals zu den EP-Wahlen im Juni 2004, als überraschend mehrere Mandate gewonnen werden konnten. 2009 konnte dieser Erfolg nicht mehr wiederholt werden, die Partei scheiterte im Bunde mit den liberalen Demokraten deutlich.

Die im Herbst 2007 in den Sejm im Rahmen eines damaligen Mitte-Links-Blocks eingezogenen 10 Abgeordneten haben mittlerweile häufig Parteifarbe und Fraktion gewechselt. Im Augenblick ist die Partei in Umfragen weit entfernt von der Fünf-Prozent-Hürde. Einzig ein Bündnis mit der SLD würde bei kommenden Wahlen Aussicht auf Einzug ins Parlament bieten. Ähnlich wie die UP darf die SdPI sich über staatliche Parteienfinanzierung freuen, die der Partei gegenwärtig die Existenz sichert. Die SdPI versteht sich sozialdemokratisch, obwohl sie aus Gründen der dortigen Beitrittsregelungen nicht der Sozialistischen Internationale angehören kann. Die Partei agiert als entschieden »pro-europäische« Kraft.

Andere sich sozialdemokratisch verstehende Gruppierungen haben mittlerweile zu bestehen aufgehört oder sind ohne jegliche gesellschaftliche Bedeutung.

Alternativen zur Sozialdemokratie

Wie bereits angeführt, alle Alternativen zur sozialdemokratischen Richtung, die im Wesentlichen und in den Augen der Öffentlichkeit durch die SLD vertreten wird, haben augenblicklich keine große gesellschaftliche Relevanz. Den Umfragen zufolge haben sie keine Chancen auf Einzug ins Parlament oder zumindest auf zählbare lokale bzw. regionale Erfolge.

Hier wäre zunächst die Polnische Sozialistische Partei (PPS – Polska Partia Socjalistyczna) zu nennen, eine Partei mit bald 120-jähriger Tradition, eine der ältesten sozialistischen und überhaupt linken Parteien auf unserem Kontinent. Der heutige Zustand indes ist der einer Partei in schwerer innerparteilicher Krise. Die Zahl aktiver Mitglieder ist im Laufe der letzten Jahre kontinuierlich gesunken, auf Wahlerfolge kann seit 1997 kaum mehr verwiesen werden. Selbst auf der Ebene der Selbstverwaltung entwickelt sich PPS nur sehr langsam und auf niedrigem Niveau. Der Partei ist in den zurückliegenden Jahren immer mehr die Fähigkeit abhanden gekommen, sich nach außen hin als wählbare Alternative darzustellen.

Und doch trägt die PPS das vielleicht attraktivste Parteischild unter Polens Linken. Stolz bezeichnet man sich als polnische Sozialisten, worin die gesamte Geschichte der Partei einbezogen ist. Stets sei man konsequent für soziale Gerechtigkeit, für ein demokratisches Verständnis von Sozialismus und für die polnische Unabhängigkeit eingetreten, habe dafür zu unterschiedlichen Zeiten gekämpft und zahlreiche Opfer gebracht. Es ist folglich schmerzlich, wie wenig diese Dinge im heutigen politischen Geschäft zu zählen scheinen. Und so gibt es mehrere Optionen in der Partei, wie aus der misslichen Lage herauszukommen sei. Ganz oben steht die Forderung, sich mit anderen zusammenzuschließen, ohne aber die eigene Identität oder gar die eigene Organisation aufzugeben. Eine weitere verbreitete Option sucht nach Möglichkeiten, andere kleinere Gruppierungen unter dem Schild PPS zu einen. In der Minderheit befinden sich Überlegungen, die aus der Not eine Tugend machen, sich also vor allem als außerparlamentarische Kraft verstehen und die Aktivitäten ausschließlich darauf konzentrieren.

2009 hat sich die Jugendorganisation Junge Sozialisten (Młodzi Socjaliści), die seit 2007 Beobachter der Europäischen Linkspartei ist und landesweit mehrere Hundert aktiver Mitglieder zählt, für ein enges Zusammengehen mit der PPS ausgesprochen. Mehrere Aktivisten der Młodzi Socjaliści sind auf dem letzten PPS-Parteitag (Juni 2009) in die Führungsgremien der Partei gewählt worden, wodurch der für die PPS dringend erforderliche Verjüngungsprozess Gestalt angenommen hat. Durch das

Zusammengehen von PPS und Młodzi Socjaliści arbeitet die PPS in den Strukturen der Europäischen Linkspartei mit.

Eine typisch monothematische Partei könnte man vielleicht die Partei »Racja« der Polnischen Linken nennen (Partia »Racja« Polskiej Lewicy), die in den 1990er Jahren gegründet wurde. Das Wort »racja« bedeutet »richtiger Standpunkt«, also hier etwa richtiger Standpunkt in weltanschaulichen Fragen. Und so reiben sich die meisten Mitglieder der Partei vor allem an der Nichteinhaltung der durch die Verfassung gebotenen Trennung von Staat und Kirche. Anders als andere linke und linksgerichtete Parteien Polens hat dieses Thema zentrale Bedeutung für die Aktivitäten und die Identität der Partei. Während beispielsweise weder SLD noch PPS einen »Krieg gegen Gott« anzetteln möchten, was heißt, sich mit der nach dem Konkordat zwischen dem Vatikan und Polen entstandenen Lage mehr oder weniger stillschweigend abzufinden, verweist Racja auf die faktische Monopolstellung, die der katholischen Kirche im öffentlichen Raum in unterschiedlichsten moralischen oder weltanschaulichen Fragen zugestanden wird.

Während ihres Parteivorsitzes 2007 – 2009 hat Maria Szyszkowska, eine der bekanntesten linken Frauenpersönlichkeiten Polens, versucht, die alleinige Ausrichtung der kleinen Partei auf das Thema Staat-Kirche deutlich zu erweitern. Als die Parteiführung sich entgegen der Empfehlung der Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs weigerte, an den EP-Wahlen im Juni 2009 teilzunehmen, traten Maria Szyszkowska und der Generalsekretär von ihren Positionen zurück. Die neue Parteivorsitzende, Tereza Jakubowska, erklärte, die Partei müsse sich wegen ihrer äußerst geringen Ressourcen auf wenige Themen begrenzen. Sie sei deshalb die antiklerikale Partei der polnischen Linken, da andere linke oder linksgerichtete Parteien sich dieses Themas nicht genügend annehmen würden.

Bei Selbstverwaltungswahlen geht Racja in den einzelnen Regionen mal mit der SLD ein Bündnis ein, mal sucht sie gegen die SLD gerichtete Bündnisse. Auf Landesebene ist es der Partei bisher nicht gelungen, in ein aussichtsreiches Bündnis zu gelangen.

Andere kleine Parteien

Nachdem der einstige Platz, den die populistische »Samoobrona« eingenommen hat, nach dem faktischen Scheitern dieser Bewegung verwaist ist, suchen verschiedene politische Kräfte, hier einen geeigneten Platz für sich zu finden. Dazu gehört auch eine Organisation, die sich bis 2009 Polnische Partei der Arbeit (PPP – Polska Partia Pracy) nannte und sich als eine Partei verstand, die radikal Arbeiterinteressen vertritt. Dabei waren dieser Partei insbesondere die Einbindung Polens in die EU (»Herrschaft des fremdes Kapitals«) und alles Liberale (einschließlich der bestehenden demokratischen Verhältnisse) ein Stein des Anstoßes. Während der Kampagne zu den EP-Wahlen 2009 erklärte der Parteivorsitzende plötzlich die Partei für aufgelöst und ließ landesweit alle Parteibüros schließen. Zuvor hatte er noch verkündet, die Partei werde im künftigen EP der Fraktion GUE/NGL beitreten.

Da Bogusław Ziętek, der bisherige Parteivorsitzender der PPP, zugleich Vorsitzender der sich radikal verstehenden kleinen Gewerkschaft »August 80« (Sierpień 80) ist, stellte er allerdings in Aussicht, die Partei könne sich im Herbst 2009 auf der Basis von Sierpień 80 neugründen. Das tat sie denn auch, wenngleich eine rechtliche Anerkennung der neuen Struktur noch aussteht. Die neue Partei soll sich Polnische Partei der Arbeit – »August '80« (PPP – »Sierpień '80«) nennen und konsequent für die Rechte und die Interessen der Arbeiterschaft streiten. Zum alt-neuen Parteivorsitzenden wurde Ziętek gewählt. Durch diese Namensnennung ist im Grunde ausgeschlossen, dass Mitglieder anderer Gewerkschaften überhaupt Mitglied der neuen Struktur werden könnten.

Dem geltenden Statut nach wäre die Struktur eine Partei, die nach autoritären Prinzipien strukturiert ist. Nahezu allgewaltig ist der Vorsitzende, der keiner demokratischen oder öffentlichen Kontrolle unterliegt (was nach polnischem Parteirecht geht). Laut Statut besteht der Zweck der PPP in der strikten Verteidigung der Staatsräson des unabhängigen Polens. Demzufolge versteht sich die Struktur programmatisch als strikt EU- und NATO-feindlich. Während die NATO als eine terroristische Organisation gebrandmarkt wird, wird Polens Mitgliedschaft in der EU als Schiefelage gesehen, aus der dem Land kein Nutzen zufließe.

Die Struktur gibt sich strikt »antikapitalistisch«, was immer darunter auch verstanden werden mag. Da passt das Abenteuer mit Le Pen, den »Sierpień '80« und insbesondere Ziętek bei dessen Kampf um

den französischen Präsidentenstuhl in der Stichwahl im Jahre 2002 in Frankreich ganz offen unterstützte, ebenso hinein wie etwa Kampagnen gegen den »verbrecherischen NATO-Krieg« im Irak. Im Mittelpunkt dieser antikapitalistischen Ausrichtung steht der Kampf gegen Privatisierung und »fremdes Kapital«.

Politischer Hauptgegner ist die SLD, die erst jüngst in einem PPP-Dokument als eine »Anti-Arbeiter-Partei« bezeichnet wurde. Auch Aktivisten anderer Gewerkschaften werden regelmäßig der politischen Korruption und des Verrats der Arbeiterinteressen verdächtigt gemacht.

Bei den zurückliegenden Wahlen blieb die PPP immer unter einem Prozent der abgegebenen Wählerstimmen. Sie zeigte sich nicht in der Lage, glaubhaft ihren behaupteten linken Anspruch im Rahmen solcher Wahlkampagnen darzustellen. Parteivorsitzender Ziętek hatte 2006 kurz nach Antritt seiner Doppelfunktion als sein Ziel erklärt, das verwaiste Wählerpotential der SLD der PPP zuzuführen. Das ist aus leicht nachvollziehbaren Gründen nicht gelungen.

Stanislav Holubec

Die radikale Linke in Tschechien

Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) wurde 1990 als eine Landesorganisation der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČS) gegründet. Nach der Spaltung der Partei in einen tschechischen und einen slowakischen Teil wurde die KSČM in Tschechien Nachfolgerin der vor 1989 herrschenden Staatspartei. Seit Anfang der 90er Jahre ist die KSČM die drittstärkste Partei in der tschechischen Politik. Ihre Wahlergebnisse bewegen sich zwischen 10 und 20 Prozent der Wählerstimmen (1990: 13 Prozent, 1992: 14 Prozent, 1996: 10 Prozent, 1998: 11 Prozent, 2002: 18 Prozent, 2006: 13 Prozent).

Seit 1996 profilierte sich die sozialdemokratische ČSSD als stärkste Linksmitte-Partei, zwischen 1998 und 2006 war sie auch Regierungspartei. In dieser Zeit konnte sich die KSČM leicht als linke Opposition hervorheben, was ihr auch die Stimmen vieler enttäuschter ČSSD-WählerInnen einbrachte.

Stellung in der Gesellschaft und im politischen System

Die Mitglieder der KSČM

Die zahlenmäßig stärkste Gruppe in der Mitgliederbasis der KSČM ist die der RentnerInnen. Sie machen 67,4 Prozent aller Mitglieder aus (Zahlen aus dem Jahr 2003).²⁷⁵ Arbeiter (13,6 Prozent), Intelligenz und Beamte (ca. zehn Prozent) bilden die Minderheiten innerhalb der Partei. Einige der Parteimitglieder sind Arbeitslose und KleinunternehmerInnen. Bemerkenswert hoch ist der Anteil der ehemaligen PolizistInnen, ArmeeeoffizierInnen und früheren unteren FunktionärInnen der ehemaligen Staatspartei. Drei ihrer 26 Abgeordneten waren vor der Wende Armeeeoffiziere und einer – Josef Vondruška – war Wächter in einem Gefängnis, in dem auch politische Gefangene einsaßen. Die Klage von Dissidenten wegen seiner damaligen Brutalität hat ihm und der ganzen Partei nach den Wahlen 2006 viele politische Probleme eingebracht. Er entschuldigte sich nicht und äußerte sich dahingehend, dass er in seiner damaligen Funktion »die ehrlichen Bürger vor verschiedenen Parasiten«²⁷⁶ geschützt habe. Vondruška ist bis heute Abgeordneter, und der Gerichtshof hat die Klage gegen ihn bisher nicht behandelt.

Die Mitgliederzahl der KSČM schrumpft seit der Wende 1989 beständig. Besonders groß war der Verlust an Mitgliedern im Jahr 1990: Hatten die tschechoslowakischen Kommunisten am 1. Januar 1990 noch 1.701.085 Mitglieder, war die Zahl im Jahr 1991 auf gerade einmal 562.529 gesunken. Der Mitgliederverlust betraf vor allem jüngere und besser gebildete Menschen – lag der Anteil an Mitgliedern mit Hochschulbildung 1989 noch bei 19 Prozent, schrumpfte er bis 1999 auf 9,2 Prozent.²⁷⁷ In der KSČM blieben diejenigen, für die die Mitgliedschaft keine Beeinträchtigung ihrer Karriere bedeutete – dies erklärt auch den hohen Anteil an RentnerInnen unter den Mitgliedern. Nach 1996 stabilisierte sich die Mitgliederzahl bei 171.323. Dennoch ist wegen des hohen Altersdurchschnitts ein weiteres Sinken der Mitgliederzahlen absehbar. So verliert die KSČM jährlich sechs bis sieben Prozent der Mitglieder. Am 1. Januar 2009 hatte die Partei 71.823 Mitglieder.²⁷⁸ Damit hat die KSČM immer noch eine vergleichsweise große Mitgliederzahl unter den politischen Parteien Tschechiens. Nur 7,9 Prozent der Mitglieder der KSČM sind allerdings nach der Wende eingetreten (Zahlen von 2007).

²⁷⁵ Obsahové materiály VI. sjezdu KSČM Zpráva ÚV KSČM o činnosti KSČM v období po V. sjezdu KSČM [Materialien des VI. Parteitags der KSČM. Bericht des ZA der KSČM über die Tätigkeit der KSČM im Zeitraum nach dem V. Parteitag der KSČM], S. 52, in: <http://www.KSČM.cz/article.asp?thema=2859&item=24140>; abgerufen am 10.1.2009.

²⁷⁶ Josef Vondruška: Kdo je vyvrhel? [Wer ist der Abschaum?], Haló noviny, 4. září 2006, S. 5.

²⁷⁷ Vladimír Handl: Transformace komunistické strany: Od strategie levicového ústupu k evropeizaci [Die Transformation der Kommunistischen Partei: Von der Strategie des linken Rückzugs von der Europäisierung], in: Kapitoly z dějin české demokracie po roce 1989 [Kapitel aus der Geschichte der tschechischen Demokratie nach 1989], ed. Gjuríčová, A. Kopeček, M. Praha – Litomyšl: Paseka 2000, S. 100.

²⁷⁸ Jakub Pokorný/Kamil Struha: Zástupy studentů rozšiřují členské základny stran, jen KSČM vymírá. [Studenten verbreitern die Mitgliederbasis der politischen Parteien, nur die KSČM stirbt aus], in: MF Dnes, 28. November 2009.

Das Durchschnittsalter der Parteimitglieder lag im Jahre 2008 bei 70 Jahren. Nur 18.217 sind jünger als 60 Jahre. Der Tod vieler älterer Mitglieder führt zu einer langsamen Feminisierung der Partei, da der Frauenanteil bei den jüngeren Jahrgängen höher ist als bei den älteren. Heute sind 44 Prozent der Mitglieder Frauen.²⁷⁹ Die KSČM ist von der feministischen Organisation »Fórum 50 Prozent« in verschiedenen Kategorien als zweit- bzw. drittfrauenfreundlichste Partei Tschechiens bezeichnet worden.²⁸⁰ Die tschechischen Grünen sind die einzige Partei mit einer Frauenquote. Sie haben auch den größten Frauenanteil im Parlament: vier von sechs Fraktionsmitgliedern. Auch die ČSSD hat verschiedene Mechanismen, die einen höheren Frauenanteil bewirken. 15,4 Prozent ihrer Fraktion sind Frauen. Bei der KSČM sind heute zwei von fünf stellvertretenden Parteivorsitzenden sowie 27 Prozent der Abgeordnetenfraktion Frauen.

Die Vorfeldorganisationen der Partei versammeln in erster Linie Mitglieder der Partei nach ihren entsprechenden Interessen. Beispielsweise sind die antisudetendeutschen Mitglieder im Klub des tschechischen Grenzgebietes organisiert, die Antikatholiken im Klub der Freidenker, die Angestellten im Bund der Gewerkschaften Böhmens, Mährens und Schlesiens (Letzterer ist aber im Vergleich zur Hauptorganisation der Gewerkschaften eher schwach). Die Frauen verfügen auch über eine eigene Organisation. Die Jugendorganisation, der Bund der Kommunistischen Jugend, war stark stalinistisch orientiert: Ihre Symbole waren beispielsweise Hammer und Sichel, obwohl die KSČM selbst seit der Wende eine rote Kirsche als Symbol hat. Der Bund der Kommunistischen Jugend wurde im Jahre 2008 vom tschechischen Innenministerium aufgelöst. Es folgten zahlreiche Proteste aus dem Ausland, insbesondere weil verschiedene rechtsextremistische Organisationen weiterhin frei arbeiten konnten.

Es sind fast keine ImmigrantInnen in der Partei tätig. Es gibt berühmte Ausnahmen wie z. B. die Kinder griechischer KommunistInnen, die wie der Sänger Stasis Prusalis in den 50er Jahren in die Tschechoslowakei immigriert sind, oder ehemalige Studierende aus der Dritten Welt, die in der Tschechoslowakei geblieben sind (Syrjäne Hassan Charfo, Chef der Außenabteilung des ZA). Die meisten heute in Tschechien lebenden ImmigrantInnen sind jedoch nicht in der Politik tätig – sie haben oft keine tschechische Staatsbürgerschaft, und ihre Kinder sind noch nicht alt genug, um politisch aktiv zu sein. Wegen ihrer spezifischen Altersstruktur und des Zurückgreifens auf eine nationale Rhetorik durch ihre Funktionäre wird die KSČM in Zukunft kaum eine attraktive Partei für ImmigrantInnen sein. Allerdings ist deren Anzahl in Tschechien auch gering – verglichen z. B. mit Frankreich oder Deutschland.

Ein anderes Problem ist das Verhältnis der KSČM zu den Sinti und Roma. Diese Minderheit macht (geschätzte) drei bis fünf Prozent der tschechischen Bevölkerung aus und befindet sich in einer sehr prekären sozialen Situation. Die politische Aktivität der Sinti und Roma ist eher gering. Es wird vermutet, dass die wenigen, die zur Wahl kommen, in vielen Fällen die KSČM wählen (es existiert keine relevante Roma-Partei). Die KSČM hat aber keine PolitikerInnen, die selbst Sinti oder Roma sind. Als am 17. November 2008 tschechische Neonazis durch das Stadtviertel Janov der Stadt Litvinov in Nordböhmen marschierten, hat die KSČM dagegen keinen Einspruch erhoben. Die interne Erklärung war, dass die Partei ihre eigenen WählerInnen nicht provozieren dürfe.²⁸¹ Die Parteizeitung *Haló noviny* publizierte sogar einen Artikel, in dem es hieß: »Der Marsch der Rechtsradikalen war keine Ursache, sondern eine Folge des heutigen Zustandes, in dem die Polizei unfähig oder unwillig ist, für die Bürger einzutreten, die von diesem Lumpenproletariat [gemeint sind die Roma] angefallen oder belästigt werden.«²⁸² Andere Artikel in diesem Organ warnen hingegen vor Rechtsextremismus.

Wahlresultate und Parlamentsarbeit

Gemessen an der Größe der Gemeinden hat die Partei ihre stärksten Positionen in kleineren Städten und Dörfern. Besonders schwach ist die Partei in der Hauptstadt Prag, die zu den Gewinnern der Transformation gehört. Hier errang sie bei den Wahlen 2006 7,9 Prozent der Stimmen, im Landesdurchschnitt waren es 12,8 Prozent.²⁸³ Ähnlich sieht es auch in anderen Städten mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen aus, in denen die Linken (nicht nur die KSČM, sondern auch die

²⁷⁹ <http://www.KSČM.cz/index.asp?thema=2677&itmID=24002&chapter=1297>; abgerufen am 10.1.2010.

²⁸⁰ http://www.padesatprocent.cz/?c_id=575; abgerufen am 10.1.2010.

²⁸¹ Ein Gespräch zwischen dem Verfasser und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Jiří Dolejš, 15. Dezember 2008.

²⁸² *Příčina a následek* [Ursache und Folge], 4. Dezember 2008, Jan MINÁŘ, S. 4.

²⁸³ <http://www.volby.cz/pls/ps2006/ps9?xjazyk=CZ>; abgerufen am 10.1.2010.

SozialdemokratInnen) nach der Wende nie eine Wahl gewonnen haben. Eine Ausnahme sind die nordmährischen Städte. Hier – in Ostrava, Havířov und Karviná – regierte die KSČM in Koalition mit den SozialdemokratInnen zwischen 2002 und 2006. In den beiden Städten Havířov (84.000 EinwohnerInnen) und Karivná (62.000 EinwohnerInnen) konnte die KSČM immerhin den Oberbürgermeister stellen. Nach 2006 entschieden sich die SozialdemokratInnen jedoch, mit anderen Parteien zu koalieren.

Regional hat die KSČM eine besonders starke Position in Nordböhmen und Nordmähren – Regionen mit einem traditionellen industriellen Sektor, die nach der Wende besonders schwer von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Gute Wahlergebnisse erzielt die Partei auch in den ehemaligen deutschsprachigen Gebieten in der Grenzregion, wo die tschechische Bevölkerung erst nach 1945 angesiedelt wurde. Hier wird die Partei teilweise aus Angst vor den Sudetendeutschen und ihren Ansprüchen gewählt. Andere mögliche Gründe sind, dass die dort lebende Bevölkerung die KommunistInnen als Verteidiger von Land und Häusern betrachtet, die Sozialstruktur dort immer noch nicht stabil ist und somit viele soziale Probleme vorhanden sind. Außerdem leben in vielen dieser Dörfer noch immer ehemalige Grenzschutzbeamte, die das kommunistische Regime dort angesiedelt hatte. Dies erklärt vielleicht die in dieser Region noch immer vorhandene Loyalität gegenüber der kommunistischen Partei.

Die folgende Tabelle über die Wahlergebnisse von 2006 zeigt, dass in Tschechien vor allem ältere Menschen mit geringer Ausbildung und niedrigem Einkommen die Linke wählen.²⁸⁴ Diese Charakteristik gilt vor allem für die KSČM, aber auch teilweise für die ČSSD. Das Geschlecht ist kein ausschlaggebender Faktor bezüglich des Wahlverhaltens. Aus dieser Tabelle ist abzuleiten, dass zwei Faktoren in Tschechien für das Wahlverhalten die wichtigste Rolle spielen: die soziale Schicht und – vielleicht noch bedeutender – das Alter. Bei der Erklärung der überproportionalen Unterstützung für die KSČM in der älteren Generation ist nicht zu vergessen, dass die verschiedenen Generationen im 20. Jahrhundert in Tschechien unter dem Einfluss sehr unterschiedlicher politischer Diskurse sozialisiert wurden (Krieg, 50er Jahre, 60er Jahre, 70/80er Jahre, nach der Wende). Dies brachte sehr unterschiedliche politische Auffassungen mit sich. Zudem war die ältere Generation nach der Wende das erste Opfer der Transformation: Die Renten fielen gegenüber den Löhnen relativ ab, und den Älteren wurde zudem die Schuld an der Existenz des »Kommunismus« gegeben.

Tabelle 1: Die Parlamentswahlen in Tschechien im Jahre 2006: Analyse der Wählergruppen in Prozent²⁸⁵

Variable	Kategorie	ODS (Bürgerliche Demokraten)	ČSSD (Sozialdemokra ten)	KSČM (Kommunist en)	KDU – ČSL (Christliche Demokraten)	SZ (Die Grünen)
Insgesamt	alle Wähler	35	32	13	7	6
Alter	18 – 24	44	20	1	3	23
	25 – 34	44	27	4	4	12
	35 – 44	42	32	6	6	6
	45 – 54	47	31	7	9	4
	55 – 64	24	39	20	9	2
	65 und älter	17	37	33	10	2
Ausbildung	Grundschule	22	33	22	9	9
	mittlere ohne Abitur	26	38	17	8	6
	mittlere mit Abitur	44	29	6	6	6
	Hochschule	53	26	6	6	5

²⁸⁴ Einkommen und Ausbildung sind aber auch sehr vom Alter abhängig: In vielen Fällen bedeutet alt zu sein, auch arm zu sein. Die ältere Generation hatte auch geringere Möglichkeiten höhere Bildung zu erwerben als die jetzige Generation.

²⁸⁵ Quelle: Lebeda, T. Linek, L. Lyons, P. Vlachová, K. 2007. Voliči a volby 2006. Sociologický ústav AV ČR Praha, S. 8-9, <http://www.volby.cz/pls/ps2006/ps3?xjazyk=CZ>; abgerufen am 10.1.2010.

Familien-Monats-Einkommen	weniger als 139.999 (538 Euro)	19	38	25	10	3
	14 – 22.999 (539 – 883 Euro)	22	41	18	8	6
	23 – 34.999 (883 – 1345 Euro)	34	34	12	6	7
	35.000 und mehr (1.346 Euro)	49	25	7	5	6
Beruf	Student	50	17	0	3	25
	Angestellte	37	36	8	6	6
	Selbstständige	64	12	4	7	5
	Rentner	20	36	27	11	2
Geschlecht	männlich	36	34	13	5	5
	weiblich	35	31	13	9	7
Region	Prag	48,3	23,3	7,9	4,8	9,2
	andere Großstädte (mehr als 85.000 Einwohner)	38,1	32,6	10,9	5,7	7,4
	Nordböhmen	34,7	35,4	16	2,2	6
	Nordmähren	28,1	40,5	13,9	7,1	4,3

Die KSČM ist stark an der Parlamentspraxis orientiert. Ihre Parlamentsfraktion hält seit 2006 26 von insgesamt 200 Sitzen. Im Senat, der zweiten Parlamentskammer, stellte die KSČM wegen des Mehrheitswahlsystems nie mehr als drei von 81 SenatorInnen. Seit 1998 sind ihre Stimmen für die ČSSD sehr wichtig. Ohne die KommunistInnen können die SozialdemokratInnen nur wenige Gesetzentwürfe durchsetzen. Die KSČM hat in ein paar Fällen aber auch gemeinsam mit der ODS gestimmt, so zum Beispiel 2004 bei der ersten Präsidenten-Wahl von Václav Klaus. Seit 2002 hatten KSČM-Abgeordnete auch verschiedentlich höhere Funktionen im Parlament inne, unter anderem den stellvertretenden Parlamentsvorsitz und den Vorsitz von Parlamentsausschüssen. Trotzdem lehnen die SozialdemokratInnen eine gemeinsame Regierung mit den KommunistInnen ab und bevorzugen eine Akzeptanz ihrer Minderheitsregierung durch die KSČM. Die ČSSD hält die Koalition mit der KSČM so lange für unmöglich, bis sich die KSČM kritisch zu ihrer Vergangenheit äußert, sich klar für ihre Verbrechen entschuldigt, das Privateigentum und die Mitgliedschaft Tschechiens in der NATO anerkennt. Diese Forderungen sind für die KSČM aber bislang inakzeptabel.

Auf Landesebene hatten SozialdemokratInnen und KommunistInnen bis 2008 nie eine Mehrheit. Die einzige Ausnahme war Nordböhmen nach der Wahl 2000, aber hier entschied sich die ČSSD für eine Koalition mit der ODS. Dies änderte sich im Oktober 2008. ČSSD und KSČM gewannen diesmal in allen 13 Ländern (mit Ausnahme von Prag, wo keine Landeswahlen stattfanden) die Mehrheit. ČSSD und KSČM bildeten in zwei Ländern (Karlsbad und Nordmähren) eine gemeinsame Regierung, in vier Ländern toleriert die KSČM die Minderheitsregierung der ČSSD, und in sieben Ländern regiert die ČSSD mit anderen Parteien (davon in fünf Fällen mit der ODS).²⁸⁶ Seit 2006 regiert die KSČM nur in einer Großstadt mit – in Most (70.000 EinwohnerInnen), wo sie einen stellvertretenden Oberbürgermeister stellt. Darüber hinaus stellt sie 132 BürgermeisterInnen in kleineren Dörfern (30 von ihnen sind Mitglieder der Partei). Vor der Kommunalwahl 2006 waren es allerdings noch 372.²⁸⁷

Medien- und Bündnisarbeit der KSČM

Die KSČM hat trotz eines stabilen drittstärksten Wahlergebnisses und der drittstärksten Mitgliederbasis unter den tschechischen Parteien keine dementsprechende Rolle in der Gesellschaft. Die Medien sind überwiegend antikommunistisch eingestellt, und der öffentliche Diskurs in

²⁸⁶ Všech třináct krajů zná své hejtmány [Alle dreizehn Kreise haben ihre Hauptmänner], 29. November 2008, http://kralovehradecko.regiony24.cz/aktualne/vypis.aspx?id_clanku=42934; abgerufen am 10.1.2010.

²⁸⁷ Persönliche Gespräche mit den Angestellten des ZA der KSČM Petr Šimůnek und Ivan Dvořák, 10. Januar 2008.

Tschechien ist neoliberal und rechtskonservativ orientiert. Die KSČM kann ihre Artikel mit Ausnahme von Haló noviny und Právo kaum in gängigen Zeitungen und Zeitschriften publizieren. KSČM-PolitikerInnen werden zu vielen politischen Fernsehsendungen eingeladen, aber im Gegensatz zu anderen PolitikerInnen kaum zu den politischen Talkshows. In diesen vertreten die ModeratorInnen oft ihre eigene politische Auffassung und diskriminieren auf verschiedene Weise die PolitikerInnen der KSČM. Auch die Fernsehdokumentationen über die jüngste Vergangenheit sind stark antikommunistisch gefärbt. Der Antikommunismus im öffentlichen Diskurs richtet sich zwar primär gegen die KSČM, mittelbar aber auch gegen die ČSSD, deren Rolle als zukünftige Regierungspartei durch die Begrenzung ihres Koalitionspotentials geschwächt werden soll.

Nichtparlamentarische Arbeit von Parteien ist in Tschechien nicht sehr populär, und die KSČM hat nur wenige AktivistInnen, die imstande sind, in die Breite der Gesellschaft hinein zu kommunizieren. Die wichtigsten öffentlichen Veranstaltungen der KSČM sind vor allem kultureller oder folkloristischer Art, so beispielsweise die Feiern zum 1. Mai, der Pressetag der Haló noviny im September oder die Treffen der Linken in Kunětická Hora im September und im Juli in Lázeň. Eigene Demonstrationen werden hingegen kaum durchgeführt. Verbreitet wird die Parteipolitik ansonsten vor allem durch Veranstaltungen im Wahlkampf, durch Berichte in den Medien und in der Parteizeitung Haló noviny und durch Auftritte bekannter PolitikerInnen der KSČM. Hinzu kommt das Engagement ihrer 4.264 KommunalpolitikerInnen²⁸⁸ und 114 Landtagsabgeordneten.²⁸⁹

Soziale Bewegungen waren nach der Wende in Tschechien zunächst schwach und verhielten sich feindlich gegenüber der KSČM (zu nennen sind hier verschiedene Gruppierungen von TrotzkiInnen, AnarchistInnen, UmweltaktivistInnen und FeministInnen). Mögliche Bündnisse mit sozialen Bewegungen wurden wiederholt auch dadurch behindert, dass das hohe Alter der KSČM-Mitglieder die Kommunikation mit der mittleren und jüngeren Generation erschwerte. Der KSČM fehlen AnhängerInnen in den gesellschaftlichen Eliten, AktivistInnen der Zivilgesellschaft, KünstlerInnen und beruflich aktive AkademikerInnen. Man darf dabei allerdings nicht vergessen, dass das Engagement für die KSČM in Tschechien eine reale Bedrohung für die Karriere darstellt. Ein Beispiel erfolgreicher Bündnisarbeit war die 2006 entstandene Initiative »Ne základnám« (Nein zu den Militärbasen) gegen das im September 2009 aufgegebene Projekt einer US-Radarbasis in Tschechien. An dieser Initiative waren viele KSČM-Mitglieder beteiligt, und die VertreterInnen der Initiative sprachen auch auf kommunistischen Demonstrationen. Der Bund der Kommunistischen Jugend war auch Kollektivmitglied der Initiative, wurde aber wegen seiner stalinistischen Agitation auf den Demonstrationen aus der Initiative ausgeschlossen.

Die tschechischen Gewerkschaften stellen sich offiziell als unpolitisch dar, in der Praxis unterstützen sie jedoch die ČSSD. Die FunktionärInnen der Gewerkschaften haben trotzdem gute persönliche Beziehungen zur KSČM. Beispielsweise geben sie der kommunistischen Zeitung Haló noviny regelmäßig Interviews.

Die programmatisch-strategische Ausrichtung der Partei

Die KSČM gehört programmatisch zur traditionellen Linken in Europa. Einerseits finden sich in ihrem Programm und ihrer Rhetorik nicht die radikalen Parolen, die von vielen sich als kommunistisch definierenden Parteien Europas zu hören sind (z. B. von der griechischen oder der portugiesischen KP), andererseits fehlt ihr aber der Diskurs der heutigen emanzipatorischen, feministischen und ökologischen Linken. Die KSČM versteht ihr Programm kurzfristig als »Korrektiv« zur sozialdemokratischen Partei und langfristig als eigenständiges Projekt des »Sozialismus«. Die kurzfristigen Forderungen und Lösungen in ihrem Programm sind denen der Sozialdemokraten sehr ähnlich. Die Partei sagt ihrem Programm nach, ihr Hauptziel sei der »Übergang von der kapitalistischen Gesellschaftsformation zu einer sozial gerechteren Gesellschaft – dem Sozialismus«²⁹⁰. Die KSČM definiert den Sozialismus als »eine demokratische Gesellschaft, die

²⁸⁸<http://www.volby.cz/pls/kv2006/kv22115?xjazyk=CZ&xid=0&xv=10&xdz=6&xnumnuts=0>;
abgerufen am 10.1.2010.

²⁸⁹<http://www.volby.cz/pls/kz2008/kz63?xjazyk=CZ&xdatum=20081017>; abgerufen am 10.1.2010.

²⁹⁰ Zaměření politiky a hlavní úkoly KSČM v období mezi VII. a VIII. sjezdem strany [Zielrichtung und Hauptaufgaben der KSČM im Zeitraum zwischen dem VII. und VIII. Parteitag], in:
<http://www.KSČM.cz/article.asp?thema=3784&item=38464>; abgerufen am 10.1.2010.

aufgrund der prosperierenden Wirtschaft und Vollbeschäftigung die politischen, personellen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte aller Menschen schützen wird«²⁹¹.

In der Alltagspolitik übt sich die KSČM in Kritik an der heutigen Gesellschaft. Sie verteidigt die Biografien ihrer Mitglieder und betont die positiven Aspekte des Regimes vor 1989 im Vergleich mit der heutigen Realität. Am häufigsten äußert die KSČM Kritik an den Entscheidungen der Regierung, an rechten und neoliberalen Parteien und an den Medien, die negativ über die KSČM berichten. Außenpolitisch kritisiert sie vorrangig die USA, weniger die Europäische Union und Israel. Positiv äußert sich die KSČM gegenüber Russland und China. Wohlwollend schreibt die kommunistische Presse über Kuba, Venezuela und teilweise über Weißrussland. Zu Nordkorea hält die KSČM eher Abstand, dennoch werden die Artikel der nordkoreanischen Botschaft in Prag regelmäßig in der Parteizeitung *Haló noviny* publiziert.²⁹²

Die KSČM strebt aktiv nach Regierungsverantwortung auf der Landesebene, ist sich aber uneinig über Regierungsverantwortung auf nationaler Ebene. In der KSČM befürchtet man, im Fall einer Regierungsbeteiligung massiv WählerInnen verlieren zu können. Offiziell heißt es, man wolle sich nur an einer Regierung beteiligen, die der KSČM die Realisierung ihres Parteiprogramms ermöglicht. Bevorzugt wird die Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung.

In gesellschaftlichen Konflikten, die sich in Streiks und Demonstrationen äußern, unterstützt die KSČM generell die »Schwächeren«, »Diskriminierten«, »Unprivilegierten«, ist aber wegen ihre Mitglieder- und AktivistInnenstruktur nicht in der Lage, diesen Gruppen effektiv zu helfen. Eine offene Unterstützung wollen aber auch die Gewerkschaften, sozialen Bewegungen oder Bürgerinitiativen nicht – sie haben Sorge, dass ihre Initiative dann als »kommunistisch« stigmatisiert werden könnte. Zu betonen ist auch, dass sich gesellschaftliche Konflikte in Tschechien seltener in offenen Kämpfen manifestieren; im Vergleich zu anderen europäischen Staaten wird weniger demonstriert und gestreikt.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist für die KSČM zwangsläufiges Resultat der Entwicklungstendenzen des Kapitalismus. In ihrer kurzfristigen Bekämpfung werden eher keynesianistische Lösungen bevorzugt, zugleich wird aber betont, dass nur der Sozialismus eine langfristige Lösung darstellt. Im Großen und Ganzen wird die Wirtschaftskrise sowohl in der KSČM als auch im öffentlichen Diskurs in Tschechien nur wenig diskutiert – im Gegensatz zu anderen aktuellen Herausforderungen, wie den Reformen der neoliberalen Regierung, dem Vertrag von Lissabon, der EU-Ratspräsidentschaft Tschechiens, oder zu außenpolitischen Fragen wie den Beziehungen zu Russland und Israel.

Europapolitische Vorstellungen der KSČM

Die KSČM stellt sich traditionell als EU-skeptische Partei dar, ihr Europaverständnis ist stark von nationalstaatlichen Traditionen geprägt. Im Referendum 2003 über die Mitgliedschaft Tschechiens in der EU lehnte die KSČM als einzige parlamentarische Partei den Beitritt ab. Ihr Nein war aber kein »starkes«, sondern ein »schwaches« Nein, d. h. die KSČM erkannte in ihrer Ablehnung auch die möglichen Vorteile einer Mitgliedschaft an. Manche KSČM-Politiker (Ransdorf, Dolejš, Kohlíček) betonten sogar ihre Zustimmung zum Beitritt. Später lehnte die KSČM die europäische Verfassung und den Lissabonner Vertrag mit der Begründung ab, das EU-Projekt sei neoliberal gelenkt und die tschechische Gesellschaft würde in solch einer EU die eigene nationale Identität verlieren.

Die KSČM hat auch nicht die volle Mitgliedschaft in der Partei der Europäischen Linken. Sie wurde zwar als Gründungsmitglied angenommen, begnügte sich dann aber mit dem Beobachterstatus. Die volle Mitgliedschaft bekam die Partei des Demokratischen Sozialismus, eine Gruppierung ohne politischen Einfluss, die auch nicht zu Wahlen antritt. Die KSČM begründete ihre Distanzierung damit, dass nicht alle europäischen kommunistischen Parteien in die Europäische Linke eingeladen

²⁹¹ Ebenda.

²⁹² Vgl. z. B.: Korea musí být sjednocena formou konfederace [Korea muss in der Form der Konföderation vereinigt werden], *Haló noviny*, 18. Oktober 2004. Sloužíme lidu! [Wir dienen dem Volk!], *Haló noviny*, 7. Oktober 2004. Zkušený politik Kim Čong-il [Der erfahrene Politiker Kim Jong-il], *Haló noviny*, 14. Februar 2005. Výročí úmrtí prezidenta Kima [Jahrestag des Todes des Präsidenten Kim], *Haló noviny*, 8. Juli 2006. KLDR slaví příchod republiky pod Kimem [DVRK feiert Anmarsch der Republik unter Kim], *Haló noviny*, 9. September 2006.

wurden (die russischen, ukrainischen und moldawischen Kommunisten blieben außen vor). Auch könne die KSČM eine Ablehnung des Stalinismus nicht akzeptieren. Ein Delegierter des Gründungsparteitages der EL in Rom äußerte sich dahingehend, dass Stalin die Tschechen befreit habe.²⁹³ Zudem hieß es zur Ablehnung einer vollen Mitgliedschaft in der EL, die KSČM wolle ihre Identität nicht in einer nichtkommunistischen Partei verlieren, sich nicht von den kleineren Parteien ihre Politik diktieren lassen und die geplanten Mitgliedsbeiträge seien zu hoch für die KSČM. Der Chef der KSČM-Außenabteilung, Hassan Charfo, richtete die Partei dann eher an den Positionen der griechischen Kommunisten aus.

Traditionell gute Kontakte hat die KSČM zu den slowakischen Kommunisten (die aber nur zwischen 2002 und 2006 im Parlament vertreten waren) sowie zur deutschen Partei DIE LINKE. Dies ergibt sich aufgrund ihrer Nachbarschaft und des gemeinsamen Schicksals sowie der Tatsache, dass diese Parteien in Mitteleuropa die einzigen politisch relevanten Kräfte links der Sozialdemokratie sind. Diese engen Beziehungen wurden dennoch in den letzten Jahren geschwächt, weil sich die deutsche Linke nach Meinung der KSČM zu weit in die Mitte verschoben habe. Einige KSČM-Mitglieder beteiligen sich an den europäischen Sozialforen; für die Partei hat diese Initiative aber keine zu große Wichtigkeit. Die KSČM nimmt auch an regelmäßigen Treffen der kommunistischen Parteien und Arbeiterparteien teil.

Organisationsstruktur und Parteienverständnis

Das höchste Parteiorgan der KSČM ist der Parteitag. Er trifft sich einmal alle vier Jahre und wählt den Parteivorsitzenden und den Vorsitzenden der Entscheidungs- und Revisionskommission. Die KSČM-Delegierten werden auf den Versammlungen der Bezirksorganisationen gewählt. Der Parteitag stimmt über das Parteiprogramm und verschiedene Anträge ab. Obwohl der Parteitag formal die höchste Instanz der Partei ist, wird das dort verhandelte Themenspektrum vom Parteiapparat vorher vorbereitet, und die Delegierten müssen es gewöhnlich nur abstimmen. Praktisch die einzige Kampfabstimmung ist die Wahl des Parteivorsitzenden.

Das höchste Parteiorgan in der Zeit zwischen den Parteitagungen ist der Zentrale Ausschuss (ZA) (ungefähr 90 Mitglieder). Dieses Organ trifft sich viermal pro Jahr. Im ZA sitzen die VertreterInnen der Bezirkskomitees. Die Mitglieder des ZA werden von den Bezirkskomitees gewählt. Der Zentrale Ausschuss wählt in der ersten Sitzung die Vizevorsitzenden der Partei. Öfter als der ZA trifft sich der Ausführende Ausschuss des ZA der Partei (23 Mitglieder, gewählt vom ZA). In der KSČM existieren keine weiteren Plattformen – sie sind seit 1993 verboten, weil ihre Existenz viele innere Konflikte verursachte. Es sind keine Minderheitenvoten bei strategisch-programmatischen Fragen zugelassen. Das Parteistatut kennt zwar das Referendum innerhalb der Partei, das Letzte fand allerdings im Jahre 1991 statt (damals ging es um den Namen der Partei).

Die größte Macht in der KSČM haben die mittleren FunktionärInnen, die den ZA bilden. Diese stellen auch überwiegend die Kommunal- und LandespolitikerInnen der Partei. Auch die höchsten ParteifunktionärInnen müssen sich dem ZA unterordnen. Im Ernstfall kann der Zentrale Ausschuss auch die Parteispitze abwählen. Die ParteifunktionärInnen sind überwiegend älter als 60 Jahre, und es existiert keine nennenswerte Nachwuchsgeneration.

Als die zwei wichtigsten Strömungen in der Partei gelten die Nostalgiker bzw. Stalinisten (repräsentiert von Marta Semelová, Stanislav Grospič, Václav Exner) und die Pragmatiker (Parteivorsitzender Vojtěch Filip, Petr Braný). Die dritte, demokratisch-sozialistische Richtung ist eher gespalten und individualisiert (Jiří Dolejš, Vlastimil Balín, Miloslav Ransdorf). Die StalinistInnen verteidigen vor allem die Vergangenheit und lehnen den heutigen Kapitalismus zutiefst ab. Die PragmatikerInnen wollen vor allem eigene Wirtschafts- und Machtinteressen und die Interessen der mit der Partei verbundenen UnternehmerInnen durchsetzen; dies lässt sich durchaus mit radikalen Parolen für die Mitgliederbasis kombinieren. Die demokratischen Sozialisten versuchen, eine neue Politik für die Linke des 21. Jahrhunderts zu schaffen.

Der innerparteilichen Diskussion dient die Parteizeitung Haló noviny. Dieses Blatt gehört aber eher zum nostalgischen Flügel der KSČM. Linksemanzipatorische, demokratisch-sozialistische und

²⁹³ Stanislav Holubec: Vznikla Strana evropské levice [Die Partei der Europäischen Linke ist entstanden], 12. Mai 2004, in: http://www.sds.cz/docs/prectete/epubl/sho_vsel.htm; abgerufen am 10.1.2010.

gegenüber dem Staatssozialismus kritische Meinungen werden dort nicht oft publiziert. Haló noviny veröffentlicht auch keine Kritik an der Politik der KSČM und ihren FunktionärInnen. Ab und zu werden sogar nationalistische, stalinistische, autoritäre und homophobe Artikel gedruckt (z. B. Artikel von Jan Minář, Pavel Sirůček, Václav Jurn, Jaroslav Doubrava). Viele Artikel beinhalten auch sexistische Vorurteile.²⁹⁴

Viel über die Innenkultur der Partei geben die folgenden beiden Ereignisse preis: Im Jahre 2007 versuchte die KSČM, ihren Sitz im Stadtzentrum von Prag zu verkaufen. Der damalige stellvertretende Vorsitzende für die Finanzen hatte einen für die KSČM ungünstigen Vertrag mit einer Firma unterschrieben. Offen blieb, ob er davon finanziell profitierte oder ob er lediglich nicht über genug Verhandlungserfahrung verfügte. Die Parteiführung stornierte den Vertrag, musste aber danach eine hohe Strafgeld bezahlen. Offensichtlich fehlen die Kontrollmechanismen innerhalb der Partei, um solche Vorkommnisse vermeiden zu können. Das zweite Ereignis geschah im Januar 2009. Die KSČM wählte den Journalisten Josef Tomáš zum neuen Pressesprecher. Es zeigte sich, dass dieser Anfang der 90er Jahre Verleger der rechtsextremen Zeitung Politika war, wo verschiedene rassistische und antisemitische Artikel publiziert worden waren, unter anderem eine Liste von Juden in der tschechischen Politik. Josef Tomáš wurde 1995 zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt. Diese Tatsache war dem KSČM-Vorstand bei seiner Wahl nicht bekannt. Der Parteivorsitzende versuchte Tomáš sogar vor JournalistInnen zu verteidigen, nach zwei Wochen trat dieser dann aber doch zurück. Die KSČM definiert sich im Gegensatz zu ihrer Vergangenheit nicht als Arbeiterpartei. Gemessen an ihren WählerInnen ist die KSČM überwiegend eine Rentnerpartei. Diese Menschen waren in ihrem werktätigen Leben nicht allesamt ArbeiterInnen, sondern hatten verschiedene Berufe. Die anderen zwei wichtigen Gruppen der KSČM-WählerInnen sind ArbeiterInnen und Arbeitslose. Die KSČM versucht dennoch, im Namen aller BürgerInnen (oder speziell der Angestellten) zu sprechen. Es existieren darüber hinaus kaum Versuche, die AktivistInnen von sozialen und kulturellen Bewegungen, etwa von ökologischen, feministischen, schwulenpolitischen oder antirassistischen Gruppen zu gewinnen. In diesem Milieu wird die KSČM noch immer als die ehemalige Staatspartei betrachtet, die diese Gruppen diskriminierte. Die KSČM selbst möchte auch nicht die Masse ihrer eigenen WählerInnen aufgrund der Unterstützung dieser eher kleinen und extravaganten Gruppen verlieren.

Die Partei fühlt sich selbst als eine »belagerte Festung«. Ihre Mitglieder und AktivistInnen haben so viel Hass und Diskriminierung erlebt, dass sie sich heute argwöhnisch gegenüber JournalistInnen, Jugendlichen oder anders aussehenden Menschen verhalten. Die KSČM geht mit diesem Problem nicht offensiv um. Die kommunistischen PolitikerInnen müssen vor allem die eigene Partei gegen Vorwürfe zu ihrer Vergangenheit verteidigen. Die Mitgliederbasis will hören, »wie gut alles vor der Wende war«. Die heutige Realität wird in dieser Umgebung mit Pessimismus und Hoffnungslosigkeit betrachtet. Mit einer solchen Rhetorik ist es nur möglich, die VerliererInnen der gesellschaftlichen Transformation anzusprechen, aber dieses »Protestpotential« macht maximal zehn Prozent der Stimmen aus und hat sich bis jetzt stetig verkleinert. Andere gesellschaftliche Gruppen sind mit dieser Rhetorik nicht erreichbar. Es sieht so aus, als ob die KSČM-Führung diese Strategie der zwar begrenzten, aber sicheren Position in der Gesellschaft Mitte der 90er Jahre wählte, weil andere Möglichkeiten zu riskant waren. Eine radikale Überwindung dieser Politik ist eine Überlebensfrage der heutigen KSČM.

Europawahl und Spendenskandal 2009

Der europäische Wahlkampf war von heftigen Kämpfen zwischen der ODS und der ČSSD gekennzeichnet. Die Sozialdemokraten, so nahm man aufgrund von Umfrageergebnissen an, würden als Sieger hervorgehen. Dabei wurde aber vergessen, dass sich deren Wählerschaft für die weniger bedeutsamen Wahlen (Gemeinderats-, Regional- und Europawahlen, d. h. alle außer Nationalwahlen) kaum mobilisieren lässt. Auch wurden die sie von den rechtsstehenden Medien dafür verantwortlich gemacht, dass sie zur Zeit der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft den Sturz der konservativen

²⁹⁴ Vgl. z. B. Václav Jurn: V politice není hlava zbytečná [Der Kopf ist nicht überflüssig in der Politik], in: Haló noviny, 19. März 2005, S. 4.

Regierung zu verantworten hatten. Dies wurde als Schlag gegen das Interesse des gesamten Landes angesehen.

Die Sozialdemokraten bzw. ihr Vorsitzender Jiří Paroubek waren während des ganzen Wahlkampfes Zielscheibe für junge rechte AktivistInnen, die Paroubek mit Eiern beschmissen. Die Aktion hieß auf Englisch egg for Paroubek (bzw. Paroub-egg) und wurde von den großen Medien unterstützt, insbesondere von den rechtsorientierten Zeitungen Lidové noviny und Mladá fronta, die sogar Anleitungen zum Eierwerfen veröffentlichten. Die Initiative wurde schnell über Facebook organisiert – zu Hochzeiten hatte sie 50.000 Anhänger – und kulminierte fünf Tage vor der Wahl auf der ČSSD-Abschlusskundgebung in Prag. Diese wurde von mehr als 1.000 vorwiegend jungen Menschen angegriffen, die Tausende von Eiern auf sozialdemokratische PolitikerInnen und ParteianhängerInnen warfen. Die Kundgebung wurde nach 20 Minuten abgebrochen. Glücklicherweise griff die Polizei nicht ein und verhinderte damit das Ziel der Organisatoren, die Sozialdemokraten mit Bildern verletzter DemonstrantInnen zu beschädigen. Die KSČM erlebte einen weniger bewegten Wahlkampf und war nicht das Hauptziel des Antikommunismus; stattdessen nahmen die tschechischen Medien und der öffentliche Antikommunismus die ČSSD ins Visier. Nachweislich hatten die antikommunistischen Wahlkämpfe keinen Erfolg bei der Verringerung der Stimmenzahl für die KSČM, aber sie können sehr wohl die Mittelschichten und die mittleren Jahrgänge davon abgelenkt haben, die ČSSD zu wählen.

Bei der Europawahl 2009 siegte die ODS mit 31,45 Prozent, die ČSSD nahm mit 22,38 Prozent den zweiten Platz ein, die KSČM erreichte mit 14,18 Prozent und vier Sitzen den dritten Platz – im Jahr 2004 waren es 20,26 Prozent bzw. sechs Sitze gewesen. Die Ergebnisse wurden dennoch nicht als Niederlage beurteilt. Der Parteivorsitz hob hervor, die tschechischen SozialdemokratInnen seien 2004 in einer verzweifelten Lage gewesen, was der KSČM damals einen überdurchschnittlichen Erfolg beschert habe.

Ende September 2009 erlebte die Kommunistische Partei einen beispiellosen Skandal. Ein Redakteur der rechtsgerichteten Zeitung Mladá fronta Dnes nahm mit prominenten Mitgliedern der parlamentarischen Parteien Kontakt auf und gab vor, Eigentümer einer Spielkasino-Kette und Anhänger der jeweiligen Partei zu sein. Er bot ihnen eine Unterstützung von 40.000 Euro an, die er aber nicht offen überweisen wolle, und fragte dabei, ob die Abgeordneten der Partei möglicherweise einige Gesetzesänderungen vornehmen könnten. Bei den meisten Parteien stieß er auf Ablehnung – ein Geschenk von 40.000 Euro war offenbar nicht attraktiv genug –, nur die Kommunisten und die neue rechtsgerichtete Partei TOP 09 reagierten positiv. Das Treffen des Redakteurs mit den beiden KSČM-Vorsitzenden wurde mit einer versteckten Kamera aufgenommen. Der stellvertretende Parteivorsitzende Jiří Dolejš, Hauptvertreter der reformfreundlichen, antistalinistischen Tendenz in der Partei, und der Vorsitzende für Wirtschaftsfragen waren bereit, mit ihm zu verhandeln. Sie stimmten sogar darin überein, dass die Unterstützung über eine Anzeige in der Parteizeitung Haló noviny getätigt werden solle, wobei sie ihm jedoch keine wesentlichen Änderungen der Gesetzesvorlage versprachen. Die großen Medien berichteten über den Fall als ein Beispiel für Korruption, und der Parteivorsitzende Vojtěch Filip musste zurückzutreten. Jiří Dolejš wurde sogar vom Parteivorsitzenden gebeten, sein Mandat niederzulegen. Am 17. Oktober wählte der ZA der Partei einen neuen Vizevorsitzenden. Jana Bystricka, die längere Zeit krank gewesen war, wurde durch die Abgeordnete Miroslava Vostra abgelöst. Jiří Dolejš wurde durch einen Vertreter des Nostalgiker-Flügels, den Abgeordneten Stanislav Grospic, ersetzt; Nachfolger von Cenek Milota wurde der Stalinist Josef Skala. Die Wahl Skalas galt als Überraschung und als Beweis einer Tendenz hin zu nostalgischen, kompromisslosen Positionen.

Die Partei des demokratischen Sozialismus und andere kleine linke Gruppierungen

Als Folge der internen Krise der Kommunistischen Partei in der ersten Hälfte der 90er Jahre entstanden einige Splitterparteien. Der ernsthafteste Versuch, eine politische Linke jenseits von KSČM und ČSSD zu gründen, wurde 1993 von der Mehrheit der kommunistischen Abgeordneten mit der Gründung der Partei Linker Block unternommen (der Name war der, mit dem sich die KSČM 1992 zur Wahl gestellt hatte). Diese Partei hatte jedoch bei der Wahl 1996 keinen Erfolg und schloss sich später mit einer anderen KSČM-Abspaltung, der Partei der demokratischen Linken zur neuen Partei des demokratischen Sozialismus (SDS), zusammen. In den ersten Jahren ihres Bestehens orientierte sich die Partei an der ČSSD. Da diese aber keinerlei Interesse an einer Kooperation

erkennen ließ, orientiert sie sich seit 2002 an der KSČM. In den ersten Jahren ihrer Existenz versuchte die Partei auch, Wahlen eigenständig zu bestreiten. Aufgrund der mageren Wahlergebnisse verzichtet sie aber seit 2004 auf eigenen Wahllisten und stellt ihre Mitglieder auf den Listen der KSČM auf.

Tabelle 2: SDS-Wahlergebnisse von der Parteigründung bis 2009²⁹⁵

Art der Wahl	Stimmen	Prozente
2000 (regional) ²⁹⁶	950	0.04 Prozent (in der Region Vysocina: 0.67 Prozent)
2002 (Nationalparlament) ²⁹⁷	475	0.00 Prozent (in der Region Prag: 0.08 Prozent)
2004 (Europaparlament)	1.709	0.07 Prozent
2006 (Nationalparlament)	Die SDS kandidierte nicht, ihre erfolglose Kandidatin Anna Opitzova erhielt den 13. Listenplatz der KSČM, die ersten drei Listenplätze waren erfolgreich.	
2009 (Europaparlament)	Die SDS kandidierte nicht, ihre beiden erfolglosen Kandidaten Jiri Hudecek und Ledl Lubomír erhielten den 9. bzw. 15. Listenplatz der KSČM, die ersten vier Listenplätze waren erfolgreich.	

Die bei Gemeinderatswahlen von Parteienbündnissen gewonnenen Sitze, an denen die SDS teilnahm, verringerten sich ebenfalls – 1998: 84 Sitze; 2002: 44 Sitze; 2006: 26 Sitze. Allerdings wurde nach den Gemeinderatswahlen 2002 das prominente Parteimitglied Vladimir Farana zum Bürgermeister von Orlova (Nordmähren, Bevölkerung 35.930) als Kandidat einer Koalition aus KSČM, ČSSD und dem Linken Block (örtliche Bezeichnung der SDS) gewählt. Er hatte sein Amt bis 2006 inne.

Die Erfolglosigkeit der Partei bei den Wahlen ist nicht nur durch ihre mangelnde finanzielle und personelle Ausstattung oder die ausbleibende Unterstützung durch die Medien zu erklären. Andere, ähnlich kleine Parteien haben besser abgeschnitten. Ausschlaggebend bei den kleinsten Parteien ist der Name, da viele WählerInnen vor ihrer Wahlentscheidung einfach die Liste der aufgestellten Parteien durchlesen. Der Name Partei des demokratischen Sozialismus hat sich für die tschechischen WählerInnen als am wenigsten attraktiv gezeigt, denn es gibt immer noch eine Polarisierung der beiden Gruppen, die sich jeweils mit Demokratie bzw. mit Sozialismus identifizieren: Die Anhänger der »Demokratie« verweigern der Partei wegen des Wortes »Sozialismus« ihre Stimme, die des »Sozialismus« das Gleiche wegen des Wortes »Demokratie«.

Parteivorsitzender der SDS war seit 1998 der Biologe Jiri Hudecek, er wurde 2001 durch Milan Neubert ersetzt. Die SDS hat keine hauptamtlichen MitarbeiterInnen, ihr jährlicher Haushalt beträgt etwa 2.000 Euro. Ein außergewöhnlich starkes Engagement legte die Partei bei der Gründung der Partei der europäischen Linken an den Tag: Sie war Gründungsmitglied und Organisatorin des Gründungsparteitages der Europäischen Linken in Prag 2007.

Das KSČM zeigt ein gewisses Interesse an einer Zusammenarbeit mit der SDS. 2008 durfte ihr Parteivorsitzender auf dem KSČM-Kongress reden, dies galt aber auch für einen Vertreter der betonverdächtigen Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Jedoch ist die Kommunistische Partei nicht bereit, SDS-Mitglieder auf aussichtsreichen Listenplätzen aufzustellen, da sie sich bewusst ist, dass SDS-KandidatInnen keine zusätzlichen WählerInnen bringen. Ein Beweis war die Europawahl 2009, bei der die Listenrangfolge durch Ankreuzen einzelner Namen beeinflusst werden konnte. Die SDS rief auf ihrer Website auf, zugunsten ihrer eigenen Kandidaten zu stimmen, daraus ergab sich aber kein wesentlicher Vorteil für diese. Eine Ausnahme bilden die Gemeinderatswahlen, wo es auf der KSČM-Liste regelmäßig eine Handvoll gewählter SDS-Mitglieder gibt.

Die SDS hat auch zusammen mit den KommunistInnen und einigen SozialdemokratInnen die Konferenz linke Einheit gegründet. Das Projekt wurde aber nach zwei Jahren wieder fallengelassen, da die Sozialdemokraten kein besonderes Interesse daran zeigten.

Der eigentliche Einfluss der SDS liegt aber eher in den intellektuellen Fähigkeiten ihrer Mitglieder. Manche, wie etwa Milan Neubert oder Jiri Hudecek, sind in der breiteren tschechischen Linken hoch-

²⁹⁵ Quelle: www.volby.cz; abgerufen am 29.11.2009.

²⁹⁶ Die Partei stellte sich nur in einer der 13 Regionen auf: Vysočina.

²⁹⁷ Die Partei stellte sich nur in einer der 14 Regionen auf: Prag.

angesehen, andere, wie Jiri Malek und Milan Ledl, verfügen über ausgesprochen organisatorische Fähigkeiten. Die rund 200 SDS-Mitglieder sind im Schnitt auch etwas jünger als die Mitglieder der KSČM: Ihr Durchschnittsalter wird auf etwa 60 geschätzt, das der KommunistInnen auf jenseits der 70.

Die tschechischen StalinistInnen sind nicht nur in der KSČM präsent, sondern haben auch zwei eigene Parteien: die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei unter Führung des bis 1989 amtierenden Prager KSČ-Vorsitzenden Miroslav Štěpán – hier finden sich frühere Regimefunktionäre wieder –, und die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei/ Tschechoslowakische Arbeiterpartei. Deren Vorsitzender ist der frühere Geheimpolizeioffizier Ludvík Zifcák, dessen Rolle bei den Ereignissen des 17. November 1989 bis heute ungeklärt ist. Diese Partei (eher eine Kleingruppe) hat etwas jüngere Mitglieder und ist hauptsächlich in Nordmähren aktiv. Beide Parteien treten nicht zur Wahl an. Die tschechischen TrotskistInnen sind durch die Gruppen Sozialistische Solidarität, Sozialistische Arbeiterorganisation, REVO – Revolutionäre Gruppe der Jugend sowie die Sozialistische Alternative Zukunft vertreten. Keine dieser Gruppen hat mehr als ein Dutzend AnhängerInnen. Am aktivsten ist die Sozialistische Solidarität, die durch ihr Engagement gegen Militärstützpunkte an Einfluss gewinnen konnte.

Anhang

Ergebnisse der Parlamentswahlen am 28./29. Mai 2010

	Ergebnis	Stimmen	Sitze
ČSSD (SozialdemokratInnen)	22,08 Prozent	1.155.267	56
ODS (Bürgerliche)	20,22 Prozent	1.057.792	53
TOP 09 (Rechtsliberale)	16,40 Prozent	873.833	41
KSČM (KommunistInnen)	11,27 Prozent	589.765	26
VV (Öffentliche Angelegenheiten)	10,68 Prozent	569.127	24

Ergebnis der KSČM: Die KSČM hat ihr Ergebnis von 2006 mit leichten Verlusten (insgesamt 90.000 Stimmen weniger, 2006: 12,81 Prozent) in etwa halten können, wobei die strukturellen Probleme noch deutlicher geworden sind:

- in der Hauptstadt Prag (6,53 Prozent) schnitten die KommunistInnen weit unter ihrem Landesdurchschnitt ab;
- es gibt keine ausgesprochenen Hochburgen, außer in Prag schwanken die Ergebnisse in den Bezirken zwischen 10 und leicht über 13 Prozent;
- bei den Erst- und JungwählerInnen schnitt die Partei sehr schlecht ab;

Linke Parteien gesamt: Während vor einem Jahr bei den Regionalwahlen in den Bezirken (ohne Prag) noch eine zahlenmäßige Mehrheit von ČSSD und KSČM erreicht wurde, liegen die sich links verstehenden und ausrichtenden Parteien nunmehr weit hinter der bürgerlichen Mehrheit zurück. Zusammen kamen ČSSD, KSČM und SPOZ auf knapp 38 Prozent.

Frauen: Unter den 200 Abgeordneten sind 44 Frauen. Am besten schneidet die KSČM ab (11 Frauen, 15 Männer), am schlechtesten die ČSSD (5 Frauen, 51 Männer).

Südeuropa

Norbert Hagemann

Die Partei der Kommunistischen Wiedergründung – Entwicklung im Widerstreit zwischen »großer Ambition und kleiner Kraft«²⁹⁸

Einleitung

Die Partei der Kommunistischen Wiedergründung (Partito della Rifondazione Comunista –PRC) stellt nach dem Untergang der realsozialistischen Experimente im Osten und der Krise der sozialdemokratischen Parteien und Politikkonzepte im Westen ein interessantes Phänomen im linken Parteienspektrum dar. Ihre Lernwilligkeit und Innovationsfähigkeit haben der sehr jungen Partei schnell internationale Anerkennung im linken Lager und auch national eine einflussreiche innenpolitische Position eingebracht. Aber etwas hat im Prozess der Wiedergründung nicht funktioniert: Innerhalb nur weniger Jahre ist von der einst viertstärksten Partei Italiens eine nur noch außerparlamentarische Kraft übriggeblieben, die zerrissen von inneren Auseinandersetzungen um das »eigene Ich« und abgeschnitten von den Mitteln der Parteienfinanzierung um ihre Existenz kämpft.

Formal konstituierte sich die PRC Mitte Dezember 1991 auf ihrem ersten Parteitag in Rom. Anfänglich bestand die Bewegung vor allem aus zwei Minderheitsströmungen der Italienischen Kommunistischen Partei (IKP, Partito Comunista Italiano – PCI), dem straff organisierten und eher traditionalistisch ausgerichteten Flügel von Armando Cossutta sowie Vertretern der unorthodoxen Ingrao-Strömung. Bereits im Mai schlossen sich ihr mit Lucio Magri und Luciana Castellina auch Leitfiguren der neuen Linken und Teile der Partei der Proletarischen Einheit (Partito di Unità Proletaria per il Comunismo - PdUP) an. Im Juni 1991 beschloss der 8. Parteitag der sich immer als Sammelbecken zahlreicher maoistischen, spontaneistischen und mit der IV. Internationale verbundener trotzkistischer Gruppierungen verstehenden Partei der Proletarischen Demokratie (Democrazia Proletaria – DP) ihre Auflösung und empfahl den Parteimitgliedern den Übertritt zu der sich in Gründung befindenden PRC. Kurz danach trat auch die Kommunistische Partei Italiens (Marxisten-Leninisten – Rote Linie) der Bewegung bei.²⁹⁹ Damit bündelte die PRC zu diesem Zeitpunkt bereits ein breites Spektrum an Strömungen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken.

Angesichts der großen Heterogenität an unterschiedlichen, sich in der Vergangenheit auf das heftigste bekämpfenden politischen Kulturen, parteipolitischen Sozialisierungen, Erfahrungen und Politikansätzen definierte sie ihr Selbstverständnis als offene und plurale Partei. Das stellte, gemessen an dem monolithischen Selbstverständnis der IKP, einen richtungweisenden Qualitätssprung dar, der sich in den Folgejahren als die eigentliche Quelle der Vitalität und der Erneuerungsfreudigkeit der Partei herausstellte und es ihr ermöglichte, mit gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt zu halten als auch in den gesellschaftlichen Kämpfen verwurzelt zu bleiben. An den Bruchstellen der Pluralität und in ihrem Namen vollzogen sich in kürzester Zeit aber auch nicht weniger als acht zum Teil gravierende Spaltungen der Partei, löste sich die anfängliche Vielfalt sukzessive immer mehr auf. Von Bord gingen dabei wesentliche Teile des Cossutta-Flügels, der neuen Linken, der Trotzkisten, aber auch der langjährigen Mehrheit in der Partei um Fausto Bertinotti. Nie gewann die Partei hierbei, weder an Einfluss noch an organisatorischer Stärke und Geschlossenheit, es mehrten sich nur die kommunistischen Symbole in der Parteienlandschaft Italiens.

²⁹⁸ Undici tesi dopo lo Tsunami: a cura del Centro per la Riforma dello Stato [11 Thesen nach dem Tsunami: herausgegeben vom Zentrum für die Reform des Staates], in: *Alternative per il Socialismo*, Rivista bimestrale, numero 6 - luglio-settembre 2008, S. 235.

²⁹⁹ Vgl. Simone Bertolino: *The PRC – Emergence and Crisis of the Antagonistic Left*, in: *Communist and Post-Communist Parties in Europe*; edited by Uwe Backes/Patrick Moreau; Göttingen 2008; S. 223; Mimmo Porcaro: *Die Partei der kommunistischen Neugründung – Traditionen, Innovationen, Perspektiven*, in: Michael Brie (Hg.): *Linksparteien im Vergleich. Rahmenbedingungen, strategische Ansätze und Erfolgskriterien*, Berlin 2003, S. 17 ff.

Das politische Programm der PRC

Die PRC verfügt zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht über ein geschlossenes nationales Strukturreformkonzept, welches geeignet wäre, als Alternative zum Berlusconi Kurs des ungebremsten marktradikalen Umbaus des Landes bzw. als Antwort auf die Folgen der jüngsten globalen Krisenprozesse zu dienen. Die im Kontext der häufigen Kommunal- und Regionalwahlen der letzten beiden Jahren entwickelten Vorschläge der PRC suchen vor dem Hintergrund der föderalen Grundstruktur Italiens ihre politische Hebelwirkung vor allem auf der Regionalebene und lassen sich zu vier Handlungsbereichen zusammenfassen.³⁰⁰

1. Angesichts der gravierenden Wirtschafts- und Finanzkrise sowie einer verstärkten Aushöhlung der sozialen Sicherungssysteme durch die nationale Regierung werden auf Ebene der Regionen umzusetzende Maßnahmen zum Schutz einkommensschwacher Gruppen, von der Arbeitslosigkeit Bedrohter sowie Arbeitsloser benannt. Dazu zählen unter anderem: ein Verbot von Entlassungen über die nächsten 36 Monate; das Bereitstellen von Zuschüssen zu einem zu verlängernden Kurzarbeitergeld (cassa integrazione), deren Zahlung aber an eine Beschäftigungsgarantie gebunden wird; das starke Eingrenzen der Möglichkeit, zeitlich befristete Arbeitsverträge miteinander zu verketteten, um das Ausufern prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu stoppen; das Einrichten von Solidaritätsfonds für Kurzarbeiter; das Einführen eines sozialen Mindesteinkommens (salario sociale) für Arbeitslose im Rahmen einer Reform des Arbeitslosengeldes; die Verpflichtung, keine Kürzungen im Bereich der bestehenden Sozialleistungen vorzunehmen und bei Bedürftigkeit die Gebühren für öffentliche Dienstleistungen »einzufrieren« bzw. eine entsprechende Bezahlung zeitweilig auszusetzen; den sozialen Wohnungsbau weiterzuentwickeln, ihn entsprechend finanziell abzusichern und eine Sozialmiete einzuführen.

2. Im Gegensatz zu der von der Regierung angestrebten Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie einer drastischen Einschränkung der regulierenden Kompetenzen der Regionen und Kommunen soll deren Rolle nach Ansicht der PRC deutlich gestärkt werden. Konkret soll in diesem Zusammenhang die laufende Privatisierung in den Bereichen Wasser, Gas, öffentlicher Verkehr, Bildung etc. gestoppt werden. Sofern Privatisierungen bereits vorgenommen wurden, ist beabsichtigt, diese Leistungen wieder zu »verstaatlichen«. Auf der Basis einer gesicherten öffentlichen Daseinsvorsorge soll in den Aufbau und die Kompetenzentwicklung öffentlicher Unternehmen investiert werden, damit diese sich in der Lage sehen, das komplette Spektrum entsprechender Güter und Leistungen aus einer Hand zu erbringen. Die Regionen und lokalen Verwaltungen sollen verpflichtet werden, hochwertige Dienstleistungen der öffentlichen Hand als Standard anzubieten und für kleine Kommunen mit weniger als 5.000 Einwohnern einen minimalen Service öffentlicher Dienstleistungen wie Post, Schule, Gesundheitsversorgung und soziale Betreuung bereitzustellen. Parallel dazu werden regulierende Eingriffe durch die entsprechenden Verwaltungen festgelegt, die beabsichtigen, über gezielte Förderungen einen Prozess der Konversion der lokalen Wirtschaft anzustoßen, der sich an den sozialen und ökologischen Interessen und Problemen des jeweiligen lokalen Umfelds orientiert.

3. Zur Absicherung der hierfür erforderlichen Mittel ist geplant, die Finanzautonomie von Regionen und Kommunen hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben zu stärken und vorhandene finanzpolitische Instrumente gezielt auf die Umsetzung der alternativen Vorschläge auszurichten. Hierzu wird gefordert, den finanzpolitischen Spielraum durch das Anheben der Maastrichter Verschuldungsgrenze um einen Prozentpunkt, durch eine höhere Steuergerechtigkeit und durch die zielkonforme Umwidmung von Steuereinnahmen zu erweitern und zugleich aber auch Kredite im Sinne einer zielkonformen Investitionssteuerung einzusetzen.

4. Ausgehend von der Überlegung, dass eine veränderte Ausrichtung der Wirtschaftspolitik aus dem Willen der Bürger selbst abzuleiten sei, fordert die PRC, verstärkt Instrumente für eine unmittelbare

³⁰⁰ Vgl. Massimo Ioly: Toscana, il Prc e il PdcI presentano una legge contro la crisi [Toskana, die PRC und die PdCI unterbreiten ein Gesetz gegen die Krise], Ore 12, 13 novembre 2009; Programma per le elezioni comunali e provinciali [Programm zu den Kommunal- und Provinzwahlen] (Mercoledì 1 aprile 2009), in: <http://www.rifondazionecomunista.org/ufficioelettorale/index.php?view=article&id=56%>; Stefano Vinti: Le proposte del Prc per uscire »a sinistra« dalla crisi economica [Die Vorschläge der PRC für einen linken Ausweg aus der Wirtschaftskrise], In: Liberazione, 12 novembre 2009;

demokratische Teilhabe der Bürger an den entsprechenden Planungs- und Entscheidungsprozessen einzusetzen. Dabei wird auf gute Erfahrungen mit den sogenannten Bürgerhaushalten (*bilancio partecipativo*) verwiesen und vorgeschlagen, diese Erfahrungen auch gezielt in spezifischen Politikbereiche einzusetzen, so dass die Bürger mitentscheiden und verifizieren können, welche Ziele z. B. im sozialen (*bilancio sociale*) oder Umweltbereich (*bilancio ambientale*) verfolgt und wie sie umgesetzt werden.

Eine Umsetzung der so miteinander verknüpften Abwehr- und Offensivmaßnahmen zielt auf den Aufbau eines sozialen Bündnisses, welches auf einem „solidarischen Ausgleich“ zwischen den Interessen der verschiedenen lohnabhängigen Bevölkerungsgruppen aber auch zwischen diesen und den in Italien traditionell starken Mittelschichten basiert. Die Rolle des politischen Organisators dieses Ausgleichs soll dabei den Regionalregierungen selbst zufallen, die in ihrer gesellschaftlich regulierenden Aufgabenstellung wieder deutlich gestärkt und über Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmechanismen entsprechend zu legitimieren sind.

Die organisatorische Entwicklung der PRC

Die organisatorische Entwicklung der Partei ist gekennzeichnet vom Spannungsverhältnis zwischen stürmischer Entwicklung und Stagnation: sehr schnell erreicht die PRC eine ansehnliche Massenbasis, gewinnt jährlich neue Parteimitglieder, repräsentiert über deren soziale Zusammensetzung ein breites Spektrum gesellschaftlicher Interessen, verfügt anfänglich über eine stabile Wählerbasis, kann ihre Präsenz flächendeckend ausbauen und sich als nationale Partei etablieren. Doch sie kann ihre Mitglieder längerfristig kaum binden; »ideologisch« motivierte Spaltungen höhlen ihre Mitgliederbasis aus, ihr Wählerpotential stagniert, die Bindung der Stammwähler an die Partei nimmt ab, und die PRC entwickelt sich in der Fläche zwischen dem Norden und den südlichen Landesteilen deutlich unterschiedlich.

Die Mitgliederbasis

Gestützt auf die Spezifika ihres Gründungsprozesses³⁰¹ gewann die PRC bereits im ersten Jahr ihres Bestehens diejenige Mitgliederstärke, welche sie im Spektrum der alternativen Linksparteien als Organisation mit einer starken Massenbasis kennzeichnet. In den Jahren 1991 bis 1996 schwankte ihre Mitgliederbasis im Schnitt auf einem Niveau um die 115.000 Mitglieder, wobei es jeweils im Vorfeld von Parteitage den für die PRC charakteristischen konjunkturellen Anstieg von Mitgliederzahlen³⁰² gab. 1997, dem Jahr der ersten indirekten Regierungsbeteiligung, wuchs die Anzahl der Mitglieder sprunghaft bis auf 130.000 an, um sich im Nachgang der Abspaltung des Flügels um Armando Cossutta und Oliviero Diliberto und der von ihnen betriebenen Gründung der Partei der italienischen Kommunisten (*Partito dei Comunisti Italiani - PdCI*) auf einem Niveau von ca. 95.000 Mitgliedern stabil neu einzupendeln.³⁰³

Mit der zweiten, diesmal direkten, Beteiligung der PRC an einer nationalen Regierung kam es 2007 zu weiteren Abspaltungen vor allem trotzkistischer Splittergruppen und in der Konsequenz zu einer weiter sinkenden Mitgliederzahl (87.827 Mitglieder). Die auf dem Parteitag im Sommer 2008 unterlegene relative Mehrheit um die ehemalige Führungsmannschaft von Fausto Bertinotti verließ Anfang 2009 mehrheitlich die Partei, um ihre politischen Ziele außerhalb der PRC zu realisieren. Der

³⁰¹ Bereits Monate vor der eigentlichen PRC-Gründung verfügte die Minderheitsströmung von Armando Cossutta über eine straff organisierte Struktur und fokussierte, gestützt auf diese, auf eine erste schnelle Welle der Mitgliedergewinnung sowie eine gesicherte Eigenfinanzierung vor allem in den roten Regionen Mittelitaliens, den Industriegürteln der Großstädte in Nord- und Süditalien, den großen Agrarsiedlungen der Po-Niederungen sowie in Regionen wie Apulien und Kalabrien. »Abgerundet« wurde dieser Prozess vor allem durch den »geschlossenen Übertritt« ganzer linker Splitterparteien – die Partei der Proletarischen Demokratie brachte in Summe ca. 10.000 Mitglieder mit – sowie eine Welle sogenannter emotionaler Beitritte.

³⁰² Nationale Parteitage haben in der Tradition der PRC eine hohe Mobilisierungswirkung, waren sie doch in der Regel diejenigen Orte, auf denen im Ergebnis der vorherigen Kongresse der Basisorganisationen die bestehenden innerparteilichen Kräftekonstellationen verifiziert und neu »austariert« wurden.

³⁰³ Vgl. Aldo Garzia: *La Sinistra-L'Arcobaleno. Numeri, date e cenni di storia* [Die Regenbogenlinke: Zahlen, Daten und geschichtliche Aspekte], in: *Alternative per il socialismo, Rivista bimestrale*, numero 4, novembre 2007, gennaio 08, S. 216.

Effekt für die Partei ist verheerend. Nach dem aktuellen Stand des jährlichen Dokumententausches verzeichnet die PRC einen Mitgliederbestand von gegenwärtig nur noch 38.000, was einem Niveau von ca. 53 Prozent des Vorjahres entspricht.³⁰⁴

Laut Statut der PRC erneuern die Parteimitglieder jedes Jahr ihre Mitgliedschaft durch den Tausch ihrer Mitgliedskarten. In diesem Mechanismus realisiert sich das konstituierende Selbstverständnis der Partei, dass jegliche politische Arbeit in und für die Partei freiwillig sein muss. Über diesen Mechanismus realisiert sich aber zugleich auch ein Prozess einer deutlichen Zunahme sogenannter instabiler Mitgliedschaften, Parteizugänge, die im Folgejahr die Partei wieder verlassen. »Die Partei verfügt über eine ausgeprägte Fähigkeit, neue Mitglieder anzuziehen, sie verfügt aber über eine ebensolche Fähigkeit, diese auch wieder abzustöß«³⁰⁵, so lautet das diesbezügliche Fazit einer Parteibefragung.³⁰⁵ Bereits im zweiten Jahr ihrer Existenz verlor die PRC 14.481 ihrer Mitglieder, konnte diesem Verlust aber 19.108 neue Mitglieder entgegenstellen. In den Folgejahren lag der Anteil der nicht erneuerten Mitgliedschaften bei durchschnittlich acht Prozent der Mitglieder. Ab Ende der 90er Jahre verdoppelte sich dieser Prozentsatz angesichts einer stagnierenden Fähigkeit der Partei, neue oder ehemalige Mitglieder zu gewinnen.³⁰⁶

Die Partei ist zunehmend von politisch unerfahrenen Mitgliedern und Funktionären geprägt. Nur gut 20 Prozent der Gründungsmitglieder gehören heute noch der Partei an.³⁰⁷ Eine repräsentative Befragung aller Führungsebenen der Partei ergab, dass ca. 30 Prozent der Funktionsträger erst in den letzten fünf Jahren zur PRC gefunden haben und ca. 44 Prozent erst in den letzten neun Jahren.

Hinsichtlich der sozialstrukturellen Zusammensetzung der PRC-Mitglieder nimmt der Anteil der lohnabhängig Beschäftigten (Arbeiter, Angestellte, Lehrer, Arbeitslose) deutlich ab und betrug 2006 noch 46,1 Prozent; 1999 waren es hingegen noch 50 Prozent. Dagegen wuchs im selben Zeitraum der Anteil der kleinen Gewerbetreibenden (Kleinunternehmer, Freiberufler, Handwerker, Händler) von 8,2 Prozent auf 10,4 Prozent sowie der der Studenten, Rentner und Hausfrauen von 40,5 Prozent auf 43,6 Prozent an. Dieser näherte sich vor allem durch das anteilige Anwachsen der Studenten von 9,3 Prozent auf 14,2 Prozent sowie der Hausfrauen von 1,3 Prozent auf 4,2 Prozent an die lohnabhängig Beschäftigten prozentual stark an. Deutlich abgenommen hat auch der Anteil der Arbeitslosen, die mit 9,7 Prozent im Jahre 1999 noch die viertgrößte Gruppe bildeten und 2006 nur noch einen Anteil von 7,6 Prozent stellten.³⁰⁸

Verändert hat sich seit Gründung der Partei auch deren regionale Struktur. Die Schwerpunkte der Mitgliederwerbung lagen anfänglich vor allem im eher industriell geprägten Norden des Landes, in den ehemals roten Regionen Toskana, Emilia-Romagna und Ligurien sowie den Regionen des Nordwestens, die jeweils 31 Prozent bzw. 22,9 Prozent der Mitgliederbasis stellten. Das Gewicht der Regionen Mittel- und Süditaliens sowie der Inseln war mit 28,9 Prozent sowie 8,8 Prozent hingegen deutlich geringer. Dieser Entwicklungstrend ging Mitte der 90er Jahre zu Ende. Die Regionen Mittel- und Süditaliens und die Inseln konnten die Mitgliederzahlen überwiegend halten, während der Norden ab 1995 einen deutlichen Substanzverlust verzeichnet.³⁰⁹

Die Mitglieder der Partei im Norden sind heute gegenüber denen im Süden sehr viel älter. Vor allem in den ehemals »roten Regionen« liegt der Anteil der noch zu Zeiten des »Kalten Krieges« politisch sozialisierten Rentner weit über dem nationalen Durchschnitt. Die Partei ist hier vor allem in den traditionellen industriellen Gebieten verwurzelt und verfügt historisch über einen höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Die Mitglieder der Partei im Süden sind hingegen deutlich jünger und weisen ein höheres Bildungsniveau auf, der Anteil der Jugendlichen ist hier doppelt so hoch wie im Norden. Die Partei hat hier mehr Studenten, aber auch mehr prekäre Beschäftigte sowie

³⁰⁴ Vgl. Claudio Grassi: Su la testa, si riparte!, Relazione Assemblea nazionale sul Partito [Hoch den Kopf, es geht wieder los! Referat auf der Nationalen Tagung zu Fragen der Partei], 11 novembre 2009, in: <http://home.rifondazione.it/xisttest/content/view/6892/314/>.

³⁰⁵ Vgl. L'inchiesta sul Partito [Untersuchung zur Partei], Maggio 2007, S. 30.

³⁰⁶ Vgl. Simone Bertolino: Rifondazione comunista – Storia e organizzazione [Partei der Kommunistischen Wiedergründung – Geschichte und Organisation], Bologna 2004, S. 180 ff.

³⁰⁷ Vgl. Stefano Bocconetti: Rifondazione comunista, radiografia di un partito che si avvicina al congresso di Venezia [Partei der Kommunistischen Wiedergründung, Analyse einer Partei im Vorfeld des Parteitages von Venedig], In: Liberazione: 12 febbraio 2005.

³⁰⁸ Vgl. Bertolino: The PRC – Emergence and Crisis of Antagonistic Left, S. 243.

³⁰⁹ Vgl. Bertolino: Rifondazione comunista – Storia e organizzazione, S. 185.

Arbeitslose in ihren Reihen und verfügt über eine Mitgliederbasis, die schon nicht mehr in den Milieukontexten der IKP sozialisiert wurde.³¹⁰

Der tiefgreifende Wandel in der Mitgliederbasis geht einher mit einer deutlichen Veränderung der individuellen Zugänge der Mitglieder zur Partei. Dabei gewinnen politisch-pragmatische Gründe eine größere Bedeutung gegenüber Gründen, die sich aus der ideologischen Tradition und Anfangsidentität der Partei ableiten. Eine Befragung der Delegierten des 5. Parteitages (1999) ergab in diesem Zusammenhang, dass für 53,7 Prozent der Delegierten die Identität und die ideologische Tradition noch der Hauptgrund für einen Parteibeitritt darstellten, die Bedeutung dieses Grundes aber in dem Maße stark abnahm, je später die Delegierten zur Partei fanden.

Weitgehend unverändert von der »Erneuerung« bleibt die geringe Anziehungskraft, welche die Partei auf Frauen ausüben kann, denn ihr Anteil an den Parteimitgliedern nahm über die Jahre zwar kontinuierlich zu, blieb aber mit 25,5 Prozent im Jahr 1999, 27,7 Prozent im Jahr 2004 und 29,4 Prozent zwei Jahre später sehr niedrig.³¹¹ Auch fast 20 Jahre nach ihrer Gründung ist die PRC eine männerdominierte Partei, in der Frauen vor allem als Objekt der Politik der Partei angesehen werden,³¹² was sich letztlich in einer deutlichen Unterrepräsentation von Frauen in den höheren Nomenklaturebenen ebenso widerspiegelt wie in den nicht entwickelten Instrumentarien dafür, diese Situation zu verändern.

Die Wählerbasis der PRC

Bereits dreieinhalb Monate nach der formalen Gründung stand für die PRC die Stunde der Wahrheit in der Frage an, ob ihr Bestreben nach einer Erneuerung der kommunistischen Tradition und Praxis eine gesellschaftliche Basis findet. Während die traditionellen Parteien, die Christdemokraten, die Sozialisten und die zur Demokratische Partei der Linken (Partito Democratico della Sinistra - PDS) gewandelte IKP, bei den Parlamentswahlen Anfang April 1992, fast erdrutschartig abstürzten, erhielt die PRC auf Anhieb 2.202.574 Wählerstimmen in der Abgeordnetenversammlung (5,6 Prozent) und 2.163.317 Stimmen im Senat (6,5 Prozent), was einer parlamentarischen Repräsentanz von 35 Abgeordneten und 20 Senatoren entsprach. Auch bei den folgenden politischen Wahlen im März 1994 konnte sie die Ergebnisse halten. 1994 erhielt sie 2.334.029 Stimmen für die Abgeordnetenversammlung, bei den Wahlen 2006 entsprechend wieder 2.229.604. Die Konstanz dieser Ergebnisse macht deutlich, dass diese rund 2,2 Millionen Wähler das von der PRC ansprechbare Stammwählerpotential sind.

Der PRC gelang es in verschiedenen Situationen, dieses Potential in der Balance der beiden seit Jahren weitgehend stabilen Blöcke linker und rechter Parteien effizient zu nutzen. Dennoch bleibt sie auf eine gesellschaftliche Minderheitenrolle festgelegt. Eine Ausweitung ihres Wählerpotentials gelang der Partei konjunkturell immer dann, wenn sich mit den Wahlen die gesellschaftliche Option eines Wandels in der italienischen Politik verband. So erhielt sie 1996 im Zusammenhang mit der anstehenden Bildung einer Mitte-Links-Regierung rund 50 Prozent mehr Stimmen und konnte 3.215.960 Stimmen und einen Anteil von 8,5 Prozent auf sich vereinen. Ein analoges Bild zeigten die Wahlen 2006, in deren Ergebnis die PRC erstmalig in eine Mitte-Links-Regierung direkt eintrat und mit 2.229.604 Stimmen 25 Prozent mehr Zuspruch verzeichnen konnte. Konjunkturell bleiben diese Ergebnisse deshalb, weil sie die an eine Stimmenabgabe gebundenen Erwartungen einer konsequenten Interessenvertretung und realer Veränderungen nie einlösen konnte. 1999 zerstritt sie sich intern irreparabel, und 2008 scheiterte sie an einer Gemengelage innerparteilicher Zerrissenheit, unzureichender inhaltlicher Vorbereitung und unausgegorenen Bündniskonzepten. Die sich dahinter verbergende Botschaft, man kann trotz besten Willens und guter Ideen reale Prozesse nicht beeinflussen,³¹³ hatte einen massiven Stimmenentzug zum unmittelbaren Ergebnis. Das Bündnis der Regenbogenlinken (La Sinistra–

³¹⁰ Vgl. ebenda, S. 190 ff.; Bocconetti: Rifondazione comunista, radiografia di un partito che si avvicina al congresso di Venezia.

³¹¹ Vgl. Bertolino: Rifondazione comunista – Storia e organizzazione, S. 243

³¹² Vgl. Alcune note sui risultati dell'inchiesta – Il rapporto conclusivo dell'inchiesta partito 2006–2008 [Einige Anmerkungen zu den Ergebnissen der Befragung - Der abschließende Bericht über die Parteibefragung 2006 - 2008], In: bollettino di Inchiesta, numero 41 - novembre 2008, S. 66.

³¹³ Vgl. Eduardo Aldo Carra: Elezioni, europa e crisi economica, in: Critica marxista, numero 3-4, 2009, S. 11; Luciana Castellina: The Italian Case: a Point of View, In: The Left in Government, Latin America and Europe Compared, Ed Birgit Daiber, Rosa Luuxemburg Foundation, Brussels 2010; S. 72.

L'Arcobaleno), in dem sich die PRC zur Wahl stellte, kam in Summe nur auf 1.124.298 Stimmen und verlor damit jeglichen Zugang zum Parlament.

Die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Wählerbasis der Partei zeigt eine ausgeglichene gesellschaftliche Repräsentanz und eine große Übereinstimmung mit der Sozialstruktur der Mitgliederbasis. Den größten Anteil stellen mit 49 Prozent die lohnabhängig Beschäftigten: davon sind 23 Prozent Arbeiter und 16,5 Prozent lohnabhängige Angestellte. Mit drei Prozent fällt der Anteil der Arbeitslosen deutlich geringer aus, ebenso verhält es sich mit den prekär Beschäftigten, den Landarbeitern sowie den leitenden Angestellten, die 6,5 Prozent der Wähler stellen. Nach den vorliegenden Quellen verfügt die Partei bei diesen Schichten über eine Zustimmung, die in der Regel zwischen zwei und sechs Prozentpunkten über deren Anteil an der Sozialstruktur der italienischen Bevölkerung liegt. Deutlich unterhalb dieses Richtwertes liegt hingegen der Anteil der Wähler aus dem Bereich der kleinen Gewerbetreibenden – die Kleinunternehmer, Freiberufler, Handwerker und Händler stellen 9,5 Prozent der PRC-Wähler – sowie aus dem Bereich der Nichtaktiven, der die Studenten, die Rentner und die Hausfrauen umfasst. Rentner verfügen über einen Anteil von 21 Prozent, Hausfrauen von über 7,5 Prozent und Studenten von 12 Prozent.³¹⁴

Was in den letzten Jahren zunehmend deutlich zutage tritt, ist eine tendenzielle Lockerung der Bindung des Stammwählerpotentials an die Partei, was offensichtlich mit einer deutlich abnehmenden Mobilisierungsfähigkeit von Wählern seitens der Basisorganisationen der Partei korrespondiert.³¹⁵

Bereits bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung 2001 zeigte sich im Ergebnis der gescheiterten ersten indirekten Beteiligung an einer Mitte-Links-Regierung, dass ein signifikanter Teil der Stammwähler zu den Nichtwählern wechselte und hierüber ihre massive Unzufriedenheit mit der konkreten Arbeit der Partei zum Ausdruck kam. 2001 betraf das rund 482.000 Wähler bzw. ein Drittel der Verluste der Partei gegenüber den Wahlen von 1996. Hinsichtlich der Ergebnisse bei den vorgezogenen Wahlen im Jahre 2008 weisen Untersuchungen der Wählerwanderungen auf einen ebenso massiven Einsatz dieses »Instruments« hin: Ungefähr 17 Prozent, d. h. annähernd 650.000 Wähler der Regenbogenlinken-Koalition (und hier vor allem die Arbeiter unter ihnen), verweigerten ihren Parteien die sprichwörtliche »linke Treue« und enthielten sich der Stimme.³¹⁶

Selbstverständnis und Organisation der PRC

Das Selbstverständnis der PRC ist gekennzeichnet von Widersprüchen zwischen Wort und Tat, zwischen Konzeption und Realität. Sie will die historischen Erfahrungen ihrer Vorgängerparteien praktisch verarbeiten, will über sie hinausgehen und sieht sich in einem beständigen Prozess, sich den ändernden Herausforderungen zu stellen. Politisch bleibt sie dabei oft doppeldeutig, es fehlt ihr am Verständnis für die eigene nachhaltige Veränderung als Partei ebenso wie an Instrumenten, innerparteiliche Vielfalt auch tagtäglich zu leben. Als Massenpartei will die PRC, tief in der Gesellschaft verwurzelt sein, doch ihre Basisorganisationen haben Berührungsprobleme, tun sich schwer, den Anforderungen gerecht zu werden, und der Partei mangelt es an der organisatorischen Kompetenz, diese Zustände zu ändern.

Parteiinterne Demokratie

³¹⁴ Vgl. Paolo Chiocchetti: *Partiti della sinistra radicale a confronto – Francia, Italia e Germania, 1999–2006*, Tesi di Laurea in Sistema Politico dell'Unione Europea, Università di Bologna, Sessione Seconda, Anno Accademico 2005-2006; S. 185. [Die Parteien der radikalen Linken im Vergleich - Frankreich, Italien, Deutschland, 1999 - 2006]

³¹⁵ Eine Betrachtung der Wahlergebnisse unter der Fragestellung, wie viele Wähler rechnerisch auf ein Parteimitglied entfallen, verdeutlicht, dass dieser Koeffizient deutlich abnimmt: 1992 lag er bei einem Verhältnis 1 zu 5,4, im Jahr 2001 bei 1 zu 4,9 und 2006 nur noch bei 1 zu 4,2. Unter regionalen Gesichtspunkten bestätigt sich hier die auch an anderer Stelle aufgezeigt Tendenz. Die Basisorganisationen in den Regionen Mittel- und Süditaliens sowie auf den Inseln können ihre entsprechende Fähigkeit halten oder ausbauen, hingegen bricht die Partei im Norden komplett ein. Vgl. Bertolino: *Rifondazione Comunista – Storia e organizzazione*, S. 169.

³¹⁶ Vgl. Tonino Bucci: *Sinistra hai perso ma la crisi ti dà ragione* [Linke, du hast verloren aber die Krise gibt dir recht], in: *Liberazione*, 3 marzo 2009; Poggi & Partners: *I flussi elettorali – Analisi secondaria dei dati relative alle elezioni politiche del 13-14 aprile 2008 (Camera)* [Die Wählerwanderungen, Analyse der Ergebnisse der Wahlen zur Abgeordnetenversammlung 13.-14. April 2008], o. J. und o. O.

Plural in ihrem Ursprung und Selbstverständnis, grenzt sich die PRC vom Demokratischen Zentralismus als Organisations- und Führungsprinzip klar ab. Die im Statut hinterlegten Organisationsprinzipien beschreiben die Partei als eine ideologisch und organisatorisch offene und im Inneren demokratisch verfasste Organisation. Offenheit steht dabei für die inhaltliche Kontamination mit anderen politischen Kulturen wie der des Feminismus, der Antiglobalisierungsbewegung, der Umweltschutzbewegung, der Friedensbewegung, aber auch für eine stärker unmittelbare, vor allem kompetenzbezogene Einbindung von Nicht-Parteimitgliedern in die tägliche Arbeit der Partei. Hierfür werden neben den traditionellen territorialen und betrieblichen Basisorganisationen auch die Möglichkeiten des Aufbaus von thematisch ausgerichteten Basisstrukturen sowie von inner- und außerparteilichen Vereinen, Zeitschriften oder Foren der politisch-theoretischen Forschung eingeräumt.

Hinsichtlich der demokratischen Verfasstheit schreibt das Statut die Teilhabe am Parteileben sowie an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen in der Partei auch mittels eigener zu prüfender und zu beantwortender Vorschläge, das Recht auf Information über laufende Diskussions- und Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen der Partei, das Recht zu wählen und selbst gewählt zu werden, das Recht, Kritik an allen Instanzen der Partei zu üben sowie seine politischen Ansichten auch öffentlich zu vertreten, als prinzipielle Rechte des Einzelmitglieds fest. Im Rahmen eines stark dezentralen Organisationskonzeptes wird den verschiedenen Strukturen der Partei, in den Grenzen der jeweils vom Parteitag bzw. zwischen seinen Tagungen vom Nationalen Politischen Ausschuss beschlossenen allgemeinen Politik und Ziele, der prinzipielle Freiraum eingeräumt, diejenigen Initiativen zu ergreifen, die aus ihrer Sicht als am besten geeignet angesehen werden.

Jegliche auf Hierarchie und Einstimmigkeit abzielende Konzeption und Praxis der Organisation und des Zusammenlebens der Partei wird explizit abgelehnt, und dem Wechselspiel der bestehenden innerparteilichen Vielfalt wird ein breiter Raum eingeräumt. Die Pluralität der Positionen, die freie Diskussion sowie die beständige Suche nach der politischen Synthese werden dabei als tragende Prinzipien festgeschrieben. Für die freie und transparente Äußerung dieser Vielfalt sieht das Statut die Möglichkeit vor, Strukturen und Gruppierungen aufzubauen, deren Existenz allerdings auf die Zeit der Vorbereitung und Durchführung von Parteitagen sowie von innerparteilichen Diskussionen mit grundsätzlicher politischer Bedeutung beschränkt wird. Das Bilden von permanenten Strömungen oder Fraktionen ist verboten.

Die PRC als Sammelbecken verschiedener »Seelen«

In der Praxis des Parteilebens wurden die Festlegungen hinsichtlich der Bildung von Strömungen weitgehend und offensichtlich politisch gewollt³¹⁷ ignoriert. Der schnelle organisatorische und politische Erfolg der PRC basierte anfänglich vor allem darauf, dass sie sich der gewachsenen Strukturen der damaligen Minderheitsströmung in der IKP um Armando Cossutta bedienen konnte, denen sich Vertreter anderer kommunistische Traditionen, Kulturen und Sozialisierungen zuordneten.³¹⁸ Zu keinem Zeitpunkt der Entwicklung der PRC gab es einen Prozess, der geeignet war, eine wirkliche Synthese dieser Vielfalt herzustellen. Das Instrument eines Parteiprogramms, welches das gemeinsame Verständnis der Gesamtheit der Mitglieder in Bezug auf die gesellschaftlichen Ziele, die Politik und das »eigene Ich« widerspiegelt und sie daran bindet, gibt es in der Traditionslinie des italienischen Kommunismus nicht. Politische Grundsatzdebatten und Klärungsprozesse werden in der Regel nur auf Parteitagen geführt. Die Parteitage dienten im Kern aber überwiegend nur der kurzfristigen Ausrichtung der Partei, über entsprechende politische Analysen und Ableitungen

³¹⁷ Darauf weist unter anderem die Tatsache hin, dass seitens der Parteiführung unter Bezug auf einen entsprechenden Artikel des Statuts (Art. 50 der vom letzten Parteitag in Chianciano angenommenen Fassung) sehr viel Wert darauf gelegt wird, die bestehenden strömungspolitischen Kräfteverhältnisse bei der Besetzung der Gremien abzubilden. Was hier als Möglichkeit angelegt ist, führt in der Konsequenz zu einer Verstärkung. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen gewannen vor allem auf und nach dem 6. Parteitag in Venedig an Schärfe, als mehrheitlich entschieden wurde, diese »Regel« zu durchbrechen und Minderheitenströmungen aus dem engsten Entscheidungskreis, dem Sekretariat, »auszuschließen«.

³¹⁸ Erst zu einem späteren Zeitpunkt stellt sich die Partei der Aufgabe, die vorhandenen Strukturen der Partei in der Fläche weiter auszudehnen. Vgl. Franco Astengo: Un partito nel travaglio della transizione italiana [Eine Partei in den Geburtswehen der italienischen Veränderung], in: Aprileonline (2. settembre 2009), <http://www.aprileonline.info/notizia.php?id=12781>.

fixierten sie bestehende Mehrheitsverhältnisse oder justierten die Partei entsprechend anders aus. Somit hat in der bisherigen Geschichte der PRC auch kein prinzipieller Prozess des gegenseitigen Sich-in-Frage-Stellens, der gemeinsamen Verständigung und der gemeinsamen Weiterentwicklung stattgefunden. Das schloss bisher eine Vielzahl von bedeutenden politischen Erneuerungen der Partei, wie die klare Absage an jegliche Erscheinungsformen des Stalinismus, das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit, zur Überwindung des Patriarchats oder die Hinwendung zu den neuen sozialen Bewegungen als Ausdruck neuer Widersprüche in der gesellschaftlichen Entwicklung, nicht aus³¹⁹.

Im Kern konnten die unterschiedlichen Erfahrungswelten der Partei jedoch in ihrem eigenen Selbstverständnis, in ihrer tradierten Identität verbleiben und gruppierten sich politisch entsprechend in bekannter Manier. Unter organisatorischen und kulturellen Gesichtspunkten stellt die PRC somit heute eher ein Sammelbecken³²⁰ der verschiedenen »Seelen« der Partei dar, die sich klar strömungspolitisch organisieren, Parteien in der Partei bilden, gegeneinander aufrüsten und sich verbarrikadieren und die erbittert um die Kontrolle in der Partei kämpfen. Im Ringen um den Zugang zu den erforderlichen finanziellen Mitteln zieht dieser Mechanismus angesichts der dezentralen finanziellen Verfügungsgewalt die gesamte Partei mit in den Strudel.³²¹

Obwohl dieses Handeln den statutarischen Regeln klar widerspricht, gibt es eine hohe innerparteiliche Akzeptanz für die Situation. 31,2 Prozent der 2007 befragten Funktions- und Mandatsträger äußerten sich »zufrieden« mit der Existenz von Fraktionen, 33,8 Prozent »ziemlich zufrieden«, 20,8 Prozent bewerteten die Situation kritisch, aber nur 6,2 Prozent forderten statutengerecht deren Auflösung.³²²

Bezüglich der konkreten Parteiarbeit lassen sich allerdings zwei unmittelbar negative Effekte feststellen. Zum einen leiten sich aus dem gesamtpolitischen Klima in der Partei demotivierende Impulse selbst in deren aktiven Bereich ab. So erklärte im Rahmen der Befragung von 2007 ca. ein Fünftel der Mitglieder, ihre Aktivität hätte gegenüber früher abgenommen, und führte dieses auf politische Probleme in der Basisorganisation (18 Prozent) bzw. auf einen Dissens bezüglich der jüngsten politischen Entscheidungen der Partei (27 Prozent) zurück.³²³ Zum anderen gibt es ein deutliches Unterlaufen der Parteibeschlüsse, was außerhalb der Partei durchaus als Differenz zwischen Wort und Tat wahrgenommen und als Vertrauensproblem auf die gesamte Partei zurück projiziert wird.

Angesichts der erneuten Niederlage bei den Europawahlen und den strömungspolitischen Auswüchsen im Wahlkampf³²⁴ forderte PRC-Generalsekretär Paolo Ferrero auf der Tagung des Nationalen Politischen Ausschusses im Juni 2009, die »Kristallisierung der Strömungen« zu überwinden und nach einer Übereinstimmung hinsichtlich der zukünftigen Politik zu suchen, welche alle einbeziehe. Zur Abstimmung kamen auf der Tagung aber nicht weniger als fünf alternative Dokumente.

Während sich die bisher einflussreichste Strömung Essere Comunisti (Kommunisten sein) im August 2009 in einen Kulturverein umgewandelt hat und seitdem aktiv daran arbeitet, eigenständige Beiträge zur Entwicklung der Partei zu leisten, hat die zur International Marxist Tendency gehörende Strömung Falce e Martello (Sichel und Hammer) einen analogen Schritt klar abgelehnt und halten sich die Strömungen um die Zeitschrift l'ernesto sowie Rifondazione per la sinistra der in der Partei verbliebenen Anhänger der früheren Bertinotti-Mehrheit bisher noch bedeckt.

³¹⁹ Das Statut der Partei verpflichtet jedes Mitglied explizit, Strukturen der alternativen Linken, von kritischen und antikapitalistischen Bewegungen, von Klassengewerkschaften, demokratischen Vereinen und Massenbewegungen zu unterstützen, zu ihrer Entwicklung beizutragen und in diesen demokratisch, gleichberechtigt und nicht sektiererisch mitzuwirken.

³²⁰ Vgl. Gianpaolo Patta: L'Italia è il primo paese d'Europa dove non c'è né una sinistra comunista né socialdemocratica [Italien ist das erste europäische Land, in dem es weder eine kommunistische noch eine sozialdemokratische Linke gibt], in: *Liberazione*, 15 luglio 2009.

³²¹ Vgl. Tonino Bucci: Stop alle correnti, Rifondazione ci prova e ci crede [Stop den Strömungen, Rifondazione versucht es und glaubt sich], in: *Liberazione*, 05 agosto 2009.

³²² Vgl. L'inchiesta sul partito, S. 21.

³²³ Ebenda, S. 12.

³²⁴ Ungeachtet der verheerenden Wahlniederlage bei den Parlamentswahlen 2008 haben auch im Wahlkampf zu den Europawahlen 2009 einzelne Fraktionen nur diejenigen Kandidaten aktiv im Wahlkampf unterstützt, die der jeweiligen Strömung angehörten. Vgl. Redebeitrag von Giusto Catania auf der Tagung des Nationalen Politischen Ausschusses (CPN) 13.-14. Juni 2009, in: *Liberazione*, 17 giugno 2009.

Die Basisorganisationen der PRC

In klarer Abgrenzung von jeglichen Avantgarde-Partei-Konzepten sieht sich die PRC in der Tradition kommunistischer Massenparteien. Ihr diesbezügliches Selbstverständnis ging aber bereits bei Gründung deutlich über die entsprechenden Organisationsansätze der IKP hinaus. Der Massencharakter der IKP realisierte sich vor allem über stark vertikalisierte Organisationsstrukturen und eine entsprechende Zentralisierung der parteiinternen Abläufe durch einen weitverzweigten, hoch arbeitsteilig und professionell agierenden Parteiapparat, die klare Unterordnung der Abgeordneten und Mandatsträger unter den Parteiapparat, eine starke Kontrolle »eigener« Massenorganisationen und eine ausgeprägte Fähigkeit, die Mitglieder »intellektuell und moralisch« einzubinden.

Die PRC setzt hingegen auf dezentrale Strukturen, auf Pluralität, auf weitreichende organisatorische und politische Spielräume sowie Eigenverantwortung der verschiedenen Parteigliederungen und auf eine hohe Initiative der Parteimitglieder. In Umsetzung dieser Organisationsansätze konzentrierte sich die PRC in den ersten Jahren vor allem auf den Aufbau eines kapillaren Systems von Basisorganisationen,³²⁵ welches die landesweite Präsenz der Partei mittels territorialer und betrieblicher Strukturen absichern sollte. Dennoch nahm die Anzahl der Basisorganisationen über die ersten zehn Jahre kontinuierlich um bis zu einem Drittel ab.

Erst 2003 gelang es der Partei, diese Entwicklung zu stoppen und eine Trendwende einzuleiten, so dass die Anzahl von 2.010 wieder auf ca. 2.500 Basisorganisationen im Jahre 2007 anstieg.³²⁶ Als Folge dieser Entwicklung nahm über die Jahre auch die Anzahl derjenigen Kommunen zu, in denen die PRC über keine entsprechende Parteistruktur mehr verfügt, was unmittelbar auch die Fähigkeit der Partei berührt, potentielle Wähler anzusprechen bzw. mit der Wählerbasis kontinuierlich zu arbeiten. 1996 gab es bereits in 74,6 Prozent der Kommunen keine Parteiorganisation mehr, bis 2002 stieg dieser Wert weiter auf bis zu 79,5 Prozent an.

Angesichts der schweren Niederlagen bei den europäischen, nationalen und regionalen Wahlen 2008 und 2009 wird sich die Situation der Basisorganisationen in absehbarer Zeit deutlich verschärfen. Ursache dafür ist das Finanzierungssystem, welches sich über die Jahre in der PRC durchgesetzt hat und sich jetzt als ernsthaftes Problem erweist. Dieses System basiert im Wesentlichen auf den Säulen der eigenen Mitgliederbeiträge und Spenden auf der einen Seite sowie den »Zuschüssen« aus der Parteienfinanzierung und Abgaben der Abgeordneten an die Partei auf der anderen Seite. Um die finanzielle Eintrittsschwelle in die PRC möglichst gering zu halten, hat die PRC die Mitgliedsbeiträge über die Jahre auf sehr niedrigem Niveau festgeschrieben und sich damit komplett von der staatlichen Parteienfinanzierung abhängig gemacht.³²⁷ Die hierüber generierten finanziellen Mittel fallen angesichts der Tatsache, dass man nicht nur aus dem Europa- und dem nationalen Parlament, sondern auch aus 80 Prozent der lokalen Verwaltungen rausgefallen ist, komplett aus. In der Konsequenz brechen der PRC damit kurzfristig bis zu 80 Prozent ihrer bisherigen Einnahmen weg.

Der PRC sind die Jugendorganisation *Giovani comuniste e comunisti* [Junge Kommunisten und Kommunistinnen] und das Frauenforum *Forum permanente delle donne* [Ständiges Frauenforum] angeschlossen, die innerhalb der Partei beide über eine weitgehende politische und organisatorische Autonomie verfügen. Von ihnen gehen aber nur sehr geringe gesellschaftliche Mobilisierungsfähigkeiten³²⁸ aus.

Das Fehlen eigener Massenorganisationen

³²⁵ Die Basisorganisationen der PRC werden in der Parteisprache nicht mehr (wie in der IKP) Sektionen (im Sinne: Teil des Ganzen), sondern *Circolo*, im Sinne von Zirkulation, Austausch, Fließen, genannt.

³²⁶ Vgl. Bertolino: *Rifondazione Comunista – Storia e organizzazione*, S. 207; Bertolino: *The PRC – Emergence and Crisis of the Antagonistic Left*, S. 235.

³²⁷ Der Jahresbeitrag liegt unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten des jeweiligen Parteimitglieds zwischen 20 und 40 €. Damit kommen in der Konsequenz nur knapp acht Prozent der von der Partei benötigten Finanzmittel aus dem Bereich der Eigenfinanzierung, also aus Mitgliederbeiträgen und aus auf Veranstaltungen der Parteizeitung *Liberazione* erwirtschafteten Einnahmen.

³²⁸ Nur 16,1 Prozent der weiblichen Parteimitglieder erklären, dass sie sich in dem Frauenforum aktiv engagieren; vgl. *L'inchiesta sul partito*, S. 16. Auch die im Statut verankerte »Konferenz der kommunistischen Frauen«, die vor allem als Instrument der Politikfindung dienen sollte, ist ein Konstrukt auf dem Papier geblieben. Seit dem Jahr 2000 wurde sie nicht ein einziges Mal einberufen.

Die PRC hat keine Massenorganisationen, über die sie unmittelbar Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungsprozesse nehmen kann. In der Geschichte der PRC gab es zwar wiederholt Diskussionen um die Frage, ob man angesichts eines zunehmend sozialpartnerschaftlichen Politikverständnisses in den linken Gewerkschaften eher auf die Unterstützung eines »kommunistischen« Flügels innerhalb des großen Gewerkschaftsbundes CGIL oder auf den Aufbau einer eigenen kommunistischen »Klassengewerkschaft« zielen sollte. Parteiintern konnte sich aber letztlich keine der beiden Richtungen durchsetzen.

Politisch praktisch bedeutet das Fehlen eigener Massenorganisationen, dass das gesamte gesellschaftliche Beziehungsgeflecht der Partei ausschließlich über die Basisorganisationen sowie die Mitglieder laufen muss: ein Anspruch, dem die Partei in den zurückliegenden Jahren aber offensichtlich vor dem Hintergrund widersprüchlicher Entwicklungen ihrer Basisstrukturen nur unzureichend organisatorisch und personell entsprechen konnte. Die Ursachen liegen in einer begrenzten Aktionsbereitschaft der Mitglieder und einer unzureichenden Öffnung der Parteiarbeit hin zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld und Professionalisierungsdefizite.

Erstens: Per Statut werden die Parteimitglieder verpflichtet, sich aktiv innerhalb demokratischer Massenorganisationen einzubringen. Vor diesem Hintergrund verzeichnet die PRC einen relativ hohen Organisationsgrad, vor allem im Bereich der historisch gewachsenen Verbände einer gesellschaftlichen Interessenvertretung. 31 Prozent der Mitglieder der PRC besitzen auch ein Mitgliedsbuch in einer der Gewerkschaften,³²⁹ 27 Prozent sind zugleich Mitglieder im Verband der ehemaligen Partisanen (ANPI) und 31,9 Prozent sind auch im demokratischen Freizeit- und Kulturverein ARCI eingeschrieben. Dieser Organisationsgrad findet jedoch keine Entsprechung in einem adäquaten Engagement der betreffenden Mitglieder, denn insgesamt nur 33,1 Prozent der Parteimitglieder bringen sich nach eigenen Aussagen in die Arbeit der Verbände auch aktiv ein.³³⁰

Zweitens: Die PRC hat in den zurückliegenden Jahren ihr kommunalpolitisches Profil als »Kümmern« um konkrete »territoriale« Belange speziell in den Bereichen Verkehr und Umwelt deutlich ausgeprägt. Mit ihr werden konkrete Aktionen im Kampf gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke, Müllverbrennungsanlagen oder neuer Hochgeschwindigkeitsstrecken sowie gegen Bauspekulationen ebenso verbunden wie das Ringen um neue Formen der Bürgerbeteiligung bei der Organisierung lokaler Belange, z. B. in der Form von Bürgerhaushalten. Dieses zwischenzeitlich auch außerhalb der Partei anerkannte politische Profil lässt sich aber noch nicht auf ein prinzipiell verändertes politisches Agieren der Basisorganisationen zurückführen. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten besteht unverändert darin, nationale Kampagnen der Partei³³¹ mit tradierten Methoden wie Flugblattkampagnen, Wahlkampfveranstaltungen und Protestkundgebungen in die Fläche zu tragen.³³²

Drittens: Betrachtet man die Basisorganisationen der PRC hinsichtlich ihrer Voraussetzungen für ein professionelles Agieren, so lassen sich deutliche Beschränkungen und Defizite festmachen, die im klaren Kontrast zu den Erwartungen an sie stehen. In dem Bestreben, den Parteimitgliedern einen im Territorium sichtbaren Anlaufpunkt, eine »räumliche« Heimat zu geben, hat die PRC in den zurückliegenden Jahren viel in den Erwerb entsprechender Liegenschaften investiert. Dramatisch zurückgeblieben sind in der bisherigen Entwicklung der Partei aber die infrastrukturellen Ausstattungen der Basisorganisationen, die gerade für ein »vernetztes« Agieren in einer sich mittels moderner Kommunikationsmedien schnell verändernden Welt erforderlich wären. Verfügen 55 Prozent der Basisorganisationen über keinen Computer, 70 Prozent über keinen Internetzugang, 63 Prozent über kein Telefon und rund 74 Prozent über kein Fax,³³³ so verfügt auch die Partei über eine nur sehr eingeschränkte Kommunikationsfähigkeit.

³²⁹ Vgl. Bocconetti: *Rifondazione comunista, radiografia di un partito che si avvicina al congresso di Venezia*.

³³⁰ Vgl. *L'inchiesta sul partito*, S. 7.

³³¹ Vgl. Dante Goffetti: *Il Partito si fa inchiesta – Inchieste sullo stato dei circoli del partito nella campagna bergamasca (luglio-settembre 2007)* [Die Partei hinterfragt sich – Befragung zum Zustand der Basisorganisationen der Partei im Umland von Bergamo], In: *bollettino di Inchiesta*, numero 40 - dicembre 2007, S. 21 f.

³³² Je nach unterschiedlicher Form erklärten im Rahmen der letzten großen Befragung der Partei zwischen 55 und 65 Prozent der Befragten, dass sie sich ausschließlich im Rahmen der besagten Kampfform engagieren. Vgl. ebenda, S. 10.

³³³ Vgl. ebenda, S. 13.

Die PRC als Netzwerkpartei?

Angesichts des für die Gesamtpartei schier unlösbaren Konflikts zwischen Leistungsanforderung und Vermögen der Basisorganisationen begann die PRC über mögliche Auswege aus dem Dilemma nachzudenken. Sie entwickelte in diesem Kontext den Ansatz einer Netzwerkpartei, die drei konzeptionelle »Innovationen« hinsichtlich der Auffassung von der Partei bündeln soll:

Erstens wird die Aufgabe »des Übergangs der untergebenen Klassen in führende Klassen« nicht mehr als alleinige Aufgabe der Partei angesehen, sondern vielmehr als Ergebnis des gemeinsamen Agierens »eines Netzwerkes verschiedener gesellschaftlicher Institutionen« verstanden. Zweitens wird hieraus für die Partei die Aufgabe abgeleitet, diese verschiedenen Institutionen in einem politischen Prozess untereinander zu verbinden. Drittens soll die traditionelle Trennung »zwischen Politik und Bewegung« aufgehoben werden, indem jeglicher theoretischer und praktischer Hegemonieanspruch in einem solchen politischen Prozess aufgegeben wird und die Partei als paritätisch agierender »Bestandteil der Bewegungen« selbst verstanden wird.³³⁴ In der praktischen Umsetzung setzte die PRC anfänglich auf den Aufbau eines Forums der alternativen Linken, in dem Linksparteien verschiedener Ausrichtung, Gewerkschaften, Genossenschaften, Bürgervereine, feministische und Umweltgruppen, studentische Ausschüsse usw. in einem nationalen und/oder regionalen Zusammenhang gemeinsam kooperieren können.

Die angesichts der vorgezogenen Parlamentsneuwahlen 2008 beschleunigte Umsetzung dieser Überlegungen entwickelte sich vor dem Hintergrund der unzureichenden innerparteilichen Verankerung der Sinistra Europea, der geringen Einbindung der Parteibasis sowie des politischen Scheiterns des Einigungsprozesses zwischen den Parteien der Regenbogenlinken³³⁵ zu einem massiven Akzeptanzproblem. Sie wurde damit zum Kristallisationspunkt der politischen Niederlage der Bertinotti-Mehrheit. »Die [...] vorgezogenen Neuwahlen haben den in der italienischen Linken laufenden Einheitsprozess auf halber Strecke getroffen. Die Wahlergebnisse haben ihn versenkt.«³³⁶

Die gegenwärtige Strategie der PRC

Die Spaltung der Partei

Die schwere Wahlniederlage der PRC bei den vorgezogenen Neuwahlen 2008 stürzte die PRC in eine tiefe innerparteiliche Krise. Scharfe Auseinandersetzungen hinsichtlich der aus dem Wahlergebnis zu ziehenden Schlussfolgerungen für Strategie und Taktik der Partei kennzeichneten die Vorbereitung des anstehenden Parteitag. »Ich glaube nicht, dass die Frage, Ferrero oder Vendola die wesentliche zu beantwortende Frage ist. [...] Es gibt einen zwingenden Reflexionsbedarf, nicht nur hinsichtlich der Entscheidungen und der Verantwortung der Führung, sondern bezüglich der Ideen und des neuen Aussehens der italienischen Linken«³³⁷ – mit diesen Worten versuchte Pietro Ingrao den Auseinandersetzungen noch eine politisch positive Ausrichtung zu geben.

Die Übergangsführung der Partei, die an die Stelle der zurückgetretenen Parteiführung gerückt war, hatte zwar den Auftrag, die Partei geordnet in einen Diskussions- und Entscheidungsprozess zu führen, sie sah sich aber nicht in der Lage, das Lernen aus den Entwicklungen als einen kollektiven Prozess der gesamten Partei zu organisieren. Schnell verkürzten sich die Diskussionen auf die machtpolitische Frage, wer sich mit seiner Deutung und seinen Antworten politisch durchsetzen wird. Dabei standen sich im Kern zwei relativ gleich große Plattformen gegenüber: die vom Regionalpräsidenten Apuliens, Nichi Vendola, angeführte ehemalige Bertinotti-Mehrheit in der Partei sowie das vom Sozialminister in der Regierung Prodi, Paolo Ferrero, und dem früheren Sekretär für internationale Beziehungen der Partei, Claudio Grassi, angeführte Bündnis aus der langjährig zu

³³⁴ Porcaro: Die Partei der kommunistischen Neugründung – Traditionen, Innovationen, Perspektiven, S. 13 f.

³³⁵ Vgl. hierzu die ausführliche Darstellung des ehemaligen Büroleiters von Fausto Bertinotti über die unterschiedlichen Ausgangssituationen und politischen Ansätze der beteiligten Parteien, aber auch über den widersprüchlichen Charakter des Einheitsprozesses, geprägt von Interessenkonflikten und Widersprüchen, die zwischen den Parteien angesichts sich überschlagender politischer Entwicklungen und seines unzureichenden demokratischen Charakters nie geklärt werden konnten. Vgl. Walter De Cesaris: Cronaca di un processo unitario: tra ambizione e fallimento [Chronik eines Einheitsprozesses: zwischen Ambition und Scheitern], in: *Alternative per il socialismo*, Rivista bimestrale, numero 6, luglio-settembre 2008, S. 169 ff.

³³⁶ Ebenda, S. 169.

³³⁷ Vgl. P. Ingrao, *Corriere della Sera*, 20 giugno 2008.

Bertinotti in Opposition stehenden Strömung Essere Comunisti³³⁸ und Teilen der bisherigen Parteimehrheit.

Die Auseinandersetzung manifestierte sich auf dem Parteitag der PRC im Juli 2008 in zwei konkurrierenden Leitanträgen. Leitantrag 1 ging in der Bewertung der Wahlniederlage von einer auf die Liquidation der Partei ausgerichteten Politik der vorherigen Parteiführung aus, deren theoretischer Ursprung in einer Unterschätzung der »zentralen Rolle des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit« liege. Hinsichtlich der Strategie und Arbeit der Partei wurde eine Überbetonung des »Politischen« und eine starke Vernachlässigung des »Sozialen« konstatiert. Leitantrag 2 hingegen führte die historische Niederlage der PRC primär auf sich langfristig vollziehende gesellschaftliche Transformationsprozesse zurück, welche von der Partei weder gesehen noch verstanden wurden.

Trotz aller Bemühungen, die von gegenseitiger Verleumdung und Verletzung gekennzeichnete Diskussion im Vorfeld und auf dem Parteitag nicht in eine Sieger-Verlierer-Konstellation münden zu lassen, endete der Parteitag mit einer »Plattform-Koalition« zum Nachteil der um den Leitantrag 2 gruppierten relativen Mehrheit der Partei. Schnell war der politische Minimalkompromiss zwischen den sehr heterogenen Teilen der neuen Mehrheit gefunden: Fortbestand der PRC und Erneuerung der Partei »von unten nach links«. Dieser reichte offensichtlich für die Bündelung der neuen Mehrheit, nicht aber für die Aufgabe, die gesamte Partei auf dieser Basis auch in die erforderliche nächste Etappe ihrer Entwicklung zu führen. Ohne Willen und Mittel zur Lösung des Konfliktes gingen die Auseinandersetzungen in der Partei auch nach dem beschworenen Neuanfang weiter und endeten fast zwangsläufig Anfang 2009 in der Spaltung der Partei.

Abspaltungen der PRC

Am 24. und 25. Januar 2009 versammelte sich die Führung der als Neugründung für die Linke (Rifondazione per la Sinistra) organisierten Bertinotti-Strömung zu einer Nationalen Konferenz, um über die weiteren Perspektiven der Arbeit in der Partei zu diskutieren. Obwohl die Mehrheit der Strömung sich zu diesem Zeitpunkt noch für einen Verbleib in der Partei aussprach, entschieden sich im Ergebnis der Diskussionen 90 ihrer auf dem letzten Parteitag gewählten 134 Mitglieder im Nationalen Politischen Ausschuss, aus der Partei auszutreten und die Bewegung für die Linke (MpS – Movimento per la Sinistra) zu gründen.³³⁹ Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Wahlen zum Europaparlament, den parallel stattfindenden administrativen Wahlen sowie der von der Berlusconi-Regierung eingeführten Vier-Prozent-Sperrklausel versuchte die MpS sehr schnell, ihrem zentralen Projekt der konzeptionellen und politischen Erneuerung des linken parteipolitischen Spektrums ein konkretes Gesicht zu geben. Ende Februar gelang es der MpS, Parteien und Bewegungen verschiedener Traditionslinien der italienischen Linken zusammenzubringen und die gemeinsame Wahlplattform Linke und Freiheit (SeL – Sinistra e Libertà) zu bilden. Sie vereinte dabei erstmalig Organisationen aus dem kommunistischen³⁴⁰ und dem sozialistisch libertären Umfeld³⁴¹ mit denen der

³³⁸ So lehnt die Strömung »Kommunisten sein« die von der Parteiführung beabsichtigte »Integration« der Partei in die Antiglobalisierungsbewegung ebenso wie auch den Paradigmenwechsel hin zur Gewaltfreiheit prinzipiell ab und stellt vielmehr die These dagegen, »nicht die Erneuerung, sondern die Stärkung der Partei [müsse] an erster Stelle [...] stehen«. Vgl. A. Burgio/C. Grassi: Radiografia del conflitto sociale [Radiografie des sozialen Konflikts], in: *Il Manifesto*, 19 luglio 2001; Andrea Colombo: La segreteria val bene una messa [Es lohnt sich im Sekretariat zu sein], in: *L'Altro*, 11 giugno 2009; Mimmo Porcaro: Die radikale Linke und das Problem des Pluralismus: der Fall Italien; Beitrag zum Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung über die Parteien der radikalen europäischen Linken, Berlin, 16.-18. Dezember 2005, S. 9.

³³⁹ Zu den Ausgetretenen zählt letztlich fast die komplette bisherige Führungsriege der Partei. Neben dem bisherigen Parteivorsitzenden Franco Giordano verließen u. a. der Regionalpräsident von Apulien Nichi Vendola, der ehemalige Fraktionsvorsitzende Gennaro Migliore, die ehemalige stellvertretende Außenministerin Patrizia Sentinelli und der Abgeordnete des Europaparlaments Roberto Musacchio die Partei.

³⁴⁰ Neben der MpS beteiligt sich an der Plattform auch die linke PdCI-Minderheitsabspaltung »Die Linke vereinen« (Unire la Sinistra) um Katia Belillo und Umberto Guidoni. MpS und ULS ordnen sich politisch beide der GUE/NGL zu.

³⁴¹ Für die sozialistisch libertäre Traditionslinie steht zum einen die Sozialistische Partei von Riccardo Nencini, die aus der ehemaligen PSI von Bettino Craxi entstanden ist, als auch die aus der ehemaligen IKP hervorgegangene »Demokratische Linke« (SD – Sinistra Democratica) um Fabio Mussi und Claudio Fava. Beide Organisationen sehen sich politisch in der PSE beheimatet.

Umweltbewegung, Teilen der »sozialen Linken« und linken Intellektuellen und Kulturschaffenden³⁴². Bei den Wahlen zum Europaparlament konnte Sinistra e Libertà auf Anhieb 3,12 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Ohne Zugriff auf Mittel der Parteienfinanzierung, von den Massenmedien weitgehend ignoriert und von den ehemaligen Genossen der PRC und ihrem Linksbündnis verfermt, stellten diese 958.458 Stimmen einen großen Erfolg dar, politisch war er jedoch ohne unmittelbare Bedeutung, denn die SeL verfehlte ebenso wie das Wahlbündnis der PRC die offizielle Sperrklausel. In diesem Spannungsverhältnis von Erfolg und Misserfolg entbrannte innerhalb der Wahlplattform sehr schnell die Diskussion über deren weitere Zukunft und Entwicklungsrichtung.

Gegen den Vorschlag, die Plattform im Ergebnis eines gemeinsamen Transformationsprozesses aller Beteiligten mittelfristig in eine italienische Linkspartei umzuwandeln, opponierten vor allem die Sozialisten und Teile der Grünen, die ihrerseits die Form einer Föderation favorisierten. Da sich beide Parteien mit ihrer Sicht in der SeL nicht durchsetzen konnten, stiegen sie im Oktober bzw. im November 2009 aus dem Projekt aus. Die in diesem Kontext über Monate anhaltende Krise des Projektes SeL konnte erst Ende Dezember 2009 beendet werden, als es auf der Konstituierenden Versammlung in Neapel gelang, diesen Diskussions- und Entscheidungsprozess selbst zu demokratisieren.³⁴³ Rieb sich die SeL bisher an den divergierenden taktischen Interessen der Stabsquartiere der beteiligten Parteien und Organisationen auf, hatten nunmehr die auf der Basis der Wählerstimmen gewählten Delegierten selbst zu entscheiden, ohne dass die Parteien das Ergebnis – die Legitimation der Basis – korrigieren oder konterkarieren konnten. Mit überwältigender Mehrheit entschieden sich die Delegierten für den Weg der Parteigründung, der voraussichtlich im Oktober 2010 mit einem Gründungsparteitag abgeschlossen werden soll. Um den Weg für eine Beteiligung von Teilen der Grünen offenzuhalten, nannte sich die Linke und Freiheit (SeL – Sinistra e Libertà) in Linke, Ökologie, Freiheit (SEL – Sinistra, Ecologia Libertà) um.

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfügt die SEL noch nicht über eine ausgeprägte politische Programmatik, deren Entwicklung selbst erst im Rahmen des Parteibildungsprozesses erfolgen soll. Auf der Basis der verschiedenen vorliegenden Wahlprogramme lassen sich aber bereits einige Grundsäulen einer zukünftigen Programmatik ableiten. Dazu zählen:

- die Verteidigung der italienischen Verfassung und ihrer Prinzipien im Hinblick auf gleiche Rechte und Chancen, die Rechtsstaatlichkeit, der weltliche Charakter des Staates sowie die Freiheit der Information;
- das Durchsetzen von Moral und Transparenz im Bereich des öffentlichen Lebens sowie bei der Führung öffentlicher Verwaltungen;
- der Schutz der Werktätigen und des Sozialstaates, u. a. mittels der Durchsetzung des Rechts auf Arbeit für alle (der Beschäftigten, der prekär Beschäftigten wie auch der Arbeitslosen), der Ausweitung des Geltungsbereiches des »Arbeiterstatuts« sowie der Verteidigung des nationalen Kollektivvertrages;
- die Verhinderung von Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge (u. a. im Bereich der Bildung und der Wasserversorgung) sowie die qualitative Weiterentwicklung der staatlichen Dienstleistungsbereiche;
- der Übergang zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell, welches auf der deutlichen Ausweitung der Nutzung alternativer Energien und der Energieeffizienz basieren soll.³⁴⁴

Wenn der Diskussionsprozess über die weitere politische Ausrichtung der Programmatik der SEL auch noch als offen zu bezeichnen ist, so besteht zwischen den an der SEL beteiligten Kräften Übereinstimmung in drei Grundaxiomen, entlang derer die SEL gegenwärtig sich und ihre Politik

³⁴² Herausgehobene Vertreter während des Wahlkampfes waren vor allem der bekannte Karikaturist Sergio Staino, die renommierte Vertreterin der italienischen Friedensbewegung Lisa Clark, die mit ihren Berichterstattungen über Kriegsverbrechen in Afghanistan und im Irak berühmt gewordene Journalistin des Manifesto Giuliana Sgrena, der Vorsitzende der italienischen Piraten Partei Alessandro Bottoni, der Schauspieler Sergio Troiano sowie die Kinderbuchautorin Bianca Pitzorno.

³⁴³ Vgl. Pax a sinistra ma senza liturgie: Intervista a Gennaro Migliore [Frieden unter den Linken aber ohne Liturgien: Interview mit Gennaro Migliore], in: gli Altri, Settimanale di politica e cultura, 26 marzo 2010, Anno II Numero 15, S. 7.

³⁴⁴ Vgl. Sinistra Ecologia Libertà presenta candidati e programma per le regionali, in: <http://www.arezzone.it>.

entwickelt und die durchaus geeignet scheinen, die Vertrauenskrise zwischen linker Politik und dem unverändert breiten linken gesellschaftlichen Potential zu beheben. Diese Axiome betrachtet die SEL als Voraussetzung, den »linken Raum wieder politisch und nicht nur organisatorisch zu interpretieren«³⁴⁵. Zu diesen Grundaxiomen zählen:

- Die Implementierung eines im Vergleich zur bisherigen linken Praxis deutlich veränderten Politikstils: Bei diesen Überlegungen geht die SEL von der Einschätzung aus, dass die Politik selbst zum Privateigentum von politischen Kasten verkommen ist.³⁴⁶ Über die unmittelbare Einbindung der Parteimitglieder und Wähler, möglichst aber generell der Bürger in die Politikfindung und -umsetzung, soll in Zukunft gesichert werden, dass die realen und nicht die vermittelten Bedürfnisse und Erwartungen der Bürger zur Grundlage von Politik werden. In diesem Kontext schafft die SEL zurzeit im ganzen Land sogenannte "Fabriken", die in ihrer horizontalen Organisationsausprägung der Diskussion und Entwicklung von realer Alternativpolitik zu dienen haben. Neben diesen sogenannten Innovationslaboren soll im Rahmen des angestrebten partizipativen Demokratiemodells die Besetzung von Wahlfunktionen ausschließlich mit Personen und Persönlichkeiten erfolgen, deren gesellschaftliches Engagement einen unmittelbaren Bezug zum jeweiligen Wahlbezirk aufzuweisen habe. Die Besetzung von Wahlfunktionen mit Berufspolitikern oder aus dem »Parteiapparat« heraus will sie zu verbieten, die Bestätigung von Kandidaten der SEL soll prinzipiell im Rahmen sogenannter offener Vorwahlen erfolgen.

- Die Entwicklung von Alternativen, die vor allem einen unmittelbaren Bezug zu konkreten lokalen Problemen haben: Im Gegensatz zur Lega Nord, welche das Territorium gegen alles Fremde abschottet und in ihm die Verteidigung eigener egoistischer Interessen organisiert, will die SEL versuchen, aus der jeweiligen lokalen Besonderheit Alternativen zu entwickeln, die durch »gute« administrative Arbeit umgesetzt werden können und somit Entwicklungen einleiten, die sich zu gesellschaftlichen Veränderungen öffnen. Gute Beispiele hierfür konnte die Regionalregierung Apuliens unter der Leitung des Nationalen SEL-Sprechers, Nichi Vendola, entwickeln, die es der in der Vergangenheit stark rückständigen Region ermöglichten, deutliche Fortschritte zu machen. Zu solchen Beispielen gehörten u. a. Sozialprogramme, Programme gegen prekäre Beschäftigung, die massive Förderung alternativer Energiequellen, das Verbot der Privatisierung des Wassers sowie des von Berlusconi angeordneten Baus von Kernkraftwerken in der Region.

- Die Überwindung des historisch tradierten »pädagogischen« Parteimodells³⁴⁷, nach dem eine Partei jeweils über eine »Lehre« und über einen Apparat verfügen müsse, der diese wiederum verbreite und ihre Umsetzung absichere. In der Konsequenz versucht die SEL zurzeit noch den Aufbau von »starrten« Parteistrukturen zu vermeiden. Auf der Gründungskonferenz im Dezember beschränkte sie sich erst einmal darauf, neben der Wahl eines Sprechers und der Benennung sehr kleiner Arbeitsgremien (ein Sekretariat mit acht Mitgliedern sowie eine politische Koordinierung mit 32 Mitgliedern) vor allem einen wissenschaftlichen Beirat (Comitato Scientifico) zu berufen.

Mit diesen Politikansätzen konnte die SEL bei den im März 2010 stattgefundenen Regionalwahlen das Ergebnis der Europawahlen bestätigen. 3,03 Prozent der Wähler stimmten für die SEL, obwohl die Sozialistische Partei sowie die Grünen ja nicht mehr zu dem Projekt gehören. Insgesamt konnte die SEL ihr Ziel, sich in ganz Italien als eine nationale Partei zu etablieren, nicht erreichen. Während sie in Apulien mit 146.145 Stimmen 9,7 Prozent der Wähler binden konnte, liegt sie in allen anderen Regionen deutlich unter 100.000 Stimmen: Im Norden vereinigte sie im Durchschnitt 1,5 Prozent der Stimmen auf sich und in den Regionen Mittelitaliens liegt sie im Mittel bei 2,95 Prozent. Durch das sehr gute Abschneiden in Apulien erzielte die SEL im Süden im Schnitt 6,6 Prozent.

³⁴⁵ Vgl. Pax a sinistra ma senza liturgia, S. 7.

³⁴⁶ Vgl. Cara Rifondazione Ora Unità: Intervista a Nichi Vendola [Liebe Rifondazione, jetzt die Einheit: Interview mit Nichi Vendola], in: gli Altri, Settimanale di politica e cultura, 18 dicembre 2009, S. 3.

³⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 4.

Mimmo Porcaro

Die Partei der kommunistischen Neugründung zwischen scheinbarer Kontinuität und tatsächlicher Diskontinuität

Eine riskante Situation

Die Ergebnisse der letzten Wahlen zum Europäischen Parlament vermitteln uns ein entmutigendes Bild der radikalen italienischen Linken. Die Partei der kommunistischen Neugründung (PRC – Rifondazione Comunista) erreichte gemeinsam mit der Partei der italienischen Kommunisten (PdCI – Partito dei Comunisti Italiani) 3,4 Prozent der Stimmen, während die jüngst durch eine Linksabspaltung von der PRC entstandene Kommunistische Partei der Arbeiter (Partito Comunista dei Lavoratori) lediglich 0,5 Prozent der Stimmen erhielt und die aus dem Bündnis Linke und Freiheit (Sinistra e Libertà) hervorgegangene Partei Linke Ökologie und Freiheit (SEL – Sinistra Ecologia e Libertà), eine vor Kurzem erfolgte »rechte Abspaltung« von der PRC, 3,1 Prozent der Stimmen erlangte. Keine der drei Gruppierungen kam über die 4-Prozent-Schwelle, und somit ist keine italienische Nachfolgepartei der Kommunisten, der Sozialisten oder der neuen Linken im Parlament vertreten, weder in Straßburg noch in Rom.

Wenn man von dem Anteil der Stimmen der SEL absieht, die von anderen Komponenten herkommen (unter anderem von den Grünen als Nachfolger der ehemaligen Sozialistischen Partei, die nicht im Mitte-Rechts-Bündnis aufgegangen sind), gingen diese zersplitterten sieben Prozent der Stimmen an politische Kräfte, die vormals alle in einer Partei vereint waren. Eine bedeutende politische Erfahrung, die es vermocht hat, auch schwierige und harte Proben zu bestehen, läuft heute zum ersten Mal Gefahr, aus der politischen Landschaft Italiens und Europas zu verschwinden.

Dieses Ergebnis hat auch die strukturellen Grenzen der PRC sichtbar gemacht, die durch eine wenn auch geringe Anzahl von Studien über diese Partei deutlich belegt sind³⁴⁸: ihre starke innere Zersplitterung, die das Entstehen einer echten »Parteiloyalität« verhindert und wahrscheinlich auch die Erneuerung gebremst hat, sowie ihr Unvermögen, ein stabiles Verhältnis zur Wählerschaft aufzubauen, was zur Abhängigkeit der Partei von ihrem politischen Umfeld, von der Natur der gemäßigten Linken und von den Ergebnissen ihrer auf kurze Zeit ausgerichteten Entscheidungen führte.

Zudem können die Erben der »alten« Rifondazione nicht einmal den politischen Raum nutzen, der durch die ausgeprägte Orientierung der Demokratischen Partei (PD – Partito Democratico) zur Mitte entstanden ist: die Einen (SEL), weil sie die PRC gerade deshalb verlassen, um sich dauerhaft an die Demokratische Partei zu binden, die Anderen (PRC), weil sich ein solches Vorhaben auf Grund der Art der politischen Auseinandersetzung und auf Grund des Wahlsystems in Italien, wie wir sehen werden, äußerst schwierig gestaltet.

Auch wenn es der PRC allein oder im Bündnis mit anderen gelingen würde, einen relevanten Teil dieses Raums einzunehmen und der Wählerbasis der PD alternative Antworten zu bieten, würde dies nicht ausreichen, um eine sozialistische Volksbewegung mit Massencharakter ins Leben zu rufen, die eine Alternative zur Rechten böte, da die gemeinsame Wählerbasis der PD und der radikalen Linken nur einen begrenzten Teil der unteren Bevölkerungsschichten vertritt. Wenn die italienische radikale Linke überleben und in Zukunft zu einem unabhängigen bedeutenden politischen Subjekt werden will, darf sie nicht nur auf der politischen Angebotsseite aktiv sein, sondern muss ihr Augenmerk auch auf die Nachfrageseite richten. So muss sie die Nachfrage nach Sicherheit und Schutz, die bei einem Großteil der unteren sozialen Schichten, der heute rechts wählt, besteht, in eine Nachfrage nach sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Kontrolle von Wirtschaft und Umwelt umwandeln.

³⁴⁸ J. I. Dormagen, *I comunisti. Dal Pci alla nascita di Rifondazione Comunista. Una semiologia politica (dt.: Die Kommunisten. Von der PCI zur Partei der kommunistischen Neugründung. Eine politische Semiologie)*, Koinè, Rom, 1996; S. Bertolino, *Rifondazione comunista. Storia di un'organizzazione (dt.: Die Partei der kommunistischen Neugründung. Geschichte einer Organisation)*, Il Mulino, Bologna, 2004; F. De Nardis, *La Rifondazione comunista. Asimmetrie di potere e strategie politiche di un partito in movimento (dt.: Die kommunistische Neugründung. Asymmetrien der Macht und politische Strategien einer in Bewegung befindlichen Partei)*, Angeli, Mailand, 2009.

Um den Kontext der schwerwiegenden aktuellen Probleme der radikalen Linken und die Aussichten auf deren Lösung näher zu erfassen, ist es notwendig, über einige spezifische Merkmale zu reflektieren, die für die Sozialstruktur Italiens, die Art der stattfindenden politischen Auseinandersetzung sowie für das italienische Wahlsystem kennzeichnend sind.

Das Ende der kollektiven Volksbewegungen

Die tiefgreifenden Veränderungen, die die italienische Gesellschaft seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts erfasst haben, hatten aus unserer Sicht vor allem das Ende der kollektiven Volksbewegungen und der Politik des gesellschaftlichen Wandels zur Folge. An ihre Stelle traten individuelle und korporativistische Aktionen sowie eine wechselnde Politik zwischen Massenklientelismus (Mitte-Rechts) und makroökonomischer »Strenge« in Ausrichtung auf die europäische Integration (Mitte-Links). Dieser Wandel war das Ergebnis eines bewussten Vorgehens der herrschenden Klassen, welches die Zerstörung der gesellschaftlichen Basis der einflussreichen Arbeiterbewegung der 70er Jahre zum Ziel hatte. Hierzu griff man in großem Umfang auf das Mittel der Dezentralisierung der Produktion zurück sowie auf eine Aufwertung der Kleinunternehmen, die Schwächung der Gewerkschaften und die Entwicklung individueller oder zumindest nicht gewerkschaftlich geschützter Beschäftigungsformen. Hinzu kam die Verbreitung von individualistisch geprägten Konsummodellen und Lebensweisen (insbesondere durch das Privatfernsehen Silvio Berlusconi, das bald auch vom öffentlichen Fernsehen imitiert wurde). Der Keim dieses Wandels ist leicht in der Politik des (stark von Silvio Berlusconi unterstützten) Sozialisten Bettino Craxi auszumachen, der zu Beginn der 80er Jahre entschiedene Maßnahmen gegen die gesellschaftliche und politische Rolle der Gewerkschaften und gegen das »Vetorecht« eingeleitet hat, das die Kommunistische Partei gegen die Beschlüsse der Regierungsmehrheiten ausüben konnte. Die Probleme des gesellschaftlichen Konsenses, die aus einer solchen Politik erwachsen, wurden von Craxi durch eine deutliche Erhöhung der Staatsausgaben gelöst. Geldgeschenke des Staates ersetzen somit die mit Sozialkämpfen erlangten Lohnerhöhungen. Man kann daher sagen, dass der größte Anstieg der italienischen Staatsverschuldung keine Ergebnis der Entwicklung des Klassenkampfes ist, sondern im Gegenteil die Folge der Unterbrechung desselben sowie der Herausbildung einer neuen Hegemonie, die auf dem Verhältnis zwischen individualisierten Bürgern und klientelistischen Regierungen basiert.

Dieser Keim bildete sich in den Jahren der wachsenden Flexibilität und Unsicherheit der Arbeitnehmer heraus, zusammen mit der Betonung der individuellen »Verdienste« und der angeblichen »Entscheidungsfreiheit«, und verstärkte sich weiter mit dem Untergang des in Italien in den Jahren der Ersten Republik entstandenen sozialen Einheitsstaates. An die Stelle des mit den Arbeitskämpfen in den 70er Jahren geschaffenen Sozialstaats trat der Trend zur Privatisierung zahlreicher öffentlicher Dienste. Diese Leistungen wurden von einem Mix von öffentlichen und privaten Akteuren übernommen, wobei letztere eine zunehmend wichtigere Rolle spielen. Der Einheitsstaat, der (wenn auch ohne Erfolg) darum bemüht war, die zwischen dem Norden und dem Süden des Landes bestehende Kluft zu verringern, wurde durch einen föderalen Staat ersetzt, welcher nicht nur von der Autonomiepartei – der Lega Nord –, sondern auch von der ausgedehnten Politikerschicht in den regionalen Institutionen befürwortet wird. Dies führt zu einer unkontrollierten Mehrung der Macht der Regionen (nicht hingegen der Kommunen) und vergrößert das Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen Gebieten des Landes zu Gunsten der reicheren Gebiete, wobei das Allgemeininteresse des Landes durch die Interessen der territorialen Gemeinschaften ersetzt wird.

Für viele Analysten und Kommentatoren markiert dieser Prozess die Wiederkehr der langen Dauer in der italienischen Geschichte – einer Geschichte, die seit dem 16. Jahrhundert durch die Schwäche des Einheitsstaats und der kollektiven Identität sowie durch Vorherrschaft des Partikularismus und des Individualismus³⁴⁹ gekennzeichnet war. Andere halten dem entgegen, dass eine solche Lesart der

³⁴⁹ C. Duggan, *La forza del destino. Storia d'Italia dal 1796 ad oggi* (dt.: *Die Macht des Schicksals. Die Geschichte Italiens von 1796 bis heute*), Laterza, Rom-Bari 2008. Eine Lektüre zur italienischen Geschichte im Hinblick auf die *longue durée* ist auch für deutsche Leser verfügbar: C. Jansen, *Italien seit 1945*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 2007.

italienischen Geschichte zu der fälschlichen Annahme führt, dass die Herausbildung großer kollektiver Identitäten und offener politisch-ideologischer Konflikte in Italien entweder von oben oktroyiert wurde (wie im Fall des Faschismus) oder nur eine kurze Parenthese darstellte (wie in der Nachkriegszeit oder in den 70er Jahren); was jedoch nicht den dynamischen und in hohem Maße partizipativen Charakter der gesamten Entwicklung der Ersten Republik erklären würde, die sich auf die Volksparteien und auf ihre gegensätzlichen allgemeinen Anschauungen gründete³⁵⁰.

Betrachtet man jedenfalls die aktuellen Vorgänge in der italienischen Gesellschaft nur aus der Perspektive der »langen Dauer« des Individualismus und der Schwäche des Staates, so versteht man in Wirklichkeit weder die Bedeutung des heutigen Individualismus noch die aktuelle Rolle der Politik. Während der Individualismus in Italien seit jeher vor allem Ausdruck der Herrschaft vergleichsweise privilegierter gesellschaftlicher Schichten ist, hat er sich heute auch unter den abhängig Beschäftigten stark verbreitet, teilweise als Ausdruck ihrer Unterordnung (unter die prekären Arbeitsverhältnisse und das Konsumdenken, die als freie Entscheidung und als Gleichheit mit dem imaginierten Lebensstil der »oberen« Klassen erlebt werden) und teilweise als die Form, in der sie sich ihre eigene Emanzipation vorstellen³⁵¹. Während der italienische Individualismus zudem stets auf die Unterstützung der Politik angewiesen war (die große Vielzahl von Kleinunternehmen hätte nicht ohne die staatlichen Zuwendungen entstehen können), benötigt er heute die Unterstützung – auf Grund der veränderten Weltmarktbedingungen und infolge der großen Krise – mehr denn je, andererseits ist es ihm gelungen, ein viel größeres politisches Gewicht zu erlangen. Während trotz der abnormen Vermischung öffentlicher und privater Interessen, die für die Geschichte des italienischen Staates stets kennzeichnend war, die Schaltstellen der Macht dennoch fast immer von Politikern besetzt waren, hat sich das Verhältnis heute umgekehrt, sodass die Politik auf lokaler wie auf nationaler Ebene dazu tendiert, immer mehr zum direkten Ausdruck privater Interessen zu werden³⁵².

Angesichts dieser gesellschaftlichen Situation (deren rückschrittliche Züge durch die rassistischen und defensiven Reaktionen auf das verbreitete Phänomen der Einwanderung noch weiter verstärkt werden) scheint die gesamte Linke über keinerlei Antworten zu verfügen.

Die »gemäßigte« Linke (die sich inzwischen in ihren Positionen immer weniger von denen der Mitte unterscheidet) versucht, den Individualismus als fortschrittlich auszulegen, indem sie die Verdienste und den freien Wettbewerb zwischen den Individuen als wichtiges Element für die Modernisierung des Landes hervorhebt. In diesem ideologischen Bereich hat jedoch die Rechte größere Chancen auf Erfolg. Aus politischer Sicht ist das Verhalten der gemäßigten Linken schizophoren: Einerseits ist sie auf regionaler und lokaler Ebene tief in die Verflechtung von öffentlichen und privaten Interessen involviert und verteidigt mehr noch als die politische Rechte die Privatisierung der öffentlichen Dienste; andererseits verfolgt sie, wenn sie die nationale Regierungsverantwortung trägt, nicht mehr diese klientelistische Version der Politik, sondern entwickelt eine auf Einsparungen und auf Europa ausgerichtete politische Linie, ohne sich um die Herausbildung alternativer Formen des Konsenses in der Bevölkerung zu kümmern.

Die radikale Linke schwankt zwischen einem progressiven Individualismus (vor allem als Schutz der Rechte des Einzelnen im sexuellen, ethischen und religiösen Bereich) und der Wiederbelebung der alten Formen kollektiver Solidarität (Arbeit und Klassenbewusstsein), die einen immer geringeren gesellschaftlichen Einfluss zu haben scheinen. Darüber hinaus handelt es sich bei den kollektiven Aktionen, die in Italien dennoch auch weiterhin stattfinden und mit denen es die radikale Linke (wie im Fall des Altermondialismus) im Allgemeinen schafft, in Einklang zu treten, vorwiegend um Bewegungen einer Bevölkerungs-Elite, die über ein großes »kulturelles Kapital« verfügt, während der Großteil der unteren, geringer qualifizierten sozialen Schichten nur vereinzelte, politisch wenig

³⁵⁰ G. Crainz, *Autobiografia di una Repubblica. Le radici dell'Italia attuale* (dt.: *Autobiographie einer Republik. Die Wurzeln des heutigen Italien*), Donzelli, Rom, 2009

³⁵¹ M. Magatti, M. De Benedittis, *I nuovi ceti popolari. Chi ha preso il posto della classe operaia?* (dt.: *Die neuen unteren sozialen Schichten. Wer hat die Stelle der Arbeiterklasse eingenommen?*), Feltrinelli, Mailand, 2006.

³⁵² A. Statera, *Il Termitaio. I signori degli appalti che governano l'Italia* (dt.: *Der Termitenhügel. Die Herren des Auftragswesens, die Italien regieren*), Rizzoli, Mailand, 2009

sichtbare Gewerkschaftsaktionen oder fragmentarische, kurzzeitige Proteste organisiert, die in Bezug auf die Form und die Inhalte häufig nicht klar definiert sind³⁵³.

Die Natur der politischen Auseinandersetzung in Italien

Während die soeben dargestellten Schwierigkeiten die strukturellen Probleme der italienischen Linken betreffen, gibt es noch weitere Schwierigkeiten, die aus der besonderen Natur der politischen Auseinandersetzung in Italien erwachsen, welche sich, wie man weiß, anscheinend auf die Figur Silvio Berlusconis konzentriert. Inzwischen kann man sagen, dass zu den zahlreichen Desastern, die dieser schlaue Wirtschaftsmagnat zu verantworten hat, auch die Entstehung des »Antiberlusconismus« zählt, der darin besteht, dass die Werte und das Gemeinschaftsgefühl der Linken zunehmend auf die einfache Opposition gegen die Politik Berlusconis – oder sogar seinen persönlichen Stil – reduziert werden. Alles, was irgendwie nach Respekt vor den Institutionen oder den Gesetzen aussieht, zur Moral im privaten wie im öffentlichen Bereich oder auch nur zum guten Ton zu gehören scheint, also alles, was anders ist als der vulgäre Populismus Berlusconis, scheint daher bereits »links« zu sein, sodass sich die Natur und die Aufgaben der Linken hierin zu erschöpfen scheinen. Um diese Natur und diese Aufgaben neu zu definieren, ist jedoch wie immer eine realistische Analyse der politischen Beziehungen und ihrer Wurzeln in den gesellschaftlichen Klassen des Landes erforderlich, die über den äußeren Schein des politischen Schauspiels hinausgeht.

Was heute in Italien geschieht, ist das Aufeinandertreffen zweier unterschiedlicher »Blöcke« der herrschenden Klassen. Der erste Block (große und mittlere Unternehmen der Industrie und Finanzwirtschaft mit tendenzieller Ausrichtung auf Europa und den Weltmarkt) verfügt über große wirtschaftliche Stärke, doch nicht über die entsprechende Fähigkeit zur Konsensbildung, da sich die Europapolitik in Italien fast nur in Form von Privatisierungen sowie einer restriktiven Geldpolitik präsentiert hat; der zweite Block (mittlere und kleine Unternehmen mit tendenziell antieuropäischer und nationaler Orientierung) verfügt über eine deutlich geringere wirtschaftliche Stärke, doch über größere Konsensfähigkeiten, auch durch den populistischen Einsatz des Mediums Fernsehen. Dies ist der von Silvio Berlusconi angeführte Block, während der erste Block sich tendenziell mit dem Mitte-Links-Lager identifiziert, auch wenn er sich nicht weigern würde, Berlusconi zu unterstützen, sollte dieser weniger den Klientelismus fördern, weniger seinen Privatinteressen nachgehen und weniger abenteuerlustig agieren, als dies der Fall ist. Die beiden Blöcke haben zahlreiche gemeinsame Berührungsfelder insofern, als sie bei den Entscheidungen über die Ausweitung der prekären Beschäftigungsverhältnisse, die Privatisierung von Dienstleistungen, die Verringerung der Kontrolle der Justiz über die Politik, die Förderung öffentlicher Großbauprojekte als profitable Investitionsmöglichkeit für die Unternehmen und bei der Frage der Regionalisierung der Macht übereinstimmen. In allen diesen Punkten sind die Unterschiede lediglich taktischer und nicht strategischer Art. Die wichtigsten strategischen Unterschiede betreffen hingegen die Modalitäten des Zugangs zu den Weltmärkten (der rechte Block befürwortet häufig protektionistische Lösungen), den Grad der Kontrolle der Regierung über die öffentlichen Mittel (der rechte Block, der schwächere Unternehmen repräsentiert, benötigt in größerem Maße die direkte Unterstützung des Staates), die Einbindung der Gewerkschaftsorganisationen (der rechte Block fordert entschieden die Trennung der Gewerkschaften und den Ausschluss der CGIL aus den Tarifverhandlungen) und die Steuerpolitik (die Rechte begünstigt die Steuerhinterziehung). Doch all diese Unterschiede könnte man vernachlässigen und sie könnten eine friedlichere Koexistenz zwischen den beiden Blöcken ermöglichen (auch weil die Rechte nicht die Kraft hat, sich wirklich gegen die europäische Integration zu stellen und höchstens versucht, Korrekturen vorzunehmen), wenn da nicht der Umstand wäre, dass in einem kapitalistischen System der Inhaber eines großen Unternehmens nur dann Regierungschef werden kann, wenn er in der Lage

³⁵³ Eine Ausnahme bilden die Bewegungen zur Verteidigung des Territoriums gegen die kapitalistische Spekulation wie die Bewegung NO TAV in der Region Piemont (gegen die Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke Turin-Lyon) oder die Bewegung, die sich gegen den Bau der Brücke über die Meeresenge von Messina einsetzt (ein Gebiet, in dem Erdbebengefahr besteht und insbesondere das Risiko der Verwaltung öffentlicher Aufträge durch die Mafia). An diesen Bewegungen sind häufig alle Bevölkerungsschichten beteiligt. Siehe D. Della Porta und G. Piazza, *Le ragioni del no. Le campagne contro la TAV in Val di Susa e il Ponte sullo Stretto (dt.: Die Gründe für das Nein. Kampagnen gegen die Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke in Val di Susa und die Brücke über die Meeresenge von Messina)*, Feltrinelli, Mailand 2008.

ist, den Sonderinteressen seines Unternehmens das allgemeine Interesse seiner Klasse voranzustellen. Demgegenüber macht Berlusconi die Gesetze so, dass er sein Unternehmen zum Nachteil anderer Unternehmen begünstigt. Da er vor allem zahlreiche Strafverfahren verhindern muss, die fast mit Sicherheit mit seiner Verurteilung enden würden, ist er bereit, dem Ziel seiner persönlichen Unversehrtheit sowohl die Stabilität der Beziehungen zwischen den Institutionen als auch die Ausgewogenheit des Verhältnisses zwischen Mehrheit und Opposition zu opfern, die erforderlich ist, um ein Land in Krisenzeiten regieren zu können.

Es ist daher nicht zutreffend, wenn man sagt, dass in Italien zwischen Mitte-Rechts und Mitte-Links kein Unterschied besteht. Auch wenn es sich um Unterschiede innerhalb des bürgerlichen Lagers handelt, ist die politische Linie des »nationalen« Blocks derzeit gefährlicher als die des »europäischen« Blocks, da sie mit größerer Härte für die Ausweitung der prekären Beschäftigungsverhältnisse eintritt und weil sie (infolge des wachsenden Gewichts der Lega Nord in der Regierung) eine äußerst schwerwiegende ethnische Segmentierung des Arbeitsmarkts vornimmt. Sie bringt eine reaktionäre Kultur hervor, die aus einer heuchlerischen Mischung von privater Immoralität und der Achtung traditionalistischer Formen der katholischen Religion besteht, sie fördert faktisch (mit rabiaten Angriffen gegen die Justiz) die Kriminalität in der Wirtschaft und ist ständig versucht, das Verhältnis zwischen den Institutionen in autoritärer Weise zu Gunsten der Regierung zu verschieben. Berlusconi ist daher momentan der wichtigste Gegner: ein Gegner, dessen Stärke vor allem darin besteht, dass es ihm gelingt, das Vakuum zu füllen, das durch die Auflösung der Linken und deren kritiklose Einwilligung in eine liberale Europapolitik entstanden ist.

Während sich die gesellschaftliche Basis des Mitte-Rechts-Lagers (d. h. das Reservoir, aus dem es seine Finanzen und sein politisches Personal bezieht) aus mittelständischen Unternehmen und einem Großteil der Vertreter der freien Berufe zusammensetzt, besteht seine Basis in der Masse der Bevölkerung aus den im Hinblick auf Geschlecht, Alter und Beschäftigungschancen am meisten benachteiligten Personen: Hausfrauen, Rentnern, Arbeitslosen, Jugendlichen und Arbeitnehmern in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Und während Mitte-Rechts nur zirka die Hälfte der Stimmen der in den großen Industrieunternehmen beschäftigten Arbeitnehmer mit »stabilen« Beschäftigungsverhältnissen erhält und nur eine Minderheit der Angestellten des öffentlichen Dienstes Mitte-Rechts wählt, kann dieses Lager eine deutliche Mehrheit der Stimmen der Arbeitnehmer kleiner und mittlerer Unternehmen, die einem stärkeren Wettbewerb ausgesetzt sind, sowie die Mehrheit der Stimmen der Kurzzeitbeschäftigten auf sich vereinen. Somit gilt: Das Proletariat tendiert, wenn es wählt, zu weiten Teilen nach rechts, auch wenn die Tatsache nicht unterbewertet werden darf, dass der größte Teil der Arbeiterstimmen, die der Demokratischen Partei (PD) und der radikalen Linken bei der letzten Parlamentswahl verloren gingen, nicht an die Rechte ging, sondern durch Stimmenthaltungen wegfiel. Rechts wählt vor allem der schwächste Teil des Proletariats, d. h. gerade die Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die die radikale Linke in der politischen Sphäre zu vertreten vorgegeben hatte, die von diesen jedoch als die Partei der Arbeitnehmer mit »garantiertem« Arbeitsplatz wahrgenommen wurde³⁵⁴.

Während die Mitte-Rechts-Koalition also Beschlüsse umsetzt, die entschieden gegen organisierte Arbeitnehmeraktionen gerichtet sind, gelingt es ihr dennoch, sich als Garant für den Schutz der schwächsten Bevölkerungsschichten darzustellen. Hierzu dient ihr der geschickte Einsatz des Informationssystems wie auch ihre Fähigkeit, die alte in der Bevölkerung verankerte Politik der Linken durch eine populistische Rhetorik zu ersetzen, und nicht durch die liberale Rhetorik der

³⁵⁴ In dieser Bewertung stimmen mindestens drei der wichtigsten Studien zu den letzten italienischen Parlamentswahlen überein: R. Mannheimer, P. Natale, *Senza più sinistra. L'Italia di Bossi e Berlusconi* (dt.: *Ohne eine Linke. Das Italien von Bossi und Berlusconi*), Il sole-24 ore, Mailand, 2008; E. A. Carra, *Ho perso la sinistra. Le ragioni del declino e le proposte per reinventarla* (dt.: *Ich habe die Linke verloren. Die Gründe des Niedergangs und Vorschläge, sie neu zu erfinden*), Ediesse, Rom, 2008; I. Diamanti, *Mappe dell'Italia politica* (Kartographie des politischen Italien), Il Mulino, Bologna, 2009. Salvo Leonardi weist darauf hin, dass die Linke seit jeher unter der Arbeiterschaft in der Minderheit ist und dass sie unter den abhängig Beschäftigten (Angestellte mitgerechnet) bei den letzten Wahlen in jedem Fall die Mehrheit erzielte: »Il voto operaio in Italia; declino o continuità?« (dt.: »Wählerstimmen der Arbeiter in Italien; Niedergang oder Kontinuität?«), *Quaderni di Rassegna Sindacale*, 4/2006. Es handelt sich jedoch nur um eine schwache Mehrheit, die zur Minderheit wird, wenn man auch die Stimmen der Erwerbstätigen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen und die Stimmen der Arbeitslosen mit hinzuzählt.

heutigen Linken. Dies wurde bei den Reaktionen auf die erste Phase der Wirtschaftskrise deutlich. Während Berlusconi weise die Bühne seinem Wirtschaftsminister Giulio Tremonti überließ (einem überzeugten »Marktgegner« und – zumindest seinen Worten nach – Gegner der Übermacht von Banken und Großunternehmen) und das Bild einer Regierung konstruierte, die beabsichtigt, direkt in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen, gegen das Kapital der Banken vorzugehen und die schwächsten Schichten zu schützen (wobei seine Maßnahmen in Wirklichkeit unangemessen und propagandistisch waren), stellte sich die Demokratische Partei (PD) auf die Seite der Banca d'Italia, um die Banken gegen die »Einmischung« des Staates zu verteidigen. Es sind die Klassenschranken der PD, die es dieser Partei verbieten, den Konsens mit den unteren Bevölkerungsschichten wieder herzustellen.

All dies stellt für die radikale Linke ein zusätzliches Problem dar. So bringt einerseits die Erfordernis, Berlusconi abzuwählen (und innerhalb des linken Lagers die wahre Natur des gegen Berlusconi gerichteten, europafreundlichen Blocks zu verschleiern) viele potentielle Wähler der radikalen Linken dazu, die stärkste Oppositionspartei und somit die PD zu wählen. Andererseits ist die Opposition der PD (auch auf Grund der bereits erwähnten »Berührungsfächen« zwischen den beiden Blöcken) vollkommen ungenügend, um gegen Berlusconi zu gewinnen, da die PD auf Grund ihrer Befürwortung des liberalen Modells nicht in der Lage ist, ihn auf dem Gebiet des sozialen Konsenses zu schlagen. Solange Berlusconi regiert, ist die radikale Linke durch den Zwang, der PD die »nützliche Wählerstimme« zu geben, eingeschränkt. Doch solange die PD die Opposition gegen Berlusconi anführt, scheint letzterer ruhig schlafen zu können.

Aus allen diesen Gründen öffnet sich links von der PD trotz des kontinuierlichen Abgleitens der Partei in Richtung Mitte kein wirklicher politischer Raum, der von der radikalen Linken besetzt werden könnte. Was sich bis jetzt öffnet, ist der Raum des »radikalen Antiberlusconismus«, der von der Partei Italien der Werte (IdV – Italia dei Valori) gefüllt wird, einer politischen Gruppierung, die von Antonio Di Pietro, einem ehemaligen Richter und Protagonisten im Kampf gegen die Korruption, angeführt wird. Dieser übt zwar harte Kritik an der PD wegen ihrer ungenügenden Opposition gegen Berlusconi, teilt aber im Wesentlichen deren Vorstellungen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen und ist daher in vollem Umfang am Mitte-Links-Bündnis beteiligt.

Ursprung und Folgen des Mehrheitswahlrechts

Dass der politische Raum links von der PD sich nicht öffnet, hat eine weitere Ursache in der besonderen Beschaffenheit des italienischen Wahlsystems. Das Ende der Ersten Republik und der alten Volksparteien ging mit der Abschaffung des Verhältniswahlrechts und der Einführung des Mehrheitswahlrechts einher. Das Ziel der Anhänger des Mehrheitswahlsystems (zu denen die meisten der herrschenden Gruppen in Italien zählen) bestand darin, die »Flügel« der verschiedenen Gruppierungen zu eliminieren und alle politischen Kräfte in eine undifferenzierte Position der »Mitte« zu lenken, die in der Lage sein sollte, jene Vertretung der unteren Bevölkerungsschichten auszuschließen, die im Verhältniswahlrecht durch die Kommunistische Partei wahrgenommen worden war. Die Erben dieser Partei sahen im Mehrheitswahlrecht die Möglichkeit, an die Regierung zu gelangen, und die Gelegenheit, die Macht der Konkurrenten im linken Spektrum zu mindern und sie zu zwingen, sich zwischen dem erzwungenen Bündnis und der parlamentarischen Bedeutungslosigkeit zu entscheiden. An dieser Politik wird bis heute festgehalten, mit dem erschwerenden Faktor, dass die PD versucht hat, den Bipolarismus (der immerhin die Auseinandersetzung zwischen zwei aus unterschiedlichen Parteien bestehenden Bündnissen beinhaltet) durch ein echtes Zweiparteiensystem zu ersetzen, welches die kleineren politischen Kräfte vom Parlament ausschließt.

Der Versuch wurde nicht mit einer weiteren Änderung des Wahlrechts fortgeführt (das nur teilweise wegen einer taktischen Entscheidung der Rechten in Richtung des Verhältniswahlrechts korrigiert wurde), sondern mit der politischen Entscheidung, nach der Niederlage der letzten Mitte-Links-Regierung jegliches Bündnis mit der radikalen Linken auszuschließen, um die »nützlichen Stimmen« gegen Berlusconi auf sich zu vereinen. Die Operation wurde mit der Anhebung der Mindestschwelle für die Wahl zum Europaparlament (von drei auf vier Prozent) fortgeführt und dauert auch jetzt weiter an mit der Entscheidung, bei den Regionalwahlen im Bündnis mit der Union der Mitte (UdC – Unione di Centro,) anzutreten (einer politischen Kraft, die aus der früheren Democrazia Cristiana hervorge-

gangen ist und zuvor dem Mitte-Rechts-Bündnis angehörte), wobei Rifondazione Comunista auch in den Regionen ausgeschlossen blieb, in denen diese Allianz sich als fruchtbar erwiesen hatte.

Es handelt sich um eine systematische Entscheidung der PD, die Konkurrenz der PRC durch deren Ausschluss aus den möglichen Wahlbündnissen auszuschalten, in der Illusion, dass die »verwaiste« Wählerschaft der PRC sich entscheiden würde, für die PD zu stimmen, anstatt sich der Stimme zu enthalten.

Die Notwendigkeit, die im Mehrheitswahlrecht bereits implizit enthaltene Schwächung der radikalen Linken auf politischem Wege weiter voranzutreiben, zeigt, dass das mit der Einführung dieses Systems verfolgte Ziel nicht wirklich erreicht wurde. Zwar trifft es zu, dass die radikale Linke aus allen zuletzt abgehaltenen Wahlen sehr geschwächt hervorgegangen ist. Doch stimmt es auch, dass diese Schwächung nur infolge der letzten Abspaltung von der PRC die Gefahr birgt, auf ein wirkliches Verschwinden hinauszulaufen. Links von der PD verbleiben in der Tat, wenn auch auf unterschiedliche Gruppierungen verteilt, sechs bis sieben Prozent der Wähler, und dass diese Wählerschaft sich offen gegen die PD ausspricht, wird vor allem durch die Präsenz der SEL verhindert.

In beiden Lagern ist zudem die Theorie des Zweiparteiensystems gescheitert. Die neue Mitte-Rechts-Partei Volk der Freiheit (PDL – Popolo della Libertà) vereint in der Tat nur die frühere Forza Italia (die »persönliche Partei« Berlusconi) und die frühere postfaschistische Nationale Allianz (AN – Alleanza Nazionale), während die Lega Nord ihre Unabhängigkeit bewahrt hat und dies immer wieder hervorkehrt. Im Mitte-Links-Lager hat sich die Partei Italien der Werte (Italia dei Valori) durchgesetzt, vor allem auf Kosten der PD. In der Mitte dieses Lagers konnte die Union der Mitte (UDC) ihre Stellung ausbauen, die sich manchmal mit Berlusconi und dann wieder mit seinen Gegnern verbündet und sich als »Zünglein an der Waage« für alle möglichen Koalitionslösungen präsentiert.

Das Mehrheitswahlrecht hat somit gezeigt, dass die Vereinfachung des politischen Systems nicht durch die einfache Änderung des Wahlrechts erreicht werden kann. Es konnte nicht verhindern, dass neben den beiden großen Parteien mindestens drei einflussreiche politische Pole entstanden sind (die alle zwischen sechs und acht Prozent der Stimmen erhalten), ohne die radikale Linke zu zählen, die noch nicht endgültig von der Bildfläche verschwunden ist. Das Mehrheitswahlrecht ist inzwischen ganz offensichtlich zu einer Zwangsjacke geworden, die das politische Leben in Italien stark konditioniert, und es gibt viele Kräfte (auch innerhalb der beiden größten Parteien), die zum Verhältniswahlrecht zurückkehren wollen³⁵⁵. Solange diese Rückkehr jedoch nicht vollzogen ist, wird das Wahlsystem weiterhin die Erfolgs- und Überlebenschancen der radikalen Linken in starkem Maße einschränken. Letztere konnte in der Tat immer dann gute Wahlergebnisse erzielen, wenn sie sich als »linker Flügel« des Mitte-Links-Lagers präsentierte.

Da heute diese Möglichkeit nicht mehr besteht (auf Grund der nach dem Ende der Prodi-Regierung gefassten strategischen Entscheidung der PRC und der Entscheidung der PD, auch lokale Bündnisse abzulehnen, die die PRC hingegen nicht ausschließt), gestaltet sich das Schicksal der PRC hinsichtlich der Wahlen sehr ungewiss. Und dies ist nicht so, weil die italienischen Wähler gemäßigte Parteien vorziehen oder radikale Programme ablehnen. Vielmehr gibt es eine besondere Charakteristik im Wahlverhalten der Italiener, die besonders deutlich bei den letzten italienischen Parlamentswahlen zutage getreten ist, und zwar die Tendenz, bei beiden Bündnissen die äußeren Flügel zu »prämiieren«: Italia dei Valori im Mitte-Links-Bündnis und die Lega Nord in der Mitte-Rechts-Koalition. Dies bedeutet, dass die italienischen Wähler radikale Positionen belohnen, vorausgesetzt, dass diese sich als Teil einer Koalition präsentieren und somit eine konkrete Chance haben, sich an der Regierung des

³⁵⁵ Es darf nicht vergessen werden, dass diejenigen, die in Italien als »starke Kraft« bezeichnet werden (d. h. die *Confindustria* – der nationale Arbeitgeberverband – und die Kirche), angesichts der unbefriedigenden Ergebnisse des Mehrheits-Bipolarismus (der einerseits wie in der letzten Prodi-Regierung den Koalitionszwang der radikalen Linken nicht vollständig beseitigen konnte und andererseits die Rechte nicht »normalisiert« und »gemäßigt« hat, in der stattdessen die *Lega Nord* an Stärke gewinnt) seit Langem versuchen, eine »große Mitte« zu schaffen, d. h. eine politische Kraft, die in der Lage ist, sowohl der Rechten als auch der Linken die strategischen Interessen der herrschenden Klassen zu diktieren. Der Versuch (der erst von der PD und dann von Berlusconi unternommen wurde), die Probleme des Bipolarismus dadurch zu lösen, indem man ihn in ein Zweiparteiensystem verwandelt, hat momentan die Idee einer »großen Mitte« in den Hintergrund treten lassen. Allerdings könnte dieses Ziel durch das Scheitern des Zweiparteiensystems wiederbelebt werden, auch wenn nicht vollständig klar ist, ob dieses Ziel leichter mit einem Verhältniswahlrecht oder einem (Quasi-) Mehrheitswahlrecht erreicht werden kann.

Landes zu beteiligen. Aus diesem Grund läuft eine radikale, aber keiner Koalition angehörende Position wie die, die die PRC teilweise bewusst bezieht und in die sie zum Teil gezwungen wird, Gefahr, nicht durch Wählerstimmen prämiert zu werden. Dies ist auch der Grund, warum die SEL, die sich entschieden hat, »immer und in jedem Fall« mit der PD zusammenzugehen, für sich die Position des »linken Flügels« des Mitte-Links-Bündnisses beanspruchen kann und der PRC auf diese Weise zusätzlich Stimmen entzieht – sofern die Wähler der SEL die Widersprüche zwischen dem Programm dieser Partei (die formell noch in die Rhetorik der radikalen Linken verfällt) und der Beteiligung an Bündnissen mit einer zunehmend der Mitte zugewandeten PD als nicht allzu groß wahrnehmen.

Die Last der »Kurzfristigkeit«

Es ist verständlich, dass in der soeben beschriebenen Situation eine eigenständige gesellschaftliche Verwurzelung der PRC sehr schwierig ist und dass »kurzfristige« Ereignisse (Spaltungen, Fehlanalysen der betreffenden Phase, politische Fehler) recht schwerwiegende Folgen haben können. Die jüngste Spaltung der PRC hat mit Sicherheit zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten beigetragen. Auch wenn die Anzahl der zur Gründung der SEL ausgetretenen Mitglieder und Funktionäre relativ gering war, erlangte die SEL bei den Wahlen dennoch ein beachtliches Gewicht, das dem der PRC entsprach. Selbst wenn man den Beitrag der Stimmen von Grünen und Sozialisten berücksichtigt, hat die SEL dennoch die Stimmen des Teils der Wähler der PRC gewonnen, der das Bündnis mit der PD als unausweichlich ansieht.

Doch auch andere Fehler haben zum Entstehen der gegenwärtigen Situation beigetragen: die falsche Einschätzung des Wesens der Regierung Prodi (und die übertriebenen Erwartungen an das Mitte-Links-Bündnis, die sich auch in der Übertragung eines hohen institutionellen Amtes an Fausto Bertinotti zeigten), und vor allem die nicht erfolgte Gründung eines pluralen politischen Subjekts in der Zeit zwischen den Demonstrationen in Genua (Juli 2001) und dem Beginn der Mitte-Links-Regierung (Frühjahr 2006). In dieser Zeit hat die PRC wahrscheinlich eine historische Gelegenheit verpasst. Denn während langsam das Wähler-Erbe der alten Kommunistischen Partei Italiens aufgebraucht wurde³⁵⁶, entstand mit der altermondialistischen Bewegung eine neue Realität der sozialen Linken.

Ein intelligenter Vorstoß föderativen Typs, der in der Lage gewesen wäre, Parteien und Zusammenschlüsse in einem gemeinsamen Projekt gleichberechtigt zu vereinen, hätte die PRC vielleicht dauerhaft an eine neue soziale Basis binden und ein politisches Subjekt bilden können, dem es gelungen wäre, wirksamer Einfluss auf die Regierung Prodi zu nehmen und mit einer möglichen Niederlage weniger katastrophal umzugehen. Dass beides ausblieb, lag an der relativ geringen Reife der Bewegungen und Zusammenschlüsse, aber auch daran, dass die Partei sich intensiv der Erneuerung ihrer eigenen Rhetorik und Kommunikation widmete (»Teil der Bewegung sein«, »Gewaltverzicht«, »partizipative Demokratie«), der jedoch keiner bewussten organisatorischen Neuordnung im Verhältnis zu den externen Subjekten entsprach, sondern eher eine Imitation des Pluralismus der Bewegungen innerhalb der Organisation der PRC. Dies wiederum führte zu einer konfusen Überlagerung von Entscheidungsebenen, die temporär durch die charismatische Persönlichkeit von Fausto Bertinotti vereint wurden.

Die harte politische Auseinandersetzung beim Parteitag in Chianciano (im Sommer 2008), bei dem sich diejenigen, die die Partei und ihre kommunistische Ausrichtung erhalten wollten, und diejenigen, die eine breitere »Linke ohne Adjektive« begründen wollten, einander gegenüberstanden, wurde von den Medien als Konflikt zwischen Konservativen und Innovatoren ausgelegt. In Wirklichkeit ging es in der Kontroverse hauptsächlich um die Bewertung der PD und damit um die Frage, wie das Bündnis mit dieser Partei zu verstehen sei³⁵⁷. Auch diejenigen, die der Meinung waren, dass die PRC erhalten

³⁵⁶ S. Bertolino, *op. cit.*, S. 168

³⁵⁷ Im Allgemeinen erachtet der Antrag, der sich für die Kontinuität der Partei einsetzt, trotzdem weiterhin die kulturelle Erneuerung und den Gedanken als grundlegend, dass die Partei ein Subjekt »innerhalb« der sozialen Bewegungen sein muss. Siehe hierzu die detaillierte Rekonstruktion der Parteitagsdebatte bei F. De Nardis, *Da partito di governo a partito extraparlamentare. La parabola della Rifondazione Comunista, tra antagonismo sociale e calcolo delle compatibilità* (dt.: *Von der Regierungspartei zur extraparlamentarischen Partei. Die Parabel von Rifondazione Comunista, zwischen sozialem Antagonismus und Kompatibilitätsberechnung*),

bleiben müsse, weil sie einen organisierten Standpunkt außerhalb und unabhängig von der PD repräsentiert, waren und sind sich der Unzulänglichkeit der PRC angesichts der allgemeinen Aufgabe der Schaffung einer alternativen Linken bewusst. Der Austritt der Mitglieder, die die SEL gründeten, hat den Anteil der innovativen Sprache verringert und die Beschwörungen ihrer kommunistischen Tradition erhöht. Doch in Wirklichkeit finden innerhalb dieser scheinbaren Kontinuität innovative Prozesse von beachtlicher Bedeutung statt: die einheitliche Führung der Partei, die Konstruktion der »sozialen Partei« und die Idee der Föderation der Linken. Betrachten wir jeden einzelnen von ihnen gesondert.

Die erste Neuerung: die einheitliche Führung

Seit ihrem Entstehen war die PRC formell eine einheitliche Partei, die ihrem Wesen nach jedoch föderal war. Es handelte sich um einen Zusammenschluss bereits bestehender, auf nationaler Ebene existierender »politischer Familien«, jede mit ihrer eigenen Kultur, ihrer eigenen traditionellen Organisationsform und ihren eigenen persönlichen Bindungen³⁵⁸. Angesichts dieser »genetischen Prägung« war die einheitliche Führung der Partei das Ergebnis eines prekären Gleichgewichts zwischen den einzelnen Komponenten (mit der daraus erwachsenden Schwierigkeit, eine eindeutige politische Linie festzulegen oder, mehr noch, eine auf klaren kulturellen Leitlinien basierende »kommunistische Neugründung« ins Leben zu rufen), oder es gab keine solche, wie nach dem Parteitag in Venedig geschehen³⁵⁹, bei dem die interne Minderheit vollkommen aus der Parteiführung ausgeschlossen wurde.

Nach dem Parteitag in Chianciano bot die erfolgreiche Koalition, die Paolo Ferrero zum Parteivorsitzenden wählte, der starken, von Niki Vendola geführten Minderheit (47 Prozent der Stimmen) die vollständig gemeinsame Führung der Partei auf zentraler und dezentraler Ebene an. Dieses Angebot wurde zurückgewiesen. Es war der erste Akt eines langen Prozesses der »phasenweisen Abspaltung«, der mit dem definitiven Austritt eines Teils dieser Minderheit endete. Die erfolgreiche Koalition hat im Übrigen trotz ihres heterogenen Charakters de facto einen einheitlichen Arbeitsstil geschaffen, den es in der PRC nur selten gab und der sich insbesondere in der vollständigen Übereinstimmung bei den meisten wichtigen Entscheidungen zeigt. Die Fraktionen innerhalb der Partei sind mit Sicherheit nicht verschwunden (auch wenn Berührungspunkte immer häufiger werden, besonders in der theoretischen Debatte). Doch das Bewusstsein des tragisch kritischen Moments, den die Partei durchlebt, führt dazu, dass derzeit die kooperativen Elemente gegenüber den konkurrierenden Kräften überwiegen.

Das wichtigste Ergebnis dieser ersten Neuerung seit Bestehen der PRC ist, dass es gerade die Einheit der Führungsgruppe möglich macht, weitere Neuerungen zu erproben, die der innerparteiliche Konflikt zuvor nicht möglich gemacht hatte. Dies bestätigt auch, dass es für zersplitterte und »polyarchische« Parteien vielleicht einfach ist, sich unmittelbar an den sie umgebenden Kontext anzupassen, dass jedoch zentralisiertere, einheitlichere Parteien besser befähigt sind, bewusste Neuerungen herbeizuführen.

Die Neuerungen, von denen hier die Rede ist, betreffen bisher nicht das Innenleben der Partei³⁶⁰. In dieser Hinsicht bestand und besteht das Hauptproblem der PRC nach der katastrophalen Wahl-

Vortrag bei der Jahresversammlung der Italienischen Gesellschaft für Politische Wissenschaft, 5.-6. Sept. 2008, Pavia.

³⁵⁸ S. Bertolino, *op. cit.*, S. 361

³⁵⁹ Der Parteitag fand im März 2005 statt.

³⁶⁰ Es ist daher vernünftig anzunehmen, dass die allgemeinen Probleme, die durch eine in jüngerer Zeit durchgeführte interne Studie aufgezeigt wurden, weiterhin bestehen oder sich sogar verstärkt haben: geringe Präsenz von Arbeitern, Frauen und Jugendlichen unter den Mitgliedern; die fehlende Verbindung zwischen den verschiedenen von der Partei organisierten Kämpfen und vor allem die fehlende Verbindung zwischen der »Spitze« und der »Basis« mit der daraus folgenden Unfähigkeit, die sozialen Aktivitäten zu planen und deren Ergebnisse zu überprüfen sowie der *party in public office* die nötige Unterstützung und Orientierung zukommen zu lassen. Im Übrigen enthielt die Studie Hinweise auf eine starke und verbreitete Präsenz der Partei in zahlreichen Konfliktsituationen und das Fortbestehen einer äußerst positiven Verbindung zwischen der Intensität der Kampfbereitschaft in der Partei und der Zugehörigkeit zu unabhängigen Netzwerken der Bewegungen. Dies zeigt auch, in welchem Maß die »Wende von Genua« in die Kultur von Rifondazione Eingang gefunden hat

niederlage 2008 darin, sich die Mindestvoraussetzungen zum Überleben zu sichern. Die Führungsmannschaft war mit der schwierigen Aufgabe der finanziellen und organisatorischen Rationalisierung befasst, die zu schmerzlichen Einschnitten in einen absolut überzogenen und unverhältnismäßigen Verwaltungsapparat sowie zu einer deutlichen Kürzung der für die Tageszeitung der Partei, Liberazione, zur Verfügung gestellten Mittel führten. Die Neuerungen betreffen eher das Verhältnis zur Gesellschaft und zur restlichen alternativen Linken.

Die zweite Neuerung: die »Sozialpartei«

Hinsichtlich ihres Verhältnisses zur Gesellschaft orientiert sich die PRC zunehmend darauf, die Form einer »Sozialpartei« anzunehmen. Die Grundidee ist hierbei, dass angesichts der Streuung der Arbeitnehmer außerhalb der traditionellen Fabriken, angesichts des Verlusts der Sozialisierungsfunktion der verbleibenden Betriebe und wegen des verbreiteten Misstrauens gegenüber der Politik jeder allgemeine politische Diskurs von den Arbeitnehmern (und darüber hinaus von jedem Individuum) des 21. Jahrhunderts nur dann wahrgenommen und verstanden werden kann, wenn er von der konkreten Lösung konkreter Probleme begleitet wird.

Jede soziale Auseinandersetzung kann nur dann zu mehr als einem vorübergehenden Protest werden, wenn vor der Auseinandersetzung und um diese zu unterstützen, soziale Beziehungen der gegenseitigen Unterstützung entstehen, die es dem Einzelnen ermöglichen, erneutes Vertrauen in das kollektive Handeln zu schöpfen. Wenn die elementare Geste eines Mitglieds der »klassischen Partei« beispielsweise im Verteilen von Flugblättern besteht, die zum Kampf gegen die steigenden Lebenshaltungskosten aufrufen, so besteht die elementare Geste des Mitglieds der Sozialpartei in der Gründung einer Gruppe für sozialen Einkauf (GAP – Gruppo di Acquisto Popolare), durch die es möglich wird, sich zu niedrigeren Kosten mit Produkten für den Grundbedarf zu versorgen. Während und nach der Gründung der GAP kann und muss ein Flugblatt verteilt und eine politische Linie verbreitet werden.

Dies gilt für einige Gesundheitsdienste, soziale Horteinrichtungen, Pflegegruppen für Senioren etc. Auch die Unterstützung der Kämpfe der von der Krise betroffenen Arbeitnehmer erfolgt nicht nur als politische Unterstützung, sondern umfasst die direkte Gründung konkreter solidarischer Netzwerke zwischen Arbeitnehmern und Bürgern. Die gegenseitige Hilfe ersetzt auf diese Weise nicht das politische Handeln, sondern wird zur elementaren Grammatik, in der der allgemeine politische Diskurs formuliert wird. Sie verbindet sich außerdem mit der Praxis der Befragung als einer grundlegenden Modalität von Massenaktionen der Partei.

Neben dem Problem der Beziehungen zur Wählerschaft einer kommunistischen Partei – oder zumindest einer Volkspartei – geht es der Sozialpartei auch darum, die Frage der internen Funktion der Partei anzugehen, indem sie ihren Mitgliedern ermöglicht, in den Basis-»Zirkeln« nicht nur Orte der politisch-ideologischen Auseinandersetzung zu finden, sondern auch eine Lösung für die alltäglichen Probleme. Die Übernahme einer Logik gemeinsamer Aktionen könnte der Partei die Möglichkeit bieten, mit der verbreiteten Kultur der politischen Zusammenschlüsse in Kontakt zu treten, die in Italien seit längerer Zeit die Aktionen der Parteien ersetzt haben und für die Menschen zu wichtigen Orten der Identitätsfindung und politischen Sozialisation geworden sind.

Die PRC hat in diesem Bereich eine recht große Anzahl von Initiativen unternommen³⁶¹. Sehr prägend war – auch im Sinne ihrer Symbolkraft – die Erfahrung der Aktionen in Aquila nach dem bekannten tragischen Erdbeben: eine Erfahrung, durch die das Vertrauen der Bevölkerung in die Partei zugenommen hat und das Engagement zahlreicher Parteimitgliedergruppen mobilisiert wurde. Doch die Sozialpartei verbreitet sich nicht nur an den traditionellen Orten des gesellschaftlichen Lebens, sondern versucht auch, in den neuen Formen virtueller Zusammenschlüsse, den sogenannten social networks, präsent zu sein. Gerade ihr Engagement in den neuen virtuellen Räumen hat es der PRC ermöglicht, die Online-Mobilisierung zu verfolgen und zum Teil auch zu organisieren, die am 4. Dezember 2009 zu der großen Demonstration in Rom, dem »No B Day« geführt hat, bei der sich

(siehe hierzu: *Rapporto conclusivo dell'inchiesta sul partito 2006/2008* (dt.: *Abschlussbericht der Parteistudie 2006/2008*), unter http://home.rifondazione.it/xisttest/dip_36

³⁶¹ Die Beschreibung der Aktivitäten der »Sozialpartei«, an denen auch Nichtparteimitglieder mitwirken, findet sich unter <http://www.partitosociale.org>.

Tausende von Jugendlichen (zum Großteil junge Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen) trafen, um gegen die Politik Berlusconis zu protestieren – die einzige Oppositionsveranstaltung nach dem vorübergehenden Abebben der Bewegung der Schüler und Studenten (der sogenannten »Welle«). Es ist momentan schwer zu sagen, inwieweit diese Neuerung (vielleicht die erste konkrete Neuerung, die nach Genua von Rifondazione umgesetzt wurde) in der Lage sein wird, die Praxis der Partei tatsächlich umfassend zu ändern. Auch wenn sie offiziell die Idee der Sozialpartei übernommen hat, gibt es zahlreiche Widerstände, und es ist schwer, eine Praxis zu verallgemeinern, die der Partei viele Energien und viele Kompetenzen abfordert, in der junge Mitglieder in der Minderheit sind und in der vor allem traditionelle politische Kompetenzen vertreten sind. In jedem Fall scheint dies ein obligatorischer Weg zu sein, um die Beziehung zu allen Bevölkerungsschichten, besonders zu den am stärksten ausgegrenzten Gruppen, die besonders empfänglich für den Populismus sind, aber auch zu den qualifizierteren und individualisierteren Schichten wieder herzustellen.

In jedem Fall handelt es sich um einen sehr langen Weg, der zur schrittweisen Herausbildung einer soliden Konsensbasis für die Partei und zur Verbreitung dieses Konsenses über die aktuellen Grenzen der Wählerschaft der Linken hinaus führen kann, der die Partei jedoch nicht vor der unmittelbaren Gefahr der Isolierung und des politischen Aussterbens bewahrt.

Die dritte Neuerung: die Föderation der Linken

Auch die Frage des Verhältnisses zu den anderen Kräften der radikalen Linken wurde von der PRC mit einer deutlichen Wende gegenüber der Vergangenheit angegangen. Das Hauptproblem der PRC in diesem Bereich war und ist die Wahrung ihrer vollständigen Unabhängigkeit von der PD, ohne dabei in einer allgemeinen »Konstituente der Linken« aufzugehen (wie es die Minderheit auf dem Parteitag in Chianciano wollte), und ohne sich andererseits in sich selbst zurückzuziehen oder lediglich eine »Konstituente der Kommunisten« zu bilden, was die Aussichten der Partei nicht vergrößert, sondern gemindert hätte. Die vorgeschlagene Lösung ist die einer Föderation der Linken, eines Subjekts, das sich aus verschiedenen Parteien und Zusammenschlüssen zusammensetzt und auch Einzelmitgliedern offen steht: Ein Subjekt, das in seinen Entscheidungen unabhängig ist und dem somit die einzelnen Komponenten einen Teil ihrer Souveränität übertragen, und das in der Lage ist, ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen allen Partnern zu garantieren. Eine solche Lösung war bereits in der Zeit vor dem Zustandekommen der Mitte-Links-Regierung angedacht worden.

Es war das Projekt einer Europäischen Linken, die damals die Möglichkeit gehabt hätte, zumindest einen Teil des Erbes der altermondialistischen Bewegung zusammenzuführen und ein positives Gleichgewicht zwischen Parteien und Zusammenschlüssen zu bilden. Angesichts der unvermeidlichen Schwierigkeiten, die mit dieser Lösung verbunden waren, blockierte die Führungsmannschaft der Partei das Vorhaben in der Überzeugung, einen Wahlsieg auch dann erringen zu können (was letztlich auch der Fall war), wenn die Partei nur mit dem Symbol von Rifondazione zu den Wahlen antreten würde. Eine Ausnahme bildete lediglich die verspätete Version in Form des Bündnisses Die Linke – Der Regenbogen (Sinistra Arcobaleno), als es nach der Niederlage der Mitte-Links-Koalition darum ging, »zu retten, was zu retten war«. Aber zu diesem Zeitpunkt war Die Linke – Der Regenbogen nichts weiter, als der Wahlzusammenschluss von Parteiführungsmannschaften in einer tiefen Krise, und das Ergebnis war im Hinblick auf die erhaltenen Wählerstimmen ein Desaster.

Der neue Vorschlag steht in einem vollkommen anderen Kontext. Die PRC ist eindeutig geschwächt, die altermondialistische Bewegung ist zu ihren sozialen Aktivitäten zurückgekehrt und viele der Zusammenschlüsse, die sie mit begründet hatten, haben sich aus der Politik zurückgezogen oder haben sich faktisch mit der PD zusammengeschlossen. Auch die neuen Protestaktionen der jüngsten Zeit haben bisher keine festen Ansprechpartner hervorgebracht. Jedoch erscheint auch eine Föderation als gangbarer Weg, weil es momentan keine politische Idee gibt, die so stark ist, dass sie die unterschiedlichen Kräfte der italienischen Linken in nur einer Partei vereinen könnte, und weil es andererseits nur einer Föderation gelingen kann, ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen der erforderlichen Aktionsgemeinschaft und dem notwendigen Erhalt der Vielfalt der politischen Akteure herzustellen: eine »Sprachenvielfalt«, die die bestmögliche Verbindung zwischen einem politischen Projekt und einer hoch differenzierten und »vereinzelt« Gesellschaft wie der italienischen herstellt.

Der eigentliche Gründungsparteitag der Föderation wird Ende 2010 stattfinden. Bis jetzt umfasst die Föderation außer der PRC die Partei der italienischen Kommunisten (PdCI) sowie zwei politische

Zusammenschlüsse: Sozialismus 2000 (eine Abspaltung von der Demokratischen Partei der Linken, der Vorgängerpartei der PD) und Arbeit und Solidarität (der politische Arm einer Minderheitsströmung in der Gewerkschaft CGIL). Doch es werden derzeit zahlreiche Kontakte mit weiteren politischen und gesellschaftlichen Kräften geknüpft.

In diesem Rahmen stellt sich auch die Frage des Verhältnisses zur SEL. Die offensichtlichen Schwierigkeiten des politischen Vorhabens dieser Organisation sind nicht geringer als bei der PRC. Die Abspaltung der SEL von der PRC wurde mit der Entscheidung für das »Neue« und gegen das »Alte«, für die »Linke ohne Adjektive« und gegen die Wiederauflage der kommunistischen Identität begründet. In Wirklichkeit betraf der Dissens, wie schon erwähnt, nicht die erforderliche Erneuerung und auch nicht die Notwendigkeit, über die simple ideologische Wiederauflage des Kommunismus hinaus zu gehen.

Die Idee der Sozialpartei und die der Föderation zeigen, dass die PRC durchaus für Neuerungen offen war und es weiterhin ist. Der wahre strittige Punkt betraf und betrifft das Verhältnis zur PD. Die PRC unterstreicht die Notwendigkeit der Unabhängigkeit, während die SEL die Zusammenarbeit für notwendig hält. Doch diese ist recht schwierig geworden, seit die PD sich offen für das Bündnis mit der Union der Mitte entschieden hat: Ein Bündnis, das in Apulien zum Bruch zwischen der PD und dem bisherigen Präsidenten der Region, Niki Vendola, geführt hat, bei dem es sich gerade um den wichtigsten Exponenten der SEL handelt. Nach dem Verlust einiger wichtiger Komponenten (Teilen der Grünen und anderer Kräfte) und nachdem die politische Idee, die die Entstehung der SEL begleitet hat, gescheitert ist, steht die SEL derzeit vor recht schwierigen Entscheidungen. Auch wenn sie bei den nächsten Regionalwahlen, wo dies möglich ist, Bündnisse mit der PD eingeht, ist es klar, dass diese Allianz offenbar nicht in der Lage ist, die PD in ihren wichtigsten Entscheidungen zu beeinflussen, während diese die SEL dazu zwingt, politische Positionen zu übernehmen, die sie in der Vergangenheit bekämpft hat.

Die Beziehungen zwischen den verschiedenen politischen Kräften, die sich links von der PD bewegen, sind in jedem Fall noch sehr ungewiss und dynamisch. Und man kann keinesfalls ausschließen, dass in einer fernen oder näheren Zukunft neue einheitliche Lösungen entstehen (auch wenn diese durch die Tatsache erschwert werden, dass die wesentliche »Daseinsberechtigung« der SEL im Bündnis mit der PD besteht). Auch wenn diese einheitlichen Lösungen nicht dazu führen sollten, dass die SEL der Föderation beitrifft, sondern sich auf eine einfache politische Allianz oder ein Wahlbündnis beschränken sollte, würde dennoch ein paradoxer Tatbestand entstehen. Denn es würde bedeuten, dass drei wichtige Kräfte, die zuvor in Rifondazione Comunista vereint waren (dem, was von der PRC, der PdCI und der SEL bleibt – ohne die mögliche Konvergenz der »linken« Dissidenten mitzuzählen), einen neuen einheitlichen politischen Pakt zwischen unterschiedlichen Organisationen begründen würden. Während Rifondazione Comunista eine formell einheitliche, jedoch dem Wesen nach plurale Partei war, würde hier hingegen ein formell plurales Bündnis mit einer zumindest aus taktischer Sicht im Wesentlichen einheitlichen politischen Linie entstehen. Dieses Paradox dürfte, sofern es Realität wird, aus Sicht der Politologen und für die Theoretiker der »Partei als Form« sowie für alle, die über das Verhältnis zwischen der Idee einer neuen Linken und deren Organisationsweise nachdenken, zahlreiche Fragen aufwerfen.

Die Bekämpfung der Krise und die »konstitutionelle Regierung«: auf dem Weg zu einer vierten Neuerung?

Das allgemeine politische Programm der PRC in dieser Phase lässt sich in zwei Bereiche unterteilen: einerseits die Vorschläge der Partei zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise durch Maßnahmen zur Ausweitung der sozialen Sicherung (finanziert durch eine Erhöhung der Besteuerung hoher Einkommen und der Vermögenssteuer und durch die drastische Bekämpfung der Steuerhinterziehung, die in Italien extrem hoch ist³⁶²) sowie die Nationalisierung der von der Krise erfassten Unternehmen und die Wiederverstaatlichung von Banken.

³⁶² Nach vorsichtigen Schätzungen belaufen sich die Mindereinnahmen des Staates auf Grund von Steuerhinterziehung auf jährlich 100 Milliarden Euro, dies entspricht ca. sieben Prozent des BIP; siehe R. Ippolito, *Evasori: chi, come, quanto (dt.: Steuerhinterzieher: wer, wie und wieviel)*, Bompiani, Mailand, 2008

Der wirtschaftliche Aufschwung des Landes soll in dieser Perspektive durch einen umfassenden Plan zur Sanierung der Umwelt und der Infrastrukturen erreicht werden, der sich gegen die Konzentration der Mittel auf einige propagandistische Großprojekte wendet und der der Zerstörung der Umwelt, der öffentlichen Strukturen (Schulen und Krankenhäuser) und des Wohnungsbaus Einhalt gebieten soll. Stattdessen sollen auch Investitionen in alternative Energien gefördert werden. Es handelt sich um einen Plan, der trotz oft allgemeiner Formulierungen (die jedoch immer präziser und fachlich detaillierter werden, wenn sie sich auf bestimmte Gebiete konzentrieren) eine tatsächliche Alternative mit sozialistischer und grüner Ausrichtung definiert.

Hinzu kommt in den nächsten Monaten der Vorschlag eines Referendums über die Abschaffung des Gesetzes, durch das die Ausweitung der prekären Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht wird (das sogenannte Gesetz Nr. 30). Das Referendum zielt darauf ab, die von den Arbeitgebern in Italien stets verfolgte Niedriglohnpolitik, durch die oft auf technische Innovationen verzichtet wird, umzukehren und die politischen Beziehungen zwischen der PRC und den prekär Beschäftigten wieder aufzunehmen, die, wie man gesehen hat, bei den Wahlen vorwiegend auf die Stimmabgabe verzichteten oder rechts wählten.

In rein politischer Hinsicht betrachtet die PRC die Erfahrung eines Mitte-Links-Bündnisses im Sinne eines Programms für eine nationale Regierung in der gegenwärtigen Phase als abgeschlossen und schlägt stattdessen eine »konstitutionelle Regierung« vor, die von einer Mehrheit unterstützt wird, welche von der PRC bis zur UDC reicht. Diese Regierung, die die PRC nur von außen unterstützen würde, sollte vor allem mit dem Ziel antreten, die »Ära Berlusconi« und die Zeit des Mehrheitswahlrechts zu beenden. Sie müsste ein Gesetz gegen den »Interessenkonflikt« erlassen, durch das unterbunden wird, dass ein Großkapitalist bedeutende öffentliche Ämter übernehmen kann, und sie müsste das Wahlsystem im Sinne des Verhältniswahlrechts reformieren. Danach müsste sie zurücktreten und Neuwahlen ermöglichen. Ein solcher Rahmen wäre für die PRC und die Föderation der Linken sicherlich günstig, da er den Zwang zur »nützlichen Wählerstimme« eliminieren und freiere Wahlen ermöglichen würde.

Wenn es sich auch um einen intelligenten Vorschlag handelt (denn zahlreiche Kräfte auch aus dem »bürgerlichen« Lager haben ein Interesse an der Abwahl Berlusconis und der Rückkehr zum Verhältniswahlrecht), trifft er nicht nur auf den Widerstand der PD, sondern auch auf die vorhersehbaren Zweifel einer Wählerschaft, die in Krisenzeiten nur schwerlich an einem Wahlkampf interessiert sein wird, der hauptsächlich institutionellen Themen gewidmet ist, sodass die Wähler einmal mehr die Rechte belohnen könnten, die bei den Themen Schutz und Sicherheit über recht große rhetorische Erfahrung verfügt.

In jedem Fall ist für eine Partei (und für eine Föderation), deren Existenz vor allem von kurzzeitigen Entscheidungen abhängt, die Frage nach dem Programm und der allgemeinen politischen Leitlinie sicherlich entscheidend. Die gesellschaftliche und politische Situation im Land ist noch immer höchst instabil. Wenn es zutrifft, dass zwei der vier Wahlregionen, in die Italien unterteilt werden kann (der Nordosten und die Mitte), ein über die Zeit gleichbleibendes Wählerverhalten verzeichnen (der Nordosten wählt rechts, die Mitte des Landes wählt links), gibt es in den anderen beiden Regionen (im Nordwesten und vor allem im Süden) deutlich höhere Schwankungen. So ermöglichte der Umschwung der Arbeiterstimmen im Nordwesten und der Stimmen der sozial schwächeren Bevölkerungsschichten im Süden den Wahlsieg von Romano Prodi; und wiederum war es die Enttäuschung dieser Wähler, die seine Niederlage herbeiführte. Ein hypothetisches Linksbündnis könnte, wenn es korrekt ausgerichtet ist, auch die zahlreichen Nichtwähler, von denen gerade die Linke in den letzten Jahren betroffen war, wieder für sich gewinnen. Die aktuelle Wirtschaftskrise könnte die Wählerschwankungen in den instabilen Gebieten verstärken, und eine mögliche Führungskrise Berlusconis könnte ganz neue Szenarien eröffnen.

Angesichts dieser Situation müssten die PRC und die Föderation eine breite Palette sozialer und politischer Vorschläge erarbeiten, die geeignet sind, auf jede mögliche Situation vorbereitet zu sein. Die PRC und die Föderation müssten sich, indem sie die Schwere der Krise und deren Charakter einer Epochenwende anerkennen, die Kultur und das »Erscheinungsbild« einer Regierung verleihen, auch wenn sie davon ausgehen sollten, erst in zehn oder mehr Jahren die Regierung übernehmen zu können, denn die Wählerschaft in den sozial schwächeren Schichten benötigt klare, glaubwürdige und konkrete Aussagen.

Es wird daher für die PRC wichtig, die wiedergefundene einheitliche Ausrichtung zu nutzen, um eine weitere Neuerung in den Verfahren zur Ausarbeitung des Programms und der politischen Leitlinien vorzunehmen. Wenn die Zersplitterung der Partei eine programmatische Kohärenz verhindert hat, so kann ihre Einigkeit zu einer planvollen Ausarbeitung des Programms führen. Dies sollte unter systematischer Einbeziehung der zahlreichen in Italien verstreuten und von der Mehrheit der politischen Akteure fast gänzlich ungenutzten intellektuellen Kräfte erfolgen. Auf dieser Grundlage könnte die Partei auch die Aufgabe der kohärenten Ausbildung von Führungskräften in Angriff nehmen, die durch den vorherigen innerparteilichen Konflikt stets behindert wurde.

In der systematischen Ausarbeitung eines Programms könnte die PRC schließlich konkret die kommunistische Neugründung initiieren, d. h. eine Neudefinition des Erbes der Arbeiterbewegung angesichts der heutigen Aufgaben, indem die zahlreichen, aber fragmentarischen, seit Jahren in der politischen Kultur der italienischen Linken vorhandenen Ansätze zusammengeführt werden. Diese lassen sich im Bild eines Grünen Sozialismus vereinen, der auf demokratischen, partizipativen Institutionen fußt und auf die Befreiung der Arbeit und der Umwelt von der Betrachtung als Ware ausgerichtet ist. Es wird die Schaffung eines gemischten Wirtschaftssystems angestrebt, das eine strategische öffentliche Präsenz und, wo nötig, das Weiterbestehen der merkantilen Produktion sowie die Entwicklung der genossenschaftlichen und solidarischen Produktion vorsieht.

Eine so geartete kulturelle und programmatische Ausarbeitung kann mit Sicherheit wirksamer angegangen werden, sofern es der PRC gelingt, die riskante Phase zu verlassen, die heute ihr Überleben gefährdet. Doch genau so sicher ist es, dass eine solche weitere Neuerung selbst eine Voraussetzung für das Überleben darstellt. Wie Antonio Gramsci anmerkte, kann eine Partei, die nicht fest in der Zivilgesellschaft verwurzelt ist, dieser Schwäche nur begegnen, indem sie ein präzises Programm erarbeitet, das nicht nur aus einer Auflistung wirtschaftlicher und sozialer Vorschläge besteht, sondern sich der allgemeinen Probleme des Landes – seiner inneren Einheit, seiner Rolle in den internationalen geopolitischen Beziehungen, der Zusammensetzung seiner Führungsschichten und der Zukunft seiner sozial benachteiligten Schichten – annimmt³⁶³. Ein solches Programm auszuarbeiten bedeutet für Rifondazione Comunista, dass die Partei ihr Verhältnis zum Land und zu dessen Geschichte eingehend neu diskutieren muss. Gerade dies ist die Aufgabe einer Partei, die jetzt am entscheidenden Punkt ihrer Existenz angelangt ist.

³⁶³ A. Gramsci, *Quaderni del carcere (dt.: Gefängnishefte)*, Bd. I, Einaudi, Turin, 1975, S. 43.

José Soeiro

Der Bloco de Esquerda und die Neugründung der Linken in Portugal

Die portugiesische Gesellschaft als komplexe Gesellschaft

Die portugiesische Gesellschaft ist eine komplexe Gesellschaft, die im Kontext Europas ihre Besonderheiten aufweist. In Portugal koexistieren präkapitalistische Prinzipien und ein stark ausgeprägtes postfordistisches Segment in der Welt der Produktion mit weit verbreiteten Denkweisen der Konsumgesellschaft. Es gibt eine Koexistenz von alten Ungleichheiten und einer asymmetrischen Verteilung neuer Ressourcen. Es existieren gleichzeitig alte und neue soziale Fragen. Und die Widersprüche unserer Gesellschaft spitzen sich durch die in den letzten Jahrzehnten, seit der Aprilrevolution von 1974 stattgefundenen beeindruckenden Umwälzungen zu. Portugal erlebt einen problematischen Übergang, in welchem sich die Prozesse der Strukturierung der Ungleichheiten ausweiten und verstärken. (Estanque, 2005).

Wenn wir dem Analysevorschlagn von João Teixeira Lopes folgen, können wir in groben Zügen einige der Merkmale für Stetigkeit und Veränderung in der portugiesischen Gesellschaft auführen:

- Die Festigung eines modernen demographischen Systems mit bestimmten Ungleichheiten zwischen dem familienorientierten und katholischen Norden und dem weltlicheren und weniger traditionalistischen Süden
- Die Orientierung auf die Küste, die Konzentration in den Ballungsgebieten der Großstädte, die trotz allem durch die Existenz und die Selbstbehauptung einiger mittelgroßer Städte kompensiert wird
- Ein sehr starkes Wachstum des Ausbildungsniveaus insbesondere unter jungen Leuten, welches auch für die signifikante Zunahme der »neuen städtischen Mittelschichten« verantwortlich ist, ein weiterhin hohes Maß an frühzeitigen Schulabgängen, Analphabetismus und mangelnder Bildung
- Eine wachsender Anteil von weiblichen Studierenden und berufstätigen Frauen
- Der direkte Übergang von einem ländlich und landwirtschaftlich orientierten Land zu einem Land des Dienstleistungsgewerbes, ohne dass dabei je ein sekundär-industrieller Sektor vorherrschend gewesen wäre (wahrscheinlich der einzige Fall in der Europäischen Union)
- Eine beschleunigte und semi-periphere Integration in der Wirtschaftswelt, die durch den intensiven Einsatz billiger Arbeitskräfte, durch die »humane Entkapitalisierung« und durch das Vorhandensein eines sehr großen Kontingents nichtqualifizierter und schlecht bezahlter Arbeiter in der Industrie und im Dienstleistungssektor gekennzeichnet ist
- Eine Invasion der Migrations-Ströme (Portugal, das ja historisch ein Auswandererland war, wird seit Beginn dieses Jahrhunderts zu einem Einwandererland, das heißt zu einem Zielgebiet für Arbeiter aus Osteuropa, China, Brasilien und afrikanischen, insbesondere portugiesischsprachigen afrikanischen Ländern)
- Das Fortbestehen von Modellen des Klientelismus, Assistentialismus und Paternalismus. (Lopes, 2003).

Diese Tendenzen manifestieren sich auf besondere Weise in der Arbeitswelt Portugals. Unter den lohnabhängig Beschäftigten gibt es neue interne Teilungslinien sowie eine Erhöhung der Mobilitäts-Indikatoren durch Outsourcing und verstärkte interne Differenzierung in den mittleren Schichten der lohnabhängig Beschäftigten, wobei zu den alten Ungleichheiten neue Gefälle postfordistischen und postindustriellen Typs sowie Phänomene einer Proletarisierung, insbesondere im Dienstleistungsbereich, hinzukommen (Estanque, 2005). Das portugiesische Wirtschaftsmodell basierte immer auf niedrigen Gehältern und gering qualifizierter Arbeit, wobei die niedrigen Kosten für Arbeitskräfte als der große Standortvorteil unseres Landes ausgewiesen wurde, ein Merkmal, das durch die internationale Konkurrenz und durch Standortwechsel von Unternehmen in Länder mit noch billigeren, aber eventuell besser qualifizierten Arbeitskräften beeinträchtigt wird. Zum anderen ist der Wohlfahrtsstaat schwach ausgeprägt und die soziale Situation in Portugal nur deshalb nicht schlimmer, weil es eine soziale Abfederung durch die sogenannte Wohlfahrts-Gesellschaft in Form von weiten Familiennetzwerken und über Betreuungssysteme gibt, die z. B. die Kirche aufgebaut hat. Des weiteren erleben wir in Portugal einen klaren Prozess der Prekarisierung der Arbeit, der besonders Jugendliche und Frauen betrifft, und der zu den chronischen Problemen der ohnehin niedrigen

Gehälter (in Portugal manifestiert sich mit 20 Prozent armen Arbeitern die Realität der »Armut trotz Arbeit« besonders stark), der Verarmung (ein Fünftel der Portugiesen lebt unterhalb der Armutsgrenze), des schwachen sozialen Schutzes (da wir einen Wohlfahrts-Staat haben, der schon abgebaut wurde, bevor er überhaupt gefestigt war, da er seine ersten Schritte erst in den 70er Jahren und nicht – wie in den meisten europäischen Ländern – in der Nachkriegszeit machte) und der Arbeitslosigkeit (ca. 8,5 Prozent nach offiziellen Statistiken, wobei viele weitere statistisch nicht sichtbare Arbeitslose verdeckt bleiben) hinzukommt.

Gleichzeitig haben die tiefgreifenden Umwälzungen auch neue Klassensegmente und eine zunehmend gut ausgebildete Jugend hervorgebracht, deren Bestrebungen durch Vorbilder und einen Lebensstil geprägt werden, welche für das Modell der Konsum-Gesellschaften typisch sind. Die tiefe Kluft zwischen Erwartungen und realen Möglichkeiten kann so zu einem Generator von Phänomenen wie Ressentiments und Revolten werden. In diesem von einer konservativen Modernisierung gekennzeichneten Land, in dem erst vor sehr kurzer Zeit die modernen Formen der Arbeitsregulierung und des Arbeitsschutzes eingeführt wurden, das bereits jetzt schon von der in dieser Phase der kapitalistischen Entwicklung dominierenden neoliberalen Politik geprägt ist und das die gleichen Entwicklungstendenzen durchmacht, die ganz Europa gemein sind, andererseits aber die Besonderheiten einer semi-peripheren Gesellschaft aufweist, können die Bedingungen für eine transformatorische politische Aktion der Linken zum Einklang kommen.

Die Herausbildung des Linksblocks (Bloco de Esquerda)

Der Herausbildungsprozess des Bloco de Esquerda im Jahre 1999 vereinte in ein und derselben Organisation verschiedene Traditionen des politischen Kampfes der Linken in Portugal. Seit den 70er Jahren stand die portugiesische Linke in der post-revolutionären Zeit unter Vorherrschaft der Sozialistischen (sozial-demokratischen) Partei und – auf der linken Seite – der Kommunistischen Partei. Eine große Spannbreite an links-extremen Organisationen, welche in der revolutionären Zeit unterschiedlichen Einfluss gehabt hatten, durchliefen in den 90er Jahren eine tiefe soziale und politische Krise und wurden auf marginalen Protest bzw. einige hundert aktive Mitglieder reduziert.

1999 beschlossen die Revolutionäre Sozialistische Partei (PSR – portugiesische Sektion der IV. Internationale, SU), die Demokratische Volkspartei (UDP – eine revolutionär-marxistische Partei, die historisch mit dem Maoismus und dem albanischen Bezug verbunden war) und die Política XXI (die sich im Wesentlichen aus den Ende der 80er und 90er Jahre ausgetretenen Mitgliedern der PCP gebildet hatte) die Schaffung einer neuen politischen Bewegung vorzuschlagen. Diese Bewegung sollte keine einfache Koalition, sondern eine neue Organisation sein. Sie sollte sozialistisch und antikapitalistisch sein. Und sie sollte die Form einer Partei neuen Typus annehmen, mit starker innerparteilicher Demokratie und der Möglichkeit zum Nebeneinander-Bestehen verschiedener politischer Strömungen und Plattformen. Außerdem wurde gleich von Beginn an – durch den Wunsch, etwas Neues zu schaffen, das eben mehr sein sollte als die Summe der Ausgangsparteien – erforderlich, dass die drei Parteien, die Ursprung der neuen waren, vereinbarten, dass in den Leitungsgremien der Bewegung mehr als die Hälfte der gewählten Mitglieder aus keiner dieser drei Organisationen kommen sollte: Der Bloco wollte einen Konvergenz-Prozess vieler Linker ermöglichen, die sich eben nicht mit einer Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP), die zurückgeblieben und dem Stalinismus verhaftet war, und einer Sozialistischen Partei (PS), welche klar liberal war und die Selbst-Aufgabe der Sozialdemokratie zugunsten des Neoliberalismus' in Ganz-Europa verkörperte, identifizierten.

Das heißt, dass der Bloco eine Lücke ausfüllen sollte, nämlich die Lücke einer neuen Linken, die in der Lage wäre, die Arbeitskämpfe und den Kampf gegen jegliche Herrschaftsformen zu vereinen und dabei eine antikapitalistische, aber auch ökologisch und feministisch orientierte Identität anzunehmen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung sexueller Minderheiten wenden und unter Sozialismus auch jeglichen Kampf gegen Unterdrückung verstehen würde. Eine Linke mit der Fähigkeit, Brücken zwischen alten und neuen Bewegungen zu schlagen, die in der Lage wäre, die sozialen Kämpfe und die neuen Anliegen in der portugiesischen Bewegung in all ihrer Komplexität voranzubringen.

Unter diesem Gesichtspunkt bedeutete der Bloco de Esquerda in Bezug auf die Kultur der extremen Linken in Portugal einen Qualitätssprung. Es handelte sich nicht um die Reproduktion der Logik kleiner, sektiererischer und hyper-ideologischer Propaganda-Organisationen, sondern eher um den

Aufbau eines Bündnisses gegen den Krieg, den Imperialismus, den Neoliberalismus und die Diskriminierung, das von einem konkreten Programm des Bruches und der Intervention in der portugiesischen Gesellschaft ausgeht. Mit anderen Worten: Es handelte sich darum, die Politik nicht auf die Wahl von gerechteren oder radikaleren Schlagworten zu reduzieren, sondern eine Rolle im Klassenkampf zu spielen sowie den politischen Kampf zu beeinflussen und dabei die Worte zu finden, die sich in transformatorische Aktion und Mobilisierung der Bevölkerung umwandeln könnten. Die ideologische Identität des Blockes entstand also ausgehend von einem Programm für die Gegenwart und nicht aus der Diskussion der Vergangenheit oder der ideologischen Reinigung. Allein diese Entscheidung ermöglichte zu vermeiden, dass ein Bündnis im Namen der Abrechnung mit der Vergangenheit immer weiter verschoben würde, bzw. dass künstlich Momente eines möglichen Bruchs in der Zukunft als Vorwand für die Unmöglichkeit der Vereinigung der Kräfte in der Gegenwart projiziert würden.

Auf diese Weise wurde der Bloco eine linke Kraft, die zum einen nicht das historische Gedächtnis der Linken insgesamt verlieren wollte, die aber gleichzeitig vor allem damit befasst war, für einen Prozess der Einheit zu lernen und diesen voranzubringen, und zwar ausgehend von einer gemeinsamen Diagnose über die kapitalistische Globalisierung und die verzögerte Entwicklung der portugiesischen Gesellschaft und einem entsprechenden Interventions-Programm. Ausgehend von diesem Programm war es möglich, den Sozialismus als konkrete Politik des Kampfes gegen die Ausbeutung, für die Demokratisierung der sozialen Verhältnisse, für Gemeingüter und gegen die Unterdrückung zu definieren.

Heute ist der Bloco de Esquerda eine unumgängliche Realität in der portugiesischen Gesellschaft. Wenn er am Anfang auch nur mehr als ein Prozent bei den Wahlen erreichte, so geben ihm die Umfragen nach 10 Jahren ca. 10 Prozent. Die Mitgliederzahlen steigen ebenso wie die Verankerung in der Bevölkerung, der Einfluss bei den Arbeitnehmern ebenso wie in institutionellen Vertretungen, mit einigen hundert gewählten lokalen Abgeordneten und einer Parlamentsfraktion von acht Vertretern im nationalen Parlament.

Der Block definiert sich heute als ein antikapitalistisches Bündnis, das für die Mehrheit der Bevölkerung spricht und unnachgiebig für eine Politik kämpft, die die Interessen der Mehrheit vertritt. Gleichzeitig versagt er sich nicht den Interessen der Minderheiten – ob beim Kampf für die Rechte der Einwanderer oder der lesbischen, schwulen, bisexuellen oder transsexuellen Bevölkerung. Andererseits möchte der Bloco soziale Mehrheiten für konkrete Politik gewinnen, sei es für die Verteidigung der öffentlichen Dienste, sei es für die Veränderung des Gesetzes über die Abtreibung, die im vergangenen Jahr endlich entkriminalisiert wurde und damit der Inhaftierung von Frauen, die abgetrieben hatten, ein Ende setzte.

Der Weg des Bloco war ein Weg des Lernens und der gegenseitigen Befruchtung. Jede der den Bloco bildenden Parteien brachte ihre eigenen Erfahrungen und Traditionen mit, die natürlich sehr verschieden waren. Aber diese drei Gründer-Strömungen wollten sich für ihre gegenseitige Befruchtung und für die Einbeziehung vieler anderer Menschen öffnen, um eine neue Organisation aufzubauen. Außerdem wollten sie ihre eigene Kultur des Sektierertums und der Isolierung überwinden und lernen, eine Rolle im sozialen Kampf zu spielen.

Der Bloco stellt heute für einen bedeutenden Bereich der portugiesischen Gesellschaft eine Bezugsgröße dar. Beim Kampf gegen die konservative Modernisierung und angesichts des Versagens der Bourgeoisie, ein demokratisches Entwicklungsprojekt für das Land hervorzubringen, hat der Bloco neue Themen und alternative Politiken auf die politische Tagesordnung gesetzt. Durch die Verbindung des Kampfes für Arbeit und gegen Arbeitslosigkeit mit der Dynamisierung von Initiativen gegen die Präkarität in Anwendung neuer Formen der Vertretung der Arbeitnehmer, insbesondere der postfordistischen Segmente, mit dem Mut, die Anliegen aller Minderheiten in den politischen Kampf einzubringen und sich für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung mit den Wirtschafts- und Finanz-Eliten auseinanderzusetzen, ist der Bloco zu einer vertrauenswürdigen Linken für Tausende Portugiesen geworden.

Die Strategie einer kämpferischen Linken: Politische Klarheit und Bündnisse auf der linken Seite

Die Definition der Interventions-Strategie des Bloco war, insbesondere im letzten Jahr, in Bezug auf konkrete Sachthemen gekennzeichnet durch eine Politik des Zusammengehens mit denen, die mit der Sozial-Demokratie (namentlich der PS) unzufrieden sind und der neoliberalen Politik von José Sócrates und der absoluten Mehrheit der Sozialistischen Partei kritisch gegenüberstehen. Im Mittelpunkt der politischen Strategie des Bloco steht heute der Kampf für Arbeit und für die Verteidigung der öffentlichen Dienste, ein Feld, in dem die Hegemonie des Neoliberalismus geschwächt werden kann und in dem die Sozial-Demokratie selbst die meisten Widersprüche und die größte Anfechtung erlebt. Daher wurden mit diesen Sektoren verschiedene Initiativen durchgeführt.

Eine dieser Initiativen war die Lehrer-Bewegung: Ein erster Schritt war, 80 Prozent dieser Berufsgruppe auf die Straße zu bringen, um gegen die Regierung und die von ihr auferlegten Bestimmungen zur »Lehrer-Einstufung« und gegen die Einschränkung ihrer Gehälter und Dienstzeitanerkenntnisse zu protestieren. Daraus wurde die größte Demonstration, die Portugal je erlebte, mit mehr als 100.000 Lehrern auf der Straße. Eine andere Initiative betraf den staatlichen Gesundheitsdienst, mit einer gemeinsamen Petition von Führungskräften und Aktivisten des Bloco und einigen Sozialisten der alten Schule. Diese hatten in den 70er Jahren den öffentlichen staatlichen Gesundheitsdienst ins Leben gerufen und unterstützten nun den Bloco beim Protest gegen die Umbildung von Krankenhäusern in Wirtschaftsunternehmen und die Förderung der privaten Gesundheitsversorgung.

Zum anderen wurden politische Initiativen mit Manuel Alegre und seiner Bewegung durchgeführt. Alegre ist Abgeordneter der Sozialistischen Partei, Vize-Präsident der Nationalversammlung und ein langjähriges Führungsmittglied der PS. Bei den Präsidentschaftswahlen im Januar 2006 trat Alegre allein an, ohne Unterstützung der PS, und erhielt mehr als eine Million Wählerstimmen (18 Prozent); damit war er der am zweithäufigsten gewählte Kandidat, noch vor dem Kandidaten der PS und der Regierung, dem allseits bekannten Mário Soares (13 Prozent). Seitdem hat Alegre seine Regierungskritik weiter radikalisiert und z. B. gegen das Arbeitsgesetzbuch gestimmt, welches die Gesetze für die Arbeitsverhältnisse festlegt und von einem liberalen Ansatz der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, der Schwächung der Kollektivverträge und der Reduzierung der sozialen Rechte der Arbeitnehmer durchdrungen ist. Gemeinsam mit Alegre und seiner politischen Strömung hat der Bloco ein Forum über die öffentlichen Dienste organisiert, in dem die Gebiete Arbeit, Wirtschaft, Gesundheit, Bildung und Sozialversicherung diskutiert wurden und an dem auch der Führer des größten portugiesischen Gewerkschaftsdachverbands, Carvalho da Silva von der CGTP, ein Mitglied der PCP, teilnahm, das mit dem orthodoxen Führungsstil dieser Partei nicht konform geht, aber einen ausgezeichneten Ruf und sozialen Einfluss bei den kommunistischen Mitgliedern und den Arbeitnehmern hat.

Dieses Zusammengehen mit Kräften, die mit der Sozialdemokratie unzufrieden sind, führt die antiliberalen Kritik über das antikapitalistische Feld hinaus und schwächt die politische Hegemonie der Regierung und der liberalen Politik, welche das Land in den letzten Jahrzehnten bestimmte. Auf die Spekulation über die Bildung einer neuen Partei nur durch Manuel Alegre oder einer, die von dieser Zusammenarbeit ausgeht, hat der Bloco mit konkreter Politik geantwortet und dabei hervorgehoben, dass es sich um einen längeren und tiefen Prozess der Neudefinition der politischen Landkarte Portugals und um eine Neuausrichtung der Linken handelt, welche nicht reinen Wahlkampfaktiken untergeordnet ist bzw. sein darf und die nicht einfach schnell realisiert werden kann, nur weil Wahlen vor der Tür stehen. Andererseits hat der Bloco auf das zunehmende Sektierertum der Kommunistischen Partei mit einer Politik der Einheit in den sozialen Kämpfen und der Bereitschaft zum Dialog unter den Linken geantwortet. Übrigens hat der Bloco im Laufe der letzten Jahre eine Reihe sehr offener Initiativen gestartet, sei es für die politische oder theoretische Debatte, wie mit der Zeitschrift *Vírus* mit einigen Tausend online-Lesern, sei es über die sogenannte Sozialismus-Initiative, ein Forum, an dem viele Protagonisten aus Wissenschaft, Kultur, Kunst und Politik teilnehmen und das unter den Linken Aktionen gestartet und Reflexionen zu den verschiedensten Themen entwickelt hat.

Auch bei der Ausarbeitung des politischen Programms für die nächsten Wahlen hat sich der Bloco für die Durchführung eines Konsultations-Prozesses (online und bei persönlicher Anwesenheit)

entschieden, bei dem verschiedene soziale Protagonisten und Aktivisten aus verschiedenen Bereichen (von der Wirtschaft bis zur Kultur, vom Gesundheits- bis zum Bildungswesen), mehrheitlich von außerhalb des Bloco, im Sinne eines starken und nachhaltigen Programms konsultiert wurden, das Alternativen auf den verschiedenen Gebieten des Regierens aufzeigt und ein Instrument des politischen Kampfes gegen die Optionen ist, auf die die Regierung der PS gesetzt hat.

Alternative Linke und Macht

Die Frage des Regierens bzw. die Frage der Macht ist natürlich Bestandteil der politischen Diskussionen der Linken und des Bloco. Die getroffenen Entscheidungen sind in dieser Frage sehr klar. Der Bloco möchte um die Proteste der Linken herum soziale Mehrheiten bilden, die die Politik der Regierung zu Fall bringen. Im Kampf gegen das Arbeitsgesetzbuch wie bei der Legalisierung von Eheschließungen gleichgeschlechtlicher Menschen, im Kampf für den staatlichen Gesundheitsdienst oder für ein öffentliches Bildungssystem möchte der Bloco eine Bevölkerungsmehrheit mobilisieren und dabei die nötigen Bündnisse eingehen. Auch in den Institutionen war der Bloco immer zur Unterstützung aller konkreten Maßnahmen zugunsten sozialer Rechte und Gerechtigkeit bereit. Zum anderen wissen wir, dass der öffentliche Druck durch die Medien darauf abzielt, dass der Bloco Koalitionen mit der PS in einem Kontext eingeht, in dem es weder die Bedingungen noch das Kräfteverhältnis für ein linkes Regierungsprogramm gibt, und damit einen Versuch darstellt, unser politisches Projekt und die Kraft unserer Vorschläge zu annullieren. Daher lehnt es der Bloco ab, sich an der Regierung der PS zu beteiligen, weil er eben entgegengesetzte Politikrichtungen verfolgt.

Der Bloco engagiert sich in sozialen Mehrheiten für konkrete Politik und möchte politische Mehrheit im Namen seines Programms sein, welches alternativ zum Programm von PS und Sozialdemokratie ist und das zum Liberalismus und zum Konsens zu einem Europa ohne Demokratie und soziale Rechte übergegangen ist. Die soziale Transformation ist ein Kampf um die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft, und keine Macht ist der Mühe wert, wenn diese nicht auch transformatorische Autonomie und die effektive Fähigkeit zum Bruch mit den herrschenden Interessen und den bestehenden Herrschaftsformen auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiet bedeutet. In Wahrheit ist das Projekt des Bloco viel ehrgeiziger als irgendein institutionelles Arrangement. Es geht darum, die gegenwärtige, aus dem letzten Jahrhundert geerbte politische Landkarte in Portugal zu zerstören und eine neue Richtung für die portugiesische Linke zu finden, eine neue Hegemonie und einen anti-kapitalistischen Pol, der im Namen eines Projekts der Alternative zum Neoliberalismus für viele der mit der Sozialdemokratie unzufriedenen Teile der Gesellschaft eine Quelle der Anziehung und des Zusammengehens in Portugal wie auch in Europa sein soll. Das wird ein langwieriger Prozess sein, aber er ist auf den Weg gebracht und ist die strategische und langfristige Vision des Bloco de Esquerda.

Literatur

Lopes, João Teixeira (2003), »A sociedade Portuguesa como Desafio« (Die portugiesische Gesellschaft als Herausforderung). Zeitschrift »Ideias à Esquerda«, Nr. 1.

Estanque, Elísio (2005), »Classes, precariedade e ressentimento: mudanças no mundo laboral e novas desigualdades sociais« (Klassen, Präkarität und Ressentiment: Umwälzungen in der Arbeitswelt und neue soziale Ungleichheiten). CES-Werkstatt, Nr. 238.

Dominic Heilig

Das spanische Parteienbündnis Izquierda Unida

Vorbemerkung

Im vorliegenden Beitrag wird keine Partei, sondern ein Parteienbündnis – das spanische Linksbündnis Vereinigte Linke (IU - Izquierda Unida) – dargestellt und analysiert werden. Die Vereinigte Linke ist zwar seit 1992 eine offiziell eingetragene spanische Partei, fungiert jedoch »nur« als landesweites Dach für eine Vielzahl von linken, kommunistischen und ökologischen Parteien in den Regionen des Landes. Diese Konstellation erschwert die wissenschaftliche Analyse der Linken in Spanien überaus.

Neben regional-verankerten Parteien, die Mitgliedsorganisationen der IU darstellen, stellt die Kommunistische Partei Spaniens (PCE - Partido Comunista de España) die einzige landesweit verankerte Organisation innerhalb der IU dar. Aus diesem Grunde werden vor allem folgende Aspekte in der vorliegenden Analyse beleuchtet: Erstens die Kommunistische Partei Spaniens als größte konstituierende und landesweit organisierte Kraft der IU selbst, zweitens die Strukturen und jüngsten Entwicklungen der IU als sogenannte Dachorganisation, drittens die Geschichte des Landes und viertens das spanische Wahlsystem, welches die IU und ihre Stellung innerhalb des Parlamentarismus in einem besonderen Maße beeinflusst.

Ebenfalls ist die besondere Situation der spanischen, politischen Landschaft als Folge der faschistischen Franco-Diktatur bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein zu berücksichtigen. Denn, seit dem Ende der Franco-Diktatur 1975 bzw. den ersten freien Wahlen 1977 ist die politische Landschaft Spaniens durch eine starke Polarisierung gekennzeichnet. Diese drückt sich im Kampf zweier politischer Blöcke aus, bei dem auf der einen Seite die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE - Partido Socialista Obrero Español), auf der anderen Seite die konservative und erzkatholische Volkspartei (PP – Partido Popular) dominiert. Zwischen diesen beiden Blöcken und an deren jeweiligen politischen Rändern organisieren und positionieren sich weitere kleinere politische Formationen und Parteien. Vor allem die starke politische, administrative, ökonomische und soziale Regionalisierung Spaniens begünstigt noch heute die Herausbildung regionaler Parteien am linken und am rechten Rand des Parteiensystems. Dennoch ist seit den nationalen Wahlen eine deutliche Konzentration der Block-Konfrontation auf die Herausbildung eines Zwei-Parteiensystems erkennbar.

Die Kommunistische Partei Spaniens – Ein geschichtlicher Abriss

Die Geschichte der Kommunistischen Partei Spaniens beginnt – begründet durch interne Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratischen- und Arbeiterparteien – wie in vielen europäischen Staaten in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts.

Am 15. April 1920 gründete sich aus der Jugendorganisation der Sozialistischen Arbeiterpartei die Kommunistische Partei Spaniens. Gleichzeitig hatten Mitglieder der Sozialistischen Partei versucht, ihre Partei zum Beitritt zur Kommunistischen Internationale zu bewegen. Dieses politische Ansinnen misslang, und die Sozialistische Partei trat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien bei. Die Befürworter der Kommunistischen Internationale traten daraufhin aus und gründeten am 13. April 1921 die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PCOE). Beide noch jungen kommunistischen Parteien – die PCE und die PCOE – schlossen sich am 14. November 1921 zur Partido Comunista de Espana (PCE) zusammen.

Ende der 1920er Jahre setzte sich in der bis dahin noch sehr kleinen und mitgliederschwachen Organisation eine prosovjetsche Ausrichtung durch. In deren Folge kam es zu weiteren Abspaltungen und Austritten. Bei der Ausrufung der Zweiten Spanischen Republik 1931 befand sich die Partei in einem desolaten Zustand. Die internen Konflikte trieben sie an den Rand des Zusammenbruchs. Dennoch gelang es den Kommunisten zwei Jahre später, in das spanische Parlament einzuziehen.

Die PCE beteiligte sich in der Folgezeit aktiv an den 1934 einsetzenden Arbeitererhebungen in den Provinzen des Landes und schloss sich bei den Wahlen 1936 der Volksfront (Frente Popular) an. Die linksgerichtete Volksfront errang zwar in den folgenden Wahlen die Parlamentsmehrheit, allerdings war der Wahlsieg nur äußerst knapp ausgefallen. In dem 1936 beginnenden spanischen Bürgerkrieg, der bis 1939 andauern sollte, erfuhr die PCE starken Zulauf und steigerte ihre Mitgliederzahl auf rund

200.000.³⁶⁴ Im spanischen Bürgerkrieg kämpfte die Mehrheit der Mitglieder der PCE auf Seiten der durch die Sowjetunion dominierten Volksfront. Mit der Niederschlagung der Republik wurde die PCE verboten und ihre Mitglieder und Sympathisanten unter der Franco-Diktatur verfolgt, gefoltert und ermordet. Viele gingen ins Exil, vor allem in die Sowjetunion und nach Frankreich. Bis zu ihrer Legalisierung am 9. April 1977 operierte die Partei illegal aus dem Ausland.³⁶⁵

Bei den ersten freien Wahlen 1977 erreichte die PCE, die inzwischen wieder um die 200.000 Mitglieder zählte, 9,4 Prozent der Stimmen und erhielt 20 Mandate im Abgeordnetenhaus. Zu dieser Zeit stand die Partei noch in einem Bündnis mit der Sozialistischen Arbeiterpartei, der Coordinación Democrática, gegen die Repräsentanten des alten Regimes. Beim nächsten Urnengang 1979 konnte die PCE ihr Ergebnis auf 10,8 Prozent der Wählerstimmen verbessern und erhielt 24 Parlamentssitze. Die Geschichte der Kommunistischen Partei Spaniens lässt sich in fünf Phasen unterteilen, in Anlehnung an Rainer Schultz, der die Geschichte der Kommunistischen Partei in vier Phasen unterteilt:³⁶⁶

1. Phase: Abspaltung von der PSOE und Gründung der PCE;
2. Phase: Spanischer Bürgerkrieg und Etablierung der PCE;
3. Phase: Illegalität und Hinwendung zur KPdSU;
4. Phase: Legalisierung und Akzeptanz der konstitutionellen Monarchie;
5. Phase: Sozialistische Wende und Herausbildung neuer Bündnisse

Seit den 1960er Jahren trat die Kommunistische Partei zunehmend moderat auf, was vor allem mit der zu erwartenden Legalisierung der Partei 1977 begründet werden kann.³⁶⁷ Die moderate Strategie zeitigte zwar Erfolge, was sich in den Wahlen 1979 widerspiegelte, war aber auch Anlass für innerparteiliche Auseinandersetzungen, insbesondere, was das Verhältnis der Partei zur Sowjetunion und der KPdSU betraf. Schließlich löste sich die Partei von dem Einfluss der KPdSU, wandte sich dem Eurokommunistischen Modell zu und akzeptierte das demokratisch-parlamentarische System in Spanien.³⁶⁸ Bei den Wahlen 1982 erhielt die Partei nur noch 4,1 Prozent der Stimmen und vier Sitze im Abgeordnetenhaus; die nach wie vor zentralistischen Strukturen der Partei konterkarierten die politische und programmatische Öffnung der Partei sowie die erfolgreiche Hinwendung zum Eurokommunismus. Als Erklärung für den Stimmenverlust bei den Parlamentswahlen 1982 muss aber auch die Polarisierung der politischen Auseinandersetzung zwischen der PSOE und der PP herangezogen werden.

Die sozialistische Wende von 1982

Ende der 1970er Jahre etablierte sich die Sozialistische Arbeiterpartei als starke Alternative zu der bis dahin regierenden Union des demokratischen Zentrums (UCD - Unión de Centro Democrático), einer bürgerlichen Partei der rechten Mitte. Indem sie den unter der spanischen Bevölkerung unpopulären Beitritt Spaniens zur NATO (1982) zum Wahlkampfthema machte und im Falle eines Wahlsieges ein Referendum zum Austritt Spaniens aus dem Militärbündnis ankündigte, verstärkte sie die Regierungskrise der UCD. Bei den Wahlen im Oktober 1982 errang die PSOE die absolute Mehrheit und konnte bis 1996 ununterbrochen regieren. Mit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) 1986 setzte in Spanien ein starkes Wirtschaftswachstum ein, das in der Literatur oft auch mit dem deutschen »Wirtschaftswunder« verglichen wird. Das »spanische Wirtschaftswunder« zog massive Veränderungen hinsichtlich politischer Einstellungen, sozialer Verhaltensweisen und kultureller Orientierungen nach sich.

Auf die Auswirkungen der zunehmenden Globalisierung der Wirtschafts- und Finanzabläufe hatte die radikale Linke, also die Bewegungen und Parteien links der Sozialistischen Arbeiterpartei bzw. der

³⁶⁴ Vgl. Andreas Baumer: Jenseits der Pyrenäen. Parteiensysteme und gesellschaftliche Konflikte in Spanien und Portugal, in: Ulrich Eith, Gerd Mielke (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Länder- und Regionalstudien, Wiesbaden 2001, S. 144.

³⁶⁵ Vgl. Walther Bernecker: Spanien-Lexikon. Wirtschaft, Politik, Kultur, Gesellschaft, München 1990, S. 338.

³⁶⁶ Vgl. Rainer Schultz: Linksdemokratische Parteien in Spanien. Facetten und Entwicklung, Studie im Auftrag der RLS, Januar 2003, S. 4.

³⁶⁷ Vgl. Fred A. Lopez III: Bourgeois State and the Rise of Social Democracy in Spain, in: Ronald H. Chilcote u.a. (Hrsg.): Transition from Dictatorship to Democracy. Comparative Studies of Spain, Portugal and Greece, New York 1990, S. 17-72, 53 f.

³⁶⁸ Vgl. Marita Müller: Politische Parteien in Spanien (1977-1982). Interne Konflikte und Wahlverhalten, Saarbrücken 1994, S. 46 ff.

Sozialdemokratie, jedoch kaum Antworten. Vor allem die Strukturfördergelder der EG, später der EU, trugen zu einer tiefgreifenden Auflösung des klassischen Proletariats in Spanien bei. Damit verlor die PCE weite Teile ihrer Basis. Die zunehmend neoliberal ausgerichtete Privatisierungspolitik der regierenden PSOE als Teil der »Neuen Sozialdemokratie« und die anhaltenden Proteste gegen die NATO-Mitgliedschaft veranlassten zu einer Neuorientierung ihrer Partei; aber auch die radikale Linke formierte sich vor diesem Hintergrund neu. Schon kurz nach den Wahlen 1982 hatte die Sozialistische Arbeiterpartei ihre Haltung gegenüber der NATO-Mitgliedschaft Spaniens geändert. Nach dem EG-Beitritt Spaniens 1986 wurde das vor der Parlamentswahl 1982 angekündigte Referendum zwar durchgeführt, plötzlich warb die PSOE aber für einen Verbleib in der NATO. In dem Referendum sprach sich dann eine knappe Mehrheit (52 Prozent) für den Verbleib in dem westlichen Militärbündnis aus.

NATO-Proteste und Gründung der Izquierda Unida

Das Linksbündnis Izquierda Unida ist heute die wichtigste radikale Linkspartei in Spanien. Ihren Anfang nahm die IU nicht als Partei, sondern als loses Wahlbündnis, gruppiert um die Frage der NATO-Mitgliedschaft Spaniens. Obwohl Spanien bereits seit 1950 Militärbasen des US-amerikanischen Militärs akzeptierte und sich dadurch aus der durch die Diktatur begründeten internationalen Isolation befreien konnte, stellte der NATO-Beitritt Spaniens 1982 für die noch junge Demokratie, im Kontext des Kalten Krieges und angesichts der atomaren Offensive der Reagan-Administration, einen qualitativen Wandel dar. Zahlreiche Wähler waren von der PSOE enttäuscht, wandten sich ab und waren fortan in Bürgerbewegungen und anderen linken Parteien gegen die NATO-Mitgliedschaft aktiv. Zwar verlor das breite linke Bündnis das Referendum 1986, dennoch etablierte sich über die NATO-Auseinandersetzungen ein neues politisches Bündnis links der Sozialistischen Arbeiterpartei. Aus der Plataforma Civica por la salida de España de la (OTAN) entwickelte sich zu den Parlamentswahlen 1986 das linke Wahlbündnis der Vereinigten Linken (Plataforma de la Izquierda Unida), das 4,6 Prozent und sieben Abgeordnetensitze gewann.³⁶⁹ Bei den Kommunalwahlen 1987 steigerte sich das Wahlbündnis auf 7,18 Prozent der Stimmen und fuhr 1989 schließlich 9,07 Prozent der Wählerstimmen bei den landesweiten Wahlen ein. Die Izquierda Unida stellte damit 17 Abgeordnete im nationalen Abgeordnetenhaus. 1992 erfolgte schließlich die offizielle Registrierung der IU als spanische Partei.

Die acht Gründungsmitglieder der IU waren:³⁷⁰

- die Kommunistische Partei Spaniens, (PCE - Partido Comunista de España)
- die Kommunistische Partei der Völker Spaniens (PCPE - Partido Comunista de los Pueblos de España)
- die Sozialistische Aktionspartei (PASOC - Partido de Acción Socialista (PASOC))
- die Republikanische Linke (IR - Izquierda Republicana)
- die Progressive Föderation (FP - Federación Progresista)
- die Carlisten Partei (Partido Carlista)
- die Humanistische Partei (Partido Humanista).
- die Partei der Kollektiven Einheit der Arbeiter Andalusiens (Colectivo de Unidad de los Trabajadores – Bloque Andaluz de Izquierdas)

Die IU ist demnach vor allem ein Parteienbündnis, denn trotz des Umstandes, dass die IU als eigenständige politische Partei registriert und öffentlich aktiv ist, behalten die konstitutiven Mitgliedsorganisationen und Parteien ihre formale, rechtliche, organisatorische und politische Eigenständigkeit. Diese Tatsache führt immer wieder zu Spannungen unter den

³⁶⁹ Vgl. Juan J. Linz, José Ramón Montero: The party systems of Spain. Old cleavages and new challenges, in: Lauri Karvonen, Stein Kuhnle (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments Revisited, London, New York 2001, S. 163 ff.

³⁷⁰ Bis auf die PCE und das Colectivo de Unidad verließen die anderen Gründungsparteien die IU allerdings in den Jahren zwischen 1987 und 2001 wieder. Heute gehören der IU auch viele kleinere regionale und lokale Gruppen an, z. B. die katalanische Esquerra Unida i Alternativa, der linksalternativ-trotzkistische Espacio Alternativo, das Colectivo de Unidad und die kleineren trotzkistischen Gruppen Cuadernos Internacionales, Nuevo Claridad, Partido Obrero Revolucionario sowie die Partido Revolucionario de los Trabajadores – Izquierda Revolucionaria.

Mitgliedsorganisationen, vor allem im Hinblick auf die Besetzung von Wahllisten, die finanziellen Ressourcen der IU und die programmatische Ausrichtung des Bündnisses.

Oberstes Gremium der IU ist die Asamblea Federal, die wiederum den Consejo Politico Federal, das höchste Organ zwischen den Parteitagten bestimmt, welches aus rund 100 Personen besteht. Aus diesem wird das Exekutivbüro gewählt, dem der Generalkoordinator als Sprecher der IU vorsteht. Die Partei unterteilt sich zusätzlich in 17 Regionalorganisationen, die parallel zu den teilweise auch regionalen Organisationen der IU-Mitgliedsparteien die Politik vor Ort vertreten, organisieren und entwickeln. Die IU versucht seit ihrer Gründung, ihr pluralistisches Profil zu stärken und sich den neuen, globalisierungskritischen und sozialen Bewegungen zu öffnen bzw. als Teil der globalisierungskritischen Bewegung Spaniens in den verschiedenen Sozialforen auf regionaler, nationalstaatlicher, europäischer und globaler Ebene aktiv zu sein. Im Bericht an die siebte Generalversammlung der IU vom Dezember 2003 wird deutlich formuliert, dass sich die Mitglieder der IU ausdrücklich zum Sozialismus bekennen. Sie wünschen sich eine Gesellschaft, die sich dadurch auszeichnet, dass sie »partizipativ, kritisch und alternativ zu dem dominanten Modell« ist.³⁷¹

Dazu gehören nach Ansicht der Mitglieder ebenso der Pazifismus wie auch ökologische Standpunkte und der Feminismus. Die Partei setzt sich darüber hinaus für die Anhebung des spanischen Mindestlohns auf 1.100 Euro monatlich, die 35-Stunden-Woche, die Erhöhung der Besteuerung der Banken auf 35 Prozent, die Einführung einer Mindestrente von 800 Euro monatlich, eine Fristenregelung im Abtreibungsrecht sowie eine Reform des Wahlrechts ein.³⁷²

Die Verbindung der Partei zu den Gewerkschaften erfolgt hauptsächlich über die Mitgliedspartei PCE, die traditionell eng mit der größten Gewerkschaft des Landes, den Comisiones Obreras (CC.OO.) verbunden ist. Der zu Beginn des 21. Jahrhunderts stark gesunkene Einfluss der PCE auf die Gewerkschaft konnte seit dem Gewerkschaftskongress vom Dezember 2008 durch die Wahl von Ignacio Fernández Toxo wieder ausgebaut werden. Zwar besteht das Exekutivkomitee des CC.OO zu 90 Prozent aus Mitgliedern der PCE, lediglich 50 Prozent der 300.000 Gewerkschaftsmitglieder sind jedoch Anhänger oder Wähler der Partei bzw. der IU.³⁷³

Die Tatsache, dass die PCE sich bereits 1986 dafür entschied, aktiv an der Herausbildung des Wahlbündnisses IU mitzuarbeiten und schließlich die Izquierda Unida in eine Partei zu transformieren, federte die Auswirkungen des Scheiterns des »real existierenden Sozialismus« für die PCE in Spanien ab. So konnte das sehr gute Abschneiden des Wahlbündnisses bei den Parlamentswahlen 1989 mit 9,55 Prozent der Stimmen und 18 Abgeordneten 1993 sogar noch übertroffen werden. In den Abgeordnetenhauswahlen 1996 erhielt die IU 10,54 Prozent der Stimmen und 21 Sitze im Abgeordnetenhaus. Das hervorragende Ergebnis der IU 1996 konnte bei den folgenden nationalen Wahlen 2000, 2004 und 2008 allerdings nicht gehalten werden.

³⁷¹ Izquierda Unida: Beschluss der VII. Generalversammlung der IU, Dezember 2003, S. 3, <http://www1.izquierda-unida.es>, abgerufen am 19.1.2009.

³⁷² Vgl. Paola Giaculli: Parlamentswahl in Spanien, in: DIE LINKE International, Juli 2008.

³⁷³ Vgl. Harald Barrios: Das politische System Spaniens, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, 3. Auflage, Leske + Budrich, Opladen 2003, S. 634.

Wahlergebnisse der Izquierda Unida: Europaparlament und Abgeordnetenhaus 1986-2009³⁷⁴

Wahlen	Absolute Stimmen	Prozent
Abgeordnetenhauswahlen 1986	935 504	4,63
Europawahlen 1987	1.110 830	5,25
Abgeordnetenhauswahlen 1989	1.858 588	9,07
Europawahlen 1989	961 742	6,06
Abgeordnetenhauswahlen 1993	2.253 722	9,55
Europawahlen 1994	2.497 671	13,44
Abgeordnetenhauswahlen 1996	2.639 774	10,54
Europawahlen 1999	1.221 566	5,77
Abgeordnetenhauswahlen 2000	1.263 043	5,45
Abgeordnetenhauswahlen 2004	1.284 081	4,96
Europawahlen 2004	643 136	4,15
Abgeordnetenhauswahlen 2008	969 946	3,77
Europawahlen 2009 ³⁷⁵	588 248	3,71

Parallel zu den ausbleibenden Wahlerfolgen der Partei wuchsen kontinuierlich die politischen, strategischen und programmatischen Auseinandersetzungen innerhalb der IU. Vor allem die PCE, die lange Zeit defensiv und ob ihrer relativen Stärke zurückhaltend in dem Parteienbündnis agiert hatte, erhebt spätestens seit den enttäuschenden nationalen Parlamentswahlen 2008 wieder den Anspruch auf mehr Einfluss in den Gremien der IU. In der Legislaturperiode 2004 – 2008 tolerierte die IU eine Minderheitsregierung unter Premier Zapatero (PSOE), konnte aber kaum eigene Inhalte durchsetzen. Vor allem die Tatsache, dass die PSOE in für die IU relevanten Fragen das Bündnis mit der konservativen Oppositionspartei PP suchte, aber auch die PSOE-Strategie des »nützliche Stimme« (voto útil) bzw. »Stimme der Angst« (voto de miedo) ließen die Wahlergebnisse für die IU 2008 und 2009 sinken.

Bereits vor dem nationalen Kongress vom 15. und 16. November 2008 kündigte der IU-Generalkoordinator Gaspar Llamazares aufgrund unterschiedlicher strategischer Vorstellungen innerhalb der IU und anhaltender Auseinandersetzungen seinen Rückzug aus der Parteiführung an. Der danach von harter politischer Auseinandersetzung geprägte Kongress 2008 bestimmte zwar einen neuen Vorstand, konnte sich aber auf keinen neuen Generalkoordinator einigen. Am 14. Dezember wählte schließlich der IU-Vorstand das PCE-Mitglied Cayo Lara zum neuen Generalkoordinator der IU. Dieser versucht nun, das strategische Bündnis seines Vorgängers Llamazares mit der regierenden Sozialistischen Arbeiterpartei wieder zu lösen und die Eigenständigkeit der IU stärker zu betonen.

Internationale Aktivitäten der Izquierda Unida

Die IU war bereits in der Gründungsphase international aktiv und an der Formierung verschiedener europäischer Strukturen der radikalen Linken beteiligt. Seit den Europawahlen 1989 ist die IU mit Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten und Gründungsmitglied der GUE/NGL-Fraktion. Die IU gehört zudem zu den Gründungsparteien des Forums der Neuen Europäischen Linken (NELF), das 1991 als Raum für Diskurs und Meinungsaustausch linker Parteien in Madrid ins Leben gerufen wurde. 2004 gehörte die IU zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Linkspartei (EL). Neben der IU sind auch deren Mitgliedsparteien Esquerra Unida i Alternativa (Katalonien) und Spanische Kommunistische Partei (PCE) eigenständige Mitglieder der EL. Daneben sind weitere Mitgliedsparteien der IU und die IU selbst Teil der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL).³⁷⁶

³⁷⁴ Quelle: u. a. Elecciones a Cortes Generales, in: <http://www.generales2008.mir.es>, abgerufen am 19.1.2009 – und ergänzt

³⁷⁵ Zu den Europawahlen 2009 trat die IU erneut im Bündnis mit der katalanischen Partei »Iniciativa per Catalunya – Verds« an und errang zwei Parlamentssitze. Eines nimmt das IU-Mitglied Willy Meyer-Pleite innerhalb der Linksfraktion GUE/NGL im EP ein, das andere Mandat ein Mitglied von IC-V, welches traditionell Mitglied der Fraktion der Grünen im EP ist.

³⁷⁶ Spanische EAL-Mitgliedsparteien sind unter anderem die Izquierda Unida (IU), Esquerra Unida i Alternativa (EUiA) und der Espacio Alternativo (EA).

Die IU bezieht sich inhaltlich positiv auf den Prozess der europäischen Integration und begreift die europäische Ebene als erweiterten Handlungsraum für linke Politik. Der derzeitigen Ausgestaltung der Europäischen Union (EU) steht die Partei allerdings kritisch gegenüber. Die IU sieht in der aktuellen Politik der EU massive soziale, demokratische, ökologische und wirtschaftliche Defizite. So setzt sich die IU für eine Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments ein. Sie setzt sich außerdem für eine europäische Verfassung ein, lehnte aber den nunmehr ratifizierten Lissaboner Vertrag ab. Der ehemalige Europaabgeordnete der IU, Pedro Marset, formulierte in der Zeitschrift *Europarot*: »Wir sind der Überzeugung, dass das neoliberale Europa des Maastricht-Vertrages revidiert werden muss. Zugleich sind in die Verträge soziale Inhalte mit dem Ziel der Erreichung von Vollbeschäftigung und der Stärkung des öffentlichen Dienstes aufzunehmen. Dies bedingt die Aufhebung der Autonomie der Europäischen Zentralbank und die Streichung des Stabilitätspaktes. Wir sind der Ansicht, dass eine zukünftige europäische Verfassung die demokratischen Rechte der Bürger zu verteidigen hat.«³⁷⁷

Aktuelle Konfliktlinien innerhalb der IU nach den Wahlen 2008 und 2009

Mit dem für die IU ernüchternden Ausgang der Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2008 brachen die Konflikte innerhalb der IU endgültig offen aus. Protagonisten der strategischen und machtpolitischen Auseinandersetzungen innerhalb des Parteienbündnisses waren vor allem die Kommunistische Partei und der bis dahin amtierende Generalkoordinator der IU, Gaspar Llamazares. Kritik wurde vor allem seitens der PCE an dem Annäherungskurs Llamazares' gegenüber der PSOE während der ersten Minderheitsregierung unter Premier Zapatero laut. In den Monaten zwischen den Abgeordnetenhauswahlen im März 2008 und dem bevorstehenden Kongress der IU im November des Jahres drehten sich die Auseinandersetzungen vor allem um die Wahl der 800 Delegierten für den nationalen Kongress des Parteienbündnisses.

Im Raum stand der Vorwurf, in den Regionen würden Mitgliedszahlen geschönt, um eine bessere Ausgangssituation für den neunten nationalen Kongress 2008 zu haben.³⁷⁸ Zum ersten Mal in der Geschichte der IU wurden die Mitgliederstatistiken unter der Aufsicht des Vorstandes der IU überprüft und bereinigt. Die ersten Zahlen offenbarten den desolaten Zustand der Partei. Zählte die IU 2007 vor ihrem achten Nationalkongress offiziell noch rund 78.000 Mitglieder, waren es nun, 2008, gerade mal noch 50.000. Unterschiedliche Strömungen und Parteien warfen sich daraufhin Manipulationen vor. Fakt ist, dass seit dem Ende der Franco-Diktatur die Parteien der radikalen Linken massiv Mitglieder verloren haben. Waren nach eigenen Angaben der PCE 1977 noch 200.000 SpanierInnen Mitglied der Partei, sind davon weniger als ein Drittel als Mitglieder des Parteienbündnisses IU 2008 geblieben. Nach eigenen Angaben zählt die PCE derzeit 20.000 der rund 50.000 Mitglieder der IU. Eine detaillierte Mitgliederstatistik, in der der Anteil der Frauen oder der Berufs- und Ausbildungsstand der Mitglieder erfasst wird, liegt derzeit nicht vor. Es fehlt auch an verlässigen Zahlen über die Mitgliederentwicklung der PCE bzw. IU seit der Legalisierung der PCE 1977 bis heute. Einzig Antonio Elorza operiert in seinem Beitrag »Kommunismus in Spanien: Wiederaufbau hinter einer Maske« in dem von Patrick Moreau herausgegebenen Buch »Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation« mit einigen Zahlen, für die aber keine Quellen angegeben werden und deshalb mit Vorsicht zu genießen sind.

³⁷⁷ Pedro Marset: Die Vereinte Linke Spaniens, in: *Europarot*, 15/2003, Oktober 2003, S. 7.

³⁷⁸ Vgl. Juanma Romero: El cierre de los censos de IU acaba en pelea interna, in: *Publico*, 26 de julio de 2008

Mitgliederentwicklung der PCE nach Antonio Elorza³⁷⁹

Jahr	Mitgliedszahlen der PCE
1977-1978	201.000
1979	153.000
1980	132.000
1981	112.000
1984	68.000
1987	62.500
1991	37.000
1994	34.000

Die folgend aufgeführte Mitgliederstatistik beruht auf den ersten, unter der Aufsicht des IU-Vorstandes durchgeführten Mitgliederzählung zur Bestimmung der Delegiertenmandate für den neunten Nationalkongress 2008 der IU.

Mitgliederstatistik – nach Delegiertenschlüssel, November 2008³⁸⁰

Region	Mitglieder	Delegierte
Galicia	697	18
Asturias	4.602	66
Cantabria	178	15
Euskadi	1.877	39
Castilla y Leon	2.001	32
La Rioja	132	13
Navarra	550	21
Catalunya	3.704	70
Extremadura	465	21
Madrid	10.264	110
Aragon	897	23
C. Valenciana	3.413	46
Andalucia	16.429	160
Castilla – La Mancha	1.299	28
Murica	852	23
Ceuta	100	5
Melilla	2.383	10
Canarias	481	14
Baleares	477	20
<u>Otros delegados</u>		
Natos		40
Belgica		5
Francia		5
Luxemburgo		5
Suecia		5
Suiza		5
Gesamt	50.801	799

Die Delegiertenanzahl der IU für die Vertretung der Regionalorganisationen auf dem Nationalkongress wird nach einem sehr komplizierten Schlüssel bestimmt. So werden 50 Prozent der Mandate für eine Regionalorganisation entsprechend der Anzahl ihrer organisierten und eingetragenen Mitglieder bestimmt. Weitere 30 Prozent der Delegierten werden anhand des prozentualen Ergebnisses

³⁷⁹ Vgl. Antonio Elorza: Kommunismus in Spanien: Wiederaufbau hinter einer Maske, in: Patrick Moreau (Hrsg.): Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation, Hans-Seidel-Stiftung, Olzog-Verlag, Landsberg am Lech, 1998, S. 179, Tabelle 2.

³⁸⁰ Vgl. Juanma Romero: El cierre de los censos de IU acaba en pelea interna, in: Publico, 26 de julio de 2008

der Partei bei den vorangegangenen Abgeordnetenhauswahlen vergeben. Die letzten 20 Prozent der Delegiertenmandate werden dann anhand der bei den vorangegangenen Abgeordnetenhauswahlen erzielten absoluten Stimmen vergeben.

Jede Regionalorganisation wird gleichberechtigt an den Organen des Nationalkongresses der IU beteiligt. Hierfür wählen die Delegierten jeder Regionalorganisation einen oder eine Vorsitzende/n der Delegation, entsenden je ein Mitglied in das Tagungspräsidium und je ein Mitglied in die Mandatsprüfungskommission des Nationalkongresses.

Mit der Wahl des neuen und amtierenden Vorstandes unter der Leitung von Cayo Lara auf dem neunten Kongress im November 2008 machte sich die IU auf den Weg zu einer »Neugründung des Parteienbündnisses«. Erster Schritt hierzu ist die kontinuierliche Mitgliederwerbung und Mitgliedererfassung nach dem Vorbild der der IU nahestehenden Gewerkschaft CC.OO. Mit Beschluss des Vorstandes der IU vom 10. Oktober 2009 soll die Mitgliedererfassung kontinuierlich fortgesetzt und die Ergebnisse der Vorstandstagung im Juni 2010 präsentiert werden. Ziel ist es, über den Ausbau der partizipativen Demokratie innerhalb der Partei, die bislang sehr schlechte Beitragszahlungsmoral der Mitgliedschaft zu verbessern. Auch sollen neue Mitgliedsausweise im Zuge der Erfassung der tatsächlichen Zahl der Mitglieder ausgegeben werden. Diesen Prozess gestalten die Regionalorganisationen und das nationale Leitungsgremium erstmals gemeinsam, um Konflikte über die Berechnung, beispielsweise der Delegiertenmandate, für den bevorstehenden nationalen Kongress 2010 zu vermeiden.

Parallel zur Restrukturierung der Parteiorganisation werden seit Oktober 2009 bis in den Mai 2010 hinein Foren zur Parteireform in den Regionalorganisationen durchgeführt. Themen sind u. a. die inhaltliche Positionierung des Bündnisses zu Fragen der Ökologie, des Feminismus, der ländlichen Entwicklung, der Verteidigung des Sozialstaates, zur Bewältigung der Krise, verbunden mit der Entwicklung von Programmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit sowie zur Lösung der drängenden Fragen der Migrationsbewegungen und der Verteidigung bürgerlicher Freiheitsrechte. Ende Mai 2010 sollen die ersten Ergebnisse der regionalen Konsultationen in einem landesweiten Forum diskutiert werden. Die Ergebnisse dieses Diskussionsprozesses, der organisatorische, politische und strategische Fragen – die Zukunft der IU betreffend – klären soll, werden dann auf dem jährlich stattfindenden Nationalkongress 2010 präsentiert und diskutiert werden.

Der Prozess der Neugründung des Parteienbündnisses wurde bereits auf dem neunten Kongress 2008 beraten und soll bis zu den Kommunalwahlen 2011 abgeschlossen sein. Dann will die IU gestärkt in die bevorstehenden wahlpolitischen Auseinandersetzungen gehen. Dass dieser Prozess nicht sofort, also beispielsweise zu den Europawahlen 2009 Erfolge zeitigen würde, war allen Beteiligten klar. Umso erleichterter war man, dass man bei den Wahlen das – wenn auch magere – Ergebnis bei den vorangegangenen Abgeordnetenhauswahlen durch ein erneutes Bündnis mit der katalanischen Linkspartei IC-V halten konnte. Mit den Kommunalwahlen 2011 will das Bündnis der spanischen Gesellschaft ein neues, modernes, sozialistisch-ökologisches Angebot unterbreiten und an die Wahlerfolge in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts anknüpfen. Die Herausforderung dabei besteht vor allem in der Überwindung interner, struktureller wie politischer Probleme. Wie unterschiedlich die strategischen Konzeptionen der beteiligten Formationen und Parteien innerhalb der IU über die Strategie zur Wiedererlangung alter Stärke sind, zeigt die Auswertung der Europawahlen 2009 innerhalb der PCE und der IU als gesamtem Gebilde.

Während Generalkoordinator Lara, selbst Mitglied der KP, die Schwäche der IU vor allem aus der inneren Zerstrittenheit ableitet und für eine weitere Öffnung der Partei hin zu den sozialen Bewegungen, NGOs und weiteren Gewerkschaftsorganisationen neben der CC.OO plädiert (UGT, CGT, USO)³⁸¹, pocht der neugewählte Generalsekretär der PCE, Jose Luis Centella auf eine Konzentration der IU auf CC.OO. Zwar plädiert auch die PCE für eine Neugründung der IU, und wird wohl auch – sofern diese stattfinden sollte – deren stärkster und dominierendster Träger sein, dennoch klaffen die politischen Vorstellungen über den Weg und das Ziel der Neuformation weit auseinander. So sah sich der Vorstand der PCE auf ihrem Parteitag am 6./7. November 2009 mit Anträgen aus der

³⁸¹ Vgl. Politischer Bericht des Bundeskoordinators der IU, in: International 2/2009 (Partei DIE LINKE), 27. Juni 2009, S.40 ff.

Mitgliedschaft konfrontiert, aus der IU und der Europäischen Linkspartei auszutreten.³⁸² Zwar wurden diese Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt, dennoch wollen viele Mitglieder der Kommunistischen Partei wieder stärkeren Einfluss auf die Ausrichtung der IU ausüben. Diesem Wunsch wurde mit der Wahl von IU-Generaldirektor Cayo Lara 2008 bereits Rechnung getragen, vielen reicht dies aber nicht aus. Eine politisch-strategische Öffnung der IU hin zu weiteren Gewerkschaftsorganisationen neben der CC.OO, wurde mit über 70 Prozent der Delegiertenstimmen auf dem PCE-Parteitag Ende des letzten Jahres abgelehnt.

Will die IU weiterhin als gesamtspanische und landesweite Partei agieren, ist sie drauf angewiesen, neben einer gesellschaftlichen auch ihre parlamentarische Verankerung auszubauen. Zurzeit verfügt die IU über einen Europaabgeordneten und ein Mandat im Abgeordnetenhaus. (Zwar errang die IU je zwei Mandate, je eines fiel aber dem Bündnispartner der katalanischen IC-V zu). Darüber hinaus kann die Partei auf eine parlamentarische Vertretung in neun der siebzehn gesetzgebenden Versammlungen der Regionen und somit ca. 38 Mandate verweisen. Insgesamt sitzen für die IU und ihre jeweiligen Bündnispartner ca. 2.000 MandatsträgerInnen in den Kommunalvertretungen des Landes.

Die Bedeutung des spanischen Wahl- und Parteiensystems für die Izquierda Unida

Das spanische Parlament (Cortes Generales) besteht aus zwei Kammern, dem Abgeordnetenhaus und dem Senat. Letzterer ist gegenüber dem Abgeordnetenhaus jedoch von deutlich nachrangiger Bedeutung. Das Abgeordnetenhaus verfügt gemäß Artikel 68 der Verfassung über eine variable Abgeordnetenzahl, die nicht weniger als 300 und nicht mehr als 400 betragen darf. Sie werden nach dem Prinzip der Verhältniswahl für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt.³⁸³ Das Wahlsystem hat jedoch die Besonderheit, dass in einigen Provinzen die Sperrklausel höher liegt als in anderen. Dadurch werden vor allem kleinere Parteien benachteiligt. So benötigte die IU beispielsweise bei den Wahlen 2004 im Durchschnitt 254.000 Stimmen für ein Mandat, während die PSOE dafür nur 66.000 Stimmen brauchte. Bei einem klassischen Verhältniswahlrecht wäre die IU mit derselben Stimmenanzahl mit 18 statt fünf Abgeordneten in das Parlament eingezogen. Aus diesem Grunde thematisiert die IU immer wieder die Unzulänglichkeiten des spanischen Wahlsystems und Wahlrechts und setzt sich für deren Änderung ein. Für die nationalen Wahlen 2008 bedeutete dies demnach, dass die IU zwar rund vier Prozent der Stimmen erhielt, aber prozentual nur etwa ein Prozent der Sitze im Abgeordnetenhaus einnehmen konnte. Die bevölkerungsreichen Regionen werden nach dem gültigen Wahlsystem gegenüber den dünn besiedelten Regionen stark benachteiligt. Dies hat insbesondere Auswirkungen auf die Vertretung der IU im Abgeordnetenhaus, da die Partei vor allem in den urbanen Zentren traditionell stärker verankert ist als auf dem Land. Das spanische Wahlsystem dezimiert also strukturell die parlamentarische Vertretung der radikalen Linken.

Den wichtigsten Konflikt seit dem Wandel der spanischen Gesellschaft und des Parteiensystems nach dem Tode Francos im Jahr 1975 stellt der Konflikt zwischen Staat und Kirche dar. Die spanische Gesellschaft und das spanische Parteiensystem sind darüber hinaus geprägt von Klientelismus und Paternalismus. Diese autoritär-politische Tradition spiegelt sich bis heute in einer starken parteilichen Personalisierung und einer schwachen politischen Partizipation wider.³⁸⁴ Spanien hat zudem im europäischen Vergleich eine sehr niedrige Parteienmitgliedschaftsquote.³⁸⁵ Der Wandel der spanischen Gesellschaft ist außerdem von der Tatsache geprägt, dass den Parteien Ende der 1970er Jahre eine Rolle im Institutionengefüge zugewiesen wurde, aus der heraus sie sich nur schwer als gesellschaftliche Mobilisierungskräfte entwickeln konnten. Das Aufkommen der modernen Massenmedien veränderte die Kommunikation zwischen gesellschaftlichen Subsystemen und die Kommunikation zwischen Parteien und WählerInnen.³⁸⁶ Darüber hinaus bildete sich mit dem

³⁸² Vgl. Willy van Oyen: Ein harmonischer Parteitag, in: International 1/2010 Partei DIE LINKE), November 2009, S. 35 ff.

³⁸³ Vgl. Harald Barrios: Das politische System Spaniens, in: Wolfgang Ismay (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, Leske & Budrich, 3. Auflage, Opladen 2003, S. 613 ff.

³⁸⁴ Vgl. Rafael Arias-Salgado: Entstehung und Struktur des spanischen Parteiensystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Berlin 1988, S. 379.

³⁸⁵ Vgl. Jonathan Hopkin: Spain: Political Parties in Young Democracy, in: David Broughton, Mark Donovan (Hrsg.): Changing Party Systems in Western Europe, London, New York, 1999, S. 224 f.

³⁸⁶ Vgl. Melanie Haas: Das Parteiensystem Spaniens, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 427.

Übergang von der faschistischen Diktatur zur konstitutionellen Monarchie ein Regionalismus aus, der bis heute weite Teile des politischen Diskurses bestimmt. Regionale Parteien dominierten nicht nur das jeweilige politische Parteiensystem vor Ort, sondern erfuhren darüber hinaus eine parlamentarische Verankerung im nationalen Abgeordnetenhaus.³⁸⁷

Die Konfliktlinien Staat-Kirche, Partei-Institutionengefüge und Zentrum-Peripherie hindern heute u. a. nationalen Parteien wie die IU daran, eine landesweite Parteibasis aufzubauen und zu verbreitern. Es fällt der IU zunehmend schwer, den WählerInnen ein kontinuierliches, programmatisch einheitliches politisches Angebot zu unterbreiten. Insbesondere die Zurücksetzung des Klassenkonfliktes zugunsten der Regionalisierung verstärkt die Probleme bei der Etablierung radikal linker Parteien und Positionen, die im nationalen Rahmen handlungsfähig und wirksam werden wollen.

³⁸⁷ Vgl. Dieter Nohlen: Wahlrecht und Parteiensystem, 3. Auflage Opladen 2000, S. 332 ff.

Südosteuropa

Michael Müller Die Linke in Bulgarien

Die politische Lage in Bulgarien

Die Republik Bulgarien ist seit 2007 Mitglied der EU und – was Wirtschaftskraft und soziale Lage betrifft – dort, etwa gleichauf mit Rumänien, das Schlusslicht. Der östliche Balkanstaat existiert in der neueren Geschichte seit 1878. Vorher gehörte das Territorium rund 500 Jahre lang als eine der inneren Provinzen zum Osmanischen Reich. Von 1944 bis 1990 war die Volksrepublik Bulgarien ein Land des real existierenden Sozialismus, Gründungsmitglied des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW; Comecon) sowie des Warschauer Vertrages. Nicht ausschließliche, aber dominante Regierungspartei war in dieser Zeit die Kommunistische Partei Bulgariens (BKP), an deren Spitze von 1954 bis 1989 Todor Živkov³⁸⁸ stand. Statistisch und von der Mehrheit der Bulgaren heute auch noch gefühlt sind diese Jahrzehnte die wirtschaftlich und sozialpolitisch erfolgreichsten des bulgarischen Volkes gewesen.³⁸⁹

Die Entwicklung des freiheitlich-demokratischen Parlamentarismus seit 1990 ist in Bulgarien, was das Parteiensystem und die Regierungsverhältnisse betrifft, durch Instabilität und jähe Wendungen geprägt. Bei den jüngsten Parlamentswahlen am 5. Juli 2009 bekam das Land seinen elften Ministerpräsidenten (seit dem 3. Februar 1990). Der jetzige, Boiko Borisov, ist erst neun Monate im Amt. Und es wurden nie bei einer Parlamentswahl die unmittelbar vorangegangene Kabinettskoalition oder die Person des Premiers wiedergewählt. Fünf Mal hat es ein Kabinett unter Führung der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) gegeben; drei Mal mit einem eigenen, zwei Mal mit einem parteilosen Ministerpräsidenten.³⁹⁰ Die BSP war 1989/90 aus der Kommunistischen Partei Bulgariens hervorgegangen. Sie ist organisatorisch, strukturell und vom Einfluss her die mit Abstand bedeutendste linke Kraft im Land.

Exemplarisch für das hartnäckige Wechselwahlverhalten in Bulgarien sind die Parlamentswahlen vom 5. Juli 2009. Deutlicher Sieger wurde die erst 2006 entstandene Partei Bürger für eine Europäische Entwicklung Bulgariens (GERB) mit 39,7 Prozent. Sie ist eine an ihrem Gründer und Führungsmann, dem ehemaligen Sofioter Bürgermeister Boiko Borisov und derzeitigen Premierminister, orientierte populistische Partei und, dem bürgerlich-demokratischen Spektrum gemäß, als Mitte-Rechts einzuordnen. Die bisher den Ministerpräsidenten stellende BSP bekam nur noch 17,7 Prozent (2005: 31 Prozent). Das ist ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis seit 1990. Der Wahlausgang von 2009 verdeutlicht erstens eine klare Abwendung der Wählerinnen und Wähler vom bisherigen, linksdominierten Regierungsbündnis und zweitens eine abermalige jähe Richtungsänderung ihrer sowohl ideologischen als auch »intuitiven« Präferenzen.

Gemessen am üblichen westeuropäischen Wahlverhalten hätte bei solch einer Kehrtwende innerhalb von vier Jahren von einer Sensation gesprochen werden können. Doch für Bulgarien handelte es sich genau genommen um ein mehrfaches wahlpolitisches Déjà-vu-Erlebnis. So wie die bulgarischen Wähler 2009 die regierende linke BSP abstrafte, hatten sie es beispielsweise bei den Parlaments-

³⁸⁸ Todor Živkov (1911–1998), vom 4. März 1954 bis zu seinem erzwungenen Rücktritt am 10. November 1989 bulgarischer Staatschef und erster Mann der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP). Kurz nach der Wende unter der Ägide eines seiner zuvor engsten Vertrauten Petăr Mladenov (Ex-Außenminister) inhaftiert, 1992 wegen Amtsmissbrauchs und persönlicher Bereicherung zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, aus Altersgründen nur in Hausarrest, 1996 in einem Revisionsprozess freigesprochen. Hat mit Blick auf seine Amtszeit immer beteuert: »Ich habe alles angeordnet, ich übernehme für alles die Verantwortung.«

³⁸⁹ Leider findet das lediglich in der Fachliteratur Erwähnung. In der gängigen »westlichen« politischen Lesart ist vor allem von kommunistischer Diktatur die Rede, und bestenfalls existiert Ignoranz. Noch vor einem Jahr gab es bei de.wikipedia.org/wiki/Bulgarien für diese 46 Jahre VRB keinen eigenständigen Artikel! Auf 3.3. Fürstentum und Königreich Bulgarien folgte 3.4. Bulgarien nach der Wende; abgerufen am 13.2.2009). Erst seit Kurzem folgt auf 3.3 ein 3.4 Sozialistische Ära – Volksrepublik Bulgarien. Doch unter de.wikipedia.org/wiki/Volksrepublik findet man auch derzeit noch lediglich fünf Zeilen; abgerufen am 16.3.2010.

³⁹⁰ Andrej Lukanov (3.2.1990 bis 7.12. 1990), ŽanVidenov (25.1.1995 bis 13.2.1997), Sergej Stanišev (17.8.2005 bis 27.7.2009).

wahlen 2001 mit der bis dato regierenden rechts-bürgerlichen Union Demokratischer Kräfte (SDS) getan (von 52,3 Prozent 1997 auf 18,2 Prozent). Und wie 2009 der GERB hatten die Wähler 2001 der erst kurz zuvor gegründeten Nationalen Bewegung Simeon II. (NDSV) mit 42,7 Prozent ihre Gunst geschenkt; der Ex-Zar Simeon Sakskoburggotski war damals – wie 2009 GERB-Chef Borisov sozusagen von Null auf Hundert – zum Premierminister gemacht worden. Doch er wurde dann auch bereits 2005 wieder ins zweite Glied zurückgestuft – laut Wahlanalysen von den fast gleichen Wählergruppen, die ihn zuvor so gepusht hatten. Stattdessen kamen 2005 wieder einmal die Sozialisten, diesmal mit Premier Sergej Stanišev, ans Ruder. Und dann also 2009 die neuerliche Kehrtwendung zu der ebenfalls erstmals zu Parlamentswahlen angetretenen Partei GERB.³⁹¹

Wie gegenläufig dieses Wechselwählerverhalten allein der vergangenen acht Jahre ist, sei hier auch noch mal beispielhaft an den Personalien dreier wichtiger Führungsleute angedeutet: Der konservative, rechtsliberale Simeon Sakskoburggotski (2001 gewählt), 1943 als Sechsjähriger zum Zaren Simeon II. von Sachsen-Coburg und Gotha ernannt, war 1996 aus dem spanischen Exil zurückgekehrt. Der Sozialist Sergej Stanišev (2005 gewählt), ein in der Ukraine geborener Sohn einer russischen Mutter, galt als junger Vorzeigekader der 1989 zur BSP gewendeten Mehrheit der einstigen BKP. Der konservative Populist Boiko Borisov (2009 gewählt) ist ein schillernder Auf- und Seiteneinsteiger, der einst der kommunistischen Regierung zur Zeit der VRB im Sicherheitsapparat ebenso zu Diensten war wie später – als nunmehr ausgewiesener Antikommunist – der Regierung Sakskoburggotski.³⁹²

Parlamentswahlen in Bulgarien 2005 und 2009				
Partei / Koalition	Prozente		Abgeordnete	
	2009	2005	2009	2005
GERB	39,72		116 (90+26)	
Koalition für Bulgarien	17,70	30,95	40	82
DPS	14,45	12,81	38 (33+5)	34
Ataka	9,36	8,14	21	21
Blaue Koalition	6,76	14,12	15	37
RSS	4,13		10	
NDSW	19,88		53	
BNS	5,19		13	

Wahlbeteiligung: 2009: 60,4 Prozent (4,23 Millionen), 2005: 54,3 Prozent (3,7 Millionen)

Wahlen zu den 240 Parlamentssitzen hatten (seit 1991) nach dem reinen Verhältniswahlrecht mit Vier-Prozent-Hürde stattgefunden. 2009 wurde in 31 Wahlkreisen nach dem Mehrheitsprinzip gewählt. Die Mandate werden nach Proporz verteilt, wobei das d'Hondt-Verfahren angewandt wird.

GERB: Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens
Koalition für Bulgarien: Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) und einige linke Splitterparteien
DSP: Bewegung für Rechte und Freiheiten (»Partei der bulgarischen Türken«)
Ataka: Nationale Bewegung Ataka
Blaue Koalition: Union demokratischer Kräfte (SDS), Demokraten für ein starkes Bulgarien (DSB)
RSS: Partei für Ordnung, Sicherheit und Gerechtigkeit
NDSW: Nationale Bewegung Simeon II.
BNS: Bulgarische Volksunion

³⁹¹ GERB regiert mit einem Einparteien-Minderheitskabinett (39,7 Prozent der Wählerstimmen, mit 116 Direktmandaten von 240 Sitzen). Es gibt Unterstützungs- bzw. Tolerierungsvereinbarungen mit drei kleineren rechten Fraktionen: der ultra-nationalistischen Ataka (9,4 Prozent; 21 Sitze), der Blauen Koalition (SDS/DSB – 6,8 Prozent; 15 Sitze) sowie der Partei Ordnung, Sicherheit und Gerechtigkeit (RSS – 4,1 Prozent; 10 Sitze).

³⁹² Michael Müller: Populisten ohne Programm. Eine Analyse der politischen Situation Bulgariens, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2009/09, in: <http://www.rosalux.de/index.php?id=19691>, abgerufen am 10.4.2010. Grigor Lilow: Geheimprojekt Boiko Borisov, Sofia 2010, brosch. (blg.).

Bereits im Frühjahr 2010, also neun Monate nach den Parlamentswahlen, begann die Opposition unter Führung der BSP vorgezogene Neuwahlen in die Debatte zu bringen. BSP-Ex-Innenminister Rumen Petkov postulierte sogar, dass die regierende GERB »am meisten an Neuwahlen interessiert ist, da ihr sonst ein politisches Desaster droht«³⁹³. Etwa zeitgleich hatte Premier Borisov für sich 18 Monate reklamiert, um die dringlichsten Probleme Bulgariens auf den Weg der Lösung bringen zu können.

Eines der Wahlversprechen von GERB war, konsequent gegen Korruption vorzugehen (was in der bulgarischen Öffentlichkeit immer gut ankommt, indes auch sehr schnell von keinem mehr geglaubt wird). Allerdings versuchte man sich in sehr populistischer Art und Weise öffentlich weniger an der nationalen wie internationalen Wirtschafts- und Finanzmafia, sondern direkt an der vergangenen Regierung abzuarbeiten. So ist seit Ende März 2010 bei der Staatsanwaltschaft Sofia auf Veranlassung der Regierung Borisov gegen Verantwortliche aus 13 Ministerien des ehemaligen Stanišev-Kabinetts (darunter Minister und deren Stellvertreter) ein Untersuchungsverfahren anhängig. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, zwischen 2007 und 2009 rund 150 Verträge über etwa zwei Milliarden Lewa ohne die nötige finanzielle Sicherung aus dem Staatshaushalt abgeschlossen zu haben.³⁹⁴

Und auch dies gehört zur weiteren Skandalisierung der gegenwärtigen politischen Lage im Land: Laut Politikwissenschaftler Prof. Antoni Todorov übernimmt GERB immer unverhohlener die extrem nationalistischen Losungen der Partei Ataka, die als entscheidende parlamentarische Kraft die GERB-Mehrheit verbindlich unterstützt. Bei GERB sei es zwar noch ein »weicher Nationalismus«, meint Todorov, doch man habe es längerfristig auf die Wählerschichten von Ataka abgesehen. Bei denen handele es sich auch um radikale, Jagd auf Türken und Roma machende Nationalisten, aber in allererster Linie sind es »Leute, die ihre Arbeit und ihren sozialen Status während und nach der Wende verloren haben und dafür Vergeltung suchen«. Diese Leute skandieren »Bulgarien den Bulgaren!«, ohne zu bedenken, dass eben diese in Bulgarien lebenden Türken und Roma die größten Verlierer der Wende sind.³⁹⁵

Linke Parteien, Gruppierungen, weiteres linkes Potential

In Bulgarien wurden seit 1990 fast 200 politische Parteien registriert. Etwa ein Viertel davon ist zumindest nicht direkt rechts oder Mitte, wäre also – um in dieser groben Einteilung zu bleiben – links orientiert. Die meisten dieser Parteien, ob rechts, links oder sonst wo, sind allerdings Parteien, die von Personen für Personen, für sich selbst oder andere interessierte Personengruppen gegründet wurden. Und zwar weniger zu einem hehren demokratisch-parlamentarischen Zweck, sondern zu diesem: irgendwo in den Kreisen oder Bezirken, am besten natürlich ins Parlament gewählt zu werden, um die weitreichenden geradezu immunisierenden Privilegien zu genießen, die das bulgarische Parteiensowie Wahlgesetz Abgeordneten aller Ebenen zubilligt.³⁹⁶

Stärkste und einflussreichste linke politische Partei ist die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP). Sie hat heute nach eigenen Angaben noch über 120.000 Mitglieder, was einem Rückgang von rund 40 Prozent innerhalb der letzten zehn Jahre entspricht. Parlamentarisch ist sie derzeit die stärkste Oppositionspartei (mit 41 von 240 Sitzen). Inhaltlich gesehen hat die BSP (Programm von 2008) eine Ausrichtung, die dem Hamburger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD; 2007) vergleichbar ist. Praktisch-politisch verhielt und verhält sie sich ebenso rechtswendig-neoliberal wie die SPD. Innerhalb des europäischen Spektrums der Sozialistischen Internationale, der sie angehört, ist die BSP als weit rechts außen zu charakterisieren.

Die BSP ist 1989/90 nicht nur direkt aus der Kommunistischen Partei Bulgariens (BKP) hervorgegangen, sondern setzte sich auch an die Spitze des sogenannten Transformationsprozesses – nunmehr allerdings umbenannt sowie schnell vom Marxismus/Leninismus, der nun Stalinismus hieß,

³⁹³ In: Nowijat Glas vom 24. März 2010.

³⁹⁴ In: Duma vom 13. März 2010.

³⁹⁵ In: Duma vom 18. März 2010.

³⁹⁶ Im Kern ist solches Vorgehen dem in westlichen Ländern nicht unähnlich, in der Erscheinungsform ist es gröber, durchsichtiger als westlicher Filz von Politik, Lobbyismus, Wirtschaft und Börse. Allerdings auch weniger effektiv. Man denke allein in Deutschland nur an die Milliardenkorruptionsskandale der letzten Jahre um Siemens, VW, MAN oder gerade jetzt um Daimler.

abgekehrt; dies weitgehend mit dem gleichen Führungspersonal wie zu Zeiten der Volksdemokratie. Diese Wende vollzog sich in Bulgarien ohne eine wirklich nennenswerte und länger andauernde innere Opposition oder gar druckvolle Demonstrationen.³⁹⁷

Im Wesentlichen handelte es sich faktisch um eine schlichte pragmatische Politikänderung der bislang herrschenden politischen Klasse (den Vorgängen in Rumänien nicht unähnlich, allerdings weitaus gemäßigter und ohne Blutvergießen). Der jahrzehntelange BKP-Parteichef Todor Živkov wurde (vergleichbar mit der SED-Palastrevolte und dem Wechsel von Erich Honecker zu Egon Krenz am 18. Oktober 1989) am 10. November 1989 zum Rücktritt gezwungen und durch Petăr Mladenov aus der engsten Führungsriege in Živkovs Politbüro des ZK der BKP ersetzt. Die BKP gab ihren in der Verfassung verankerten Führungsanspruch auf und sprach sich für die Errichtung eines »demokratischen, gesetzestreuen Staates« aus. Und sie gewann als erste Ex-KP in einem ehemals sozialistischen Staat bei den ersten Nachwende-Parlamentswahlen Mitte 1990 mit 211 von 400 Sitzen die absolute Mehrheit.

Die eklatante Wahlniederlage von 2009 verschärfte erneut die innerparteiliche Debatte über den weiteren politischen Kurs der Partei. Vorerst setzte sich die breite Mitte durch. Will heißen: Es bleibt programmatisch und personell wie gehabt; Ex-Premier und Wahlverlierer Sergej Stanišev wurde als Parteichef am 18. Oktober 2009 mit 455 von 779 Stimmen wiedergewählt. Die Ursachen der Wahlniederlage wurden und werden vor allem bei den beiden ehemaligen kleineren Koalitionspartnern verortet. Deren halblegaler und korrupter Dunstkreis hätte sich über die Dreier-Regierungskoalition gelegt und vor allem deren Führerin, eben die BSP, in schlechtestem Licht vor der Öffentlichkeit erscheinen lassen.³⁹⁸

Die eigentlichen Ursachen des Vertrauensverlustes liegen indes tiefer. Zum Ersten hat sich das gesamte Parteiensystem Bulgariens für die meisten Bürger völlig unglaubwürdig gemacht, wegen – so die allgemeine Meinung – Unfähigkeit, Klientelwirtschaft und persönlicher Bereicherung auf Kosten der Gesellschaft. Zum Zweiten wird die sich weiterhin links und sozial gebende BSP sogar maßgeblich mit diesen Gebrechen in Verbindung gebracht. Mit dem Übergang von der kommunistischen Staatspartei zur gewendeten sozialistisch-sozialdemokratischen BSP ging nämlich auch ein Großteil des sozialistischen Staatseigentums im In- und Ausland in die persönliche Verfügungsgewalt zahlreicher führender und mittlerer BSP-Kader über (und später an deren politische Zöglinge oder Kinder). Auch die Führungsschicht der zweiten Generation der BSP ist – laut derzeitiger öffentlicher Meinung in Bulgarien – eher eine Kaste denn ein wirklich links zu nennendes Personal. Wobei anzumerken ist: Die BSP-Leute waren nach der Wende in Bulgarien nicht etwa schlimmer als andere, die die Plätze an der Sonne suchten. Nur, sie waren in einer günstigeren, offenbar auch langfristig vorbereiteten Ausgangsposition.³⁹⁹

Hinzu kommt bei der BSP das bisherige Fehlen wirklich zukunftsorientierter Projekte. Man wird auch jetzt, also angesichts des populistischen, ja krawallartigen nationalen Mitte-Rechts-Rucks seit den Parlamentswahlen 2009 den Eindruck nicht los, dass die Führungsschicht, die ihre Privilegien in 20 Jahren freiheitlich-demokratischer Selbstbedienung am Staat massiv und fundamental hat ausbauen können, lediglich überwintern will – damit ihr dann ein möglichst schmerzhafter Misserfolg der jetzigen GERB-Regierung (ob zu Lasten der Menschen oder nicht, ist kaum von Interesse) bei

³⁹⁷ Es gab in den letzten Jahren vor 1989 in der VRB lediglich Unruhen im Zusammenhang mit der staatlich verordneten Bulgarisierung türkischer Namen von 1984 bis 1989. Nach einigen sogar tödlich verlaufenen Bombenattentaten (Plowdiw, Warna) setzte sich allerdings im Untergrund die gemäßigte »Türkische Nationale Befreiungsbewegung Bulgariens« durch, die zu passivem Widerstand aufrief. Dies war die einzige nennenswerte gegen den sozialistischen Staat gerichtete Daueraktion, die indes ob der antitürkischen Haltung weiter Kreise der ethnisch bulgarischen Bevölkerung keinerlei politische Massenbasis fand. Siehe unter anderem: Das erste Loch in Richtung Westen, in: Neues Deutschland vom 25. Mai 2009.

³⁹⁸ Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS), auch als Partei der bulgarischen Türken bekannt, und die Nationale Bewegung für Stabilität und Aufschwung (NDSV) des Ex-Zaren Simeon Saksokoburgotski.

³⁹⁹ Der Kampf um die Sicherung alter und den Ausbau neuer Pfründe nahm ab 1989 zusehends mafiöse Formen an. Ein blutiger Höhepunkt war die Ermordung von Andrej Lukanow (58) am 2. Oktober 1996 auf offener Straße vor seinem Haus, erster Nachwende-Premier (3.2. bis 7.12.1990), in der VRB seit 1973 Minister für Außenhandel, Vize-Premier, ab 1979 Kandidat des Politbüros des ZK der BKP. Er hatte mit Rückendeckung Gorbatschows maßgeblich den Sturz Živkovs im Herbst 1989 betrieben. Vor seiner Ermordung hatte er öffentlich gedroht, sein Wissen über Firmengeflechte und den Ausverkauf Bulgariens offenzulegen.

kommenden Wahlen wieder einen Erfolg beschert. Eine Strategie, die übrigens, schaut man auf das langmütige Wechselwahlverhalten der bulgarischen Wähler seit 1990, nicht ganz zu Unrecht für erfolgreich gehalten wird.

Die BSP hat mit der Duma eine überregionale Tageszeitung, die im April 1990 aus Rabotničesko Delo, dem Zentralorgan der BKP zu Zeiten der Volksrepublik Bulgarien, hervorgegangen ist. Im Untertitel heißt sie »Linke Zeitung«. Sie ist an Kiosken sowie im Abonnement erhältlich, von der Auflage her (etwa 30.000) vor allem den bulgarischen Blättern westeuropäischer Konzernmütter (24 Časa, Standart usw.) allerdings weit unterlegen.

Seit 2006 versucht sich verstärkt, ein linker BSP-Flügel zu profilieren.⁴⁰⁰ Als dessen Übervater gilt immer noch der inzwischen 78-jährige Aleksander Lilov. Für ehrliche, neue linke Kräfte im Land dürfte er indes kaum noch eine Identifikationsmöglichkeit bieten, denn er wirkt längst als traditionalistische Gallionsfigur.⁴⁰¹ Nach der Wahlniederlage 2009 witterte dieser linke Flügel (um Janaki Stoilov, Pavel Pisarev, Dimităr Genčev, Krasimir Premjanov, Tatjana Dontčeva u. a.) Morgenluft. Er drängte auf Neuwahl der Parteitagsdelegierten für einen Sonderparteitag, wollte so Parteichef und Ex-Premier Stanišev ablösen und, wie die Losung hieß, »die Partei von innen erneuern«.

Doch daraus wurde in der Hauptsache bisher nichts. Der planmäßige Parteitag bestätigte Stanišev im Herbst 2009 im Amt. Der nächste ordentliche Parteitag ist für Mitte Oktober 2010 einberufen. »Ich hänge nicht am Führungsposten, werde mich aber auch nicht aus der Verantwortung stehlen«, kündigte Stanišev Anfang Mai 2010 nach dem entsprechenden Vorstandsbeschluss an. Die bisherigen Funktionsträger der BSP konnten sich weitgehend behaupten. Wenn eine Erneuerung »von innen« aber tatsächlich stattfinden sollte, dann käme sie – meinen in Bulgarien nicht nur viele Außenstehende, sondern auch viele BSP-Mitglieder an der Basis – zuallerletzt von »oben«. Besagte Funktionsträger hätten zu viel zu verlieren: innerparteilich, aber auch bezüglich ihrer privaten Netzwerke, in denen es etliche für bulgarische Verhältnisse im Wirtschafts- und Unternehmerbereich oder als Spekulanten nicht nur zu Wohlhabenheit, sondern zu echtem Neureichtum gebracht haben.

Ob ihrer oben geschilderten Verfasstheit gibt es natürlich in der BSP seit Gründung Fraktionskämpfe und Abspaltungen; eigennützige wie ehrliche, alle allerdings so gut wie einflusslos. Den Namen Bulgarische Kommunistische Partei (oder dessen leichte Abwandlung) benutzten seit 1990 neun Parteien. Eine davon, die wohl mitgliederstärkste, unter Leitung von Alexander Paunov, gehörte bei den Parlamentswahlen 2009 zur von der BSP geführten »Koalition für Bulgarien«. Die Wählerstimmen auch dieser nennenswerten BKP bewegen sich im Promillebereich. Sie gibt alle 14 Tage die Zeitung Rabotničeski Vestnik heraus. Eine andere ist die Partei der bulgarischen Kommunisten, die von Vasil Kolarov und Minčo Minčev angeführt wird. Sie wiederum war 2009 Mitglied des Wahlbündnisses »Bulgarische Linke Koalition«. Auch ihre Stimmen lagen im Promillebereich. Seriöse Mitgliederzahlen sind hier wie dort nicht zu erhalten. Zu den sozialdemokratischen Abspaltungen der BKP gehört u. a. die Partei der bulgarischen Sozialdemokraten, die assoziiertes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas ist, sowie die Politische Bewegung der Sozialdemokraten, die bei der Sozialistischen Internationale einen Beobachterstatus innehat.

Sowohl in den kommunistischen wie sozialdemokratischen Fällen handelt es sich um kleine und kleinste Kreise, so dass das häufig mahnende Analysewort von der hemmenden »Zersplitterung der bulgarischen Linken« ad absurdum geführt wird. Selbst eine organisatorische Aufhebung solcherart Zersplitterung ergäbe wohl noch kein großes Ganzes.

⁴⁰⁰ Im Unterschied etwa zum linken Forum Demokratische Linke 21 (ehemals Frankfurter Kreis) der SPD, dem sowohl mehrere Parteivorstandsposten als auch Parlamentsmandate zugestanden werden, wird der linke Flügel der BSP von der derzeitigen rechten Führung direkt bekämpft.

⁴⁰¹ Aleksander Lilov war als Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der BKP (für Ideologie) lange der zweite Mann nach Živkov. Und zwar mit allem Schwulst der Zeit; ein ideologiekitschiges Kleinod ist sein Aufsatz zum 100. Geburtstag Georgi Dimitroffs (in: Nowo Wreme, Heft 6, Juni 1982). Der eloquente Typ war politisch (und wohl auch persönlich) mit Živkovs Tochter Ljudmila Živkova (1942–1981; Kulturministerin) liiert. Nicht lange danach fiel Lilov bei Živkov in Ungnade und wurde in politische Provinz geschickt. Er verschaffte sich 1989 die Aura eines Dissidenten und übernahm die Parteispitze der BSP. 1991 erklärte er dann den damals 32-jährigen Žan Videnov (Premierminister 25.1.1995 bis 13.2.1997) zu seinem Nachfolger.

Eine interessantere und vor allem zukunftsversprechende Gründung scheint da die Bulgarische Linke (BL) zu sein, die sich 2009 im April, also noch vor der BSP-Wahlpleite, um die ehemaligen linken BSP-Kader bzw. Parlamentsabgeordneten Ilija Božinov, Klara Marinova, Bojan Kirkov, Petko Todorov und Ivan Genov bildete. Zur Gründungsversammlung in Sofia waren etwa 500 Personen gekommen. Die Mitgliederzahl dürfte die 10.000 noch nicht übertroffen haben. Die BL war innerhalb des linken Splitterbündnisses »Bulgarische Linke Koalition« 2009 auch noch zu den Parlamentswahlen 2009 angetreten, allerdings verständlicherweise ohne nennenswerten Erfolg.⁴⁰² Sie ist jetzt dabei, regionale Strukturen auf- bzw. auszubauen.

Das Gründungspapier der BL zählt Menschenrechte und Meinungsfreiheit zu den positiven Veränderungen der Wende seit 1989, betont aber gleichzeitig, dass Bulgarien in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen »um Jahrzehnte zurückgeworfen« worden sei. Deshalb stelle die BL »den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung« und eine Abkehr von der »neoliberalen Privatisierungs- und Deregulierungspolitik der BSP« ins Zentrum ihres politischen Wirkens. Aufgelistet werden Forderungen nach Erhöhung von Mindestlöhnen sowie -renten, nach Abschaffung des unter der BSP-Regierung eingeführten Steuersatzes, der Einkommen der ärmsten wie reichsten Haushalte mit zehn Prozent gleich veranlagt, Wiedereinführung steuerfreier Niedrigeinkommen, Umverteilung von Militärausgaben auf Infrastrukturmaßnahmen usw.⁴⁰³ Die BL ist nicht gegen die EU-Mitgliedschaft Bulgariens, wohl aber für eine weitere Demokratisierung und stärkere soziale Ausrichtung der EU.

Sehr dezidiert formulierte Ivan Genov, einer der drei Co-Vorsitzenden der BL, im Frühjahr 2010 die sicherheits- und außenpolitischen Ansätze.⁴⁰⁴ Die BL sei dabei, ein Bündnis mit Bürgerorganisationen zu schmieden, um im Land ein »Referendum über Frieden und Krieg« durchzuführen. Genov nennt nach einer ausführlichen politischen Analyse fünf Punkte, auf die das Referendum abzielen und mit denen möglichst breite Kreise angesprochen werden sollen:

- Gegen ausländische Militärstützpunkte in Bulgarien und für vorfristige Kündigung des Stationierungsvertrages mit den USA (der am 28. April 2006 vom BSP-Premier Stanišev geschlossen wurde).
- Gegen die Stationierung von Raketenabwehrsystemen (der USA) in Bulgarien, für einheitliche und gleiche Sicherheit für alle Länder.
- Gegen die Teilnahme Bulgariens an militärischen Auslandseinsätzen, für unverzüglichen Abzug des bulgarischen Kontingents aus Afghanistan.
- Gegen eine NATO-Mitgliedschaft Bulgariens, für ein europäisches System der kollektiven Sicherheit und Verteidigung.
- Gegen die Militarisierung der EU, für eine friedliche und gewaltfreie EU.

In ihrer Argumentation für ein solches Referendum versucht die BL, an populäre Vorstellungen und Gefühle in der bulgarischen Bevölkerung anzuknüpfen, so mit dem Hinweis, dass es vor den jetzigen US-amerikanischen »in der gesamten bisherigen Geschichte des Dritten Bulgarischen Staates niemals ausländische Stützpunkte gegeben hat«. Oder mit der Anknüpfung an die traditionelle bulgarische Russophilie: Die Absicht, Raketenabwehrsysteme zu stationieren, sei »eine verdeckte Aktion gegen Russland«, Bulgarien würde so zu einer »Speerspitze gegen Russland«, die Bulgaren sollten sich so »wie die Tschechen« gegen die Stationierung stark machen, die BL fühle sich in dieser Sicht eins »mit der Bürgeröffentlichkeit sowie mit den nationalen Organisationen und Foren »Russophile«, »Bulgarien – Russland«, »Slawischer Verband in Bulgarien«.⁴⁰⁵

An dieser Stelle ist eine Bemerkung zu den bulgarisch-russischen Beziehungen am Platz. Die BL wagt sich da am deutlichsten zu einer Pro-Haltung vor, und die entspricht nach wie vor durchaus dem Gefühl breiter Bevölkerungsschichten in Bulgarien. Auch die BSP – namentlich ihr Ex-Premier Stanišev, aber auch ihr derzeitiger Staatspräsident Georgi Pärvanov – bemühte und bemüht sich um gute Beziehungen wie um gut Wetter in dieser Frage. Dennoch dominierte und dominiert seit 1990 praktisch-politisch – und zwar mit oder ohne BSP-Premier oder -Präsident – 1990 eine deutliche Westpräferenz. Die dahinter steckende ideologische Position verdeutlichte beispielsweise Ex-

⁴⁰² Die BL reihte sich nach den Wahlen von 2009 auch sogleich in die Reihe derer ein, die sich von der Wahl betrogen sahen. Sie selbst sah sich nicht bei 0,2 sondern bei 1,2 Prozent. Über ein Prozent hätte bedeutet, dass die Partei staatliche Parteienfinanzierung erhalten hätte.

⁴⁰³ In: Sega vom 6. April 2009, auch in: Junge Welt vom 5. August 2009.

⁴⁰⁴ »Wir brauchen ein Referendum über Frieden und Krieg«, ganzseitiger Aufsatz in: Duma vom 25. März 2010.

⁴⁰⁵ Ebenda.

Präsident Željko Želez (Union Demokratischer Kräfte – SDS) kürzlich wie folgt: Die bulgarische Affinität zu Russland (Rusofilstvo) habe »historisch immer eine verhängnisvolle Rolle gespielt«. Bis auf zwei Mal: »beim Russisch-Türkischen Krieg 1877–1878, aus dem Bulgarien als der neuzeitliche Staat hervorging, sowie bei Perestrojka und Glasnost Gorbatschows, die auch für Bulgarien den Weg zur sanften Revolution eröffneten«⁴⁰⁶.

Diese These ist zwar historisch einseitig und deshalb falsch, außerdem ist sie ideologisch borniert. Sie wird aber dennoch im heutigen Bulgarien alltäglich in wechselnden Gewändern über die Medien dem Volk präsentiert. Und vor allem wird sie in gleicher Alltäglichkeit von einer anderen ebenso einseitigen, falschen, bornierten These flankiert: dass nämlich der Segen fürs Land allein von der EU und den USA komme und deshalb in der Westzuwendung und in der Ostabwendung die Zukunft liege.⁴⁰⁷ Wie ahistorisch und völkerpsychologisch verdreht diese These ist, zeigt nicht zuletzt ein Blick auf die christlich-orthodoxe oder slawische, vor allem islamische, Kulturgeschichte dieser Region sowie deren gesellschaftliche Reflexion im Denken und Fühlen der heutigen Bulgaren.

Die BL ist seit dem 28. September 2010 offizielle Mitgliedschaft der Europäischen Linkspartei. Einige Gründungsaktivisten verweisen als BL-Vorbild gern auf die Entstehung sowie die gesellschaftliche Rolle der Partei Die Linke in Deutschland. Das Vorbild spielt übrigens bis in den Namen der BL hinein, die nämlich korrekt nicht »Bulgarische Linke«, sondern dezidiert »Die Bulgarische Linke« (Balgarskata Levica) heißt. Was den gesellschaftlichen Hintergrund angeht, so gibt es zwischen BL und Die Linke allerdings weitaus weniger Parallelen, womit sich auch vorschnelle Hoffnungen auf vergleichbare politische Erfolge verbieten sollten.⁴⁰⁸

Seit Anfang 2010 tauchen in bulgarischen Medien verstärkt Meldungen auf, wonach der gegenwärtige sozialistische Präsident Georgi Pärwanov nach seiner Amtszeit 2011 ein neues Parteiprojekt plant. Pärwanov steht derzeit stark unter Druck der GERB-Regierung, die jüngst gar den Prozess eines Abwahlverfahrens gegen ihn im Parlament in Gang setzen wollte, dabei allerdings am 31. März 2010 an der nötigen Zweidrittelmehrheit scheiterte. Ob solche Parteigründungsgerüchte überhaupt einen echten Kern haben und ob es sich da um ein linkes Projekt handeln würde, ist momentan schwer einzuschätzen.⁴⁰⁹

Natürlich gibt es auch in Bulgarien zahlreiche linke Projekte außerhalb von Parteien. Sie sind bislang in der Öffentlichkeit allerdings ebenfalls weitgehend einflusslos. Einige seien hier exemplarisch genannt:

Club Che Guevara, Plovdiv. Er versteht sich als informelle Verbindung, die sich in Abständen (von Herbst bis Frühsommer etwa wöchentlich) zur Diskussion politischer und kultureller Themen trifft. Teilnehmer sind vor allem Studenten, aber auch junge Leute, die in Firmen der Stadt arbeiten. Die Internetseite wird von Klubleiter Pavel Ivanov betreut, der der BKP nahesteht und in der Plovdiver Stadtverwaltung arbeitet.

Solidarisches Bulgarien. Dabei handelt es sich um eine Arbeitsgruppe, die aus der BSP hervorgegangen ist und deren Mitglieder dort peu à peu als Querulanten zur Seite geschoben wurden. Laut Ivo Petkov, der zu den Initiatoren gehört, seien im Rahmen von Solidarisches Bulgarien rund 300 Leute aktiv, im Internet, aber in und um Sofia auch in Medien und bei Veranstaltungen. Petkov: »Es geht uns

⁴⁰⁶ Vortrag an der Bulgarischen Botschaft in Berlin, Oktober 2009, zitiert nach dem bulgarischen Manuskript.

⁴⁰⁷ Die Voraussetzungen von Die Linke und BL sind völlig anders. In Bulgarien handelt es sich bei der BL um eine Absplittierung der Nachfolgepartei der KP aus VRB-Zeiten, und zwar (ziemlich wahrscheinlich) mit nur wenig Geld, ohne Medien, ohne nennenswerte politische Mandate, mit noch dürftigen Strukturen. Es ist also eine Neugründung von null an. Bei der deutschen Die Linke handelte es sich 2007 um die Fusion der im Osten Deutschlands längst parlamentarisch und gesellschaftlich verwurzelten Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), die direkt die reformierte SED aus DDR-Zeiten war, sowie des im Westen Deutschlands entstandenen breiten linken Bündnisses »Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative« (WASG).

⁴⁰⁸ Von BSP-Aktivisten werden solche Gerüchte immer wieder dementiert (unter anderem Europaabgeordnete Ilijana Jotova, in »Duma« vom 29. März 2010). Wobei Jotova allerdings auch einräumt, dass »Pärwanov die einzige Alternative zur derzeitigen Regierung« sei – was eine künftige nochmalige Kandidatur von Ex-Premier und Noch-Parteichef Stanišev wohl ausschließen würde. Es wird indes auch gemutmaßt, dass Pärwanov auf eine Partei in der Art von Einiges Russland, also eher eine zentristische Partei mit dem Hauptziel der Machtsicherung zusteuert.

⁴⁰⁹ Siehe www.cafebabel.de/article, Januar 2010.

schon längst nicht mehr um Eigentumsfragen, sondern darum, den Egoismus und die aktuelle Konsumentenethik hinter uns zu lassen.«

Sozialalternatives Forum. Den bisher rund 20 Leuten, teilweise ebenfalls junge ehemalige BSP-Mitglieder, schwebt eine Art Ideen- und Diskussionsforum vor. Man habe »nichts mehr mit der diskreditierten BSP am Hut«, sagt Mitorganisator Ilija Markov. »Die BSP ist viel zu weit weg von linken Werten und eine oligarchische Partei. Bei der ist die Macht an Geld und Vetternwirtschaft geknüpft. Natürlich sind die führenden Köpfe dafür verantwortlich, aber auch die Basis, von der sie blind unterstützt wird, ganz gleich, was die Partei sagt oder macht.« Wenn eine Parteineugründung, dann müsste es laut Markov die Neugründung einer »pragmatisch linken sozialdemokratischen Partei« sein. Es gehe nicht um Revolution, sondern ganz schlicht um (west-) europäische Standards für das Land.⁴¹⁰

Schließlich noch ein Blick auf das linke Potential in anderen Parteien und Organisationen: Die beiden nennenswerten grünen Parteien Bulgariens sind die Grüne Partei/Bulgarische Grüne (seit 1990) sowie Die Grünen (seit 2008). Beide rangieren derzeit wahlpolitisch im nationalen Maßstab weit unter einem Prozent. Grüne Politik ist in Bulgarien von Beginn an in allererster Linie der Versuch ökologischer Politik. Deziert linke Programmpunkte sind dort – anders als etwa in Westeuropa – kaum zu finden. Beispielsweise hatte die Grüne Partei/Bulgarische Grüne kurz vor den Parlamentswahlen ihren Mitgliedern und Sympathisanten sogar eine Wahlempfehlung für die populistische GERB, also die jetzige Regierungspartei, gegeben.

Vergleichbar Pragmatisches findet man bei den bulgarischen Gewerkschaften. Die Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften in Bulgarien (KNSB) ist mit etwa 350.000 Mitgliedern der größte Gewerkschaftsbund und war Anfang der 90er Jahre hervorgegangen aus dem Einheitsgewerkschaftssystem der VRB. Die mit Abstand zweitgrößte Gewerkschaft ist die Konföderation Podkrepa (etwa 80.000 Mitglieder). Sie ist bereits Mitte 1989 parallel zu KNSB entstanden und sieht sich inzwischen eher als eine christliche Gewerkschaft. Die beiden Gewerkschaften hatten sich von Beginn an mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung für Massenprivatisierung ausgesprochen. Sie ließen sich auch von den Misserfolgen der ersten Privatisierungswelle nicht beirren und setzten sich ab Anfang 1999 ebenso für die zweite ein. Auch die Arbeiter-Management-Privatisierung wurde weitgehend uneingeschränkt unterstützt. Wenn sie also einen Teil der Schuld an der jetzigen wirtschaftlichen und sozialen Lage auch den Gewerkschaften geben, scheinen die Bulgaren nicht ganz fehl zu gehen. Die bulgarischen Gewerkschaften sind weniger links orientiert, sondern eher regierungsnah und verständnisvoll gegenüber Unternehmern.

Wie die Gewerkschaften sind in Bulgarien auch die meisten Frauenorganisationen im engeren Sinne weniger links politisiert. Wenn allerdings irgendetwas kennzeichnend für die bulgarischen Frauen ist, dann ist es ihre selbstbewusste und auch durch die bulgarische Gesellschaft traditionell goutierte selbstbestimmte Position. Das ist auch heute weiter spürbar. Allerdings hat sich die familiäre und soziale Lage der bulgarischen Türcinnen nach 1990 »um 100 Jahre zurückgedreht«. Was die Frauenfrage betrifft, hat die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) in ihrer Regierungszeit für bulgarische Verhältnisse übrigens eher zurückhaltend agiert. Ganz anders die nunmehrige GERB-Regierung, die u. a. aufgrund ihres Wahlprogramms und ihrer Kandidatinnen bereits viele Frauenstimmen bekam.⁴¹¹

Rückblick und Erwartungen

Die Geschichte linken Denkens und linker Politik ist auch in Bulgarien historisch maßgeblich mit entsprechenden sozialistischen Parteigründungen des ausgehenden 19. Jahrhunderts verbunden. Im Unterschied zu der entsprechenden Entwicklung im europäischen Maßstab zeichnet sich die bulgarische durch einige Besonderheiten aus. Sie mögen einzeln für sich genommen eigentlich gar nicht so besonders sein, vergleicht man sie mit anderen Ländern vor allem auf dem Balkan. Zusam-

⁴¹⁰ Nach Aussage des Parteivorsitzenden Aleksandăr Karakačanov nicht aus ideologischen Gründen, sondern wegen der – »wenn auch kleinen« – Chance, dass GERB die Verschleuderung von Stadt und Land an private Spekulanten stoppt (Gespräch mit dem Autor im Juli 2009).

⁴¹¹ So die Geschäftsführerin der Stiftung Frauenforschung und -politik, Tatjana Kmetova, in »Noch brennt Licht«, Report in: Neues Deutschland vom 30. Juli 2009 sowie »Bulgariens Frauen kriegen einen Schub vom Patron« in: The New York Times vom 8. März 2010.

men allerdings bilden sie durchaus die Basis für die Spezifik linken bulgarischen Denkens und Handelns. Und zwar bis heute.

Die erste sozialistische, d. h. die vor allem ans Kommunistische Manifest angelehnte Partei Bulgariens, die Bulgarische Sozialdemokratische Partei, gründete sich am 20. Juli (greg.)/2. August (jul.) 1891. Das war für Europa relativ früh. Beispielsweise noch vor der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (1898). Allerdings später als etwa in Deutschland der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (1863; Lassalle) oder die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (1869; Bebel, W. Liebknecht).

Die Tradition sozialistischen, d. h. linken Denkens und Handelns war damals in Bulgarien zeitlich, inhaltlich und personell höchst dürftig. Das Land gibt es in der neueren Geschichte erst seit 1879 (Verfassung von Tarnovo); von 1396 an hatte das Territorium zum Osmanischen Reich gehört. Ende des 19. Jahrhunderts war Bulgarien weitgehend ein reines Agrarland. Es gab nicht nur so gut wie keine Arbeiterklasse, somit auch so gut wie keine Gewerkschaftsbewegung. Es gab Bildungsbürgertum, aber kaum ein nennenswertes urbanes wirtschaftlich-unternehmerisches. Und das Land hatte weder eine Phase der westeuropäischen Aufklärung, geschweige denn eine Französische oder auch nur 1848/49er Revolution gehabt. Noch 1900 verzeichnete eine bulgarische Volkszählung 76 Prozent Analphabetismus.

Der Gründungsinitiator von 1891 war Dimităr Blagoev (1856–1924). Sein Geburtsort war zur Zeit des Osmanischen Reiches das mazedonische Dorf Zagorichani. Es liegt heute mit dem Namen Vasiliada in der nordgriechischen Gemeinde Agioi Anargyroi. Er hatte auch einige Schriften russischer Linker sowie von Marx und Engels übersetzt. Im Herbst 1891, also kurz nach der Parteigründung, publizierte er den längeren Aufsatz »Was ist Sozialismus, und hat er bei uns eine Basis?«. Dieser galt und gilt in der offiziellen, vor allem parteipolitischen Linken als das »erste bulgarische marxistische Werk«.

Auch hier (wie so oft auch später in der bulgarischen Linken) wurde indes die Volksbasis für einen Sozialismus in Bulgarien maßgeblich in einer spezifischen nationalen, sozialrevolutionären Bewegung gesehen, die in den europäischen Regionen des Osmanischen Reiches im 18. Jahrhundert begonnen hatte: die sogenannte nationale Wiedergeburt mit all ihrem militanten Widerstand gegen das sterbende Osmanische Reich. Und die Sozialdemokraten Blagoevs sahen sich nicht genau in der Wiedergeburtlinie. Einer ihrer Helden, Hadži Dimityr (1840–1868), fiel als Anführer einer Heiduckenschar ausgerechnet nahe des Buzludža-Gipfels, wo sich die frühen bulgarischen Sozialisten 1891 symbolisch zu ihrer Parteigründung trafen.

So edel aber all diese Wiedergeburtendenker und -kämpfer auch waren: In der Vorstellung von der Wiedergeburt des Bulgarischen, für das sie gegen das Osmanische fochten, steckte ein überschäumender Patriotismus, der aus einer von Blagoev und Genossen reklamierten marxistischen, später recht schnell leninistischen, wieder wenig später stalinistischen Sicht kaum zu rechtfertigen war. Es ging schließlich bei Wiedergeburt auch um großbulgarisches Machtstreben und panslawistische Ansprüche. Da linke Bewegungen nicht außerhalb von Volksgefühlen stehen, hat solcherart Patriotismus/Nationalismus auch die bulgarische Linke nie ganz verlassen. In volksdemokratischer Zeit ist er vor allem durch russophil geprägte Freundschaftskundgebungen an die Sowjetunion und internationalistische Losungen überdeckt gewesen. Nach 1990 war indes auch die junge BSP bereit, Wahlbündnisse mit scharf nationalistischen Kräften, wie etwa der Vaterländischen Partei der Arbeit, einzugehen. Das ist aktuell nicht der Fall; mit Ataka gibt es keinerlei praktisch-politische Schnittstellen. Und die Republik Bulgarien hat es nicht zuletzt unter BSP-Ägide auch zu Zeiten blutiger nationalistischer Auseinandersetzungen in ex-jugoslawischen Nachbarländern verstanden, eigene nationalistische Tendenzen (Stichwort: Mazedonien) zu zügeln. Ein weiterer Prüfstein dergestalt dürfte für die Linke in Bulgarien in den nächsten Jahren vor allem die Debatte um einen EU-Beitritt der Türkei werden.

Als Gefahr oder zumindest mit Unbehagen betrachteten die Bulgaren nämlich seit ihrer staatlichen Selbstständigkeit im ausgehenden 19. Jahrhundert die in ihrem Land lebenden Türken und Pomaken (islamisierte Bulgaren), die heute zusammen etwa ein Zehntel der Bevölkerung ausmachen. Die von der BKP forcierte Kampagne, in der zwischen 1984 und 1989 alle türkischen Familiennamen bulgarisiert wurden, führte letztlich zur Ausreise von fast 350.000 der Betroffenen in die Türkei. Das war zwar international ein politischer Eklat für die VRB, wurde allerdings von der bulgarischstämmigen Bevölkerungsmehrheit weitgehend toleriert. Nach 1989 hat die »Türkenpartei« DSP das türkische Element in Bulgarien zwar parlamentarisch und demokratisch salonfähig gemacht;

sie hat allerdings wenig an den Ressentiments geändert bzw. hat sie eher verstärkt, da nun auch (einige wenige) Türken Zugriff auf Pfründe erhielten und diese natürlich nutzten.

Die BSP arbeitet sich nach ihrer Wahlschlappe vom Sommer 2009 teilweise heftig am ehemaligen Koalitionspartner DSP ab. Dieser Partei wirft sie zumindest gern und ausgiebig vor, für das Negativ-Image der einstigen Regierungskoalition im Allgemeinen und der sie führenden BSP im Besonderen verantwortlich zu sein. Immer wieder fallen Stichworte wie Bereicherung, Korruption, Vetternwirtschaft. Das mag zwar nicht immer unberechtigt sein, stets aber gibt es dem antitürkischen Grundgefühl der Bulgaren Nahrung. Will heißen: Auch in ihrer Haltung zur Minderheitenfrage im Land (nicht zu vergessen Sinti und Roma!) bleibt für die bulgarische Linke künftig Raum, sich deutlich zu positionieren.

Die stalinistische Phase der BKP hatte bis lange nach 1956 angedauert. Erst im November 1962 wurden der Hauptakteur und einer seiner willigsten Helfer bei der auch in Bulgarien blutig verlaufenden Stalinisierung »wegen parteischädigenden Verhaltens« gestürzt: Wälko Červenkov und Anton Jugov hatten bis dahin höchste Partei- und Staatsfunktionen inne.⁴¹² Červenkov war der Hauptverantwortliche für die Prozesse gegen den ehemaligen Vize-Premier und Vize-Parteivorsitzenden Traitscho Kostov, Mitglied des ZK seit 1924, einer der raren wirklichen Helden des bulgarischen Partisanenkampfes.⁴¹³ Červenkov konspirierte in der Sache fast zwei Jahre lang teilweise direkt mit Stalin.⁴¹⁴ Kostov wurde Ende 1949 als »Haupt einer Spionagegruppe der titofaschistischen Clique« hingerichtet. Auch in einer Reihe von Nachfolgeprozessen gab es Todesurteile und lange Zuchthausstrafen gegen ZK-Mitglieder.⁴¹⁵ In den Jahrzehnten danach wurden die Täter halbherzig moralisch verurteilt und die einst Verurteilten halbherzig rehabilitiert. Der erste Mann in Partei und Staat, Todor Živkov, war bereits 1954 zum 1. Sekretär des ZK der BKP aufgestiegen und also in alle Grausamkeiten in nächster Nähe verwickelt gewesen, aber er blieb erster Mann bis in den Herbst 1989.

Sicher ist das bulgarische Volk nicht anfälliger und nicht empfänglicher für doktrinaire Staatsgebilde als andere mit vergleichbarer geschichtlicher Tradition. Allerdings ist es eben dergestalt auch stark vorbelastet. Zumal es in seiner über 1.300-jährigen Geschichte mit Ausnahme einer Episode 1919 bis 1923 unter dem Premier Alexander Stamboliski (Bauernpartei) lediglich in den letzten 20 Jahren einen nicht-doktrinären Staat erlebte. Der Hang und der Wunsch nach zentralen Lösungen sind im Volke nach wie vor sehr ausgeprägt. Wie die Wahl des jetzigen Premiers Borisov zeigt, wird dem auch Raum gegeben. Die Linke in Bulgarien wird in ihrer praktischen Politik künftig zunehmend mit solchen Tendenzen zum »starken Mann« konfrontiert sein und Entscheidungen über Bündnisse und Koalitionen treffen müssen, die gegen ein Abrutschen in totalitäre Strukturen Front machen.

In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich hervorgehoben, dass das bulgarische Volk vom Grund her weder antikommunistisch noch antisemitisch ist. Ersteres zeigte sich u. a. darin, wie schnell die rigide antikommunistische Phase zu Ende ging, die mit der Regierung Filip Dimitrov (8. November 1991 bis 30. Dezember 1992) von der Union der Demokratischen Kräfte (SDS) verbunden war. Das Zweite wird u. a. an dem Verhalten Bulgariens in der Zeit der Bindung an Nazi-Deutschland deutlich, wo es sich der Auslieferung seiner Juden erfolgreich widersetzte.⁴¹⁶ Diese beiden Stimmungen im Volk wird

⁴¹² Wälko Červenkov (1900–1980), Generalsekretär der BKP, Premierminister, nach Stalins Tod Vize-Premier, Schwager Georgi Dimitroffs. Ein schauerhaftes Dokument des damaligen von Stalin inspirierten Verfolgungswahns der Kommunisten ist Červenkovs Rede auf dem BKP-ZK-Plenum vom 16./17. Januar 1950 »Über die Lehren aus der Aufdeckung und dem Kampf um die Zerschlagung der Traičo-Kostov-Bande«, Sofia, 1950 (blg.). Anton Jugov (1904–1999) Innenminister bis 1949.

⁴¹³ Traičo Kostov (1897–1949, hingerichtet), Vize-Premier. Genoss als Partisanenheld nach 1944 größte Autorität in der VRB, ihm wurde dann aber innerhalb der Partei antisowjetische Gesinnung und intellektueller Individualismus vorgeworfen. Im Juni 1949 wurde er wegen angeblicher Wirtschaftssabotage seiner Ämter enthoben und in einem Schauprozess zum Tode verurteilt.

⁴¹⁴ Bulgarien im Geheimarchiv Stalins, Dokumentensammlung, Sofia 2005, 382 S., brosch. (blg.).

⁴¹⁵ Dieser tödliche Kostov-Prozess stand in einer Reihe mit anderen in volksdemokratischen Ländern. So gegen Koci Xoxe (Tirana, 8. August 1949), László Raik (Budapest, 15. Oktober 1949), Rudolf Slánský (Prag, 3. Dezember 1952); Paul Merker (Berlin, März 1955) wurde als »zionistischer Agent« zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

⁴¹⁶ Eine Tatsache, die einzigartig unter den Vasallen Hitlers blieb und die unter anderem auch in der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem speziell gewürdigt wird.

die bulgarische Linke in ihrer Programmatik und Praxis weiterhin zu beachten, zu pflegen und zu nutzen haben.

Abschließend eine Anmerkung zu einer weiteren Fassung der bulgarischen Volksseele. Satirisch brachte sie der Schriftsteller Aleko Konstantinov gleich im ersten Satz seines Geschichtenzklus »Baj Ganjo« von 1893 auf den Punkt: »Man half Bai Ganjo den alten Umhang von den Schultern abzuwerfen, einen belgischen Paletot überzuziehen – und alle sagten sich, dass Bai Ganjo nun schon ganz Europäer ist.«⁴¹⁷ Das meint: Konstantinovs *typicus bulgaricus* ist, obwohl auch leicht larmoyant, von sich sehr überzeugt, trotz fehlenden Durchblicks hartnäckig sowie selbstgefällig und, obwohl er sich häufig zurückgesetzt sieht, bauernschlau und umtriebig.

Obiges Zitat lässt sich durchaus auf die Gegenwart, besonders auf Angehörige der heutigen bulgarischen politischen Klasse ummünzen: »Man half Bai Ganjo, die sozialistische Kutte fallen zu lassen, einen Adidas-Anorak anzuziehen – und alle, vor allem Baj Ganjo selbst, waren sich sicher, dass er der perfekte Westeuropäer ist.« Die Linke in Bulgarien wird sich hingegen immer stärker bewusst darüber werden, dass das ein trügerisches Selbstwertgefühl ist. Liegt doch die einzigartige historische und kulturelle Spezifik Bulgariens wie auch der bulgarischen Linken gerade darin, Schnittstelle oder gar Brücke zwischen Ost- und Südslawen zu sein. Sicher, die Bulgaren sind Europäer, aber eben keine Westeuropäer. Wie es auch – und das sei hier extra im Text und nicht in einer Fußnote erwähnt – die Deutschen samt ihrer deutschen Linken nicht sind, sondern sie sind eben Mitteleuropäer in originärer, leider noch wenig entwickelter Mittlerlage und -rolle.

Literatur und Links

Südosteuropa, ein Handbuch, Margarditsch Hatschikjan/Stefan Troebst (Hg.), München, 1999, 576 S.

Michael W. Weithmann: Balkan-Chronik, Darmstadt, 1997, 564 S.

Gerald Knaus: Bulgarien, München, 2002, 328 S.

Dimitar Angelow: Entstehung des bulgarischen Volkes, Berlin, 1980, 153 S.

Bulgarien – Geschichte, Politik, Wirtschaft, Kultur, Sofia 1988, 522 S. (blg.).

Der Balkan – politisch-ökonomischer Abriss, Sofia, 1987, 274 S. (blg.).

Bulgarische Tages- und Wochenpresse.

<http://www.slavistik-portal.de/>

<http://staatsbibliothek-berlin.de/osteuropa-abteilung>

<http://staatsbibliothek-berlin.de/osteuropa-abteilung/service-und-benutzung/lesesaal.html>

http://www.bg-berlin.com/modules.php?name=Web_Links&cid=15

http://www.mfa.bg/berlin/index.php?option=com_content&task=category§ionid=21&id=88&Itemid=412

<http://www.mediapool.bg/>

<http://www.novinar.net/>

www.duma.bg

<http://www.newspapersglobal.com/>

⁴¹⁷ Aleko Konstantinov: Nach Chikago und zurück – Baj Ganjo, Sofia 1983, 245 S., geb. (blg.).

Julian Marioulas

Die griechische Linke

Griechenland und die Linke seit 1974

Nach dem Ende der Junta, dem diktatorischen Militärregime, das 1967 mit einem Putsch an die Macht kam, stimmten die Griechen 1974 für die Abschaffung der Monarchie. Kostas Karamanlis, der bereits in den 50er und 60er Jahren mehrfach Ministerpräsident gewesen war, gelang nunmehr mit seiner konservativen Partei (ND – Nea Dimokratia) der Wahlsieg. Er setzte seine Anstrengungen daran, Griechenland in die EG zu führen, und wurde 1977 wieder an die Spitze der Regierung gewählt. Parallel erfolgte der Aufstieg der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK), der es vier Jahre später gelang, mit 48 Prozent größte Partei zu werden und daraufhin für ein knappes Jahrzehnt die Regierung zu stellen. Die PASOK setzte weitreichende soziale Reformprojekte durch, auch wenn ihre Politik nie das Ausmaß erreichte, die Ministerpräsident Andreas Papandreu mit seiner Rhetorik vorgab.

Das Wendejahr 1989 ist für die griechische Linke bis heute von entscheidender Bedeutung, wenn auch die Gründe nicht in Berlin liegen, sondern in Athen. Zu Beginn dieses schicksalhaften Jahres hatten sich die an der Sowjetunion orientierte Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) und die eurokommunistische Griechische Linke zusammengefunden und bildeten die Koalition der Linken und des Fortschritts (SYN – Synaspismos). Die Allianz war von Anfang an brüchig, verfehlte aber die Wirkung bei den Wählern nicht. Im Juni erreichte sie bei den Parlamentswahlen 13,1 Prozent und stellte 28 der 300 Abgeordneten. Keine der beiden großen Parteien erreichte eine absolute Mehrheit. Was darauf folgte, gilt bis heute als einer der großen historischen Fehler der griechischen Linken – so äußerten sich die späteren Vorsitzenden von KKE und SYN. Denn um dem Ministerpräsidenten Andreas Papandreu die Immunität zu entziehen und ihn aufgrund eines Skandals vor Gericht stellen zu können, gingen die konservative Nea Dimokratia und Synaspismos eine Koalitionsregierung ein. Nach Neuwahlen im November, die ebenfalls nicht die gewünschte Alleinregierung für die Nea Dimokratia ermöglichten, unterstützten sie bis zu den wiederum anberaumten Wahlen im April 1990 eine Übergangsregierung. Die Regierungsbeteiligung sorgte für tiefe Unzufriedenheit in der griechischen Linken und belastete insbesondere das Verhältnis zur PASOK auf viele Jahre. Auf das Interregnum folgte eine Alleinregierung der ND, der es nicht gelang, die Wirtschaftspolitik zu ordnen, woraufhin sie abgewählt wurde.

Bald holten auch die internationalen Entwicklungen das Linksbündnis ein. Der 13. Parteitag der KKE im Februar 1991 verlangte angesichts des Auseinanderbrechens der Sowjetunion nach einer Richtungsentscheidung. Nachdem der hochgeachtete, langjährige Generalsekretär Charilaos Florakis erklärte, die Führung der Partei nicht noch einmal übernehmen zu wollen, wurde unter kontroversen Umständen und mit nur engem Vorsprung Aleka Papatrifu in das Amt gewählt. Damit setzte sich der dogmatische Flügel in der Partei durch, der im Folgenden die Reformer innerhalb des ZK ausschloss und im Juni die Zusammenarbeit mit Synaspismos auflöste.

Nachdem die KKE damit von den Abweichlern gesäubert war, wandelten Reformkommunisten und verbliebene Mitglieder den Synaspismos im Juni 1992 in eine eigenständige Partei um. Eine letzte Spaltung in den Führungsgremien der KKE erfolgte 2000, als der ehemalige Vizepräsident des griechischen Parlaments und ein Europaabgeordneter ausgeschlossen wurden.

Die zweite Regierungsära der PASOK, beginnend 1993, war von einer Wirtschaftspolitik gekennzeichnet, deren Ziel es war, den Maastrichter Kriterien zu entsprechen. Ministerpräsident Kostas Simitis setzte Einschnitte im Staatshaushalt durch und konnte auf gute Wachstumszahlen verweisen. Es gelang ihm, zwei weitere Wahlen zu gewinnen, doch wagte sich seine Regierung nicht an den bereits ausufernden Beamtenapparat und konnte des grassierenden Klientelismus ebenfalls nicht Herr werden. 2004, getragen von Ermüdungserscheinungen angesichts der lange währenden PASOK-Ära, verloren die Sozialisten schließlich unter ihrem neuen Vorsitzenden Jorgos Papandreu (Sohn von Andreas Papandreu) gegen die ND unter Kostas Karamanlis (Neffe des Ministerpräsidenten und Präsidenten gleichen Namens). Die folgenden fünf Jahre entzogen der griechischen Politik das ohnehin kaum vorhandene Vertrauen durch eine Aneinanderreihung von Skandalen in höchsten Regierungskreisen, härtestem Neoliberalismus und nicht vorhandenem Krisenmanagement. 2009 stellte einen Einschnitt dar, als der PASOK mit linker Rhetorik ein Erdrutschsieg gelang, nur um

kurz darauf angesichts der desolaten Haushaltslage jede Hoffnung auf sozialen Fortschritt zu begraben.

Neben der PASOK als Vertreterin der Sozialdemokratie zeichnet Griechenland das Vorhandensein vielfältiger linker Kräfte aus, von denen die KKE und SYN mit Abstand die wichtigsten sind. Daneben existieren eine große Anzahl anderer Parteien und Organisationen, die sich dem linken Spektrum zurechnen. Dabei reicht die ideologische Ausrichtung von den gemäßigten Sozialisten über Maoisten bis hin zu Verschwörungstheoretikern. Fünf von ihnen traten bei der letzten Parlamentswahl im Oktober 2009 an. Unter dem Banner des Kommunismus waren dies die maoistische Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) – Marxisten-Leninisten (M-L), die ebenfalls maoistische Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Griechenlands (M-L KKE) und die Organisation für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Griechenlands (OAKKE), die kleinste KP im Bunde. Letztere zeichnet sich zudem dadurch aus, dass in ihrem Weltbild Russland unter der Führung einer neonazistischen Clique steht und für jedes gegenwärtige Übel mitverantwortlich ist. Abgesehen von den drei KPs trat die trotzkistische Revolutionäre Arbeiterpartei an, sowie die Antikapitalistische Linke für den Umsturz (ANT.AR.SY.A., das Kürzel bedeutet »Meuterei«), ein Bündnis linksradikaler Kräfte verschiedener ideologischer Strömungen, das mit 0,36 Prozent die meisten Stimmen unter diesen Splitterparteien auf sich vereinigen konnte.

Ergebnisse der Parlamentswahl 2009 in Griechenland

Partei	Prozente	Gewinne/Verluste	Sitze	Gewinne/Verluste
PASOK	43.92	+5.82	160	58
ND	33.48	81 .38	91	61
KKE	7.54	01 .61	21	11
LA.O.S	5.63	+1.83	15	5
SYRIZA	4.6	01 .44	13	11
Ökol. Grüne	2.53	+1.48	0	-

Synaspismos

Einführung – Sozialstruktur und Milieu der Partei

Synaspismos (im Folgenden: SYN) ist mit einer Mitgliederzahl von 16.124 (Zahl vom März 2009) Griechenlands viertgrößte Partei. Ihre Aktivisten waren zum größten Teil schon Mitglied im SYN, als sie noch mit der KKE ein Bündnis bildete. Nur fünf Prozent der 1.211 Delegierten des letzten Parteitag, der im Januar 2008 stattfand, waren schon in den vorhergehenden vier Jahren neu eingetreten. Im Durchschnitt waren die Delegierten 51 Jahre alt, die meisten von ihnen fielen in die Gruppe der 45- bis 54-Jährigen mit hohem Bildungsgrad, die sogenannte Generation des Polytechnion, die während des Studentenaufstands 1973 zur Schule ging oder eine Universität besuchte. Auf den Parteitagen sind jedoch, bezogen auf die gesamte Mitgliedschaft, die Akademiker überrepräsentiert. In ihrer Mehrheit sind die Mitglieder im öffentlichen Sektor beschäftigt, den größten Anteil bilden Lehrer, Erzieher und Dozenten. An zweiter Stelle folgen die Arbeitgeber/Selbstständigen, und die dritte Stelle nehmen Beschäftigte im Privatsektor ein. Nur 15 Prozent der Delegierten waren vor ihrem Eintritt in SYN nicht Teil einer anderen Partei oder Organisation, und 91 Prozent von ihnen sind gleichzeitig in Vereinen, Bürgerinitiativen und Verbänden an anderer Stelle gesellschaftlich aktiv.

Etwa ein Viertel der Mitglieder sind Frauen. In mehreren Gremien der Partei gibt es eine Frauenquote, die dem Frauenanteil der Mitgliederzahl des SYN entspricht, nicht aber für das Politische Sekretariat. Dieses höchste Lenkungsorgan hat derzeit 17 Mitglieder, darunter nur eine Frau. Anders sieht es aufgrund der Quote im Zentralen Politkomitee (dem erweiterten Parteivorstand) aus, es umfasst 125 Mitglieder, von denen 40 Frauen sind. Dies entspricht auch etwa dem Anteil von 26 Prozent an weiblichen Delegierten auf dem 5. Parteitag.

Menschen nicht-griechischer Abstammung treten nur sehr vereinzelt in SYN ein. Zwar besteht in der Satzung ein expliziter Verweis auf die Möglichkeiten des Beitritts von Migranten, in der Realität ist ihr gesellschaftlicher Organisationsgrad aber niedrig. Selbst im Falle angestammter Minderheiten wie

den Türken in Thrakien stellt die Partizipation in einer der parlamentarischen Parteien eher die Ausnahme dar.

Position der Partei in der Gesellschaft und dem politischen System

Im griechischen Parteiensystem nimmt SYN den Platz zwischen KKE und PASOK ein. Während die KKE allgemein als die am weitesten links stehende parlamentarische Kraft gesehen wird, geht SYN davon aus, dass die Kommunisten aufgrund ihres Festhaltens am dogmatischen Marxismus-Leninismus und Staatssozialismus rechts von ihm steht.

Die Geschichte des SYN lässt sich ideell bis 1968 zurückverfolgen, als auf dem Budapester Parteitag der KKE jene Mitglieder des ZK ausgeschlossen wurden, die der Sowjetunion kritisch gegenüberstanden. Diese Abweichler, von denen viele im Kampf gegen das Obristenregime aktiv wurden, gründeten die KKE Intern und näherten sich zunehmend reformkommunistischen Positionen an. 1986 spaltete sich die KKE Intern, deren größerer Flügel sich des wichtigsten kommunistischen Symbols, Hammer und Sichel, entledigte und die Griechische Linke gründete.

Für beide Parteien, KKE Intern und Griechische Linke, gab es seit dem Ende der Junta 1974 einen geringen, aber konstanten Zuspruch in Griechenland, der sich im Bereich von 1,5 bis 3 Prozent bewegte. In ihrer Tradition stehend, konnte SYN nach 1991 seine Stellung im griechischen Parteienspektrum behaupten. Die feste Unterstützung, die Kernwählerschaft, macht heute etwa 2 bis 2,5 Prozent der Wahlberechtigten aus und umfasst vor allem Akademiker und Staatsangestellte mit höherer Bildung. Bei den Wechselwählern, die der Partei ihre Stimme geben, erreicht SYN den größten Zuspruch bei den Erstwählern und der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren. Im ersten Halbjahr 2008 sahen mehrere Umfragen SYRIZA, die Koalition der radikalen Linken, bei 15 Prozent, und gemeinhin wird der radikalen Linken ein großes Potential zugetraut. Demgegenüber stehen andauernde innerparteiliche Differenzen und als bestes Ergebnis 6,3 Prozent bei den Europawahlen 1994.

Die größte Unterstützung erfährt SYN/SYRIZA unter Schülern und Studenten, dort erreicht die Partei mehr als das Doppelte ihrer durchschnittlichen Wahlergebnisse. Ebenfalls stark vertreten ist er unter Selbstständigen und Angestellten der Privatwirtschaft. Auch unter Arbeitgebern und Großunternehmen ist ihr Zuspruch mit sechs Prozent beachtlich. Dagegen ist er schwach im traditionellen Milieu anderer linker Parteien vertreten: Unter Arbeitern in der Industrie und Kleinunternehmern lag SYRIZA bei den letzten Wahlen unter seinem Gesamtergebnis. Am geringsten ist seine Unterstützung unter Rentnern und Hausfrauen. Werden weitere Faktoren in Betracht gezogen, so lässt sich feststellen, dass der durchschnittliche Wähler des SYN einen Universitätsabschluss besitzt oder noch studiert und einer Familie entstammt, die in Athen oder Thessaloniki wohnt und selbstständig tätig ist.

Wählerschaft der Parteien, in Prozent

Partei	PASOK	ND	KKE	SYRIZA	LA.O.S.
Geschlecht					
Männer	43	32	8	5	7
Frauen	45	35	7	4	4
Alter					
18-24	40	26	8	9	8
25-34	39	24	11	6	9
35-44	43	27	7	6	9
45-54	46	28	9	7	5
55-64	48	34	8	4	4
65 und älter	42	48	5	1	3
Bildung					
Niedrige	48	39	6	1	3

Mittlere	44	33	7	4	7
Höhere	39	29	10	8	6
Stand der Beschäftigung					
Arbeitend	43	28	8	6	7
Arbeitslos	43	26	11	6	8
Nicht arbeitend	45	40	7	3	4
Art der Beschäftigung					
Arbeitgeber/ Unternehmer	38	40	4	6	4
Selbstständig/ Agrarsektor	47	37	6	3	5
Selbstständig/ Freier Unternehmer	39	26	6	9	10
Selbstständig/Arbeiter/ Industriearbeiter	43	30	8	4	8
Angestellter im öffentlichen Dienst	48	28	7	7	4
Angestellter in der Privatwirtschaft	40	24	11	8	9
Arbeitslos	43	26	11	6	8
Hausfrau	47	42	4	2	4
Rentner/ ehem. öffentlicher Dienst	42	47	4	2	4
Rentner/ehem. Privatwirtschaft	46	38	9	2	4
Schüler/Student/ Wehrdienstleistender	39	25	11	11	6
Urbanität					
Städtisch	44	30	9	6	6
Kleinstädtisch	44	37	6	6	5
Land	44	40	5	3	5

Die wichtigste Form der Einbeziehung anderer linker Kräfte im Land findet unter dem Dach des SYRIZA statt. Aus gemeinsamen Protestaktionen seit dem Kosovokrieg und dem G8-Gipfel in Genua formierten sich mehrere Allianzen bis 2004 zur gemeinsamen Wahlplattform, wobei der Widerstand gegen den Neoliberalismus im eigenen Land das wichtigste Bindeglied darstellte. Kurz nach den Parlamentswahlen gingen die Parteien aufgrund interner Streitigkeiten über die Mandatsverteilung wieder eigene Wege. Unter dem Parteivorsitzenden Alekos Alavanos, einem Befürworter breiter Bündnisse in der Linken, wurde SYRIZA aus der Versenkung geholt und erzielte mehrere beachtliche Wahlergebnisse. Ausschlaggebend dafür war, dass enttäuschte Anhänger der PASOK, die mit der Oppositionsarbeit der Sozialisten unzufrieden waren, SYRIZA ihre Stimme gaben.

In SYRIZA sind derzeit zwölf Parteien, soziale Bewegungen und Organisationen versammelt, von denen neben SYN die Erneuernde Kommunistische und Ökologische Linke (AKOA – mit Beobachterstatus in der Europäischen Linken), die Demokratische Sozialbewegung (DIKKI – in den 90er Jahren eigenständig im griechischen Parlament vertreten) und die Aktiven Bürger am bedeutsamsten sind. Der gemeinsame Kern dieser ideologisch weit auseinanderstehenden Gruppie-

rungen bleibt der Widerstand gegen die neoliberal ausgerichtete Regierungspolitik der beiden großen Parteien; ihr Anliegen ist es, größere Aktionsmöglichkeiten und eine Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen, die den kleineren Mitgliedsparteien zugute kommt, als auch – gerade von Seiten des SYN – die Entwicklung einer geeinten Linke zu forcieren.

Im Feld der Gewerkschaften gibt es mehrere Dachverbände, die den linken Parteien nahestehen und von denen die Militante Front aller Arbeiter (PAME) am einflussreichsten ist, allerdings hinter den Gewerkschaften der PASOK zurücksteht. Eine vergleichbare Gewerkschaftsorganisation hat SYN nicht, was angesichts seines Milieus nicht erstaunt. So spielt die ihr nahestehende Gewerkschaft Autonome Intervention zwischen denen der KKE und der PASOK eine untergeordnete Rolle.

Weitere dem SYN angeschlossene Organisationen entsprechen denen anderer Parteien: das Nikos-Poulantzas-Institut bringt Schriften zur Geschichte der griechischen Linken und zu gegenwärtigen Fragestellungen heraus. Ihre Jugendorganisation, die Jugend des SYN (Neolaia Synaspismou), hat in den letzten Jahren starken Zulauf gehabt und steht der Partei inhaltlich nahe. Die Parteizeitung Avgi gehört zu den kleineren der vielen griechischen Tageszeitungen und erreichte im Dezember 2009 eine Wochenendaufgabe von etwa 5.500 Exemplaren (zum Vergleich: Rizospastis, Parteizeitung der KKE: 24.000; Eleftherotypia, größte linke Tageszeitung: 120.000).

Die strategische Ausrichtung der Partei

Laut Parteiprogramm des SYN ist die Gegenwart durch die neoliberale, kapitalistische Globalisierung und die Vorherrschaft der USA bestimmt. Folgen dieser Entwicklung sind der Abbau demokratischer und sozialer Errungenschaften, die Missachtung des internationalen Rechts und der UN, die Zuspitzung der bestehenden Widersprüche im kapitalistischen System und dessen Ausweitung in alle Lebensbereiche. Während aber die Sozialdemokratie sich ergeben hat und die Medien die Unausweichlichkeit der Globalisierung bis hin zum Dogma vom Ende der Geschichte rezitieren, entstehen auch neue Formen des Protests und Widerstands. Diese, so das Parteiprogramm, manifestieren sich »von den Zapatistas über Seattle bis Genf, von den europäischen Demos zu den Gegengipfeln, von Porto Alegre bis Florenz, von den Weltsozialforen und ihren europäischen Pendants über die Friedensbewegung, beziehen Völker, benachteiligte Klassen und unterdrückte Minderheiten ein und bilden soziale Bewegungen mit verschiedenen Zielen«. Gegen das globalisierte Kapital entsteht eine neue, globalisierte und vielfältige Linke – und damit die Hoffnung auf eine andere Welt, in welcher der Mensch über den Profiten steht.

In der konkreten Ausgestaltung des Gegenvorschlags gibt es in der Partei große Differenzen, insbesondere in der Frage nach den Bündnispartnern. Im SYN, der wie alle griechischen Parteien stark von einzelnen Personen dominiert wird, trennt die beiden vorherrschenden Fraktionen, die »Linke Strömung« unter Alexis Tsipras und der »Erneuernde Flügel« unter Fotis Kouvelis, vor allem die Frage nach der Zusammenarbeit mit der PASOK. Zwischen 2007 und 2009 waren es die Anhänger von Kouvelis, die sich für eine gemeinsame Regierungsperspektive der Sozialisten und Linken aussprachen. Die größte Zustimmung für ein solches Bündnis gab es in der Bevölkerung, vor allem unter Anhängern der PASOK. Zudem befand sich SYN in der angenehmen Lage, dass die PASOK prinzipiell zu einer Zusammenarbeit bereit war. Interessanterweise äußerte der griechische Vizepremier Theodoros Pangalos von der PASOK im Jahr 2008 den Wunsch, dass SYN in gewisser Hinsicht die Rolle eines Korrektivs darstellen und in die Regierung eintreten solle. Er führte dies weniger auf inhaltliche Positionen zurück, sondern eher auf die unausweichliche Korruption, die Alleinregierungen in Griechenland befällt. Das Umfragehoch im ersten Halbjahr 2008 war auf zwei Gründe zurückzuführen: die anfänglich sehr große Beliebtheit von Alexis Tsipras als Vorsitzendem der Partei und die Perspektive einer Regierungsbeteiligung mit der PASOK.

Die Forderungen von SYRIZA an die Sozialdemokratie erstickten die Möglichkeit zur Zusammenarbeit schnell, so beharrten führende Vertreter unter anderem darauf, den Vertrag von Lissabon abzulehnen. Wesentlich energischer verfolgte die linke Strömung die Bemühungen um ein Bündnis mit der KKE, was die Kommunisten jedoch strikt ablehnten. Als Begründung wurde angeführt, dass es sich bei SYRIZA nicht um eine genuin linke Partei handle, sondern um einen weiteren Ausleger der Sozialdemokratie. Zudem empfand sich SYN strukturell und inhaltlich nicht auf seine potentielle Rolle als Regierungspartei vorbereitet, wie der Parlamentarier Tasos Kourakis feststellte, was dazu beitrug, dass die guten Werte in den Meinungsumfragen keine längerfristige Stärkung der Partei mit sich brachten. Insbesondere enttäuschte PASOK-Anhänger entschieden sich bei den Wahlen 2009 –

entgegen ihrer Präferenz im vorigen Jahr – wieder für die Sozialisten, die ihr Potential wesentlich stärker ausschöpfen konnten. Ausschlaggebend war dabei jedoch nicht nur die Strategie des SYN, sondern der Wunsch nach einem Ende der ND-Regierung.

In mehreren zentralen Anliegen – namentlich in der Trennung von Kirche und Staat, der nichtkirchlichen Taufe und Beerdigung, der Homo-Ehe, dem Status der Einwanderer, der Ablehnung von Überwachungskameras auf öffentlichen Plätzen und in nichtstaatlichen Bildungsanstalten, der Entkriminalisierung weicher Drogen und der Einschätzung des Namensstreits mit der EJR Mazedonien – gibt es im SYN einen breiten Konsens, der nicht der Mehrheitsmeinung in der griechischen Gesellschaft entspricht. Gerade in den »nationalen Fragen« wird ihm Zurückhaltung bescheinigt, was bei der Wahlentscheidung nicht nur in den unteren Bildungsschichten eine Rolle spielte. Andererseits ist die Partei die einzige, die die genannten Anliegen auf die parlamentarische Agenda bringt. Das überzeugte Festhalten an »progressiven« Positionen hilft ihm zudem, seine Eigenständigkeit zu bewahren.

Der kritische Diskurs und die Auseinandersetzung mit politischen Theorien und diversen »Marxismen« spielt in der von Akademikern geprägten Partei eine bedeutsame Rolle. Das betrifft nicht nur den SYN, sondern die gespaltene griechische Linke als Ganzes. Eine dominante ideelle Strömung lässt sich nicht ausmachen, aber als bedeutsam werden in der Partei die Schriften Luxemburgs, Gramscis, Poulantzas' und aus jüngerer Zeit die von Hardt/Negri angesehen.

Die Parteimehrheit hält an ihrem Projekt des Aufbaus eines »dritten Pols« in der Gesellschaft fest, um einen grundlegenden Wandel zu erreichen. Während zunächst SYRIZA dafür den Rahmen bilden sollte, hat sich in dem Bündnis eine weitere Bruchstelle aufgetan. Alekos Alavanos ist im letzten Jahr auf Distanz zu seinem Nachfolger Tsipras gegangen und hat sich zusammen mit anderen Vertretern der radikalen Linken dafür ausgesprochen, SYRIZA – das Bündnis, das bereits aufgrund der politischen Vorstellungen seiner kleineren Gliederungen und der schwierigen Proporzfindung dysfunktional wirkt – in eine eigenständige Partei zu transformieren. Dieser Streit zieht sich bereits seit über einem Jahr hin, zurzeit ist er angesichts der Proteste gegen die Sparpläne der PASOK-Regierung in den Hintergrund gerückt. Es ist jedoch weder von den Reformern im SYN noch von der Linken Strömung zu erwarten, dass sie dieses Projekt unterstützen werden.

Abgesehen von dem unrühmlichen Intermezzo Ende der 80er Jahre war der SYN noch nicht an der Regierung beteiligt. Die gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Standpunkte der Partei lassen sich grundsätzlich als anti-neoliberal beschreiben. Zur letzten Wahl gab es im Finanz- und Sozialsektor mehrere Kernvorschläge. Gefordert wird ein Steuersystem, in dem vor allem die indirekten Steuern drastisch gesenkt und die Wohlhabenden stärker belastet werden. Alle Löhne sollen um pauschal 300 Euro innerhalb von zwei Jahren angehoben und 100.000 neue Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor geschaffen werden. Ein öffentlicher Bankensektor soll dazu dienen, Kredite ohne Gewinn an Unternehmer und Privatpersonen zu vergeben. Alle Privatisierungen der vergangenen Jahre sollen zurückgenommen und die Militärausgaben direkt auf die Hälfte gekürzt werden. Einen weiteren Schwerpunkt der Partei stellen die Demokratisierung der Gesellschaft und die Stärkung der Rechte der Migranten dar. So unterstützte der SYN als einzige Oppositionspartei das kürzlich von der PASOK eingebrachte Gesetz zur Erweiterung der griechischen Staatsbürgerschaft auf Migranten und ihre Kinder und strebt eine weitere Öffnung der Aufenthaltsrechte an. Langfristiges Ziel der Umweltpolitik ist der Umstieg auf regenerative Energien in Griechenland. Die dazu notwendige Infrastruktur soll dezentral und in Einklang mit den Kommunen aufgebaut werden, um auf regionale Belange Rücksicht nehmen zu können.

Bereits jetzt ist SYN im Bereich der sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen engagiert. In den Jahren der ND-Regierung hat der zivile Widerstand gegen Privatisierungen und Umweltzerstörung an Bedeutung gewonnen. Die Kommerzialisierung öffentlicher Räume konnte in einzelnen Fällen verhindert werden, das bekannteste Beispiel ist der Strand von Elliniko, wo die Anwohner ihre Interessen verteidigten und großen Zuspruch in der Gesellschaft fanden. Eine gegenwärtige Initiative ist der Protest gegen die Umleitung des Flusses Acheleos in der Provinz Epirus. Die regelmäßigen Besetzungen von Schulen und Universitäten und generell alle Formen des Jugendprotestes genießen große Sympathie, was dazu führt, dass die anderen Parteien dort eine willkommene Angriffsfläche gegen SYN gefunden haben. Dies war insbesondere während der Ausschreitungen im Dezember 2008 der Fall, als die Generalsekretärin der KKE dem SYN vorwarf, den »Kapuzenträgern« (gewaltbereite Demonstranten, so genannt, weil sie sich ver mummen) auf den Rücken zu klopfen, was scharfe

Gegenreaktionen hervorrief. SYN war zu diesem Zeitpunkt die einzige parlamentarische Partei, die Verständnis und vereinzelt auch Sympathien für die Proteste zeigte.

Es ist fraglich, ob die grundlegenden strukturellen Probleme des griechischen Staates – die drohende Zahlungsunfähigkeit und der ineffiziente, ausufernde öffentliche Dienst – einfach durch höhere Steuereinnahmen und weitere Einstellungen zu lösen sind. Viele Positionen des SYN entsprechen denen, die in anderen europäischen Linksparteien zu finden sind. Wie jedoch in Griechenland, in dem eine sehr hohe Beschäftigungsrate im öffentlichen Sektor aufgrund der Klientelpolitik der ND und PASOK existiert, ein grundlegend alternatives Modell aufgebaut werden kann, darüber herrscht Uneinigkeit. Der zukünftige Charakter des Staates kennt schon allein im SYRIZA unterschiedliche Vorstellungen, die von postmaterialistisch-emanzipatorischen bis zu staatssozialistischen Positionen reichen.

Linke Ideen für die europäische Politik

In Griechenland kamen linke Parteien seit 1980 zusammen immer auf über 50 Prozent, wobei sich die Frage nach der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten aufgrund eines Wahlsystems, das die größte Partei bevorzugt, nicht stellte. PASOK näherte sich immer weiter dem europäischen Mainstream an, während die KKE ihrem Dogmatismus auch nach dem Ende der Sowjetunion treu blieb. In diesem Umfeld hat die eurokommunistische Griechische Linke in den 80er Jahren (und später SYN) agieren müssen und dabei viele Bündnisse geschlossen, die häufig hinter den eigenen Erwartungen zurückblieben: 1988 der Zusammenschluss mit der KKE, 1989 eine kurze Regierungsbeteiligung mit der ND, die sich für SYN als katastrophal erwies, das Auswägen von Machtoptionen mit der PASOK, die Sammlung linker Splittergruppen im SYRIZA und die erneute Annäherung an die KKE. Daher lässt sich sagen, dass SYN den reichen theoretischen und praktischen Erfahrungsschatz einer reformkommunistischen Partei einbringen kann. Gleichzeitig steht die Partei wie andere vor offenen Fragen, insbesondere darüber, wohin dieser Prozess letztendlich führen kann und wird.

SYN ist eine der treibenden Kräfte innerhalb der Partei der Europäischen Linken und war Gastgeber des Gründungskongresses. Den Grundkonsens in der EL teilt die Partei ohne größere Probleme, und die Mehrheit ihrer Mitglieder befürwortet das transnationale Engagement. Das Gleiche lässt sich aber nicht von ihren Bündnisparteien sagen.

In SYRIZA sind mehrere euroskeptische Parteien organisiert, darunter die offiziell maoistische Kommunistische Organisation Griechenlands. Das sehr ernüchternde Ergebnis der Europawahlen ist eine Folge der Auseinandersetzungen um den europäischen Kurs des SYN gewesen, da der bisherige Abgeordnete Dimitris Papadimoulis – den Reformern nahestehend und durch seine Arbeit im Europäischen Parlament hochgeachtet – nach einer Wahl durch die Mitglieder des SYN nur auf Platz 3 der Liste gesetzt wurde, hinter Nikos Hountis von der Linken Strömung und einer Vertreterin der KOE. Aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen den drei Gruppierungen und weiteren Bündnisparteien, die nicht berücksichtigt wurden, zeichnete SYRIZA ein Bild der Dissonanz und der Intrigen. Die Quittung dafür waren 4,7 Prozent und nur ein Sitz in Europa, nachdem Tsipras vier Sitze als Ziel genannt hatte.

Zwischen ATTAC und SYN gibt es starke personelle Überschneidungen, und beide sind engagiert in griechischen Sozialforen. Maßgeblich waren sie ebenfalls an der Ausrichtung des Europäischen Sozialforums 2006 in Athen beteiligt und haben kürzlich eine zehnköpfige Delegation zum Weltsozialforum nach Porto Alegre entsandt.

Selbstverständnis und Organisation

Der Name ist im SYN Programm, denn die Partei deckt vom Selbstverständnis her ein großes Spektrum der gegenwärtigen Linken ab. Ihre wichtigsten Träger sind demnach radikal-demokratische, bewegungsorientierte und ökologische Kräfte, die den Kapitalismus überwinden wollen, aber auch andere progressive Menschen im Land, die Demokratie und Selbstbestimmung einfordern. Sie sieht sich nicht als Arbeiterpartei, hat aber wohl ihre Ursprünge auch in der Arbeiterbewegung. Postmaterialistische Werte spielen eine weit größere Rolle als bei anderen Parteien. Dem eigenen Anspruch, ein breites Bündnis der Linken zu bilden, werden sowohl SYN als auch SYRIZA jedoch nicht gerecht werden können, solange sie nur die dritte Kraft in ihrem politischen Lager bleiben. Die

erhoffte Ablösung der KKE als drittgrößte Partei hat nicht stattgefunden, zudem stehen sie in den Wahlergebnissen inzwischen hinter dem nationalistischen LA.O.S. zurück.

SYN versteht sich als pluralistische Partei mit dezentralem Charakter. Die Funktionen sind auf drei Ebenen verteilt, dem Zentralen Politischen Komitee, den Provinz- und den Basisorganisationen. Zu zentralen Fragen werden griechenlandweite Mitgliederentscheide durchgeführt. Was Inhalte betrifft, gelingt im SYN die Konsensfindung durch die üblichen Instrumente wie Arbeitsgruppen und die Möglichkeit, Änderungsanträge für programmatische Entwürfe einzubringen. Schwieriger sieht es in personellen und strategischen Fragen aus.

Nicht nur erlaubt SYN die Bildung von Strömungen, inzwischen wird die Partei vollkommen von ihren beiden großen Fraktionen eingenommen. Über 60 Prozent der Mitglieder stehen der Linken Strömung nahe, etwa 30 Prozent dem Erneuernden Flügel. Daneben sind das Rot-Grüne Netzwerk, das ökologische Positionen betont, und die radikale Initiative für den Linken Wiederaufbau als Zusammenschlüsse organisiert, haben aber keinen nennenswerten Einfluss. Bei innerparteilichen Wahlen ist es für Mitglieder praktisch unmöglich, ohne die Unterstützung entweder der Reformer oder der Linken zu kandidieren.

Von Seiten des Erneuernden Flügels wurde mehrfach kritisiert, dass die Parteilinke versucht, die wichtigsten Parteiämter mit ihren Leuten zu besetzen. Am deutlichsten war dies bei der Europawahl und in deren Folge bei der Neubesetzung des Generalsekretärs. In beiden Fällen sahen sich die Reformer in der Defensive. Als Tsipras vor der Parlamentswahl versuchte, sich zum Spitzenkandidaten zu küren, verhinderten sowohl ihr Widerstand als auch Gegenstimmen im SYRIZA dieses Vorhaben.

Die befürchtete Zerreißprobe für das Linksbündnis wurde zunächst aufgeschoben, da das Wahlergebnis über den niedrigen Erwartungen lag, die wichtigsten Kandidaten den Einzug ins Parlament geschafft haben und sich die Frage nach einer Zusammenarbeit mit der PASOK vorerst nicht mehr stellt. Im Juni 2010 kam es nach langen internen Differenzen dennoch zum Bruch in der Partei. Der Erneuernde Flügel verließ SYN und leitete den Prozess der Gründung der eigenständigen Demokratischen Linken ein. Auch die Debatte um die weitere Entwicklung des SYRIZA wird weitergeführt werden, zumal der Kongress des Bündnisses im November 2009 die Gegensätze zwischen seinen wichtigsten Fraktionen nur verschärfte.

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE)

Einführung – Sozialstruktur und Milieu der Partei

Nach den beiden großen politischen Blöcken PASOK (350.000 Mitglieder) und Nea Dimokratia (370.000 Mitglieder) ist die KKE drittgrößte Partei Griechenlands, gibt jedoch keine genauen Zahlen zu ihrer Anhängerschaft an. Ihre größte Mitgliederschaft hatte sie mit rund 50.000 in den 80er Jahren, gemessen an der Leserschaft der Parteizeitung Rizospastis dürfte sich die Zahl derzeit bei über 30.000 bewegen. Obwohl das Parteimilieu weit stärker mit der Arbeiterschaft verbunden ist, als dies bei SYN der Fall ist, haben ihre wichtigen Funktionsträger ebenfalls zum größeren Teil einen universitären Hintergrund. Auf den vorderen Plätzen der Listen zur Parlamentswahl 2009 überwiegen Personen mit einer Festanstellung in der Partei: Lehrer, Rechtsanwälte und Ärzte. Dennoch lässt sich feststellen, dass Arbeiter und Gewerkschafter in den ländlichen Regionen stärker vertreten sind. Von den 21 Parlamentariern sind fünf Frauen. Ihre Berufe verteilten sich wie folgt: drei exklusive Parteifunktionäre, zwei Ärzte, zwei Rechtsanwälte, zwei Beamte in der Verwaltung, zwei in der Landwirtschaft Beschäftigte, zwei Volkswirtschaftler, ein Schauspieler, ein Universitätsprofessor, eine Journalistin, ein Agronom, ein Bauunternehmer, ein Selbstständiger, ein Seemann und eine Verkäuferin.

Die KKE wird seit knapp 20 Jahren von Aleka Pappariga geführt, was jedoch an der männlichen Dominanz in der Partei nichts veränderte. Das auf dem Parteitag im Februar 2005 gewählte Zentralkomitee setzte sich aus 77 Mitgliedern zusammen, von denen 14 Frauen sind. Im Politbüro, das die Partei zwischen den Treffen des ZK leitet, saßen elf Mitglieder, darunter zwei Frauen.

Position der Partei in der Gesellschaft und dem politischen System

Allen ihr nicht angeschlossenen oder nahestehenden Organisationen, Parteien und Bewegungen steht die KKE kritisch bis sehr ablehnend gegenüber. Gleichzeitig ist sie, als eine fest etablierte Größe in

der griechischen Politik, nicht ausgegrenzt wie kommunistische, insbesondere marxistisch-leninistische, Parteien in anderen Ländern. An der Beerdigung ihres ehemaligen Generalsekretärs Florakis nahmen die höchsten Vertreter des Staates, der Parteien und der Kirche teil. Auf ihren Parteitag sind Nea Dimokratia, PASOK und andere Parteien eingeladen, niemals aber SYN. Reformkommunistische Parteien, die stärker den Dialog mit der Gesellschaft suchen, gelten als »opportunistisch« und unterstützen nach Meinung der KKE den durch die Oktoberrevolution eingeschlagenen Weg zum Sozialismus nicht.

Die KKE bringt eine Tageszeitung heraus, den Rizospastis, deren Sonntagsausgabe im März 2008 eine Auflage von 24.550 hatte. Zu den wichtigen Printmedien gehört ebenso das in mehreren Sprachen erscheinende theoretische Organ des ZK, die International Communist Review. Wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus betreibt sie über das Zentrum für Marxistische Forschung in Athen. Daneben unterhält die Partei einen Radiosender und einen Fernsehkanal; in Letzterem laufen auch Werbesendungen. Ihre Jugendorganisation, die Kommunistische Jugend Griechenlands (KNE), ist sehr eng mit der Partei verknüpft und folgt ihrer Programmatik. Ihre monatliche Zeitschrift ist der Odigitis. Im Feld der Gewerkschaften besitzt die KKE ihre eigene Organisation, die Militante Front aller Arbeiter (PAME), der nach eigenen Angaben über 410.000 Mitglieder angehören. PAME folgt eng den Leitlinien der Partei und ist eine der wichtigsten Interessenvertretungen der Arbeiter in Griechenland. Ihre Streikaktionen, die bis zur Besetzung von Ministerien reichen, sind häufig medienwirksam inszeniert und vermitteln bewusst ein Bild der Geschlossenheit und Stärke.

Die strategische Ausrichtung der Partei

Zwei große Spaltungen, bei denen stets der dogmatische Flügel in der Partei verblieb, haben eine Partei geschmiedet, die »moskautreue« ist, auch wenn die UdSSR längst nicht mehr existiert. Während andere Kommunisten weltweit nach neuen Wegen suchen, hält die KKE am wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus als der stärksten Waffe des revolutionären Klassenkampfes fest. Kürzlich drückte es Manos Kopsidis, Pressesprecher der KKE bis 2002, so aus: »Für Jahrzehnte behandelte die KKE den Marxismus, und behandelt ihn noch heute, wie ein religiöses Dogma.« Das Geschichtsbild der KKE ist gut ersichtlich aus ihrer Verlautbarung zum 90. Jahrestag der Oktoberrevolution: Die Entwicklung der Sowjetunion bis zur Perestroika wird fast ausnahmslos positiv aufgefasst. Kritik wird durchaus auch für die Zeit vor der Perestroika geäußert, der jedoch ein stark revisionistischer Charakter zugemessen wird. So wird beklagt, dass zu viele Anstrengungen in die Rüstung statt in die Infrastruktur gesteckt wurden. Als bedeutsamer gilt aber, dass nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 die opportunistischen Tendenzen in der Partei an Einfluss gewannen und das sozialistische System langsam durch kapitalistische Mechanismen geschwächt wurde. Eine besondere Verklärung oder Verurteilung einzelner Parteiführer findet bei der KKE (mit Ausnahme Lenins) nicht statt, es ist vielmehr der Charakter der KPdSU, dem ihre Aufmerksamkeit gilt. Aufgabe und Ziel bleibt es für die KKE, die sozialistische Gesellschaft als Vorstufe des Kommunismus in Griechenland aufzubauen, und zwar in der Form, wie sie bereits in der Sowjetunion existierte.

Für die Wahlen 2009 vertraute die KKE auf die verbreitete Stimmung gegen die großen Parteien und auf Forderungen, die mehrere Kernforderungen enthalten wie z. B: ein Mindestlohn von monatlich 1.300 Euro und Mindestrenten von 1.050 Euro bei einem Rentenalter von 55 Jahren für Frauen und 60 Jahren für Männer (dem Rentenalter der ehemaligen UdSSR), ein Arbeitslosengeld in Höhe von 80 Prozent des Mindestlohns, kostenlose Kinderbetreuung und kostenlose öffentliche Dienste, die 35-Stunden-Woche, ein Steuerfreibetrag von 30.000 Euro für vierköpfige Familien, keine indirekte Besteuerung grundlegender Gebrauchsgüter und Nahrungsmittel, öffentliche Wohnungsbauprogramme und die Sicherung des Rechts auf Sport, Tourismus und Kultur durch staatliche Angebote. Die KKE hat bisher keine ausgeprägte Umweltpolitik. Sie möchte die Wälder allesamt unter staatliche Aufsicht stellen, eine große Anzahl an Umweltaufsichtsbehörden schaffen und den Emissionshandel beseitigen. An seine Stelle sollen nicht näher genannte Maßnahmen zur Verringerung der tatsächlichen Treibhausemissionen treten.

Wer die KKE erklären will, kommt nicht umhin, über die ideologische Basis der Partei hinauszugehen. Die Überzeugung für die vertretenen Positionen ist tatsächlich genuin, und in der griechischen Gesellschaft ist die Sympathie für den Staatssozialismus wesentlich größer als in anderen Ländern Europas. Aber nicht übersehen werden darf, dass die KKE sich durch ihre Beharrlichkeit und Kompromisslosigkeit auszeichnet und durch ihren weitreichenden Parteiapparat in den vergangenen

Jahrzehnten die stärkste Oppositionskraft gegen soziale Einschnitte darstellte. Ihre Wählerschaft speist sich aus vielen politischen Lagern, vor allem jenen, die mit dem »Zweiparteiensystem«, der Abfolge von PASOK und ND an der Regierung, unzufrieden sind – nicht ohne Grund steht jede Wahl unter dem Motto, die Parteien abzustrafen.

Die KKE setzt vor allem auf zentral koordinierte Protestaktionen und Streiks, um gegen Missstände anzukämpfen. PAME ist dabei die größte der ihr angeschlossenen Zusammenschlüsse. Auch im universitären und kulturellen Raum stehen ihr viele Menschen nahe, und Parteibasisorganisationen sind überall dort zu finden, wo mehrere Kommunisten tätig sind. Die institutionelle Festigung gewährleistet ihr einen beständigen Einfluss in der griechischen Gesellschaft und eine wesentlich größere Kernwählerschaft als der SYN. So machten bei der KKE 80 Prozent ihrer Wähler von 2007 auch bei den Parlamentswahlen 2009 ihr Kreuz bei den Kommunisten, im Falle des SYN waren es nur 55 Prozent.

Linke Ideen für die europäische Politik

Die KKE steht in vollkommener Opposition zur EU, die als imperialistisches Konstrukt angesehen wird. Aus diesem Grund steht sie auch in großer Distanz zur Europäischen Linkspartei und ihren Mitgliedern, denen sie vorwirft, in diesem Rahmen zu handeln. Die Frage, ob die KKE durch ihre Partizipation nicht selbst die EU als Bestandteil der heutigen kapitalistischen Realität und damit als Handlungsfeld akzeptiert, stellt sie sich nicht. Ihr letzter Europawahlkampf lief regelmäßig unter der Parole, die Unterstützung der KKE diene dazu, mit der EU und den anderen Parteien abzurechnen. Die einzige Alternative zur bestehenden Einbindung Griechenlands unter das Kapital und den Imperialismus in Form von EU und NATO sei die Bildung einer antimonopolistischen, antiimperialistischen, demokratischen Kampffront unter Führung der KKE, um den Klassen der Gesellschaft eine Perspektive zu geben. Aus beiden großen Organisationen würde Griechenland sofort austreten. Nur durch die Befreiung von diesen Konstrukten des Imperialismus könne der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft auf nationaler Ebene erfolgen.

Einige Politiker der KKE gehen so weit, ihre Kritik des Westens mit nationalistischen Positionen zu verbinden, allen voran die Journalistin und Parlamentarierin Liana Kanelli. Sie ist Herausgeberin der Zeitschrift Nemesis, die Sprachrohr für diese Tendenzen ist.

Selbstverständnis und Organisation

Die KKE hatte sich inzwischen auf dem 15. Parteitag 1996 ein neues Programm gegeben, das bis heute gilt. Ihrem Selbstverständnis nach ist die Partei eine revolutionäre Organisation und Avantgarde der Arbeiterklasse geblieben. In den Statuten der Partei ist die Organisation nach den Grundsätzen des Demokratischen Zentralismus festgeschrieben. Wichtige programmatische Beschlüsse werden entweder vom Zentralkomitee – eher noch dem Politbüro – oder den alle fünf Jahre stattfindenden Parteitagen getroffen. Fraktionsbildungen sind nicht erlaubt, und die regionalen Gliederungen haben kaum Möglichkeiten, eigenes Material zu veröffentlichen, werden jedoch großzügig mit Materialien aus der Parteizentrale bedient.

Die KKE lehnt es ab, den derzeitigen Kapitalismus mit dem Wort Neoliberalismus zu beschreiben. Für sie ist der Imperialismus nach Definition Lenins das Endstadium der kapitalistischen Entwicklung, in dem wir uns bis heute befinden. Auch die Globalisierung ist demnach ein Moment der imperialistischen Entwicklung. Der Übergang zum Sozialismus, der 1917 begann, ist noch immer im Prozess begriffen, wenn auch durch die Konterrevolution eine Schlacht verloren wurde. Daher haben ideologische Diskussionen in der Partei auch wenig Platz – schließlich wurde der Charakter des Systems bereits von Lenin analysiert. Die Sprache der Partei ist deshalb in ihren Verlautbarungen sehr monoton und bedient sich eines Begriffsvokabulars, das in der Linken inzwischen als nicht mehr zeitgemäß gilt. Große Anstrengungen setzt die KKE auf die Pflege ihrer eigenen Parteigeschichte und die positive Interpretation des Staatssozialismus.

Mitglieder haben verschiedene Pflichten, z. B. die Partei an ihrem Arbeitsplatz zu repräsentieren, an den Treffen der Basisorganisationen teilzunehmen, ihre Beschlüsse und die der oberen Gremien ungeachtet der eigenen Meinung umzusetzen und die Verbreitung der Parteizeitung und anderer Medien zu steigern. Zudem sollen sie sich im Marxismus-Leninismus schulen und die Theorie gegen linke und rechte Abweichler und die Bourgeoisie verteidigen. Dass die Praxis dennoch anders aussieht, sollte nicht verwundern. Die Basisorganisationen kümmern sich vor allem um die

Organisation von Veranstaltungen, Plakataktionen, Koordinierung mit den angeschlossenen Verbänden und um den regelmäßigen Widerstand gegen Regierungsmaßnahmen.

Höchste Stimmenanteile KKE und SYRIZA

Partei	Präfektur	Prozente
KKE	Samos	17,86 Prozent
	Lesbos	14,10 Prozent
	B'Piräus	12,86 Prozent
SYRIZA	A'Athen	7,97 Prozent
	B'Athen	7,40 Prozent
	A'Piräus	5,84 Prozent

Niedrigste Stimmenanteile KKE und SYRIZA

Partei	Präfektur	Prozente
KKE	Rodopi	2,51 Prozent
	Xanthi	2,75 Prozent
	Evritania	3,24 Prozent
SYRIZA	Evros	2,09 Prozent
	Evritania	2,27 Prozent
	Kilkis	2,49 Prozent

Die aktuelle Krise

Gegenwärtig sieht sich Griechenland mit einem enormen Haushaltsdefizit und Staatsschulden konfrontiert, deren Ausmaß über Jahre verschleiert wurde und die nun mit einer Wucht zurückschlagen, dass der gesamte Euroraum in eine Daseinskrise gebracht wird. Die PASOK-Regierung musste faktisch einen Teil der griechischen Souveränität abgeben, um die weitere Finanzierung des Staates zu gewährleisten. Derzeit hat der Prozess heftiger sozialer Einschnitte erst begonnen, und gepaart mit mäßigen Konjunkturaussichten stehen dem Land schwierige Jahre bevor.

Es verwundert nicht, dass sowohl KKE als auch SYN sich eindeutig gegen die Maßnahmen wehren, die von EU und IWF diktiert wurden. Beide Parteien haben massiv an den jüngsten Protesten mitgewirkt, überwiegend in Form von Demonstrationen. Dabei gelang der KKE mit dem Ausrollen von Bannern auf dem Akropolis-Hügel eine besonders aufsehenerregende Aktion. Linke und Kommunisten lehnen die Ausübung von Gewalt gleichermaßen ab und haben sich von den Demonstranten distanziert, deren Brandanschlag zum Tod dreier Menschen führte. Die KKE sieht eine »Stunde der Entscheidung« gekommen und fordert die Menschen dazu auf, gegen die Plutokratie in den Widerstand zu treten, wozu ihre Organisationen die einzig sinnvolle Front bieten würden. Ihr jüngster Aufruf endet mit den Worten: »Komm mit uns auf den großen Marsch bis zur endgültigen Überwindung des kapitalistischen Jochs. Um es effektiv zu bekämpfen, müssen wir stärker werden. Gebt Kraft für die Kraft der Zukunft, der KKE.«

Für den SYN ist die Flucht zum IWF eine unentschuld bare Handlung der Regierung. Sie habe mit den Maßnahmen, die allesamt dem Wahlprogramm der PASOK widersprechen, ihr demokratisches Mandat verloren. Kredite sollte Griechenland einzig durch die EZB beziehen; die europäischen Verträge sollten dementsprechend neu verhandelt werden. Anstelle des Stabilitätspakts soll ein Pakt für sozialen Schutz, Sicherung menschenwürdiger Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung treten. Strategisch will die Partei mit anderen Organisationen und Institutionen weiteren Protest ausrichten und die gesellschaftliche Wahrnehmung der Probleme durch Solidarität mit den Betroffenen vor Ort und durch größere Informationskampagnen schärfen.

Spitzenpolitikern der PASOK schwebt für die Zukunft das skandinavische Modell mit griechischer Prägung vor, dessen Umsetzung auch nur in Teilen derzeit jedoch in weite Ferne gerückt ist. Sowohl Papandreou als auch Vizepremier Pangalos haben sich entsprechend geäußert. Inwiefern dieses Modell unter den Sozialisten jemals umgesetzt werden kann, ist zweifelhaft, aber zumindest haben sie inmitten der Krise eine Zukunftsvision formuliert. KKE und SYN hingegen verteidigen momentan im Wesentlichen die Errungenschaften des alten Systems, was angesichts der vielen Menschen, die durch dessen Niedergang negativ betroffen sind, verständlich ist. Jedoch haben sie Schwierigkeiten, selbst einen alternativen Gesellschaftsentwurf anzubieten. Die Gründe dafür liegen im Fall des SYN teilweise in inhaltlichen Differenzen, mehr noch aber daran, dass die Partei sich selbst nicht offen für eine Revolution aussprechen kann, die für die Verwirklichung ihrer Programme letztlich notwendig wäre. Dazu ist die Lage in Griechenland zurzeit noch zu stabil, zumal die Regierung trotz aller Widerstände noch immer überwiegend positiv beurteilt wird. Die KKE ist auch in den revolutionären Elementen der griechischen Gesellschaft nicht einflussreich genug, um einen von ihr kontrollierten Volksaufstand bis zum Ende durchzuführen. Umfragen vom Mai 2010 sehen die KKE bei 7,1 Prozent und SYRIZA bei 4 Prozent, also nicht stärker als bei den letzten Parlamentswahlen. Auch die PASOK liegt gerade mal bei 28 Prozent, damit aber immer noch weit vor der ND, die auf 18,5 Prozent kommt. Den größten Anteil haben derzeit mit 31 Prozent die unentschlossenen Wähler.

Quellen

Grundsatzdokumente des SYN/SYRIZA

- SYN: Programmatikes Katevthyneis [Programmatische Richtungen], Athen 2003.
- SYN: Katastatiko tou Synaspismou tis Aristeras ton Kinimaton kai tis Oikologias [Satzung der Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie], Athen 2005.
- SYN: I Politiki Apofasi tou Iou Synedriou tou SYN [Politischer Beschluss des 1. Kongresses des SYN], Athen 1992.
- SYRIZA: O SYRIZA kai i politiki sygkyria [SYRIZA und die politischen Umstände] Athen 2008.

Grundsatzdokumente der KKE

- KKE: To Programma tou KKE [Das Programm der KKE], Athen 1996.
- KKE: To Katastatiko tou KKE [Die Satzung der KKE], Athen 1996.
- KKE: Diakiryxi tis Kentrikis Epitropis tou KKE gia ta 90 chronia tis Oktobrianis Sosialistikis Epanastasis [Verlautbarung des ZK der KKE zum 90. Jahrestag der sozialistischen Oktoberrevolution, Athen 2007.
- KKE: Apofasi tou 18ou Synedriou tou KKE gia to Sosialismo [Beschluss des 18. Parteitages der KKE zum Sozialismus], Athen 2009

Sekundärliteratur

- Nikos Marantzidis: To KKE meta to 1991: Apo ton proletariako diethnismo ston ethnolaikismo [Die KKE nach 1991: Vom proletarischen Internationalismus zum Volkspopulismus], in: G. Konstantinidis/N. Marantzidis/T. S. Pappas (Hg.): Kommata kai politiki stin Ellada – Oi sygchrones exelixeis, EKDOSEIS KRITIKI [Übersetzung], Athen 2009, S. 259-270.
- Alexandros Bistis/Vasilis Fillipos: Analsi tis Ereunas tou 5ou Synedriou tou SYN [Analyse der Studie zum 5. Parteitag des SYN], in: Aygi, Ausgabe vom 13. Juli 2008.
- Myrto Tsakatika/Giorgos Xezonakis/Alexandros Bistis: Ananiosi politikou prosopikou kai metaylistikes axes ston SYN [Erneuerung des politischen Personals und postmaterialistische Werte im SYN], in: Konstantinidis/Marantzidis/Pappas (Hg.): Kommata kai politiki stin Ellada, S. 271-306.

Zur aktuellen Politik

- Hier ist an erster Stelle die Tageszeitung Eleutherotypia (<http://www.enet.gr/>) zu nennen, in der täglich über SYN und KKE und häufig auch über die Splitterparteien berichtet wird und die mit exzellenten Kommentaren und Analysen zur griechischen Linken aufwarten kann. Darüber hinaus berichten die PASOK-nahen Zeitungen TO BIMA (<http://www.enet.gr/>) und ETHNOS (www.tovima.gr/) ausführlich über die das linke Politikspektrum. Die Materialien von SYN und KKE zur Parlamentswahl 2009 wurden ebenfalls zu Rate gezogen.

Quellen für die Wahlergebnisse und Statistiken

- Griechisches Innenministerium: <http://ekloges.yves.gr/pages/index.html>
Meinungsforschungsinstitut VPRC: [http://www.vprc.gr/uplds/File/vouleytikos Prozent20ekloges Prozent202009/Graphs_VoteAnalysis_WeightedBasedOnFinalResults.pdf](http://www.vprc.gr/uplds/File/vouleytikos%20Prozent20ekloges%20Prozent202009/Graphs_VoteAnalysis_WeightedBasedOnFinalResults.pdf)

Boris Kanzleiter und Đorđe Tomić

Die Linke im post-jugoslawischen Raum

Es gibt wahrscheinlich keine andere Region in Europa, in der Vergangenheit und Gegenwart der Linken in einem so eklatanten Missverhältnis stehen wie im ehemaligen Jugoslawien. Ein Blick in die Geschichte zeigt die starke Präsenz einer sozialistischen und kommunistischen Bewegung. Vor dem Ersten Weltkrieg konnten Sozialisten wie Svetozar Marković die Grundlage für eine revolutionäre Bewegung schaffen. Am Beginn der zwanziger Jahre gelang der neu gegründeten Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) der Durchbruch zu einer Massenpartei. Nach dem deutschen Angriff auf Jugoslawien im April 1941 gelang es den antifaschistischen Partisaninnen und Partisanen nicht nur hunderttausende Kombattanten zu mobilisieren, sondern auch die Monarchie zu stürzen und einen neuen sozialistischen Staat zu etablieren. Der Bruch mit Moskau 1948 leitete das weltweit beachtete Experiment der „Arbeiterselbstverwaltung“ und „Blockfreiheit“ ein. Staats- und Parteiführer Josip Broz Tito und der herrschende Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) verfügten in den 1960er und 1970er Jahren weltweit über ein enormes Prestige. Aber auch die Tito-kritischen, linksorientierten Oppositionsströmungen, wie die auf einen „humanistischen Marxismus“ orientierte „Praxis-Gruppe“, erregten in dieser Zeit weltweit Aufmerksamkeit.

In scharfem Kontrast zu dieser reichen Geschichte steht die Lage der Linken der Gegenwart. Am Beginn des 21. Jahrhunderts durchlebt die Linke im ehemaligen Jugoslawien eine existenzielle Krise. Ausgangspunkt des Niedergangs war die schwere strukturelle soziale und politische Krise in der Spätphase des Sozialismus in den 1980er Jahren des 20. Jahrhunderts. Die Erosion der Legitimationsgrundlage des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens war die Voraussetzung für die erfolgreiche Mobilisierung nationalistischer Bewegungen, welche zum Zerfall Jugoslawiens in den Kriegen der neunziger Jahre führten. Die Durchsetzung des Nationalismus war verknüpft mit der Stärkung rechter und oftmals rechtsextremistischer Ideologien als hegemoniale Identifikationsmuster in den post-jugoslawischen Gesellschaften.

Die Kriege der neunziger Jahre forderten nicht nur über einhunderttausend Todesopfer und machten Millionen von Menschen zu Flüchtlingen, sondern zerstörten auch weite Teile der Infrastruktur und Industrie. Eine rigide neoliberale Wirtschaftspolitik setzt seither nicht nur die Privatisierung des Großteils der Industrien sondern auch den Abbau sozialstaatlicher Daseinsfürsorge durch. Langzeitfolgen von Staatszerfall, Krieg und neoliberaler Strukturreform sind auf der Ebene politischer Machtstrukturen weit verbreitete Korruption und populistisch-autoritäre Politikmodelle. Auch über zehn Jahre nach dem Ende bewaffneter Konflikte müssen die Länder des ehemaligen Jugoslawiens in vieler Hinsicht als „Nachkriegsgesellschaften“ bezeichnet werden, in denen viele im Krieg ausgeprägte Strukturen – wie beispielsweise die enge Verknüpfung von Organisierter Kriminalität und Staatsapparaten – weiter stark ausgeprägt sind. Auf der gesellschaftlichen Ebene stehen einer kleinen Elite von Kriegs- und Privatisierungsgewinnern große Bevölkerungsanteile gegenüber, die sozial marginalisiert und ohne Perspektive bleiben. Galt der Lebensstandard in Jugoslawien in den 1970er Jahren als vergleichbar mit Italien, leben heute weite Bevölkerungsanteile in extremer Armut, die streckenweise an Länder der „Dritten Welt“ erinnert. Die Linke hat ihre historische Niederlage bisher kaum verarbeitet. Die Neuformulierung einer linksorientierten Perspektive ist eine Zukunftsaufgabe.

Vor dem Hintergrund der hier nur grob skizzierten gesellschaftlich-politischen Konstellation im post-jugoslawischen Raum soll im folgenden Text die bestehende Linke analysiert werden. Es soll dabei eine Bestandsaufnahme über linksorientierte Parteien, Organisationen und soziale Bewegungen erfolgen. Außerdem sollen die Haupttendenzen in der politischen Standortbestimmung dieser Kräfte geschildert werden. In die Darstellung werden dabei alle wesentlichen Kräfte aufgenommen, die sich in ihrer Selbstdefinition als „links“ bezeichnen. Dazu werden (1) der Zerfall des Bundes der Kommunisten in sozialdemokratische Nachfolgeparteien und (2) die Initiativen der anti-nationalistischen, zivilgesellschaftlichen Linken beschrieben. Schließlich gehen wir auf (3) die Gewerkschafts- und Studentenbewegung ein.

Wir haben uns bei dieser Gliederung für eine an politischen Kriterien orientierte Darstellung entschieden und nicht für Länderkapitel. Der Grund für diese Entscheidung liegt darin, dass wir trotz nationaler Unterschiede oft eine Symmetrie in der Entwicklung der Linken in den verschiedenen post-jugoslawischen Staaten ausmachen können, die mit der gewählten Gliederung besser darzustellen ist.

Angesichts der Komplexität des Themas versteht es sich von selbst, dass im folgenden Überblick viele Aspekte nur gestreift werden können und einer ausführlicheren Analyse bedürften.

Der Zerfall des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens in sozialdemokratische Nachfolgeparteien

Die Ursachen der Zerstörung Jugoslawiens werden kontrovers diskutiert.⁴¹⁸ Es können allerdings kaum Zweifel bestehen, dass eine der innenpolitischen Hauptursachen für den Zerfall Jugoslawiens in der Existenzkrise des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens bestand. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre entwickelten die Parteiführungen in den sechs Republiken (Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Mazedonien) und den beiden autonomen Provinzen (Vojvodina und Kosovo auf dem Territorium Serbiens) vor dem Hintergrund einer schweren Gesellschaftskrise völlig konträre politische Strategien.

Die serbische Republikführung unter Slobodan Milošević forderte seit 1987 eine stärkere Zentralisierung der Kompetenzen der Föderation und eine Stärkung der serbischen Republik. Damit sollte die (Kon)Föderalisierung Jugoslawiens, welche in der Verfassung von 1974 durchgesetzt worden war, rückgängig gemacht werden. Im Gegensatz dazu drängte vor allem die Republikführung Sloweniens auf eine noch stärkere Dezentralisierung und fand Alliierte insbesondere unter den albanischen Kommunisten im Kosovo sowie in den Parteiorganisationen der Vojvodina, Kroatiens und Mazedoniens. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens wurde zunehmend handlungsunfähig. Auf dem 14. Kongress des BdKJ im Januar 1990 in Belgrad eskalierte der Konflikt in einen endgültigen Bruch. Die Partei auf Bundesebene zerfiel in ihre Bestandteile auf der Ebene der Republiken. Damit war auch der Staatszerfall eingeleitet, der ein Jahr später mit den Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens vollzogen wurde und in den Krieg führte.⁴¹⁹

Die Anatomie des Zerfalls des BdKJ ist von eminenter Bedeutung für das Verständnis des heutigen Parteiensystems in der Region. Denn aus den Zerfallsprodukten der ehemaligen Staatspartei gingen die meisten „postkommunistischen“ sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien hervor, die heute in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens bestehen. In den meisten Nachfolgerepubliken haben sie wichtigen und teilweise dominanten Einfluss auf das politische Leben.⁴²⁰

Am deutlichsten zeigt sich diese Tendenz in Serbien, Mazedonien und Montenegro. In Serbien regierte die 1990 als Nachfolgepartei des Bundes der Kommunisten gegründete Sozialistische Partei Serbiens (SPS) ohne Unterbrechung bis zum Sturz Slobodan Miloševićs im Oktober 2000.⁴²¹ In den folgenden Jahren schmolz die Unterstützung der SPS zwar erheblich. Bei den Parlamentswahlen im Mai 2008 erzielte eine von der SPS angeführte Wahlallianz 7,8 Prozent der Stimmen. Dennoch bleibt

⁴¹⁸ In der Forschung werden institutionelle, außenpolitische, wirtschaftliche und politisch-kulturelle Faktoren als Ursachen für den Zerfall bzw. die Zerstörung Jugoslawiens diskutiert. Auf die stellenweise äußerst kontroverse Debatte kann in diesem Text nicht ausführlich eingegangen werden. Einblicke bietet: Ramet, Sabrina P. (2005): *Thinking about Yugoslavia. Scholarly Debates about the Yugoslav Breakup and the Wars in Bosnia and Kosovo*. Cambridge: Cambridge University Press.

⁴¹⁹ Bei der Analyse des Zerfalls des BdKJ ist zu betonen, dass die Partei bereits seit dem Zweiten Weltkrieg föderalisiert war. Der BdKJ bestand aus insgesamt acht Parteiorganisationen, die auf der Ebene der sechs Republiken und zwei autonomen Provinzen organisiert waren und über jeweils eigenständige Führungen und Zentralkomitees verfügten. Wie Otmar Nikola Haberl zeigt, erreichten die Republikparteiorganisationen bereits ab Mitte der 1960er Jahre weitreichende Kompetenzen. Seit dem 9. Kongress des BdKJ 1969 fanden zuerst die Kongresse der Republikparteien statt und erst anschließend der Kongress des BdKJ auf Föderationsebene. Vgl. Haberl, Othmar Nikola (1976): *Parteiorganisation und nationale Frage in Jugoslawien (Philosophische und soziologische Veröffentlichungen – Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, Bd. 13)*. Berlin: Otto Harrassowitz.

⁴²⁰ Gleichzeitig muss man bemerken, dass unmittelbar sich nach der „Wende“ auch manche nicht-linken Parteien aus den politischen Strukturen des jeweiligen Bundes der Kommunisten oder einer seiner Jugendorganisationen heraus entwickelt haben, oder zumindest ihre materiellen Ressourcen für die Neugründung benutzten. So entstand z.B. die stärkste slowenische Parlamentspartei – *Liberale Demokraten Sloweniens (LDS)* – aus dem Bund der Sozialistischen Jugend. Vgl. Lukšič, Igor (2006): *Das politische System Sloweniens*. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, S. 660.

⁴²¹ Die SPS wurde formell am 17. Juli 1990 in Belgrad durch den Zusammenschluss des Bundes der Kommunisten Serbiens und des Sozialistischen Bundes des werktätigen Volkes Serbiens (SSRNS), also der „Massenorganisationen“ in der SFRJ, gegründet. Vgl. Milošević, Milan (2000): *Die Parteienlandschaft Serbiens*. Berlin: Berlin-Verl. Spitz, S. 45.

die SPS ein wichtiger politischer Faktor in Serbien. Seit Sommer 2008 befinden sich die ehemaligen Milošević-Sozialisten als Juniorpartner in einer Koalition mit der Demokratischen Partei (DS), ihren Haupttrivalen der Neunziger Jahre.⁴²²

Auch die postkommunistische Union der Sozialdemokraten Mazedoniens (SDSM) übte seit 1990 über lange Zeiträume die Regierungsmacht aus und stellt in der südlichsten ehemaligen jugoslawischen Republik eine wichtige politische Kraft dar. Bei den Parlamentswahlen am 1. Juni 2008 erreichte ein Bündnis unter Führung der SDSM 22,5 Prozent. Die aktuelle Regierung wird von der konservativen VRMO-DPMNE des aktuellen Premierministers Gruevski geführt.⁴²³

Am stärksten ausgeprägt ist die Kontinuität der Machtausübung der „Postkommunisten“ in der kleinen nur 600.000 Einwohner zählenden Republik Montenegro. Dort konnte sich die aus dem BdKJ hervorgegangene Demokratische Partei der Sozialisten Montenegros (DPS) seit 1990 über einen Zeitraum von mittlerweile zwanzig Jahren ununterbrochen an der Macht halten. Die beherrschende politische Figur stellt dabei Milo Đukanović dar, der in unterschiedlichen Funktionen in den vergangenen 20 Jahren die Geschicke Montenegros bestimmt. Das ehemals jüngste Mitglied des ZK des BdKJ zeigte dabei erstaunliche Wandlungsfähigkeit: Am Beginn seiner Machtausübung stand er in einem engen Bündnis mit Milošević. Ab 1997 arrangierte er sich aber mit dem „Westen“ und steuerte auf einen Unabhängigkeitskurs. Die Amtszeit Đukanovićs wird von zahlreichen Korruptionsvorwürfen begleitet.⁴²⁴

Aber nicht nur in Serbien, Mazedonien und Montenegro, auch in den anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens verfügen die postkommunistischen Sozialdemokraten über wichtigen Einfluss. In Slowenien gewann im April 1990 mit Milan Kučan ein führender Parteifunktionär die erste freie Präsidentschaftswahl. Kučans neu gegründete slowenische Sozialdemokraten wurden bei den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen stärkste einzelne Partei, verloren die Regierungsmacht aber an eine Koalition um das oppositionelle nationalliberale DEMOS-Bündnis. In der Folge regierten die Sozialdemokraten in Slowenien allerdings in wechselnden Koalitionen von 1992 bis 1996 sowie von 2000 bis 2004 und seit 2008. Bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2008 konnte sich der Sozialdemokrat Danilo Türk in der Stichwahl mit überzeugenden 68 Prozent durchsetzen (im ersten Wahlgang hatte er allerdings nur 24,4 Prozent erreicht).⁴²⁵

In Kroatien verlor die postkommunistische Sozialdemokratische Partei (SDP)⁴²⁶ die ersten freien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1990 und musste die Macht an die extremistischen Nationalisten der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) unter Franjo Tuđman abgeben. In der unmittelbaren Nach-Tuđman-Ära von 2000 bis 2003 konnte die SDP vorübergehend die Regierung stellen, die sie aber wieder an die nun zu einer gemäßigt nationalkonservativen Partei mutierten HDZ verloren. Im Januar 2009 setzte sich allerdings der Sozialdemokrat Ivo Josipović bei den Präsidentschaftswahlen durch.⁴²⁷

⁴²² Siehe zu dieser für viele Beobachter überraschenden Entwicklung: Kanzleiter, Boris (2008): Politischer Umbruch in Serbien (Standpunkte, 25). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

⁴²³ In den Legislaturperioden 1990-1994, 1994-1998 und 2002-2006 stellte die SDSM die mazedonische Regierung, so dass sie durchaus als dominante Partei im politischen System fungiert. Vgl. Siljanovska Davkova, Gordana (2006): Makedonske političke partije kroz prizmu ideologije. In: Lutovac, Zoran (Hg.): Političke stranke i birači u državama bivše Jugoslavije. Beograd: Friedrich Ebert Stiftung; Institut društvenih nauka, S. 209.

⁴²⁴ Zur Entwicklung der politischen Systems in Montenegro, sowie zu Đukanovićs Rolle darin vgl.: Kovačević, Filip (2007): Montenegro and the Politics of Postcommunist Transition: 1990 to 2006. In: Mediterranean Quarterly, Jg. 18, H. 3, S. 72–93.

⁴²⁵ Die Sozialdemokraten in Slowenien wechselten mehrmals den Namen ihrer Partei. Die Partei der Demokratischen Erneuerung (SDP) wurde zunächst in Sozialdemokratische Erneuerung (SP) und später in die Soziale Demokraten (SD) umbenannt. Vgl. Lukšič, S. 660

⁴²⁶ Die Sozialdemokratische Partei Kroatien (SDP) als reformierte Nachfolgepartei des Bundes der Kommunisten Kroatiens vereinigte sich im April 1994 mit einer kleinen, 1989 gegründeten sozialdemokratischen Partei. Vgl. Zakošek, Nenad (2006): Das politische System Kroatiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, S. 707.

⁴²⁷ Die Wahl Josipovićs kann als ein positives Zeichen in der innenpolitischen Entwicklung Kroatiens gewertet werden. Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger Stipe Mesić setzt Josipović auf deutliche Gesten der Versöhnung mit Serbien. Josipović setzt sich auch von der nationalkonservativen katholischen Kirche ab.

Kompliziert sind die Verhältnisse in Bosnien-Herzegowina. In dieser Republik setzten sich vor Kriegsausbruch im Frühjahr 1992 zunächst drei nationalistische Parteien (Serbische Demokratische Partei SDS, Partei der Demokratischen Aktion SDA und HDZ) durch, welche vorgaben, die Interessen der drei ethnischen Gruppen des Landes (Serben, Muslime und Kroaten) zu vertreten. Um diese Parteien gruppieren sich die kriegführenden Kräfte. Die postkommunistischen Sozialdemokraten⁴²⁸ zersplitterten in verschiedene Parteien, die nur lokalen Einfluss ausüben konnten.⁴²⁹ Im serbischen Teil Bosnien-Herzegowinas, der Serbischen Republik (Republika Srpska), dominierte unter Premierminister Milorad Dodik von 1998 bis 2001 und erneut seit 2006 allerdings der Bund der Unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD), der als Nachfolgepartei des BdkJ bezeichnet werden kann. Dagegen bleibt die SDP nach den allgemeinen Wahlen von 2006 in der Föderation lediglich drittstärkste Kraft. Im gemeinsamen Parlament Bosnien-Herzegowinas bleiben die Sozialdemokraten dennoch als kleine Fraktionen bestehen.⁴³⁰

Programmatische Neuausrichtung der postkommunistischen Sozialdemokratie: Nationale Wendung, Marktwirtschaft und „Europa“

Machtpolitische und programmatische Differenzen zwischen den Republiksparteien prägten bereits während der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens (SFRJ) die Entwicklung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens.⁴³¹ Dennoch konnte der Zusammenhalt der Partei durch eine Reihe von inneren und äußeren Faktoren bis zum Ende der 1980er Jahre erhalten werden. Anfang der 1990er kam es aber zu einer dramatischen Entwicklung, welche die Krise der gesamtjugoslawischen Linken deutlich macht. Denn in den Kriegen der neunziger Jahre standen die „postkommunistischen Sozialdemokraten“ auf verschiedenen Seiten der Fronten und zählten dabei zu den wichtigsten kriegführenden Kräften. Gleichzeitig zeigt sich in langfristiger Perspektive ein Paradox: Denn die Parteien entwickelten gleichzeitig eine deutliche Symmetrie in ihrer programmatischen Entwicklung. Diese lässt sich mit den Stichworten „nationale Wendung“, „Marktwirtschaft“ und „Europa“ umschreiben.

Der nationalistische Diskurs in den verschiedenen ehemaligen jugoslawischen Republiken wurde am Ende der achtziger Jahre zunächst meist von Intellektuellen außerhalb der Parteistrukturen des BdkJ entwickelt. Einige dieser Intellektuelle wie der bosnische Muslimführer Alija Izetbegović oder der Gründer der Serbischen Radikalen Partei, Vojislav Šešelj, waren bekennende Antikommunisten. Eine Reihe führender anderer nationalistischer Intellektueller wie Dobrica Ćosić in Serbien und Franjo

⁴²⁸ Die Nachfolgepartei des Bundes der Kommunisten Bosnien-Herzegowinas, die SK BiH – SDP gewann bei den ersten Parlamentswahlen im Jahr 1990 lediglich 8,32%. Vgl. Andelić, Neven (2009): SDP - prvih 100 godina. Kratki pogled na socijaldemokratiju u BiH. Sarajevo: Forum Lijeve Inicijative, S. 37.

⁴²⁹ So entstand während des Krieges in Banja Luka der (serbische) Bund der unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD), während die alten „Reformisten“ in Tuzla die Union bosnisch-herzegowinischer Sozialdemokraten gründeten. Die letzteren vereinigten sich dann mit der alten/neuen SDP an der Spitze mit Zlatko Lagumdžija. Die SDP gewann darauf die Parlamentswahlen im Jahr 2000, allerdings im Rahmen der Koalition „Allianz für den Wandel“. Zwei Jahre später verlor sie aufgrund einer intensiver Reformpolitik sowie einiger Affären wieder die Macht, und die alte ethnische Struktur etablierte sich aufs Neue im politischen System. Vgl. Ebd., S. 39.

⁴³⁰ Rein hypothetisch hätten die „serbischen“ und die „anderen“ Sozialdemokraten nach dem aktuellen Machtverhältnis 12 von 42 Sitzen im Parlament Bosnien-Herzegowinas. Vgl. Wahlergebnisse 2006 unter: Zentrale Wahlkommission BiH. URL: http://www.izbori.ba/rezultati/konacni/parlament_bih/index.htm#, letzter Zugriff: 14.01.2010.

⁴³¹ Innerhalb des BdkJ kam es mehrmals zu scharfen Konfrontationen, die oft zwischen Republiksparteien ausgetragen wurden. So kam es Mitte der sechziger Jahre zu einer scharfen Konfrontation zwischen konservativen Zentralisten um den serbischen Innenminister und Geheimdienstchef Aleksandar Ranković und wirtschaftsliberalen Föderalisten um den slowenischen Spitzenfunktionär Edvard Kardelj. In diesem Machtkampf unterlag im Sommer 1966 die Ranković-Fraktion. 1970/71 führte die Spitze der Kommunisten in Kroatien unter Savka Dabčević-Kučar eine nationalistische Bewegung für mehr Selbständigkeit Kroatiens. Der „Kroatische Frühling“ wurde Ende 1971 unter Ägide Titos repressiv unterdrückt. Funktionäre der albanischen Kommunisten im Kosovo unterstützten 1968 und 1981 Rebellionen für die Einrichtung einer eigenständigen Republik Kosovo. Einen guten Einblick in die Konflikte im BdkJ bietet Haberl in seiner Studie.

Tudjman in Kroatien waren indes frühere Mitglieder des BdKJ, die Ende der 1960er oder Anfang der 1970er Jahre wegen nationalistischer Positionen aus der Partei ausgeschlossen worden waren.⁴³²

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise sowie der Legitimations- und Existenzkrise des BdKJ kam es Ende der 1980er Jahre in den meisten Republiken zu einer ähnlichen Entwicklung. Die Parteiorganisationen übernahmen zunehmend die Diskurse der außerhalb der Partei stehenden nationalistischen Intellektuellen. Besonders ausgeprägt war diese Entwicklung in Serbien, wo Slobodan Milošević seit 1987 ein enges Bündnis mit der nationalistischen Intelligenz einging. Aber auch in Slowenien näherte sich die Partei bereits zu einem frühen Zeitpunkt Intellektuellen an, die mit nationalistischen Argumenten für eine selbständige Entwicklung Sloweniens plädierten. In Kroatien und Bosnien-Herzegowina waren die postkommunistischen Sozialdemokraten in den neunziger Jahren zwar keine kriegführenden Regierungsparteien. Das hinderte sie aber nicht, den Kernbestand der Diskurse der jeweiligen nationalistischen Rechten über die „nationale Frage“ zu übernehmen.⁴³³ Obwohl die Schärfe der nationalistischen Rhetorik seit dem Ende des Krieges deutlich nachgelassen hat, bleiben nationale Narrative weiter prägend für die Identität der meisten Parteien.

Die postkommunistischen Sozialdemokraten verwarfen nicht nur die Maxime der „Brüderlichkeit und Einheit“, welche die Nationalitätenpolitik des BdKJ umschrieb, sondern sie verabschiedeten sich auch von der „Arbeiterselbstverwaltung“, dem zweiten Grundprinzip des jugoslawischen Sozialismus. Zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in unterschiedlicher Form übernahmen alle wesentlichen Nachfolgeparteien des BdKJ die neoliberalen Leitgedanken von Privatisierung und Marktreform. Und mehr als das: Die Parteien fungierten teilweise als regelrechte „Privatisierungsagenturen“. Ausgestattet mit Machtpositionen in Unternehmen und Staatsapparat konnten wesentliche Teile des Funktionärskaders die Betriebe aus dem „gesellschaftlichen Eigentum“ in ihr Privateigentum überführen.⁴³⁴

Wie die anderen Parteien, welche in den postjugoslawischen Mehrparteiensysteme Machtfunktionen übernahmen, fungieren auch die postkommunistischen sozialdemokratischen Parteien in hohem Maße als klientelistische Versorgungsorganisationen für ihre Funktionäre. Auch nach dem weitgehenden Abschluss der Privatisierungsprozesse bieten die staatlichen Machtfunktionen Zugang zu erheblichen Ressourcen. So werden führende Funktionen im öffentlichen Sektor entsprechend des Parteibuches besetzt. Korruption und Machtmissbrauch sind integraler – und vielleicht konstituierender – Bestandteil der postjugoslawischen Machtsysteme.⁴³⁵

Die Ausrichtung auf den Machterhalt erklärt auch den manchmal atemberaubenden programmatischen Wandel, den einzelne sozialdemokratische Parteien in den vergangenen Jahren durchliefen. Wie bereits dargestellt wechselte beispielsweise Milo Đukanović 1997 innerhalb kürzester Zeit von einem engen Bündnis mit Slobodan Milošević zu einer prowestlichen Politik und konnte damit über den Kosovo-Krieg 1999 hinweg den eigenen Machterhalt sichern. Die SPS ihrerseits verabschiedete sich 2008 mehr oder weniger umstandslos vom Milošević-Erbe und ging ein Bündnis mit den ehemaligen Erzfeinden von der „prowestlichen“ Demokratischen Partei ein.

Diese rapiden Wandlungsprozesse sind indes das Markenzeichen aller großen politischen Parteien im post-jugoslawischen Raum. Sie markieren die Funktion der Parteien als einer Form „postmoderner“ Unternehmen, die sich dem westeuropäischen links-rechts-Schema entziehen. Der Machterhalt ist der Imperativ ihrer Politik. Die Etiketten wie „sozialdemokratisch“, „konservativ“ oder „liberal“ sagen

⁴³² Zu dieser Entwicklung siehe: Dragović-Soso, Jasna (2002): ‚Saviours of the Nation‘. Serbia’s Intellectual Opposition and the Revival of Nationalism. London: Hurst.

⁴³³ Ein Beispiel ist die kroatische SDP. Die meisten SDP Funktionäre benutzen den in Kroatien üblichen Begriff „branjitelj“ (Verteidiger) für die Kriegsveteranen völlig distanz- und kritiklos. Damit wird den kroatischen Truppen in den Kriegen der neunziger Jahre generell eine defensive Position unterstellt statt ihr Verhalten in der Eskalation des Konfliktes zu kritisieren. SDP-Funktionäre nehmen auch an den jährlich stattfindenden Feiern zum 4. August statt. Am 4. August 1995 startete die kroatische Armee eine großangelegte Offensive, in deren Folge über 150.000 Serben aus Kroatien vertrieben wurden.

⁴³⁴ Eine genaue Analyse dieses Transformationsprozesses wurde bisher kaum geleistet, obwohl die Entwicklung ein wichtiges Forschungsfeld darstellt. Einblicke bietet: Obradović, Marija: Privatisation and the break-up of Yugoslavia, in: South-East Europe Review 2/2007, S. 33–55.

⁴³⁵ Wie Michael Ehrke von der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Blick auf die Entwicklung erklärt: „Hinter der sozialdemokratischen Programmatik kann sich die Ethik der Mafia verbergen.“ Ehrke, Michael (2009): Sozialdemokratische Parteien in Zentral- und Südosteuropa. Politische Gesinnungsvereinigungen oder Managementagenturen für die Regierung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung Internat. Politikanalyse, S.7.

relativ wenig über die Identität dieser Organisationen aus. Umfassende Programmdebatten gibt es in keiner Partei der postkommunistischen Sozialdemokratie im ehemaligen Jugoslawien.

Zumindest auf einer deklarativen Ebene sind die Nachfolgeparteien des vor zwanzig Jahre zusammengebrochenen BdkJ heute im Mainstream der europäischen Sozialdemokratie angekommen. Sie plädieren für die schnelle Aufnahme ihrer Länder in die Europäische Union, soweit sie nicht bereits Mitglied der EU sind wie Slowenien. Auch der Nato-Beitritt wird gefordert, soweit er nicht schon erfolgt ist wie im Fall von Slowenien und Kroatien. Die meisten Nachfolgeparteien des BdkJ sind bereits seit Mitte der 1990er Jahre Mitglieder der Sozialistischen Internationale. Keine Nachfolgepartei des BdkJ ist dagegen Mitglied der European Left.

Eine Verzögerung dieses Wandlungsprozesses zeigte sich lediglich bei der – allerdings wesentlichen – Ausnahme der SPS in Serbien. Doch hat sich auch in der SPS seit dem erneuten Regierungseintritt im Sommer 2008 der sozialdemokratische Mainstream weitgehend durchgesetzt. Auch die SPS möchte nun einen schnellen Beitritt Serbiens zur EU und hat einen Eintritt in die Sozialistische Internationale beantragt. Einen Nato-Beitritt lehnt die SPS aber weiterhin ab. Allerdings lehnen auch alle anderen wesentlichen politischen Parteien in Serbien einen Nato-Beitritt zumindest deklarativ ab, was aufgrund des NATO-Bombardements von 1999 auch nicht weiter verwunderlich ist.

Angesichts der geschilderten Entwicklung der postkommunistischen Sozialdemokratie im ehemaligen Jugoslawien drängt sich die Frage auf, ob diese Parteien als „links“ zu bezeichnen sind. Trotz vieler Einschränkungen muss diese Frage doch positiv beantwortet werden. Denn trotz aller ideologischen und programmatischen Wandlungsprozesse gibt es einige Politikfelder, auf denen sich die postkommunistische Sozialdemokratie deutlich von den konkurrierenden neoliberalen, konservativen und rechtspopulistischen Parteien unterscheidet. Dabei handelt es sich meist um kulturelle und geschichtspolitische Fragen, von denen hier nur zwei angedeutet werden sollen.

Erstens: Im Gegensatz zur religiösen nationalistischen Rechten halten die postkommunistischen Sozialdemokraten meist Distanz zu den erstarkten Kirchen. Sie bilden damit einen gewissen Gegenpol bei der durch die meist ultrakonservativen Kirchen angestrebten Retraditionalisierung der Gesellschaft. Zweitens: Obwohl auch die postkommunistischen Sozialdemokraten das Bild vom antifaschistischen Partisanenkampf oftmals nationalistisch umdeuteten, bleiben sie dennoch immerhin deklarativ in der Tradition des Antifaschismus verhaftet. Die konservativen und rechtspopulistischen Parteien popularisieren dagegen oft das Vermächtnis antikommunistischer Nationalisten wie der kroatischen Ustascha oder serbischen Tschetniks, die im Zweiten Weltkrieg in unterschiedlicher Form mit den Deutschen kollaborierten.

Die Parteienforschung im ehemaligen Jugoslawien steht noch am Anfang. Verlässliche differenzierte quantitative und qualitative Daten zur Mitgliederentwicklung und zu den Unterstützern der postkommunistischen Sozialdemokratie liegen nur in einigen Fällen vor.

Die wenigen vorhandenen Studien zeigen, dass Parteien links von der Mitte vor allem von Landwirten, Arbeiterinnen und Arbeitern, Rentnerinnen und Rentnern, Studierenden sowie von Arbeitslosen unterstützt werden. Gleichzeitig lässt sich anhand der Ergebnisse der neuesten Studien erkennen, dass innerhalb der genannten Gruppen linke Parteien ungefähr das gleiche Ausmaß an Unterstützung finden wie rechte Parteien.⁴³⁶ Dabei können sich die meisten Befragten nach den eigenen politischen Ansichten weder links noch rechts verorten oder unterstützen Parteien, die sie als Parteien der Mitte verstehen.⁴³⁷ In einer 2005 in Serbien durchgeführten Studie gaben 50% aller Befragten an, sie fühlten sich keiner Partei nahe. Über diesem Durchschnitt der Parteiloseren lag nur die Gruppe der Befragten, die sich selbst als Teil einer „unteren Klasse“ sieht (54%).⁴³⁸

Der linksorientierte Widerstand gegen Nationalismus und Neoliberalismus

Die skizzierte Transformation war der Haupttrend beim Zerfall des BdkJ. Allerdings entwickelten sich am Ende der 1980er Jahre und Beginn der 1990er Jahre auch explizit antinationalistische Ansätze

⁴³⁶ Šiber, Ivan (2006): Političko ponašanje hrvatskih birača u izborima 1990 - 2003. In: Lutovac, Zoran (Hg.): Političke stranke i birači u državama bivše Jugoslavije. Beograd: Friedrich Ebert Stiftung; Institut društvenih nauka, S. 323–362; Stojiljković, Zoran (2006): Socijalni rascepi i linije političkih podela u Srbiji. In: Lutovac, Zoran (Hg.): Političke stranke i birači u državama bivše Jugoslavije. Beograd: Friedrich Ebert Stiftung; Institut društvenih nauka, S. 9–39.

⁴³⁷ Šiber, S. 329.

⁴³⁸ Stojiljković, S. 25.

aus dem BdkJ. Die bedeutendste Kraft war dabei das vom letzten jugoslawischen Premierminister Ante Marković Ende 1990 gegründete Bündnis reformorientierter Kräfte Jugoslawiens (SRSSJ). Marković hatte 1990 stark an Popularität gewonnen, weil ihm vorübergehend die Eindämmung der immensen Inflation gelungen war. Er setzte sich mit einer gesamtjugoslawischen Perspektive von den nationalistischen Kräften ab. Gleichzeitig waren seine politischen und wirtschaftlichen Transformationsideen aber durch eine deutliche neoliberale Tendenz geprägt.⁴³⁹

Aber es artikulierten sich auch linksorientierte pro-jugoslawische Kräfte. Bereits im Frühjahr 1989 war die Vereinigung für eine Jugoslawische Demokratische Initiative (Udruženje za jugoslovensku demokratsku inicijativu – UJDI) gegründet worden. In UJDI versammelten sich Politiker und Intellektuelle mit hoher moralischer Integrität und Ansehen.⁴⁴⁰ So wurde der surrealistische Schriftsteller, Spanienveteran, frühere Kommandant der Jugoslawischen Volksarmee und jugoslawische Außenminister, Koča Popović, Mitglied des UJDI-Rates. Auch der weltweit angesehene Wirtschaftswissenschaftler und Theoretiker der Arbeiterselbstverwaltung Branko Horvat engagierte sich in UJDI. Bekannte Mitglieder waren zudem mehrere frühere Mitglieder der Zeitschrift Praxis wie Predrag Vranicki (Zagreb), Nebojša Popov (Belgrad) und Božidar Gajo Sekulić (Sarajevo). Mitglieder waren auch ehemalige Protagonisten der Studentenproteste von 1968 und der feministischen Bewegung der 1970er Jahre.⁴⁴¹

Der politische Ansatz von UJDI bestand in der Hauptforderung nach einer „radikalen Demokratisierung“, die als einzige Möglichkeit für den Weiterbestand Jugoslawiens bezeichnet wurde. UJDI verstand sich dabei nicht als eine politische Partei. Die Vereinigung wollte vielmehr eine „Bewegung für die demokratische Transformation in Jugoslawien“ schaffen. Nur so könne angesichts der tiefen Krise eine „Rückkehr zum Aufbau eines authentischen Sozialismus“ gelingen.⁴⁴² Die Notwendigkeit der Gründung von UJDI wurde damit begründet, dass es in Jugoslawien keine politische Kraft gebe, die „jugoslawisch und demokratisch“ sei.⁴⁴³ (Herv. im Original)

Weder Ante Marković noch UJDI konnten sich aber als dauerhafte politische Organisationen mit einer Massenbasis verankern. Dennoch hat vor allem UJDI eine langfristige politische Bedeutung. Denn aus dem Umkreis von UJDI entwickelte sich eine Reihe von Gruppen, Netzwerken und Initiativen, die seit Beginn der neunziger Jahre Ansatzpunkte einer politischen Alternativströmung darstellen. Ein Teil dieser Strömung gründete kleine Parteien.⁴⁴⁴ Der zweite Teil setzte seine Aktivitäten in Form von Kampagnen fort oder gründete Nichtregierungsorganisationen.

Im Mittelpunkt dieser Alternativströmungen steht bis heute das Engagement gegen Krieg, Nationalismus und die Retraditionalisierung der Gesellschaft. Der Anti-Kriegsbewegung gelang es während der 1990er Jahre zumindest ansatzweise ein gesamtjugoslawisches Netzwerk zu erhalten.⁴⁴⁵

⁴³⁹ So setzte Marković in seiner Funktion als jugoslawischer Bundespremierminister die ersten Gesetze durch, welche die Privatisierung staatlicher Unternehmen zuließen. Vgl. Gagnon, Valère Philip Jr. (2004): *The myth of ethnic war. Serbia and Croatia in the 1990s*. Ithaca: Cornell University Press, S. 91. Im Oktober 1989 entwickelte Marković unter der Ägide des Internationalen Währungsfonds (IWF) ein neoliberales wirtschaftliches Reformprogramm. Vgl. Boughton, James M. (2001): *Silent Revolution: The International Monetary Fund, 1979-89*. Washington: International Monetary Fund, S. 578.

⁴⁴⁰ Siehe dazu: Stojaković, Krunoslav (2009): *Prešućena povijest. UJDI i antiratna opozicija u Jugoslaviji*. In: Tomić, Đorđe; Atanacković, Petar (Hg.): *Društvo u pokretu. Novi društveni pokreti u Jugoslaviji od 1968. do danas*. Cenzura: Novi Sad, S. 169–182.

⁴⁴¹ Die Liste aller Mitglieder findet sich in: Horvat, Branko (2003): *The association for Yugoslav democratic initiative*. In: Đokić, Dejan (Hg.): *Yugoslavism. Histories of a Failed Idea 1918-1992*. London: Hurst, S. 302f.

⁴⁴² Ebd., S. 298ff.

⁴⁴³ Ebd., S. 300f.

⁴⁴⁴ In Serbien entstand in diesem Kontext Anfang der neunziger Jahre die Bürgerallianz (Gradjanski savez). Außerdem sind die Sozialdemokratische Union (SDU) sowie die Regionalpartei Liga der Sozialdemokraten der Vojvodina (LSV) zu nennen. Vgl. Milošević, S. 70ff. In Kroatien gab es eine ähnliche Entwicklung. Neben der 1997 gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Kroatiens (SRP) können zu tendenziell linken Parteien etwa die Aktion der Sozialdemokraten Kroatiens (ASH) und die im Jahr 2007 durch die Vereinigung mehrerer linker Parteien entstandene Linke Kroatiens (Ljevica Hrvatske) gezählt werden. Allerdings konnte sich keine dieser Parteien als wahlpolitische Alternative etablieren.

⁴⁴⁵ Besonders hervorzuheben sind das Zentrum für Antikriegsaktion (CAA) aus Serbien, die Antikriegskampagne (ARK) aus Kroatien, das Internationale Zentrum für Frieden Sarajevo, und der Bürgerfriedensrat Titograd aus Montenegro, die seit 1993 im Rahmen des ZaMir-Netzwerks (*Für den Frieden*)

Dabei spielten vor allem feministische Frauenorganisationen eine entscheidende Rolle. Ein gutes Beispiel ist die 1991 in Belgrad gegründete Organisation Frauen in Schwarz (*Žene u crnom*). Diese präsentiert sich als anti-militaristische und feministische Friedensorganisation, die sich seit mittlerweile fast zwei Jahrzehnten gegen Krieg, Nationalismus, Patriarchat und jede andere Form von Repression engagiert.⁴⁴⁶

In den vergangenen Jahren spielen auch Organisationen, die sich für die Gleichberechtigung sexueller Minderheiten einsetzen, eine zunehmend wichtige Rolle im Spektrum der antinationalistischen Alternativströmung.⁴⁴⁷ Verschiedene Gay-Prides in Ljubljana und Zagreb zeigen die Mobilisierungskraft dieser Initiativen. Überall im ehemaligen Jugoslawien stoßen die Initiativen aber auf erbitterte Feindschaft nationalistischer, klerikaler und rechtsorientierter Kräfte. In Sarajevo musste im September 2008 eine Gay-Pride abgebrochen werden, nachdem fundamentalistische Islamisten die Demonstration angegriffen hatten. In Belgrad wurde 2002 eine Gay-Pride von hunderten klerikal-faschistischer Hooligans angegriffen. Im Sommer 2009 scheiterte der zweite Versuch eine Gay-Pride in der serbischen Hauptstadt abzuhalten erneut an den Gewaltdrohungen von Hooligans, Klerikern und rechtspopulistischen Politikern.⁴⁴⁸

Bei der aktuellen politischen Bewertung des Spektrums der antinationalistischen Strömung müssen zwei Tendenzen deutlich unterschieden werden. Ein Segment dieser Strömung identifiziert sich selbst mit einer linksorientierten Perspektive. Dazu zählt einerseits eine Generation älterer Intellektueller in den großen Städten, die ihren Ausgangspunkt entweder in den auf eine Demokratisierung des Sozialismus drängenden linksorientierten Oppositionsströmungen aus der SFRJ oder den Parteistrukturen des BdkJ hat. Zu diesem Kreis zählt eine Reihe von UJDI-Gründern, die nach wie vor an einer linksorientierten Alternativendiskussion teilnehmen. Als Beispiele sind hier die Zeitschrift *Republika* in Serbien oder das *Mirovni Institut* (Friedensinstitut) in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana zu nennen.⁴⁴⁹ Zu diesem Segment zählt auch eine neue Generation junger Linker, deren politische Sozialisation erst nach dem Ende des Sozialismus einsetzte. Die Themen dieser jungen Linken sind vor allem Antifaschismus, Feminismus und sozialer Protest.⁴⁵⁰

Die zweite Tendenz der antinationalistischen Strömung kann heute nicht (mehr) als linksorientiert bezeichnet werden. In diesem Segment haben sich seit Beginn der 1990er Jahre vielmehr Diskurse durchgesetzt, die eine schnelle und bedingungslose Integration der post-jugoslawische Staaten in die „euroatlantischen Strukturen“ und die Durchsetzung „westlicher Werte“ umfassen. Diese Diskurse verbinden Forderungen nach politischer Demokratisierung und Respektierung der Menschenrechte mit Forderungen nach der Etablierung einer liberalen kapitalistischen Marktwirtschaft und Weltmarktintegration. Repräsentiert wird das (neo-)liberale Segment der antinationalistischen Strömung beispielsweise durch die Helsinki-Komitees in Serbien und Kroatien oder die Liberaldemokratische Partei (LDP) in Serbien.

agierten und eine Reihe von verschiedenen Projekten, Publikationen und Initiativen hervorbrachten wie *Arkzin*, *ZaMir Women*, *ZaMirZine*, etc. Vgl. *Unija 47 / Antiratna kampanja Hrvatske: Povijest ARKa*. URL: http://www.zamirnet.hr/unija47/ark_unija47.html, letzter Zugriff: 12.01.2010.

Für eine umfassende Dokumentation der Anti-Kriegsaktionen im gesamten ehemaligen Jugoslawien siehe: Rosandić, Ružica u.a. (2005): *Teži put. Mirovne akcije na tlu bivše Jugoslavije*. Beograd: Centar za antiratnu akciju.

⁴⁴⁶ *Žene u crnom* Beograd. *Ženska mirovna grupa feminističko-antimilitarističke orijentacije: O nama*.

URL: http://www.zeneucrn.org/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=2&Itemid=4, letzter Zugriff: 12.01.2010.

⁴⁴⁷ Bereits seit Beginn der neunziger Jahren wurden Organisationen für die Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen gegründet. Vgl. Živković, Ljiljana (Hg.) (2005): *First there was a letter. Fifteen Years of Lesbian and Gay Activism in Serbia and Montenegro. 1990-2005*. Beograd: Labris - Lesbian Human Rights Organization; Sagasta, Sanja (2001): *Lesbians in Croatia*. In: *European Journal of Women's Studies*, Jg. 8. H. 3, 357-372.

⁴⁴⁸ Dabei ist zu bemerken, dass es gerade einige Gallionsfiguren der im Westen gefeierten „demokratischen Opposition“ sind, die sich durch ein besonders aggressives Ausmaß von Homophobie profilieren.

⁴⁴⁹ *Republika* wurde als Zeitschrift von UJDI gegründet und wird vom Soziologen und ehemaligen Praxis-Mitarbeiter Nebojša Popov geleitet.

⁴⁵⁰ Einige Beispiele sind das alternative Jugendzentrum CK13 in Novi Sad (Serbien), die verschiedene künstlerische aber auch kritische theoretische Projekte durchführt, die Gruppe *Pokret za slobodu* (Belgrad), die sich an der Mobilisierung von Arbeiterprotesten beteiligt, die Jugendgruppe *Lenka* (Skopje), sowie die Gruppe um die linkskritische Zeitschrift *Novi Plamen* (Zagreb).

Vereint werden die linken und (neo-)liberalen Strömungen der antinationalistischen Oppositionsströmungen durch ihre soziale Basis. Allen Strömungen der „Zivilgesellschaft“ misslingt bisher der Aufbau einer Massenbasis in der Bevölkerung. Bei den Protagonisten dieser Strömungen handelt es sich meist um Angehörige einer Bildungselite. Von Kritikern wird diese „Zivilgesellschaft“ als eine „NGO-Industrie“ beschrieben. Professionalisierung und Institutionalisierung der Beschäftigten der Nichtregierungsorganisationen ersetzen darin oft die direkte Partizipation der „Zielgruppen“. Das „Lobbying“ der NGOs bei nationalen und multinationalen Regierungsorganisationen ersetzt oft die politische Mobilisierung der Betroffenen.⁴⁵¹

Gewerkschaften und sozialer Protest

Ein kaum betrachteter aber dennoch wichtiger Aspekt der Gesellschaftskrise im Jugoslawien der 1980er Jahre war das Anwachsen einer sozialen Protestbewegung der Arbeiter. Arbeiterstreiks und -demonstrationen prägten vor allem die zweite Hälfte der 1980er Jahre. Die Forderungen zielten meist auf den Erhalt sozialer Standards und der Arbeitsplätze, sowie die Auszahlung von Löhnen. Die Mobilisierung der Arbeiter richtete sich nicht frontal gegen das politische System, sondern forderte die Umsetzung der Versprechungen des BdkJ ein. Nationalistische Akzente kamen zunächst nicht zum Tragen. Erst durch die nationalistische Wendung der Spitzenfunktionäre des BdkJ wurden auch die Arbeiterproteste in das Fahrwasser nationaler Forderungen geleitet. Eine gesamtjugoslawische unabhängige Arbeiterbewegung konnte sich am Ende der achtziger Jahre daher nicht konstituieren.⁴⁵²

Aus heutiger Perspektive zählen die Arbeiter im ehemaligen Jugoslawien zu den größten Verlierern der Zerstörung der SFRJ. Mehrere Inflationswellen haben zu enormen Kaufkraftverlusten geführt. Gleichzeitig führten Wirtschaftskrise, Kriegszerstörungen und neoliberale Umstrukturierung zu einem Kollaps der industriellen Basis und einer regelrechten Deindustrialisierung. Langzeitfolgen sind die Erosion sozialer Standards, eine hohe Arbeitslosigkeit und die Ausbreitung des informellen Sektors. Gesicherte Beschäftigungsverhältnisse sind im ehemaligen Jugoslawien heute das Privileg einer Minderheit.⁴⁵³

Die Durchsetzung von Beschäftigteninteressen ist vor diesem Hintergrund außerordentlich schwer. Die drohende Arbeitslosigkeit und ungesicherte Arbeitsverhältnisse hemmen die Mobilisierungsbereitschaft der Beschäftigten. Gleichzeitig bleibt die Gewerkschaftsbewegung auch aus organisationspolitischen Gründen schwach. Erstens konkurrieren verschiedene Gewerkschaftsdachorganisationen und blockieren sich dabei nicht selten gegenseitig. Zweitens herrscht in den gewerkschaft-

⁴⁵¹ Anhand einer 2004 durchgeführten Studie stellte der Belgrader Soziologe Mladen Lazić fest, dass der Großteil der NGO-Aktiven in Serbien weiblich (60%) und im Alter von 30-50 Jahren (45,6%) ist sowie über einen hohen Bildungsgrad (Hochschule, Fachhochschule) verfügt (63,7 %). Über die Hälfte der Befragten NGO-Mitglieder sind als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (53,2%) und viele studieren noch (21,4%). 47% stammen aus akademischen Elternhäusern. Dabei hebt sich bei der Selbstbestimmung der Klassenzugehörigkeit der Befragten die Gruppe, die sich zur „mittleren Klasse“ zählt (52,8%) hervor. Politisch verortet sich die Mehrheit der Befragten (45,6%) in der Mitte des politischen Spektrums, 26% glauben der linken Mitte nahe zu stehen und lediglich 10,5% sehen sich als („extreme“) Linke. Vgl. Lazić, Mladen (2005): *Promene i otpori. Srbija u transformacijskim procesima*. Belgrad: Filip Višnjić, S. 83ff.

⁴⁵² Diese Entwicklung wird gut beschrieben in: Vladislavjević, Nebojša (2008): *Serbia's Antibureaucratic Revolution. Milošević, the Fall of Communism and Nationalist Mobilization*, New York: Palgrave Macmillan.

⁴⁵³ So ist im Laufe der 1990er Jahre ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosenquote in allen postjugoslawischen Staaten zu beobachten: War diese im ehemaligen Jugoslawien im Jahr 1989 noch 14,9%, liegt sie heute in keinem der Nachfolgestaaten unter dieser Marke. Besonders gravierend ist die Arbeitslosigkeit im Kosovo, wo die offizielle Quote 2007 46,3% aufweist. Vgl. International Labour Organization Geneva: LABORSTA Labour Statistics Database, (Datenbanken: Labour force survey und Employment office records).

URL: <http://laborsta.ilo.org/>, letzter Zugriff: 25.01.2010;

Republika Srbija – Republički zavod za statistiku: Anкета o radnoj snazi. Stopa nezaposlenosti.

URL: <http://webrzs.stat.gov.rs/axd/drugastrana.php?Sifra=0018&izbor=odel&tab=152>,

letzter Zugriff: 25.01.2010;

Republika Hrvatska – Državni zavod za statistiku: Stopa registrirane nezaposlenosti.

URL: <http://www.dzs.hr/>, letzter Zugriff: 25.01.2010.

lichen Organisationen oft eine Dominanz von Betriebsinteressen. Branchengewerkschaften und Dachverbände sind dagegen schwach.⁴⁵⁴

Dennoch kommt es zur Mobilisierung von gewerkschaftlichem Protest. Bereits in den 1990er Jahren kam es immer wieder zu Protesten gegen soziale Folgen der wirtschaftlichen Transformation. Vor dem Hintergrund des Krieges blieben die Effekte dieser Proteste aber gering. Eine neue Welle von Arbeiterprotesten setzte in den vergangenen Jahren ein. Die Proteste gruppieren sich dabei vor allem um drei Konfliktlagen. Erstens fordern Belegschaften die Auszahlung von Löhnen, die ihnen oft monatelang und manchmal jahrelang vorenthalten werden. Zweitens artikulieren sich Proteste gegen Entlassungen. Drittens protestieren Belegschaften gegen die Form der Privatisierung der Betriebe. Die meisten dieser drei Formen von Protesten reagieren defensiv auf Angriffe gegen Belegschaftsinteressen. Eine offensive Vertretung gewerkschaftlicher Interessen findet dagegen kaum statt. Nur in Ausnahmefällen zeigen Arbeiterproteste eine politische Ausrichtung, die Ansatzpunkte für eine linksorientierte Alternativendiskussion bietet.⁴⁵⁵

Neben den Arbeitern artikulieren in den vergangenen Jahren in zunehmendem Maße auch Studierende sozialen Protest. In diesem Bereich sind deutlich positive Entwicklungen zu verzeichnen. Zum ersten Mal nach Ende der Kriege zeigen sich Ansätze einer neuen gesellschaftskritischen studentischen Bewegung, welche soziale Fragen in den Vordergrund stellt. Während die Studenten- und Jugendproteste der neunziger Jahre oft einen ausgesprochen antikommunistischen Charakter getragen haben, artikuliert sich seit 2007 wieder eine linksorientierte Studentenbewegung. Themen dieser Proteste sind Studiengebühren, Studienbedingungen und die neoliberale Reform des Universitätswesens. Im Protest an den Universitäten beginnen sich die Jugendlichen in Kroatien, Serbien und Mazedonien und Bosnien-Herzegowina über die neuen Grenzen hinweg wieder positiv aufeinander zu beziehen.⁴⁵⁶

Literaturverzeichnis

- Anđelić, Neven (2009): SDP - prvih 100 godina. Kratki pogled na socijaldemokratiju u BiH. Sarajevo: Forum Lijeve Inicijative.
- Boughton, James M. (2001): Silent Revolution: The International Monetary Fund, 1979-89. Washington: International Monetary Fund.
- Buden, Boris (2009): Zone des Übergangs. Vom Ende des Postkommunismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dragović-Soso, Jasna (2002): ‚Saviours of the Nation‘. Serbia’s Intellectual Opposition and the Revival of Nationalism. London: Hurst.
- Ehrke, Michael (2009): Sozialdemokratische Parteien in Zentral- und Südosteuropa. Politische Gesinnungsvereinigungen oder Managementagenturen für die Regierung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung Internat. Politik-analyse.
- Gagnon, Valère Philip Jr. (2004): The myth of ethnic war. Serbia and Croatia in the 1990s. Ithaca: Cornell University Press.
- Grdešić, Marko (2006): Tranzicija, sindikati i političke elite u Sloveniji i Hrvatskoj. In: Politička misao, Jg. 43, Nr. 4, S. 121–141.
- Haberl, Othmar Nikola (1976): Parteiorganisation und nationale Frage in Jugoslawien (Philosophische und soziologische Veröffentlichungen – Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, Bd. 13). Berlin: Otto Harrassowitz.

⁴⁵⁴ In den Nachfolgestaaten Jugoslawiens bestehen wie in den meisten anderen osteuropäischen Staaten auf der einen Seite Nachfolgeorganisationen der ehemaligen „Staatsgewerkschaften“ und auf der anderen Seite Neugründungen, die sich oft am Modell von Solidarnosc in Polen orientierten. Ideologische Unterschiede spielen heute allerdings keine entscheidende Rolle mehr. Vgl. Grdešić, Marko (2006): Tranzicija, sindikati i političke elite u Sloveniji i Hrvatskoj. In: Politička misao, Jg. 43, Nr. 4, S. 121–141.

⁴⁵⁵ Ein Beispiel sind die Beschäftigten der Arzneimittelfabrik Jugoremedija in Zrenjanin, die sich der Übernahme ihres Betriebes durch einen korrupten Investor widersetzt hat und erfolgreich ein Belegschaftsaktionärsmodell entwickelt. Vgl. Koordinacioni odbor radničkih protesta u Srbiji (2009): Novi radnički pokret u Srbiji. In: Pokret, Nr. 3, S. 2ff.

Zu der neuen Arbeiterbewegung in Serbien siehe: Zlatić, Ivan (2009): Novi radnički pokreti u Srbiji – ciljevi i prepreke. In: Republika, Nr. 468-469, 1-31. 01. 2010.

⁴⁵⁶ Siehe: Tomić, Đorđe (2009): Chancen für eine neue kritische Jugendbewegung. Studentische Proteste in Serbien und Kroatien. (Standpunkte International, 21). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

- Horvat, Branko (2003): The association for Yugoslav democratic initiative. In: Đokić, Dejan: Yugoslavism: histories of a failed idea, 1918-1992. London: Hurst, S.298-303.
- Karabeg, Omer (2005): Razgovor s Vericom Barać i Josipom Kregarom. In: Zarez, Nr. 157, 16.06.2005.
- Kanzleiter, Boris (2008): Politischer Umbruch in Serbien (Standpunkte, 25). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Koordinacioni odbor radničkih protesta u Srbiji (2009): Novi radnički pokret u Srbiji. In: Pokret, Nr. 3, S. 2–7.
- Kovačević, Filip (2007): Montenegro and the Politics of Postcommunist Transition: 1990 to 2006. In: Mediterranean Quarterly, Jg. 18, H. 3, S. 72–93.
- Lazić, Mladen (2005): Promene i otpori. Srbija u transformacijskim procesima. Beograd: Filip Višnjić.
- Lukšič, Igor (2006): Das politische System Sloweniens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, S. 660.
- Milošević, Milan (2000): Die Parteienlandschaft Serbiens. Berlin: Berlin-Verl. Spitz.
- Nohlen, Dieter (2007): Lexikon der Politik, Bd. 7, München: Beck.
- Ramet, Sabrina P. (2005): Thinking about Yugoslavia. Scholarly Debates about the Yugoslav Breakup and the Wars in Bosnia and Kosovo. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rosandić, Ružica u.a. (2005): Teži put. Mirovne akcije na tlu bivše Jugoslavije. Beograd: Centar za antiratnu akciju.
- Sagasta, Sanja (2001): Lesbians in Croatia. In: European Journal of Women's Studies, Jg. 8, H. 3, 357–372.
- Šiber, Ivan (2006): Političko ponašanje hrvatskih birača u izborima 1990 - 2003. In: Lutovac, Zoran (Hg.): Političke stranke i birači u državama bivše Jugoslavije. Beograd: Friedrich Ebert Stiftung; Institut društvenih nauka, S. 323–362.
- Siljanovska Davkova, Gordana (2006): Makedonske političke partije kroz prizmu ideologije. In: Lutovac, Zoran (Hg.): Političke stranke i birači u državama bivše Jugoslavije. Beograd: Friedrich Ebert Stiftung; Institut društvenih nauka, S. 205–236;
- Stojaković, Krunoslav (2009): Prešućena povijest. UJDI i antiratna opozicija u Jugoslaviji. In: Tomić, Đorđe; Atanacković, Petar (Hg.): Društvo u pokretu. Novi društveni pokreti u Jugoslaviji od 1968. do danas [Gesellschaft in Bewegung. Neue soziale Bewegungen in Jugoslawien von 1968 bis heute]. Cenzura: Novi Sad, S. 169–182.
- Stojiljković, Zoran (2006): Socijalni rascepi i linije političkih podela u Srbiji. In: Lutovac, Zoran (Hg.): Političke stranke i birači u državama bivše Jugoslavije. Beograd: Friedrich Ebert Stiftung; Institut društvenih nauka, S. 9–39;
- Tomić, Đorđe (2009): Chancen für eine neue kritische Jugendbewegung. Studentische Proteste in Serbien und Kroatien. (Standpunkte International, 21). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Unija 47 / Antiratna kampanja Hrvatske: Povijest ARKa.
URL: http://www.zamirnet.hr/unija47/ark_unija47.html, letzter Zugriff: 12.01.2010.
- Vladislavljević, Nebojša (2008): Serbia's Antibureaucratic Revolution. Milošević, the Fall of Communism and Nationalist Mobilization, New York: Palgrave Macmillan.
- Zakošek, Nenad (2006): Das politische System Kroatiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, S. 677–726.
- Žene u crnom Beograd. Ženska mirovna grupa feminističko-antimilitarističke orijentacije: O nama.
URL: http://www.zeneucrn.org/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=2&Itemid=4, letzter Zugriff: 12.01.2010.
- Zentrale Wahlkommission BiH. URL: http://www.izbori.ba/rezultati/konacni/parlament_bih/index.htm#, letzter Zugriff: 14.01.2010.
- Živković, Ljiljana (Hg.) (2005): First there was a letter. Fifteen Years of Lesbian and Gay Activism in Serbia and Montenegro. 1990-2005. Beograd: Labris - Lesbian Human Rights Organization.
- Zlatić, Ivan (2009): Novi radnički pokreti u Srbiji – ciljevi i prepreke. In: Republika, Nr. 468-469, 1-31. 01. 2010.

Weiterführende Links

Sozialdemokratische Parteien

Bosnien-Herzegowina

- Socijaldemokratska partija Bosne i Hercegovine (SDP) [Sozialdemokratische Partei Bosnien-Herzegowinas]
<http://www.sdp.ba/>
- Savez nezavisnih socijaldemokrata (SNSD) [Bund unabhängiger Sozialdemokraten]
<http://www.snsd.org/>

Kroatien

- Socijaldemokratska partija Hrvatske (SDP) [Sozialdemokratische Partei Kroatiens]
<http://www.sdp.hr/>

Mazedonien

- Socijaldemokratski sojuz na Makedonija (SDSM) [Sozialdemokratischer Bund Mazadoniens]
<http://www.sdsm.org.mk/>

Montenegro

- Demokratska partija socijalista (DPS) [Demokratische Partei der Sozialisten]
<http://www.dpscg.org/> (Link inaktiv)
- Socijaldemokratska partija Crne Gore (SDP) [Sozialdemokratische Partei Montenegros]
<http://www.sdp.co.me/>

Serbien

- Demokratska stranka (DS) [Demokratische Partei]
<http://www.ds.org.rs/>
- Socijaldemokratska partija (SDP) [Sozialdemokratische Partei]
<http://www.sdp.org.rs/>
- Socijaldemokratska partija Srbije (SDP)⁴⁵⁷ [Sozialdemokratische Partei Serbiens]
<http://www.sdpsrbije.org.rs/>
- Socijalistička partija Srbije (SPS) [Sozialistische Partei Serbiens]
<http://www.sps.org.rs/>
- Socijaldemokratska Unija (SDU) [Sozialdemokratische Union]
<http://www.sdu.org.rs/>

Slowenien

- Socialni demokrati (SD) [Soziale Demokraten]
<http://www.socialnidemokrati.si/>

Weitere linke Parteien

Kroatien

- Socijalistička radnička partija Hrvatske (SRP) [Sozialistische Arbeiterpartei Kroatiens]
<http://www.srp.hr/>

Serbien

- Socijaldemokratska unija (SDU) [Sozialdemokratische Union]
<http://www.sdu.org.rs/>
- Liga socijaldemokrata Vojvodine (LSV) [Liga der Sozialdemokraten der Vojvodina]
<http://www.lsv.org.rs/>

Leftist Parties of the World, Eastern Europe and the Former USSR

(Umfangreiche Liste linker Parteien in Osteuropa)

<http://www.broadleft.org/easteuro.htm>

Friedensinitiativen

- Centar za kulturnu dekontaminaciju [Zentrum für kulturelle Dekontaminierung, Belgrad]
<http://www.czkd.org/>
- Centar za mir i razvoj demokratije / (ex) Centar za antiratnu akciju [Zentrum für Frieden und Demokratieentwicklung, (ex) Zentrum für Anti-Kriegs-Aktion, Belgrad]
<http://www.caa.org.yu/>
- Centar za mirovne studije [Zentrum für Friedensstudien, Zagreb]
<http://www.cms.hr/>
- Unija 47 / Antiratna kampanja Hrvatske [Union 47 / Anti-Kriegs-Kampagne Kroatiens, Zagreb]
<http://www.zamirnet.hr/unija47/unija47.html/>
- Mirovni inštitut - inštitut za sodobne družbene in politične študije [Friedensinstitut – Institut für gegenwärtige soziale und politische Studien, Ljubljana]
<http://www.mirovni-institut.si/>

Feministische Initiative

- Autonomni ženski centar [Autonomes Frauenzentrum, Belgrad]
<http://www.womenngo.org.rs/>
- Žene u crnom [Frauen in Schwarz, Belgrad]
<http://www.zeneucrn.org/>
- Žene ženama [Frauen an/für Frauen, Sarajevo]

⁴⁵⁷ Die Partei wurde im Jahr 2009 gegründet. Die Abkürzung ist dieselbe wie im Fall der Sozialdemokratischen Partei von Nebojša Čović, die Mitglied der Sozialistischen Internationale ist, es handelt sich jedoch um eine andere Partei.

- <http://www.zenezenama.org/>
- Ženska mreža Hrvatske [Frauennetzwerk Kroatiens]
<http://www.zenska-mreza.hr/>
- Ženske grupe BiH [Liste von Frauengruppen in Bosnien-Herzegowina]
<http://zenskegrupebih.fondacijacure.org/>
- Ženski informaciono-dokumentacioni centar [Fraueninformations- und -dokumentationszentrum, Belgrad]
<http://www.zindokcentar.org/>
- Centar za ženske studije Beograd [Zentrum für Frauenstudien, Belgrad]
<http://www.zenskestudie.edu.rs/>
- Centar za ženske studije Zagreb [Zentrum für Frauenstudien, Zagreb]
<http://www.zenstud.hr/>
- Ženske studije i istraživanja [Frauenstudien und -forschungen, Novi Sad]
<http://www.zenskestudije.org.rs/>

LGBT-Gruppen

- Labris Beograd
<http://www.labris.org.rs/>
- Queer Beograd
<http://www.queerbeograd.org/>
- SiQRD – Slovenian Queer Recource Directory
<http://www.ljudmila.org/siqrd/>
- Udruženje Q [Vereinigung Q, Sarajevo]
<http://www.queer.ba/>
- Ženska alijansa [Frauenallianz, Skopje]
<http://www.womensalliance.mk/>
- Belgrade Pride
<http://belgradepride.rs/>
- Zagreb Pride
<http://www.zagreb-pride.net/>

Linke Jugendgruppen

- Alternativna kulturna organizacija (AKO) [Alternative Kulturorganisation, Novi Sad]
<http://www.ako.rs/>
- Crna kuća 13 [Schwarzes Haus 13, Novi Sad]
<http://www.ck13.org/>
- Delavsko-punkerska univerza [Arbeiter-Punker-Universität, Ljubljana]
<http://dpu.mirovni-institut.si/>
- KSSD „Diskrepancija“ [Klub der Soziologiestudenten „Diskrepancija“, Zagreb]
<http://www.diskrepancija.org/>
- Lenka –движение за социјална правда [Lenka – Bewegung für soziale Gerechtigkeit, Skopje]
<http://lenka.blog.com.mk/>

Studentische Proteste

Bosnien-Herzegowina

- Studierendenplenum der Universität in Tuzla:
<http://studentskiplenum.blogger.ba/>

Kroatien

- Slobodni filozofski (Freie Philosophische (Fakultät)), Studierendenplenum der Philosophischen Fakultät in Zagreb: <http://www.slobodnifilozofski.com/>
<http://slobodnifilozofski.org/> (englischsprachige Seite)
- autonomni studenti (Autonome Studenten), Philosophische Fakultät in Rijeka:
<http://blog.autonomnistudenti.com/>
- Nezavisna studentska inicijativa Split, Universität in Split: <http://nsist.blog.hr/>
- inicijativa za besplatno visoko obrazovanje – OS. i dalje smo tu :) i borimo se! (Initiative für kostenlose Hochschulbildung – Osijek. Wir sind immer noch da :) und wir kämpfen!), Universität Osijek:
<http://www.osjecki.studenti.blogger.hr/>

Mazedonien

- Sloboden indeks
<http://slobodenindeks.blog.com.mk/>

Serbien

- Borba za znanje (Kampf um Wissen), Seite der Studentischen Proteste von 2005 bis 2008:
<http://protest.zbrka.net/>
- Studenti za studente (Studenten für Studenten), Universität in Belgrad:
<http://studentskiprotest08.blogspot.com/> (Seite von 2008)
<http://www.studentizastudente.net/> (aktuelle Seite)

Linke und kritische Medien

- Arkzin (Zagreb)
<http://arkzin.net>
- Belgrade Circle Journal (Belgrad)
<http://www.usm.maine.edu/bcj/>
- Diskrepancija (Zagreb)
<http://diskrepancija.org/casopis/>
- Nova Iskra (Skopje)
<http://www.novaiskra.mk/>
- Novi Plamen (Zagreb)
<http://www.noviplamen.org/>
- Peščanik
<http://www.pescanik.net/>
- Prelom (Belgrad)
<http://www.prelomkolektiv.org/srp/casopis.htm>
- Republika (Belgrad)
<http://www.republika.co.rs/>
- ZaMirZine (Zagreb)
<http://www.zamirzine.net/>
- Zarez (Zagreb)
<http://www.zarez.hr/>

Dorothee de Nève, Tina Olteanu

Rumänien: Die Suche nach einer (neuen) linken Identität

Rumänien galt lange Jahre als Sonderfall: In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich ein sultanistisches Herrschaftssystem, das sich von jenen der Nachbarländer unterschied. Der Machtwechsel 1989/90 war gewalttätig und blutig, und anders als in Mitteleuropa waren linke Kräfte bereits Anfang der 1990er Jahre die wichtigsten politischen Akteure in der Parteienlandschaft. Im Folgenden wird gezeigt, wie sich die linke Parteienlandschaft und das linke WählerInnenpotential in den vergangenen zwanzig Jahren entwickelten. Außerdem werden die linken programmatischen Positionen in unterschiedlichen Politikfeldern analysiert und u. a. der Bezug zur Europäischen Union und deren Politik hergestellt. Ziel des Beitrages ist es, anhand dieser Betrachtungen die komplexe Suche nach einer neuen politischen Identität der Linken darzustellen.

Neuorientierung in der Transformation

Anfang des Jahres 2010 war nur noch eine Partei im rumänischen Parlament vertreten, die sich selbst der politischen Linken zuordnet. Obwohl insbesondere Anfang der 1990er Jahre eine Vielzahl sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien gegründet wurde, vollzog sich, nachdem das Herrschaftssystem der Rumänischen Kommunistischen Partei (PCR – Partidul Comunist Român) zerbrach, in den vergangenen zwanzig Jahren eine weitreichende Transformation der politischen Parteienlandschaft. Im Herbst 1989 trat die sogenannte Front der Nationalen Rettung (FSN – Frontul Salvării Naționale) erstmals in Erscheinung, indem sie einen anonymen Appell an die Delegierten des 14. Parteitag der PCR richtete. Bis heute sind die genauen Umstände der Machtergreifung durch die FSN während der »Revolution« im Dezember 1989 nicht hinreichend aufgeklärt.⁴⁵⁸ Nicolae und Elena Ceaușescu wurden am 25. Dezember 1989 in einem Schnellverfahren von einem Sondergericht verurteilt und anschließend hingerichtet. Die PCR wurde formal nie aufgelöst beziehungsweise verboten, sondern hörte schlicht auf, in der bisherigen Form zu existieren. Die Front der Nationalen Rettung, die sich später als revolutionäre Bewegung verstand, deklarierte sich selbst zur neuen Macht im Staat. Aus ihr ging letztlich eine Vielzahl linker Parteien hervor, die den politischen Transformationsprozess entscheidend prägten. Für die Entwicklung linker Parteien nach 1989 waren die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit und das nationalkommunistische Regime von Nicolae Ceaușescu (1967 – 1989) prägend. Das Regime in Rumänien unterschied sich durch den sultanistischen Führungsstil Ceaușescus und seiner Familie stark von anderen (ostmitteleuropäischen) sozialistischen Herrschaftssystemen. Politisch-ideologisch waren einerseits der Nationalkommunismus, andererseits der Personenkult prägend. Im Gegensatz zu den Entwicklungen in Ostmitteleuropa waren im Vorfeld der Wandlungsprozesse keinerlei politische, wirtschaftliche und/oder kulturelle Liberalisierungstendenzen zu verzeichnen. Die Sozialistische Republik Rumänien verfolgte vielmehr eine autarke Wirtschaftspolitik sowie eine weitreichende Loslösung von der Sowjetunion beziehungsweise dem Warschauer Pakt. Diese Wirtschaftspolitik, inklusive des megalomanischen Regierungsstils Ceaușescus, bewirkte eine tiefgreifende Versorgungs- und Wirtschaftskrise, die sich im Lauf der 1980er Jahre zuspitzte. In dieser Phase des politischen Umbruchs existierten in Rumänien also keine DissidentInnenbewegung und keine oppositionellen Strukturen mehr, die einen Neuanfang politisch hätten mitgestalten können. Insofern boten die Mystifizierung der Revolution sowie die Glorifizierung der Zwischenkriegszeit Ansatzpunkte für die Identifikation neuer Parteien. Die Wiedergründung der historischen Parteien (PSDR – Partidul Social Democrat Român, PNL – Partidul Național Liberal und PNȚCD – Partidul Național Țărănesc Creștin și Democrat), an der teilweise noch alte Aktivisten dieser Parteien beteiligt waren, erwies sich allerdings letztlich als wenig erfolgreich. Obwohl nicht nur bei den historischen Parteien, sondern auch bei den linken und nationalistischen Parteien personelle Kontinuitäten aus der Zwischenkriegszeit und dem kommunistischen Regime zu beobachten waren, hat sich in Rumänien – im Gegensatz zu anderen Ländern der Region – das Spannungsverhältnis zwischen Post- und Antikommunisten nicht als prägendes Element des Parteienwettbewerbs etabliert. Spätestens 1996 – 2000 scheiterte die Idee, aus diesem vermeintlichen Antagonismus politisches Kapital zu schlagen, endgültig.

⁴⁵⁸ Siani-Davies 2007.

Trotz dieser problematischen Ausgangsbedingungen ist die rumänische Parteienlandschaft einerseits als sehr stabil zu bezeichnen, da es seit Beginn der Transformation niemals zu vorgezogenen Wahlen kam und die Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSD – Partidul Social Democrat) im Laufe der Zeit zwar mehrfach den Namen änderte,⁴⁵⁹ jedoch stets eine der wichtigsten politischen Parteien war. Andererseits ist der Parteienwettbewerb sehr fluide, da Parteien in wechselnden Koalitionen agierten, es zu zahlreichen Parteiabspaltungen und Neugründungen kam und die ParteianhängerInnen und MandatsträgerInnen selbst auch oft ihre parteipolitische Zugehörigkeit änderten. Insofern ist auch das Vertrauen der BürgerInnen in die politischen Parteien insgesamt gering. Patronage, politische Skandale und Korruption haben das Vertrauen der BürgerInnen – auch in linke Parteien – zusätzlich erschüttert. All dies hat zu einer eher skeptischen Haltung gegenüber dem rumänischen Parlamentarismus inklusive seiner Parteien geführt: Umfragen belegen, dass seit Jahren die Zahl der BürgerInnen steigt, die sich einen »starken Führer« wünschen. Im Jahre 2005 stimmten 78,3 Prozent der Befragten der Aussage zu: »Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um das Parlament und um Wahlen kümmern muss«. Im Jahr 1997 waren es noch 47,3 Prozent, 2000 schon 66,6 Prozent.⁴⁶⁰ Dennoch ist die offensichtliche Skepsis gegenüber den Parteien und dem Parlament nicht Ausdruck einer allgemeinen Demokratieverdrossenheit. 95 Prozent der Befragten antworteten im Jahr 2005, dass es gut sei, eine Demokratie als Regierungsform zu haben. Die demokratische Praxis des rumänischen Systems im Jahr 2005 wurde hingegen etwas skeptischer bewertet: 55,8 Prozent der Befragten bewerteten die demokratische Performanz in Rumänien als eher positiv beziehungsweise sehr positiv.⁴⁶¹ Dieser Trend war im Jahr 1999 noch wesentlich problematischer, als 20,9 Prozent der Befragten antworteten, dass sie eher zufrieden bzw. sehr zufrieden mit der demokratischen Entwicklung ihres Landes sind.⁴⁶²

Festzustellen ist, dass 20 Jahre nach dem Regimewechsel eine kritische Haltung gegenüber Parteien und der spezifischen Qualität der rumänischen Demokratie recht weit verbreitet ist. Dennoch, und das ist überraschend, löst dies in Rumänien keine Impulse aus wie in anderen Transformationsländern, wo über Nacht neue politische Gruppierungen⁴⁶³ in das Parlament Einzug hielten und Regierungsverantwortung übernahmen. Auch das außerparlamentarische Spektrum an politischen Bewegungen ist sehr marginalisiert und die Bereitschaft zur politischen Partizipation äußerst schwach ausgeprägt. Von all diesen Prozessen sind das gesamte politische Spektrum und damit auch die Linke betroffen.

Die Linke in Rumänien

Das politisch linke Spektrum zeichnet sich heute durch drei unterschiedliche Strömungen aus: (i) die etablierte, parlamentarische Linke sozialdemokratischer Prägung, (ii) die marginalisierte außerparlamentarische radikale Linke und (iii) die linke nicht parteiförmig organisierte Szene.

(i) Das Erbe, das die sogenannten Nachfolgeparteien der ehemaligen Staatsparteien in Ost- und Südosteuropa antrat, war erstens das Erbe der linken und nationalkommunistischen Ideen als families spirituelles, zweitens die personelle Kontinuität und drittens die Übernahme der parteieigenen Infrastruktur, insbesondere der Immobilien. Die etablierte, gemäßigte Linke im Parlament hat interessanterweise dieses Erbe in all den hier genannten Dimensionen weitestgehend angetreten, obwohl sie sich explizit nicht als Nachfolgepartei der PCR versteht. Vielmehr definierte sich die FSN 1990 als politischer Verband, der aus dem Sieg der Revolution hervorgegangen sei. In ihrem Selbstverständnis wandte sich die Front der Nationalen Rettung (FSN – Frontul Salvării Naționale) gar

⁴⁵⁹ Die Partei firmierte unter den Namen Front der Nationalen Rettung (FSN – Frontul Salvării Naționale), Demokratische Front der Nationalen Rettung (FDSN – Frontul Democrat al Salvării Naționale), Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens (PDSR – Partidul Democrației Sociale din România) und aktuell Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSD – Partidul Social Democrat).

⁴⁶⁰ European Values Survey Romania (wave 3–5); eigene Berechnungen.

⁴⁶¹ Hier wurde die Frage ausgewählt: Wie demokratisch wird Ihrer Einschätzung nach Rumänien heute regiert? Die Skala ging von 1 (= überhaupt nicht demokratisch bis 10 (= total demokratisch). Der hier angegebene Wert ergibt sich aus der positiven Tendenz (6-10 auf der Skala). European Values Survey Romania (5th wave) 2005.

⁴⁶² European Values Survey (4th wave) 1999.

⁴⁶³ Zumeist sind diese allerdings populistisch bis extremistisch, wie z.B. in Polen, Ungarn und Bulgarien.

radikal gegen das kommunistische System und dessen Ideologie.⁴⁶⁴ In ihrer späteren Entwicklung bezog sich die Partei dann auf die historische Sozialdemokratie.

Die etablierte parlamentarische Linke wird seit 2004 exklusiv von der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens (PSD – Partidul Social Democrat) vertreten, einer Partei der linken Mitte. Es handelt sich um die politisch erfolgreichste Partei Rumäniens, mit der in den vergangenen zwanzig Jahren zahlreiche kleinere Parteien, u. a. auch die historische Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSDR – Partidul Social Democrat Român), fusionierten.

In der öffentlichen Wahrnehmung war sie insbesondere in den 1990er Jahren – ganz im Widerspruch zum Selbstverständnis der Partei – die zentrale postkommunistische Nachfolgepartei. Diese Wahrnehmung wurde nicht zuletzt durch die personelle Kontinuität an ihrer Spitze bestärkt. Ion Iliescu war seit 1990 ihr erfolgreicher Parteivorsitzender, bis er 2005 überraschend in einer Kampfabstimmung auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei (PSD – Partidul Social Democrat) gegen seinen ehemaligen Ziehsohn Mircea Geoană unterlag. Ion Iliescu (geb. 1930) verfolgte einst eine steile Karriere in der Kommunistischen Partei (PCR – Partidul Comunist Român) bis er zu Beginn der 1970er Jahre von seinen Parteiämtern zurücktreten musste. Dies geschah in der sogenannten rumänischen Kulturrevolution. Allerdings war er weiterhin Vizepräsident der PCR im Kreis Timiș und später Direktor eines Verlagshauses. Er prägte die Linke wie kein anderer Politiker seit Beginn der Demokratisierung. Er amtierte außerdem von 1990 – 1996 und 2000 – 2004 als rumänischer Staatspräsident. Am Ende seiner zweiten Amtszeit genoss er weiterhin große Popularität in der rumänischen Bevölkerung; aufgrund der rumänischen Verfassung war jedoch eine weitere Wiederwahl formal nicht möglich.

Unter den Bedingungen eines polarisierten Parteienwettbewerbs, der mit zahlreichen Abspaltungen und Parteifusionen einherging, war die PSD unter der Führung Ion Iliescus in unterschiedlichen Koalitionskonstellationen in Regierungsverantwortung und hat somit die Phase der Verfassungsgebung, der politischen und wirtschaftlichen Transformation sowie die Annäherung bis hin zur Mitgliedschaft in die Europäische Union maßgeblich mitgestaltet. Als mitgliederstärkste Partei weist die PSD im Gegensatz zu anderen Parteien des fragmentierten rumänischen Parteiensystems eine flächendeckende Organisationsstruktur sowie etablierte Frauen-, Senioren- und Jugendorganisationen auf, die auf parteiinterne Entscheidungsprozesse eine begrenzte Einflussmöglichkeit haben. Die PSD pflegt enge Bindungen zu Gewerkschaften. Im Vorfeld der Lokalwahlen 2008 wurde beispielsweise ein Pakt zwischen der nationalen Konföderation der freien Gewerkschaften (CNSLR – Confederația Națională a Sindicatelor Libere din România – Frăția) und der PSD erneuert, welcher eine engere Zusammenarbeit vorsieht. Neben der Anhebung des Mindestlohns ist darin auch eine Beteiligung an einer zukünftigen Regierung vereinbart worden. Die PSD kooperiert international als Mitglied der Sozialistischen Internationalen (SI) und der Europäischen Sozialdemokratischen Partei (PES). In den vergangenen Jahren galt auch eine zweite Partei, die aus der Front der Nationalen Rettung hervorgegangen war, die sogenannte Demokratische Partei (PD – Partidul Democrat⁴⁶⁵) als eine Partei der linken Mitte. Sie vollzog jedoch spätestens im Kontext der Wahlen 2004 einen programmatischen Wandel und definiert sich nun als Volkspartei der rechten Mitte, die sich zudem mit einem abgespaltenen Flügel der National-Liberalen Partei (PNL – Partidul Național Liberal) zur Demokratisch-Liberalen Partei (PD-L – Partidul Democrat-Liberal) zusammenschloss.

(ii) Die radikale Linke agiert inzwischen ausschließlich im außerparlamentarischen Raum, da die ihr zugehörigen Parteien bei Wahlen nicht genügend WählerInnenstimmen gewinnen, um die Sperrklausel zu überwinden, bzw. keine geeigneten Partner finden, um in Wahlbündnissen anzutreten. Die Sozialistische Partei der Arbeit (PSM – Partidul Socialist al Muncii) formulierte den Anspruch, die legitime Nachfolgepartei der Rumänischen Kommunistischen Partei (PCR) zu sein, allerdings wurde ihr 2002 gerichtlich untersagt, den Namen der ehemaligen Staatspartei zu tragen. Die Partei der Sozialistischen Allianz (PAS – Partidul Alianța Socialistă) ist eine linke Abspaltung dieser Sozialistischen Partei der Arbeit (PSM), welche 2003 die Fusion mit der PSD ablehnte. Die PAS gehört zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Linkspartei. Zum Lager der radikalen Linken gehören außerdem die Neue Kommunistische Partei (nPCR – Noul Partid Comunist Român), die ebenfalls

⁴⁶⁴ de Nève 2002, 65.

⁴⁶⁵ Die Partei hieß früher Front der Nationalen Rettung (FSN) bzw. Sozialdemokratische Union (USD) bzw. Demokratische Partei (PD) und aktuell Demokratisch-Liberale Partei (PD-L).

2003 gegründet wurde, sowie die Volkspartei der sozialen Sicherung (PPPS – Partidul Popular și al Protecției Sociale). Die radikale Linke Rumäniens steht im Gegensatz zur linken Mitte in erster Linie in der Tradition der nationalkommunistischen Vergangenheit und des demokratischen Sozialismus. Nach wiederholten Parteiumbenennungen, Fusionen und Abspaltungen ist die außerparlamentarische Linke nunmehr marginalisiert, stark fragmentiert und teils politisch radikalisiert sowie zuweilen auch nationalistisch.

(iii) Hinzu kommt schließlich auch eine äußerst schwach ausgeprägte linke alternative Szene. Sie besteht derzeit aus kleinen politischen Gruppierungen, die von EinzelaktivistInnen gegründet wurden und die sich in der Zivilgesellschaft engagieren, wie das Romanian Social Forum oder Attac Romania sowie vereinzelt single-issue-Aktionen, z. B. der Verhinderung einer Goldmine in Roșia Montană. So fehlen der Linken gesellschaftspolitische Bündnispartner, insbesondere etwa im Bereich der Umwelt- und Frauenorganisationen. Die relative Schwäche dieser Organisationen hängt mit deren mangelnder Vernetzung, dem geringen Rückhalt in der Bevölkerung sowie der allgemeinen Ressourcenknappheit zivilgesellschaftlicher Akteure zusammen. Insofern konnte sich in Rumänien in den vergangenen Jahren kaum eine linke alternative Protestkultur entwickeln, die politischen Widerstand zu organisieren vermochte. Auch in Zeiten der Wirtschaftskrise, die auch in Rumänien vielfältige und sehr negative Konsequenzen hat, ist linker Protest nicht vorhanden. Selbst die Gewerkschaften schaffen es nicht, Protest zu artikulieren.

Die Verortung der Linken im Parteiensystem hat sich seit Beginn der Demokratisierung nachhaltig verändert. Im Kontext der founding elections 1990 entstand ein neues kompetitives Parteiensystem, das prädominante Strukturmerkmale aufwies. Nach dem langsamen Machterfall der Front der Nationalen Rettung (FSN) bzw. der Partei der Sozialen Demokratie Rumäniens (PDSR – Partidul Democrației Sociale din România)⁴⁶⁶ entstand ein »polarisiertes pluralistisches Parteiensystem« mit einer triangulären Interaktionsstruktur, in dem die Parteien in einem Wettstreit um die politische Mitte agieren. In diesem Parteienwettbewerb kann vermutlich auch künftig keine der konkurrierenden Parteien mehr eine absolute Stimmenmehrheit gewinnen. Gleichzeitig bleibt die etablierte Sozialdemokratie eine der wichtigsten politischen Parteien im Parteienwettbewerb und die stärkste Kraft im linken Lager. Eine Vernetzung des linken Parteienspektrums, insbesondere zwischen den etablierten Parlamentsparteien und der außerparlamentarischen Linken findet de facto nicht statt.

Linkes Wählerpotential

In Bezug auf das soziale Milieu und die Struktur der Mitglieder der linken Parteien in Rumänien sind leider keine verlässlichen Angaben erhältlich, dies gilt selbst für die PDS als lange etablierte Parlamentspartei. Diese Informationslücke ist jedoch im rumänischen (eventuell sogar osteuropäischen) Kontext wenig verwunderlich, denn derlei Daten sind für keine Partei zugänglich. Dies liegt unter anderem daran, dass Parteien generell jenseits der FunktionsträgerInnen eine sehr schwache Mitgliederbasis aufweisen und Mitgliedsbeiträge sowie deren regelmäßige Einzahlung eher einen symbolischen Wert haben. Zudem ist eine Kultur des innerparteilichen Dialogs mit den Mitgliedern über verschiedene lokale und regionale Ebenen nicht etabliert. Als eine Hinterlassenschaft des kommunistischen Regimes unter Ceaușescu mag in dieser Hinsicht auch die »Freiheit« von politischer Partizipation, die nicht selten einen formalen, theatralischen Zug durch perfekte Inszenierungen hatte. Die Kommunistische Partei Rumäniens (PCR) war im Vergleich zu den Schwesterparteien in anderen Ländern immer eine starke Mitgliederpartei, zuletzt hatte die Partei ca. 4 Millionen Mitglieder.⁴⁶⁷ Nach einer aus dieser Sicht nutzlosen Parteimitgliedschaft in der PCR ist die Nicht-Mitgliedschaft eine Errungenschaft. Die geringe Zahl der Parteimitglieder hat in Rumänien letztlich ähnlichen Entwicklungstendenzen Vorschub geleistet, wie sie auch in anderen west- und osteuropäischen Ländern zu beobachten sind: Eine abnehmende beziehungsweise geringe Bedeutung der Parteimitglieder geht mit einem Prozess der Professionalisierung der Parteieliten einher. Die Parteien entwickeln Organisationsstrukturen, die auch ohne Mitglieder funktionieren. Durch die Kommerzialisierung der Parteien gewinnen andere Interessengruppen und Unternehmen an Einfluss

⁴⁶⁶ Siehe Fußnote 2.

⁴⁶⁷ Stoica 2006, 457 f.

auf die Parteien. Die Tatsache, dass die gesellschaftliche Verankerung der Parteien nicht über die Mitglieder entwickelt werden kann, führt letztlich dazu, dass die Partieliten selbst – insbesondere in der Phase des Wahlkampfes – an die Wählerschaft heranrücken.⁴⁶⁸ Wahlkampfgeschenke und die Bereitstellung von Kompensationsleistungen und Clubgütern werden dann für die Parteien zu erfolgreichen Strategien, dieses Kommunikationsdefizit zu überbrücken.

Dennoch können anhand verfügbarer Umfragedaten Aussagen zum WählerInnenpotential der linken Parteien gemacht werden: Die Wahlergebnisse seit Beginn der 1990er Jahre und Umfragen belegen, dass einerseits die Zustimmung für linke Positionen bei BürgerInnen gering, andererseits das WählerInnenpotential für die linke Mitte vergleichsweise hoch und stabil ist.

Tab. 1: Selbstpositionierung der BürgerInnen

	links	2	3	4	5	6	7	8	9	rechts	
Frauen	4,3	2,7	4,7	3,5	36,8	19	7,4	8,9	3,1	9,7	100%
Männer	6,4	3,2	5	5,6	26,8	18,3	10,9	10,3	5	8,5	100%
total	5,5	3	4,9	4,7	30,9	18,6	9,4	9,8	4,3	9	100%

Quelle: European Values Survey Romania (1999–2004); eigene Berechnungen. N = 635. Angaben in Prozent.

Lediglich 5,5 Prozent der BürgerInnen in Rumänien verorten sich selbst als links im politischen Spektrum, wobei der Anteil der Männer etwas größer ist als der der Frauen. Rund ein Drittel der Befragten ordnen sich der linken Mitte zu, wobei hier der Anteil der Frauen bei 36,8 Prozent liegt, jener der Männer bei 26,8 Prozent (siehe Tab. 1). Insgesamt betrachtet ist also davon auszugehen, dass rund die Hälfte der WählerInnen mit linken bzw. sozialdemokratischen Positionen sympathisiert.

Während bei Wahlen die Koalitionen der linken Mitte tatsächlich oft den höchsten Stimmenanteil aller Parteien erzielten, konnten linke Parteien wie die Partei der Sozialistischen Allianz (PAS) und die Volkspartei der sozialen Sicherung (PPPS) allerdings nur sehr wenige Stimmen auf sich vereinigen (Abb. 1).⁴⁶⁹ Seit den founding elections 1990 ist zwar ein kontinuierlicher Rückgang des linken Wählerspektrums zu verzeichnen, dennoch fand die politische Linke stets die Zustimmung bei > 30 Prozent der WählerInnen. Die artikulierten politischen Präferenzen der BürgerInnen spiegeln sich insofern in den Wahlergebnissen wider, in denen die linke Mitte eine dominante Rolle spielt. Der Linken hingegen gelingt es bislang nicht, ihr politisches Mobilisierungspotential auszuschöpfen. Die parteipolitisch organisierte Linke in Rumänien ist durch die Zeit vor 1989 stark diskreditiert. Das führt zu dem Paradox, dass die Selbstpositionierung als »links« zwar schwach ausgeprägt ist, teilweise aber linke Politiken großen Zuspruch erfahren. Dies wird beispielsweise in den politischen Einstellungen der BürgerInnen zu Einkommensunterschieden erkennbar: Die Privatisierung und wirtschaftliche Transformation führte auch in Rumänien zu einer dramatischen Vergrößerung der Einkommensunterschiede. Die große Mehrheit der BürgerInnen erachtet diese Einkommensunterschiede als ungerecht und vertritt die Meinung, dass der Staat in der Pflicht sei, Kontrolle auf Firmen auszuüben, die Renten zu sichern sowie die Bildungschancen zu erhöhen (Tab. 2).

Tab. 2.: Aufhebung der großen Einkommensunterschiede

	sehr wichtig (1)	2	3	4	überhaupt nicht wichtig
Frauen	43,1	43,1	8,1	3,8	1,9
Männer	45,7	38	8,5	4,7	3,2
total	44,4	40,5	8,3	4,3	2,6

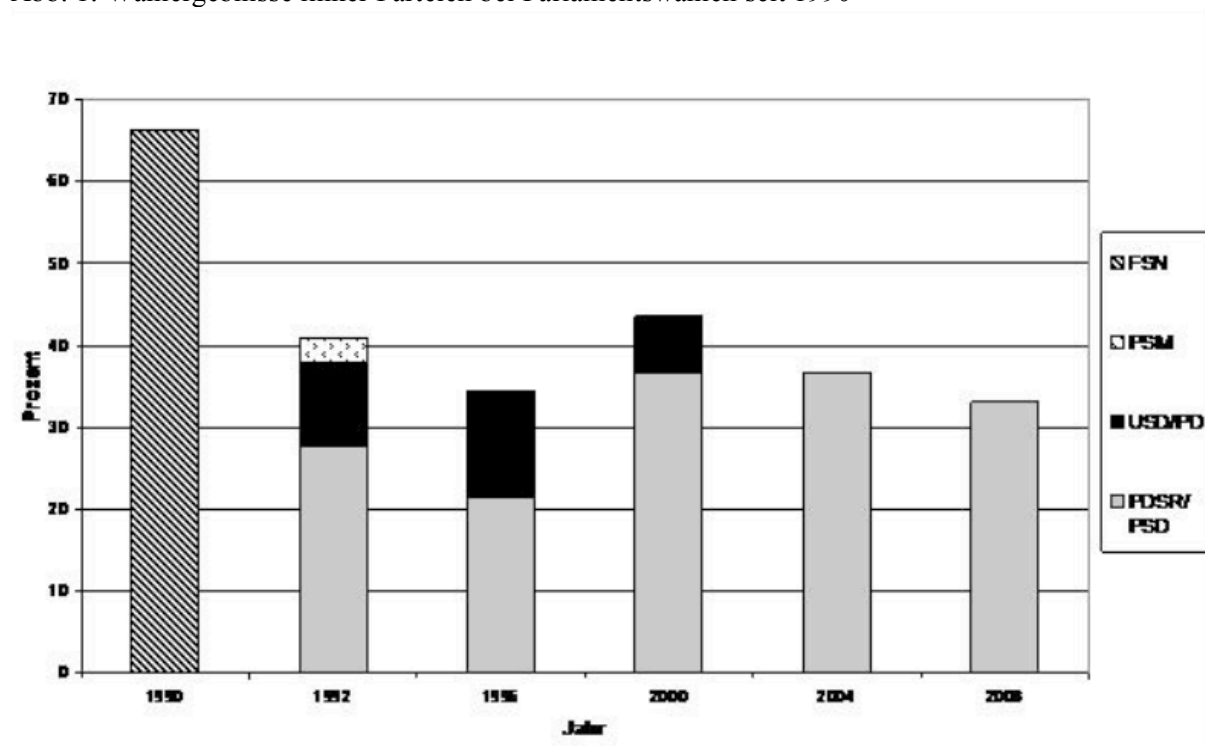
Quelle: European Values Survey Romania (1999–2004); eigene Berechnungen. N = 1052. Angaben in Prozent.

⁴⁶⁸ de Nève 2008, 288 f.

⁴⁶⁹ Bei den Parlamentswahlen 2008 gewann die PAS 585 gültige Stimmen (0,008 %), die PPPS 8388 gültige Stimmen (0,12 %) von 6886794 gültigen Stimmen für das Unterhaus. Vgl.

http://www.becparlamentare2008.ro/rezul/COMUNICAT_PRAG.pdf, Zugriff am 3.3.2010.

Abb. 1: Wahlergebnisse linker Parteien bei Parlamentswahlen seit 1990



Quelle: Autengruber 2006, 169-180; Olteanu 2008: 165.

Die Wahlerfolge der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens (PSD) beruhen zum einen auf den überdurchschnittlich hohen Stimmenanteilen im Osten und Südosten des Landes (Moldova, Muntenia, Oltenia und Dobrogea). Zum anderen gelingt es ihr, WählerInnen aller Generationen anzusprechen: Ein Viertel der JungwählerInnen (18 bis 29 Jahre) wählt die PSD (25,2 Prozent), der Anteil der älteren Generation (> 60 Jahre) liegt bei 39,2 Prozent.⁴⁷⁰ Bei anderen linken Parteien, insbesondere der Neuen Kommunistischen Partei (nPCR), ist hingegen eine deutliche Überalterung der Anhängerschaft zu verzeichnen.

Die letzten Parlamentswahlen fanden im November 2008 statt. Die PSD trat, wie schon 2004⁴⁷¹ in einer Wahlallianz mit der Konservativen Partei (PC – Partidul Conservator) zur Wahl an. Diese power seeking coalition, die programmatisch extrem heterogen ist, wird nicht zuletzt durch die Tatsache erklärt, dass der Parteigründer der PC, Dan Voiculescu, zahlreiche Fernsehsender besitzt. Die konservative Partei (PC) war zwar die einzige Partei mit einer weiblichen Parteivorsitzenden (bis zum 1. 3. 2010), diese agiert jedoch voll und ganz im Auftrag Voiculescus. Dass es sich hierbei um ein Bündnis zweier sehr ungleicher Partner handelt, wird auch daran erkennbar, dass die PSD 110 von 114 Mandaten in der Abgeordnetenkammer und 48 von 49 Mandaten im Senat gewann. Der Sozialistischen Partei blieb hingegen bei dieser Wahl erneut ein Erfolg versagt, was zweifellos nicht nur mit ihrer organisatorischen Schwäche, sondern auch mit ihren programmatischen Angeboten zusammenhängt. Zudem wurde das Wahlrecht geändert und das Mehrheitswahlrecht mit einigen Komponenten des Verhältniswahlrechts eingeführt. Die Kandidaten der PAS dürften den meisten WählerInnen eher weniger bekannt gewesen sein.

⁴⁷⁰ Biroul de Cercetări Sociale: Sondaj de opinie publică, 10–14 noiembrie 2008.

⁴⁷¹ Für einen Überblick über die Wahlergebnisse der Parlamentswahlen 2008 vgl. Biroul Electoral Central, <http://www.becparlamentare2008.ro/>, Zugriff am 2.3.2010. Bei den Wahlen 2004 wurde im Vorfeld zwischen der PSD und der PC ausgehandelt, dass die PC 30 Sitze im Parlament erhalten wird, unabhängig vom Wahlausgang. Sie wechselte daraufhin nach den Wahlen die Seiten und schloss sich einer Regierung mit den anderen Parteien an. Vgl. Olteanu 2008, 157.

Im Laufe der Legislaturperioden kommt es in Rumänien zu relativ starken Veränderungen der parlamentarischen Fraktionen, nicht nur weil einzelne Abgeordnete ihr Mandat aufgeben, sondern auch weil häufige Wechsel zu anderen Fraktionen beziehungsweise Parteien stattfinden.⁴⁷² So war rund zwei Jahre nach den letzten Parlamentswahlen die Fraktion der PSD+PC Allianz auf nur mehr 101 Mandate geschrumpft, davon 2 Vertreter der PC und 99 der PSD, im gesamten Parlament von 163 auf 145 (davon 3 PC).

Eine erfrischende Abwechslung brachten die Präsidentschaftswahlen im Herbst 2009 mit sich, als die Partei der Grünen (PV – Partidul Verde) einen eigenen, sehr unkonventionellen Präsidentschaftskandidaten in das Rennen schickte. Remus Cernea zeichnete sich durch lange Haare und Alltagskleidung aus und passte daher nicht in das sehr einheitliche Bild eines rumänischen Politikers mit Schlips und Anzug. Zudem stellte er damit einen Kontrast zum in der öffentlichen Wahrnehmung weit verbreiteten Bild des auf eigenen Profit ausgerichteten Politikers dar. Er forderte das politische System heraus, indem er die formalen Partizipationswege stark für sich nutzte und immer wieder versuchte, in geschlossenen Debatten der aussichtsreichen Präsidentschaftsanwärter Gehör zu finden. Dies brachte ihm eine relativ hohe mediale Wahrnehmung, wenn auch nur einen geringen Wahlerfolg (0,62 Prozent).⁴⁷³ Seine Partei vertritt klassische ökologische Themen, ist in wirtschaftspolitischer Hinsicht konservativ (Privatisierung, wenig staatliche Wirtschaftsbeteiligung), wenn auch mit ökologischem Anspruch. Mit der sozialpolitischen Forderung nach Mindestlohn (350 Euro) und einer Mindestrente (200 Euro) werden recht hohe Maßstäbe für Rumänien angelegt, die klar einer linken Ausrichtung zugeschrieben werden können. Diese werden aber parallel mit der Forderung nach »Kontrolle« zum Schutz vor Sozialmissbrauch verknüpft. Ein weiterer linker Präsidentschaftskandidat war Sorin Oprescu, ehemaliges Mitglied der PSD, der aus der Partei austrat, da diese ihm nicht die Unterstützung für seine Kandidatur als Bürgermeister von Bukarest gewährte. Als unabhängiger Kandidat wurde er jedoch zum Bürgermeister gewählt. Bei den Präsidentschaftswahlen konnte er allerdings immerhin 3,18 Prozent⁴⁷⁴ der Stimmen auf sich vereinen. Der Kandidat der PAS, Constantin Rotaru, wurde öffentlich kaum wahrgenommen und erreichte 0,44 Prozent⁴⁷⁵ der Stimmen. Ein weiterer Kandidat einer grünen Partei (PER – Partidul Ecologist Român), erhielt 0,23 Prozent⁴⁷⁶ der Stimmen. Diese Partei kann jedoch nicht als links gewertet werden. Ihr Programm ist sehr widersprüchlich, jedoch stark wirtschaftsliberal. Der erfolgreichste linke Kandidat, Mircea Geoană, verlor im zweiten Wahlgang nur knapp gegen den amtierenden Präsidenten Traian Băsescu.

Koalitionsverhalten der PSD

Die linken Parteien im rumänischen Parlament weisen ein pragmatisches bis opportunistisches Koalitionsverhalten auf, insbesondere die starke Position der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens (PSD – Partidul Social Democrat) ermöglichte es in den vergangenen Jahren, vielfältige Koalitionsoptionen zu nutzen. So koalierte sie etwa von 1992 – 1996 mit rechtspopulistischen-radikalen Parteien⁴⁷⁷ und ging 2004 und 2008 Wahlbündnisse mit der Humanistischen Partei Rumäniens (PUR – Partidul Umanist Român)⁴⁷⁸ ein, die als wirtschaftsliberal und wertkonservativ zu bezeichnen ist. Im Jahre 2000 schaffte es die PSD, eine Minderheitenregierung zu bilden. Zwar erhielt sie nur 36,6 Prozent der Stimmen, jedoch 44,9 Prozent der Sitze. Die fehlenden Sitze zur Mehrheit rekrutierten sich nach und nach aus Abgeordneten anderer Parteien, die sich der PSD anschlossen. Während der Legislaturperiode 2004 – 2008 unterstützte sie nach dem Bruch der Mitte-Rechts-Koalition die Minderheitenregierung der Nationalliberalen Partei. Ein Bündnis mit der Demokratischen Partei (PD), welche der PSD am nächsten lag, kam allerdings aufgrund der personellen Rivalitäten nicht zustande. Erst 2008 und nach dem erwähnten programmatischen Wandel der PD regierte ein Bündnis aus der

⁴⁷² Roth, de Nève 2002, 192.

⁴⁷³ <http://www.bec2009p.ro/Documente%20PDF/Rezultate/.pdf>, Zugriff am 3.3.2010.

⁴⁷⁴ Ebenda.

⁴⁷⁵ Ebenda.

⁴⁷⁶ Ebenda.

⁴⁷⁷ Die Partei hieß damals noch Demokratische Front der Nationalen Rettung (FDSN). Koalitionspartner auf exekutiver und legislativer Ebene waren u. a. die Partei der Nationalen Rumänischen Einheit (PUNR) und die Großrumänienpartei (PRM).

⁴⁷⁸ Heute Konservative Partei (PC), vergleiche auch FN 14.

Sozialdemokratischen Partei Rumäniens (PSD) und Liberaldemokratischen Partei (PD-L – Partidul Democrat-Liberal)⁴⁷⁹, das allerdings vor den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2009 zerbrach. Dieses neue Bündnis der politischen Mitte war der Beweis dafür, dass das über die letzten zwei Jahrzehnte konstruierte und instrumentalisierte cleavage von Post- und Antikommunisten an Wirkungsmacht verloren hat. Denn in personeller Hinsicht rekrutierten sämtliche Parteien des rumänischen Parteiensystems eine Mischung aus neuen Eliten und ehemaligen Mitgliedern der Kommunistischen Partei. Das zuweilen opportunistische Koalitionsverhalten der vergangenen Jahre ist außerdem ein Indiz dafür, dass bei diesen Bündnissen eher die Bildung von Mehrheiten (office seeking coalitions), weniger jedoch programmatische Ziele von vordergründiger Bedeutung waren. Aktuell befindet sich die PSD wieder in der Opposition. Ihr Präsidentschaftskandidat Mircea Geoană wurde im zweiten Wahlgang von der Nationalliberalen Partei unterstützt und lag um nicht einmal einen Prozentpunkt hinter dem Amtsinhaber Traian Băsescu (50,34 Prozent zu 49,66 Prozent).⁴⁸⁰ Bei dieser Wahl zeichnete sich allerdings ein interessantes Wahlverhalten ab, und zwar in Bezug auf die Wahlkreise im Ausland bzw. Inland. Während der aktuelle Präsident Traian Băsescu überdurchschnittlich gut im Ausland abschnitt, konnte der sozialdemokratische Kandidat Mircea Geoană bei den inländischen Wahlkreisen eine Mehrheit auf sich vereinen.⁴⁸¹ Dieser Unterschied war letztendlich wahlentscheidend.

Der außerparlamentarischen Linken gelingt es aufgrund der schon erwähnten organisatorischen Schwäche und der mangelnden Unterstützung seitens der BürgerInnen nicht, auf die relevanten politischen Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen.

Die programmatische Ausrichtung der Linken

Die programmatische Ausrichtung der politischen Linken in Rumänien ist jenseits der traditionell nationalen Orientierung sämtlicher Parteien im Wesentlichen von einigen thematischen Schwerpunkten geprägt, die zuweilen auch zu Konflikten innerhalb des eigenen politischen Lagers führen: (i) Privatisierung und Arbeitsmarktpolitik, (ii) Europäische Union, (iii) Gleichstellungspolitik (iv) advocacy für spezifische Gruppen sowie (v) Religion

(i) Privatisierung und Arbeitsmarkt

Während sich die Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSD – Partidul Social Democrat)⁴⁸² Anfang der 1990er Jahre noch für einen graduellen Weg einsetzte und lediglich eine Teilprivatisierung der Staatsbetriebe anstrebte, steht die Partei heute für soziale Marktwirtschaft und lehnt eine Regulierung des Arbeitsmarktes weitestgehend ab. Dennoch, und dies wurde bereits beim Koalitionsverhalten der PSD deutlich, muss eine große Diskrepanz zwischen Programmatik und Agieren konstatiert werden. Die PSD hat ab 2000 maßgeblich eine neoliberale Wirtschaftspolitik, auch als Minderheitenregierung, durchgesetzt. Gegen viele der hohen Parteifunktionäre und ehemaligen Minister werden (noch nicht finalisierte) gerichtliche Untersuchungen oder Prozesse wegen Korruption geführt. Die PSD gilt nicht selten als korrupteste Partei, welche zudem in den Regionen ihre »lokalen Barone« installiert hat.⁴⁸³ Andere Parteien sind natürlich nicht von diesem Phänomen ausgenommen, dennoch steht dies in einem besonderen Gegensatz zu der ursprünglich kapitalismuskritischen Haltung der Partei. Die außerparlamentarische Linke fordert die Kontrolle bzw. Abschaffung der freien Marktwirtschaft sowie den Ausbau der staatlichen Beschäftigungspolitik.

(ii) Europäische Union

Die Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSD) hat ihre ursprünglichen Bedenken bezüglich einer EU-Mitgliedschaft überwunden und in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung den Integrations-

⁴⁷⁹ Die Partei hieß früher Front der Nationalen Rettung (FSN) bzw. Sozialdemokratische Union (USD) bzw. Demokratische Partei (PD).

⁴⁸⁰ <http://www.bec2009p.ro/Documente%20PDF/Rezultate/Rezultate%20finale%20tural%20II/PV%20BEC%20Tural%20II.pdf>, Zugriff am 3.3.2010.

⁴⁸¹ Eigene Berechnungen nach Angaben auf <http://www.bec2009p.ro/Procese%20verbale%20Presedinte-Tural%20II.html>, Zugriff am 3.3.2010.

⁴⁸² Damals noch Front der Nationalen Rettung (FSN) bzw. Demokratische Front der Nationalen Rettung (FDSN).

⁴⁸³ Olteanu 2007.

prozess wesentlich vorangetrieben. Für die außerparlamentarische Linke ist die Debatte um die Europäische Union entweder kein Gegenstand (nPCR) oder sie betont, dass die Verwirklichung der programmatischen Ziele in Zusammenarbeit und im Einklang mit den anderen europäischen Ländern erfolgen soll. Lediglich die Partei der Sozialistischen Allianz (PAS) verweist darauf, dass sie ein Europa der Nationen anstrebt und artikuliert damit indirekt auch Kritik an der Europäischen Union als Institution. Insbesondere in diesen zwei Politikfeldern werden also die programmatischen Unterschiede und Ähnlichkeiten zwischen der etablierten Sozialdemokratie einerseits und der außerparlamentarischen Linken andererseits erkennbar.

(iii) Gleichstellungspolitik

Darüber hinaus ist es das Verdienst der sozialdemokratischen Linken, dass sie sich für Gleichstellungspolitik einsetzt. Während das politische System in Rumänien weiterhin stark von Männern dominiert wird, hat die Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSD) in ihren Statuten eine proportionale Beteiligung der Frauen in politischen Ämtern festgeschrieben, die mindestens 25 Prozent betragen soll. Allerdings bleibt die Partei derzeit noch hinter ihren eigenen Zielvorgaben, denn lediglich zwei der 14 Vizepräsidenten der Parteileitung sind weiblich. Die PSD ist in den beiden Kammern des rumänischen Parlaments mit einem überdurchschnittlich hohen Frauenanteil vertreten, der in absoluten Zahlen dennoch sehr gering ist: Aktuell sind im Abgeordnetenhaus 14 Prozent der PSD-Abgeordneten (Durchschnitt 11,4 Prozent), im Senat acht Prozent (Durchschnitt 5,8 Prozent) Frauen. Auf Bestreben einer Parlamentarierin der PSD wurde 2000 erstmalig eine parlamentarische Kommission für die Chancengleichheit von Frauen und Männern eingerichtet. Bei der letzten Regierungsbeteiligung (2008 – 2009) besetzte die PSD allerdings nur einen ihrer neun Ministerposten mit einer Frau. Der Regierungspartner, die PD-L, besetze ebenso lediglich zwei der insgesamt 11 Posten mit Frauen. In der aktuellen PD-L/UDMR⁴⁸⁴-Regierung ist nur noch eine Ministerin vertreten. Diese zögerliche Haltung gegenüber Frauen in der Politik spiegelt sich auch in Umfragen wider. So stimmten der Aussage »Männer sind die besseren politischen Führer« 55 Prozent der Befragten (sehr) zu⁴⁸⁵. Gesellschaftlicher Wertekonservatismus ist, wie man hier exemplarisch sieht, recht stark ausgeprägt.

(iv) advocacy für spezifische Gruppen

Jenseits der Geschlechterpolitik besteht insbesondere für die Linke die Chance darin, künftig die Interessen politisch, wirtschaftlich und sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu artikulieren. So fordert etwa die Volkspartei der sozialen Sicherung (PPPS – Partidul Popular și al Protecției Sociale) den »Stopp des Genozids an den RentnerInnen« und verlangt weitreichende Maßnahmen zu deren sozialer Sicherung. Dies deckt sich sehr schön mit dem Parteilogo, einem aufgespannten Regenschirm. Auffällig ist zudem, dass neben der deklarierten Ablehnung jeglicher Form von Diskriminierung eine nationalistische Tendenz mitschwingt, wenn etwa über die autochthone Wirtschaft oder den potenziellen Kontrollverlust in Transsilvanien gesprochen wird sowie Sanktionen gegen Personen ethnischer Minderheiten und Rumänen gefordert werden, welche das Land beleidigen, bzw. das Singen von Nationalhymnen und das Anbringen von (nicht rumänischen) nationalen Symbolen verboten werden soll. Kooperationen mit der Demokratischen Partei der Ungarn sind weder für linke noch für rechte Parlamentsparteien problematisch, ausgenommen für die extremistische Partei Großrumänien (PRM – Partidul România Mare), die aktuell aber nicht mehr im Parlament vertreten ist. Eine weitere rumänische Besonderheit ist, dass anerkannte ethnische Gruppen einen erleichterten Zugang zum Parlament in Form eines Vertreters haben. Zurzeit sind 18 Abgeordnete von Minderheiten im Parlament vertreten, die traditionell mit der Regierungsmehrheit stimmen. Die Integration von MigrantInnen oder AsylbewerberInnen spielt in Rumänien (noch) eine untergeordnete Rolle, denn bisher war Rumänien vor allem von extremer Emigration (und brain drain) nach Westeuropa betroffen. Die sehr große und heterogene Gruppe der AuslandsrumänInnen wurde als Wählerklientel bisher von keiner Partei besonders angesprochen und stellte erst bei den Präsident-

⁴⁸⁴ Demokratische Union der Ungarn. Diese Partei steht der ungarischen Minderheit nahe und hat daher ein breit gefasstes politisches Programm.

⁴⁸⁵ European values Survey Romania (5th wave 2005).

schaftswahlen 2009, wie erwähnt, eine wahlentscheidende kritische Masse zugunsten der Mitte-Rechts-Parteien.

Andere Themen werden in Rumänien von linken (und rechten) Parteien schlicht ausgeblendet. Die Diskriminierung von Roma, Behinderten sowie die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften sind mehr oder minder komplett tabuisiert.

(v) Religion

Sehr überraschend und daher erwähnenswert ist der Zugang zu Religion von linken Parteien.

So setzt sich die PPPS für ein friedliches Miteinander der (etablierten) christlichen Religionen und gegen die Verbreitung von Sekten ein. Sie sieht sich ebenso in der Rolle eines Mediators zwischen der orthodoxen und katholischen Kirche.⁴⁸⁶ Auch die PAS thematisiert die Kirche nicht nur als Teil des sozialen Dialogs, sondern betont in einem besonderen Absatz ihre Rolle bei der Bewahrung der »kulturellen Identität« und »nationalen Spiritualität«. Sie schreibt ihr eine systemerhaltende Rolle durch moralische Ideen und patriotische Gefühle zu, die sie bei den Gläubigen stärkt.⁴⁸⁷ Die PSD geht in ihrem Programm weniger blumig auf die Rolle der Kirche ein, bekräftigt aber die Integration von Kirche in das Bildungs- und Forschungswesen.

Diese Bedeutung von Religion bei der extremen und sozialdemokratischen Linken ist eine Besonderheit, die sich aus der nationalstaatlich organisierten Orthodoxie ableitet, welche traditionell enge Kontakte zur politischen Elite unterhält (egal zu welcher Zeit und unter welcher Regierungsform). Hier verschmelzen religiöse und nationale Komponenten sehr stark. Zudem spielt die Institution Kirche sowie Religiosität eine zentrale Rolle für einen Großteil der Bevölkerung. In dieser Hinsicht war der erwähnte grüne Präsidentschaftsanwärter Remus Cernea ein Novum, da er die strikte Trennung zwischen Kirche und Staat forderte und auf flächendeckendes Unverständnis traf.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass insbesondere die Sozialdemokratische Partei Rumäniens (PSD) immer wieder durchaus relevante Reformprozesse anstößt, beispielsweise zum Dialog mit gesellschaftlichen linken Kräften⁴⁸⁸ und zur Gleichstellungspolitik auffordert. Dies unterscheidet sie grundlegend von den anderen etablierten Parteien. Diesen Reformprozessen stehen allerdings zuweilen der gesellschaftliche Wertkonservatismus sowie der Widerstand in der eigenen Partei entgegen. Dies führt unter anderem dazu, dass die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, die Diskriminierung der Roma und andere gesellschaftspolitisch relevante Fragen von der Linken nicht thematisiert werden.

Innerparteiliche Demokratie

Die PSD war bisher der einzige Impulsgeber bezüglich der innerparteilichen Demokratie.⁴⁸⁹ Auch in der PD-L gab es von Seiten der Intellektuellen der Partei (Monica Macovei und Cristian Preda, beides Parlamentarier im Europäischen Parlament) den Versuch eines öffentlichen Diskurses über Ausrichtung, Zielsetzung und Nominierungsverfahren, der aber schnell abgeschmettert wurde. Das neue Mehrheitswahlgesetz änderte etwas die Logik der Nominierungen, da ein/e KandidatIn pro Partei in einem Stimmbezirk antritt. Die vorherigen Wahllisten sind damit abgeschafft. Nach den ersten Wahlen, die nach diesem neuen Gesetz durchgeführt wurden, ist die Kritik laut, sodass eine Überarbeitung vor den nächsten Wahlen recht wahrscheinlich ist. Die innerparteiliche Diskussion, nicht nur in Bezug auf Postenbesetzungen, bleibt in vieler Hinsicht lediglich ein Vorhaben innerhalb der PSD. Dies zeigte sich im Vorfeld des letzten Parteikongresses. So stand der Parteivorsitzende Geoană nach dem knappen Wahlverlust bei den Präsidentschaftswahlen erheblich unter Druck, und potenzielle Nachfolger brachten sich in Position. Auffällig ist zum einen auch hier die ausschließlich männliche Dominanz der Kandidaten um den Parteivorsitz. Sehr problematisch ist und medial zudem stark thematisiert, dass im Vorfeld eine Selektion der potenziellen Delegierten stattfand. Insgesamt

⁴⁸⁶ <http://www.ppps.ro/program.html>, Zugriff am 3.3.2010.

⁴⁸⁷ <http://www.pasro.ro/index.php/program>, Zugriff am 3.3.2010.

⁴⁸⁸ 2008 trat die PSD in einen neuen gesellschaftlichen Dialog mit linken Kräften, um die Partizipation der BürgerInnen jenseits der Wahlen anzuregen.

⁴⁸⁹ Im Kontext der Parlamentswahlen 2004 etablierte die PSD ein neues innerparteiliches Auswahlverfahren zur Nominierung der KandidatInnen. Leider wurde es nicht strikt durchgehalten.

wurden von allen Seiten innerhalb der PSD Varianten diskutiert, welche den Selektionsprozess gefährdeten und die Wahl damit manipulierbar wirkte. Dies ist ein besonders verhängnisvolles öffentliches Signal, nicht zuletzt, weil Wahlbetrug ein Vorwurf war, den die PSD im Rahmen der Präsidentschaftswahlen formulierte. Weiterhin ist extrem problematisch, dass die unterschiedlichen Kandidaten keine programmatischen Gegensätze herausarbeiteten. Programmatische Aushandlungs- und Verständigungsprozesse werden weit hinter das Personalkarussell zurückgestellt. Die Personen, die zur Wahl standen, zeichneten sich eher durch verschiedene Verbindungen zu und Verpflichtungen gegenüber regionalen Parteiklientelen aus. Am 20. Februar 2010 wurde überraschend Victor Ponta, 38 Jahre alt, mit knapper Mehrheit zum neuen Präsidenten der Partei gewählt, während die meisten Parteiämter mit Vertrauten des ehemaligen PSD-Präsidenten Geoană besetzt sind. Er kündigte frischen Wind und eine stärkere Orientierung an der Parteibasis sowie der regionalen Strukturen an. Man darf gespannt sein. Eine Person, Cristian Diaconescu, trat zehn Minuten vor der Abstimmung von seiner Kandidatur zurück. Es stellte sich heraus, dass er im Vorfeld beschattet wurde und man kompromittierendes Material zusammengetragen hatte. Er ist inzwischen aus der Partei ausgetreten und hat sich im Parlament dem Pool der unabhängigen Kandidaten angeschlossen, der überwiegend aus früheren PSD-Mitgliedern besteht. Einige BeobachterInnen vermuten, dass sich eine neue linke Partei bilden könnte. Dies bleibt abzuwarten. Letztendlich haben in den letzten Jahren die Versuche von Parteineugründungen lediglich zur Absorption dieser Gruppen (oder zentraler Personen) in bestehende parlamentarische Parteien geführt.

Die Linke und die EU

Von der Sozialdemokratie gehen wichtige Impulse für die europäische Nachbarschaftspolitik aus. So tritt sie speziell für ein stärkeres europäisches Engagement in der Republik Moldau ein, insbesondere mit dem Ziel, den Prozess einer EU-Mitgliedschaft des Nachbarlandes zu unterstützen. Ebenso zentral sind die Beziehungen zu Ländern der europäischen Peripherie, insbesondere zur Ukraine und Georgien, sowie die Beziehungen zur Schwarzmeerregion. Diese Prozesse regionaler Integration und Kooperation haben allerdings an besonderer Dynamik gewonnen und werden sich in Zukunft prioritär auf der Agenda der Europäischen Union finden, wie etwa die neue Donauraumstrategie vermuten lässt. Die EU wird sich hier verstärkt engagieren müssen, und Rumäniens Linke könnte vermittelnd agieren.

Allerdings, und dies gilt wiederum für das gesamte rumänische Parteienspektrum, hat Rumänien noch keine proaktive Europapolitik aufzuweisen. Mitunter fehlen auch die Impulse für eine eigene Europapolitik aus den Parteien. Darüber hinaus sind die Parlamentarier, die ins europäische Parlament gewählt werden, innenpolitisch recht umstritten.⁴⁹⁰ Nach dem langen Warten auf die Mitgliedschaft, verbunden mit der bestehenden halbjährlichen Evaluation Rumäniens durch die Europäische Kommission, reagiert man empfindlich auf Anforderungen, die an das Land herangetragen werden. Die Linke muss sich hier also noch deutlich emanzipieren.

Fazit

In Rumänien hat sich nach dem Sturz des Ceaușescu-Regimes ein grundlegender Wandel des politischen Systems vollzogen, der auch eine Neuorientierung der Linken erforderlich macht. Die Suche nach einer neuen Identität gestaltet sich aufgrund der spezifischen Strukturen des alten Herrschaftssystems auch für die Linke problematisch, da sozialistische beziehungsweise kommunistische Ideale im sultanistischen Regime Nicolae Ceaușescus lediglich eine nachrangige Rolle

⁴⁹⁰ Hier ist vor allem hervorzuheben, dass die politisch eher unerfahrene Tochter des Präsidenten durch massive Unterstützung der Parteiorganisationen der PD-L als unabhängige Kandidatin in das europäische Parlament einzog und sich dann der Fraktion der europäischen Volksparteien anschloss. Dies führte zu einiger Verstimmung innerhalb der eigenen Partei. Die rechtsextreme Partei Großrumänien hat 2008 zwar den Einzug ins nationale Parlament verpasst, hat aber 3 Abgeordnete im europäischen Parlament. Neben Corneliu Vadim Tudor, dem Parteivorsitzenden, kam über diesen Weg auch George Gigi Becali (Partei Neue Generation – Christlich-Orthodox in das Parlament.), der für seine ultrakonservativen und fundamentalistischen Positionen bekannt ist. Die sozialdemokratische Fraktion stellt im europäischen Parlament einen guten Querschnitt dar.

spielten. Insofern verlief die Auseinandersetzung mit dem Erbe des alten Regimes in Rumänien, übrigens auch in Bezug auf die Aktivitäten der Securitate, anders als in anderen Ländern der Region. Die Strategie der Front der Nationalen Rettung (FSN), sich nicht als Nachfolgepartei, sondern als revolutionäre Bewegung zu definieren, war politisch sehr erfolgreich – selbst wenn die BürgerInnen und die parteipolitische Konkurrenz diesen selbstinszenierten Revolutionsmythos nicht teilten.

Linke Parteien gehörten zu den zentralen Akteuren der politischen Transformation. Die Front der Nationalen Rettung (FSN) war die zentrale Kraft, welche die politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse maßgeblich mitgestaltete und die Konsolidierung des demokratischen Systems in Rumänien förderte. Aufgrund der historischen Tatsache, dass sich Rumänien bereits relativ früh aus den engen Banden des Warschauer Paktes gelöst hatte, und aufgrund des schnellen Prozesses der Sozialdemokratisierung der Partei war die Zustimmung für den Integrationsprozess in die Europäische Union sowohl für die Linke als auch für die BürgerInnen weit größer und unproblematischer als in anderen Beitrittsländern.

Auch wenn die Sozialdemokratische Partei (PSD) heute nicht mehr als prädominanter Akteur des Parteiensystems auftritt und die Fragmentierung der Linken sich auch im außerparlamentarischen Bereich fortsetzt, ist sie dennoch eine der wichtigsten Parteien in der tripolaren Wettbewerbsstruktur und zweifellos jene Partei, die über die stärksten parteiinternen Organisationsstrukturen verfügt. Trotz dieser politischen Erfolge befindet sich die Linke nach wie vor in einer strukturellen Krise, die zum Teil mit den spezifischen Ausprägungen des rumänischen Parteiensystems zusammenhängt, etwa mit der programmatisch-ideologischen Schwäche aller Parteien, dem opportunistischen Bündnisverhalten und den ständig wechselnden Regierungen. Zum Teil liegt die Schwäche im gesellschaftlichen Desinteresse an (politischer) Partizipation, sodass alternative linke Parteien und Bewegungen leider als absolut bedeutungslos anzusehen sind. Die Linke wird in ihrer Gesamtheit von der sozialdemokratischen PSD im Parlament vertreten. Zum aktuellen Zeitpunkt ist nicht zu erwarten, dass sich eine andere Konkurrenz im linken Spektrum etablieren wird, obwohl bestimmte linke Themen durchaus auf breitere Zustimmung der BürgerInnen treffen.

Literatur

Autengruber, Christian 2006: Die politischen Parteien in Bulgarien und Rumänien. Eine vergleichende Analyse seit Beginn der 90er Jahre. Stuttgart: ibidem.

Gilberg, Trond 1972: Ceausescu »kleine Kulturrevolution« in Rumänien. In: Osteuropa 10/1972, S. 717-728.

Gross, Peter/Tismaneanu, Vladimir 2005: The End of Postcommunism in Romania. In: Journal of Democracy 16/2, S. 146-162.

Mungiu-Pippidi, Alina 2002: The Romanian Postcommunist parties. A success story. In: Bozóki, Andras; Ishiyama, John T. (Hrsg.): The Communist Successor Parties of Central and Eastern Europe. Armonk: Sharpe. S. 188-205.

de Nève, Dorothée 2002: Sozialdemokratische und sozialistische Parteien in Südosteuropa. Albanien, Bulgarien und Rumänien 1989 – 1997. Opladen: Leske und Budrich.

de Nève, Dorothée 2002: Koalitionen in Albanien, Bulgarien und Rumänien: Überwindung des régime divide mit Hindernissen. In: Kropp, Sabine; Schüttemeyer, Suzanne S.; Sturm, Roland (Hrsg.): Koalitionen in West- und Osteuropa. Opladen: Leske und Budrich. S. 301-342.

de Nève, Dorothée 2008: Parteien in der Krise? In: Bos, Ellen; Segert, Dieter (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen: Barbara Budrich. S. 281-302.

Olteanu, Tina 2007: Korruption in Rumänien – ein Erbe des Staatssozialismus?, in: Dieter Segert (Hrsg.): Postsozialismus. Hinterlassenschaft des Staatssozialismus und neue Kapitalismen. Reihe: Studien zur politischen Wirklichkeit, Band 18, Hg.: Anton Pelinka, Wien: Braumüller, S. 65-85.

Olteanu, Tina 2008: Rumänien: Vom Einparteiensystem zum Einheitsbrei? In: Bos, Ellen; Segert, Dieter (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen: Barbara Budrich. S. 147-166.

Pop-Eleches, Grigore 2008: A party for all seasons: Electoral adaption of Romanian Communist successor parties. In: Communist and Postcommunist Studies 41/4, S. 465-479.

Roth, Alexander; de Nève, Dorothée 2002: Rumänien – Zustimmungsmaschine oder »einzigster Gesetzgeber des Landes«? In: Kraatz, Susanne; von Steinsdorff, Silvia (Hrsg.): Parlamente und Systemtransformation im postsozialistischen Europa. Opladen: Leske und Budrich. S. 183-206.

Siani-Davies, Peter (2007): The Romanian Revolution of December 1989. Ithaca, New York: Cornell University Press.

Stoica, Cătălin Augustin 2006: Once upon a Time There was a Big Party: The Social Bases of the Romanian Communist Party (Part II). In: East European Politics and Societies 20/3, 447-482.

Links:

<http://www.forumsocialroman.ro/index2.php?page=1&lang=en> (Soziales Forum)

<http://www.guengl.org> (Europäische Linke)

<http://www.npcr.ro/> (neue kommunistische Partei Rumäniens)

<http://www.partidulverde.ro/> (Partei der Grünen)

<http://www.pasro.ro/> (Sozialistische Allianz Rumäniens)

<http://www.pd.ro/> (Demokratisch-liberale Partei Rumäniens)

<http://peroman.wordpress.com/> (Rumänische ökologische Partei)

<http://www.pes.eu/> (Europäische Sozialdemokratische Partei)

<http://www.pnl.ro/> (National-liberale Partei Rumäniens)

<http://www.ppps.ro/> (Volkspartei der sozialen Sicherung)

<http://www.prm.org.ro> (Großrumänienpartei)

<http://www.psd.ro/> (Sozialdemokratische Partei Rumäniens)

<http://www.pur.ro/> (Konservative Partei)

<http://www.socialistinternational.org/> (Sozialistische Internationale)

Cem Sey **Auf der Suche nach Einheit – Linke in der Türkei**

Einleitung

Die politische Linke in der Türkei wurde nach dem Militärputsch im Jahre 1980 zerschlagen. Versuche, sich nach 1989 neu zu organisieren, führten zur Gründung einer großen Zahl von kleinen Gruppen und Parteien, die sich untereinander nicht vertragen konnten. Immer wieder wurden die ohnehin kleinen Gruppen weiter gespalten. Es entstand eine extrem fraktionierte linke Szene. Die Linken, die sich dieser Fraktionierung immer bewusst waren, waren stets bestrebt, die immer kleiner werdenden Gruppen wieder zusammenzuführen und somit die Linke wieder erstarken zu lassen. Dennoch spitzte sich die Lage zu, und im Jahr 2009 scheiterte schließlich die Partei der Freiheit und Demokratie (ÖDP – Özgürlük ve Demokrasi Partisi), das bis dahin erfolgreichste Beispiel linker Fusionsprojekte. Im selben Jahr erfolgte auch das Verbot der kurdischen Partei der Demokratischen Gesellschaft (DTP – Demokratik Toplum Partisi). Somit wurde 2009 zu einem Jahr des Scheiterns und der Niederlagen. Aber das Jahr 2009 gab vielen linken Akteuren, die den Moment der Krise positiv zu nutzen suchten, auch Gelegenheiten zu Neuorganisation und neuen Gruppierungen.

Die ÖDP spaltete sich im Sommer 2009 nach innerparteilichen Auseinandersetzungen. Auf der einen Seite stand eine Gruppe von Parteimitgliedern, die sich um den ehemaligen Parteivorsitzenden und den einzigen sozialistischen Abgeordneten im türkischen Parlament, Ufuk Uras, gesammelt hatte. In Opposition zu ihr stand die neue Parteiführung, vor allem die Gruppe Revolutionäre Solidarität.

Zuvor, Anfang 2009, war Ufuk Uras bei einem außerordentlichen Parteitag abgewählt worden. Während Uras und die Mitglieder der Freiheitlichen Linken (Özgürlükçü Sol) kurz darauf aus der Partei austraten und die Gruppe Bewegung der Freiheitlichen Linken (ÖSH – Özgürlükçü Sol Hareket) gründeten, organisierte sich die Rest-ÖDP in Juni 2009 bei ihrem ordentlichen Parteitag neu.

Eine weitere problematische Entwicklung im Jahre 2009 war das Verbot der kurdischen DTP durch das türkische Verfassungsgericht am 11. Dezember. Damit wurde die gut organisierte und in Grundzügen links orientierte kurdische Bewegung zunächst einmal aus dem Parlament hinausgedrängt.

Die Sozialdemokratie ist bereits seit Jahren gespalten. Die größere Republikanische Volkspartei (CHP – Cumhuriyet Halk Partisi), die sich nach wie vor als sozialdemokratisch beschreibt und in ihrer Eigenschaft als einziges Mitglied der Sozialistischen Internationale aus der Türkei auch international als eine sozialdemokratische Partei angesehen wird, orientierte ihre politische Ausrichtung immer mehr in Richtung einer nationalistisch-staatsautoritären Politik.

Die kleinere Sozialdemokratische Volkspartei (SHP – Sosyal Demokrat Halk Partisi) dagegen entwickelte sich politisch weiter nach links und beteiligte sich an der Gründung einer neuen Linkspartei zusammen mit ÖSH und anderen linken Gruppen und Persönlichkeiten.

Die ÖDP bricht auseinander

Schon seit Jahren hatten heftige Debatten um die politische Richtung und Strategie die ÖDP erschüttert, die Mitglied der Europäischen Linken ist. 2008 schließlich spitzte sich der Richtungsstreit zu.

Ufuk Uras, der bis zum außerordentlichen Parteitag Vorsitzender der Partei war, beklagte sich öffentlich über die »Nationalisten in der Partei«⁴⁹¹. Die Fraktion Revolutionäre Solidarität hingegen kritisierte ihn vor den Mitgliedern des außerordentlichen Parteitages mehrmals wegen der Sondierungsgespräche mit anderen linken und kurdischen Gruppen. Ufuk Uras strebte mit diesen Gesprächen die Gründung einer Dachpartei an, in der diese Gruppen zusammengeführt werden sollten.

Auch der Fall Ergenekon stellte die Partei vor eine schwierige Aufgabe. Bei diesem Fall geht es um eine Geheimorganisation, die mehrere Putschversuche unternommen hat und für mehrere ungeklärte politische Morde verantwortlich sein soll. Dutzende Offiziere der türkischen Armee sowie Polizisten, Intellektuelle, Juristen und Journalisten wurden bereits verhaftet.⁴⁹²

⁴⁹¹ Tehdit altında olan cumhuriyet değil, 12 Eylül rejimi [Übersetzung: "Bedroht wird nicht die Republik, sondern das Regime des 12. Septembers"], Interview mit Nuriye Akman, ZAMAN, 13. Juli 2008.

⁴⁹² Für ausführlichere Information zum Thema Ergenekon vgl. Cem Sey: ÖDP – Eine türkische Linkspartei zwischen Patriotismus und Liberalismus, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt (Hg.): Die Linke in Europa.

Die Fraktion Freiheitliche Linke in der ÖDP um Ufuk Uras forderte eine kompromisslose Aufklärung. Sie unterstützte die Aktionen der Sicherheitskräfte gegen Ergenekon. Die Revolutionäre Solidarität hingegen weigerte sich, in diesem Fall Partei zu ergreifen. Sie sah den Prozess um Ergenekon als einen »Kampf der Herrschenden untereinander« und lehnte es ab, sich zu einem Teil »dieses Kampfes der systeminternen Kräfte« zu machen.

Mit der globalen Finanzkrise, die seit September 2008 auch die Türkei in Mitleidenschaft gezogen hatte, verschärfte sich zudem die Debatte darum, ob Demokratisierung oder Anti-Kapitalismus im Vordergrund der Parteiarbeit stehen sollten.

Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der ÖDP, Saruhan Oluc, betonte, dass es eine Linke gebe, die den Kampf »sowohl gegen den allgemeinen Nationalismus in der Gesellschaft als auch gegen nationalistische Tendenzen unter den Linken«⁴⁹³ für wichtig halte, und eine andere Linke, die diesen Kampf »für unwichtig hält, und unter den aktuellen Bedingungen die Bekämpfung der Regierungspartei AKP mit allen Mitteln in den Vordergrund« stelle.⁴⁹⁴ Oluc kritisierte seine ehemaligen Parteifreunde, weil sie, seiner Meinung nach, »keinen Unterschied sehen zwischen der gewählten Regierung und den Kreisen, die diese Regierung durch einen Militärputsch zum Sturz bringen wollen«⁴⁹⁵.

Der Streit zwischen der Freiheitlichen Linken und der Revolutionären Solidarität endete zunächst am 1. Februar 2009 mit der bereits erwähnten Entmachtung Ufuk Uras' anlässlich des außerordentlichen Parteitages, an dem die Gruppe Revolutionäre Solidarität die Unterstützung einer knappen Mehrheit der Delegierten sichern konnte. An Stelle von Ufuk Uras wurde sein Vorgänger Hayri Kozanoglu erneut zum Vorsitzenden gewählt und beauftragt, die Partei bis zum ordentlichen Parteitag zu führen.

Kurz vor diesem ordentlichen Parteitag traten Ufuk Uras und die ÖSH-Mitglieder aus der ÖDP aus. Uras erklärte den Austritt während einer Pressekonferenz im türkischen Parlament. »Wir weisen auf die Dringlichkeit einer historischen Zusammenkunft aller gesellschaftlichen Schichten und betroffenen Bürger hin, die von allen Unterdrückungs-, Unterwerfungs- und Ausbeutungsformen der herrschenden Ordnung benachteiligt werden«, sagte er und wies darauf hin, dass im Bewusstsein dieses Bedürfnisses verschiedene Initiativen gestartet wurden, die jedoch erfolglos blieben. »Wir konnten mit vielen unserer Freunde, mit denen wir lange Jahre zusammenstanden und Schulter an Schulter gekämpft haben, keine gemeinsamen Lösungsansätze entwickeln«. Das habe dazu geführt, dass sich die ÖDP entlang der Sollbruchstellen unterschiedlicher Analyseansätze und Lösungsstrategien spaltete. »Wir haben gesehen, dass es aus diesem Dilemma keinen Ausweg gab, und beschlossen, anstatt den innerparteilichen Wettbewerb weiterzuführen, ihn zu beenden«, gab Uras bekannt.⁴⁹⁶

Bedingt durch die Abspaltung verließen 28 Vorstandsmitglieder die ÖDP, nahezu die Hälfte des Parteivorstandes. Es bleibt unklar, welche Auswirkungen die Spaltung innerhalb der Parteibasis hatte. Deutlich wurde nur, dass auch große Teile der Basis die ÖDP verließen. Es ist anzunehmen, dass sowohl die Parteiorganisation als auch die Parteibasis ungefähr zur Hälfte auseinanderbrachen, was die Rest-ÖDP zunächst vor große organisatorische Herausforderungen stellte.

Die ÖDP nutzte schließlich den ohnehin bevorstehenden ordentlichen 6. Parteitag vom 21. bis 22. Juni 2009 für den Startschuss zur Neuorganisation der Partei. Dieser Prozess dauert gegenwärtig noch an.

Revolutionäre Rhetorik

Nach der Spaltung der ÖDP waren zwischen Rest-ÖDP und zwei weiteren linken Parteien, der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP – Türkiye Komünist Partisi) und der Partei der Arbeit (EMEP – Emek Partisi), entspanntere Beziehungen auszumachen. Ausschlaggebend für diese neue Harmonie schienen Ähnlichkeiten der Methoden bei der Analyse der Probleme des Landes zu sein. Alle drei Parteien räumen in ihren Analysen zu Entwicklungen in der Türkei sowohl sozio-ökonomischen Faktoren als auch dem Klassenkampf eine entscheidende Rolle ein. Revolutionäre Klassenkampfrhetorik steht daher bei allen drei Parteien im Vordergrund. Laut Erklärungen und Aktionen der Parteien präsentiert sich folgendes noch recht unscharfe Bild:

Analysen linker Parteien und Parteiallianz. Aufsätze zur politischen Bildung, Reihe rls papers, Berlin 2009, S. 165-166.

⁴⁹³ Im Interview mit dem Autor am 27. Oktober 2009 in Istanbul.

⁴⁹⁴ Ebenda.

⁴⁹⁵ Ebenda.

⁴⁹⁶ Presseerklärung des Abgeordneten Ufuk Uras am 17. Juni 2009 im türkischen Parlament.

Die linken Gruppierungen, die in der ÖDP verblieben, stehen der TKP und der EMEP ideologisch näher. Der ÖSH, die sich im Juni 2009 von der ÖDP getrennt hatte, standen sie nie so nah. Deshalb kommen diese drei linken Parteien mittlerweile bei Aktionen öfter zusammen, als das in der Vergangenheit der Fall war. So riefen sie im September 2009 gemeinsam zu Demonstrationen gegen die Tagung des Internationalen Währungsfonds IWF in Istanbul auf.⁴⁹⁷ Ende November 2009 veröffentlichten sie gemeinsam mit zwei weiteren kleinen revolutionären Parteien eine gemeinsame Erklärung, mit der sie einen Streik im öffentlichen Dienst gegen nahezu jedwede soziale Ungerechtigkeit unterstützten.⁴⁹⁸

In der sich einmütig als »revolutionär« beschreibenden linken türkischen Szene gibt es demnach augenscheinlich Bedarf nach einer solchen Annäherung. Als Ausdruck dieses neuen Kooperationsbedürfnisses kann die Facebook-Seite »tkp,emep,ödp,dsip,ikp,dip,sdp,esp,ehp birleşsin«⁴⁹⁹ gewertet werden. Auf dieser Seite des sozialen Netzwerkes rufen Revolutionäre verschiedener Gruppen zur »Vereinigung« auf, und zwar nicht nur von Mitgliedern der ÖDP, der TKP und der EMEP, sondern sie appellieren auch an sechs weitere revolutionäre, gleichgesinnte Parteien.

Das DTP-Verbot

Kurz vor Jahresende, am 11. Dezember 2009, wurde, wie in der jüngeren türkischen Geschichte schon reihenweise geschehen, eine linke Partei verboten. Diesmal traf es die kurdische DTP, die durch ein einstimmiges Urteil des türkischen Verfassungsgerichts verboten wurde. 37 Aktivistinnen und Aktivisten der Partei, darunter auch der Vorsitzende der Partei, Ahmet Türk, wurde von den Behörden für eine Dauer von fünf Jahren jegliche politische Betätigung untersagt.⁵⁰⁰

Das Urteil stellte nicht nur für die kurdische Minderheit und ihre politischen Vertreter einen schweren Schlag dar, sondern für den gesamten Demokratisierungsprozess der Türkei. Bis dahin war die zuvor legal operierende DTP von der in der Türkei illegalen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK – Partiya Karkeren Kurdistan) dominiert worden. Die DTP hatte sich in den letzten Jahren mehr und mehr zur parlamentarischen Vertreterin der Mehrheit der kurdischen Bevölkerung in der Türkei entwickelt. Sie war im türkischen Parlament mit 21 Abgeordneten in Fraktionsstärke vertreten. Politisch trat die DTP vorrangig für die Beendigung des Krieges zwischen der türkischen Armee und der PKK sowie für gleiche Rechte für die Kurdinnen und Kurden in der Türkei ein. Das Verbot durch das Verfassungsgericht, so wurde vielfach gedeutet, sei der Versuch, die kurdische Politik aus dem legalen Rahmen der Türkei zu verdrängen.

Türkische Linke hatten die DTP in der Vergangenheit selbst oft kritisiert. Sie warfen ihr vor, dass sich ihre Mitglieder nur um kurdische Belange kümmerten und andere Probleme des Landes, allen voran gemeinsame Probleme von Türken und Kurden wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, zu vernachlässigen. Die DTP-Führung bestritt diese Vorwürfe stets und erklärte sich demonstrativ zur Kooperation in diesen Fragen bereit, wobei sie darauf beharrte, dass diese landesweite Problematik ohne die Lösung der Kurdenfrage unlösbar bleiben werde.⁵⁰¹

Bis zum Militärputsch 1980 hatten die Kurdinnen und Kurden in der Türkei fast ausschließlich linke türkische Parteien unterstützt. Nach dem Putsch trennten sich jedoch die Wege der türkischen und kurdischen Linken. Nach mehr als 25 Jahren Krieg war in den letzten Jahren zu beobachten, dass die Linken beider Bevölkerungsgruppen wieder aufeinander zu gehen.

Doch der Annäherungsprozess der ethnisch gespaltenen Lager ist langsam und schwierig. Die Vorurteile auf beiden Seiten sind groß und doch gleichartig. So unterstellen beide Seiten, dass die andere Seite jeweils »nationalistisch« motiviert sei. Fakt ist, dass es in der Tat auf beiden Seiten Nationalisten gibt. Ein weiterer Stolperstein der Annäherung ist zudem die zahlenmäßige Überlegenheit der kurdischen Linken gegenüber der schwindenden Anzahl der türkischen Linken. Dies verursacht Miss-

⁴⁹⁷ Vgl. <http://english.sol.org.tr/news/turkey/tkp-odp-and-emep-were-taksim-protesting-imf-874>; abgerufen am 20.12.2009.

⁴⁹⁸ Vgl. http://www.odp.org.tr/genel/bizden_detay.php?kod=1505&tipi=2&sube=0; abgerufen am 20.12.2009.

⁴⁹⁹ <http://www.facebook.com/group.php?gid=30657906018&v=wall>; abgerufen am 20.12.2009.

⁵⁰⁰ Der gesamte Text zur Begründung des Verbots, vorgetragen vom Vorsitzenden des türkischen Verfassungsgerichts, auf Türkisch:

<http://www.haberform.com/haber/flas-dtp-kapatildi-38175.htm>; abgerufen am 20.12.2009.

⁵⁰¹ Ahmet Türk, im Interview mit dem Autor am 4. November 2009 in Istanbul.

trauen unter den türkischen Linken. Gleichzeitig demotiviert nach Meinung des ehemaligen Vorsitzenden der DTP, Ahmet Türk, die Erfolglosigkeit der türkischen Linken die kurdischen Linken bezüglich eines organisatorischen Zusammengehens.⁵⁰²

So widersprüchlich es auch erscheint: Das Verbot der DTP könnte neue Chancen eröffnen, um die Trennung der Linken beider Bevölkerungsgruppen zu überwinden. Das zumindest hoffen Akteure beider Seiten. Ahmet Türk, der auf richterlichen Beschluss hin aus der aktiven Politik verbannt wurde, erklärte, dass die übrigen Abgeordneten seiner Partei, einer anderen Partei, der Partei für Frieden und Demokratie (BDP – Baris ve Demokrasi Partisi), nach dem Verbot beigetreten seien und dort weiterhin aktiv seien.⁵⁰³ Auch der ehemalige ÖDP-Abgeordnete Ufuk Uras erklärte, dass er der BDP beigetreten sei, um dieser Partei zu ermöglichen, Fraktionsstärke zu erreichen, da durch das Verbot der politischen Betätigung für zwei Abgeordnete die Fraktionsgründung gefährdet worden war.⁵⁰⁴

Bei den Versuchen zur Überwindung der Trennung türkischer und kurdischer Linker könnte die Haltung der BDP insbesondere in der Gewaltfrage eine Schlüsselrolle spielen. Denn nach Meinung von Beobachtern würde ein Zusammengehen türkischer Linkspolitiker mit kurdischen Linken erst dann praktikabel sein, wenn die BDP den lang gehegten Forderungen zahlreicher türkischer Linker und Intellektueller nachkommt: nämlich der Gewalt als Mittel der Problemlösung im politischen Leben abzuschwören und eine Partei für alle Bürgerinnen und Bürger zu werden, nicht nur der Kurdinnen und Kurden.⁵⁰⁵ In einer Erklärung zum Verbot der DTP von 24 türkischen Intellektuellen, die in der türkischen und kurdischen Öffentlichkeit positive Resonanz hervorrief, wurde dies erneut deutlich.⁵⁰⁶ Nachdem diese Erklärung auch von ehemaligen kurdischen DTP-Abgeordneten öffentlich positiv bewertet wurde, besteht nun Grund zur Annahme, dass der Annäherungsprozess in der Zukunft intensiviert werden könnte.

Krise der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie in der Türkei entsprach nie dem, was in Europa gemeinhin unter Sozialdemokratie verstanden wurde und wird. Als Sozialdemokraten wurden in der Türkei jahrzehntelang vornehmlich Mitglieder der von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk 1923 gegründeten Republikanischen Volkspartei (CHP) bezeichnet, die sich in den 60er Jahren selbst zu einer sozialdemokratischen Partei zusammengefunden hatten. Ab diesem Moment nahm sich die CHP, die ursprünglich nationalistisch-autoritär orientiert gewesen war, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen erstarkte Sozialdemokratie zum Vorbild. Die CHP und ihr damaliger Arbeitsminister Bülent Ecevit haben bei der Erweiterung des gesetzlichen Rahmens der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften in der Türkei eine entscheidende Rolle gespielt. Das Gesetz, das 1963 zur Anerkennung des Streikrechtes führte, trägt die Unterschrift von Ecevit.

Doch mit Beginn der 70er Jahre, vor allem aber nach der Erstarkung weiterer sozialistischer Bewegungen im Lande, wandte sich die Partei allmählich von der bewährten sozialdemokratischen Linie ab und rekurrierte wieder auf die alten nationalistisch-autoritären Denkstrukturen. Insbesondere nachdem die Türkei unter der Führung der islamistischen Regierung der Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP – Adalet ve Kalkınma Partisi) Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnahm und in schwindelerregendem Tempo demokratische Reformen durchführte, begann die CHP damit, die alten Staatsstrukturen und den Status quo im Land gegen die von Brüssel angeregten Reformen zu verteidigen.

⁵⁰² Ebenda.

⁵⁰³ Vgl. <http://www.superpoligon.com/haber/14385>; abgerufen am 20.12.2009.

⁵⁰⁴ Vgl. <http://haber.mynet.com/detay/politika/ufuk-uras-bdpye-katiliyor/485802>; abgerufen am 20.12.2009.

⁵⁰⁵ Vgl. BDP Türkiye partisi olabilir mi? (1) [Übersetzung: "Kann die BDP eine Partei der Gesamttürkei werden?"], Delil Karakocan, Günlük, 26. Januar 2009, <http://www.gunlukgazetesi.net/haber.asp?haberid=87086>; Kapatılmamalı, yeniden kurulmalı ["Sie sollte nicht verboten, sondern neugegründet werden"], Yasemin Congar, Taraf, 10. Dezember 2009, <http://taraf.com.tr/makale/8954.htm>, Sen Dogru Bildigini Söyle, Yaz, Yap ["Du sollst sagen, schreiben, tun, was du für richtig hältst"], Aydin Engin, t24, 15. Dezember 2009, <http://t24.com.tr/content/authors.aspx?article=1325&author=13>.

⁵⁰⁶ Çözümün adresi TBMM'dir [Übersetzung: "Die Lösung liegt bei der Großen Nationalversammlung der Türkei"], Gemeinsame Erklärung von 24 türkischen Intellektuellen, Dezember 2009.

Diese rückwärtsgewandte Entwicklung, die einherging mit einem auf den Parteichef Deniz Baykal fixierten Führungsstil, befremdete eine Vielzahl von Parteimitgliedern, die von den sozialdemokratischen Ideen nach wie vor überzeugt waren. Es setzte ein Zersetzungsprozess ein.

Heute geriert sich die CHP oft als lockere Verbündete der faschistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP – Milliyetçi Hareket Partisi). Sie erstickt jeglichen Versuch im Keim, die Kurdenfrage friedlich zu lösen und der kurdischen Bevölkerung gleiche Rechte zu gewähren. Die CHP unterstützt die türkische Militärführung und sieht in ihr einen Garanten des Staates und des laizistischen Systems. Zudem lehnt sie eine Armeereform ab. Zuletzt setzte sich der CHP-Abgeordnete und ehemalige türkische Botschafter in Deutschland, Onur Öymen, sogar offen für Gewalt gegen die kurdische Bevölkerung ein, mit dem Hinweis, dass auch in den 30er Jahren der Staat gegen alewitisch-kurdische Aufständische mit Gewalt vorgegangen sei, und damals »niemand auf die Tränen der Mütter« achtgegeben habe.⁵⁰⁷ Diese Äußerungen lösten in der CHP eine weitere breite Unmutswelle aus. Viele, vor allem alewitische Mitglieder, verließen aus Protest die CHP.

Eine weitere sozialdemokratische Partei, die Sozialdemokratische Volkspartei (SHP) schlug unterdessen den entgegengesetzten Weg ein und entwickelte sich zu einer linken sozialdemokratischen Partei. Frei wurde der Weg dafür, nachdem der ehemalige Vizepremier und Vorsitzende der Partei, Murat Karayalçın, aus der SHP austrat. Karayalçın kandidierte als CHP-Bürgermeisterkandidat in der Hauptstadt Ankara. Nachdem die ÖSH die ÖDP verlassen hatte, beteiligte sich die SHP-Führung auch bei der Gründung einer neuen Linkspartei.

Die neue linke Partei: Partei der Gleichheit und Demokratie (EDP)

Nach dem Verlassen der ÖDP warb Ufuk Uras Anfang Juli 2009 bei einem Treffen von Sozialisten, linken Sozialdemokraten und linken Aktivisten um die Gründung einer neuen linken Partei. Bei diesem Treffen wurde eine Kontaktgruppe gegründet, die andere linke Gruppen ansprach, um die Gründung einer neuen linken Partei vorzubereiten, weitere Treffen in anatolischen Städten zu organisieren und die Idee einer neuen Linkspartei zu diskutieren.

Drei Mal wurde die Kontaktgruppe erweitert, um die Initiativen während der Vorbereitungsphase auf möglichst breiter Basis anlegen zu können. Die Gruppe verfasste einen Rahmentext, der die Grundlagen einer neuen linken Partei festlegte.

Die Initiatoren dieser Bewegung waren neben der ÖSH die SHP und die sogenannte Bewegung des 10. Dezember, die eine Ansammlung linker Persönlichkeiten und Gewerkschafter darstellt. Eine wichtige Gruppierung unter den Initiatoren war zudem eine Gruppe unabhängiger linker Intellektueller. Die neue linke Partei wurde offiziell am 9. März 2010 unter dem Namen Partei der Gleichheit und Demokratie (EDP – Eşitlik ve Demokrasi Partisi) gegründet.

Dieser Parteigründungsprozess stieß zwar vor allem in linksintellektuellen Kreisen auf Interesse, aber frei von Spannungen blieb er dennoch nicht. Vor allem eine Debatte loderte immer wieder auf:

Manche Initiatoren sprachen sich dafür aus, dass die Vertreter der drei Gruppen in der Kontaktgruppe – also ÖSH, Bewegung des 10. Dezember und SHP – die neue Partei in einem schnellen Prozess aufbauen sollten. Ihrer Meinung nach sollten diese Gruppen in den Parteigremien gleichberechtigt vertreten werden. Andere Initiatoren dagegen – vor allem die als Einzelpersonen beteiligten Intellektuellen – wollten, dass zunächst die Ergebnisse einer landesweiten Debatte abgewartet werden. Sie lehnten die Bildung von Parteigremien durch die beteiligten Gruppen mit dem Argument ab, unter diesen Umständen könne man von keiner »neuen« Partei sprechen. In der Gründungsphase wurde stets zugunsten der letzteren Vorgehensweise entschieden.

In den türkischen Medien wurde die neue Initiative überwiegend positiv bewertet, was von Beobachtern als diffuse gesellschaftliche Erwartungshaltung interpretiert wurde. Die ÖDP allerdings kritisierte den Prozess der Parteigründung – insbesondere die Rolle der ÖSH in diesem Prozess. Der gegenwärtige Vorsitzende der ÖDP, Alper Tas, verließ dieser Kritik in einer Rede vor Delegierten des 6. Parteitages Ausdruck: »Es mag sein, dass dieses Land eine sozialdemokratische Partei benötigt.

⁵⁰⁷ Rede von Onur Öymen vor dem türkischen Parlament anlässlich der Debatte über die von der Regierung geplanten Reformen zur Lösung der Kurdenfrage, 10. November 2009, Ankara, <http://www.tbmm.gov.tr/tutanak/donem23/yil4/bas/b015m.htm>.

Aber kann es wirklich die Aufgabe der Sozialisten sein, diese Partei zu gründen?«⁵⁰⁸ Kritik gab es jedoch auch von anderen linken Gruppierungen. So warfen deren Aktivisten der neuen Initiative vor, den Sozialismus zu verraten, weil sie sich mit den Sozialdemokraten zusammengeschlossen hatte. So wies z. B. der bekannte trotzkistische Autor Sungur Savran darauf hin, dass er den Linksliberalismus, der seiner Lesart nach die ÖSH prägte, bereits früher als bürgerlichen Sozialismus angeprangert habe. Savran kritisierte das neue Projekt als ein »Zusammentreffen der Sozialdemokraten«⁵⁰⁹. Doch die Gründung der neuen Partei war nicht aufzuhalten. Ziya Halis, der vom 18. Juni 1995 bis 5. Oktober 1995 Arbeitsminister war, übernahm den Vorsitz der Partei.

Differenzen in der Analyse

Nach den jüngsten Umwälzungen in der linken Parteienlandschaft der Türkei muss von drei unterschiedlichen Herangehensweisen innerhalb dieser ausgegangen werden. Diese sind wie folgt zu unterteilen:

Einerseits gibt es den Block der »anti-imperialistischen und anti-kapitalistischen Gruppen«, dessen Strategie von einer notwendigen Verschärfung des anti-imperialistischen Kampfes ausgeht und dessen wichtigste Aufgabe die Organisation einer internationalistischen Partei der Werktätigen im Dienste des Klassenkampfes ist.

Andererseits gibt es die EDP. Die neue Partei möchte »ein neues linkes politisches Zentrum« werden, das »wahrhafte soziale Gerechtigkeit« zum Hauptziel hat sowie Nationalismus und Konservatismus konsequent ablehnt, außerdem Demokratie für alle fordert und für »ein vielfältiges, freies und demokratisches Land« kämpft.⁵¹⁰

Zudem gibt es die starke, sich aber – teilweise unverschuldet – immer noch am Rande der Legalität befindende kurdische Bewegung. Sie stellt unbeirrt den Kampf um gleiche Rechte für Kurden in der Türkei in den Vordergrund ihrer politischen Zielsetzungen.

Der antikapitalistische Block

Die bekanntesten und einflussreichsten Vertreter des antikapitalistischen Blocks sind ÖDP, TKP und EMEP. Darüber hinaus gibt es eine große Anzahl von Parteien und Gruppen, die auch zu diesem Block gezählt werden können. Die Akteurinnen und Akteure dieser Richtung sehen ihre vornehmliche Aufgabe zumeist darin, den Kampf der Werktätigen gegen die kapitalistische Ordnung zu organisieren. Sie bezeichnen ihre Haltung in dieser Frage generell als »revolutionär«. Vor allem ÖDP, TKP und EMEP stellen sich in den allgemeinen Wahlen der demokratischen Abstimmung, obgleich sie den Urnengang der Bürger sowie die parlamentarische Arbeit als nicht entscheidend ansehen. Vielmehr betonen diese Parteien den demokratischen Charakter der außerparlamentarischen Opposition, die ihrer Auffassung nach der eigentliche Schauplatz des antikapitalistischen Kampfes sei.⁵¹¹

Der Kampf um Demokratie, um gleiche Rechte für die kurdische Bevölkerung und gegen Putschisten und staatliche Unterdrückung wird zwar als wichtiger Bestandteil dieses Kampfes angesehen, er wird aber dem Kampf gegen das kapitalistische System untergeordnet.⁵¹² Die ÖDP verkündet in ihrem

⁵⁰⁸ <http://www.tumgazeteler.com/?a=5230065>; abgerufen am 20.12.2009.

⁵⁰⁹ <http://incebay.blogcu.com/yeni-odp-nin-turnusol-kagidi-ab-ile-muzakere-mi-mucadele-mi/5803928> [Übersetzung: "Sind Verhandlungen oder der Kampf gegen die EU der Lackmustest der neuen ÖDP"]; abgerufen am 20.12.2009.

⁵¹⁰ Yeni bir sol merkez için önemli bir adım [Übersetzung: "Ein wichtiger Schritt für ein neues linkes Zentrum"], Rahmentext der Kontaktgruppe, 25. September 2009.

⁵¹¹ Vgl. Biz toplumun vicdaniyiz [Übersetzung: "Wir sind das Gewissen der Gesellschaft"], Interview mit dem Vorsitzenden der ÖDP Alper Tas, 6. Juli 2009,

http://www.odp.org.tr/genel/bizden_detay.php?kod=986&tipi=5 &sube=0.

⁵¹² "Kürt Sorunu"na dair [Übersetzung: "Zur 'Kurdenfrage'"], Pressemitteilung der TKP anlässlich des Verbots der DTP am 11. Dezember 2009 und Durun... Durdurun! Kardesligimize asla zarar vermeyin, verdirtmeyin! [Übersetzung: "Aufhören... Stoppen! Schadet nicht unserer Bruderschaft, lasst andere unsere Bruderschaft nicht beschädigen!"], Pressemitteilung der TKP anlässlich des Verbots der DTP am 15. Dezember 2009.

Schlussdokument des 6. Parteitages, dass sie »den Kampf um Gerechtigkeit und Demokratie für die Armen konsequent unterstützt«⁵¹³.

Zahlreiche Akteure innerhalb dieses »Blocks« erkennen beispielsweise in dem die türkische Öffentlichkeit erschütternden Ergenekon-Prozess gegen Offiziere der türkischen Armee einen »Kampf unter Herrschenden«, wie die ÖDP-nahe Tageszeitung *Birgün* vor zwei Jahren titelte.⁵¹⁴ Die führenden Akteure bekennen sich generell zwar zur Demokratie, lehnen es aber ab, in der aktuellen Diskussion um die Demokratie in der Türkei Stellung zu beziehen.

Manche Organisationen wie die TKP gehen in ihrer gesellschaftlichen Analyse sogar so weit zu meinen, dass der Kampf der »reaktionären Regierung« (gemeint ist die AKP-Regierung) gegen die Macht der Armee ein »Plan des US-Imperialismus« sei.⁵¹⁵

Auch die ÖDP scheint sich nach der Spaltung in dieser Frage anders positioniert zu haben. Hatten die heutigen ÖDP-Vertreter früher strikte Neutralität in der Demokratiefrage befürwortet, so äußerte sich der Vorsitzende der Partei, Alper Tas, in einem Interview mit der Tageszeitung *Cumhuriyet* eher gegen die Regierung. »Die herkömmlichen Traditionen der staatlichen Institutionen bewegten sich zwar auch außerhalb des Gesetzes«, sagte er, »aber die AKP-Regierung strukturiert den Staat neu, um ein noch raffinierteres Unterdrückungsregime einzurichten.« Tas spricht hier von einem AKP-Staat.⁵¹⁶

Für Vertreter der neuen ÖDP stellt grundsätzlich die Beseitigung der AKP-Regierung die drängendste Aufgabe dar. In aktuellen Debatten um Demokratie in der Türkei sehen ihre Vertreter hingegen Fallen, die die AKP bewusst stelle: »Sobald die Opposition der Werktätigen und der Unterdrückten gegen die AKP erstarkt, wird entweder ein Gerichtsprozess gegen die AKP angestrebt, mit dem Ziel, sie zu verbieten, oder es werden neue Dokumente aufgetischt [die die Militärs belasten]. Solche anti-demokratische Taten nutzen der AKP. Der demokratische Kampf der Werktätigen und der Unterdrückten wird die AKP zum Sturz bringen.«⁵¹⁷

Die Partei der Gleichheit und Demokratie (EDP)

Die Initiatoren dieser neuen linken Partei haben ihre programmatischen Vorstellungen in einem Rahmentext zusammengefasst. Demnach könne die Türkei »nur eine egalitäre und freiheitliche Bewegung, die den Status-quo-bewahrenden, nationalistischen, militaristischen, konservativen und marktorientierten Kräften widersteht und mit einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung gegen die die Gesellschaft erwürgenden dunklen Kräfte kämpft«, zu einer Demokratie führen, »in der niemand an Hunger oder Obdachlosigkeit leidet, in der niemand seine religiöse oder ethnische Zugehörigkeit verheimlichen muss, in der niemandem Identitäten aufgezwungen werden, in der Gerechtigkeit und Freiheit tatsächlich geatmet und Probleme frei diskutiert werden, in der das Land in Frieden mit seiner Geschichte und allen seinen Nachbarn lebt«⁵¹⁸.

Die Akteure dieser Gruppe erklären, dass liberale oder etatistische Versionen des Kapitalismus »nicht als Schicksal der Menschheit hingenommen werden können«. Aus dieser ausweglosen Situation »können wir uns aber durch eine neue Alternative befreien, die auf Beteiligung, Partnerschaft und Freiwilligkeit basiert«⁵¹⁹.

EDP-Anhänger betrachten den Kampf um Demokratie und soziale Gerechtigkeit durchaus als gleichwertig mit der Aufgabe, die aktuelle türkische Verfassung, ein Überbleibsel des Militärputsches im Jahre 1980, durch eine neue, demokratische Verfassung zu ersetzen.

⁵¹³ Schlusskommunique des 6. ordentlichen Parteitages, 27. Juni 2009,

http://www.odp.org.tr/genel/bizden_detay.php?kod=968&tipi=2&sube=0; abgerufen am 20.12.2009.

⁵¹⁴ *Birgün*, 22. März 2008.

⁵¹⁵ *Halkimiza ve Türkiye soluna cagrimizdir* [Übersetzung: "Wir appellieren an unser Volk und an die Linke in der Türkei"], Presseerklärung der TKP, 8. Januar 2009.

⁵¹⁶ *Baskı rejimine doğru* [Übersetzung: "In Richtung eines Unterdrückungsregimes"], Alper Tas im Interview mit Tarkan Temur, *Cumhuriyet*, 19. November 2009.

⁵¹⁷ *Halkımızın Geleceğiyle Oynamayın* [Übersetzung: "Spielt nicht mit der Zukunft unseres Volkes"], Presseerklärung von Alper Tas am 6. November 2009 in Isparta; abgerufen am 20.12.2009.

⁵¹⁸ *Yeni bir sol merkez için önemli adım ...* [Übersetzung: "Ein wichtiger Schritt für ein neues linkes Zentrum"]; vgl. FN 20, Rahmentext der Kontaktgruppe, Istanbul, 25. September 2009.

⁵¹⁹ Ebenda.

Sie befürworten die Gleichstellung der Kurden sowie die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien und treten konsequent gegen die Dominanz der Militärs im gesellschaftlichen und politischen Leben ein. Aber allein die Tatsache, dass im Rahmentext diese Probleme nicht explizit genannt werden, könnte ein Hinweis darauf sein, dass dessen Autoren entweder eine Ablehnung von weiten Teilen der Bevölkerung befürchten oder untereinander uneinig waren. Hingegen recht deutlich erklärt die neue linke Partei ihr Ziel der »Gründung einer sozialen und demokratischen Republik«⁵²⁰.

DTP, BDP und die kurdische Bewegung

Seit dem Beitritt der ehemaligen DTP-Abgeordneten in die BDP wird von türkischen Kommentatoren oft die Frage gestellt, ob die BDP eine Partei mit Relevanz für das gesamte Land sein könne. Damit wird implizit die Kritik formuliert, dass die DTP keine Partei war, die sich um die Probleme des ganzen Landes gekümmert habe, sondern lediglich um die Probleme der kurdischen Bevölkerung. Zweitens wollen die Fragesteller solchermaßen von den BDP-Vertretern erfahren, ob sie bereit sind, sich auch für die Belange der Türken zu öffnen. Die BDP geht in ihrem Programm auf diese Frage nicht direkt ein. Dort wird aber ausdrücklich erwähnt, dass die Partei »daran glaubt«, dass »in einer demokratischen Republik, in einem demokratischen gemeinsamen Land«, trotz aller Unterschiede, zusammengelebt werden könne.⁵²¹ Sie sieht aber die Demokratisierung der Türkei als Voraussetzung für die Lösung anderer Probleme an: »Die Türkei [...] bedarf dringend einer umfassenden und wahren Demokratisierung. [...] Erst dann wird die Türkei ein modernes und ehrenvolles Land der Erde werden können.«⁵²²

Bislang geben vor allem Erklärungen von Ahmet Türk Hinweise auf eine mögliche Orientierung der Partei.⁵²³ Auf die Frage, ob linke kurdische Politik auch gemeinsame Probleme der Türken und Kurden thematisiert, antwortet Türk, »wir denken an die Brüderschaft der Völker, an ein gleichberechtigtes und freies Leben«, und führt weiter aus: »Die Kurdenfrage ist ein Problem der Türkei. Sie ist das wichtigste Problem.« Selbstverständlich existierten auch andere Probleme, die auf Lösung warteten, doch die Realität sei, »dass die Kurdenfrage das bedeutendste Hindernis des Wandels und der Transformation des Landes ist. Ohne die Lösung der Kurdenfrage wird es weder Wandel geben noch werden Transformation gelingen.« Nach Türk könne die Kurdenfrage nur im Schulterschluss beider Völker gelöst werden. Längst werde die Existenz der Kurden in der türkischen Öffentlichkeit nicht mehr verleugnet, wie es bis Mitte der 90er Jahre offiziell geschah. »Jetzt sind wir in der Phase der Lösung dieses Problems angelangt. Um sowohl die Forderungen der Kurden zu erfüllen als auch die Türkei zu verwandeln, ist der gemeinsame Kampf aller demokratischen Kräfte notwendig. Wir befürchten, dass der Nationalismus und ethnische Konflikte zunehmen würden, wenn die Kurden allein gelassen werden.«

Vor dem offiziellen Verbot der DTP hatte Ahmet Türk noch vorgeschlagen, türkische und kurdische Linke in der DTP zusammenzubringen. Damals sagte er, »die DTP ist bereit, die türkischen Linken einzugemeinden. Vielleicht können wir diese Partei, die mittlerweile eine erfahrene Partei ist, die auch die parlamentarische Arbeit kennt, zu einer Partei machen, in der die Linke zusammenkommt. Das ist realistischer, als darauf zu warten, dass die türkischen Linken sich untereinander einigen.«

Ahmet Türk wies gleichzeitig auf den grundlegenden Vertrauensmangel zwischen den Linken beider Volksgruppen hin. »Manche werfen uns vor, wir seien Nationalisten, nur weil wir die Kurdenfrage, also die berechtigten Forderungen der Kurden, betonen. Während in Anatolien ein Nationalstaat geschaffen wurde, wurden die Kurden und andere Völker als potentielle Gefahr betrachtet. Seien wir realistisch: Diese Mentalität hat auch die Linke zutiefst geprägt. Auch wenn sie nicht augenscheinlich ist, ist sie tief in den Köpfen verankert«, sagt Türk und fügt hinzu: »Wenn die türkischen Linken sich von den Kurden distanzieren und nicht bereit sind mit ihnen für die Lösung des wichtigsten Problems der Türkei zu kämpfen, dann kommen wir nicht zusammen. Nur ein gemeinsames Vorgehen rettet uns

⁵²⁰ Ebenda.

⁵²¹ Programm der Partei für Frieden und Demokratie, <http://www.bdp.org.tr/hakkimizda/program.html>.

⁵²² Ebenda.

⁵²³ Alle Zitate von Ahmet Türk sind aus einem Interview mit dem Autor, das am 4. November 2009 in Istanbul geführt wurde.

vor unserer eigenen Engstirnigkeit, vor einer Haltung, die in Nationalismus abgeleitet. Denn Isolierung führt zu Emotionalität. Dann entsteht eine kurdische Bewegung, die sich alleingelassen fühlt. Auch sie fängt an, sich von dem revolutionären und demokratischen Potential in der Türkei zu distanzieren.«

Die Struktur der Basis

Bis zum Militärputsch im Jahr 1980 existierten in der Türkei klar strukturierte linke Organisationen. Viele dieser Zusammenschlüsse waren vornehmlich im studentischen Milieu türkischer Hochschulen verankert. Allerdings genossen prosovjetiche Parteien, wie die Kommunistische Partei der Türkei (TKP), starken Rückhalt auch unter Arbeiterinnen und Arbeitern. Mit Verbänden wie dem linken Polizistenverband POL-DER und dem ebenfalls linken Lehrerverband TÖB-DER waren sozialistisch-revolutionäre Linke sogar in Kreisen der Sicherheitskräfte bzw. von Pädagogen und Lehrenden organisiert.

Aufgrund dieser gesellschaftlichen Omnipräsenz organisierter Linker setzten sich die an die Macht gekommenen Militärs vor allem die Zerstörung der linken Strukturen zum Ziel. Tatsächlich gelang den neuen Machthabern in Ankara innerhalb weniger Jahre deren Zerschlagung. Mit Hinrichtungen, Morden, massenhaften Verhaftungen sowie Folter und Einschüchterung gelang es ihnen, die türkische Linke weitgehend zu vernichten oder ins Exil zu treiben. Eine Reorganisation linker Aktivisten wurde in den Jahren nach dem Putsch vor allem durch Medienzensur, Verleumdungskampagnen, Desinformation und gesteuerte Islamisierung verhindert.

Die türkischen Linken sahen sich zunehmend auf verlorenem Posten, nachdem im Jahr 1984 der Krieg gegen die Kurden begonnen wurde. Dies beschleunigte den Rückzug der verfolgten Kurden, insbesondere der kurdischen Linken. Sie gründeten eigene Organisationen und wandten sich mehr und mehr von den türkischen Linken ab.

Erst nach 1990, nach dem Fall der Berliner Mauer, lockerte der türkische Staat die Kontrolle über die linken Gruppierungen des Landes. Ganz aufgegeben wurde sie bis heute nicht. Diese jahrzehntelange Verfolgung und Unterdrückung erklärt in Teilen, warum linken Gruppen in der Türkei ein organisatorischer Neustart bis in die Gegenwart hinein schwerfällt. Der Bewegung mangelt es schlicht an umsetzbaren Perspektiven.

Die Mitgliederstruktur

Die bisher wiederentstandenen Parteien und Gruppen konstituieren sich im Wesentlichen aus zwei gesellschaftlichen Schichten: Alt-Linken, die in der Ära vor 1980 sozialisiert wurden, und politisierten Jugendlichen.

Einen Prototyp gegenwärtiger linker Akteure zu erstellen misslingt vorerst, denn die Organisationen selbst verweigern sich aus nachvollziehbaren Sicherheitsbedenken heraus einer tiefergehenden Offenlegung ihrer Strukturen und Mitglieder. Verlässliche Angaben selbst zu Mitgliederzahlen, sei es auf lokaler Ebene oder landesweit, fehlen meist gänzlich. Zu erfahren war in Gesprächen, die der Autor mit führenden Aktivistinnen und Aktivisten führte, zunächst nur Folgendes:

Der antikapitalistische Block um ÖDP, TKP und EMEP konstituiert sich vornehmlich aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Erwähnenswert ist, dass in den letzten Jahren in diesen genannten Organisationen vornehmlich sehr junge Kader, die die linke Bewegung vor 1980 nicht miterlebt haben, die Führung übernahmen. Anders bei der EDP: Ihre Akteure rekrutieren sich aus der Mittelschicht und deren urbanen intellektuellen Kreisen.

Eine Anbindung an die Gewerkschaften ist generell zwar gegeben, das bedeutet jedoch nicht, dass es den linken Organisationen gelingt, in nennenswerter Weise die Arbeiterschaft anzusprechen. In den Jahren der Diktatur und darauf folgenden autoritären Regierungen gelang es vielmehr nationalistischen, religiösen und/oder rechtskonservativen Gewerkschaften, sich unter den Arbeitenden zu etablieren.

Lediglich die im Jahr 1995 gegründete Gewerkschaft der Angestellten im Öffentlichen Dienst (KESK – Kamu Emekçileri Sendikası), die von Anfang an von sozialistisch-revolutionären Gruppen unterstützt wurde, ließe sich als Gewerkschaft mit vornehmlich linker Orientierung kategorisieren. Die vor der Militärdiktatur legendäre Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften (DISK –

Devrimci Isci Sebdkalari Konfederasyonu) leidet hingegen noch heute unter den Spätfolgen der Zumutungen der 80er und 90er Jahre.⁵²⁴

Das Potential der Linken in der Türkei

Die Schwäche der Linken in der Türkei entspricht streng genommen nicht den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen des Landes, die unter anderen politischen Umständen linke Parteien bevorteilen und erstarken lassen würden.

Bei den Parlamentswahlen am 22. Juli 2007 sind linke Kandidaten zumeist als parteilose Politiker angetreten, um als Direktkandidaten die Zehn-Prozent-Klausel unterlaufen zu können. Das Ergebnis war für linke türkische Verhältnisse ein großer Erfolg: Zum ersten Mal seit den 60er Jahren konnte wieder ein Sozialist in das Parlament gewählt werden. Mit Unterstützung der DTP gewann Ufuk Uras, der damalige Noch-Parteivorsitzender der ÖDP, seinen Wahlkreis als Direktkandidat.

Auch andere DTP-Kandidaten waren als Parteilose angetreten, da auch sie die Zehn-Prozent-Hürde für Parteien sonst nicht genommen hätten. 22 von ihnen gelang am Ende der Einzug ins Parlament. Sobald sie gewählt worden waren, traten sie wieder in die DTP ein, so dass die Partei zudem Fraktionsstärke erreichte.

Da die erfolgreichsten Kandidaten parteilos angetreten waren, aber in der Regel die Unterstützung linker Gruppen und Parteien erhalten hatten, ist es unmöglich, die exakte Unterstützung einzelner linker Parteien zu extrahieren. Dennoch können die Stimmen, die die Parteien als solche bekamen, als Richtgröße fungieren: Demnach erhielt die ÖDP 52.195 Stimmen, die 0,15 Prozent ausmachten. Die TKP erhielt 80.092 Stimmen (0,23 Prozent), die EMEP 26.556 Stimmen (0,08 Prozent). Wahlforscher gehen davon aus, dass die meisten Stimmen für unabhängige Kandidaten auf die DTP entfielen. Demnach müsste ihr Stimmanteil um die fünf Prozent gelegen haben.⁵²⁵

Ufuk Uras, damals Vorsitzender der ÖDP, erhielt allein in seinem Wahlkreis mit 81.486 Stimmen mehr Stimmen als seine Partei insgesamt.⁵²⁶

Um die Wählerunterstützung deutlicher festzustellen, sind die Ergebnisse, die die Parteien bei den Kommunalwahlen am 29. März 2009 für die Stadtparlamente bekommen haben, besser geeignet. Demnach hat die ÖDP 0,16 Prozent, die TKP 0,18 Prozent und die EMEP 0,11 Prozent erreicht.⁵²⁷ Der einzige sozialistische Bürgermeister, der in diesen Wahlen gewählt wurde, ist Mithat Nehir. Er hat die Kommunalwahlen im Kreis Samandag im Süden des Landes, an der syrischen Grenze, für sich entscheiden können.

Die DTP hat einen flächendeckenden Erfolg im kurdisch dominierten Südosten des Landes erzielt. Sie hat 5,68 Prozent der Stimmen erreicht und damit acht Provinzbürgermeisterämter und 50 Kreisbürgermeisterämter gewonnen.⁵²⁸

Die aktuellsten Umfragen zeigen, dass ÖDP, TKP und EMEP, die drei türkischen Linksparteien im antikapitalistischen Block, auch heute keine nennenswerte Unterstützung genießen. Nach den Ergebnissen einer Sonntagsfrage im Rahmen der Meinungsumfrage »Forschung Gesellschaft – Politik – Türkei 2009 – 4. Quartal« von Dezember 2009 kommt die Regierungspartei AKP auf 36,5 Prozent, die CHP auf 22,9 Prozent und die faschistische MHP auf 18,8 Prozent der Stimmen. Ihnen folgt die neue kurdische Partei BDP mit 7,1 Prozent der Stimmen. Da die drei schon genannten türkischen Linksparteien sehr wenig Unterstützung haben, werden sie in der Umfrage lediglich der Spalte »Sonstige« zugeordnet. »Sonstige« bekommen demnach 4,9 Prozent der Stimmen, wobei in dieser Spalte nicht nur die linken Parteien zusammengefasst wurden.⁵²⁹

⁵²⁴ Die Mehrheit der DISK-Aktivisten wurde 1980 festgenommen. Zwischen 1981 und 1991 standen 1.477 Aktivisten vor Gericht. Für 78 von ihnen plädierte der Staatsanwalt für die Todesstrafe. Der Prozess endete erst am 16. Juli 1991, nach zehn Jahren und zehn Monaten, mit Freispruch.

⁵²⁵ Vgl. <http://www.turkiyesevimleri.com/secim-sonuclari.php>.

⁵²⁶ Vgl. <http://www.ysk.gov.tr/ysk/Sonuc/istanbul1.htm>.

⁵²⁷ Vgl. <http://www.hurriyet.com.tr/yerelsecim2009>.

⁵²⁸ Vgl. <http://www.hurriyet.com.tr/yerelsecim2009>.

⁵²⁹ Vgl. http://www.genar.com.tr/files/2009_TURKIYE_TOPLUM_VE_SIYASET_4_CEYREK_VE_ENLER_ARASTIRMASI.pdf, GENAR [Übersetzung: "Umfrage zu Gesellschaft und Politik der Türkei und die Superlativen, 2009 4. Quartal"], Istanbul, Dezember 2009, S. 5.

Ahmet Türk, der mit Politikverbot belegte ehemalige Vorsitzender der DTP, rangiert auf der Beliebtheitskala der Politiker mit 5,4 Prozent an fünfter Stelle. Ufuk Uras schneidet hier besser ab als die ÖDP insgesamt, die er bis Ende 2008 führte. Er kommt mit 1,6 Prozent auf die neunte Stelle.⁵³⁰ In derselben Umfrage bezeichnen sich 3,8 Prozent der Befragten als Sozialdemokraten, 3,5 Prozent als Sozialisten und 0,2 Prozent als Kommunisten.⁵³¹

Die Umfrage macht deutlich, dass die türkische Bevölkerung vor allem an der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Landes interessiert ist. 34,4 Prozent der Befragten gaben an, dass die Wirtschaftskrise das wichtigste Thema im Jahr 2009 gewesen sei. 14,6 Prozent meinten, es sei die »demokratische Öffnung«, mit der die Erdogan-Regierung die Kurdenfrage lösen wollte, und 14,5 Prozent meinten, dass das DTP-Verbot das Thema des Jahres 2009 gewesen sei.⁵³²

Eine ältere Umfrage vom September 2009, die »Umfrage zu den politischen Tendenzen und Erwartungen in der Türkei« veranschaulichte zuvor, welche Probleme die Türken am meisten beschäftigten. Demnach empfanden 66,7 Prozent der Befragten die Arbeitslosigkeit als das drängendste Problem. Wirtschaftliche Sorgen und niedrige Kaufkraft folgten mit 50,2 Prozent. Sicherheitsprobleme rangierten an dritter Stelle mit 24,8 Prozent.⁵³³

Diese Zahlen belegen, dass klassische linke Themen in der Türkei weiterhin wichtig sind. Wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit scheinen die Anliegen zu sein, die die Bürger des Landes zuvorderst formulieren. Dennoch gelingt es linken Parteien nicht, von dieser Stimmung zu profitieren. Dabei spielt die erfolgreich erachtete AKP-Politik offenbar eine erhebliche Rolle. Denn eben jene genannten Umfragen zeigten deutlich, dass gerade in der Sozialpolitik die islamistische AKP große Zustimmung in der Bevölkerung genießt.

In der »Umfrage zu den politischen Tendenzen und Erwartungen in der Türkei« blieb die Prozentzahl derjenigen, die denken, dass die wirtschaftliche Lage des Landes sich verschlechtern werde, bei 20,6 Prozent. Hingegen glaubten 30,8 Prozent, dass sich die Lage verbessern werde.⁵³⁴

In der GENAR-Umfrage vom Dezember 2009 schnitt die AKP bei der Sozialpolitik unangefochten am besten ab. Dort gaben 52,2 Prozent der Befragten an, dass die Sozialpolitik der AKP-Regierung erfolgreich sei. Sozialpolitik wäre demnach nicht nur das Feld, auf dem die islamische Regierung am besten abschneidet, sondern auch das einzige, bei dem mehr als die Hälfte der Befragten der Regierungspolitik gute Noten erteilt.⁵³⁵

Ist eine Fusion die Lösung?

Die meisten Linken in der Türkei kennen und akzeptieren ihre politischen Schwächen. Längst ist der Pessimismus vergangener Jahre jedoch einer verstärkten Suche nach Überwindungsstrategien dieser Schwächen gewichen. Dabei gehen namhafte Linke nach wie vor davon aus, dass nur eine organisatorische Fusionierung der Linken die Wende bringen könne.⁵³⁶ Auffallend ist, dass die Akteure dabei auf die Bundesrepublik Deutschland und die Fusion der deutschen Linken in DIE LINKE sowie das Wahlergebnis dieser Partei schauen. Häufig suchen sie danach, die Strategien und die Politik der Linken in Deutschland, die am Bosphorus als Erfolgsmodell gelten, zu kopieren.

⁵³⁰ Ebenda, S. 29.

⁵³¹ Ebenda, S. 18.

⁵³² Ebenda, S. 15.

⁵³³ Vgl. Türkiye Siyasi Egilimler ve Beklentiler Arastirmasi [Übersetzung: "Umfrage zu politischen Tendenzen und Erwartungen in der Türkei"], SONAR, September 2009, Istanbul, http://www.sonararastirma.com/rapor/Siyasi_Egilimler_Eylül_2009-SONAR.pdf, S. 23.

⁵³⁴ Ebenda, S. 25

⁵³⁵ Vgl. http://www.genar.com.tr/files/2009_TURKIYE_TOPLUM_VE_SIYASET_4_CEYREK_VE_ENLER_ARASTIRMASI.pdf, GENAR, Istanbul, Dezember 2009, S. 25. [Übersetzung: "Umfrage zu Gesellschaft und Politik der Türkei und die Superlativen, 2009 4. Quartal"]

⁵³⁶ Vgl. Solun birliği üzerine, Erol Katircioglu, Radikal [Übersetzung: "Über die Einheit der Linken"], 17. März 2007, <http://www.radikal.com.tr/Default.aspx?aType=RadikalYazarYazisi&ArticleID=808819>; 'Cagdas Demokratik Yeni Bir Sola' Dogru.

Doch ein Blick in die jüngste Vergangenheit der Türkei lehrt, dass zahlreiche Versuche, verschiedene linke Gruppen und Parteien zu verschmelzen, bisher zuverlässig scheiterten. Gegenwärtige Anläufe versprechen keineswegs erfolgreicher zu werden.

Tanil Bora, linker Verleger und Kenner der Szene, glaubt längst, dass das Streben nach einer Einheitspartei ein Fehler ist. Er bezweifelt, dass es Alt-Linke »jemals schaffen werden, in einer einzigen Organisation zusammenzuarbeiten«. Auch junge Linke, meint Bora, orientierten sich zu sehr an alten Einheitsidealen, seien es prosowjetische Parteien oder Bewegungen der außerparlamentarischen Opposition, als dass sie erfolgreich zusammenfinden könnten. Bora empfiehlt schließlich: »Vielleicht sollte man diese Unfähigkeit zunächst einfach akzeptieren und versuchen, nur anlässlich einzelner Themen und Aktionen zusammenkommen.«⁵³⁷

⁵³⁷ Im Gespräch mit dem Autor am 3. November 2009 in Ankara.

Julian Marioulas

Die AKEL in Zypern

Einführung – Sozialstruktur und Milieu der Partei

Die Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (AKEL – Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou) ist Zyperns größte Partei, sowohl an ihrer Mitgliederzahl als auch an ihren Wahlergebnissen gemessen. Der berufliche Hintergrund ihrer Aktivisten konzentriert sich auf Arbeiter und Angestellte. 850 der 1.336 Delegierten des letzten Parteitages im November 2005 entstammten dieser Gruppe; 26 waren Bauern, 201 Selbstständige, 190 Rentner, 11 Studenten, 57 Hausfrauen und nur einer war arbeitslos.

Frauen sind in der Partei und ihren Gremien unterrepräsentiert. Sie machten mit 204 Delegierten weniger als 20 Prozent aus und stellen gerade einmal 15 der 105 Mitglieder im Zentralkomitee. Erstmals wurde 2005 eine Frau in das Politbüro gewählt. In der Gesamtmitgliedschaft ist ihr Anteil höher, da in vielen linken Familien jede Generation in die Partei eintritt. Aufgrund traditioneller Rollenverteilungen sind aber vor allem Männer politisch aktiv. Dieser Umstand wird von Funktionären kritisch gesehen, da die AKEL seit ihrer Gründung im Jahr 1941 Frauenrechte propagiert. Mit dem Frauenverband POGO, der seit 1996 organisatorisch eigenständig ist, bestehen Strukturen, um eine größere Einbindung zu erreichen. Der Verband hat über 10.000 Mitglieder, von denen nur ein geringer Teil auch in der Partei aktiv ist. Frauenquoten stehen für die AKEL nicht zur Debatte.

Menschen nicht-zyprischer Nationalität treten nur vereinzelt in die AKEL ein. Zwar weist Zypern eine hohe Zahl von Arbeitsmigranten auf, doch bleiben viele von ihnen nur für einige Jahre, zumal ihre Aufenthaltsgenehmigungen befristet sind. Versuche zur Integration in die Gesellschaft finden nicht statt, und eine zweite Generation von Einwanderern existiert noch nicht. Die Anstrengungen der AKEL in Bezug auf Migranten liegen im Bereich der gewerkschaftlichen Organisation.

Mitgliedschaften in der Partei halten in der Regel sehr lange. Nachwuchsprobleme bestehen nicht, die meisten Funktionäre der Partei sind aber, wie in europäischen Parteien üblich, über 40 Jahre alt. Unter den Delegierten sah die Verteilung auf dem letzten Parteitag folgendermaßen aus: 85 von ihnen waren bis 30 Jahre alt, 196 im Alter zwischen 31 und 40, 415 im Alter zwischen 41 und 50, 313 im Alter zwischen 51 und 60 und 327 über 61 Jahre alt. Der Bildungsgrad ist weit gefächert, 304 Delegierte hatten das Äquivalent eines Hauptschulabschlusses, 505 das eines Realschulabschlusses und 527 Abitur oder einen Studienabschluss.

Position der Partei in der Gesellschaft und dem politischen System

In den letzten beiden Wahlen ist die AKEL als größte Partei ins Parlament eingezogen. Neben der konservativen Demokratischen Versammlung (DISY) ist sie einer der beiden politischen Blöcke, die das Inselleben seit der türkischen Invasion bestimmen. Ihre Verankerung auf Zypern reicht bis in die 40er Jahre zurück, als in der AKEL eine Öffnung zur Massenpartei erfolgte. Seitdem kann sie auf die feste Unterstützung etwa eines Drittels der zyprischen Bevölkerung zählen. Sie ist keine Milieu- oder Klientelpartei; ihre Anhänger sind in allen sozialen Klassen zu finden, wenn auch ihr Einfluss am stärksten unter den abhängig Beschäftigten ist.

Die zyprische Mittelschicht, in die Selbstständige, Angestellte und Wissenschaftler fallen, teilt sich etwa gleich zwischen den politischen Lagern auf. Unter den Selbstständigen sind es vor allem die Ladenbesitzer, die zur Kernanhängerschaft der AKEL zählen. Unter den Beschäftigten des weitreichenden öffentlichen Sektors Zyperns ist die DISY stärker, was darauf zurückzuführen ist, dass Kommunisten dort in den 60er Jahren kaum eingestellt wurden. Diese Politik wirkt bis heute nach, da die offenen Stellen häufig aufgrund von Beziehungen vergeben werden.

Unterstützung erfährt die AKEL auch von Menschen, die zwar nicht links sozialisiert wurden, aber die Position der Kommunisten im Zypernkonflikt befürworteten. Deutlich wurde dies während der Präsidentschaftswahl 2008, in der die Konfliktlösung im Mittelpunkt stand – Außenpolitik und Verhandlungen mit dem Inselnorden sind eine Domäne des Präsidenten – und Dimitris Christofias in der zweiten Runde mit 53,4 Prozent in das Amt gewählt wurde. Zudem ist sie die einzige Partei Zyperns, die im besetzten Inselnorden Anhänger hat.

Ein Gefälle zwischen Stadt und Land ist vorhanden, aber nicht sehr groß. In vielen Dörfern ist die AKEL nicht erste Partei, sie hat aber gerade im Umland der Städte eine starke Verankerung. Diese wurde historisch dadurch erreicht, dass viele Arbeiter tagsüber in den wenigen Industriezentren der Insel arbeiteten und abends zu ihren Familien in ihre Dörfer zurückkehrten.

Innerhalb der zyprischen Linken versteht sich die Partei als der politische Wegweiser. Damit setzt sie Vorgaben für die sogenannte Volksbewegung (Laiko Kinima), die ihr angeschlossenen Verbände und Organisationen, die weite Teile der Gesellschaft erschließen. Dazu zählt an erster Stelle die Panzyprische Arbeiterföderation (PEO – Pankypria Ergatiki Omospondia), ein gewerkschaftlicher Dachverband. Er besteht unter diesem Namen seit 1941 und ist mit 80.000 Mitgliedern die größte Organisation der Arbeitervertretung. Zudem gibt es über die PEO hinaus in den Fachgewerkschaften linke Vereinigungen.

Die der AKEL nahestehende Vereinigte demokratische Jugendorganisation (EDON) ist der mit Abstand größte Jugendverband seiner Art auf Zypern. Im Gegensatz zu anderen Jugendverbänden entspricht er in seinen Aktionen sehr viel stärker einer Massenorganisation. Die Aktionen der EDON zielen schon auf Kleinkinder und sind dazu gedacht, Werte wie Solidarität und Toleranz zu vermitteln. Die von ihr getragenen Veranstaltungen umfassen z. B. Ausflüge, Camps und Sportwettbewerbe, aber auch Darbietungen von Musik-, Theater- und Tanzgruppen. In den Wahlen der Schulgremien erreichen Vertreter der EDON stets die absolute Mehrheit, auf den Universitäten erlangen sie bei Wahlen über 40 Prozent.

Weiterhin unterhält die AKEL eine Gewerkschaft für Bauern und Landwirte, EKA, die über 10.000 Mitglieder hat, und steht dem bereits erwähnten Frauenverband POGO nahe. Nennenswerte soziale Bewegungen und linke Organisationen, die ihren Ursprung nicht in der AKEL haben, gibt es auf Zypern nicht.

Vertretungen der Linken, entweder der AKEL oder ihr nahestehender Verbände, gibt es in fast jedem Dorf. Viele Einrichtungen des täglichen Lebens verstehen sich als links, ob es nun Sportvereine, Cafés oder ganze Betriebe sind. Aktiv sind ihre Mitglieder auch in den lokalen Kirchengremien, die für die Verwaltung des lokalen Kirchenvermögens zuständig sind. Bei den Wahlen zur Besetzung von Kirchenämtern, bei denen die Öffentlichkeit begrenzte Mitsprache hat, gibt die Partei ebenfalls Empfehlungen aus. Derzeit gibt es einen Ortsverband, der von einem Popen geführt wird. Insgesamt steht die Kirche den Konservativen trotzdem sehr viel näher.

Die Förderung von Intellektuellen und Künstlern ist eine der Grundlagen, auf die die bestehende kulturelle Hegemonie der Linken auf Zypern zurückzuführen ist. Viele bekannte Namen der Künstlerszene sind aus einem lokalen Kulturverein der Linken hervorgegangen. In diesen lokalen Kulturvereinen wird vor allem Theater, Dichtung, Malerei und Musik vermittelt und gelehrt. Der Parteivorstand unterhält ein Büro für Kultur, das vor den Wahlen 2008 seine Nützlichkeit bewies, als es unter den Künstlern viel Unterstützung für Dimitris Christofias organisieren konnte. Das Verhältnis zwischen Partei und Intellektuellen wird deshalb als für beide Seiten vorteilhaft angesehen.

Die strategische Ausrichtung der Partei

Um die Situation zu verstehen, dass eine kommunistische Partei an der Spitze der Regierung Zyperns steht, bedarf es eines Blickes in die Inselgeschichte. Die AKEL verstand sich seit ihrer Gründung 1941 als antikolonialistisch. Die Befreiung der Insel von der britischen Herrschaft bedurfte der Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppierungen und wechselnden Bündnissen. Zwischen 1931 und 1941 arbeiteten die zyprischen Kommunisten im Untergrund. Im Zweiten Weltkrieg rief die gerade zugelassene AKEL ihre Landsleute dazu auf, in die britische Armee einzutreten, um für die Befreiung Griechenlands zu kämpfen, in der Hoffnung, dass die Briten nach dem Krieg diese Hilfe honorieren würden. Als das Kolonialregime bestehen blieb, führte die AKEL den friedlichen, aber entschlossenen Widerstand für ein Jahrzehnt an. In dieser Zeit trat sie für ein unabhängiges Zypern und die Einbeziehung von Griechen und Türken in den neuen Staat ein. 1949 übernahm Ezekias Ioannou die Parteiführung und behielt sie bis zu seinem Tod 1988 inne. Unter ihm blieb die Partei der UdSSR und ihrer Sozialismuskonzeption treu.

1955 begannen nationalistische griechische Kräfte, von Georgios Grivas in der Nationalen Organisation zypriotischer Kämpfer (EOKA) organisiert, einen bewaffneten Aufstand, um den Anschluss Zyperns an Griechenland zu erreichen. Die Kolonialbehörden nutzten die Destabilisierung der Lage,

um die AKEL zu verbieten, obwohl sie weder Mittel noch Ziele der EOKA teilte. Vier Jahre später wurde sie im Zuge des Zürich-Londoner Abkommens, das den Übergang in die Unabhängigkeit regelte, wieder zugelassen. Die Vereinbarung legte die Basis für die Unabhängigkeit, was die Kommunisten begrüßten. Allerdings forderten die Beibehaltung der britischen Militärbasen, ein semi-präsidentielles Regierungssystem und Interventionsrechte für das Vereinigte Königreich, Griechenland und die Türkei ihren Widerspruch heraus. In den ersten Präsidentschaftswahlen bildete sich die Politik der AKEL heraus, den progressivsten der »bourgeoisien« Kandidaten zu unterstützen, bis 1974 war dies Erzbischof Makarios. Drei Jahre nach der Unabhängigkeit flammten die ethnischen Konflikte auf, und die Türken zogen sich aus der gemeinsamen Regierung zurück.

Nach dem Putsch in Griechenland unterstützte das dortige Obristenregime 1967 den Aufbau einer zweiten paramilitärischen Organisation, der sogenannten EOKA B, auf Zypern, die dazu überging, Kommunisten zu ermorden. Im Norden der Insel taten nationalistische Türken das Gleiche. Die Lage eskalierte 1974, als die EOKA putschte und fünf Tage später die Türkei auf der Insel einfiel. Tausende Mitglieder der AKEL wurden durch das faschistische Regime interniert, und viele starben im Zuge der Kampfhandlungen. Obwohl im Inselsüden wieder eine demokratische Regierung aufgestellt wurde, zogen sich die türkischen Soldaten nicht zurück und vollendeten mit ihrer Besatzung die Teilung der Insel.

Diese historische Entwicklung der Partei führte zur Ausprägung mehrerer Charakteristika, die bis heute nachwirken:

- Die Subkultur der Partei war von Arbeits- und Befreiungskämpfen geprägt. Von Beginn an setzte die Führung auf die Bildung von Klassenbewusstsein unter der arbeitenden Bevölkerung.
- Die Verfolgung ihrer Führungskader und Parteiverbote führten dazu, dass ein strikter demokratischer Zentralismus bis hin zum Personenkult aufrechterhalten werden musste, um die Disziplin unter den Mitgliedern zu gewährleisten.
- Der Kampf gegen den britischen Kolonialismus war ein treibender Faktor in der Partei. Ihren Anti-Imperialismus definierte sie nach sowjetischer Terminologie, verbündete sich aber häufig mit anderen »progressiven« Kräften auf der Insel, um ihre Unabhängigkeit zu erreichen und später zu gewährleisten. Die UdSSR wiederum akzeptierte diesen Kurs, da mit einem Systemwechsel aufgrund der komplizierten Lage nicht zu rechnen war.
- Auch wenn die Partei den griechischen Nationalismus der Rechten bekämpfte, durfte sie angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit ihrer Wähler Griechen waren, nie zu stark von der Mehrheitsmeinung in dieser Frage abweichen und passte ihr eigenes Konzept eines zyprischen Nationalismus entsprechend an.

Relativ spät gelang der AKEL der Einzug in die Regierung, was an Vorbehalten der anderen Parteien lag, aber auch an eigenen strategischen Erwägungen. 2004 machte sie ihre Unterstützung für die Präsidentschaftskandidatur der gemäßigt nationalistischen Demokratischen Partei (DIKO) erstmals von einer Regierungsbeteiligung abhängig und war damit erfolgreich. Als Präsident Tassos Papadopoulos 2007 ankündigte, erneut für die Wahl anzutreten und damit eine gemeinsame Vereinbarung brach, tat Christofias es ihm gleich und wurde der erste Präsidentschaftskandidat seiner Partei. Koalitionspartner war neben der DIKO bis zum Februar 2010 die Sozialdemokratische Bewegung (EDEK). Schwierigkeiten ergeben sich in der Regierung vor allem in der Bewertung der Frage, wie die Lösung des Zypernkonflikts aussehen soll, was auch der Grund für das Zerwürfnis mit der EDEK darstellt. Zur Rechten bestehen große Differenzen aufgrund der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der, aus Sicht der AKEL bestehenden, historischen Kontinuität der EOKA und Nationalisten, die von DISY vertreten wird.

Unmittelbares Ziel der AKEL bleibt die friedliche Lösung des Zypernkonfliktes. Weiterhin sieht sie ihre Rolle darin, die Interessen der Werktätigen zu vertreten. Das Regierungsprogramm des Präsidenten bewegt sich im Rahmen des Kapitalismus. Die AKEL ist aber in den vergangenen fünf Jahren auch eine Partei geblieben, die aufgrund ihrer starken Position keine Kompromisse schließen musste, die ihr Selbstverständnis infrage gestellt hätten. Ein Systemwechsel wird nur in einem vereinten Zypern überhaupt als Möglichkeit gesehen und würde voraussetzen, dass auch andere Länder Europas sich vom Kapitalismus lösen.

In der Regierung sah sich die AKEL direkt mit den Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise konfrontiert. Zwar war der heimische Bankensektor kaum von der Finanzkrise betroffen, da er vorsichtig wirtschaftete und eine hohe Kreditdeckung aufwies. Den Einbrüchen im Tourismus und in

der Bauwirtschaft, beides Sektoren, die vom ausländischen Geldfluss leben, wirkte die Regierung mit Maßnahmen entgegen, die 300 Millionen Euro umfassen und über 1,5 Prozent des BIP entsprechen. Davon entfallen 51 Millionen Euro auf die Subventionierung des Touristikbereiches, während 245 Millionen Euro für staatliche Bauprojekte, überwiegend im sozialen Wohnungsbau, und für Darlehen an einkommensschwache Familien vorgesehen sind. Damit wird ein doppelter Effekt erreicht: das Ankurbeln der Wirtschaft und die Bereitstellung günstiger Wohnungen.

Der Lebensstandard auf der Insel ist hoch, und der finanzielle Spielraum ist groß genug, dass durch Erhöhung der Sozialleistungen die dringenden Probleme gelöst werden können. Bis 2012 hat sich die Regierung das Ziel gesetzt, die Armut auf Zypern zu beseitigen, was bedeuten würde, dass niemand mit weniger als 420 Euro im Monat auskommen muss.

Mittelfristig zieht die AKEL einen Umbau des Gesundheitssektors in Betracht, um die Qualität der öffentlichen Versorgung zu steigern und die gleichwertige Behandlung unabhängig vom Einkommen sicherzustellen. Konkrete Pläne gibt es in der Regierung jedoch noch keine. Andere dringende Probleme, die im ersten Regierungsjahr angegangen wurden, stellen eine Besonderheit Zyperns dar: der Wassermangel und die Überwindung nationalistischer Tendenzen in der Bildung.

Als ihren Verdienst sieht die AKEL an, dass der Neoliberalismus in Zypern nie größeren Einfluss erringen konnte. Selbst in den 90er Jahren, als die DISY mit Glafkos Klerides den Präsidenten stellte, war zumindest die PEO in der Position, soziale Errungenschaften zu verteidigen. Dabei half, dass der konservative Gewerkschaftsbund in dieser Zeit nicht bereit war, nur als verlängerter Arm des Präsidenten zu agieren.

Die AKEL veröffentlicht regelmäßig Analysen zum gegenwärtigen Zustand des Kapitalismus, übt scharfe Kritik vor allem an den USA und übt Solidarität mit linken Bewegungen in der Welt. Die kommunistische Symbolik auf Parteitag und in der Öffentlichkeit ist im Vergleich zu den 80er Jahren zurückhaltender, aber noch vorhanden.

Linke Ideen für die europäische Politik

Ihre wechselhafte Geschichte hat die AKEL zu einer Partei gemacht, wie sie in der europäischen Linken einzigartig ist. Zu fragen wäre, ob dies einzig an den besonderen Umständen auf Zypern liegt oder ob die AKEL auch darüber hinaus allgemeingültige Erfahrungen gemacht hat, die der europäischen Linken in Zukunft helfen könnten, ihr eigenes Profil zu stärken.

Der Beschluss, die Mitgliedschaft Zyperns in der EU zu unterstützen, fiel auf dem 18. Parteitag 1995 nach einer langen internen Debatte und keineswegs einstimmig – rund ein Drittel der Delegierten stimmte dagegen. Vorangegangen war eine realistische Neuausrichtung der Partei, da mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Bedeutungsverlust der Bewegung Blockfreier Staaten wichtige Verbündete weggefallen waren. Das Politbüro-Mitglied Stavros Evangorou beschrieb die Situation rückblickend folgendermaßen: »Die EU war unser einziger potentieller Verbündeter zur Lösung des Zypernproblems. Einige andere kommunistische Parteien sagten uns, dass die EU das Europa des Kapitals ist. Okay, ich weiß, dass es das Europa des Kapitals ist. Zeigt mir etwas anderes, etwas Besseres. Da ist niemand – es gibt nichts Besseres.« [vgl. Dunphy/Bale, S.298]

Diese Haltung ist in der Partei bis heute vorherrschend. Die Realität gebietet eine Zusammenarbeit mit der EU, und so zeigt sich die AKEL auf den meisten Politikfeldern sehr kooperativ. Den EU-Reformvertrag griff sie scharf an und stimmte im Parlament gegen ihn, aber nur, da die Mehrheit für den Vertrag durch ihre Koalitionspartner und die konservative Opposition gesichert war. Zwar versucht die AKEL im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken, das »andere Europa« zu gestalten. Diese Möglichkeiten sind aber sehr begrenzt, weshalb sie den Schwerpunkt ihres Handelns darauf legt, dass die EU sich stärker in der Lösung des Zypernkonflikts engagiert und entsprechend Druck auf die Türkei ausübt.

Aufgrund der sanfteren Kapitalismuskritik, die durch die Sozialforen und Attac geübt wird, sieht man die altermondialistische Bewegung nicht als primären Verbündeten. Von der Europäischen Linken unterscheidet sich die AKEL am stärksten in der historischen Bewertung des Kommunismus und der staatssozialistischen Systeme. Doch auch wenn sie weiter starke Beziehungen zu traditionellen kommunistischen Parteien wie der griechischen KKE und der KP Kubas pflegt, steht sie in ihren gegenwärtigen Politikentwürfen auch abseits der Regierungsarbeit den reformierten Parteien wesentlich näher.

Selbstverständnis und Organisation

Die AKEL versteht sich als Repräsentantin der arbeitenden Bevölkerung und ist innerhalb der europäischen Linken sicherlich die Partei, in der dieser Anspruch am weitesten erfüllt wird.

Das grundlegende Sozialismuskonzept der Partei stammt aus dem Jahr 1990 und beinhaltet eine positive Wertung des Marxismus-Leninismus. Ein Teil der Parlamentarier und Mitglieder verließ damals die AKEL, ohne sich jedoch langfristig erfolgreich in anderen Parteien etablieren zu können.

Seitdem hat sich für die Partei nicht die Notwendigkeit einer theoretischen Neuausrichtung ergeben. So hielt auch der letzte Parteitag 2005 begrifflich am Marxismus-Leninismus und wissenschaftlichen Sozialismus als Methode fest. Anders als im Fall der griechischen KKE wird die gegenwärtig Entwicklung des Kapitalismus aber nicht entsprechend der Lenin'schen Imperialismustheorie aufgefasst. Zudem wird von den Mitgliedern keine ideologische Schulung verlangt. Die Selbstdarstellung der Partei erfolgt seit den 90er Jahren vor allem unter dem Banner »AKEL – Linke – Neue Kräfte« und zielt darauf, Menschen anzusprechen und für die Partei zu gewinnen, die keine Kommunisten sind.

Ein sektiererischer Umgang mit der Theorie war aber zu keinem Zeitpunkt in der AKEL vorherrschend. Das Urteil von Christopher Brewin von der Keele University trifft den Kern des Selbstverständnisses: Die Beibehaltung der kommunistischen Identität, die Feiern zum 1. Mai und zur Oktoberrevolution entspringen nicht einfach einem nostalgischen Klammern an vergangene Zeiten oder dienen dazu, die eigenen Wähler bei der Stange zu halten, indem der Traum an eine bessere Zukunft aufrechterhalten wird. Beides spielt sicher eine Rolle. Aber vor allem erfüllt das Festhalten an der Kontinuität des Kommunismus eine grundlegende, fast existentielle Funktion: der Partei eine gesamtyprische Zielsetzung zu geben, und keine hellenozentrische.

Die Statuten der AKEL entsprechen denen einer Kaderpartei. Wichtigstes Organ ist der Parteitag, der alle fünf Jahre zusammentritt und programmatische sowie personelle Entscheidungen trifft. Auf ihm wird das Zentralkomitee gewählt, wobei das Vorschlagsrecht für Kandidaten bei den Basisorganisationen liegt, eine Listenaufstellung aber durch ein separates Gremium erfolgt. Aus den Reihen des ZK werden das Politbüro und der Generalsekretär gewählt, die zwischen den Parteitag die Geschäfte führen. Weitere Parteikongresse werden regelmäßig einberufen, wenn Parlamentswahlen anstehen oder Personalfragen zu klären sind, so 2008, als Dimitris Christofias aufgrund seiner Verpflichtungen nach 20 Jahren vom Parteivorsitz zurücktrat.

Parteiinterne Fraktionsbildungen sind offiziell nicht erlaubt. Da die Parteimitglieder aber aus verschiedenen Milieus stammen, vertreten sie ein breites Feld der politischen Linken. Sowohl glühende Kommunisten als auch pragmatische Technokraten prägen die alltägliche Debatte in der Partei. Dabei spielt auch unter den Mitgliedern die Zypernfrage eine wesentlich gewichtigere Rolle als die Sozial- und Finanzpolitik. Die Anstrengungen der Parteispitze gelten derzeit vor allem der Unterstützung des nicht unumstrittenen Engagements des Präsidenten in den Verhandlungen mit der türkischen Seite, die auch von der Basis eingefordert wird. Für theoretische Differenzen und Kritik bieten eher die Zeitschriften und weiteren Publikationen der AKEL Raum.

In der Regel wird darauf vertraut, dass zwischen den Parteitag in den zentralen Fragen bereits ein Konsens gefunden wird, so dass die Delegierten nur die Vorschläge absegnen müssen, die ihnen vorliegen. Aber auch die höchsten Gremien sind sich nicht immer einig: Andros Kyprianou setzte sich mit 57 zu 48 Stimmen im Zentralkomitee recht knapp gegen den Mitbewerber Nikos Katsouridis als neuer Generalsekretär durch. Größere Erschütterungen sind für die AKEL in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Es ist nach der Wahl von Dervis Eroglu, einem Mitglied der rechtsgerichteten Nationalen Einheitspartei (UBP) unwahrscheinlich, dass der nächste Parteitag Ende 2010 in der Perspektive eines vereinten Zypern stattfindet und die türkische Besatzung zu einem schnellen Ende kommt. Sie selbst wird sich aber spätestens am Ende der jetzigen Regierung daran messen, ob ihr anti-kolonialer Kampf nach über 80 Jahren ein erfolgreiches Ende gefunden hat. Einen weiteren Antritt für das Amt des Präsidenten hat Christofias bereits davon abhängig gemacht.

Umfrage zu den Präsidentschaftswahlen 2008

Kandidat	Christofias (AKEL)	Papadopoulos (DIKO)	Kasoulides (DISY)
befähigt, den Zypernkonflikt zu lösen	28 Prozent	32 Prozent	24 Prozent
ist im Ausland akzeptiert	26 Prozent	27 Prozent	31 Prozent
ist nah am Volk	46 Prozent	23 Prozent	17 Prozent
befähigt für innenpolitische Probleme	34 Prozent	30 Prozent	24 Prozent
befähigt für soziale Probleme	35 Prozent	27 Prozent	23 Prozent
ist dynamisch	30 Prozent	32 Prozent	21 Prozent
befähigt für wirtschaftliche Probleme	29 Prozent	31 Prozent	24 Prozent
ist ehrlich	31 Prozent	28 Prozent	21 Prozent
wird sein Wahlprogramm verfolgen	28 Prozent	26 Prozent	20 Prozent
versteht die Probleme der Jugend	33 Prozent	23 Prozent	25 Prozent

Dokumente und Selbstdarstellungen der AKEL

- AKEL: AKEL – To Komma tou Ergazomenou laou [AKEL – Die Partei des Werktätigen Volkes], Nikosia 1976.
- AKEL: 17. Synedrio AKEL, Apofaseis kai alla ntokoumenta [17. Parteitag der AKEL, Beschlüsse und andere Dokumente], Nikosia 1990.
- AKEL: 18. Synedrio AKEL, Apofaseis kai alla ntokoumenta, Nikosia 1995.
- AKEL: 19. Synedrio AKEL, Apofaseis kai alla ntokoumenta, Nikosia 2001.
- AKEL: 20. Synedrio AKEL, Apofaseis kai alla ntokoumenta, Nikosia 2006.
- AKEL: Katastatiko tou AKEL [Satzung der AKEL], Nikosia 1990.
- AKEL: I diki mas antilipsi gia ton sosialismo [Unsere Wahrnehmung des Sozialismus], Nikosia 1990.
- Ausgaben des Neos Dimokratis [Neuer Demokrat], theoretisches Organ des Zentralkomitees der AKEL.
- Informationen auf den Webseiten <http://www.edon.org.cy/>, <http://www.peo.org.cy/> und <http://www.pogo.org.cy/>.

Sekundärliteratur

- Tzermias, Pavlos: Geschichte der Republik Zypern, Tübingen 2004.
- Bale, Tim/Dunphy, Richard: Red Flag still flying? Explaining AKEL – Cyprus's Communist Anomaly, in: Party Politics, Vol. 13, S. 287-304, London 2007.
- Brewin, Christopher: The European Union and Cyprus, Huntingdon 2000.
- Papadakis, Yiannis/Peristianis, Nicos/Welz, Gisela (Hg.): Divided Cyprus: Modernity, History, and an Island in Conflict, Bloomington 2006.

Zur aktuellen Politik

Ausgaben der Haravgi (<http://www.haravgi.com.cy/>) und Cyprus Mail (<http://www.cyprus-mail.com/>).

Interviews im Oktober 2010

- Giannakis Colokasidis, Mitglied im Politbüro des ZK der AKEL.
- Konstantinos Stylianou, Organisationssekretär der EDON.
- Mitglieder des Ortsverband der AKEL Nikosia im Anschluss an eine programmatische Sitzung.

Quellen für die Wahlergebnisse und Statistiken

Zyprisches Presse- und Informationsbüro: <http://www.ekloges.pio.gov.cy/>

Meinungsforschungsinstitut Public Issue: www.publicissue.gr/wp-content/uploads/2008/02/cpcs14_12008.pdf

Autorinnen und Autoren

Ken Ahern studiert Regierungs- und öffentliche Politik am University College Cork.

Birgit Daiber leitet das Büro Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Auður Lilja Erlingsdóttir ist Geschäftsführerin der isländischen Linkspartei Vinstrihreyfingin – grænt framboð.

Evgeni Golikov war Gründungsmitglied der Estnischen Volksfront. Heute ist er Professor an der Estnisch-Amerikanischen Business-Akademie.

Norbert Hagemann ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brüssel und leitet das Büro von Helmut Scholz, MEP für DIE LINKE.

Dominic Heilig ist Politikwissenschaftler und Europa-Experte mit Schwerpunkt auf Justiz und Inneres.

Cornelia Hildebrandt ist Referentin für Parteien und Soziale Bewegungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Stanislav Holubec ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Jena und Leiter des Netzwerkprojekts lavka.info.

William Howard studiert Geschichte und Geographie am University College Cork.

Thomas Kachel ist Sprecher der Arbeitsgruppe Internationales und Frieden der LINKEN in Sachsen und Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Europa der LINKEN.

Boris Kanzleiter leitet das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Belgrad.

Anna Kontula ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Tampere und aktives Mitglied der VAS.

Tomi Kuhanen engagiert sich in der finnischen Linken Jugend und ist Mitarbeiter eines linken Abgeordneten.

Roland Kulke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Julian Marioulas lebte als Jugendlicher in Griechenland und war dort Mitglied der kommunistischen Parteijugend. 2010 beendete er in Deutschland sein Studium der Geschichte und der Politikwissenschaften.

Michael Müller war viele Jahre Reisekorrespondent in der Balkanregion. Zwischen 1978 und 1985 war er Auslandskorrespondent der Zeitung „Neues Deutschland“.

Dorothee de Nève ist Vertretungsprofessorin für Staat und Regieren an der Fernuniversität Hagen.

Tina Olteanu ist Lehrbeauftragte am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Toivo Palm ist Abteilungsleiter für Forschung und Bildung im estnischen Landwirtschaftsministerium und Gründungsmitglied der Forschungsgruppe „Tallinn in Europa“.

Krzysztof Pilawski lebt und arbeitet als Publizist in Warschau.

Holger Politt leitete zwischen 2002 und 2009 das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau. Er befasst sich derzeit mit der Neuübersetzung der polnischen Schriften von Rosa Luxemburg.

Mimmo Porcaro ist Mitglied der Rifondazione Comunista Italien und der Kulturvereinigung Punto Rosso e Alternative Europa.

Dag Seierstad ist Mitglied im Parteivorstand der norwegischen Linkspartei SV und europapolitischer Berater ihrer parlamentarischen Gruppe.

Cem Sey ist freier Journalist in Washington D.C. Er berichtet unter anderem für die Deutsche Welle, BBC, TV8 und schreibt regelmäßige Kolumnen für AGOS und TARAF.

José Soeiro ist Abgeordneter der PCP im portugiesischen Parlament.

Barbara Steiner studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien. Sie ist Assistentin im europäischen Koordinationsbüro des Netzwerks transform!europe.

Anna Striethorst ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro Brüssel der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dorđe Tomic promoviert zum Thema studentische Protestbewegungen an der FU Berlin.

Sascha Wagener ist Politikwissenschaftler, lebt in Freiburg und Bukarest und arbeitet zur Politischen Theorie der Europäischen Linken.

Clemens Wirries ist wissenschaftliche Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.